



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

CW

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
DAVIS

Digitized by Google



ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, München, General-Major a. D., *Dr. E. Obst*, o. Professor an der technischen Hochschule, Hannover, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover, *Dr. O. Maull*, a. o. Professor an der Universität, Frankfurt am Main, Schriftleitung: Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83.

III. JAHRGANG 1926
I. HALBBAND
HEFT 1-6 / JANUAR-JUNI

BERLIN-GRUNEWALD
KURT VOWINCKEL VERLAG

THE LIBRARY OF CONGRESS
DUPLICATE



INHALTSVERZEICHNIS

VON HEFT 1-6 / JANUAR-JUNI 1926

**ES BEDEUTEN: L LEITAUFSATZ, U UNTERSUCHUNG, B BERICHT,
* MIT KARTENBEIGABEN ODER ILLUSTRATIONEN**

U	ADRIATICUS / Das Fenster zur Adria	445
L	G. AMANN / Zur Lage in China (Sun Yatsens Vermächtnis II. Teil)	78
L	E. BARTHEL / Deutschlands und Europas Schicksalsfrage	304
U	W. BEHRMANN / Die geopolitische Stellung Neuguineas vor und nach dem Weltkriege	207
U	H. BLOCK / Eurasien	8
U	R. CEFARIN / Kärnten und seine geopolitische Bedeutung für das Deutschtum	338
U	S. GARGAS / Die polnische Auswanderung nach Frankreich . . .	253
U	G. GOTHEIN / Die wirtschaftliche Versorgung Italiens im Kriegsfall	333
U	H. HARMSEN / Die Weltkonferenz für praktisches Christentum in Stockholm, August 1925	84
U	G. HASENKAMP / Alpenbahnprobleme und Faschismus	326
B	K. HAUSHOFER / Berichterstattung aus dem indopazifischen Raum 65, 136, 218, 242, 314, 419	
U*	K. HAUSHOFER / Das deutsche Volk und sein Südseereich	201
B	K. HAUSHOFER / Literaturbericht aus der indopazifischen Welt . .	294
U	A. VON HOFMANN / Die Wege der Geschichte Italiens und Deutsch- lands. Kurz dargestellt an der geographischen Struktur beider Länder. I. Italien	341
	II. Deutschland	453
L	G. KRAUSE-WICHMANN / Saargebiet und Locarno	228

U* F. KÜHN / Die Verteilung der Gemeinden im Siedlungsgebiet Argentinien. Eine geopolitische Analyse	33
B H. LAUTENSACH / Literaturbericht über Werke erdumspannenden und systematischen Inhalts	373, 485
B O. MAULL / Berichterstattung aus der amerikanischen Welt 70, 140, 222*, 247, 319, 424	
B O. MAULL / Literaturbericht aus der amerikanischen Welt	73
U H. MEYER / Geopolitische Betrachtungen über Deutsch-Ostafrika (Tanganyika Territory) einst und jetzt	161
L H. MÜHLESTEIN / Deutschland in der West-Ostspannung	1
U V. NOSADSE / Die Petroleumpolitik der Welt und das Schicksal Kaukasiens.	45, 118
B E. OBST / Berichterstattung aus Europa und Afrika 58, 131, 234*, 310, 410*	
B E. OBST / Berichterstattung über erdumspannende Vorgänge (Die Thünenschens Intensitätskreise und ihre Bedeutung für die Weltgetreidewirtschaft)	214
B E. OBST / Literaturbericht aus Europa und Afrika	144
L E. OBST / Wir fordern unsere Kolonien zurück!	151
B E. OBST / The Aeroplane: Zum Vertrag von Locarno	128
U RECHE / Der Polynesier	277
U E. SCHULTZE / Bodenraum, Machtstreben und Wirtschaftsgesinnung der Vereinigten Staaten	95
U A. STELZMANN / Das Gesicht Mexikos	261
L* P. TELEKI / Die weltpolitische und weltwirtschaftliche Lage Ungarns in Vergangenheit und Gegenwart	381
U* F. THORBECKE / Die westafrikanischen Tropenkolonien Togo und Kamerun	175

U* E. TRINKLER / Die indische Nordwestgrenze	285
U H. URBERSCHAAR / Die japanische Staatskultur und ihr neues Verhältnis zur Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (Probleme aus dem russisch-japanischen Vertrag vom 20. Januar 1925)	17
U* L. WAIBEL / Südwestafrika	187
U* L. WITTSCHELL / Tatsachen und Betrachtungen zur Geopolitik Ostpreußens	429
U O. ZIEGNAU / Der deutsche Wolgakolonist	91

HANS MÜHLESTEIN: DEUTSCHLAND IN DER OST-WEST-SPANNUNG

Wir Mitteleuropäer, besonders aber der Deutsche, wir wuchsen auf in enger Bedrängnis zwischen den unter sich feindlichsten Polen des gesamteuropäischen Wesens: dem russischen und dem englischen; zwischen dem russischen Irrationalismus, Mystizismus und menschenfresserischen Fanatismus einerseits und dem englischen Rationalismus, Technizismus und kaltblütig zynisch, aber mit lächelndem „christlichen“ Cant über Leichen gehenden) Geschäftsgeist andererseits. Wir haben während der letzten Menschenalter von beiden Geisteswelten nicht nur starke Impulse empfangen, sondern einen so kontinuierlichen Zustrom erlebt, daß in uns heute ein kaum mehr zu bändigendes explosives Gemisch (wie zwischen Feuer und Wasser) jeden Augenblick die Umwelt in ein Chaos zu verwandeln droht. Diese gewaltige innere Hochspannung zwischen dem östlichen und dem westlichen Pol unseres gesamteuropäischen Wesens ist denn auch der tiefere Grund, warum das gesamte Deutschtum, nicht nur in seinem Machtstand vor dem Krieg vom ganzen umwohnenden Europa als ständige Existenzbedrohung empfunden wurde, sondern auch in seinem heutigen Ohnmachtzustand als die Quelle der unberechenbarsten Gefahren für ganz Europa und für die Welt gefürchtet ist.

„Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust!

Die eine will sich von der andern trennen“ —

sagt nicht zufällig der Deutsche, sagt Faust. Und die zwei Seelen drohen nicht nur ihm, sondern ständig auch das Gesamtwesen in Stücke zu reißen!

Denn eigentlich steckt hinter dem russischen Pol unseres gesamteuropäischen Wesens — Asien, hinter dem englischen — Amerika, und das sind die beiden äußersten Pole der Menschheit überhaupt, deren „Weltgeschichte“ in ihrer letzten, mehrtausendjährigen Phase, von dem einen Pol, dem asiatischen, zum anderen, dem amerikanischen, gewandert ist.¹⁾ Nun ist der Erdraum umkreist, mit europäischem Wesen erfüllt bis zur Unerträglichkeit, saturiert bis zur Repulsion und Rebellion dagegen. Die beiden Pol-Welten der gesamten europäischen Kulturwelt, Eurasien und Euramerika, stoßen immer heftiger aufeinander, ineinander und wieder auseinander, wie die seit Jahren stetig anwachsende Gärung in ihrem Hauptgrenz- und Fusionsgebiet, in China, beweist. Das gemeinsame Kraftzentrum der beiden dort aufeinanderstoßenden Peripherien aber liegt antipodisch dazu, in Europa, das durch seine grauenvolle Selbstschwächung im Weltkrieg jedoch die Kraft verloren hat, durch seine pheriphe-

rischen Wirkungen — sei es in der Richtung über Amerika, sei es in der über das (nun ohnehin gegen Europa wirkende) russisch-asiatische Reich — den gewaltigen Gefahrenherd in Ostasien länger niederzuhalten. Alle Flutungen aber, alle Stöße hin und zurück gehen immer noch und immer wieder durch die Brust Europas — und dies um so intensiver und gefährlicher, als das heutige Rußland — trotz seiner europäisch-materialistischen Phraseologie — zum aggressiven Schildhalter Urasiens geworden ist. Die Brust Europas aber, das ist eben vor allem sein deutscher Teil.

So ringen vor allem im deutschen Wesen die Geister zweier Erdteile, Asiens und Amerikas, beide in ideologisch europäischer Form, um die Seele des dritten, Europas, der das Glück oder das Unglück hat, in der Mitte zwischen beiden zu liegen und der darum in der Tat geschichtlich wie psychologisch der Mittler zwischen beiden Geisteswelten ist. Und so wissen wir oft nicht zu sagen, ob die Grenze zwischen den beiden Geistessphären heute am Rhein oder an der Weichsel liegt, ob wir Gefahr laufen, von dem einen oder von dem andern der feindlichen Pole unterjocht zu werden: ob wir von Asien zurückgeschluckt oder auf den Weg Amerikas gerissen werden. Darum aber ist das Volk, das zwischen Rhein und Weichsel wohnt, zum Schicksalsvolk der heutigen Menschheit geworden. Es hat den Seelenkampf zweier Erdteile miteinander in seinen Geisteskämpfen auszutragen wie kein zweites Volk dieser Erde!

Darum aber auch ist das „Deutsche Problem“ ein so ungeheuerlich schwer zu lösendes! Es ist kein bloßes Wirtschaftsproblem und kein lediglich politisches — es ist das gigantischste Problem der Geistesgeschichte und letzten Endes ein religiöses. Die Lösungen, die die westlichen Demokratien — Frankreich, England, Amerika — dem Deutschen bieten zu können meinen, können nicht seine Lösungen sein, ebensowenig wie die Lösungen östlicher Despotie und Theokratie die seinen wären. Die westliche Demokratie ist dem tieferen Wesen, gerade des europäisch gesinnten Deutschen, ebenso wie des kulturell deutschen Europäers, zu wenig religiös, zu oberflächlich, zu zahlen-demagogisch, kurz zu „amerikanisch“; sie ist für uns zu sehr bloß geschäftig, geschäftlich, kommerziell; sie bedeutet für uns eine zu sehr bloß technisch gebändigte Anarchie der Geldmächte, die bloße Organisation der Willkür, die in der Verfolgung der privatwirtschaftlichen Interessen keine Rücksicht auf irgendeine religiöse oder ethische Bindung mehr anerkennt und die darum diesen materiellen Interessen bedenkenlos das Schicksal ganzer Völker ausliefert. (Darin ist der Bolschewismus nur ein gelehriger Schüler des Westens, nur daß er das Schicksal der Völker kollektivwirtschaftlichen Interessen einer andern Gesellschaftsschicht ausliefert.) Diese „Freiheit“ der westlichen Demokratie bedeutet für uns nicht viel mehr als eben die Freiheit der Besitzenden, der

skrupellos Raffenden und Begehrenden, die Völker, ihre Presse, ihre öffentliche Meinung zu kaufen und zu verkaufen, zu beschmeicheln und zu verletzen — sie ist „Pöbelverehrung“, wie ein chinesischer Weiser unserer Zeit, der konfuzianische Reformator Ku Hung-Ming,²⁾ sie nennt, Pöbelverehrung zum Zweck der Bereicherung, so im privaten wie im politischen Leben. Es ist eine heuchlerisch ideologisch (demokratisch) maskierte Despotie und Tyrannei der (noch dazu oft anonymen) Skrupellosen, es ist das Reich des siegenden Zynismus, der anarchischen Gewalt des wirtschaftlich Stärkeren.

Im Gegensatz dazu steckt für uns hinter dem offenen, unmaskierten Despotismus des Ostens die ganze persönlichkeitsfeindliche Gewalt des asiatischen Mystizismus, die furchtbare Macht vergötzter Menschen, die Urmacht des asiatischen Priestertums! Das war noch zu spüren im Gottesgnadentum der Hohenzollern, war allmächtig noch im Zarentum — ja, selbst der ungeheuerliche Erfolg des Bolschewismus in Rußland und in Asien ist nur erklärbar aus der zielbewußten Ausnutzung des fetischistischen Bedürfnisses der östlichen Massen, nicht nur Denk- und Glaubensfreiheit (die für sie gar nicht existiert), sondern Leib und Seele für einen Götzen in Menschengestalt hinzugeben. Und selbst aus der vergeistigten Erscheinung dieser Art, aus der faszinierenden Erhebung des indischen Volkes für Gandhi, weht uns allzusehr die dumpfe Luft urzeitlicher Priesterverehrung entgegen, eine Verachtung der freien, autonomen Persönlichkeit, der wir Luther-, Münzer- und Kant-, Schiller-, Goethe- und Beethoven-, Kleist-, Hölderlin- und Nietzsche-Naturen uns nie und nimmer mehr unterwerfen können.

Es ist überaus bezeichnend, daß dieser priesterlich-asiatische Despotismus in europäisierter Form — außer, wie natürlich, im fatalistischen Reich Mohameds (Kemal Pascha) — in Europa gerade nur noch in den lateinisch-katholischen Völkern wieder aufzukommen vermochte: in Italien (Mussolini), wo das kaiserliche und das päpstliche Rom die noch immer lebende Wurzel dazu abgaben, und in Spanien (Primo de Rivera), wo die Jesuitenkönige herrschten, ja, in gewissem Sinne zeitweise selbst in Frankreich (Poincaré), dem Lande des „roi soleil“, wenn hier auch in seltsamem Gemisch mit demokratischer Anarchie.

Wenn nun in den Weststaaten, in Frankreich, in England, die Angst vor der Amerikanisierung Europas die Geistigeren, die Schöpferischeren und Religiöseren (wie etwa einen Romain Rolland) so leicht in die Arme des östlichen, speziell des indischen Mystizismus treibt — so wissen diese nicht, was sie tun, welche andere für unser autonomes Europäertum verhängnisvolle Gefahr sie damit heraufbeschwören! Sie reaktivieren durch diese blinde Liebe zum Gegenpol die große, asiatische, mystische Wurzelmacht für alle Verachtung der Persönlichkeit, und das heißt politisch für allen weltlichen und geistlichen Despotismus! Sie bekennen damit, daß sie nicht den Glauben und nicht

die Kraft in sich fühlen, ein eigenes, autonom europäisches Ethos hervorzu-
bringen.

Dafür überaus symptomatisch ist die neueste Form der Flucht der europä-
ischen „Bildung“ in den Osten, die mit der Nobelpreis-Krönung Tagores be-
gann und die in der Gandhi-Vergötterung in Europa gipfelte. Gandhi ist für
unsre überbildete und bildungsübersatte Welt praktisch genau das, was Tolstoi
so glühend gern hätte sein mögen. Aber während Tolstoi in der Verachtung
dieser Welt immerhin inkonsequent war, indem er nicht viel mehr als den
äußeren Aspekt veränderte, mit der Bauernbluse und dem Pflug stark auto-
suggestiv und ressentimenthaft bedingte Rousseauische Romantik trieb, dabei
doch aber immer der europäisch überbildete und (wenn auch mit Genie)
schriftstellernde russische Westler und dazu der Graf und wirkliche Besitzer
von Jasnaja Poljana blieb (mochte er das Gut auch auf den Namen seiner
Frau überschreiben) — hat Gandhi wirklich Ernst gemacht, und mußte als
schicksalhafte Führergestalt des indischen Volkes Ernst machen mit der Gegner-
schaft gegen alles, was europäische Zivilisation ist und was in Form der eng-
lischen Gewaltherrschaft als art- und wesensfremdes Schicksal erdrückend auf
dem Werden des indischen wie anderer Weltteile lastet. Insofern kommt
Gandhi fraglos Größe erster Ordnung zu. Was aber seine Wirkung auf die
sogenannte „Bildung“ des Abendlandes betrifft, so ist sie eben im Wesen ge-
nau dieselbe, die ehemals — theoretisch — Tolstoi ausübte: er ist, wie dieser
es war, der Schutzheilige der Kulturmüden, die sich mit Schauer von ihrem
eigenen Werk, von ihrer Welt der Bildungsüberfressenheit und von deren
mastodontischem Auswuchs, dem anglo-amerikanischen Technizismus, ab-
wenden!³⁾ Nur ist Gandhis Wirkung in Europa heute viel tiefer als die
Tolstois: erstens, weil er noch lebt; zweitens, weil er konsequenter ist;
drittens, weil er durch seine — bei einem Propheten ersten Ranges in Asien
ohne weiteres auch hochpolitische — Wirksamkeit die Hoffnung bzw. die Be-
fürchtung erregt, daß die wirklichen Verhältnisse der modernen europäischen
Welt-Zivilisation durch den Erfolg seiner Idee — hinter der nicht nur ganz
Indien (350 Millionen Menschen), sondern auch fast das ganze übrige Konti-
nentalasien (an die 500 Millionen Menschen) steht — modifiziert oder gar
grundstürzend umgewälzt zu werden vermöchten.

Darin nun aber liegt nach meiner Meinung der tiefe Trugschluß, der für
unsere europäische Übergebildetheit typisch ist. Es ist ein blasser, von aller
plastischen Anschauungskraft verlassener Rationalismus, zu glauben, was in
Indien oder überhaupt Asien möglich ist, sei auch bei uns möglich! Davon
ist Gandhi selbst, vermöge seiner konkreten, indisch gewachsenen Eigenart,
weit entfernt — so weit, daß er seinerseits, für sein Land, jede europäische
Zivilisationsformel als Heilsbotschaft weit von sich weist. Alle diese Fein-

geistigen, die für Gandhi schwärmen, sind eben Romantiker, genau wie unsere Romantiker vor hundert Jahren, die das Heil in der Wiederheraufbeschwörung der gotischen Katholizität suchten — statt aus der eigenen Kraft, aus dem eigenen Weltgefühl, aus der eigenen Religiosität eine neue Einheitswelt produktiv hervorzubringen, die sich die anarchische Zivilisationswelt zu unterwerfen vermöchte. Nur schweifen unsere heutigen Indien-Romantiker in die Ferne des Raums, wo unsere Romantiker von anno dazumal in die Ferne der Zeit schweiften. Ersatz für eigene elementare Religiosität, für echte Produktivität des Herzens, für Religion aus Stärke, suchen beide — und darum ist, was sie schließlich finden, nie etwas anderes als Religion aus Schwäche, die nicht vermag, auf dem Meere der Weltgeschichte draußen auch nur die Oberfläche zu kräuseln, mag im übrigen, was sie finden, an seinem fernen Ursprung gewesen sein was es wolle, selbst das Edelste und Erhabenste, was wir uns unter echter Religiosität vorzustellen vermögen.

Das eben ist meiner Meinung nach, was der Ohnmacht, dem Unvermögen aller Müden und Feigen Europas in der Erscheinung Gandhis entgegenkommt: sie haben wieder einen edlen Vorwand zur Flucht vor den eigenen, eigentlichen Problemen! Die Beruhigung ihrer Nerven durch das Opiat einer edlen Begeisterung (für möglichst ferne Dinge!) ist ihnen wichtiger als der opfervolle Kampf um die Lösung unserer wirklichen Lebensprobleme. Es ist dies auch Selbstbetrug: denn das müssen doch diese klugen Leute irgendwie selber wissen, daß jene „fernen Dinge“ (die an die Stelle des christlichen Jenseits getreten sind!) zu nichts verpflichten, daß dieser Enthusiasmus — nur Romantik, Ästhetizismus, kurz: geistige Selbstbefriedigung ist, Egozentrismus mit altruistischem Augenaufschlag. Und es ist dies auch ein Verbrechen: denn während die feingeistigen Herren ihre ästhetischen Cercles abhalten, sich vornehm in ihre Klubs zurückziehen, geht draußen die Weltgeschichte weiter, und zwar in ganz anderm Sinn: umso hemmungsloser zynisch nämlich, je mehr von den „moralischen Hindernissen“ sich von der „Straße“ in die Klubs verzogen haben! . . .

Was also meiner Meinung nach die edleren, feingeistigen Elemente Westeuropas in die Arme Indiens oder überhaupt Asiens (wie auch der großen Russen) treibt — das ist die Angst vor der Gottlosigkeit der westlichen Zivilisation. In der Kritik, in der Negation können wir ihnen wahrlich nur zustimmen. In ihrer Position aber bieten sie uns Steine statt Brot — Surrogate, Bildungssurrogate für das Göttliche, das uns mangelt. Dieses Zurückweichen auf fremde oder alte, geistig überwundene Positionen aber ist eben nichts anderes als das eindeutige Symptom der eigenen Schwäche, der religiösen Unproduktivität. Es ist die bloße Sehnsucht nach Religion! Und alles, was daraus geboren wird, nenne ich Romantik. Und alle solche Romantik

aus religiöser Schwäche führt unbedingt eines Tages zur Reaktion alter Gewalten.

Es ist auch viel Schuldgefühl, Ressentiment in dieser Suche nach Religion in der Ferne, bei andern, oder in der Vergangenheit. Es ist das edle Bedürfnis, sich der Betäubung des modernen, Intellekt-überlasteten und darum vernügnungssüchtigen Lebens zu entziehen, sich vor der eigenen Mitschuld daran reinzuwaschen. Das aber kann gewiß nicht geschehen durch eine neue, nur andersartige Betäubung, möge sie auch den reinsten Motiven entspringen!

Wenn wir auf unserem ureigenen, abendländischen Weg voran kommen wollen, so ist das erste, gewiß nicht hinreichende, aber unbedingt notwendige, allem andern vorgehende Erfordernis: der Mut, bis zur Besessenheit, uns durch die Höllen und Abgründe unserer westlichen Gottlosigkeit wissend hindurchzukämpfen. Wer vor diesen Höllen zurückschreckt — der fällt unweigerlich der Seele Asiens zum Opfer. Wer darin stecken bleibt — der hat keinen andern Ausweg, als Amerikaner zu werden. Wer durchkommt, darüber hinauskommt — der wird Stifter oder Träger einer neuen Religion!

Darum ist und bleibt uns Nietzsche bis auf weiteres — trotz all seiner offenbaren Widersprüche und Unzulänglichkeiten — eine so riesige und unerläßliche Angelegenheit im Werden des abendländischen Menschentypus. Seine Frevelkühnheit, seine Geistesvermesseneheit, seine Wissenswut und seine Wissensüberwindungswut — gerade die Dinge an ihm, vor denen sich auch seine Bildungslobredner unter uns heimlich doch jedesmal bekreuzigen — sie gehören für uns Abendländer, die wir werden wollen, was wir sind, zu den unentbehrlichen Motoren, die uns durch die grauenvollen Schlünde der Gottverlassenheit hindurchpeitschen helfen. Den zerstörerischen Trieb, das Dynamit seines Geistes müssen wir zuerst den Mut haben, zu bejahren! Insofern ist selbst der Bolschewismus ein unerläßlicher Stachel auf unserem Weg. Nur insofern er aus genau ebenso niedrigen, gemein-egoistischen Motiven zerstört, aus denen seine Gegenmächte Bestehendes erhalten möchten, lehnen wir ihn natürlich ab. Aber Zerstörung, die — auch wider eigenen Willen — dem Höchsten dient, die dem Göttlichen durch Zertrümmerung menschlich-untermenschlicher Gemächte wieder Raum zur Neuschöpfung schafft — das ist ein Weg, den man wollen muß, wenn man das Ziel, die Wiedergeburt aus dem eigenen Wesen heraus, will.

Und was Nietzsche die entscheidende Größe in der abendländischen Geistesgeschichte gibt, das ist sein geistiger Zweifrontenkampf: gegen den fatalistischen Osten und gegen den anarchistischen Westen! Er verkörpert die Rebellion — wenn auch nur die Rebellion — der autochthonen abendländischen Seele gegen alles Asiatentum (Judentum, Christentum, Russentum) sowohl wie gegen alles Anglo-Amerikanertum (John Stuart Mill, Spencer, Emerson, kurz:

common sense und Demokratie). An Nietzsche haben sich die Wege endgültig geschieden — mit ihm beginnt erst überhaupt die Möglichkeit, den neuen, abendländisch-autochthonen Menschentypus hervorzubringen, er hat diesem den ersten Atemraum geschaffen! In diesem Atemraum müssen wir hochwachsen über den Westen und über den Osten hinaus — wenn wir als echte Europäer die Kraft und den großen Atem in uns entwickeln wollen, alle die Zuströme vom östlichen und vom westlichen Pol unserer Kultur in uns (ohne Furcht, uns an sie zu verlieren) aufzunehmen und sie dem einen lebendigen Guß unseres ureigenen Wesens einzuschmelzen. Dann wird der Tag kommen, wo wir auch den Protest Nietzsches nicht mehr brauchen werden, weil da nichts uns Wesensfremdes mehr sein wird, was wir zu fürchten und wogegen wir zu rebellieren hätten — weil da Europa selbst in uns endlich unverwechselbares Gesicht und unwandelbar eigene innere Gestalt angenommen haben, weil es dann erst erwachsen sein wird, wenn sein Wachstumskern, Mitteleuropa, sich selbst gefunden haben wird.

Nietzsche war ein Deutscher — der erste deutsche Europäer eines neuen Weltalters. Das verpflichtet, verpflichtet das Deutschtum zu einer höheren, kühneren Konzeption echten Europäertums, als es heute beweist, — wenn es die Tragik seiner inneren Lage zwischen Ost und West zu der höchsten Gunst umschaffen will, die je einem großen Kulturvolk in der Geistesgeschichte gelehrt hat!

Anmerkungen

- 1) Daß unsere „Weltgeschichte“ in früheren Jahrtausenden schon einmal in umgekehrtem Sinn, von West nach Ost, von Südwesteuropa und Nordwestafrika nach Südostasien und Ozeanien hinausgewandert ist, scheint sich heute dem kühner und weiter gewordenen Blick der neuesten Forschung als zweifellos zu enthüllen. (Vgl. Leo Frobenius, Vom Kulturreich des Festlandes, München 1923.)
- 2) „Chinas Verteidigung gegen europäische Ideen“, ein wahrhaft prophetisches Buch, er-

schienen bereits im Jahre 1911, bei Eugen Diederichs in Jena.

- 3) Dafür ein charakteristisches Symptom ist die Tatsache, daß Romain Rolland, der beide in Betracht fallende Generationen mit seiner Lebenszeit umspannt, sowohl der Biograph und Jünger Tolstois wie der Gandhis ist. Übrigens besteht auch ein direkt ursächliches objektives Verhältnis zwischen Tolstoi und Gandhi: Tolstois Schriften haben Gandhi, nach dessen eigenem Zeugnis, zu seiner Mission erweckt!

HEINRICH BLOCK: EURASIEN

Unsere Zeit ist eine Epoche der Auflösung. Sie erinnert in mancher Beziehung an den Zusammenbruch der Antike und an das Zeitalter der Reformation und der Renaissance. Es ist das Suchen nach einer neuen Religion, das auch ins Soziale und ins Politische hinübergreift. Schon liegen viele Götzen des Sozialismus zerschmettert im Staube, andererseits beginnen sich schon neue politische Konzeptionen herauszuschälen. Nicht jene Bündnisse von kurzer Dauer, wie alle Freundschaften, sondern Ideen, wie der Völkerbund, wie das Paneuropa von Coudenhove-Kalergi. Letzterer trennt zwei Welten voneinander: Europa und Asien, und er will das erste vor dem zweiten retten. Dem kann eine andere Konzeption gegenübergestellt werden, die eurasische, die dieselbe Teilung vornimmt, aber Eurasien vor Europa retten will.

I.

Kulturell gibt es nur zwei eurasische Reiche: Rußland und die Türkei. Großbritannien kommt nicht in Betracht. Die Ostindische Gesellschaft ist zu jungen Datums und reicht zu weit in das Zeitalter der nationalen Kulturen, als daß aus indischer und angelsächsischer Kultur eine dritte, neue geboren werden könnte. Der Eurasismus der Türkei ist auch jung. Vielleicht hat er nach Angoras Erhebung aufgehört zu sein. Rußland hingegen ist eurasisch, seit in ihm geschichtliches Bewußtsein aufdämmerte. Es empfing die ersten groben Schläge der Völkerwanderung, in seinen Steppen versandeten die Barbarenfluten. Tataren hielten es 240 Jahre unter Joch, noch um jene Zeit, als Humanismus, Renaissance und Reformation begannen. Die Folgen: 1. Rußland ward ein Land mit Mischkultur und 2. bewahrte es Europa vor der „Barbarisierung“, Rußland ward zugleich Brücke und Wand zwischen Europa und Asien. Es ward Eurasien.

Bis in die letztere Zeit nahm man diesen Umstand als geschichtliche Gegebenheit. Manchmal bedauerte man es in Rußland. Jetzt, nach der Katastrophe, nach dem „Herausfallen Rußlands aus Europa“, geht man vom historiosophischen Standpunkt darauf ein, bringt es in Zusammenhänge mit Entstehung, Entwicklung und Absterben von Kulturen und Zivilisationen. Das ist die Schule der Eurasisten mit Fürst Trubetzkoi an der Spitze. Hier nur die Hauptideengänge.

Im 19. Jahrhundert übernahm Rußland oberflächlich westlichen Kretizismus und verpflanzte ihn auf seinen jungfräulichen Boden. Alle seine Emanationen,

wie Positivismus, Nihilismus und Materialismus entbehrten in Rußland der geschichtlichen Voraussetzungen — und schossen praktisch ins Unkraut, bis auf den Versuch, eine ideelle Kategorie, den Sozialismus, zu verwirklichen. Es hat sich gerächt: die russischen Intelligenzler, eigentlich immer rechte Bärenwinkler und Hinterstädler, fristeten ein überirdisches und außerirdisches Dasein, waren Fremde bei sich im Lande und natürlich auch in Westeuropa. Jetzt erst sehen sie ihr Herausfallen aus Europa. Sie werden sich auf neue Anhaltspunkte besinnen müssen.

So die ideologischen Folgerungen der Revolution. Die wirtschaftlichen? Der Kommunismus sollte Ende und Vollendung des Kapitalismus sein. In russischen Verhältnissen wurde er Rückkehr zum Primitiven, zur Ländlichkeit, zur Naturalwirtschaft, zum Stadium der „primären Güteranhäufung“, in der Terminologie des Marxismus, — mit Arbeitshamsterei, Überstunden, Konjunkturrenittertum usw. Zustände des frühen westlichen Mittelalters. Politisch führte die Revolution zur Absage an die keimende russische liberalistische Idee, an Parlamentarismus und Demokratie. Denn es ist klar, daß die bolschewistische Idee generell nur durch eine andere abgelöst werden kann. Und auf lange hinaus.

Früher sprach man von Rußlands Zurückgebliebenheit und verstand darunter den kulturellen Abstand zwischen Rußland und Europa. Jetzt ist die Fragestellung tiefer: es ist eine kulturelle Flächenentspannung eingetreten, ein absolutes Auseinandergehen, eine Gegenüberstellung von zwei Schicksalen: Europas und Rußlands. Die Revolution bewirkte Rußlands Absonderung, das „Entstehen eines neuen Zivilisationsstils auf dem Hintergrunde absterbender romano-germanischer Kultur.“ (Berührung mit Spengerschem Alexandrinertum!) Alle Ereignisse des Tages sind Zeichen einer kulturellen Wiedergeburt, eines Neuwerdens. „Die Geschichte improvisiert, sie wirkt schöpferisch und haftet an keiner Schablone.“ „Wir spüren, daß die Geschichte bei uns anklopft, damit auch Rußland der Menschheit eine Wahrheit eröffne, wie die größten Nationen der Vorzeit und der Gegenwart.“ Die nötige Genealität dazu besitzt es. Merkwürdig, wie die Eurasisten in slavophilen (und in diesem Punkt auch bolschewistischen) Ideengängen über den russischen Messianismus verharren. Nur wollen die Bolschewiken den Westen bekehren, weil sie den Osten im Grunde genommen fürchten.“ Die Furcht einer Wendung gen Osten ist der „Cauchemar“ Maxim Gorkijs“, bestätigt H. Wells („Rußland im Dunkel“). Diese Befürchtungen bilden ein eigenes Problem für sich . . . Die Eurasisten sagen: „Man fürchte den Osten nicht. Ist Rußland nicht etwa schon Osten? Gibt es einen Russen, in dessen Adern nicht asiatisches Blut fließt? Sind des Russen Mystik und seine kontemplative Trägheit nicht asiatisch?“

Die russische Revolution ist ein Ding für sich. Den Vergleich mit früheren gewaltigen Revolutionen muß man fallen lassen: 1789 galt einem Land von 540 000 Geviertkilometern und einem Volk von 25 Millionen. Rußland zählt 150 Millionen auf 20 Millionen Geviertkilometern. Frankreich gehörte organisch zu Europa. Rußland ist ein Kontinent für sich.

Es gibt aber auch einen kardinalen Wesensunterschied: Ziel der großen Revolution war der Mensch. Die moderne Revolution verfolgte zwei andere Probleme: die Schöpfung von Kulturen und die Übertragung ideologischer Kategorien in die Sprache kulturhistorischer Wirklichkeit. Rußland hat versucht, Geahntes und Gewolltes zu verwirklichen, und wenn es auch anders herauskommt, als geahnt und gewollt war, weil es in Sünde und Gottlosigkeit, in Greuel und Schmach geschah, weil es falsch Verstandenem galt und aus Fehlern geboren war, so ändert das nichts an der Größe der Tat. Das Pathos der Geschichte ruhte wieder einmal auf den Unzufriedenen, auf den im Wissen Ungesättigten. Auf sie senken sich die Feuerzungen der geschichtlichen Begeisterung, nicht auf die *beati possidentes* . . .

Rußland fiel aus Europa heraus. Europa verlor Rußland. So ist das Gesetz der Gegenseitigkeit. Aber gerade aus diesem Nichtssein Rußlands ergibt sich seine Zukunft: selbst wird es werden. Die Eurasisten sagen: „In der Sprache der Realitäten bedeutet dies, daß auf die Arena der Weltgeschichte eine neue geographisch-kulturelle Welt trat, die bis jetzt keine führende Rolle spielte. Das forschende Auge späht in die Zukunft: ob nicht die Göttin der Kultur nach Osten zieht, nachdem ihre Hütten Jahrhunderte zwischen den Hügeln und Tälern Westeuropas gestanden haben . . .“

II.

Der Krieg nahm Galliern und Germanen ihre Schminke. Sie gaben sich als reale Politiker, d. i. als zähnefletschende Tiere, für die es keine Wunder gibt. Die Herrschaft über die Welt ward keinem zuteil, und darum tobte der Krieg. Rußland, ein Sechstel der Welt, fiel niemand zur Beute, und somit ist der Krieg nicht beendet. Romanen und Germanen betrachten Rußland als zukünftige Kolonie. Seine Ausdehnung schreckt niemand ab. Afrika ist größer, Indien hat mehr Volk, und beide sind Kolonien. Nur die Ausländer können Rußland wirtschaftlich aufrichten, und sie werden es sicher nicht aus Nächstenliebe tun. Rußland wird immer die Prämie sein. Ist der Bissen für den Einzelnen zu groß, dann wird er in Einfluszonen aufgeteilt. Vielleicht läßt man Rußland den Schein der Unabhängigkeit, aber jede seine künftige Regierung wird fiktiv sein, nur ein Organ der Kolonialherren. Wesentlich kann die Wiederherstellung Rußlands nur unter Preisgabe seiner Selbständigkeit geschehen.

Das wissen auch die Bolschewiken. Aber sie sind, weil sie nichts Festes unter sich haben, Impulspolitiker, ihre Losungen wechseln von heute auf morgen. Damit nasführen sie Europa, aber das verzögert auch die Versklavung Rußlands. An die „Zähmung der Bolschewiken durch Kapital“ (Lloyd Georges in Cannes) glaubt niemand mehr (denn wäre das möglich, so hörten die Bolschewiken eben auf, solche zu sein), und man hätte schon mit ihnen aufgeräumt, wenn Europa nicht soviel mit sich zu tun hätte. Aber die Bolschewiken wissen: entweder müssen sie selbst Vasallen des Auslandes werden, oder einer anderen Partei Platz machen, die dasselbe Schicksal ereilen wird . . . Einstweilen vollzieht sich ein grausames Spiel: Europa sieht zu, wie ein großes Land immer tiefer fällt, damit es leichter zu nehmen sei. Vielleicht ein Grund des allgemeinen Schweigens über die Leiden des russischen Volkes, und ein Grund, warum man den Bolschewiken durch Verträge (Quasi-)Anerkennungen und Anleiheaussichten immer wieder Sauerstoff zuführt, zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben. Und inzwischen versuchen die Bolschewiken ein Henkerexperiment über das andere in der stillen Hoffnung auf die Weltrevolution . . .

Es ist möglich, daß ein neuer Weltkrieg sie entfesseln würde. Aber was hätte Rußland davon? Sozialismus und Kommunismus sind westlichen Ursprungs. Sie setzen eine gewisse Entwicklung voraus, vor allen Dingen die mustergültige Organisation des Proletariats. Sollte die allgemeine, die paneuropäische Revolution ausbrechen, so würden in ihr selbstverständlich jene Völker die Führerschaft an sich reißen, die auf der Höhe des modernen Fortschrittes stehen. Rußland, das seine letzte technisch und kulturell schwache Kraft an das große erste Experiment verschleuderte, würde in volle Abhängigkeit geraten. Die Weltrevolution könnte also nichts an dem Schicksal Rußlands ändern. In ihrem Falle träten nur an die Stelle der kapitalistischen Kolonialherren die kommunistischen. Ihr Joch ist schwerer, wie die Praxis erwiesen hat.

Rußland tritt auf jeden Fall in ein neues Stadium seiner Geschichte: es wird Kolonialland.

Wenn kein Wunder geschieht . . .

III.

Übrigens vollzieht sich sein Eintritt in die Reihe der Kolonialländer unter günstigen Umständen. Das Ansehen der Europäer ist gesunken, und sie sind selbst schuld daran. Sie haben Afrikaner, Asiaten und Australneger militärisch verhetzt, haben ihnen die Geheimnisse der Maschinengewehre beigebracht und sie über Europäer siegen gelehrt . . . Sie züchteten unter den Eingeborenen eine Intelligenzlerschicht, die jetzt über die morsche Kultur Europas spottet. Es

gibt heute keine Kolonie, die nicht wüßte, was Selbstbestimmung ist oder was sie sein soll . . .

In diesem Aspekt kann die neue Rolle Rußlands dem ganzen Kolonialsystem eine neue Wendung geben. Gestern noch war es den Kolonialherren ebenbürtig und gleichrangig; es verfügt, unter allen Kolonialländern, über die besten technischen und geistigen Hilfsmittel. Gerät es schon unter fremde Botmäßigkeit, so kommt ihm die Führerschaft in der Emanzipierung der Kolonialländer zu. Instinktiv empfanden dies auch die Bolschewiken, und sie predigten im Osten Haß gegen die Kolonialherren, — nicht Kommunismus, sondern Europaphobie. Unwillkürlich stellen sie sich unter den kategorischen Imperativ der nunmehrigen russischen Geschichte: die Internationalisten wurden Fahnenräger der nationalen Befreiung der Kolonien. Daß ihrer Propaganda der große Erfolg versagt blieb (Türkei, Persien, Afghanistan), liegt nicht an der Sache, sondern an der Methode.

Leider, sagen die Eurasisten, verkennen viele russische Intellektuelle die neue Bahn der Geschichte. Sie sind noch immer im Bann ihres verquickten Europäertums. Das kann die Versklavung Rußlands verhängnisvoll machen. Sie glauben an die Notwendigkeit einer Bevormundung durch Europa und werden sich bona fide in fremdes Joch fügen, umsomehr, als die erste Zeit der Fremdherrschaft eine Besserung der Lage gerade für diese Schicht bedeuten wird. Sie werden Hand in Hand mit den Ausländern am „Wiederaufbau“ arbeiten, freilich nur als Funktionäre in fremden Trusts, Kontrollkommissionen usw. Derlei Dienste werden keinen besonderen Opportunismus erfordern, aber bei der traditionellen Passivität des russischen Intelligenzen mit der Zeit zur moralischen Anerkennung der Fremden führen, nicht zur Kolonisierung Rußlands, sondern zu seiner Versklavung. Seine geschichtliche Aufgabe — die Befreiung seiner selbst und der Kolonien würde dadurch aber auf sehr lange Sicht verschoben werden. Denn dies wird nur dann gelingen, wenn „sich im Bewußtsein der russischen Öffentlichkeit ein geistiger Bruch mit Europa vollzieht, nach dem der geschichtliche Bruch Tatsache wurde. Dann ist der Sieg gesichert, kein vorübergehendes Fremdenjoch kann schrecken. Vollzieht sich dieser Bruch nicht, dann ist Rußland einem ruhmlosen Untergang geweiht“. (N. Trubetzkoi.)

Der Pessimismus der Eurasisten schreckt auch vor den letzten Konsequenzen nicht zurück: Rußland wird tatsächlich seine Selbständigkeit einbüßen, und zwar in dem Augenblick, wenn es den europäischen Geschichtemachern paßt. Vielleicht werden einzelne russische Regierungen in Zukunft durch Macchiavellismus oder angebrachte Fronde das fremde Joch weich zu machen wissen und es wird von der russischen Öffentlichkeit daheim und in der Diaspora abhängen, ob dieses Joch lange wahren muß . . . Aber kommen muß es,

die geschichtliche Bahn ist vorgeschrieben. Je eher sie von der russischen geistigen Führerschaft begriffen wird, um so besser, um so schneller wird das Joch überwunden sein, daß nun einmal unvermeidlich ist, und dann wird Rußland an die Erfüllung seiner neuen, seiner eigentlichen Mission schreiten können. Der Russe muß aufhören, ein Zwitterwesen zu sein, — Russe und Europäer zugleich, denn er gibt einen neuen selbständigen Kulturtypus: den Eurasier.

Das einzige Verdienst der Bolschewiken ist, daß sie das Aufdämmern dieser Erkenntnis beschleunigten. In der Geschichte geschieht nichts von ungefähr und nichts geschieht umsonst und keine Energie geht verloren. Der Grundirrtum der Bolschewiken liegt darin, daß sie glauben, sie schieben die Geschichte: sie werden nämlich selbst geschoben. Sie sind Werkzeug, nicht Meister. Die Geschichte brauchte eine robuste Macht, um die 130 Millionen aufzurütteln, wie sie vor 200 Jahren Peter den Großen dazu brauchte, um die Vorbereitung Rußlands-Eurasiens zu beginnen.

IV.

Die These vom Herausfallen Rußlands aus Europa kann politisch und kulturgeschichtlich schon aufrecht erhalten bleiben. Aber wirtschaftlich? Hat sich dieses Herausfallen (die gewollte und die ungewollte Blockade) nicht schon furchtbar gerächt? Sicher, sagen die Eurasisten, aber es mußte so kommen. Rußland mußte so auch wirtschaftlich auf eigene, d. h. auf eurasische Bahnen geschoben werden . . .

Der wirtschaftliche Stand eines Landes hängt hauptsächlich von seinen Verkehrswegen ab. Sie bestimmen die Dynamik der Wirtschaft: Umsatz und Absatz. Die Frachtkosten können einer ganzen Wirtschaft ihr Gepräge geben. Der Staat kann Zoll- und Frachttarife regeln, aber nicht natürliche Hemmungen beeinflussen, wie große Entfernungen, Mangel an Häfen usw. Diese Hemmungen bleiben bei einem gewissen Stand der Technik konstant.

Daher ist es sehr wichtig, ob die Produktionszentren eines Landes weit vom großen Wasser entfernt sind. Vor dem Kriege war der Eisenbahntarif in Deutschland 50 mal höher als der zur See. In Rußland und in Amerika, wo die Eisenbahnen in der Regel mit Defiziten arbeiteten, immer noch 7 bis 10 mal so hoch. Diejenigen Länder, die über freie Seewege verfügen, sind in geringerem Maße an die Entfernungen gebunden, als die ausgesprochenen Kontinentalstaaten. Man hat daher auf dem Gebiete der zwischenstaatlichen Wirtschaft, auf dem Weltmarkte, dem ozeanischen Prinzip das der kontinentalen Nachbarschaften entgegensustellen, was letzten Endes aber nicht absolut aufzufassen ist, weil auch die ozeanische Fracht nicht gleich Null ist, und weil Fern- und Kabotageverkehr verschieden frachtiert werden.

Der Ozean ist universal, der Kontinent differenziert. Eine Universal-, eine Weltwirtschaft kann nur auf dem ozeanischen Prinzip beruhen . . . Eine Übersicht der Beziehungen verschiedener Länder zum Ozean wird durch die Equidistanz-Zonenkarten gewonnen, auf denen diejenigen Länderpunkte des Festlandes verbunden sind, die gleich entfernt vom Ozean liegen oder von seinem offenen Zugang, die es also gleich leicht oder gleich schwer haben, dem Weltmarkte beizutreten. In Europa (westlich vom Petersburger Meridian) gibt es keinen Punkt, der von der See über 600 Kilometer entfernt ist, in Australien 800—1000, in Amerika und Afrika 1700, und nur in Asien gibt es Punkte mit 2400 Kilometern Equidistanz (Kuldscha, Semiretschje in Sibirien), wobei im letzteren Fall die See völlig oder zum Teil unpässierbar ist, weil die Häfen gefrieren.

Ein und dasselbe Produkt aus Kuldscha und aus Birmingham muß auf dem Absatzmarkt einen gleichen Preis haben. Das ist sogar bei gleichen Ersetzungskosten unmöglich, denn England kann den Artikel mit wenig Aufwand an Zeit und Rollmaterial an die billige See befördern, während Kuldscha 2400 Kilometer bis zum ersten unwirtschaftlichen Hafen zu bewältigen hat. Es leuchtet ein, daß Kuldscha zurückbleiben muß, so glänzend seine Hilfsquellen auch sein mögen: entweder werden seine Produkte für den Weltmarkt zu teuer oder für den Erzeuger zu unrentabel sein. Aus demselben Grunde kann sich der sibirische Konsument die Ware des Weltmarktes nicht leisten. Angebot und Nachfrage werden gleichmäßig zurückbleiben, — eine doppelte Übervorteilung des betroffenen Gebiets.

Bedingungsweise ist anzunehmen, daß die 800-Kilometerzone einen intensiven Verkehr zur See gestattet. Aber hinter dieser Zone liegen folgende Länder: Zentralaustralien, südliche Sahara und Sudan, Kongo und Zambesi, die Mitte des Amazonenstroms, das brasilianische Hochplateau und Paraguay, — Wüsten und Tropenländer, deren kulturelle Entwicklung noch sehr problematisch ist. Anders liegen die Dinge hinter der bedingten Linie in Osteuropa und in Asien. Hinter den 800 Kilometern befinden sich Mittel- und Westchina, Kaschmir und Pandjab, ein Teil Indiens, der persische Nordosten, ganz Turkestan (der Kaspische ist ein Binnenmeer), alle kulturfähigen Teile Sibiriens, fast der ganze Ferne Osten, der reiche Ural, die mittlere Wolga mit der triftigsten russischen Schwarzerde (Pensa, Tambow, Simbirsk), ein kolossales eurasisches Gebiet, zu dem die asiatischen: Westchina, die Mongolei und Persien gravitieren. Sind die Tausende von Kilometern überwunden, so stößt der eurasische Wirtschaftler entweder auf Häfen, die sechs oder mehr Monate im Jahr unter Eis liegen, oder auf mittelländische Meere (das Baltische, das Schwarze), aus denen der Ausgang zum Ozean, zum Weltmarkt, leicht politisch und militärisch versperrt werden kann.

So bleibt Eurasien nur ein Ausgang zum Ozean übrig: Kamtschatka. Denn über die Wirtschaftsmöglichkeiten des Polarmeeres kann ernstlich keine Rede sein, auch schon nicht, weil der Zugang zum Atlantischen Ozean über die seichte, sogenannte Wyville Thomsonschwelle führt, mit kaum 60 Meter Tiefe. Die äußerste Grenze der russischen Expansion nach Süden ist das Mitteländische Meer (ein Kontinentalgewässer mit den Sperren von Suez und Gibraltar) und der seichte Persische Golf. Rußland ist die freie Welle versagt, die an den Küsten von San Franzisko und New York, von Irland, der Bretagne, Afrika, Südamerika, Japan und Australien brandet . . . In Rußland gefrieren manchmal sogar die Häfen des Schwarzen Meeres auf 2 bis 3 Monate. Außer Schweden und Kanada wissen 90 % der Menschheit nicht, was ein zugefrorenes Meer ist. —

Große Entfernungen, Vereisung der Häfen und die Leichtigkeit der Absperrung bedingen die Kontinentalität Eurasiens, seine Abgeschlossenheit. Verbleibt es in seiner Isoliertheit und bei seinen heutigen Wirtschaftsformen, so wird es in Zustände der Naturalwirtschaft zurücksinken. Oder es wird zum Hinterhof der Weltwirtschaft, immer an den Folgen seiner geographischen Armut leidend. Dafür werden schon die ozeanischen Länder sorgen . . .

Aber, sagen die Eurasisten, Rußland wird neue Wege suchen und finden. Es wird seine pontische Politik aufgeben und wird sich von dem ozeanischen Prinzip zu dem der kontinentalen Nachbarschaften bekehren. Rußland ist groß und mannigfaltig sind seine Reichtümer, die es mit der Zeit bei sich selbst umsetzen wird, — nicht wie früher, wo seine Rauchwaren und Häute ins Ausland gingen und verarbeitet aber auch verteuert zurückkamen.

Es wird lange dauern, bis sich der innerkontinentale Umsatz regeln läßt, vielleicht wird er sich aus eigenen Mitteln nie ganz behelfen können — aber nur in Kleinigkeiten nicht —, jedenfalls wird keine scharfe Krise und die Abhängigkeit vom Weltmarkte nötig sein. Die großen Bereiche Eurasiens sind aufeinander angewiesen, sie müssen einander gleichzeitig wirtschaftliche Front und wirtschaftliches Hinterland sein. Daß derartige, wirtschaftlich einheitliche Kontinentalkomplexe möglich sind, beweist Nordamerika, das sich bei Gelegenheit selbst genügen kann.

Eurasien verfügt über gewaltige Getreidebauzonen, über Wälder von der Ladoga bis nach Wladiwostok, unerschlossene Erzreichtümer im Ural, in Sibirien, im Donetzgebiet und nach den neuesten Forschungen auch in Nord- und in Zentralrußland (Eisenerzlager bei Kursk). Freilich die Tonleiter der Temperaturen ist ärmer als in Nordamerika (Polareis bis + 25 Grad in Florida), sie reicht von Polareis bis + 16 Grad in Batum, aber schon die Ausdehnung bis an den Golf von Persien, richtiger der Mitinbegriff von Persien, brächte die Temperatur von + 23 Grad. Somit sind alle wirtschaft-

lichen Möglichkeiten gegeben: Wald, Schwarzerde, Steppen für Viehzucht, Erzlager, die keine Konkurrenz fürchten, subtropische Länder (Turkestan, Transkaukasien), wo Reis, Baumwolle und Seidenwürmer gedeihen, und endlich der als Meer belanglose Hafen im persischen Golf, über den aber jene Kolonialien hereingeschafft werden können, die Eurasien nicht hervorbringt.

Natürlich wissen die Anhänger der eurasischen Doktrin, daß eine vollständige Isolation heutzutage unmöglich ist. Rußland wird ohne fremde Hilfe überhaupt nicht aufkommen können. In seiner heutigen Lage würde Selbstgenügsamkeit es zu ganz primitiven Wirtschaftsformen verdammen. Das erwägen sie, — sie wollen aber nur dartun, daß Rußland nicht unbedingt ozeanische Wirtschaft betreiben muß, weil es andre tun . . . Die politische Aufrüttelung wird eine kulturelle und wirtschaftliche nach sich ziehen, neue Produktionszweige werden erstehen. Mit der Zeit wird es das unumgängliche politische Joch und dann auch das der ozeanischen Wirtschaft sich vom Halse schütteln.

V.

Dies ist in den Grundzügen die Lehre der Eurasisten. Der Übersichtlichkeit und der Kürze halber hat der Verfasser Zitate und Quellen anzuführen vermieden. Das Material liegt einstweilen nur in russischer Sprache vor und ist in drei Sammelbänden der Eurasier niedergelegt (Sofia-Berlin, 1921—23). Über die Auseinandersetzung zwischen Orthodoxie und Katholizismus ist geschwiegen worden, weil das Thema zu dialektisch und für den Nichtrussen, der die Zusammenhänge zwischen der Orthodoxie und der russischen kulturellen Entwicklung nicht kennt, zu schwerfällig sein dürfte. Darüber erschien ein Sonderband („Rußland und die lateinische Welt“, Berlin, 1923). — Die Eurasisten sind auch in russischen Kreisen heftig angefochten worden, es ist ihnen vorgeworfen worden, daß sie die Absicht hätten, Rußland zu asiatisieren . . . Es muß andererseits aber darauf hingewiesen werden, daß bis jetzt die Eurasisten die einzigen unter den verschiedenen Emigrantengruppen sind, die eine bestimmte Meinung über den Sinn der russischen Revolution haben und ein sichtbares Programm für die Zukunft, wenschon es tief pessimistisch klingt.

HANS UEBERSCHAAR:
DIE JAPANISCHE STAATSKULTUR UND IHR NEUES VER-
HÄLTNIS ZUR UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJET-
REPUBLIKEN

(Probleme aus dem russisch-japanischen Verträge vom 20. Januar 1925)

Inhalt: Die Idee der wirtschaftlichen Kooperation und bündnisdiplomatische Vermutungen — Die Aufnahme des Vertrages in der japanischen Öffentlichkeit, Gandhi, Sun Yat sen und Lenin — Panpazifische Ablenkungen — Probleme des kulturellen Gegensatzes; Verschiedenheit der Staats- und Sozialkonstruktionen: der japanische Staat und seine Kaiserherrschaft, die japanische Sozialordnung, die japanische Wirtschaftsordnung: Neigung zu Gesellschafts- und Staatsunternehmen, die Ausbeutung der Öl- und Kohlenfelder Sachalins — Bolschewistische Propaganda: Artikel V des Vertrages und Shidehara's Erklärung — Das Gesetz zur Bekämpfung gefährlicher Gedanken, seine Beziehung zu Artikel V des Vertrages, zum neuen Wahlgesetz und zur Politik der geplanten „proletarischen Parteien“ — Die Radikalisierung der jungen Generation Japans und die Geburt des Persönlichkeitssinnes aus wirtschaftlichem Zwang — Shintoistisches Kaisertum und Bolschewismus — Angelsächsische Gegenmotive — Der russische Neuimperialismus.

1. Die Idee der wirtschaftlichen Kooperation und bündnis-
diplomatischen Vermutungen

Der seinem religiösen Kult nach eigenartig gebaute japanische Staat hat am 20. Januar 1925 mit der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken den nunmehr bekannten, seinerzeit aber das Abendland zum Teil überraschenden Vertrag geschlossen, „um die Beziehungen guter Nachbarschaft und wirtschaftlicher ‚Kooperation‘ zu entwickeln“. Der Vertrag ist in englischer Sprache, der lingua franca des Ostens, abgefaßt. Ein deutliches Symbol dafür, daß beide Parteien schmückenden Vorrang nicht unnötig betont haben. Überhaupt atmet der Vertragstext durchaus praktischen, auf unmittelbar Erreichbares zielenden Geist. Ein großer Anliegestaat und eine Großmacht des pazifischen Ozeans haben nach etwa sieben Jahren offenen Konfliktes, tiefster Abneigung und geheimen Entgegenarbeitens ein Instrument gemeinsamen Willens geschaffen — in einer Zeit, in welcher der amerikanische Gegensatz die Gemüter in Atem hält, und in welcher der geplante Ausbau Singapores und seines strategischen Verhältnisses zu Australien, sowie die gigantischen amerikanischen Flottenmanöver die Kriegerseele doch wohl nicht mit Unrecht beschäftigten und es noch tun. Angelsächsische Kreise wollten — offenbar im Artikel IV des dem Haupttexte angefügten Protokolls A, in dem erklärt

wird, daß keine militärischen oder geheimen Verträge mit einer dritten Partei gegen eine der den Vertrag schließenden bestehen — sogar bereits eine Verletzung des Völkerbundsstatutes durch Japan erblicken. Für andere wieder stellte der Vertrag die Verwirklichung — oder wenigstens die Vorbereitung — eines Rußland-China-Japan-Bündnisses dar. Als vierter im Bunde wurden zwei andere genannt: Frankreich oder Deutschland. Fürst Yamagata befand sich damals gerade in offizieller Mission in Französisch-Indo-China! Welches auch die bündnisdiplomatischen Erwägungen bei der Vertragseingehung gewesen sind, ob solche überhaupt existierten, und so anziehend auch eine ausführliche Darstellung der verschiedenen Möglichkeiten sein dürfte, so kann doch nur der Eingeweihte etwas von Wert darüber sagen. Der Verfasser aber gehört nicht zu diesen Esoterikern. Außerdem: nicht nur mulier tacet in ecclesia! Es würden also nur Vermutungen oder Reihen angenommener Fälle aufgezählt werden können, wie gesagt, eine Aufgabe der Politiker oder berufener Journalisten.

2. Die Aufnahme des Vertrages in der japanischen Öffentlichkeit — Gandhi, Sun Yat sen und Lenin .

Von höchstem geopolitischen Belange dagegen ist die Frage: welche Probleme liegen in diesem Vertrage, dessen schließende Parteien, in dem Besitz der betreffenden Teile der Erde zwar Nachbarn, sonst aber im Natur- und Kulturbesitz — bei gewissen sehr interessanten Gemeinsamkeiten — große Gegensätze aufweisen?

Die Beantwortung dieser Frage wird wesentlich soziologisches und kulturpsychologisches Material zutage fördern, das allerdings sehr geeignet ist, die Lage in Ostasien und im Pazifik geopolitisch zu beleuchten.

Als Präambel sei noch bemerkt, daß die japanische Presse und Öffentlichkeit den Abschluß des Vertrages mit heller Begeisterung begrüßt haben, begrüßt als ein historisches Ereignis von wendunggebender Bedeutung: man sprach von politischer Neuorientierung, noch mehr aber von den zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteilen in Sachalin und auf dem Festlande. Der Enthusiasmus der großen finanzkräftigen Presse, z. B. der Osaka Mainichi Shim-bun, brachte nicht nur Wochen lang Leitartikel, ausführliche Nachrichten und Spezialbetrachtungen, sondern am 28. Februar auch eine Rußland-Sondernummer, die sehr wertvolle Beiträge enthielt. Der Leitartikel spricht ganz offen von der Erlösung aus der diplomatisch-isolierten Lage, in der sich Japan bisher befunden habe; eine Seite trägt in dicken Lettern die Überschrift: „Wirtschaftliche Eintracht — die innigste von allen“; eine andere: „Nur 48 Stunden von Tsuruga nach Wladiwostok“. Die Begeisterung ging aber noch weiter. Selbst die panasiatische Bewegung nämlich wurde herangezogen.

Ja, die Amerika abgeneigte Stimmung feierte den am Ende seiner Jahre immer mehr zum Angelsachsenfeind gewordenen, damals noch lebenden größten Revolutionär Chinas Sun Yatsen, der wieder und wieder, orts um orts, mit nie versagendem Redefeuher seine Überzeugungslosung: Asiaten, seid einig! mit Abwehrgeste besonders gegen Amerika und England ausstieß; die Presse pries die Unabhängigkeitsbestrebungen der unterdrückten asiatischen Völker, das Feuerwerk Gandhi und Tagore wurde öfter als früher abgebrannt, und Lenin war kein gefürchteter Name mehr!

3. Panpazifische Ablenkungen

In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß über die panasiatische Bewegung die panpazifische keineswegs vergessen ist. Neben der von Mr. Ford organisierten Pan-Pacific-Society ist es gerade gegenwärtig das Institut für pazifische Beziehungen, das von Bürgern Hawai's und der glühenden Begeisterung der Christlichen Vereinigung junger Männer in den pazifischen Anliegestaaten ins Leben gerufen und das am 1. Juli ds. Js. mit einer Konferenz von Vertretern aus sieben Staaten des Stillen Ozeans eröffnet wurde. Japan war durch 19 Delegierte, besonders aus wissenschaftlichen und Erziehungskreisen vertreten; an ihrer Spitze stand der frühere Unterrichtsminister Dr. Sawayanagi, während die amerikanische Abordnung von mehr als 20 Vertretern durch den Präsidenten Wilbur von der Leland Stanford-Universität geführt wurde. Man will das Institut zu einem permanenten „clearing house“ für einen dauernden Austausch panpazifischer Ideen machen. Nicht die Regierungen, sondern die Völker sollen sich hier eine Anstalt schaffen, in der sie sich versammeln können, um Tatsachen, betreffend Rassefragen und sonst gemeinsame Probleme der allgemeinen Kenntnis und Forschung zugänglich zu machen. Auch am politischen Institut in Williamstown haben sich Japaner wie Dr. Fujisawa und Yusuke Tsurumi bemüht, das Verständnis des japanisch-amerikanischen Verhältnisses zu fördern.

4. Probleme des kulturellen Gegensatzes: Verschiedenheit der Sozial- und Staatskonstruktionen

Der große Problemenkomplex, der sich aus dem Gegensatz Rußlands als ausgesprochen kontinentaler Macht zu Japan als Inselstaat ergibt, braucht an dieser Stelle nicht erörtert zu werden, an der andere zu diesem Thema bereits zu Worte gekommen sind. Zudem ist von Haushofer in seinem Buche „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ (Berlin-Grünwald, Vowinkel-Verlag, 1924) in Fortführung der Ideen F. Ratzels dazu grundlegend Stellung genommen worden. Dagegen sind die Probleme des kulturellen und geistigen Gegensatzes

zwischen beiden Ländern, die für ihr künftiges Verhältnis von Bedeutung werden können, in diesen Blättern noch nicht zur Diskussion gekommen. Als Wichtigstes soll die Verschiedenheit der Staatskonstruktionen sowie der Sozial- und Wirtschaftsordnung behandelt werden. Die Union als Staatenbund sozialistischer Sowjetrepubliken ist in ihren Grundlagen und Prinzipien dem Leser bekannt. Auch ist im 5. Heft dieser Zeitschrift S. 277 ff. von Richard Pohle in seinem Aufsatz „Die politischen Zustandsänderungen im russischen Reich seit 1914“ das Wesentliche darüber gesagt. Die russischen Verhältnisse können demnach als bekannt vorausgesetzt werden.

a) Der japanische Staat und seine Kaiserherrschaft

Japan ist seinem Staatsrechte nach eine konstitutionelle Monarchie, die besonders in seiner Verfassung der ehemaligen preußischen sehr ähnlich gebildet ist. Das ist aber nur eine formale Ähnlichkeit. Praktisch wirkt sich das Verfassungsleben demokratischer oder auch oligarchisch-bureaukratischer aus, je nach Zeiten und Umständen. Jedenfalls ist die Ausübung der dem Monarchen rechtlich zustehenden Gewalt fast niemals im Sinne des preußischen Beispiels erfolgt; vielmehr ist es gerade die unpolitische und den Staat lediglich repräsentierende Stellung der japanischen Kaiser, die sich mit der Inhaberschaft der obersten Staatsgewalt begnügen. Eine persönliche Einmischung in politische Tagesfragen seitens des Thrones ist — in der Neuzeit wenigstens — so gut wie unbekannt. Die Stellung des japanischen Kaisers ist aber nicht nur eine staatsrechtliche, sondern auch eine „kultische“ — „religiöse“ wäre (jedenfalls ohne ausführliche Erläuterungen) zuviel gesagt —. Und zwar durch den im Artikel I der Verfassung festgelegten Ewigkeitsbegriff und den im Artikel III formulierten Heiligkeitsbegriff. Der Ewigkeitsbegriff ist nicht etwa demjenigen ähnlich, den wir im abendländischen Völkerrecht finden, wenn zwei Parteien einen „ewigen Bund“ schließen. Die Verfassung sagt: „Das japanische Reich wird beherrscht und regiert von einer in alle Ewigkeit ununterbrochenen Linie von Kaisern.“ Die Linie und die Herrschaft der Kaiser ist von Ewigkeit zu Ewigkeit, also nicht nur im Sinne des abendländischen Völkerrechtes auf die Zukunft bezogen, sondern auch von der Vergangenheit her. Nur das kaiserliche Geschlecht, das sich nach japanischer Anschauung auch durch Adoption rechtsgültig fortgepflanzt hat, ist zur Herrschaft über das Reich legitimiert. Den Japanern gilt ihre Herrscherfamilie als die älteste in der Welt. Der Kaiser, tenno heika, ist nach Anschauung des Shintokultes der oberste Priester der Nation und ist heilig. Nicht etwa nur in der Bedeutung unseres staatsrechtlichen Begriffes „sakrosankt“, sondern heilig auch im Sinne eines Kultus, eben des Shintokultus, eines einfachen Natur-, Helden-, Ahnen- und Sonnenkultus, der sich stets

neben den hochkultivierten Formen des Buddhismus erhalten hat, seit der Restauration des Kaisertums im Jahre 1868 mit amtlicher Unterstützung neu belebt wurde und heute als der Staatskult gilt, dessen national einigende Kraft stark, und dessen Handlungen gerade in ihrer primitiven Einfachheit auch auf den Fremden tiefen Eindruck machen. Die Bestimmung des Artikels III der Verfassung „der Kaiser ist heilig und unverletzlich“ wurde vom Fürsten Ito, dem geistigen Vater der Verfassung, in seinem Kommentare so erklärt: „Der heilige Thron wurde errichtet zu der Zeit, als Himmel und Erde sich trennten. Der Kaiser ist Himmelsentsprossener, göttlich und heilig; er ragt über alle seine Untertanen hinaus. Er muß Verehrung erfahren und ist unersetzlich“. Die Stellung des Kaisers ist also nicht nur eine staatsrechtliche und staatspolitische, sondern auch eine kultisch-sakrale, die in der Ahnenverehrung des Shintoismus ihre Begründung hat und in den ältesten Chroniken der Japaner, dem Kojiki und Nihongi, ihre historischen Belege sieht. Wie sich ferner mit der Idee des shintoistischen Kaisertums diejenige völkischer Auswähltheit verbinden kann, wie sich beide zu einem kultischen Staatsdogma formen, das Arbeit und Lebensführung der Nation sehr wesentlich bestimmen, habe ich ausführlich in meiner „Eigenart der japanischen Staatskultur“ (Leipzig 1925) dargetan. So kultisch gebildet aber auch das japanische Kaisertum sein mag, so würde man doch eine ganz falsche Vorstellung davon haben, wenn man den Schluß ziehen wollte, es sei dadurch Fortschritt und Entwicklung gehemmt. Erstens beweist die Geschichte der letzten 60 Jahre das gerade Gegenteil, und zweitens wurde ja schon eingangs gesagt, daß dieses legitim-dynastische und sakral-monarchistische Kaisertum in der ganzen Würde jahrtausendlanger Majestät sich von den tatsächlichen Geschäften des Staates fernhält, in sich aber die heiligen Gefühle geschichtlicher Bewunderung und kultischer Verehrung der gesamten Nation kristallisiert. Die „Staatskörperschaft“ — ein ganz neuer Begriff der japanischen Gesetzgebung aus der Gesetzgebungsperiode des Winters 1924/25 ist unveränderlich; die „Form der Regierung des Staates“ unterliegt dem Wandel der Zeiten. (Es handelt sich um die beiden Begriffe „Kokutai“ und „Kokusei“, die gelegentlich der langen Diskussionen über das Gesetz zur Erhaltung des inneren Friedens, ausführlich definiert und seitens der Minister authentisch interpretiert wurden.) Die japanische Staatskonstruktion steht in einem geistigen und kultischen Gegensatz zur Räterepublik.

b) Die japanische Sozialordnung

Die Familienordnung der Japaner regelt sich nach den Anschauungen des Konfuzianismus. Die Familienverfassung mit ihrer patria potestas, dem Familienrate, der konventionellen Vermählungsart (im Gegensatz zur abend-

ländischen Wahlehe), der Verehrung der Familienahnen, meist in buddhistischer Form, und der einheimischen Heroen und Götter nach Shintoart, ist die Grundlage der gesellschaftlichen Struktur, von der gesagt werden muß, daß sie bei aller Okzidentalisation des Landes und seiner Kultur so gut wie nicht verändert, höchstens ganz leise aufgelockert wurde; so z. B. seitens des fortschrittlichen Gesetzgebers in seinen Entwürfen zu einer Reform des Familienrechtes, in denen vorgeschlagen wird, daß die Adoption, die ja zum Teil künftiger Ehe mit der Erbtöchter wegen vorgenommen, aber oft sehr eigennützig von den den Adoptionsvertrag schließenden elterlichen Parteien vollzogen wird, gerichtlich entschieden werden kann. Ferner hat Ende Mai d. Js. eine besondere Kommission zur Prüfung des Eherechtes folgende Reformen vorgeschlagen: Während nach dem geltenden Recht nur ein Mann nach Vollendung des 30. und eine Frau nach Vollendung des 25. Jahres ohne elterliche Zustimmung heiraten können, soll die elterliche Zustimmung ohne jede Rücksicht auf das Alter der Heiratenden zwar Geltung haben; aber der eventuelle Widerspruch der Eltern muß vernünftige Gründe aufweisen. Um nun den gegebenenfalls eintretenden Streitfällen eine unparteiische Entscheidung zu verschaffen, sollen gerichtsseits besondere Familienkammern geschaffen werden. Es sind die nämlichen, die auch in Streitfällen bei Adoption anzurufen sind. Erwähnen wir noch, daß der moderne Gesetzgeber in der neuen Strafprozeßordnung vom 1. Januar 1924 bestimmt, daß Strafanzeige gegen Aszendenten nicht angenommen wird, daß also der Staat elterliche und großelterliche Autorität mit den äußersten Mitteln stützt, so darf man wohl behaupten, daß die japanische Familienverfassung mit den Tendenzen des Kommunismus nicht vereinbar ist. Andererseits ist nicht zu vergessen, daß die japanische Ehe leicht zu scheiden ist, daß tatsächlich beinahe 10% aller Ehen geschieden werden, und daß die nichtgesetzlichen, tatsächlich aber ehelichen Verbindungen in großen Städten und Industriezentren zahlreich sind. Später werden sie, besonders wenn Kinder vorhanden sind, meistens legalisiert. Größter Gegensatz und große Ähnlichkeit mit manchen russischen Verhältnissen! Die Familienverfassung Japans ähnelt der chinesischen bis auf einen Punkt: Über kindliche Pietät und Familienhauptsgewalt geht in Japan die „Lehnstreue“ dem Kaiser gegenüber, ein feudalistisch gefärbter Begriff, der demjenigen der mittelalterlichen Gefolgschaftstreue nicht etwa nur nachgebildet, sondern diesem, der ja in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch in voller Blüte stand, unter Vernichtung aller feudalistischen Zwischengewalten, als allein organisch weiterwachsend verblieben ist. Denn auch im Lehnsstaatsystem der Minamoto, Hojo, Ashikaga und Tokugawa, d. h. vom 11. bis 19. Jahrhundert, ist der Kaiser, so bedeutungslos und verarmt seine Hofhaltung in der Zurückgezogenheit in Kyoto auch zeitweise gewesen sein mag.

doch der Theorie nach stets der Obereigentümer des Staates und der oberste Lehnsherr geblieben.

c) Die japanische Wirtschaftsordnung: Neigung zu Gesellschafts- und Staatsunternehmen

Durch Artikel 27 der Verfassung ist das Privateigentum der Untertanen garantiert; und es braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, daß Japan nach der geltenden Sozial- und Wirtschaftsordnung im Sinne der Marxistischen Terminologie ein bourgeois und kapitalistischer Staat ist. Mit dieser Feststellung nämlich ist der Gegensatz zur Union der sozialistischen Sowjetrepubliken auf diesem Gebiete erwähnt, aber ja auch bekannt. Andererseits ist vielleicht weniger bekannt, daß im Jahre 1919, also vor dem Erdbeben, nach einer von der Regierung für den Völkerbund ausgearbeiteten Aufstellung über das Nationalvermögen das öffentlich-rechtliche Vermögen 12 517 Yen-Millionen gegen 73 560 Yen-Millionen Privatvermögen betrug. Ferner besitzt der Staat Tabak-, Salz- und Kamphermonopol und ist gegenwärtig auf der Suche nach einem neuen: das Bier wird vermutlich sein Schicksal haben, da der Aufkauf der Sakebrauereien zu viel Kapital erfordert.

Der Japaner ist erst durch eine kurze individualistische Periode hindurchgegangen, die bei den west- und mitteleuropäischen Völkern schon mit Renaissance und Humanismus einsetzte. Feudalistische und genossenschaftliche Bindungen des gesellschaftlichen Lebens sind in Japan auch heute noch sehr stark und beeinflussen daher auch die individuelle wirtschaftliche Entwicklung und individualistische Begabung. Ist es dann verwunderlich, daß im Wirtschaftsleben die Handelsgesellschaft, besonders die Aktiengesellschaft hervortritt? So erklärt sich auch die feudalistisch-autoritäre Stellung des Staates in den kolonialen Unternehmungen jeder Art, sein starker kapitaler Anteil am Vermögen der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft und seine Stellung in der Frage der Subsidien für die Handelsschifffahrt. Nippon Yusen Kaisha, Osaka Shosen Kaisha, Tokyo Kisen Kaisha, die drei führenden Schifffahrtsgesellschaften, die in dem am 31. März 1932 endigenden Geschäftsjahr 15,10 und 5% Dividende ausschütteten, beziehen ebenso Subsidien wie die zahlreichen kleineren Linien, die in der Südsee, der Südchinküste, der westlichen Koreaküste, der Dairen-Shanghai-Nordchina- und Hokkaidofahrt interessiert sind. Dazu kommen andere staatliche Unternehmungen, Stahlwerke und Arsenalen. Nimmt man nun die großen Staatsunternehmungen wie Reichseisenbahn, Reichspost sowie die drei Monopole hinzu, so ist man sicher zu der Behauptung berechtigt, daß eine Abneigung gegen Staatsunternehmen in Japan nicht besteht. Die eigenartige Vergesellschaftungsneigung — zunächst aus Mangel an individualistischen Strebungen und der Fortexistenz eines ge-

wissen mittelalterlichen Genossenschaftssinnes erklärbar —, verbunden mit dem so machtvoll ausgeprägten autoritären Staatswillen, ist doch geeignet, den Glauben zu erwecken, daß, wie Japan auf manchen anderen Gebieten durch geschickte Rezeptionsmaßnahmen gewisse Stufen, die wir Westländer mühsam emporgestiegen sind, flugs überspringen konnte, es vielleicht auch in wirtschaftlich-sozialer Hinsicht schneller zu moderneren Formen kommen kann, als Westeuropa. Und auf diesem Gebiete könnte die russische Beeinflussung leicht und bald einsetzen. Sozialistische Neigungen im sittlichen Sinne schlagen ja zunächst einmal in den Herzen aller der Hunderte von Millionen Menschen, deren Sozialsystem von den Grundsätzen des Konfuzius geregelt wird. Das harmonische Verhältnis des Oberen zum Unteren ist die Grundlage aller gesellschaftlichen Ordnung, zwischen Mann und Frau, Eltern und Kindern, Herrscher und Volk, Himmel und Erde. Stets ist der Obere für die friedliche Gestaltung seines Verhältnisses zum Unteren verantwortlich. Im weiteren ist es dann die Lehre des Mencius gewesen, die die sittliche Berechtigung der Revolution insofern ausgesprochen hat, als er sagte, der Kaiser (Chinas) sei dann nicht mehr der Himmelssohn und sei von der Gnade der Götter verlassen, wenn im Volke Plagen, Not, Unruhen und Zwietracht andauern. Dann sei das Volk berechtigt, sich zu erheben und einen anderen Auserwählten des Himmels auf den Thron zu setzen. So lösten sich auch tatsächlich Dynastien in China ab, zwar nicht alle aus diesem revolutionären Motiv. Dieses aber ist es letzten Endes, das einen Sun Yat sen, der selbst eine große Revolution gemacht hatte, so verehrungsvoll nach Moskau blicken ließ. In diesem revolutionären Motiv — nicht in wirtschaftlich-kommunistischen Idealen — liegen starke sittliche Gemeinschaften zwischen Bolschewik und den Jung-Chinesen Suns. Des Mencius Revolutionsethik hat bei der shintoistischen und legitim-dynastischen Verfassung der japanischen Monarchie keine Bedeutung für das Inselreich gewinnen können. Aber die ganze auf öffentliche und menschenwürdige Harmonie gerichtete Denkungsart der Chinesen gilt auch in Japan ohne Ausnahme.

Bei der die Familie überragenden Stellung des japanischen Staates ist es nicht verwunderlich, staatssozialistische Tendenzen vorzufinden. Die geplante Ausbeutung der Ölfelder in Sachalin wird zwar an einen Bund der großen Firmen Mitsui, Okura, Shibuzawa, Sumitomo und Asano Bussan Kaisha gegeben werden, die Regierung sichert sich aber auch in dieser neuen Gesellschaft ihren Anteil, außerdem hat sich die Admiralität bereit erklärt, alles in Nordsachalin gewonnene Petroleum zu übernehmen. Die russischen Außenhandelsstellen werden die Errichtung noch mancher ähnlich organisierten Gesellschaft zur Ausbeutung der Kohlenfelder und der Holzbestände auf dem Festlande und der Fischereigründe erheischen. Diese Organisationen werden

unter Führung der japanischen Regierung und unter Einschluß öffentlicher Mittel rasch und willig zustande kommen. Auf diesem Gebiete zwischenstaatlicher Wirtschaft werden sich Rußland und Japan schnell und für manchen überraschend tief beeinflussen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist die Union "backsliding", indem sie sich vorbereitet, nicht nur die Eröffnung von Privatindustrien wieder zu gestatten, sondern auch die Einstellung von Landarbeitern zu genehmigen, Privatgeschäfte zu erlauben, im ganzen: die private Initiative mit lockenderen Aussichten auf persönlichen Gewinn wieder in beschränktem und kontrolliertem Ausmaße zuzulassen. Je mehr sich die Union von den utopischen Forderungen des strengen kommunistischen Programms lossagt — wenigstens in praxi—, desto leichter wird sich das Verhältnis zur japanischen, die russischen Hilfsquellen ausbeutenden Wirtschaft gestalten. Andererseits wird sich das japanische Kapital, gerade der russischen Wirtschaft gegenüber, in großen, unter staatlicher oder mit staatlicher Autorität begründeten oder von ihr geführten Außenhandelsgesellschaften gern zusammenschließen und so immer mehr in die Tendenz einer staatskapitalistischen Entwicklung einmünden.

In diesen Zukunftsfragen ökonomischer Art ist man gar nicht engherzig.

d) Die Ausbeutung der Öl- und Kohlenfelder Sachalins

So ist in den ersten Tagen des Juni d. Js. zwischen der japanischen Regierung und Vertretern der Geschäftswelt betreffend die Ausbeutung der Öl- und Kohlenfelder Sachalins vereinbart worden, daß die „Sachalin-Ölgesellschaft“, die mit einem Kapital von 10 000 000 Yen begründet wird, zunächst von der Regierung für 730 000 Yen die bestehenden Anlagen übernimmt, 200 000 Aktien, die „registriert“ sind zu je 50 Yen, ausgibt, daß alle Unternehmungen der Gesellschaft eine Lizenz der Regierung nötig haben und daß Änderungen im Statut der Gesellschaft oder eventuelle Verschmelzungen der Zustimmung der Behörde bedürfen, die ein Aufsichtsrecht über die Geschäftsführung behält. Die Kohlenminen werden von der Nordsachalin-Gesellschaft (North Saghalin Development Company Ltd.) ausgebeutet, und zwar mit in Aussicht gestellter Unterstützung der Regierung für den Fall, daß sie keinen Erfolg haben sollte. Diese Gesellschaft wird in derselben Weise wie die Sachalin-Ölgesellschaft kapitalisiert; ebenso gelten für sie die Bestimmungen der Sachalin-Ölgesellschaft hinsichtlich der staatlichen Lizenzen, einer Änderung des Gesellschaftsstatuts und der Aufsicht des Staates über ihre Geschäfte. Beide Unternehmungen müssen bis zum 15. November d. Js. organisiert sein. Durch Erlaß einer kaiserlichen Verordnung wird diesen eigenartigen, unter Staatsaufsicht stehenden Gesellschaften die rechtliche Basis geschaffen werden. Schließlich haben die Gesellschaften, ehe sie an die Ausbeutung der Kon-

zessionen gehen, eine Übereinstimmung mit Sowjetrußland herbeizuführen. Sie haben zu diesem Zwecke Vertreter nach Moskau entsandt, die von der Regierung geführt sind. So kann man sagen, ist es das eigentümliche Außenhandelssystem Rußlands, das Japan einen bedeutenden Schritt weiter auf der Bahn „staatlicher Beteiligung“ an wirtschaftlichen Privatunternehmungen hat machen lassen. Für das asiatische Festland und die Fischereigründe werden sich, wie gesagt, noch größere Ausmaße bieten.

5. Bolschewistische Propaganda. Artikel V des Vertrages und Shidehara's Erklärung

Wie verhält sich nun der japanische Staat gegen den Kommunismus, der sich gegen die oben beschriebene legitim-dynastische und sakral-monarchistische Grundverfassung des Staates wenden könnte? Weil die republikanische Staatsform ein Programmpunkt der Kommunisten ist, deshalb hat sich Japan vertraglich gegen derartige Propaganda gesichert. Auch syndikalistische Gewaltmaßnahmen von Werkvereinen oder gewaltsame Machtergreifung durch das Proletariat im kommunistisch-bolschewistischen Sinne zu propagieren, ist vertragsmäßig der Union untersagt, wie die entsprechende Gegenpropaganda Japans in Rußland. Artikel V des Haupttextes des Vertrages lautet nämlich: Die hohen vertragschließenden versichern hiermit feierlich ihren Wunsch und ihre Absicht, in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben, unter allen Umständen das unzweifelhafte Recht eines Staates, nämlich sein Leben unter seiner Gesetzgebung nach seinem Wunsche zu gestalten, zu respektieren, ferner alle Personen, die in irgend einem Dienstverhältnis zu ihm stehen, oder alle Organisationen, die irgend eine offizielle Unterstützung von ihm beziehen, von jedem Akt zurückzuhalten, der, sei es offen oder verdeckt, darauf hinzielt, in irgend einer Weise die Ordnung und Sicherheit in irgend einem Teile der Staatsgebiete Japans oder der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken zu gefährden. „Ferner wird zugestanden, daß keine der vertragschließenden Parteien auf den Gebieten, die unter ihrer Gesetzgebungsgewalt stehen, das Bestehen a) von Gruppen oder Organisationen dulden wird, die behaupten, die Regierung für irgend einen Teil des Staatsgebietes der anderen Partei zu sein, oder b) die Anwesenheit von Untertanen und Bürgern dulden wird, denen nachgewiesen wird, daß sie tatsächlich für solche Organisationen und Gruppen politische Tätigkeit betreiben.“

An dem gleichen Tage, an dem der Vertrag in Kraft trat (am 26. Februar 1925) und der Text veröffentlicht wurde, gab der auswärtige Minister Japans, Baron Shidehara, eine bedeutsame Erklärung an die Presse ab, die ausdrücklich auf den angeführten „Propagandaparagraphen“ des Vertrages Bezug nimmt. Er sagte diesbezüglich: „Wege und Mittel, einen freundschaftlichen und har-

monischen Verkehr zwischen diesen Nationen zu sichern und eine Lage zu schaffen, die eine innigere Verbindung darstellt, sind in den Bestimmungen des Artikels V genannten Vertrages enthalten, des Artikels, der den Kernpunkt der gegenwärtigen Übereinkunft darstellt. Kurz, die Beziehungen des Friedens und der Freundschaft zu pflegen und die eigenen Rechte des Anderen, in Freiheit sein Leben innerhalb der Sphäre seiner eigenen Jurisdiktion zu gestalten, getreulich zu achten, das sind Punkte von grundlegender Bedeutung für die Beziehungen zwischen Japan und Rußland“

6. Das Gesetz zur Bekämpfung „gefährlicher Gedanken“, seine Beziehung zu Artikel V des Vertrages, zum neuen Wahlgesetz und zur Politik der geplanten „proletarischen Parteien“.

Aber nicht nur durch diese völkerrechtliche Bestimmung des Artikels V des Vertrages, nicht nur durch die Eröffnung des zuständigen Ministers an die Presse hat der japanische Staat versucht, seine Eigenart shintoistischer Staatskultur gegen zerstörende Propaganda einer in diesem Punkte fundamental anders gearteten Welt sicherzustellen, sondern gleichzeitig hat er auf dem Wege innerstaatlicher Gesetzgebung auf energische Mittel zur Abwehr gesonnen, und zwar in dem Gesetz zur Erhaltung des inneren Friedens. Die englische Presse nannte es „the dangerous thoughts bill“, ein Name, der dem entsprechenden Gesetzentwurfe bei seiner ersten Einbringung ins Parlament vor einigen Jahren offiziell beigelegt war, der aber in der diesjährigen Frühjahrs-session der veränderten Form des Entwurfes (und wohl auch anderer Gründe wegen) in den erstgenannten Titel umgewandelt wurde.

Da dieses Gesetz zugleich mit der in diesem Frühjahr ebenfalls angenommenen Wahlrechtsvorlage, die die Zahl der Wählerschaft von drei auf dreizehn Millionen zu heben beabsichtigt, das Parlament beschäftigte, so hat man weiterhin behauptet, dieses Gesetz zur Erhaltung des inneren Friedens sei seitens der Regierung eine Bedingung für die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts gewesen. Auf der einen Seite sollten zehn Millionen Männer mehr als bisher mit dem Wahlrecht ausgestattet werden, auf der anderen Seite hinwiederum wollte sich die Regierung eine gewisse Kontrolle der öffentlichen Diskussionen und der mit jedem Wahlkampf verbundenen Agitationen vorbehalten. Da zudem durch das neue Wahlrecht die äußeren Bedingungen für die Begründung einer Arbeiter- oder (wie mehr ideologische Köpfe sagen) „Proletarierpartei“ gegeben sind, so schien es der Regierung nicht unangebracht, für alle Fälle mit Gesetzmaßregeln versehen zu sein, die kurz und schmerzlos Angriffe auf die Grundlagen des Staates (die Staatskörperschaft „Kokutai“) zunichte zu machen geeignet sind. Es wäre also falsch, wenn

man behaupten wollte, der japanische Gesetzgeber habe sich bei dem Gesetze zur Erhaltung des inneren Friedens lediglich durch die Motive einer zu erwartenden Propaganda russischer (und anderer auswärtiger) Kommunisten bestimmen lassen. An dieser Stelle mag es von Interesse sein, zu hören, welches die Hauptprogrammunkte der neuen Arbeiterpartei sein werden. Am 18. Juli haben im Osaka-Kobe-Bezirk die Begründungsversammlungen der „Kansai Minseito“ (Volkspartei Westjapans) stattgefunden. Die Leitsätze sind folgende:

- 1) Wir verlangen vom proletarischen Standpunkte aus eine Beseitigung aller wirtschaftlichen, politischen und sozialen Übel.
- 2) Wir fordern volles Recht auf Arbeit, Lebensexistenz und das Recht der Vereinsgründung.
- 3) Wir fordern eine Reform der Lasten, die auf Land, Produktion und Verteilung liegen.
- 4) Wir fordern eine Reform des Völkerbundes zwecks Herbeiführung eines wahren Weltfriedens.
- 5) Wir streben die Vernichtung der gegenwärtigen politischen Parteien an und wollen in dieser Hinsicht in Gemeinschaft mit den anderen proletarischen Parteien im ganzen Lande vorgehen.

Bezüglich der „russischen Propaganda-Angst“ ist übrigens folgender Fall lehrreich. Der Abgeordnete Dr. Kiyose, ein Angehöriger des liberalen und demokratischen Kakushinklubs, zwang in der Kommissionssitzung am 6. März d. Js. den Innenminister Wakatsuki, eine Rußland betreffende Erklärung abzugeben. Einige Tage vorher hatte nämlich Kawasaki, Chef des Polizeibüros des Ministeriums des Innern, behauptet, hinter der Opposition einiger Abgeordneten gegen das Gesetz zur Erhaltung des inneren Friedens stehe Rußland. Wakatsuki führte aus: „Bezüglich der Feststellung, die Herr Kawasaki in der Kommissionssitzung am 3. März gemacht hat, wünsche ich festzustellen, daß die Polizei in den Besitz eines diesbezüglichen Berichtes gelangt ist. Ich teile die Ansicht des Herrn Kawasaki nicht und ziehe daher seine Feststellungen zurück.“

Das sollte vermutlich eine objektive Feststellung gegenüber dem amtlichen Rußland sein, wohl nicht nur ein Akt der Courtoisie! Jedenfalls ist es offenbar, daß sich das Gesetz zur Erhaltung des inneren Friedens allgemein gegen kommunistische und anarchistische Propaganda wendet. Angriffe auf die Grundlagen der Verfassung des Shinto-Reiches aus kommunistischen und anarchistischen oder auch sozialistisch-republikanischen Motiven und Angriffe auf die Privateigentumsordnung sind die hauptsächlich unter Strafe gestellten Delikte.

Es ist in Verbindung mit dem oben besprochenen Artikel V des Vertrages geboten, von dem Inhalt des Gesetzes folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Artikel I sagt u. a.: Jeder, der eine Gesellschaft organisiert zu dem Zwecke, die Herrschaftsform, die durch die Verfassung garantiert ist, durch Wechsel der Staatsform (Kokutai) zu anderen oder jeder, der einer solchen Gesellschaft beitrifft, soll mit Gefängnis oder Zuchthaus nicht über 7 Jahre bestraft werden. Artikel II verbietet Versammlungen, die den im Artikel I angeführten Zwecken dienen. Artikel IV behandelt die eigentlich bezahlte Propaganda. Artikel V erklärt, daß das Gesetz sich auch auf Vergehen bezieht, die außerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes begangen sind, d. h. es ist auch auf im Ausland begangene Vergehen anwendbar. Gerade diese Bestimmung zeigt, wie weitreichend man die shintoistisch-sakralen Grundlagen des Kaisertums zu sichern bestrebt ist.

7. Die Radikalisierung der jungen Generation Japans und die Geburt des Persönlichkeitssinnes aus wirtschaftlichem Zwang.

Nun ist es bekannt, daß die geistige Lebhaftigkeit der Japaner und ihr Sinn für Neuerungen gerade seit den Jahren des Krieges sich mehr und mehr auch den radikalen Ideen zugewandt hat. Daß man seitens der Regierung ernste Befürchtungen besonders hinsichtlich der studierenden Jugend hegt, beweist folgendes Beispiel. Gelegentlich eines Examens der juristischen Fakultät der Kaiserlichen Universität in Tokio war den Studenten die Aufgabe gestellt worden, aus der deutschen Ausgabe des kommunistischen Manifestes ins Japanische zu übersetzen. Da aber in Japan die Veröffentlichung einer Übersetzung des kommunistischen Manifestes verboten ist, hielt es die Behörde für geboten, den Professoren einen Fingerzeig zu geben, daß derartige Aufgaben unerwünscht seien. Um übrigens irrtümlich Auffassungen, betreffend die Freiheit der wirtschaftlichen Forschung, zu vermeiden, sei erwähnt, daß zum Studium der soziologischen Fragen — also nicht zu Propagandazwecken! — alle fremdsprachlichen Originale benutzt werden können. Der öffentliche buchhändlerische Vertrieb derartiger fremder Bücher, wenn diskret vorgenommen, ist meistens — einige Ausnahmen existieren — geduldet worden.

Es ist nun einmal unvermeidlich, daß, je vollkommener Japan sich das westländische Erziehungsprinzip aneignet, desto größer auch der Geltungsbereich der westländisch-sozial gearteten Kulturfaktoren wird. Diese wieder, im Verein mit den den abendländischen analogen Wirtschaftskrisen, müssen sich mutatis mutandis als uns aus eigener geschichtlicher Vergangenheit wohl bekannte Reize auf das Denken besonders der eindrucksfähigen jungen Generation und der wirtschaftlich Schwachen auswirken. Es ist in der Tat nicht zu leugnen, daß, abgesehen vom national eigenartig gebildeten Staatsideale, ein Fehlen idealistischen Denkens immer fühlbarer wird. Die Ungunst der nunmehr fünf Jahre währenden wirtschaftlichen Depression hat im ökonomischen

Wettkampf eine individuelle Rücksichtslosigkeit erzeugt, die in den mittleren Jahren der Meijizeit (1868—1912) noch undenkbar gewesen wäre. Der Kampf ums persönliche Dasein hat schon so stark eingesetzt, daß vielfach der früher in allen Fällen schützende Verband der Familie sich nicht mehr zu Hilfeleistung an ihr notleidendes Einzelmitglied aufrufen kann, weil auch die anderen Glieder „des Hauses“ oft selbst nichts zur Unterstützung beizusteuern haben. Freilich kommt man, auch in den untersten Klassen, schließlich immer noch mal „wo“ unter. Ein Schlafplatz auf einer Matte und einige Schalen Reis lassen sich meistens noch finden. Die Anspruchslosigkeit ist bewundernswert! Jedenfalls ist die Lage so, daß gerade die junge Generation, sei sie an der Maschine, im Büro oder im Hörsal tätig, viel bestimmter und bewußter als die ältere ihren persönlichen Vorteil sucht. Natürlich gibt es Ausnahmen, aber der individualistische Egoist ist im besten Werden. Er ist nicht notwendig unmoralisch, aber selbstüchtiger als es den alten Moralisten strengen konfuzianischer Observanz erlaubt zu sein scheint. Mögen die den Persönlichkeitssinn erweckenden ungünstigen wirtschaftlichen Umstände zu beklagen sein, so ist doch, ebenso wie im Okzident, das Erwachen zum Selbstbewußtsein auch ein Prozeß, der aktivere und verantwortungsvollere „Individuen“ schaffen wird. An solchen aber leidet das gegenwärtige Japan — nach eigenem und fremdem Urteil — am meisten Mangel. Die Arbeiterbewegung hat ebenfalls nicht wenig dazu beigetragen, der modernen Geistesrichtung sehr materialistische Tendenzen zu geben. Der marxistische Sozialismus ist, wie sich die Osaka Mainichi in ihrem Leitartikel vom 15. Mai d. Js. ausdrückte, ein sehr faszinierender Gegenstand für Studenten geworden. Nur habe er leider dazu verführt, an erster Stelle nach den Feinden der eigenen persönlichen Wohlfahrt Ausschau zu halten und eine kampfgemäße Einstellung einzunehmen.

8. Shintoistisches Kaisertum und Bolschewismus

So unzufrieden aber auch zahlreiche Gemüter sein mögen, so große Fortschritte auch die sozialistische Bewegung gemacht hat und jedenfalls als Arbeiterbewegung nach dem Zustandekommen des neuen Wahlgesetzes machen wird, das, wie erwähnt, zweifellos eine „labour party“ oder eine proletarische Partei bringen wird, so wird doch durch diese rapide Demokratisierung, teilweise sogar Radikalisierung, das Verhältnis des japanischen Untertanen zum shintoistischen Staatskult nur insofern berührt, als diese kultischen Vorstellungen nicht notwendig zerstört, sondern nur modern ausgedeutet werden. Die Kommunisten und Anarchisten, die sich nur in geheimen Bünden halten können und scharf überwacht werden, kommen zurzeit ernstlich noch nicht in Betracht. Seitens der Sozialisten ist der im Abendlande für diese als Pro-

gramm geltende Punkt der Republikanisierung, soweit ich weiß, öffentlich nie als Forderung aufgestellt worden. Das sakral-shintoistische Kaisertum ist keine politische Klassenmonarchie, sondern eine kultisch repräsentative Staatsherrschaft, die zwar Träger, aber nicht Ausüßer der obersten Gewalt ist. Die Regierung stellt das praktische Regime dar. Ihr gilt Gefolgschaft oder Kampf. —

Fassen wir zusammen: eine Bolschewisierung Japans bei normaler Weiterentwicklung — selbst im rapiden Tempo der Gegenwart — kann kein nahes Ziel der kommunistischen Politik sein. Dagegen dürften manche Neuschöpfungen des russischen Staatskapitalismus dem öffentlich rechtlichen Sinn der Japaner und ihren staatskapitalistischen Neigungen gegebenenfalls verheißungsvoll erscheinen, um auch andere Betriebe —, als Eisenbahn, Post und Monopole in eigene Regie zu nehmen. Die Interessen des Staates an der Südmandschurischen Eisenbahn, in Kolonialgesellschaften und sein Verhältnis zu den Schifffahrtslinien wurden oben angeführt. Die künftigen Unternehmungen in Sachalin zeigen ein ähnliches Gesicht.

9. Angelsächsische Gegenmotive

In dem ganzen Fragenkomplex der möglichen kommunistischen und staatskapitalistischen Beeinflussung Japans durch Rußland sei aber nicht vergessen, daß das Inselland den amerikanischen Einflüssen noch viel empfänglicher gegenübersteht. Dazu kommt der aufs praktische gerichtete Sinn der Japaner, die bei der Auswahl der zu übernehmenden Kulturgüter erstens niemals einseitig vorgegangen sind, sondern bisher wenigstens in den meisten Fällen mit ziemlich sicherem Instinkt das ihnen Zusagende auswahlsweise aus den verschiedenen Kulturkreisen zusammenstellten und zweitens das zu übernehmende Kulturgut mit einheimischen Beständen mischten oder nach eigenen, uns zwar nicht immer verständlichen Eingebungen umformten. So steht einem bedeutenden Teile der publizistischen Öffentlichkeit die großartige Kooperation zwischen Kapital und Arbeit in Amerika als verlockendes Beispiel vor Augen. Der Arbeiter als Aktionär und die Arbeiterbanken mit ihren schon riesenhaften Kapitalien sind Institutionen, die besonders der Kychokai, dem Verein, der eine friedliche Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit erstrebt, als beachtenswerte Nachahmungen oder wenigstens sehr berücksichtigungswerte Faktoren für ihr Programm erscheinen. Auch die durchaus praktische Einstellung der labour party Englands gilt zahlreichen sozialistischen Köpfen als Muster, wie denn überhaupt englische Einrichtungen schon aus zahlreichen Ähnlichkeiten der insularen Bildung sich als receptionswürdig darstellen. Und überdies, um noch die russische „Unionspolitik“ zu erwähnen, weiß man in Japan ganz genau, daß diese nur eine andere Form von Imperialismus dar-

stellt, der zwar mit neuen Mitteln arbeitet, aber sehr bewußt den alten Weg der Expansion wieder beschritten hat.

Der Vertrag hat aus beiden Nachbarn noch keine innigen Freunde gemacht.

10. Der russische Neuimperialismus

Vermutlich wird der kulturelle Gegensatz zwischen Japan und Rußland, der durch die Verschiedenheit der Staatskonstruktionen und der wirtschaftlichen Ordnung gegeben ist, den weiteren Ausbau des gegenwärtigen Verhältnisses nicht stören. Denn diese Probleme des Gegensatzes enthalten sowohl für die Gegenwart wie auch für eine normal verlaufende Zukunft keine Motive, die sich praktisch für die andere Partei ungünstig auswirken müßten. Unterdessen haben sich aber schon Widersprüche in den wechselseitigen Interessen der Politik geltend gemacht; sie sind strategischer und wirtschaftlicher Art. Mit Japans Einverständnis sollte die südmandschurische Eisenbahn dem japanfreundlichen, Rußland aber nicht immer wohlgesinnten General Changtsolin eine Parallelstrecke zur ostchinesischen Bahn von Tsitsihar nach Taonanfu bauen. Rußland fürchtet nun, ganz abgesehen von der militärischen Bedeutung der Bahn als Vorstoßweg für chinesische, beziehungsweise japanische Truppen, daß dieser Seitenweg den Fracht- und Personenverkehr über die südmandschurische Bahn nach dem japanischen Dalny ableiten könne, vielmehr will es die Strecke nach Wladiwostok möglichst rentabel gestalten und den Hafen selbst wieder zur Entwicklung bringen. Ferner ist sehr wesentlich Rußlands Stellung zu China; hochinteressant ist deshalb seine offene, durch den Pekingener Botschafter Karaban ausgesprochene (daher auch amtlich unzweifelhafte) Sympathie für die von Studenten, Handelskammern sowie streikenden Angestellten, Arbeitern, Schauerleuten und Kulis durchgeführte und von großem Schwung getragene Bewegung Jungchinas gegen den Imperialismus besonders Englands und Japans — seit Ende Mai dieses Jahres besonders in Shanghai und allen anderen bedeutenden Städten Chinas; so kommt die Sowjetunion zu Japan in ein eigentümliches Verhältnis. Hier, auf chinesischem Boden treffen sich die Ideen Sun Yatsen's mit denen Lenins zum Abwehrkampf gegen den wirtschaftlichen und kolonialen Imperialismus der alten Großmächte.

FRANZ KÜHN:
DIE VERTEILUNG DER GEMEINDEN IM SIEDLUNGSGEBIET
ARGENTINIENS
Eine geopolitische Analyse

Die Besiedelung Argentiniens ist, genau so wie seine gesamte historische und ökonomische Entwicklung, in drei Phasen vor sich gegangen: 1. als Neu-landbesiedelung, getragen von der Eroberungssucht der „Conquista“ — 2. langsam und fast stagnierend unter der wirtschaftlich hemmenden spanischen Kolonialherrschaft und noch in den ersten Jahrzehnten der durch innere Wirren fortwährend beunruhigten Unabhängigkeit — 3. als ein plötzlich neutreibender, kräftiger Schößling aus halberstorbener Wurzel, der seine Nahrung zog aus der Einwanderung, und dessen Wachstum die Eisenbahnen beförderten (etwa seit 1860).

Die ersten europäischen Niederlassungen im La Plata-Gebiet (Fort Sancti Spiritus an der Carcarañá-Mündung, nördlich von dem heutigen Rosario, 1527, und Buenos Aires, erstmalige Gründung 1535) hatten nur kurzen Bestand — nach ein paar Jahren zeugten nur noch Ruinen von ihnen. Die endgültige Festsetzung der Spanier im heutigen Argentinien erfolgte nicht mehr unmittelbar von Europa aus, sondern wurde von drei südamerikanischen Stützpunkten aus in die Wege geleitet: von Perú, Chile und Asunción aus. Und zwar entstanden die ersten Niederlassungen nunmehr im Inneren (Nordwesten und Westen) und nicht im La Plata-Gebiet.

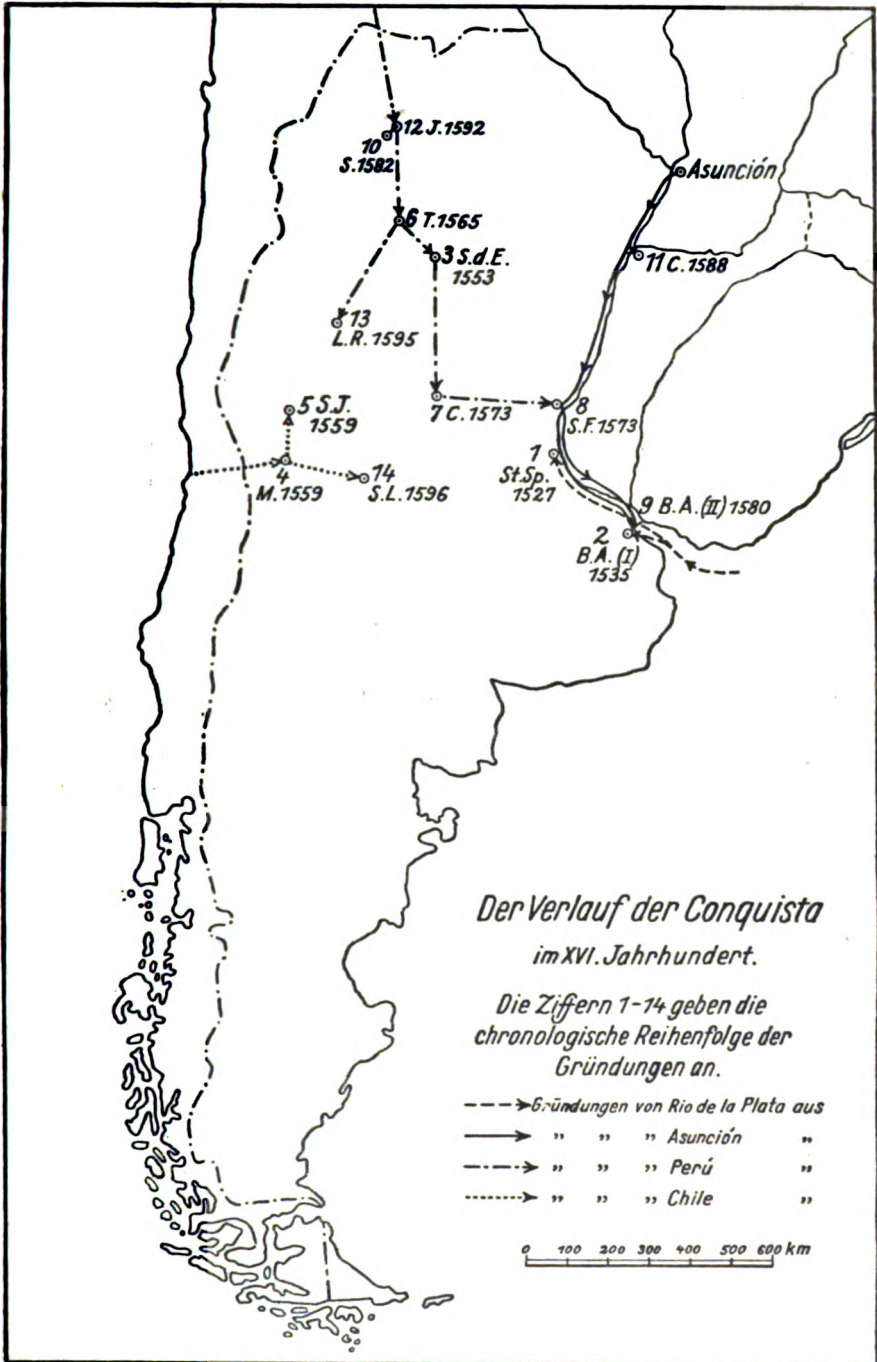
Die chronologische Reihenfolge der Gründungen ist folgende: (vgl. Karte I) 1553 Santiago del Estero, 1559 Mendoza und San Juan, 1565 Tucumán¹⁾, 1573 Córdoba. Diese letzte Jahreszahl ist von besonderer geschichtlicher Bedeutung, denn nach Gründung von Córdoba zogen die Conquistadoren weiter nach Osten zum Paraná und trafen dort auf das im gleichen Jahre von Asunción aus gegründete Santa Fe, so daß damit zum ersten Male die Verbindung zwischen dem La Plata-Gebiet und seinem Hinterland hergestellt war.²⁾ Noch im XVI. Jahrhundert erfolgten ferner die Gründungen von: Buenos Aires 1580 (zweite definitive Ansiedelung), Salta 1582, Corrientes 1588, Jujuy 1592, La Rioja 1595 und San Luis 1596, so daß von den heutigen 14 Provinzialhauptstädten elf aus dem XVI. Jahrhundert stammen, die fehlenden drei entstanden in langen Zwischenräumen: Catamarca 1683, Paraná 1730 und La Plata, die Hauptstadt der Provinz Buenos Aires, als rein künstliche administrative Gründung erst 1882.

Die ursprüngliche, punktförmige Besiedelung des Landes spiegelt sich auch heute noch im Bilde der Dichtekarte wieder, denn die alten Gründungen sind z. T. noch bedeutende Konzentrationspunkte der Bevölkerung des Inneren — aber das Gesamtbild ist von Grund aus verändert, denn der wirtschaftliche Schwerpunkt und damit die Menschenansammlung ist an den La Plata gerückt, während die ursprünglichen Niederlassungen aus dem XVI. Jahrhundert größtenteils ihre Bedeutung verloren haben und, trotzdem sie Hauptstädte von Provinzen sind, atrophischen Kleinstadtcharakter zeigen, wie z. B. San Luis (15 000 E.), La Rioja (8 200 E.), Catamarca (13 000 E.), Jujuy (7 600 E.). Diese Wandlung beginnt mit der Einwanderung und der Erschließung der Pampa durch die Eisenbahnen.

Es lohnt sich, einmal die heutige Verteilung der kommunalen Siedelungen in Argentinien näher zu betrachten, da ein solches Studium einen guten Überblick über die so überaus ungleichmäßige Verdichtung der Bevölkerung zu geben vermag, die einen der wichtigsten und für die Weiterentwicklung des Landes bedeutsamsten Züge in der Geopolitik Argentinien darstellt, wobei auch unschwer die anthropogeographischen Ursachen dieses Zustandes erkannt werden können.

Zunächst mögen einige Bemerkungen über argentinische Dichtestatistik hier Platz finden. Die errechnete Dichteziffer für das Land i. G. (rund 3) hat für eine geopolitische Betrachtung keinen Wert, denn in Wirklichkeit besteht das gerade Gegenteil von auch nur annähernd gleichmäßiger Verteilung der Bevölkerung. Aber auch die geläufigen argentinischen Dichtekarten, wie sie z. B. auch im letzten offiziellen Zensuswerk (1914)³ erschienen sind, erleichtern keineswegs die Vorstellung von den realen Verhältnissen, denn sie bringen nur die für die einzelnen Provinzen und Territorien errechneten Dichtezahlen graphisch zur Darstellung, ohne auf die tatsächliche örtliche Verteilung Rücksicht zu nehmen. Jede dieser administrativen Einheiten ist da gleichmäßig in der ganzen Fläche mit der entsprechenden Dichtesignatur überdeckt (vgl. Karte II); vom kartographischen Standpunkt aus ist eine solche Darstellung natürlich verfehlt, man lernt aus ihr nichts über die tatsächliche lokale Verteilung.

Diese Lücke in der statistischen Kartographie Argentinien wird aber, wenn auch nicht ganz sachgemäß, ausgefüllt durch eine Karte, die in dem, im Auslande wohl ziemlich unbekanntem „Atlas Sanitario Argentino“ von Dr. J. Penna und Ing. A. Restagnio (Ministerio del Interior, Departamento Nacional de Higiene, Buenos Aires 1916⁴) vorhanden ist, wo man unter Nr. 14 eine „Carta de la Edifi-Cacion Comunal“ findet, die mir als Grundlage der hier wiedergegebenen Dichtekarte der Gemeinden (Karte III) gedient hat. Da die ländliche Bevölkerung in Argentinien überall sehr dünn gesät ist, sogar noch



*Der Verlauf der Conquista
im XVI. Jahrhundert.*

*Die Ziffern 1-14 geben die
chronologische Reihenfolge der
Gründungen an.*

- > Gründungen von Rio de la Plata aus
- > " " " Asunción "
- - -> " " " Perú "
-> " " " Chile "

0 100 200 300 400 500 600 km

in dem Hauptwohngebiet der Pampa (s. w. u.), ist die Darstellung der Dichte der Gemeinden vorläufig das einzige Mittel, um die Verteilung der Bevölkerung graphisch zum Ausdruck zu bringen.

Aber erst die folgenden statistischen Angaben⁵⁾ geben der Karte ihren Inhalt:

1. Gesamtzahl der Bewohner Argentiniens (31. XII. 1923) ca. 9 Millionen, davon ländliche Bevölkerung 42 % oder 3,8 Millionen, städtische Bevölkerung 58 % oder 5,2 Millionen
2. Der Zensus von 1914 zählt 332 städtische Siedelungen von mehr als 2000 E. auf mit insgesamt 5 Millionen E.
3. Von diesen 5 Millionen beherbergen

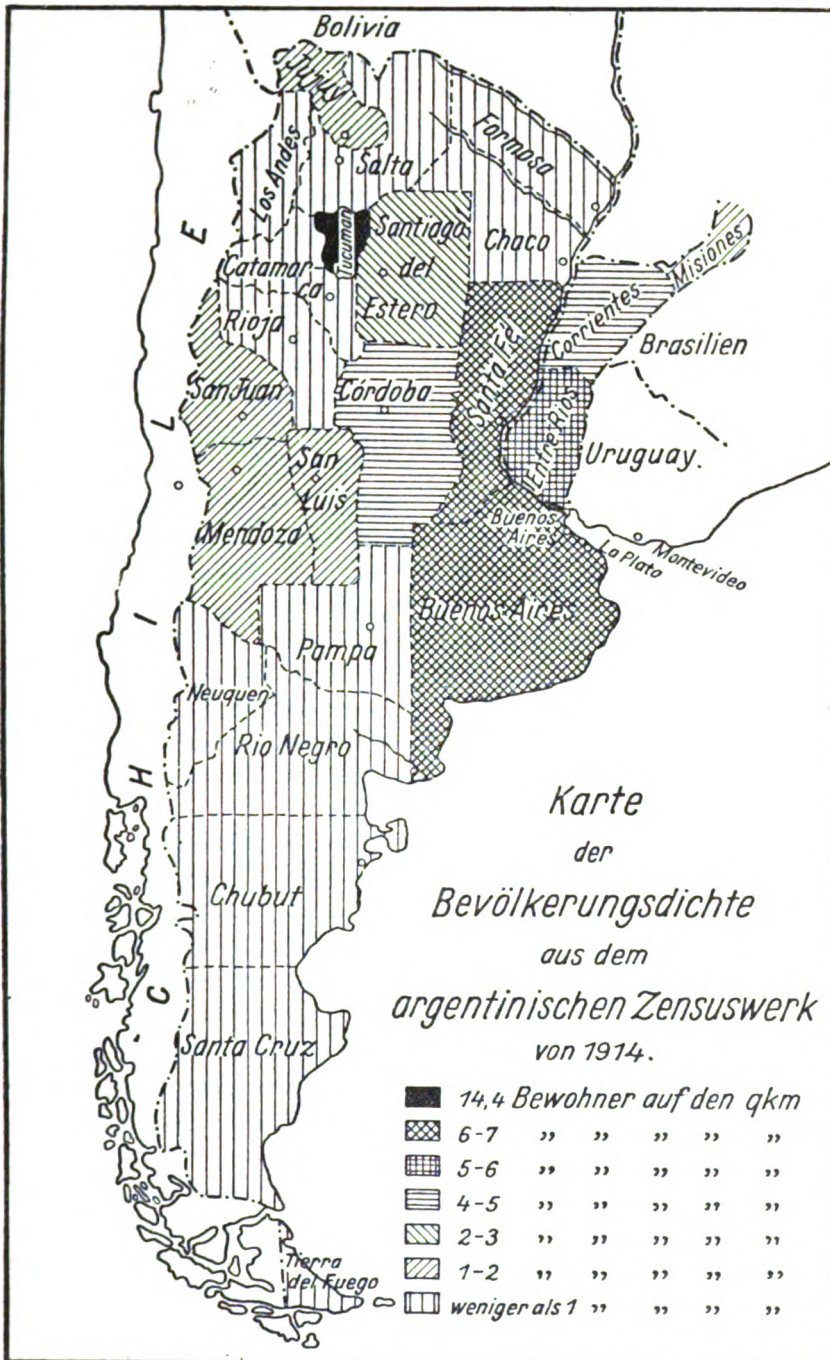
Buenos Aires . . .	2 300 000	
Rosario	300 000	
La Plata	140 000	
Avellaneda	140 000	(Industrieort dicht bei Buenos Aires)
Córdoba	120 000	
Tucumán	100 000	(allein außerhalb der Pampa gelegen)
Summa	3 100 000	

d. h. also: in den sechs Großstädten lebt ein Drittel der gesamten Bevölkerung des Landes; die restierenden 326 Städte besitzen zusammen nur 1,9 Millionen Einwohner

4. Von den genannten 332 größeren Gemeinden liegen 232 im Pampagebiet, 100 im ganzen übrigen Lande; würde man sie über die entsprechenden Landflächen gleichmäßig verteilen, so käme im ersten Falle eine Ortschaft auf je 2500 qkm, im letzteren dagegen auf je 25000 qkm!

In der Pampa, dem Hauptwirtschaftsgebiet Argentiniens, das rund ein Fünftel des Gesamtareales bedeckt, leben 75 % der Landesbewohner oder rund 6,6 Millionen, von denen aber 3 Millionen allein in den fünf Großstädten konzentriert sind. Dazu kommt noch eine städtische Bevölkerung von über 200 kleineren Städten, so daß für die eigentliche Landbevölkerung höchstens 3,5 Millionen verbleiben, das macht auf 600 000 qkm eine Durchschnittsdichte von nur 5,8 aus. Also auch dieses reiche Produktionsgebiet ist noch leer! Aus dieser Tatsache ist zu schließen, daß die Einwanderung i. g. schwach gewesen ist — eine Folge der ungesunden Verhältnisse im Landbesitz, des heute anachronistisch anmutenden, antisozialen Fortbestehens der Latifundien in diesem Teile des Landes, wie ich dies bereits an anderen Stellen erörtert habe.⁶⁾

Und in der Tat ist der Rückstrom der wirtschaftlich nicht auf ihre Rechnung gekommenen Einwanderer stets so groß gewesen, daß der Überschuf der dem Lande verbliebenen Einwanderer erstaunlich gering ist für ein solches, auf diesen Zustrom von außen angewiesenes und dafür prädestiniertes



Land. Dies zeigt deutlich die jüngst veröffentlichte Statistik,⁷⁾ die manche argentinischen Illusionen zerstören muß. Aus diesen Aufstellungen geht nämlich hervor, daß in dem Zeitraum von 1857 bis 1924, also in 67 Jahren, nicht einmal ganz drei Millionen Einwanderer dem Lande verblieben sind. Die betreffenden Zahlen sind folgende:

Zeitraum	Einwanderer	Rückwanderer	Überschuß
1857—1860	20 000	8 900	11 100
1861—1870	159 570	82 976	76 594
1871—1880	260 885	175 763	85 122
1881—1890	841 122	203 455	637 667
1891—1900	648 326	328 444	319 882
1901—1910	1 764 103	643 881	1 120 222
1911—1920	1 204 919	935 825	271 094
1921—1924	582 351	183 546	398 805
	5 481 276	2 562 790 (!)	2 920 486

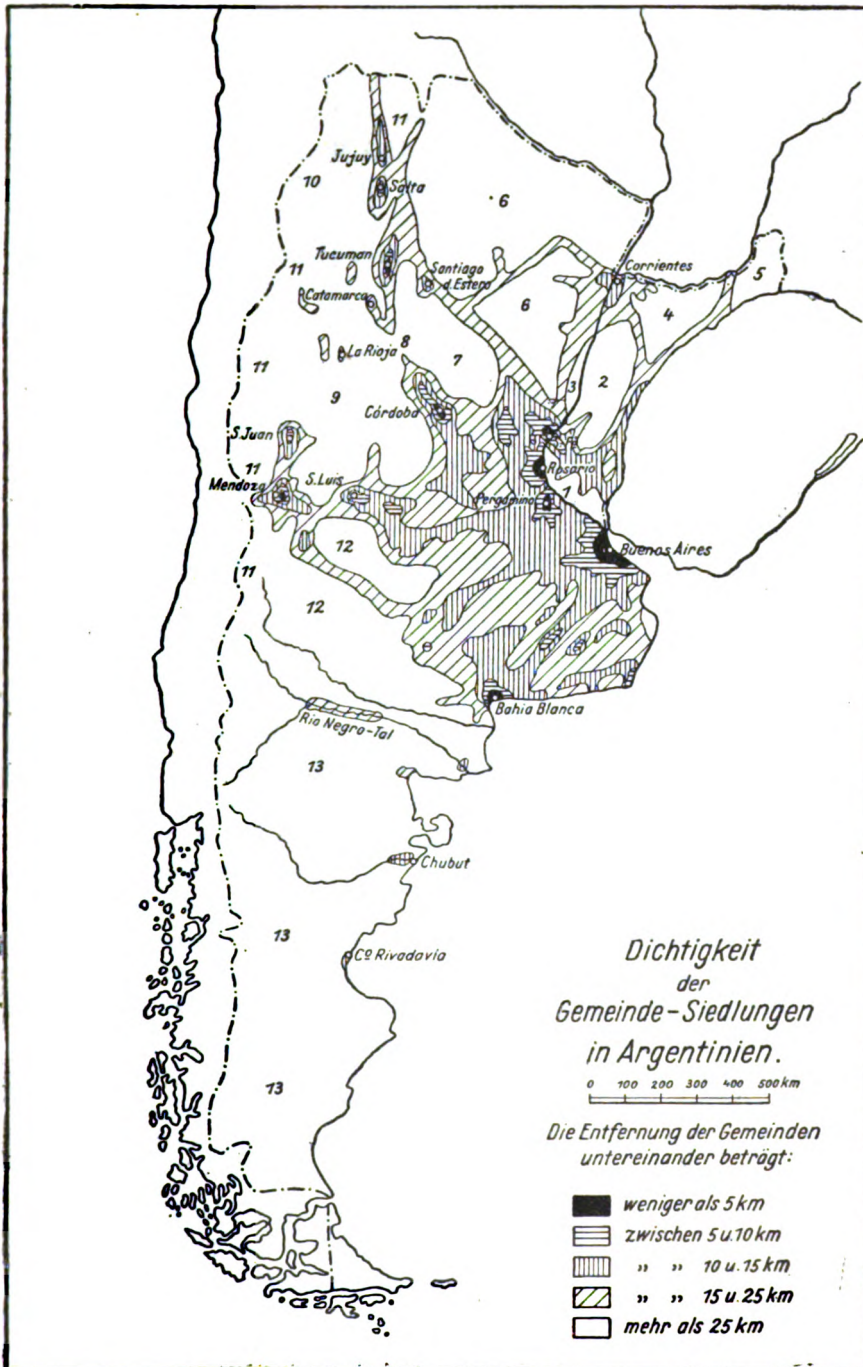
d. h. also, ungefähr die Hälfte aller Einwanderer ist wieder abgezogen!

Es ist heute, wo Argentinien als Auswanderungsziel für Deutsche mit an erster Stelle steht, ganz besonders notwendig, sich eine solche Tatsache gegenwärtig zu halten, die geeignet ist, nachdenklich zu stimmen.

Immerhin hat aber der Zustrom von beinahe 3 Millionen Arbeitskräften genügt, im Zeitraum eines halben Jahrhunderts das Bild der Besiedelung und Wirtschaft Argentiniens vollkommen zu verändern und zwar ganz einseitig zugunsten des Pampagebietes. Hier ist die nicht argentinische Bevölkerung fast ausschließlich versammelt, denn es wohnen in der Pampa 87 % der Fremden, fast 2 Millionen.

Hand in Hand mit der Einwanderung arbeiteten die englischen Eisenbahnen an der Erschließung und Kolonisierung des weiten, menschenleeren Pampagebietes; ihnen ist vor allem die Entstehung der Ortschaften zu verdanken. Ganz im Gegensatz zu Europa suchten hier im Neuland die Bahnen nicht Verbindungen zwischen wichtigen Plätzen herzustellen — diese gab es ja nicht —, sondern die Schienenwege wurden von Buenos Aires strahlenförmig ins Innere vorgeschoben als Vorbedingung für die Kultivierung und Vorläufer der Kultur in der Wildnis. An diesen Lebensadern inmitten der weiten Einöde entstanden allmählich aus Haltestellen und Bahnarbeiterlagern die Kampstädchen.⁸⁾

So zeigt die Karte auch im Pampagebiet neben der Zone regionaler Verdichtung am Litoral von Buenos Aires bis Santa Fe noch deutlich Streifen linearer Verdichtung der Siedelungen; und außerhalb der Pampa ist die lineare Anordnung der Gemeinden an den Verbindungswegen mit den alten Bevölkerungszentren des Inneren die Regel. Außerhalb dieser Linien sind die (stets unbedeutenden) Kommunalsiedelungen äußerst dünn gesät oder fehlen über-



haupt. Im Inneren treffen wir rein lokale Verdichtung von Ortschaften, um die alten Gründungen, in größerem Maßstabe aber nur um Córdoba, Mendoza und Tucumán.

Alle diese alten Siedelungen des Westens und Nordwestens (mit Ausnahme von Santiago del Estero) besitzen eine gleiche ökologische Lage: sie liegen am Gebirgsfuß am Ausgange von Tälern und bilden Bewässerungsoasen inmitten von Ödländereien (Mendoza, San Juan, La Rioja, Catamarca, Tucumán, San Luis, Córdoba) oder ihre Lage ist an die alten Handelsstraßen nach den Bergbaudistrikten von Nordchile, Bolivia, Perú geknüpft (Salta, Jujuy). Erst durch die Eisenbahnen sind sie in Verbindung mit dem La Plata-Gebiet getreten, während vorher unbequeme Reisen von wochenlanger Dauer notwendig waren⁹⁾ — aber auch heute noch ist Bevölkerung und Leben dort im Inneren recht verschieden von dem der völlig europäisierten Großstädte des Litorals, dort herrscht noch der echte „Criollo“, dort fließt das Leben noch heute unter den Stichworten „mañana“ („morgen“) und „paciencia“ dahin, gänzlich fern dem Weltgetriebe.

Eine Ausnahme bilden nur Tucumán und Mendoza, die ein reges Leben zeigen, da sie die Mittelpunkte bedeutender Industrien sind. Die Zuckerindustrie um Tucumán beutet 100 000 ha Rohrpflanzungen aus und die 30 großen Fabriken erzeugen jährlich im Durchschnitt 150 000 t Zucker; Mendoza besitzt ein Weinland von ca. 80 000 ha; über 1000 Keltereien erzeugen fast 4 Millionen Liter Wein im Jahre. Im Kartenbilde erkennt man deutlich die Verdichtung der Ortschaften um diese Industriezentren; sie sind auch die einzigen Stellen des Binnenlandes, wo auch noch Europäer einen nennenswerten Prozentsatz unter der einheimischen Bevölkerung bilden (in Mendoza 32 %, in Tucumán 10 %). Weit im Inneren von Südamerika, durch unbewohnte Wildnis vom argentinischen Wirtschaftszentrum am Rio de la Plata getrennt (Mendoza 1046, Tucumán 1150 km Bahnstrecke von Buenos Aires), haben von allen den alten Gründungen der Conquista nur diese zwei Punkte in der modernen Zeit eigenes Leben und wirtschaftliche Bedeutung zu gewinnen vermocht, dank der besonderen, für das Land so wichtigen Industrien, die dem Unternehmungsgeist und der Energie der Ausländer ihre Blüte verdanken. Tucumán besitzt sogar eine kleine Universität, Mendoza hat einen lebhaften Geschäftsverkehr, viele Banken, darunter auch eine deutsche, sowie eine deutsche Schule.

Sonst hat von den alten Gründungen nur noch Córdoba eine besondere Bedeutung gehabt als das ehemalige Kulturzentrum des Landes. Hier besteht die älteste Landesuniversität, die von den Jesuiten schon 1622 ins Leben gerufen wurde (heute freilich viel unbedeutender ist als die von Buenos Aires); hier befand sich das erste astronomische Observatorium und die erste meteo-

rologische Beobachtungsstation. Für uns Deutsche bewahrt Córdoba aber noch eine besondere Bedeutung durch die dort 1873 gegründete Academia Nacional de Ciencias, die jahrzehntelang eine Wirkungsstätte deutscher Wissenschaft war, wo Gelehrte wie Stelzner, Kurtz, Gebrüder Doering, Lorentz, Hieronymus, Brackebusch, Bodenbender eine fruchtbare Tätigkeit entfaltet haben, die den Beginn der neueren wissenschaftlichen Erforschung Argentiniens kennzeichnet.

Scharf hebt sich auf der Karte der Norden des Landes vom Süden ab. Ganz Patagonien ist ein ungeheuer großes leeres Landgebiet, in welchem außer einigen kleinen Küstenplätzen Ortschaften fast gänzlich fehlen. Nur in den Tälern des Rio Negro und am unteren Chubut haben sich auf Grund der Bewässerung kleine Ortschaften bilden können. Neuerdings ist auf dem Ölfeld von Comodoro Rivadavia eine Industriesiedelung entstanden. Sonst ist Patagonien ein Gebiet weit verstreuter Schaffarmen. Die allgemeine Dichteziffer für dies große Landgebiet beträgt nur etwa 0,1.

Patagonien als Siedlungsgebiet ist junges Neuland, denn erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts entwickelte sich die extensive Schafzucht dort in größerem Maßstabe; da es nur auf dem Seewege mit dem alten Argentinien des Nordens in Verbindung steht, könnte man es fast als Kolonie bezeichnen. Und Leben und Menschen sind dort kolonial angehaucht, kosmopolitisch, jedenfalls nicht argentinisch. Das Meer liegt ja zwischen Argentinien und Patagonien, und die politische Zugehörigkeit allein hat bei der Seefremdheit des echten Criollo nicht auch die nationale Angliederung und Durchdringung bewirkt.

So zerfällt der Staat Argentinien geopolitisch in drei verschiedene Wesen: Die Pampa, das Herz des Staates — den Westen und Nordwesten, zu dessen historischen Siedlungszentren die Adern des Verkehrs führen — und schließlich Patagonien, das Neuland des Südens, ohne Verbindung mit dem Bahnnetz des Nordens, das seiner Erschließung durch Stichbahnen von der Küste aus noch harrt — nur die Anfänge solcher sind vorhanden. Eine Sonderstellung nimmt noch das argentinische Mesopotamien ein, die Landschaften zwischen den Strömen Paraná und Uruguay. Hier macht sich die Trennung von der Pampa deutlich bemerkbar, die durch den gewaltigen Paranástrom und sein ausgedehntes Deltagebiet im Süden bewirkt wird. Trotzdem die natürlichen wirtschaftlichen Bedingungen im Süden die gleichen sind wie in der Pampa, hat sich doch jenseits des Paraná keine Großstadt entwickeln können, es gibt dort kein bedeutendes Handels- und Verkehrszentrum mit Verdichtung von Gemeinden. Ein Vergleich zwischen Santa Fe und der gegenüberliegenden Hauptstadt Paraná der Provinz Entre Rios beleuchtet gut die Verschiedenheit der beiden Seiten des Stromes: Santa Fe ist Überseehafen mit lebhaftem

Schiffsverkehr¹⁰⁾ und drei Bahnlinien gehen von ihm aus, täglich kann man nach Buenos Aires fahren (Fahrzeit im Schnellzug 10 Std.); Paraná dient nur der Flußschifffahrt, sein Hafen besitzt kein Bahngleise. Die Bahnverbindung nach Buenos Aires ist nur dreimal wöchentlich vorhanden und dauert 26 Stunden (mit Trajekt über den unteren Paraná zwischen Ibicuy und Zárate).

Ohne Zweifel stellt die moderne Entwicklung Argentinien ein der lehrreichsten Beispiele geopolitischer Umwälzungen dar. Die Pampa war ja ursprünglich nichts anderes als ein Durchgangsland von Spanien zu den metallreichen Andenländern Chile, Bolivia und Perú, auf den Wegen über San Luis—Mendoza und über Córdoba—Santiago del Estero—Tucumán—Salta oder Jujuy und als solches zunächst keiner Exploitation gewürdigt. Damals lag der wirtschaftliche Schwerpunkt im Inneren, nämlich in den „Encomiendas“ und „Mercedes reales“ bei den alten Siedelungen (Herrschaft und Einkünfte aus der indianischen Bevölkerung; „merced real“ = königliche Belohnung). Erst nachdem dem Raubbau an Edelmetallen und Sklavenarbeit die produktive Besitzergreifung des Bodens gefolgt war, begann mit Riesenschritten der wirtschaftliche Aufschwung und die Verlegung des Schwerpunktes in das Litoralgebiet, während gleichzeitig die meisten der alten Städte des Inneren zu bedeutungslosen Provinzialstädten herabsanken. Aber noch kann man auf der Karte der Siedelungsdichte die alten Verkehrsbeziehungen erkennen, denn an diesen wichtigen Wegen der Kolonialzeit entlang, denen heute die Eisenbahnen des Inneren folgen, ziehen sich Streifen dichter Siedelung hin. Neben der alten Straße Buenos Aires—Córdoba—Tucumán, die (bei Nr. 8 der Karte) die große unbewohnte Salzwüste der Salinas Grandes quert, hat sich seit dem Bestehen der kürzeren Verbindung Buenos Aires—Rosario—Santiago—Tucumán ein neuer Siedelungsstreifen gebildet an den beiden parallelen Linien der argentinischen Zentralbahn und der Staatsbahn.

Werfen wir zum Schluß noch einen Blick auf die überaus ausgedehnten Landesteile, die auf der Karte weiß geblieben sind, in denen also Gemeinden nur sehr weitläufig verteilt sind oder überhaupt fehlen, und fragen wir uns nach den Ursachen dieser Leere, so finden wir diese in den ungünstigen natürlichen Bedingungen, die einer dichteren Besiedelung feindlich sind, wie Hochgebirge, Wasserarmut, Salzpfannen, Urwald, Sumpfgebiete. Wir können folgende siedelungsfeindliche Regionen unterscheiden, die höchstens weit verstreute Einzelsiedelungen und fast gar keine Gemeinden aufweisen (nach den in der Karte eingetragenen Nummern aufgezählt):

1. das Delta des Paraná (niedriges, periodischen Überschwemmungen ausgesetztes Land)
2. mesopotamisches Buschwaldgebiet

3. niedriges Westufer des Paraná, versumpft und Überschwemmungen ausgesetzt
4. Gebiet der Lagunen und Sümpfe in Corrientes (Laguna Iberá usw.)
5. Urwald von Misiones
6. Chaco (unbewohntes Waldgebiet mit Wassermangel)
7. Gebiet des dichten „Monte“-Buschwaldes, mit Wassermangel)
8. Salzpflanze der Salinas Grandes
9. innere, wasserlose Pampa und Wüstengebirge der pampinen Sierras
10. Puna de Atacama (Hochgebirgswüste)
11. Hochgebirge
12. Wüsten- und Halbwüstengebiet der Kontinentaldünen
13. Trockengebiet der patagonischen Mesetas.

Die geopolitischen Zusammenhänge treten also im Siedlungsbilde Argentiniens mit großer Deutlichkeit hervor; die Karte der Gemeindedichtigkeit bietet ein wesentliches Hilfsmittel für die Erkenntnis der Unausgeglichenheit in der Besitzergreifung des Bodens und für die kritische Beurteilung der oft utopischen Ansichten über die Bevölkerungskapazität des Landes. Die Landflucht¹¹⁾, die sich in dem hypertrophischen Anwachsen weniger Großstädte zeigt, einerseits, und andererseits die übermäßig großen Zahlen der Rückwanderung geben ernste Fingerzeige für die akute Notwendigkeit der Lösung des Problems der Agrarfrage, d. h. der gesetzlichen Regelung der ländlichen Besitzverhältnisse. Erst wenn die Latifundien im Pampagebiet verschwunden sein werden, wird Argentinien tatsächlich ein Land für intensive Einwanderung werden können, dann erst wird es imstande sein können, den von der Natur prädestinierten großen Wohnraum der Pampa auch wirklich zu bevölkern. Ehe dort die ländliche Bevölkerung statt der heutigen Dichteziffer von knapp 6 auf den Quadratkilometer eine solche von 30 erreichen wird, d. h. ehe die ländliche Bevölkerung des Pampagebietes auf ca. 18 Millionen angewachsen sein wird, werden aber viele Jahrzehnte vergehen, die Erschließung der heute noch beinahe ungenutzten großen Landflächen (Rodungen, Wasserversorgung, Entwässerung, Verkehrswege usw.) ist demnach für Argentinien eine Frage ferner Zukunft. Die Gegenwart erheischt aber dringend die rationelle Aufteilung der übermäßig großen Latifundien. So lange die heute im Ackerbau herrschenden Pachtungen ohne eigenen Grund und Boden weiter bestehen, so lange wird es Argentinien nicht gelingen, eine große, dem Lande verbleibende Einwanderung anzuziehen.

Paraná, Juli 1925.

Anmerkungen

- 1) Wer einen Einblick in diese abenteuerlichen Eroberungszüge gewinnen will, wird mit Ge-
nuß das vorzügliche Buch von Ricardo James
Freyre: „Historia del descubrimiento de
Tucumán“ lesen (Publicaciones de la Uni-
versidad de Tucumán. Buenos Aires 1916).
- 2) Danach ist die Darstellung in Sievers, Süd-
und Mittelamerika zu korrigieren.
- 3) Tercer Censo Nacional levantado el 1. de
Junio de 1914. Buenos Aires 1916 (10 Bände).
Vgl. meine Besprechungen darüber in Ztschr.
Ges. f. Erdk. Berlin, 1919, S. 445—450, und
in Ztschr. Deutsch. Wiss. Vereins Buenos
Aires 1918, S. 293—301.
- 4) Angezeigt von O. Quelle in Ibero-Amerik.
Archiv, Bonn, I, 1925, S. 180—181.
- 5) Nach dem zitierten Zensus, mit einigen Er-
gänzungen nach neueren Daten.
- 6) Vgl. F. Kühn: Daten zur Wirtschaftsgeo-
graphie Argentiniens in Weltwirtsch. Archiv
XVIII, 1922, S. 23 ff.; Ders: Physiognomie
argentinischer Wirtschaftslandschaften in
Perterm. Geogr. Mitt. 1924, S. 224 ff., wo
weitere Literatur über dies Problem zu
finden ist.
- 7) Seitens der Dirección General de Inmigración
(Ministerio de Agricultura) Buenos Aires 1925.
- 8) Vgl. R. Grossmann: Die Entwicklung des
Verkehrs in Argentinien und ihre Wir-
kungen auf die Volksbildung in Mitt. Geogr.
Ges. Hamburg, XXXVI, 1924, S. 251.
- 9) Vgl. die Schilderungen von Andrews, Man-
tegazza, v. Tschudy, Burmeister u. a.
- 10) In der in Note 6 angeführten Studie im
Weltwirtsch. Archiv habe ich den Hafen
von Santa Fe eingehender behandelt (a. a. O.
S. 57).
- 11) Von 1895—1914 hat die Landbevölkerung
um 13 0/0 abgenommen (Zensus v. 1914).

**VIKTOR NOSADSE:
DIE PETROLEUMPOLITIK DER WELT UND DAS SCHICKSAL
KAUKASIENS I**

Wir bringen diesen Aufsatz eines Georgiers, der ehemals Herausgeber der Tifliser Zeitung „Ssaqarthwelos Respublike“ war, mit besonderer Genugtuung. Er zeigt, wie sich die Politik der ganzen Welt um die natürliche Ausstattung eines einzigen kleinen Erdraumes dreht, und wie dieser Erdraum eben um seiner Bodenschätze willen vergewaltigt wird. Und wo könnten die Verzweiflungsschreie eines vaterlandsliebenden Mannes und das bittere Unrecht, das seine Heimat betroffen hat, mehr Verständnis finden als in Deutschland! Schicksalsgemeinschaft verbindet!

Lautensach.

I.

In seinem imperialistischen Ausdehnungsdrang nach dem Süden kam Rußland am Anfang des 18. Jahrhunderts zu einem ersten Zusammenstoß mit den Völkern Kaukasiens. 1723 besetzten die Truppen Peters des Großen Baku, und waren sehr erstaunt, als sie die brennenden Petroleumquellen sahen. Der Stab berichtete über diese überraschende Erscheinung, und Peter der Große schrieb als Antwort an General Matjuschin: „Senden Sie, wenn möglich, 10 000 Pud Petroleum, und finden Sie einen Spezialisten!“ Die russischen Truppen wurden jedoch gezwungen, diesen ersten Versuch der Eroberung des Kaukasus wieder aufzugeben. Erst nachdem der König Heraklius II. von Georgien mit der Kaiserin Katharina II. von Rußland 1783 einen Bündnisvertrag abgeschlossen hatte, wurde es den Russen möglich, in Kaukasien Fuß zu fassen. Durch diesen Bündnisvertrag wurde Persien beunruhigt, und der allmächtige Agha-Mahmad-Khan besetzte für kurze Zeit Tiflis, Georgiens Hauptstadt, und verheerte das Land (1795). Infolgedessen erklärte Rußland als Beschützer Georgiens an Persien 1797 den Krieg. Russische Truppen besetzten Baku ein zweites Mal, aber nach Katharinas Tode verließen sie es erneut. Nach dem Manifest Alexanders I. im Jahre 1801 wurde das Bündnis Georgien-Rußland abgeschafft und Georgien annektiert. Seit dieser listigen und treulosen Aneignung Georgiens hat Rußland diesen Staat zu einer strategischen Basis gemacht und von hier aus den ganzen Kaukasus erobert (1801 bis 1860). Von hier aus hat es auch zwischen 1804 und 1828 die kaukasischen Petroleumgebiete besetzt und die dort vorhandenen kleinen Königreiche vernichtet. Damals handelte es sich noch nicht um einen Krieg der Petroleumländer wegen, vielmehr war es das Streben Rußlands nach einem eisfreien Weltmeerhafen, der die russische Expansionspolitik über Persien nach dem

Persischen Golf trachten ließ. England aber beschützte Persien, und der russische Vormarsch mußte schließlich eingestellt werden. In Kaukasien blieb Rußland jedoch und baute im Laufe der Zeit seine Macht dort aus. In den hundert Jahren, die seit der Bezwingung Kaukasiens vergangen sind, ist das russische Bemühen, die kaukasischen Völker, die Georgier, Armenier, Aserbeidschaner und Bergbewohner, zu vernichten oder zu russifizieren, von keinem Erfolg gekrönt gewesen. In scharfem Kampf gegen den russischen Imperialismus haben diese Völker vielmehr zwar nicht ihre politische, wohl aber ihre nationale und kulturelle Selbständigkeit bewahrt, und als unter den Schlägen der deutschen Heere das russische Imperium 1917 zerfiel, haben die Völker Kaukasiens ihre Unabhängigkeit erklärt und für kurze Zeit ihre politische Selbständigkeit zurückgewonnen. Seit diesem Jahre wird um den Besitz Kaukasiens ein militärischer und diplomatischer Kampf von einer Vielseitigkeit und Schärfe geführt, wie er nur selten sonst auf der Erde in diesen Jahrzehnten höchster politischer Spannungen seinesgleichen findet. Was verursachte diesen Kampf? Warum läßt man die Völker des Kaukasus nicht frei in Unabhängigkeit und Selbständigkeit leben?

II.

Kaukasien nannte man eine Perle in der Krone des Kaiserhauses Romanoff. Abgesehen davon, daß es in geopolitischer Hinsicht als Durchgangsland von Europa nach Mittel- und Vorderasien, als hochwichtige strategische Basis, mit welcher Rußland die Türkei und Persien bedroht, eine hohe Bedeutung hat, ist es in wirtschaftlicher Beziehung ein unschätzbar reiches Land. Schon die Argonauten kamen nach Kolchis (Westgeorgien), um dort Gold zu gewinnen. Die Geschichte kennt aber auch bereits im Altertum Bakus Ölfelder. Schon der Name Aserbeidschan ist bezeichnend, bedeutet er doch: Land des ewigen Feuers. Die Religion des Feuers, der Kult Zarathustras, hat dort seine Geburtsstätte gefunden. Baku war voll von Feuertempeln. Erst 624 hat der christliche König Heraklius von Byzanz Baku besetzt und die Feuertempel vernichten lassen. Auch als die Mohammedaner Baku eroberten, untersagten sie die Feueranbetung. Der Araber Massudi, der 950 gestorben ist, gibt einen ersten schriftlichen Bericht über Bakus Petroleumquellen. Später erwähnt Marco Polo Baku und sagt: „Nach Mitternacht zu liegt Zorzania (das heutige Georgien). Dort findet man einen großen Brunnen mit Öl, so daß man viele Kamele damit beladen kann.“ Im Mittelalter war die Ölgewinnung ein einträgliches Monopol des persischen Schahs. 1684 wurde Baku von Kämpfern, 1784 von Förstern, später von vielen Europäern besucht. Nachdem Rußland Baku erobert hatte, erklärte es die Petroleumgebiete zum Kroneigentum und

monopolisierte die Gewinnung. Erst seit 1872 wurde das Petroleumland verpachtet.

Seither ist die gewaltige Entwicklung der Petroleumindustrie von Baku mit dem Namen der schwedischen Gebrüder Nobel verbunden. Diese waren die ersten, die die Petroleumgewinnung und -verarbeitung mit Hilfe amerikanischer Ingenieure wissenschaftlich organisierten (seit 1874). Sie zuerst ließen die Schiffe des Kaspischen Meeres mit Öl heizen, sie führten die Tankwagen für den Petroleumtransport ein und veranlaßten den Bau der Rohrleitung von Baku nach Batum, die Baku mit Europa verbindet. Seither haben die Europäer riesige Kapitalien in den Erdölfeldern angelegt und waren bis zum Weltkrieg deren finanzielle Beherrscher. Es gibt also fast keine russischen Petroleumfelder, keine russische Petroleumindustrie. Sämtliche sog. russischen Petroleumfelder, das von Baku, Emba, Grosny und Maikop, liegen im Gebiet der kaukasischen Völker und Turkestans, die ethnographisch mit den Russen nichts zu tun haben, und denen sie von rechts wegen gehören. Die Petroleumindustrie ist nicht von den Russen, sondern von den Ausländern entwickelt worden. Von 1886 bis 1916 hat allein das Bakugebiet etwa 12 592 Mill. Pud Petroleum geliefert, das Grosnygebiet 180 Mill. und Turkestan 121,1 Mill. In der „russischen“ Gesamtgewinnung von 14 441 Mill. Pud steht also das Bakugebiet bei weitem an erster Stelle. Mit Recht sagt daher Dr. E. Blümer:

„Von Beginn der Ölindustrie bis heute (1922) haben die Vereinigten Staaten gegen zwei Drittel, Rußland ein Viertel der Weltproduktion gedeckt. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß das amerikanische Öl aus sehr zahlreichen Feldern stammt, die über weite Gebiete verteilt sind, während der russische Ertrag größtenteils von dem kleinen Fleck Erde auf der Halbinsel Apscheron herrührt. Ein Viertel der bisherigen Weltausbeute stammt von einer Fläche von 25 qkm in der Umgebung von Baku! Ein so kleines Gebiet war die Quelle solch unerhörten Reichtums.“

Die folgenden Tabellen bestätigen diese Tatsache¹⁾:

Petroleumerzeugung im Kaukasus und in Turkestan (Mill. Pud)

Jahr	Baku	Grosny	Maikop	Emba	Fergana	Summe
1884	89,0	—	—	—	—	89,0
1890	226,0	—	—	—	—	226,0
1900	600,4	17,2	—	—	—	617,6
1910	501,8	57,0	0,6	—	1,0	560,4
1913	466,1	73,7	4,8	6,0	2,0	552,6
1916	476,9	102,7	2,0	15,5	1,5	598,6
1919—20	175,1	52,7	2,3	1,9	1,1	233,1
1922—23	212,8	91,7	—	8,1	—	312,6
1923—24	—	—	—	—	—	362,6
Febr. 1925	20,5	9,1	—	1,2	—	30,8

**Prozentuale Beteiligung der Staaten an der Petroleum-
Weltproduktion:**

Jahr	U. S. A.	Kaukasien	Galizien	Mexiko	Rumänien
1870	90,7 0/0	3,5 0/0	—	—	1,5 0/0
1880	87,6 0/0	10,0 0/0	0,8 0/0	—	0,4 0/0
1890	59,9 0/0	37,4 0/0	0,9 0/0	—	0,5 0/0
1900	42,5 0/0	50,8 0/0	1,6 0/0	—	1,1 0/0
1905	62,6 0/0	25,5 0/0	2,7 0/0	0,1 0/0	2,1 0/0
1910	64,0 0/0	21,4 0/0	3,9 0/0	1,1 0/0	3,0 0/0
1915	66,7 0/0	16,0 0/0	1,0 0/0	7,7 0/0	2,8 0/0
1920	63,8 0/0	3,6 0/0	0,8 0/0	23,5 0/0	1,1 0/0
1923	71,9 0/0	3,8 0/0	—	14,7 0/0	1,1 0/0
1924	70,3 0/0	4,4 0/0	—	13,9 0/0	1,4 0/0

Aus diesen Tabellen ersehen wir, daß Kaukasien in der Petroleumweltförderung an zweiter Stelle stand, daß diese Produktion jedoch in den letzten Jahren stark sank, und daß Mexiko an seine Stelle getreten ist. Über den Grund dieses Rückgangs schreibt Professor Gröger:

„Nicht die geologischen Verhältnisse, sondern die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Kaukasusländer und die große Entfernung der Produktionsstätte vom Weltbedarf haben den dortigen Petroleumbergbau zurückgebracht!“

Als weiterer Grund kommt dazu in der Vorkriegszeit das eigentümliche Finanzgebahren der russischen Regierung, die bei ihrer Petroleumpreispolitik ausschließlich fiskalische Interessen, nicht die Interessen einer allgemeinen starken Entwicklung der Petroleumgewinnung in den Vordergrund stellte. Kamen doch im Jahre 1910 vom Durchschnittspreis für 1 Pud Petroleum (1 Rubel 69 Kopeken) nur 11,1 0/0 auf die Förderungskosten, 35,5 0/0 dagegen auf Akzisen, 20 0/0 auf Transport und 32,5 0/0 auf den Vermittlergewinn. So wurde in dem Wettbewerb mit dem amerikanischen Petroleum Baku geschlagen: „La lutte avec la Standard Oil Cy. n'était pas aisée pour les exportateurs russes . . . Le trust américain dominait le marché, et l'exportation russe, mène à l'époque de son plus grand essor, avait un caractère complémentaire et ne faisait que couvrir le déficit de l'exportation américaine.“ (P. Apostol.)

Ich habe schon gesagt, daß die Petroleumindustrie Kaukasiens vor dem Weltkriege von ausländischem Kapital beherrscht war. Die Summe des in der kaukasischen Petroleumindustrie angelegten ausländischen Kapitals betrug wahrscheinlich 242,9 Mill. Rubel; das bedeutet 30 0/0 des gesamten im Russischen Reiche angelegten ausländischen Kapitals. Dieses Petroleumkapital verteilt sich folgendermaßen:

Englisches Kapital	171,4	Mill. Rubel	— 71,5 %
Französisches	55,1	„	— 20,2 %
Deutsches	13,6	„	— 5,4 %
Belgisches	6,8	„	— 2,9 %

Mehr als ein Drittel des in Rußland angelegten englischen Gesamtkapitals kam auf die Petroleumindustrie. Das entsprechende französische Kapital war nur zu 7 % in ihr enthalten.

III.

Als 1917 nach der russischen Revolution die russischen Truppen die kaukasische Front verlassen hatten, lag ganz Kaukasien offen vor der türkischen Armee. Am 18. Dezember 1917 hörte jede militärische Operation von russischer Seite auf, und die türkischen Truppen fingen ihren Vormarsch an. Im gleichen Monat begannen jedoch die Friedensverhandlungen zu Brest-Litowsk. Das „Transkaukasische Kommissariat“, das von Deutschland zu diesen Verhandlungen eingeladen worden war, verzichtete darauf, an ihnen teilzunehmen, da es die bolschewistische Regierung in Moskau nicht anerkennen wollte. Als darauf die türkischen Truppen in Kaukasien einmarschierten, mußte das neugebildete transkaukasische Sejm am 16. Februar 1918 beschließen, zur Einleitung von Friedensverhandlungen mit der Türkei eine Delegation nach Trapezunt zu entsenden. Nachdem diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren, besetzten die Türken Batum, Kars und andere Städte. Am 9. April 1918 erklärte dann Transkaukasien sich zur selbständigen Republik, und setzte die Friedensverhandlungen mit der Türkei fort. Die habsüchtigen und gierigen Forderungen der Türkei und ihre Intrigen mit den transkaukasischen Mohammedanern verhinderten jedoch auch jetzt den Abschluß des Friedens. Da die Delegation der Transkaukasischen Republik jedoch auch in sich zu keiner Einigung kommen konnte, erklärte Georgien am 26. Mai desselben Jahres seine Selbständigkeit und wandte sich hilfelehnend an Deutschland. Am folgenden Tage erklärten auch Aserbeidschan und Armenien ihre Selbständigkeit.

Deutschland ist der Bitte Georgiens nachgekommen. Es hat durch seine Truppen Georgien gegen die Türkei beschützt. Deutschland war aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen an Kaukasien interessiert. Erich Ludendorff charakterisiert in seinem Schreiben vom 9. Juni 1918 an den Reichskanzler (Nr. R. 439 P.) die Ostpolitik folgendermaßen:

„In Georgien bietet sich die Gelegenheit . . . mit schwachen Streitkräften unsere Macht zu vervielfältigen: Wir müssen dort die georgische Armee organisieren. Dazu ist die Anerkennung des georgischen Staates und seine Inschutznahme unumgänglich nötig. Hierzu tritt als ethisches Moment der Umstand, daß Georgien ein christlicher Staat ist, dem wir seit langem große Hoffnungen gemacht haben. Die Anerkennung und Inschutznahme Georgiens durch Deutschland

wird zugleich das einzige Mittel sein, die begehrliche Türkei von Georgien fernzuhalten. Sonst werden die Schwierigkeiten dort nicht aufhören . . . Haben wir in Georgien einen Stützpunkt, so ist zu hoffen, daß sich der Kaukasus nach und nach beruhigt, und daß wir von dort die uns so dringend notwendigen Rohstoffe beziehen können.

Ich darf besonders hervorheben, daß wir mit der Türkei daselbst werden rechnen und ihren Wünschen ein gewisses Entgegenkommen zeigen müssen. Die Bahn von Batum über Tiflis nach Djulfa ist für ihre Operationen von ausschlaggebender Bedeutung. Die Truppentransporte über diese Bahn müssen der Türkei sichergestellt sein. Auf Betrieb der Bahn Tiflis—Baku unter deutschem Einfluß können wir nicht verzichten. Dort müssen uns die Türken den Vorrang lassen . . . Als Leitsatz müßte feststehen, daß die Türkei uns in der Wehrmacht Georgiens und in der Rohstoffversorgung aus dem Kaukasus nicht beengen darf. Ein Festsetzen der Türken an der Bahn Tiflis—Baku und die Besetzung von Baku, die zu einer Vernichtung der dortigen Ölindustrie führen würde, wäre daher eine uns feindliche Handlung . . .“

Am 29. Juni 1918 sind die deutschen Truppen in Georgien erschienen. In seinen Kriegserinnerungen gibt Ludendorff den Plan, nach dem er im Kaukasus arbeiten wollte.

„Bei den Verhandlungen in Batum hatten sich die Vertreter der georgischen Republik an General v. Lossow gewandt und den Schutz des Deutschen Reiches erbeten. Wir hatten in den Jahren 1915 und 1916 mit georgischen Freischaren in Armenien gearbeitet, allerdings ohne Erfolg. Dabei waren wir in gewisse Fühlung mit einflußreichen Georgiern getreten. Ich konnte diese Beziehungen und jetzt die Bitte Georgiens um Schutz des Deutschen Reiches aus militärischen Gründen nur begrüßen. Sie boten uns eine Gelegenheit, unabhängig von der Türkei an die Rohstoffe des Kaukasus zu kommen und Einfluß auf den Betrieb der Eisenbahn über Tiflis zu gewinnen. Sie war für die Kriegführung in Nordpersien von ausschlaggebender Bedeutung und in deutsch beeinflussten Betrieben leistungsfähiger als unter türkischer Mitwirkung. Endlich mußten wir versuchen, uns durch Aufstellung von georgischen Truppen zu stärken: Sie waren gegen England zu gebrauchen. Auch war nicht zu übersehen, welche Schwierigkeiten uns noch aus der Gegend des Kaukasus erwachsen würden. Ich befürwortete deswegen bei dem Reichskanzler eine Berücksichtigung der Wünsche Georgiens . . . Bei der Besprechung in Spaa willigte der Reichskanzler in bezug auf unsere Politik in Georgien ein, daß als sein Vertreter Oberst v. Krefß, der von der Palästinafront nach Deutschland zurückgekehrt war, mit einer Schutzwache von 1—2 Kompagnien nach Tiflis ging. Es war nötig geworden, daß wir hier kräftig auftraten. Dies verlangte, ganz abgesehen von dem Wunsche nach militärischer Kräftigung aus jenem Gebiete, unsere Rohstoffversorgung. Daß wir uns darin nicht auf die Türkei verlassen konnten, hat ihr Verhalten in Batum von neuem bewiesen. Sie nahm alle vorgefundenen Bestände für sich in Anspruch. Auf Öl aus Baku konnten wir nur dann rechnen, wenn wir uns selbst halfen. Unser Betriebsstoffmangel in der Heimat, die ganzen Schwierigkeiten unserer Winterbeleuchtung mit ihren Nebenerscheinungen waren mir zu deutlich in Erinnerung. Nach dem Angriff der siebenten Armee waren nun auch die Betriebsstoffreserven des Heeres verbraucht; sie fehlten uns stark. Die ukrainischen Bahnen brauchten ebenfalls Öl. Die Ölgewinnung aus Rumänien war im Rahmen des Möglichen ganz außerordentlich gesteigert, trotzdem war an die Deckung der Fehlbestände nicht zu denken. Dies schien jetzt aus Transkaukasien, besonders aus Baku, möglich, wenn zugleich auch die Transportverhältnisse geregelt wurden. Der Feldeisenbahnchef hatte die Frage der Tankschiffe zu klären. Die Eisenbahn Batum—Tiflis—Baku, die viele Tankwagen vorrätig hatte, sollte von Oberst von Krefß im Einverständnis mit der Türkei in Betrieb genommen werden. Entscheidend war natürlich die Frage, wie wir nach Baku kamen. Die Rücksicht auf die Sowjetregierung verhinderte auch hier tatkräftiges und schnelles Handeln . . .“

Diese 'Rücksicht Deutschlands auf Sowjetrußland wird nur dann klar, wenn wir uns die Lage in Baku 1918 vergegenwärtigen. Im März 1918 kam es in Baku zu einem Aufstand, durch den die Bolschewisten die Macht in der Stadt erhielten, obwohl sie von Moskau durch die dazwischenstehenden Weißgardisten völlig abgeschnitten waren. Nachdem, wie oben erwähnt, am 27. Mai 1918 die Fraktion der aserbeidschanischen nationalistischen Partei, die sog. Mussawaten, in der Stadt Gandscha die Unabhängigkeit Aserbeidschans erklärt hatten, bemühten sie sich, ihre Hauptstadt Baku von der Bolschewistenherrschaft zu befreien. In dieser herrschten die russischen Parteien, die Bolschewiki, die Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten. Die letzteren verlangten die Einladung der Engländer aus Nordpersien zum Schutze Bakus. Am 18. Juli wurde dieses Verlangen von den Bakuer Bolschewisten abgelehnt; aber bei einer nochmaligen Erörterung am 25. Juli beschloß das Bakuer Zentralsowjet mit 13 Stimmen Mehrheit, die Engländer um den Schutz Bakus zu bitten. Daraufhin haben die Engländer unter General Tompson Baku besetzt.

„Wir kamen dorthin,“ schreibt der englische General Malleson, „damals, als unsere Lage auf der Westfront kritisch wurde; Rußland ging unter; deutsche und türkische Truppen waren in Kaukasien, und sie hatten das bestimmte Ziel, Kaspien zu queren und in Zentralasien, besonders in Afghanistan, Aufstände hervorzurufen. Mein und des Generals Dunstervilles Ziel war, uns zwischen die deutsch-türkischen Truppen und Afghanistan zu stellen. Ich glaube, daß Seiner Majestät Regierung Recht gehabt hat, als sie einen solchen Marsch befahl, der ganz mit Erfolg beendet wurde, da wir dem Feinde nicht gestatteteten, nach Zentralasien zu kommen.“

Und Archibald Moore sagt:

„Wir sind ein erstes Mal von Enseli durch Kaspien vorgedrungen, damit dem Feinde das Petroleum von Baku nicht in die Hände fallen sollte.“

Nach General Malleson also war die Besetzung Bakus durch die Engländer von strategischen Interessen bestimmt. Vom Standpunkt des Politikers Moore aus ist sie durch das Baku-Petroleum verursacht worden. Beide haben recht.

Die Engländer verfügten in Baku jedoch nur über sehr schwache Kräfte und daher mußten sie sich zurückziehen; die Mussawaten besetzten im September 1918 Baku und gaben damit der Republik Aserbeidschan seine Hauptstadt. Während die Mussawaten mit Hilfe der Türken auf Baku marschierten, verhandelten die deutschen Vertreter in Moskau mit den Bolschewisten über die Ergänzung zum Brest-Litowsker Vertrag. Deutschland beabsichtigte dabei, mit dem bolschewistischen Moskau in gute Beziehungen zu kommen, um auf diese Weise in den Besitz kaukasischen Petroleums zu gelangen, das sein Bundesgenosse, die Türkei, den Bolschewisten gleichzeitig zu nehmen im Begriffe war.

Der deutsch-russische Ergänzungsvertrag vom 17. August 1918 enthält hinsichtlich Kaukasien folgende Abmachung:

„6. Kapitel: Kaukasien. Artikel 13: Rußland erklärt sich damit einverstanden, daß Deutschland Georgien als selbständiges Staatswesen anerkennt. Artikel 14, Absatz 2: Rußland wird im Bakugebiet die Gewinnung von Rohöl und Rohölprodukten nach Kräften fördern und von den gewonnenen Mengen ein Viertel, jedenfalls monatlich mindestens eine noch zu vereinbarende Tonnenzahl an Deutschland zu überlassen.“

Wie erklärt es sich, daß Deutschland es vorzog, mit Rußland ein Übereinkommen über Baku abzuschließen, statt sich der Interessen der aserbeidschianischen Republik anzunehmen? Die amtliche Auslassung zu dem deutsch-russischen Zusatzantrag erklärt es folgenderweise:

„Unter den im Brester Frieden noch nicht berücksichtigten staatlichen Neubildungen an der Peripherie Rußlands hat Georgien auf dem Wege zu innerer Festigung bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Da die Vorgänge bei der Wiedererstehung dieses Staatswesens auch den extremen demokratischen Grundsätzen entsprechen, womit die gegenwärtige russische Regierung das von ihr verkündete Selbstbestimmungsrecht interpretiert, ist es gelungen, Rußlands Zustimmung zu der von diesem Staate begehrten Anerkennung zu erlangen.“

„Was die übrigen Staatsbildungen im Kaukasus anbelangt, so waren für diese ähnliche Zugeständnisse wie für Georgien von Rußland in dem Vertrage nicht zu erlangen. Die russische Regierung legte auf die Sicherung des Bakugebietes mit seinen reichen Naphtaquellen den allergrößten Wert; ihrem Wunsche konnte sich Deutschland, soviel an ihm liegt, um so weniger entziehen, als Rußland seinerseits die Verpflichtung übernahm, einen Teil der Naphtaausbeuten für den Bedarf Deutschlands und seiner Verbündeten zur Verfügung zu stellen.“

Wir sehen also, daß sich um Bakus willen folgende Parteien bekämpften: 1. Die russischen demokratischen Parteien in Baku wollten die Stadt mit Hilfe der Engländer gegen das aserbeidschianische Volk verteidigen, um Baku nach dem Sturz der Bolschewisten dem „wahren Rußland“ zu übergeben. 2. Die Bolschewisten strebten darnach, Baku zu halten und die sozial-verräterischen menschewistischen Parteien aus Baku zu vertreiben. 3. Das aserbeidschianische Volk, an seiner Spitze die Mussawaten, kämpften um die Eroberung ihrer Hauptstadt. 4. Die Türken unterstützten die Mussawaten. 5. Die Deutschen wollten mit Hilfe der Sowjets kaukasisches Petroleum zur Fortführung des Krieges haben. 6. Die Engländer wollten sich in Baku endgültig festsetzen, um die Hand auf die Erdölquellen zu legen, und um die Deutschen sowie die Türken zu verhindern, nach Zentralasien zu gelangen.

Nachdem dieser Kampf im September 1918 vorläufig mit dem Sieg Aserbeidschans beendet worden war, sandte die Regierung der aserbeidschianischen Republik am 12. September an die Deutsche Botschaft in Konstantinopel einen Protest gegen den Zusatzvertrag und besonders gegen den Artikel 14. Aber dieser diplomatische Kampf dauerte nur kurze Zeit; denn infolge des Anfang November an der Westfront abgeschlossenen Waffenstillstands-

vertrages sah sich Deutschland gezwungen, Kaukasien zu verlassen und alle zuvor erwähnten Verträge zu annullieren. Die Armee der Entente, insbesondere die Engländer haben daraufhin ganz Transkaukasien von Batum bis Baku besetzt. Die erste Periode des Kampfes um Transkaukasiens Petroleum endete somit mit dem Sieg der Engländer, und die transkaukasischen Republiken mußten sich in ihrer Politik nunmehr nach der Entente richten.

IV.

Am 10. Januar 1920 wurde die georgische und die aserbeidschanische Regierung von seiten der Entente de facto anerkannt. Während darauf die kaukasischen Republiken daran arbeiteten, ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu festigen, und eigene Heere aufzustellen, verfolgten die Engländer in Transkaukasien das Interesse, die großen Kapitalien, die sie in der Bakuer Petroleumindustrie angelegt hatten, zu schützen, neue Konzessionen zu erlangen und das Land auszubeuten. Moore schrieb am 10. Juli 1922 in der „Times“:

„Nach dem Waffenstillstand überschütteten wir den Kaukasus, der in ausgedehnter Weise mohammedanisirt war, mit Truppen. Weit über das Kaspische Meer, sogar in dem berühmten Merv, hatten wir Heeresabteilungen. Zuerst hatten diese einen stabilisierenden Einfluß, und wir kündigten an, daß es uns gelungen wäre, die Bolschewisten aufzuhalten; aber sobald sich die bolschewistische Drohung zu verkörpern begann, waren wir es, die verschwanden. Warum also gingen wir überhaupt dorthin? . . . Wir taten es, um zu versuchen, uns der Ölfelder von Baku zu bemächtigen, aber wir waren nicht vorbereitet, um diese zu kämpfen.“

Und der Franzose Tramerye berichtet in der Revue Universelle vom 15. Oktober 1920:

„Ein Notgeschwader, bestehend aus kleinen russischen Dampfern, von England aufgeboden und bewaffnet, hat das Kaspische Meer beherrscht, so daß Batum der Hafen für die Petroleum-einschiffung auf dem Schwarzen Meere, und Baku der Ort der Petroleumlager, alle beide in den Händen der Engländer waren. Sie verfügten dort nach ihrem Gefallen über das Petroleum und den Masut und verweigerten jede Kontrolle über ihre Einkäufe. England nahm zuerst alles was es konnte, und erst später erlaubte es Frankreich, sich mit dem, was an Petroleum noch da war, seinerseits zu verproviantieren.“

In der Tat war England formell in Baku nicht Alleinherrscher, es repräsentierte die Entente und mußte schließlich in seinen Handlungen auf Frankreich Rücksicht nehmen, das in dieser Zeit selbst anfang, eifrig Petroleumpolitik zu treiben. Am 15. November 1919 forderte der Senator Berenger in seinem Bericht an den Minister des Äußern: „Im Kaukasus sollte Frankreich einen gleichbedeutenden Teil mit den Alliierten erlangen“. Dieser Grundsatz wurde im Artikel 6 des sog. San Remo Oil Agreement angenommen, in dem gesagt wird:

„Artikel 6. Gebiete des vormaligen russischen Reiches. Auf den Gebieten, welche zu dem vormaligen russischen Reiche gehören, wollen die zwei Regierungen (d. h. die Frankreichs und

Englands) ihren beiderseitigen Staatsangehörigen gemeinschaftliche Hilfe angedeihen lassen in deren Bemühen, Petroleumkonzessionen und Erleichterungen für den Export zu erlangen sowie Lieferung von Petroleumvorräten zu erreichen."

Die Engländer blieben fast $1\frac{1}{2}$ Jahre in Transkaukasien, dann haben sie es verlassen. Die Ursache liegt nicht darin, daß England die Petroleumquellen von Baku nur ungenügend zu schätzen wußte, es hatte vielmehr zwei andere Hauptgründe: 1. Beschränkung der militärischen Ausgaben und daher Zurückziehung des britischen Heeres aus Mittel- und Vorderasien, das Ergebnis der Empfehlungen des „Geddes-Committee“, das die Grundfragen des britischen Budgets und der Stabilisierung des Pfundes zu prüfen hatte; 2. die beharrliche Forderung der englischen Arbeiterpartei, den Handel mit Rußland wiederherzustellen, um dadurch — so glaubte diese naiverweise — die Arbeitslosigkeit einzuschränken. England hatte jedoch mit der Zurückziehung seiner Truppen nicht die Absicht, seine kaukasischen Petroleuminteressen aufzugeben und bemühte sich daher, den Kaukasus durch die Truppen der anderen Alliierten neu besetzen zu lassen. Diese Frage wurde im April 1920 in San Remo auf der Konferenz der Alliierten erörtert. Einiges von dem, was auf dieser geheimen Konferenz behandelt wurde, kann man aus den Ausführungen des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Nitti entnehmen.

„Als ich“, so berichtet Nitti, „im Juni 1919 die Leitung der Regierung übernahm, war eine italienische Militärexpedition nach Georgien schon marschbereit. Die englischen Truppen, die nur über schwache Kräfte verfügten, zogen sich zurück. Italien hatte daher mit Einwilligung der Alliierten, zum Teil auf deren Wunsch hin, eine starke Militärexpedition vorbereitet. Das 12. Armeekorps, 2 Divisionen Infanterie und eine Abteilung Alpenjäger, waren zur Abfahrt bereit . . . Georgien ist ein Land, das von der Natur mit außerordentlichen Reichtümern ausgestattet ist, und man glaubte, daß es Italien eine große Zahl der Rohstoffe hätte liefern können, an denen es ihm am meisten mangelt. Was mich überraschte, war, daß nicht nur Regierungsmitglieder, sondern auch intelligente Finanzleute und Männer von sehr fortgeschrittenem Denken überzeugte Anhänger jener Expedition waren. Ich hingegen wollte, mancherlei Gegnerschaft zum Trotz, sofort auf jene Unternehmung verzichten, indem ich mich darauf beschränkte, jedes geschäftliche Unternehmen zu ermutigen. Gewiß war der Rat, den die Alliierten Italien gaben, freundschaftlich gemeint; jedoch mußte jedenfalls die Expedition den Erfolg haben, Italien direkt in einen Krieg mit der Moskauer Regierung zu stürzen und es in ein Abenteuer zu verwickeln, dessen Folgen unübersehbar waren . . .“

„Als man in San Remo über die Rätlichkeit einer Expedition durch England, Frankreich und Italien diskutierte, um wenigstens die Petroleumproduktion sicherzustellen, kam man nach dem Bericht eines militärischen Ausschusses, der unter dem Vorsitz des Marschalls Foch stand, so gleich ohne Schwierigkeit zu dem Beschluß, daß es besser sei, sich uninteressiert zu erklären.“

Damit war das Schicksal der transkaukasischen Republiken entschieden. Sie waren isoliert, von Europa verlassen, und standen nun einerseits dem sich nähernden roten Rußland, andererseits der Türkei gegenüber, die ihre Kräfte gegen die Entente sammelte.

V.

Noch lange bevor die Bolschewisten ihre Truppen nach dem Kaukasus senden konnten, versuchte die weißgardistische Armee Denikins, Transkaukasien zu besetzen. Nachdem sie den Nordkaukasus genommen und ihre Angriffe auf Baku begonnen hatte, schloß die Regierung Aserbeidschans mit Denikin einen Vertrag ab, nach welchem Denikin gegen Versprechung einer gewissen Menge Petroleums die Unabhängigkeit Aserbeidschans anerkannte. Nach Vernichtung der weißgardistischen Armee und der Niederlage Wrangels kam die rote Armee in den Nordkaukasus, wo sie die Republik der Bergbewohner beseitigte und das Räteresystem einführte, obwohl sie den Völkern Freiheit und Unabhängigkeit feierlichst versprochen hatte.

Warum kamen die Moskauer Bolschewisten nach Kaukasien? Wollten sie seine Völker von dem Joch der Entente und der Bourgeoisie befreien und den Kommunismus einführen? Nein! Solche Schlagworte dienten ihnen nur als Mittel, ihre imperialistischen Ziele zu verschleiern. Die offiziöse „Economitscheskaja Schisn“ schrieb ganz öffentlich:

„Wir haben bloß einen Ausweg: mit aller unserer Kraft unsere rote Armee nicht nur mit lebendigen Kräften, sondern auch mit technischen Kräften zu stärken, um möglichst schnell für Rußland das Donezbecken und den Kaukasus zu gewinnen und diese für unser wirtschaftliches Dasein unentbehrlichen Quellen unserem Staate einzuverleiben.“

Die grausame Wirklichkeit, die durch diese Worte angedeutet war, bestand in der Besetzung Bakus durch russische Truppen am 27. April 1920. Aserbeidschan wurde darauf als Sowjetrepublik mit einem Räteresystem organisiert, und mit dieser Puppe wurden einige Spiele aufgeführt. Rußland hat nämlich mit dem durch Waffengewalt eroberten Aserbeidschan „Verträge“, „Übereinkommen“, „Übereinstimmungen“ abgeschlossen! Solche „Verträge“ sollten jedoch nur dazu dienen, nach außen hin zu zeigen, daß Aserbeidschan eine selbständige unabhängige Republik sei, die mit Rußland eine freiwillige Verständigung einginge! Aber es war nichts als eine entsetzliche Komödie, als eine nur schlecht verschleierte, gewissenlose Vergeßlichkeit! Am 30. September 1920 schlossen Rußland und Aserbeidschan den folgenden militärisch-ökonomischen Vertrag ab:

„Die Regierung der Aserbeidschanischen Sozialistischen Sowjet-Republik einerseits, und die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik andererseits, ausgehend von dem Bewußtsein der tiefen Gesamtheit der Interessen der arbeitenden Massen Aserbeidschans und in der Überzeugung, daß nur die volle Einigung aller Kräfte beider brüderlichen Republiken den Erfolg im schweren Kampf gegen den gemeinsamen Feind — die imperialistische Bourgeoisie — sichern kann, haben folgenden Vertrag geschlossen:

1. Aserbeidschan und Rußland gehen miteinander ein enges militärisches und finanziell wirtschaftliches Bündnis ein.
2. Die Regierung der Aserbeidschanischen S. S. R. und die Regierung der Russischen S. S. R.

erreichen die Einigung in kurzer Frist durch Zusammenlegung a) der militärischen Organisation und des militärischen Kommandos, b) der führenden volkswirtschaftlichen Organisation und des äußeren Handels, c) der Organisationen der Versorgung, d) der Etats der Eisenbahnen, Wasserstraßen und Posten, e) der Finanzen.“

Am gleichen Tage wurde das Übereinkommen über die finanziellen Fragen unterzeichnet, nach welchem der Haushaltsplan der Republik Aserbeidschans zur Kontrolle und Bestätigung an das russische Volkskommissariat in Moskau gesandt werden muß. Noch interessanter ist das Übereinkommen über den Außenhandel Aserbeidschans vom gleichen Tage. Es bestimmt:

„1. Alle wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern, Verkauf und Ausfuhr der Erzeugnisse des Bodens und der Industrie Aserbeidschans, und ebenfalls die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse und Waren durch Rußland sowie der Abschluß der wirtschaftlichen Verträge finden nach den Grundsätzen und Prinzipien des Außenhandelskommissariats der R. S. S. R. und mittels deren entsprechenden Organen statt. 2. Die Handelsbeziehungen mit Transkaukasien, Persien und der Türkei werden dem aserbeidschanischen Wneschtorg (Volkskommissariat für Außenhandel) überlassen, und dazu wird für den Warenaustausch mit oben erwähnten Ländern dem aserbeidschanischen Wneschtorg die in Aserbeidschan vorhandene Ware außer Petroleum zur Verfügung gestellt. Die für den erwähnten Warenaustausch und für den inneren Verbrauch in Aserbeidschan nötigen Mengen Petroleum erhält der aserbeidschanische Wneschtorg nach der Vereinbarung mit dem Volkswirtschaftsrat und Außenhandelskommissariat der R. S. S. R. 3. Das Volkskommissariat des Außenhandels der R. S. S. R. ernannt einen bevollmächtigten Vertreter im Rat des Volkskommissariats der aserbeidschanischen Soz. Sow. Rep. mit dem Recht der entscheidenden Stimme.“

Ich bin der Überzeugung, daß, nachdem wir diese Verträge kennengelernt haben, kein Zweifel darüber bleiben kann, daß die sog. Republik Aserbeidschan völlig unter russischer Sklaverei steht, und daß es nur eine Verspottung des aserbeidschanischen Volkes ist, von einer „Republik Aserbeidschan“ zu sprechen. Nach der Eroberung Bakus haben die Bolschewisten die Nationalisierung der Petroleumfelder und ihrer Industrie verfügt, und ein speziell geschaffenes Organ, der sog. Asneft, setzt die Arbeit fort. Die Petroleum-erzeugung nahm jedoch in der durch die oben wiedergegebene Tabelle gekennzeichneten Weise ab. Die Krisis in der Petroleumindustrie Bakus wurde so scharf, daß sich der Sowjet mit einem besonderen Aufruf an die Arbeiter wenden mußte. Dieses Schriftstück zeigt uns sehr deutlich, daß die Bolschewisten die Wichtigkeit der Petroleumindustrie von Baku sehr wohl zu schätzen wußten. In diesem Aufruf sagen die Abgeordneten der Arbeiter-, Bauern-, Soldaten- und Matrosensowjets:

„Je mehr Brennmaterial wir haben werden, desto schneller wird der Marsch des Proletariats zum Siege führen. Bei der Wiederverproviantierung der Sowjetrepubliken mit Brennmaterial sind Baku und sein Petroleum von besonderer Wichtigkeit, einzig in ihrer Art. Neben der Steinkohle des Donez ist das Petroleum von Baku die bewegende Kraft der kommunistischen Weltrevolution. Der Arbeiter von Baku ist verantwortlich vor dem Weltproletariat für das Schicksal der Petroleumindustrie, für ihre Fortschritte und für die sofortige und regelmäßige

Verproviantierung der Sowjetrepubliken mit „schwarzem Blut“. Das Industriegebiet von Baku ist jedoch von einer tödlichen Gefahr bedroht, die eine von Stunde zu Stunde schärfer werdende Krisis und das Verschwinden der Erzeugung herbeiführen kann. Die Bohrungsarbeiten, die Erzeugung und die Destillation nehmen ab, und der Export ist nicht mehr gesichert. Um die Petroleumindustrie von Baku wieder herzustellen, müssen die Arbeiter von Baku alle ihre Kräfte anstrengen und ihre ganze revolutionäre Macht und Energie beweisen. Arbeiter von Baku! Millionen von Proletariern blicken mit Hoffnung auf euch, sie brauchen Petroleum, Petroleum und nochmals Petroleum! Ihr müßt es ihnen geben!“

Anmerkung

- 1) Ausführliches über die kaukasische Erdölproduktion der letzten Jahre im Rahmen der Weltproduktion s. im Bericht über erdumspannende Vorgänge von Lautensach in Heft 5 d. Ztschr.

ERICH OBST: BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Der Vertrag von Locarno ist am 1. Dezember 1925 in London feierlich unterzeichnet worden und soll der Politik der abendländischen Staaten für das Jahr 1926 und die Folgezeit den Stempel aufdrücken. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir dem „Geist von Locarno“ mit einiger Skepsis begegnen. Indessen soll davon zu Beginn des neuen Jahres nicht noch einmal die Rede sein. Geopolitisch wichtiger dünkt uns, daß das Abendland im Zeitalter von Locarno in drei Teilgebiete zerfällt, die sehr verschiedenartig zu Locarno stehen und sich hinsichtlich der Energie des Staatswillens wesentlich voneinander unterscheiden. Großbritannien bejaht Locarno, soweit es diesen Verständigungsvertrag als Mittel zum Zweck gebrauchen kann, um dank der auf dem Kontinent bewirkten Entspannung seine weltpolitischen Absichten zielbewußt durchführen zu können. Rußland lehnt den Vertrag von Locarno nach wie vor scharf ab in der Befürchtung, Locarno könnte das Losungswort zum Kreuzzug der kapitalistischen Welt gegen die Sowjetunion werden. Zwischen Großbritannien und Rußland dehnt sich das balkanisierte Kontinentaleuropa aus, das man im Sinne unserer Problemstellung vielleicht mit einigem Recht als „Zwischen-europa“ bezeichnen könnte. Von irgendeiner gleichmäßigen Einstellung gegenüber Locarno kann hier beim besten Willen nicht gesprochen werden; die Mehrzahl der Staaten befolgt vielmehr auch weiterhin den Grundsatz: Jeder ist sich selbst der Nächste. — Welche Schwierigkeiten sich aus dieser Divergenz der politischen Grundeinstellung ergeben, soll im folgenden skizziert werden.

Daß Großbritannien im eigensten Interesse mit allen Mitteln bedacht sein muß, den

europäischen Wirren ein Ende zu bereiten, ist nachgerade eine Binsenweisheit. Man denkt eben drüben auf dem Inselreiche nicht in kontinentalen, sondern in Weltdimensionen und weiß nur zu wohl, daß ein befriedetes Europa die unbedingte Voraussetzung für den Um- und Ausbau des Imperiums darstellt. Locarno bedeutet für England im größeren Rahmen dasselbe wie die Lösung der irischen Frage im engeren Bezirk der britischen Inseln: Ruhe im Zentralgebiet, Möglichkeit zur Kraftentfaltung nach der Peripherie hin. Was Chamberlain auf dem Kontinent erreichte, ergänzte Churchill durch die Lösung des Grenzkonfliktes in Irland. Ein Anfang Dezember zustandekommener Kompromiß sieht die Beibehaltung der bisherigen irischen Grenzen vor, befreit aber die Irische Republik von der Verpflichtung, an der Tilgung des englischen Schuldendienstes weiterhin teilzunehmen. Man hofft bestimmt, daß damit die Aussöhnung zwischen dem Irischen Freistaat, Ulster und Großbritannien vollendet ist und England sich die volle Bewegungsfreiheit nach außen errungen hat.

Welches sind nun die großen weltpolitischen Ziele, die Großbritannien im Schutze von Locarno zu verfolgen strebt? Zum einen ohne Zweifel die Abwehr der bolschewistischen Gefahr, die in gleicher Weise die Wirtschafts- und sozialpolitische Struktur des Empire, wie auch die machtpolitische Stellung Englands in Asien bedroht. Zu einem aktiven Vorgehen gegen Sowjetrußland glaubt England die Stunde noch nicht gekommen; man hält sich vielmehr vorerst in der Defensive. Anßerordentlich schwere Strafen haben die englischen Richter über die britischen Agitatoren des Kommunismus verhängt. Die Zugehörigkeit zu einer un-

gesetzlichen Partei und die Annahme finanzieller Unterstützung aus Moskau wurden für ausreichend erachtet, um die britischen Kommunistenführer für Jahre ins Gefängnis zu schicken. Wegen dieses Urteils hat die Labourparty ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht, und auch weite Kreise der Liberalen erklären diesen Prozeß für einen politischen Fehler. Die konservative Regierung jedoch wertet alles dies als bloße Gesten und brüstet sich damit, den Kommunisten im eigenen Lande mit aller Energie zu Leibe gerückt zu sein. Die Beschlüsse des englisch-russischen Gewerkschaftskomitees vom 10. Dezember 1925, die sich scharf gegen die Entschließung des Amsterdamer Generalrats wandten, werden die Stellung der englischen Regierung zweifellos stärken. Man hat es nun leicht, der britischen Menschheit zu zeigen, wie sehr sich der Bolschewismus bemüht, durch die Miniarbeit in den englischen Gewerkschaften die Festigkeit des britischen Imperiums zu untergraben. Auf eine solche Perspektive hin werden auch die Labourpolitiker und die Liberalen das Urteil gegen die englischen Kommunisten schließlich hinnehmen. Der Sinn für evolutionäre Entwicklung und Erhaltung des jetzigen Empires ist in England immer noch so stark entwickelt, daß auf die Dauer revolutionäre antiimperialistische Pläne keine Aussicht auf Erfolg haben. — Es gehört jedoch zum Wesen der britischen Politik, daß man der bolschewistischen Gefahr keineswegs lediglich mit Machtmitteln zu begegnen versucht. Nur zu klar erkennt man, daß sich bolschewistische Ideen hauptsächlich bloß in der Masse entwurzelter Menschen ausbreiten können. Infolgedessen ergänzt man die machtpolitische Abwehr der kommunistischen Gefahr durch eine weitschauende Bodenreform und Siedlungspolitik. Von der Agrarreform Lloyd Georges sprachen wir bereits im vorausgegangenen Bericht. Die hierdurch in der liberalen Partei heraufbeschworenen Schwierigkeiten sind inzwischen beigelegt worden, ohne eine prinzipielle Änderung

des Planes von Lloyd George. Neuerdings ist nun auch Ramsay Mac Donald mit einem umfassenden Siedlungsprogramm an die Öffentlichkeit getreten. Klar und scharf verlangt er in seiner Rede: „Let us produce a great national scheme of land development to bring our land back to cultivation, to bring at least 50 % of our people on to the soil. I am not against emigration. I am not against helping to fill the weakened spaces of the dominions. But the emigrants must not be used by the capitalist employer in order to put down wages in the dominions. Made that secure, then let us raise the big issue of back to the land. Let us place our home development on exactly the same financial basis as we place overseas development.“ Wir empfehlen allen europäischen Staatsmännern, dem Beispiel von Lloyd George und Mac Donald zu folgen, denn tatsächlich dürfte es keine bessere Waffe gegen die Irrlehren des Bolschewismus geben, als eine geeignete Bodenreform und eine zielsichere Siedlungspolitik.

Das zweite große Problem, mit dem das England von heute ringt, betrifft die Festigung und Weiterentwicklung des Empire. Sowohl in völkischer als auch in wirtschaftlicher und politischer Beziehung tauchen Fragen von gigantischem Ausmaß auf. Mit Vorliebe bezeichnen die Engländer die buntscheckige Menschheit ihres Riesenreiches und ihre politische Zusammenfassung als „Commonwealth of Nations“. Was hierunter zu verstehen ist, ist niemals klar definiert und staatsrechtlich festgelegt worden. Jede Volkheit deutet diesen Begriff nach ihrer Weise, und namentlich die Auffassung der Inder erweist sich mehr und mehr bedeutungsvoll für das ganze britische Weltreich. Dr. Marc R. Breyne, dessen demnächst erscheinendes Buch „Südafrika und wir“ mit großem Interesse erwartet wird, hat im letzten Heft der „Preussischen Jahrbücher“ unter anderem das Inderproblem in Afrika treffend beleuchtet. Die Inder gehen von der These aus, daß es ein Reichsbürgertum gibt und sämtliche

Gruppen des „Commonwealth of Nations“ die gleichen Rechte genießen. Auf Grund dieses vermeintlichen Rechtes haben sie sich überall in Ost- und Südafrika eingenistet und betrachten diese Länder unverhohlen als die Kolonialgebiete des überbevölkerten Indiens. In einer Riesensammlung in Pietermaritzburg erklärte jüngst der Wortführer der Inder: „Hier ist unser Land, wir werden es nach unserer eigenen Art und Weise regieren“. Ein solche Entwicklung ist für die weiße Bevölkerung Afrikas deswegen so außerordentlich bedeutungsvoll, weil die Inder allenthalben die weiße Bevölkerung zurückdrängen und namentlich den Kleinhandel an sich reißen, indem sie jede Konkurrenz unterbieten und ausschließen. Zu alledem wächst die Zahl der Inder in Ost- und Südafrika ständig. Obwohl Südafrika seit 1914 trotz Indiens Widerspruch ungefähr 25 000 Inder nach ihrem Vaterlande zurückschickte, leben heute bloß in Südafrika rund 165 000 Inder, davon allein in Natal etwa 140 000. In Natal überwiegt unter den Nichtnegern das indische Element durchaus; an Besitz verzeichnen die Inder allein in Durban Werte in Höhe von 12 Mill. Pfund, und diese Zahl ist noch dauernd im Wachsen begriffen. Mit Recht hat Smuts hervorgehoben: „Die Union würde, weil die Europäer in Afrika die kleine Minderheit ausmachen, auch auf ökonomischem Gebiete einfach verschlungen werden, denn es ist eine Unmöglichkeit, dem Inder ein Recht zu gewähren, das dem Eingeborenen vorenthalten wird. Niemand denkt in Südafrika, daß der Inder im Vergleich zum Europäer minderwertig ist; man kann es aber dieser kleinen Gruppe, diesen Pionieren der europäischen Kultur in Süd- und Zentralafrika, nicht übelnehmen, daß sie mit Händen und Füßen die Kultur verteidigen, die sie dorthin brachten. Wir sind nicht da, um die indische Zivilisation zu fördern, sondern lediglich, um die abendländische Kultur hochzuhalten. Deswegen betrachten wir alles, was ihre Stellung bedroht, als eine sehr ernste Frage.“

Was hier über das Inderproblem in Südafrika gesagt wurde, ist natürlich nur ein kleiner Ausschnitt aus der allgemeinen völkischen Problematik des britischen Reiches. Die Rechte, die heute die Inder für sich fordern, können morgen andere Völkerschaften des Empire für sich in Anspruch nehmen. Schon verlangen z. B. die Neger in Südafrika das volle Wahlrecht. Wohin soll diese Entwicklung führen, wenn auch in andern Teilen der britischen Siedlungs- und Herrschaftskolonien ähnliches Begehren lebendig wird? England braucht in der Tat Ruhe, braucht den Frieden von Locarno so dringend wie das tägliche Brot, um die volkspolitischen Fragen innerhalb seines Empires einer gesunden Lösung entgegenzuführen und die Labourparty davon zu überzeugen, daß mit allzuweitgehender Toleranz gegenüber den Farbigen der Bestand des Weltreiches ernstlich erschüttert wird.

Nicht minder brennend ist die Frage des Wirtschaftsproblems. Daß die alte Weltwirtschaft von 1914 nicht ohne weiteres wieder herzustellen ist, weiß in England jeder verständige Mensch. Was soll aber geschehen, um das Heer der Arbeitslosen in England nicht noch weiterwachsen zu lassen und die Wirtschaftsverdienste Englands einigermaßen wieder auf die alte Höhe zu bringen? In der Bücherbesprechung des vorigen Heftes erwähnten wir nicht ohne Absicht die ausgezeichnete Schrift von Mac Dougall „Sheltered Markets“ (London 1925). Hier wird ein Weg gewiesen, der in England außerordentlich starke Beachtung gefunden hat: Konzentration aller Kräfte auf die inneren Märkte des britischen Reiches und Sicherung des englischen Handels auf diesen Märkten durch planmäßige Schutzzollpolitik. Diesen Gedanken eines Ausbaues des britischen Reiches zu einer leidlich selbstgenügsamen Wirtschafts- und Zollunion versucht augenscheinlich das britische Mutterland zu verwirklichen, ohne viel darüber zu reden. Die Mac Kenna-Zölle waren vielleicht schon ein erster Auftakt. Das englische Industrieschutzgesetz,

durch welches die Regierung Baldwin für eine Reihe von Exportwaren zum Schutze der heimischen Industrie einen Wertzoll von $33\frac{1}{3}\%$ eingeführt hat, bedeutet ohne Zweifel einen weiteren Schritt in der oben skizzierten Richtung. Was macht es England aus, wenn infolgedessen der Abschluß eines deutsch-englischen Handelsvertrages eine Fülle von Streitfragen offen läßt? Was schert sich England darum, daß mit Deutschland die meisten zwischeneuropäischen Staaten in der erst noch in der Entwicklung begriffenen Industrieschutzgesetzgebung eine außerordentliche Erschwerung ihres Exportes nach England erblicken? Locarno in allen Ehren; aber wichtiger als dieses taktische Manöver bleibt dem Engländer das strategische Endziel: Begründung der panbritischen Wirtschafts- und Zollgemeinschaft. Zur Erreichung dieses Zieles ist Locarno eben gut genug, denn nur wenn man sich um den Kontinent nicht mehr viel zu kümmern braucht, kann man in Ruhe an die wirtschaftliche Ausgestaltung des Empire herangehen.

Auch in machtpolitischer Beziehung erkennt Großbritannien das Herannahen der Krisis, die es, wenn überhaupt, ohne völlige Ruhe in Europa nicht meistern kann. Daß der finanzielle Schwerpunkt der Welt von London nach New York gewandert ist, bedeutet schon eine arge Einbuße an Prestige. Noch schwerer empfindet es der Brite, daß sich das Zeitalter der absoluten Beherrschung der See durch Großbritannien augenscheinlich dem Ende zuneigt. Die Vereinigten Staaten bestehen auf maritimer Abrüstung, und die internationale Aussprache hierüber findet in der Union statt, nicht in England! Diese eine Tatsache allein beleuchtet grell die Einbuße an politischer Macht, die England durch den Weltkrieg erfahren hat. Mag auch die britische Flagge vorerst noch den Indischen Ozean beherrschen, hinsichtlich des Atlantik besteht faktisch bereits ein britisch-amerikanisches Kondominium, und die Verhältnisse im Großen

Ozean liegen ähnlich ungünstig. England braucht alle seine Kräfte, um sich aus der ihm drohenden Schlinge zu ziehen. Es muß in der Weltpolitik freie Bahn haben und darf nicht gleichzeitig in Europa auf Schritt und Tritt durch Schwierigkeiten aller Art behindert werden. Daher und sicherlich nicht zum wenigsten aus diesem Grunde die Bejahung von Locarno.

England benutzt die Verständigung mit dem Kontinent, um sich von dem balkanisieren und ihm daher nicht mehr gefährlichen Zwischeneuropa zu lösen und alle Kräfte auf die Ausgestaltung und Festigung seines Empires zu verwenden. Wie sehr diese Umstellung der britischen Politik eine Gefahr für Zwischen-europa bedeutet, braucht hier kaum dargelegt zu werden. Läuft die Entwicklung wirklich auf die Bildung einer mehr oder minder autarken abgeschlossenen panbritischen Wirtschaftsunion hinaus, so muß die europäische Wirtschaftskrise nicht nur weiter anhalten, sondern sich sogar ständig verschärfen. Man stelle sich nur einen Augenblick vor, was es bedeuten würde, wenn die panbritische Wirtschaftsunion die in ihrem Bereich erzeugten Rohstoffe in der Hauptsache für sich behalten würde und die panbritischen Märkte der europäischen Wirtschaft als Absatzgebiete mehr und mehr verschlossen werden sollten!

Diese dem zwischeneuropäischen Staatenchaos drohende Gefahr muß um so ernster bewertet werden, als von Osten her ein ganz ähnliches Unwetter aufzieht. Es ist ein offenes Geheimnis, daß im Lande des Bolschewismus von dem ursprünglichen orthodoxen Kommunismus nur mehr kümmerliche Reste übrig geblieben sind. Wie einst zur Zeit des Zaren braut man auch jetzt wieder um der reichlichen Steuereinnahmen willen 40% igen Wotka, man kann im Lande des Bolschewismus ohne jegliche Arbeit über Nacht zum Kapitalisten werden dank der von den Bolschewisten eingerichteten Staatslotterie, und die Wirtschaft wird unter starker Hinzu-

ziehung privater Unternehmer durchweg auf radikalkapitalistischer Grundlage organisiert. Werten wir schließlich noch die sog. Diktatur der Arbeiter und Bauern als das, was sie wirklich ist, nämlich die Minderheitsherrschaft einer kleinen Gruppe revolutionärer Intellektueller (des kommunistischen Ordens) „zum Besten“ der Arbeiter und Bauern, so konzentriert sich das Wesen des heutigen bolschewistischen Rußland eigentlich auf diese zwei Punkte: zielbewußter Ausbau einer starken Nationalwirtschaft und Außenhandelsmonopol. Beides ist nicht so sehr von sozialpolitischem Belang, für beides ist der proletarische Einschlag mehr akzessorisch als wesentlich; weltpolitisch und geopolitisch wichtiger erscheint uns, daß sich in Rußland eine Entwicklung anbahnt, die derjenigen im britischen Weltreich durchaus analog ist. Die „stürmische Aufwärtsentwicklung“ der sowjetrussischen Wirtschaft ist gewißlich keine Folge des sozialpolitischen Umsturzes, sondern geht umgekehrt vor allem auf das neuerliche Wiedergewährenlassen der Privatinitiative zurück. Aber sie stellt eine Tatsache dar, die nicht zu bestreiten ist, und zielt schließlich darauf ab, das riesige russische Reich zu einer leidlich autarken geschlossenen Wirtschaftseinheit auszugestalten. Der englischen Industrieschutzgesetzgebung entspricht das russische Außenhandelsmonopol. Wie sich Großbritannien bemüht, in der Zucker-versorgung, Baumwollversorgung usw. vom nichtbritischen Markte unabhängig zu werden, so bemüht sich Rußland, seinen Bedarf an Fertigwaren durch machtvolle Ausgestaltung seiner Industrie im eigenen Lande zu decken. Und hinter beiden im Grunde gleichzieligen Bestrebungen steht hüben wie drüben ein gleich fester Staatswille. Vorderhand befindet sich Rußland noch ganz im Anfang der Entwicklung, einstweilen noch muß es mit den kapitalistischen Staaten paktieren, um aus deren technischer und wirtschaftlicher Erfahrung Nutzen zu ziehen. Das Konzessionswesen blüht infolgedessen wie niemals; aber jede neue Kon-

zession bedeutet im Grunde nicht ein Einlenken Sowjetrußlands in die Weltwirtschaft, sondern umgekehrt eine Abwendung davon und einen Schritt zu der heißersehnten wirtschaftlichen Verselbständigung. Beim Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages hat man von neuem erlebt, mit welcher unbezwinglichen Zähigkeit die Russen am Außenhandelsmonopol festhalten. Sie verteidigen damit nicht die proletarische Struktur ihres Staates, sondern ihre wirtschaftliche Machtposition, den Willen und die Möglichkeit, eine autarke panrussische Wirtschaftsunion zu schaffen. Nachdem nun der Vertrag von Locarno abgeschlossen worden ist, ertönt im russischen Lager mit verdoppelter Kraft der Ruf nach wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit. Die von Senator Borah im amerikanischen Senat warm befürwortete Anerkennung der Sowjet-Union wird in Rußland nicht nur im Interesse des politischen Prestiges sehr begrüßt. Man verspricht sich von einer solchen event. Anerkennung, daß amerikanisches Kapital und amerikanische Technik stärker als jetzt schon den Weg nach Rußland finden und dazu beitragen werden, die Autarkiebewegung der panrussischen Wirtschaftsunion zu verstärken und zu beschleunigen. Auch die internationale Eisenbahnkonferenz, die Anfang Dezember in Moskau zusammentrat, um einen durchgehenden Verkehr zwischen Westeuropa und Ostasien über Rußland vorzubereiten, wird im Lande der roten Fahne wiederum als ein Mittel angesehen, aus dem Transitverkehr zu profitieren und mit Hilfe des internationalen Verkehrs den Ausbau des russischen Verkehrsnetzes zu fördern.

Sollte tatsächlich die Entwicklung so laufen, daß in Sowjetrußland anstelle der sozialpolitischen Umgestaltung oder neben ihr der Gedanke eines imperialistischen wirtschaftspolitischen Ausbaues die Oberhand gewinnt, so ist unschwer einzusehen, daß die etwa sich bildende panrussische Wirtschaftsunion für Mitteleuropa nicht minder gefährlich werden muß als die panbritische. Je weiter der Industrialisierungsprozeß in Ruß-

land fortschreitet, je größer das Heer der den russischen Bedarf an Fertigwaren deckenden Fabrikarbeiter wird, desto mehr schwinden für Zwischeneuropa die Absatzgebiete in Rußland, desto stärkeres Gewicht erhält für den russischen Bauern der Innenmarkt. Glückt Rußland dieses Experiment, so wird am Ende Rußland nicht mehr im alten Umfange zur Ausfuhr seiner Agrarprodukte genötigt sein und in demselben Maße dank seinem Außenhandelsmonopol die Einfuhr europäischer Fertigwaren abrosseln können. Wir betonen ausdrücklich noch einmal, daß dieser Prozeß sich einstweilen in den ersten Anfangsstadien befindet, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß, für die Zukunft gedacht, Rußland nicht nur in sozialpolitischer, sondern erst recht in wirtschaftspolitischer Beziehung zu einer Gefahr für Zwischeneuropa werden kann. Je mehr es den Angelsachsen gelingt, Zwischeneuropa mit dem Geist von Locarno zu umnebeln und in irgend einer Form seinem Wirtschaftssystem gefügig zu machen, um so stärker und schneller wird in Rußland der Prozeß wirtschaftlicher Selbstständigkeit vorwärtsgehen.

Das dritte Teilgebiet unseres Erdteils gerät also ersichtlich in eine nicht ernst genug zu nehmende Zwickmühle. Im Westen kapselt sich Großbritannien im Verein mit allen seinen Dominions und Kolonien ab, im Osten tut Rußland das gleiche. Wie soll Zwischeneuropa dann in ferner Zukunft weiter existieren, wovon soll es sich ernähren, woher seine Rohstoffe beziehen, wohin seine Fertigwaren absetzen? Diese drei Fragen umschließen das Schicksal der zwischeneuropäischen Staatenwelt in wirtschaftlicher Beziehung. Leider erkennen die Staatsmänner Zwischeneuropas diese der Gesamtheit drohenden Gefahren noch keineswegs. Die einen träumen davon, daß trotzdem und alledem die alte Weltwirtschaft von 1914 wieder herzustellen sei, die andern verharren in einem sturen Egoismus und übersehen, daß kein einziger Staat Zwischeneuropas für

sich allein in der Lage ist, der Gewalt der Mühlräder im Osten und Westen zu widerstehen. Von einem einheitlichen Staatswillen Zwischeneuropas, einem irgendwie gearteten Gemeinschaftsgefühl ist trotz Locarno nicht im entferntesten die Rede. Diese Tatsache zu belegen, hieße eine chaotische Fülle von Einzeldingen anführen. Wir greifen willkürlich einiges heraus. Spanien geht unter Primo de Rivera in trotziger Verbissenheit seine eigenen Wege; die bisherige Militärdiktatur ist zwar formell abgeschafft worden, das neue Kabinett aber entpuppt sich bei näherem Zusehen doch als die alte Firma mit neuem Firmenschild. Frankreich und Italien übersehen die Zwischeneuropa drohende Gefahr im stolzen Glanze ihrer blühenden Inflationwirtschaft. Der Kater kann nicht ausbleiben; er muß mit unbedingter Sicherheit eintreten, sobald man auch in diesen Ländern zu einer Stabilisierung der Währung übergeht. Dann werden auch hier die Werkstätten plötzlich zu groß erscheinen, Kreditnot und Arbeitslosigkeit werden sich als Folgen der Deflation einstellen. Die Tschechei setzt sich über die Zwischeneuropa drohende Gefahr mit einem Chauvinismus sondersgleichen hinweg; der krampfhaftige Haß gegen das Deutschtum im eigenen Lande hat nun auch zur Auflösung der deutschen Turnvereine geführt. Wenn in diesem Punkte noch eine Überbietung möglich ist, so muß man sie in Südtirol suchen, wo der Geist von Locarno nach wie vor höchst sonderbare Blüten treibt. Das Verbot des deutschen Religionsunterrichtes in Südtirol und die sofortige Einführung der obligatorischen italienischen Schulsprache in allen Lehranstalten dieses deutschen Landes offenbart, wie nachhaltig Locarno den Faschismus beeinflusst hat. Da sind die „Wilden“ im Baltikum doch bessere Menschen. Im lettischen Staat zum Beispiel hat man den Mut gehabt, nach endlosen, aber stets vergeblichen Versuchen einer Regierungsbildung nunmehr den Führer der deutschen Fraktion, Dr. Schieman, den Vorsitzenden des

Minoritätenblockes, mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Wenngleich sehr zu bezweifeln ist, ob die deutsche Fraktion unter den obwaltenden Umständen den Antrag annehmen wird, bleibt die Betrauung Dr. Schiemanns als Symptom in jedem Falle bemerkenswert. Ein häßliches Gegenstück hierzu bildet die Verantheit des litauischen Gouverneurs im Memelgebiet. Obwohl die Landtagswahlen ein eindeutiges Bekenntnis der Memelländer zum Deutschtum darstellen, wagt es der Gouverneur, an die Spitze des Landesdirektoriums ausgerechnet einen Großlitauer zu berufen. Da der Landtag diesem Präsidenten sofort sein Mißtrauen aussprach, ist hier ein Konflikt entstanden, für den allein die Kownoer Regierung verantwortlich zu machen ist. — Auf dem Balkan schlichtete der Völkerbund den griechisch-bulgarischen Streitfall, indem er Griechenland zu einer Entschädigungszahlung zwang. Man konnte hier rasch und energisch handeln, weil im Augenblick keiner der beiden Staaten als Puppe der Großmächte in Frage kam. Daß der Völkerbund auch anders kann, hat er damals im griechisch-türkischen Kriege bewiesen, wo Griechenland als Söldner Großbritanniens unmöglich bestraft werden konnte. Auch die soeben getroffene Entscheidung des Völkerbundes über das Schicksal des Mossulgebietes beweist doch nur, daß der liebe Gott trotz Völkerbund immer noch auf seiten der stärkeren Bataillone kämpft. Es ist ernstlich zu befürchten, daß sich die Türkei bei diesem Entscheid nicht beruht und damit der Brand im nahen Orient (Syrien) um einen neuen Herd vermehrt wird.

Wie sich ein solches auseinanderstrebendes Chaos auf die Dauer gegen die großen Machtgebilde im Westen und Osten halten soll, ist schlechterdings unbegreiflich. Nur ein Zusammenschluß aller zwischeneuropäischen Staaten zu einem Pufferstaat größten Stils würde allenfalls hinreichen, um die Selbständigkeit Zwischeneuropas zu behaupten. Indessen der Paneuropa-Gedanke marschiert nur sehr langsam, und es

muß leider befürchtet werden, daß die zwischen-europäische Menschheit zur Zeit für einen solchen Zweckverband im Sinne Alfred Webers (Europäische Revue, Dezemberheft 1925) nicht reif ist. Und doch bleibt kein anderer Ausweg, um dem Untergang des Abendlandes in diesem Sinne zu steuern. Wir brauchen den überstaatlichen Zusammenschluß der zwischen-europäischen Kultureinheiten im politischen wie im wirtschaftlichen Interesse Zwischeneuropas auf das dringendste. Nur wenn die zwischeneuropäischen Staaten die Binnengrenzen aufgeben und ihre Wirtschaft im wesentlichen auf den innereuropäischen Markt einstellen, besteht eine Möglichkeit, die sonst katastrophale Wirtschaftskrisis zu überwinden. Hand in Hand mit der Bildung dieses Zweckverbandes wird aber auch in Zwischeneuropa ein großzügiges Agrar- und Siedlungsprogramm durchgeführt werden müssen, um die Zahl der jetzt unproduktiven Arbeitslosen zu vermindern und aus ihnen Kleinbauern, d. h. Agrarproduzenten und leidlich kaufkräftige Abnehmer von Fertigwaren zu machen. Es hängt lediglich von der Entschlußkraft und dem Mut der zwischen-europäischen Staatsmänner ab, ob dieser letzte Ausweg beschritten wird oder die allenthalben wachsende Arbeitslosigkeit schließlich zu einem Ende mit Schrecken führen soll.

In der Tat ist es allerhöchste Zeit, daß hier gehandelt wird, denn ganz abgesehen von der durch die Arbeitslosigkeit bedingten inneren Krisis drohen von außen her nicht nur England und Rußland, sondern auch — Amerika. Die Invasion des amerikanischen Großkapitals in Zwischeneuropa hat bereits überaus bedenkliche Formen angenommen. Der Fall von Giesches Erben ist ja schließlich nur einer von vielen der gleichen Art. Überantworten wir in dieser Weise auch weiterhin unsere Produktion dem amerikanischen Großkapital, so kann es uns passieren, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur infolge des Mangels an Absatz wächst, sondern auch noch verstärkt wird durch Still-

legung europäischer Werke, die nach der Meinung der amerikanischen Geldgeber nicht genügend Gewinn abwerfen bzw. ihre Monopolpolitik stören. Wie groß tatsächlich die amerikanische Gefahr für Zwischeneuropa geworden ist, zeigt unter anderem das Vorgehen des schwedisch-amerikanischen Zündholztrustes. Wir wissen, wie Mittelamerika durch den Bananentrust an die Union verklavt wurde. Richtung und Gegenstand der Trustbildung haben sich geändert, die Methode aber und das Ziel sind die gleichen geblieben. Wir verzeichnen in diesem Zusammenhang auch den erneuten Einfall der Amerikaner in die europäisch-afrikanische Rohstoffbasis. Die Firestone-Gesellschaft hat in Liberia eine Million Acres Land für Kautschukplantagen erworben und rechnet damit, daß nach Ablauf von etwa 6 Jahren Liberia alljährlich 250 000 t Kautschuk für Amerika liefern wird. Im Verein mit der verfehlten Kolonialpolitik Frankreichs in Afrika

bedeutet dieser Übergriff der Vereinigten Staaten nach Liberia eine letzte große Gefahr für Zwischeneuropa. Gehen der zwischeneuropäischen Wirtschaft etwa auch noch die nord- und zentralafrikanischen Gebiete verloren, so verschlimmert sich die Lage Zwischeneuropas abermals um ein bedeutendes.

Es ist keine angenehme Aufgabe, als gewissenhafter Chronist die Berichterstattung im neuen Jahre mit derartig düsteren Perspektiven zu eröffnen. Indessen Schlagworte und unbegründete Hoffnungseligkeit sind auf die Dauer Steine statt Brot. Wir müssen der Wahrheit nüchtern ins Auge schauen, denn es dreht sich um die Zukunft unseres Vaterlandes und der gesamten zwischeneuropäischen Staatenwelt. Locarno kann ein Wendepunkt der abendländischen Geschichte und Politik nur werden, wenn sich dadurch Zwischeneuropa auf sich selbst besinnt.

K. HAUSHOFER:

BERICHTERSTATTUNG AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Zwei wichtige Lebensäußerungen des indopazifischen Gebietes, die größere Räume umfassen, und auf Jahre hinaus wirken werden, müssen in diesem Bericht voranstehen: die vorwiegend rassenpolitischen Ausgleichsergebnisse der panpazifischen Zusammenkunft von Honolulu, soweit sie nun langsam auch in ihren nicht offiziellen Wendungen bekannt werden, und das Manifest der Hochschullehrer der Pekinger Reichsuniversität an die Freunde des chinesischen Volkes, alle intellektuellen Kreise der Welt und die Arbeitenden in allen Ländern.

Da wohl die meisten Leser der Z. f. G. wenigstens einer der letzten beiden Klassen angehören werden, und manche, wie wir hoffen,

sich auch der ersten zugehörig fühlen, und da es leider sonst nicht üblich ist, daß sich in Friedenszeiten die geistigen Führer eines Volkes vorbeugend mit einem ernstem Appell gegen himmelschreiendes Unrecht an die Menschheit und ihr Gewissen wenden, lassen wir diesem, durch das chinesische Nachrichtenbüro herausgegebenen Rundtelegramm den Vortritt. Es stellt zuerst alle Vorwürfe und Beschwerden der Chinesen gegen die China vergewaltigenden Mächte zusammen und erklärt dann, auf die Zollverhandlungen abhebend:

„Die Mächte wollen Chinas Hände für die Zukunft binden, wie in der Vergangenheit, durch eine Anordnung des chinesischen Tarifsystems, das nur den profitgierigen Bedürfnissen

der imperialistischen Mächte paßt; sie wollen eine Tarifpolitik zur Ausbeutung Chinas durch die Hinderung seiner wirtschaftlichen Entwicklung.“

„Die Verwirklichung dieser Absichten wird China in einen Abgrund von Verderben treiben. Die chinesische Nation aber wird vorher einen Kampf auf Tod und Leben dagegen wagen . . . Wir sind fest überzeugt, daß kein Intellektueller, Arbeiter oder Bauer zögern wird, durch Wort und Tat das ausgebeutete und unterdrückte Volk von China in seinem schweren Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen . . . Nieder mit den ungleichen Verträgen (unequal treaties ist z. Zt. in China das Gegenstück zu unserm Wort „Schandverträge“) . . . Nieder mit der Tarifräuberei und Sklaverei. Volle Zollhoheit für China! Nieder mit dem Imperialismus! „Lang lebe der Bund der ausgebeuteten Klassen im Westen mit den niedergedrampelten Völkern des Ostens.“ Downtrodden heißt es wörtlich! Das ist nun bald der gleiche Tonfall, wie wir aus den Rundfunksendungen „An Alle“ aus Sowjet-Rußland kennen: „Ausgebeutete aller Länder vereinigt Euch!“ Es ist die Phraseologie des seligen Sun Yat Sen und seiner Moskauer Freunde. Aber das Wesentliche daran ist, daß sie nicht nur in Kanton regiert und von allen Seiten im Norden und Nordwesten über die Grenze des 440 Millionenreiches züngelt, sondern bereits in dem eben gehörten Wortlaut von Peking aus spricht (sicher nicht ohne das Imprimatur von Marschall Feng Yu Hsiang), daß sich die Führer der chinesischen Intelligenz zu ihr bekennen, und daß das einzige starke Hindernis gegen ihre praktische Durchführung, Marschall Chang Tso Lin und seine Anfu-Partei, am Jahresende 1925 besiegt am Boden liegt.

Und gleichzeitig damit hat auch die japanische Politik einen schweren Schlag erlitten, die freilich nicht daran gewöhnt ist, solche Hiebe in Ostasien ohne Gegenschlag hinzunehmen, und Chang Tso Lin sehr stark stützen

kann, wenn sie will. Wie barsch aber die Luft aus Moskau in die Mandschurei hineinweht, beweist die Abberufung Vigdor Koppa, eines der fähigsten Sowjetbotschafter, aus Japan, „weil er den japanischen Kommunisten zu wenig Förderung habe angeeignet lassen“ — was die Sowjets doch bei Abschluß des russisch-japanischen Vertrages vor kurzem feierlich zu unterlassen gelobt hatten.

Man sieht daraus allerdings, wie viel schwerer es ist, mit den Sowjetbünden zusammen auswärtige Politik zu machen, als mit den imperialistischen Mächten der Erde, die aber in Ostasien augenblicklich wieder nur die Stütze der japanischen Macht haben. Die aber fordert ganz andere Gegenleistungen für Ziehen an einem Strang mit ihnen, als die in Westurasien so viel billiger vorzuspannende deutsche Volkskraft. Über die ausgleichende Wirkung der panpazifischen Aussprachen von 1925 hat H. Duncan Hall, der Führer der australischen Gruppe bei dem Institut für pazifische Beziehungen in Honolulu, offenherzig berichtet.

Sein Milton entnommenes Leitwort klingt nicht gerade beruhigend: „Des Krieges Werkstatt hatte nicht mehr Ambosse und Hämmer im Schwung . . . als dort Federn und Köpfe waren, sinnend, suchend, neue Ideen und Anschauungen hin und her bewegend, um sie, als Zeichen ihrer Huldigung und Ergebenheit, der nahenden Reformation darzubringen.“ So, wie John Milton von dem Wirbel neuer Gedanken in London in den Tagen der Commonwealth schrieb, hätte er von Honolulu schreiben können, wo 111 geistige Führer von Australien, Kanada, China, Japan, Korea, Neu-Seeland, den Philippinen und den Vereinigten Staaten von Amerika zu einer Besprechung zusammentraten, auf deren Bedeutung wir schon (in Nr. 7) hingewiesen haben.

Dieses Institut für pazifische Beziehungen ist aus dem Gedanken heraus entstanden, daß alle diese Rassen und Weltanschauungen zum Zusammenwirken gebracht werden müßten „ehe

es zu spät sei", — „um an die möglichen Wurzeln internationaler Konflikte im Pazifik hinzugraben“.

Die Berufung zu diesem übervölkischen Kreise erfolgt mehr aus persönlicher, als aus nationaler Berechtigung. Ein Drittel der Teilnehmer waren bekannte Hochschullehrer oder Hochschulrektoren; viele andere hervorragende Redner oder Schriftsteller, andere leitende Wirtschaftsführer oder wirtschaftliche Sachverständige. Also eine sehr freie Konferenz, die ursprünglich aus der Möglichkeit hervorging, die man schon vorher an der allerheikelsten Frage des Großen Ozeans erprobt hatte: an einem Brennpunkt, wie den Fragen der Rassenmischung zu Leibe zu gehen in Kalifornien, mit den Arbeiten der „American Pacific Coast Race Survey“ mit einem Zusammenwirken verschiedenster Standpunkte. Die hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstände waren: die Auseinandersetzungen über diese schwierigste Frage der Rassenpolitik, dann ihre wissenschaftliche Untersuchung und Entgiftung, die Herauslösung solcher Punkte, über die Einstimmigkeit zu erzielen war, vergleichende Studien über Einwanderungs-Gesetzgebung und den Wortlaut der wichtigsten Gesetze, Eigenart und Wirkung der Industrialisierung des Fernen Ostens, endlich Eigenart und mögliche Entwicklung internationaler Zusammenarbeit im Großen Ozean.

„Ohne jeden Versuch, Einfluß auf das Handeln der Regierungen zu gewinnen (?), werden diese außeramtlichen Zusammenkünfte sicher dieses Handeln erleichtern durch Bereitstellung tatsächlicher Unterlagen und Schaffung einer Atmosphäre wechselseitigen Verstehens.“

Ein großer Teil der Schilderung von H. Duncan Hall galt denn auch der Überraschung der angelsächsischen über die Gewandtheit der chinesischen und japanischen Partner, unter denen James Yen, der Leiter der neuen Massenerziehungsbewegung in China, den Vogel abgeschossen zu haben scheint, als er die Vereinfachungsbestrebungen der chinesischen Bildung

darlegte, z. B. eine fabelhafte Methode, Illiteraten in 96 Stunden chinesisches Schreiben beizubringen. Die Bewegung hat schon 13 Provinzen erfaßt und 40 000 freiwillige Lehrer ins Land hinausgeworfen. „Die Nation, die als erste ihren Mut in beide Hände nimmt, und — sei es unter augenblicklichen Opfern — das chinesische Volk durch Verzicht auf ungerechte Vorrechte gewinnt, wird sich eine Freundschaft erwerben, die schon vom rein materiellen Standpunkt eines der wertvollsten Dinge auf Erden ist . . .“ Hier steht ein durch geopolitische Erkenntnis unterbautes Schlüsselwort für die Politik der Vereinigten Staaten in China! Ebenso machte „Geschicklichkeit, Selbstbeherrschung und die durchschimmernde Aufrichtigkeit der starken japanischen Gruppe“ dem Führer der Australier einen tiefen Eindruck. „Der Westen blickt auf Japan als auf eine gefestigte, erfolgreiche Macht voll Selbstvertrauen. Japans eigenes Gefühl ist das tiefster Unsicherheit über sich selbst. Mit wenig Rohstoffen, mit nur dem fünfhundertsten Teile der Machtgrundlagen der Vereinigten Staaten, im Begriff, auf dem chinesischen Markt an Boden zu verlieren, wie auf dem indischen, inmitten einer wirtschaftlichen und finanziellen Krise braucht Japan alle Unterstützung, die westliche Mächte ihm geben können.“ Am meisten gesprochen wurde über die Einwanderungsfrage. Sie ist auch nirgends so wichtig, wie im Kraftfeld des Großen Ozeans. Zunächst scheinen das amerikanische Einwanderungsgesetz und das Genfer Protokoll die Hauptkosten der Unterhaltung bestritten zu haben. Aber auch die kanadische Einwanderungsgesetzgebung ist 1919 verändert, ein Chinesen-Einwanderungsgesetz 1923 angenommen worden. Neu-Seeland schuf 1920 neue Gesetze und der australische Bund 1920, 24 und 25.

Es zeigte sich, daß der Stolz der fernöstlichen Kulturvölker weit mehr an rüden Formen, als an der Tatsache der Einwanderungsbeschränkung Anstoß nahm.

„Japan fällt es nicht ein, für sein Volk das Recht freien Eintritts in das Land eines andern Volkes zu fordern. Wogegen wir uns wehren, ist die abfällige Wertung unserer Rasse. Solche abfällige Wertung ist höchst beleidigend für unsere Selbstachtung als Individuen wie als Nation.“

Immerhin kam eine allgemeine Übereinstimmung zustande:

1. Über das Recht eines Staates, die Zusammensetzung seiner Bevölkerung in seiner Macht zu behalten.
2. Das Prinzip der Assimilierbarkeit: d. h. ein Staat sollte nicht gezwungen werden können, Einwanderer zuzulassen, die er für unverschmelzbar hält, vom wirtschaftlichen, Kultur- oder Machtstandpunkt. Einstimmigkeit wurde darüber erzielt, daß Assimilierbarkeits-Prüfungen nicht auf Rassenzugehörigkeit, sondern auf Wert oder Unwert des Einzelnen gegründet sein sollten. Charakteristisch war indessen, daß die australische Gruppe bei ihrer Rückkehr in den Fiji-Inseln von den Vertretern der Inder dort gebeten wurde, keine weitere indische Einwanderung zu gestatten, damit die Lebenshaltung nicht herabgedrückt werde. So schnell trat der Asiate dort auf den Standpunkt des *beatus possidens*!

Auch das Verhältnis der pazifischen Mächte zum Völkerbundsgedanken wurde eingehend besprochen, namentlich im Hinblick auf die beiden kommenden großen panpazifischen Konferenzen des Jahres 1927, und hier war es ein Hauptziel der amerikanischen Gruppe, klar zu machen, „daß Amerikas Eintritt in den Völkerbund als politische Bewegung tot sei, aber daß die Politik der Zurückhaltung eine atlantische, nicht eine pazifische sei. Durch die Proklamierung der Politik der Offenen Tür in China und die Washingtoner Verträge sei Amerika im Großen Ozean zu einer Politik internationaler Kooperation verpflichtet.“

Man kam überein, daß der erste Schritt dazu der Aufbau eines sicher wirkenden Apparats zu friedlicher Scheidung internationaler Reibungen im Pazifik wäre. „Völkerbund und internationale Arbeiterorganisationen funktionierten nur in einem sehr beschränkten Grade in diesem Raum.“ Ihr Werk sei in hohem Grade verkrüppelt durch die Abwesenheit der Vereinigten Staaten.

Die meisten Amerikaner gaben zu, daß Amerika in seiner eigenen Seele viel zu sehr gespalten sei, um sich dem Völkerbund anzuschließen. Aber sie meinten, es würde nicht ungünstig auf eine weitere Ausdehnung des Grundsatzes internationaler Kooperation im Pazifik blicken, die etwa in Richtung auf einen Pazifik-Pakt für friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten abzielten. Tatsächlich haben die Vereinigten Staaten 21 Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen und einen ganzen Ring von solchen um den Großen Ozean mit einer einzigen Lücke: Japan.

Den japanischen Delegierten wurde sehr deutlich gesagt, daß die Schuld an dem Nichtbestehen eines Schiedsvertrages an dieser wichtigen Stelle bei Japan läge. Der Grund ist sehr deutlich: Japan besitzt seit März 1923 keinen besseren Rechtsboden mehr für seine Gegenwart in der Südmandschurei, als die China abgepreßten 21 Forderungen; und wie dieser Rechtsgrund vor einem Schiedsgericht bestände, ist sehr ungewiß. So ist also völkerrechtlich die Mandschurei — darin erblich belastet — die einzige unvermittelte Gefahrstelle des weiten pazifischen Umzugs, soweit die Vereinigten Staaten in Frage kommen. Und gerade hier ist am Jahresende 1925 Gefahr im Verzug.

Es gibt aber auch noch andere wunde Stellen im Pazifik, wovon die Vereinigten Staaten die Finger legen. „*Funestes au prestige français*“ nennt J. Dorsenne in einem Brief aus Tahiti wenig freundlich den fünftägigen Besuch der drei stattlichen U. S.-Kreuzer des Admirals Coontz mit den drei Kongreßmitgliedern an

Bord im französischen Ozeanien, das sonst die Augen der Welt mit seinen nur mehr 88 000 Einwohnern auf 22 000 qkm wenig mehr auf sich lenkt. Papiiti sei zur Zeit dieses Besuches eine amerikanische Stadt gewesen. Die Gäste hätten sich wie in einem eroberten Lande benommen, und die Eingeborenen hätten mehr Sinn für die „grandeur tapageuse, der Yankee gezeigt, als für die „Civilisation de chez nous“. Die amerikanischen Flugzeuge überflogen die Inseln nach allen Richtungen. „Wir sind nach Tahiti gekommen, ein wenig zu sehen, was Ihr unter der französischen Flagge macht“, sagte der Admiral bei seinen Landsleuten. Warum nimmt man daran Ärgernis? Eines Tages wird die Gruppe doch an eine pazifische Macht verkauft werden müssen, und dann zahlen die Vereinigten Staaten den besten Preis dafür. An den Aussprachen in Honolulu ist Frankreich nicht mehr beteiligt worden.

Die pazifische Flottenfahrt von 1925 gibt nicht nur Großbritannien und Japan Stoff zum Nachdenken auf weite Sicht; auch die kleinen ortsfremden Kolonialmächte werden sich ihrer später erinnern.

Das chinesische Schachbrett zeigt einige dauerndere Positionen neben den hier schon erklärten der provinziellen Heerführer; es ist von Wert, sich klar zu machen, daß die am meisten bolschewistenfreundliche Gruppe der linken Kuo Ming Tang ganz Kwangtung, einschließlich Swatau im Besitz hat, jeden Augenblick in Fukien einrücken kann, und daß außerdem starke russische Einflüsse sich in der I. Nationalarmee in Kalgan und in der II. in Loyang (in Honan) geltend machen. Wenn der North China Herald (14. 11. 25) die Mongolei eine so russische Provinz nennt, wie Wales ein Teil von Großbritannien sei, verbietet uns schon die Höflichkeit zu widersprechen. Wir glauben das auch. Und auch bei der Ostchinesischen Bahn könnte sich der schon einmal erfolgreiche Russifizierungsvorgang wiederholen. Auch die Sowjetpropa-

ganda in Szechuan mit seinen mindestens 50 Millionen Menschen höchsten Rassengemisches auf einem Raum von Deutschlands Größe, aber mit ganz ungleichen Volksdichten, ist ernst zu nehmen und beweist, daß man in Moskau die schwachen Stellen kennt, nun aber zunächst der Selbsterstörung zwischen Peking und Mukden freie Hand läßt. Durch die Meuterei in der Mukden-Armee ist die letzte in guter Ordnung erhaltene chinesische Provinzialgruppe, die aufblühende Mandschurei mit ihren 28 Millionen Einwohnern, nun auch in den Wirbel gezogen, und die japanische Interessengruppe dort an eine Wand gedrängt, für die sie vielleicht zu fechten gezwungen sein wird, so geschickt die mir persönlich bekannten führenden Männer dieser Macht in der Mandschurei ihr Bestes tun werden, um Gewaltanwendung ohne Not zu vermeiden.

Still und unheimlich legt sich eine Choleraepidemie und Hungersnot in Hunan zwischen den Kampfplatz im Süden und Norden. Sie mahnt die streitenden Parteien an die politischen Kompetenzen der Klimatologie, an die Tatsache, daß es einen Grad der Verwirrung öffentlicher Angelegenheiten in den Monsunländern gibt, wo die Natur — in menschenüberfüllten Landschaften ein Mindestmaß von pflegerischer Behandlung fordernd — sich Beachtung erzwingt und die menschliche Torheit zurechtweist.

So sind wir in diesem Jahr in Ostasien neben der Bevölkerungsminderung durch menschliche Ursachen auch auf Naturkatastrophen wie große Dammbüche, Überschwemmungen und Seuchenausbrüche gefaßt, und brauchen nicht überrascht zu sein, wenn sie gleichläufig mit den politischen eintreten, wie die Dammbüche des Hwang Ho am 13. 8. und 20.—28. 9. 1925, die schlimmsten seit 1887, die 2 Millionen Menschen, über 2000 Städte und mehr als 3000 qkm Landes in Mitleidenschaft zogen, — an der Stelle, wo auch die staatliche Ordnung 1925 zuerst auseinanderbrach — in Bestätigung viertausendjähriger geopolitischer Erfahrung.

O. MAULL: BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Gelegentlich ist es viel wichtiger, einzelne politische Äußerungen zu kommentieren und die Motive im Untergrunde, die zu ihnen geführt haben, zu erfassen, als eine Registrierung der Verschiebungen in den oft genügend klar erkennbaren Machtverhältnissen vorzunehmen. Denn gleichgültig, ob solchen Symptomen in naher Zukunft eine Bedeutung in der realen Welt zukommt oder nicht, so künden sie doch das eigentliche Wollen im Leben der Staaten an, das oft genug durch die Wesen und die Formen der sichtbaren Politik als der Kunst des Möglichen recht verschleiert wird.

Jener noch immer nicht ausgetragene Streit um Tacna und Arica, um jenes „südamerikanische Elsaß-Lothringen“, wie man es nicht zu Unrecht bezeichnet, hat, etwas wider Erwarten, immer weitere Kreise gezogen. Wir haben uns im Aprilheft des letzten Jahrgangs schon ziemlich eingehend mit dieser Frage beschäftigt und schließen uns hier an die dort gegebene Darstellung und versuchte Kritik an. Der schiedsrichterliche Entscheid des Präsidenten Coolidge und des Staatssekretärs Hughes vom 4. März 1925 lautete bekanntlich dahin, daß die im Artikel 3 des Vertrags von Ancon, der seinerzeit (1883) den pazifischen Krieg beendet hatte, enthaltenen Bestimmungen noch volle Gültigkeit besäßen und infolgedessen die Volksabstimmung über das Schicksal des strittigen Gebiets zu entscheiden habe. Inzwischen sind auch längst die einzelnen Ausführungsbestimmungen näher bekannt geworden, die in verblüffender Weise die ganze, nur in Südamerika noch schwerer durchführbare Kompliziertheit europäischer Volksabstimmungen verateten. Stimmberechtigt sind alle mindestens 21 Jahre alten, im Gebiete geborenen Männer,

soweit sie lesen und schreiben können. Diese Beschränkung, die aus dem Analphabetentum entsteht, ist aber für diejenigen hinfällig, die Landeigentümer in den strittigen Regionen sind. Außerdem dürfen mitabstimmen alle diejenigen, die am 20. Juli 1922, dem Tage des Washingtoner Abkommens, in dem Chile und Peru ihren Streitfall dem schiedsrichterlichen Spruche des Präsidenten der Vereinigten Staaten unterwerfen wollten, schon zwei Jahre im Lande wohnten und seitdem bis zum Tage der Abstimmung ihren Wohnsitz nicht aufgegeben haben. Um den Einfluß der künstlichen Chilenisierung wieder aufzuheben, sind aber anderweitig Regierungs- und Verwaltungsbeamte, Angehörige von Heer und Marine, Polizei und Gendarmerie von der Teilnahme an der Abstimmung ausgeschlossen. Es kann nicht verkannt werden, daß dieser Grundsatz Peru begünstigt, weil er einen ganz wesentlichen Teil der chilenischen Bevölkerung von der Abstimmung ausschließt. In demselben Sinne leistet das Abstimmungsregulativ dem peruanischen Erfolge Vorschub; denn es setzt fest, daß im Abstimmungsgebiet geborene Militärpersonen und Zivilbeamte in ihrem Geburtsorte mitstimmen dürfen. Diese an sich einigermaßen selbstverständliche, das Heimatsgefühl der Bevölkerung berücksichtigende Bestimmung scheint formell den beiden streitenden Staaten gerecht zu werden; in Wirklichkeit bedeutet sie jedoch nichts anderes als eine Gunst für Peru, da vor allem den ausgewiesenen Peruanern ermöglicht wird, das Schicksal des Abstimmungsgebiets mitentscheiden zu helfen. Die Zulassung der Fremden zur Abstimmung, soweit sie die Bedingungen wie die nicht in Tacna und Arica Geborenen erfüllen und sich zur Nationali-

sierung nach der Abstimmung verpflichtet, ist mehr neutraler Natur. Schon hat der schiedsrichterliche Spruch über die Zukunft des Bezirks von Tarata entschieden, indem er betont, daß kein Teil der ehemaligen peruanischen Provinz Tarata im Verträge von Ancon in das Chile überlassene Gebiet einbezogen worden sei. Chile hatte dagegen, auf einer geographisch ungenauen und im Grunde unhaltbaren Angabe fußend, seine Grenze an den Rio Sama und an den Rio Chaspaya vorgeschoben, sie jedoch später wieder an den Rio Tala und Rio Ticalaco um ein wenig zurückgezogen. Es ist höchst bezeichnend, daß auch heute noch der Schiedsrichter auf die unzureichenden geographischen Grundlagen hinweisen mußte, die ihm bei der Fällung seines Spruches vorlagen. Diese chilenische Nordgrenze ist ein modernes Beispiel, wie eine Grenzlinie im Laufe der letzten Jahrzehnte innerhalb eines Grenzsaums hin und her pendelte und wie tatsächlich die beiden Staaten hier von einem Saum begrenzt wurden. Der Spruch entscheidet für dieses nordöstliche Grenzgebiet gegen Chile, das danach in dem Departamento Tarata ein Gebiet von 6032 qkm und 4500 Einwohnern verliere. Die Abstimmung soll durch eine dreigliedrige Kommission überwacht werden, zu der Peru, Chile und der Präsident der Vereinigten Staaten je einen Vertreter ernennen; der letztere soll den Vorsitz führen. General Pershing ist dazu bestimmt worden, dieses Amt auszuüben.

Diese Darstellung und Kritik des Abstimmungsregulativs zeigt recht deutlich, daß Chile mit diesen Festsetzungen nicht restlos zufrieden sein kann; und wenn man die Einwände und Beschwerden gegenüber diesem Schiedsspruch richtig deutet, so heißt das ja unzweifelhaft, daß Chile auf Grund genauester sachlicher Beurteilung bei einer Abstimmung nach dem analysierten Regulativ einen Entscheid gegen sich fürchtet. Von da aus dürfte aber der Rückschluß auf eine tatsächliche Begünstigung Perus bestimmt nicht verfehlt sein, die die lange

friedliche Chilenisierung des Gebiets aufheben will. Freilich, völlig klar ist Chiles Stellungnahme nicht zu erkennen. Die Nachrichten überkreuzen sich. Die eine meldet, Chile habe seine Stellungnahme gegenüber dem Schiedsspruch in einer Denkschrift niedergelegt und diese in allen Ländern, wo es diplomatische Vertreter hat, überreichen lassen. Das Gleiche sei auch gegenüber dem Völkerbundssekretariat in Genf geschehen. Die andere dementiert dagegen offiziell, daß eine Trübung der Beziehungen zwischen Chile und der Union eingetreten sei. Chile dränge lediglich auf einen baldigen Volksentscheid. Der Schritt Chiles beim Völkerbund sei nichts anderes als eine informatorische Unterredung des chilenischen Gesandten in der Schweiz mit dem Generalsekretär des Völkerbunds gewesen. Wenn gleichwohl auch nach einer weiteren Meldung eine Entspannung in der Frage der Volksabstimmung in Tacna und Arica eingetreten sein soll, da General Pershing den baldigen Zusammentritt einer Kommission in Aussicht gestellt hat, die aufs neue über die Wahlbestimmungen und den Plebiszittermin auf Chiles Antrag hin beraten soll, so hat dagegen Chiles Schritt eine Diskussion von prinzipiellster Bedeutung entfacht.

Verschiedentlich ist in der Presse der Vereinigten Staaten von Amerika diese Maßnahme Chiles als ein direktes Anrufen des Völkerbundes aufgefaßt und verurteilt worden. Mit aller Schärfe wird gegen sie geltend gemacht, daß der Völkerbund sich nicht mit der Schlichtung des Streits um Tacna und Arica beschäftigen dürfe, weil einmal Peru und Chile den Präsidenten der Vereinigten Staaten um den Schiedsspruch gebeten haben und weil der Völkerbund sich nur unter Verletzung der Monroedoktrin in eine südamerikanische Angelegenheit einmischen könne. Dieser letzte prinzipielle Einwand zeigt recht deutlich, wie lebendig die Vorstellung von einer gewissen politischen Einheit der amerikanischen Staatenwelt ist, und wie sich Gesamt-Amerika als

Gegenspieler gegenüber der ganzen übrigen Welt fühlt.

Bei fast jeder Gelegenheit, so z. B. auch bei der letzten Tagung der Interparlamentarischen Union (im Oktober in Washington und Ottawa) ist ein bewußtes, aber ebenso klug abgeglichenes Ringen um eine Festigung dieser Einheit, ein Ringen um eine immer größere Geltung der Panamerikanischen Union zu beobachten. Dabei bleiben sich die Vertreter der Vereinsstaaten ihrer politischen und wirtschaftlichen Führung gegenüber dem übrigen Amerika wohl bewußt; um so taktvoller, von letzter politischer Klugheit getragen ist aber ihre Einstellung gegenüber dem hohen und auch äußerst empfindlichen politischen Selbstbewußtsein der Lateinamerikaner.

Gemäß der Skizze, die wir in einem der früheren Hefte von dem Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Europa entworfen haben, hat der Abschluß der Verhandlungen in Locarno im allgemeinen eine volle Befriedigung in der Union ausgelöst. Denn nur die endgültige Befriedigung Europas kann das Ziel der Vereinsstaaten sein. Gibt ja doch eine solche Befriedigung den Vereinigten Staaten genau so wie England die Hände frei zur Erledigung der brennenderen Fragen in der Weltpolitik, und schafft sie die Möglichkeit zu Zukunftsarbeiten, anstatt sich in europäischen Wiederaufbauproblemen zu erschöpfen; und sie nimmt damit zugleich Amerika einen Teil der Sorge um die Kreditfähigkeit seiner Gläubiger. Ob freilich alle an Locarno geknüpften Erwartungen gewisser amerikaniſcher Kreise in Erfüllung gehen werden, ob für die von Coolidge begrüßte große internationale Entwaffnungskonferenz, von der der Präsident auch in seiner Jahresbotschaft wieder gesprochen hat, mit einem vollen Erfolge zu rechnen wäre, muß sehr dahingestellt bleiben. Dafür scheinen in Europa allgemein die politischen Spannungen noch zu groß zu sein, als daß sie anders als auf dem Wege langsamer Lösung aus der Welt

zu schaffen wären. Nur der Gedanke an die Möglichkeit der Einberufung einer Entwaffnungskonferenz hat in Frankreich den heftigsten Widerspruch ausgelöst. Es ist auch nicht zu verkennen, daß das Problem der Entwaffnung ganz anderer Art in Europa als in Amerika ist; werden dort in erster Linie die Landrüstungen davon betroffen, so dreht es sich in Amerika um die Seerüstungen im Verhältnis zu denen Englands und Japans. Auch das hat Coolidge bei gleicher Gelegenheit betont, und er scheint sich heute mehr nur auf den Wunsch zu beschränken, daß die Landmächte abrüsten möchten.

Auch scheinen die Vereinigten Staaten leicht geneigt zu sein, in der Rüstungsfrage mit zweierlei Maß zu messen. Denn laut Meldungen amerikanischer Zeitungen geht dem Kongreß in der nächsten Sitzungsperiode ein Gesetz zu, das eine automatische Mobilisierung des weitaus größten Teiles der männlichen Bevölkerung im Kriegsſalle vorsehen soll, alle Männer zwischen 18 und 48 Jahren auffordern soll, sich in Listen einzutragen, die zwischen 18 und 30 Jahren, sich mustern zu lassen. Amerika kann freilich jederzeit darauf hinweisen, wie es auch Präsident Coolidge in seiner Jahresbotschaft gerade jüngst getan hat, daß die Stärke des stehenden Heeres nur rund 118 000 Mann beträgt.

Hinsichtlich der Behandlung des Auslandsgrundbesitz in Mexiko ist immer noch keine die Vereinigten Staaten befriedigende Lösung gefunden worden. Erst neuerdings hat wieder die Union darauf hingewiesen, daß ihren Staatsangehörigen, die Grundbesitz in Mexiko haben oder Kapitalien in industriellen Unternehmungen investiert haben, durch die neuen mexikanischen Gesetze und Gesetzentwürfe schwerer Schaden zugefügt wird.

Immer deutlicher zeigt sich, wie Südamerika wirtschaftlich in die Einflußsphäre Europas zurückrückt trotz der starken Bindungen an den amerikanischen Norden und trotz der in keinem Augenblick zu unterschätzenden Eigenentwick-

lung. So schneiden sich im Augenblick zwei Weltwirtschaftsphären in einem Gebiet, das sich zudem selbst in regster Entwicklung befindet. Für eine Verstärkung des europäischen Einflusses ist einmal Brasilien Beispiel. Seit geraumer Zeit besteht die Aussicht, daß englisches Kapital dem Lande in umfangreichem Maße zufließen werde, und diese Wendung in der Finanzlage des geldbedürftigen Riesenlandes hat ohne Zweifel die wesentliche Besserung des Milreiskurses zur Folge gehabt. Vom englischen Standpunkte aus ist in dieser engeren Bindung Englands mit Brasilien ein nicht unwesentliches Verdrängen der Union vom brasilianischen An-

leihmarkt und zugleich die Verhinderung, daß an Nordamerika immer neue Konzessionen verteilt werden, zu sehen. Es ist höchst bezeichnend, daß England Einfluß wünscht auf die Zentralbahn, die durch wirtschaftswichtigste Gebiete führt, und auf andere Verkehrseinrichtungen. In dem gleichen Sinne kann auf eine neuerliche Beteiligung Englands an Zinnbergwerken Boliviens hingewiesen werden.

Eine neue Militärrevolte in Chile, die sich vornehmlich gegen den Kriegsminister wendete, ist im Oktober rasch unterdrückt worden, zeigt aber, daß das Land immer noch nicht seine völlige Ruhe wiedererlangt hat.

O. MAULL:

LITERATURBERICHT AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Bonn, M. J.: Amerika und sein Problem. 176 S. München (Meyer & Jessen) 1925. Geh. 3 M.

Aus den zahlreichen Analysen, die sich in jüngerer Zeit um das Objekt Amerika bemüht haben, hebt sich der Bonnsche Versuch durch eine besonders klare Formulierung des Hauptproblems heraus. Dabei muß naturgemäß vieles wiederholt werden, was längst bekannt und fast in jedem Buche über Amerika zu finden ist, z. B. die Bedeutung des Puritanismus und des Grenzertums für die Entwicklung des Nordamerikaners, die Stellung und der Einfluß der Frau im amerikanischen Leben und anderes mehr. Doch all das ordnet sich, frei von der Absicht, über diese Einzelzüge des amerikanischen Lebens und deren Motive belehren zu wollen, organisch der großen Zielsetzung unter. Dieses Hauptproblem — denn es gibt neben dem einen Problem noch viele, z. T. nicht minder wichtige und ernste — ist ein geopolitisches: die Landnahme ist im ganzen abgeschlossen, der gegen Westen flutende Strom hat sich dort gestaut,

an die Stelle dauernder Bewegung eines ungeheuren Flusses von Menschen, die die Regel des Lebens aus dem östlichen Amerika mitbrachten, ist die Ruhe eines Sees getreten, der sich den Formen seiner Umgebung anpaßt; die geographische Provinz beginnt in Amerika zu wirken. Aus dieser Tatsache ergibt sich das Problem: wird trotz aller physischgeographischen Unterschiede und trotz der verschiedensten nationalen Herkunft der Menschen die Bildung einer einheitlichen amerikanischen Nation gelingen, nicht so sehr durch Rassenmischung als durch soziale Angleichung? Oder wird dann, wenn der Strom vollkommen zum Stillstand gekommen ist, die ganze, wenn auch großzügige Vielgestaltigkeit des nordamerikanischen Kontinents auftauchen, und werden sich damit Wesenszüge Europas wiederholen?

Bonn geht gleichsam induktiv an die Beantwortung der Frage, indem er in einer ausgezeichneten Sonderdarstellung das Sonderdasein der kanadischen Franzosen behandelt und zeigt, wie dieses Franzosentum weder durch Ver-

schmelzung noch durch Angleichung in der kanadischen Nationalität aufgegangen ist, und wie gerade durch diesen Widerstand eine eigene kanadische Nationalität gesichert wird, die gleichsam zweifarbig ist, englisch und französisch. Nicht so bündig zum Schlusse gelangt Bonn bei der Betrachtung des übrigen Nordamerika, die unter ein paar großen Gesichtspunkten durchgeführt wird, die zum Teil die einzelnen Etappen der Amerikabildung kennzeichnen. Allein da liegt ja eben das Problem. Wie Bonn seine Lösung auffaßt, zeigt das letzte Kapitel „Europäisierung“ im Gegensatz zu dem fünften, „Amerikanisierung“. Europäisierung heißt für Amerika: der Sturm und Drang der Jugend ist vorbei, es beginnt die Reife, und leichte Zeichen des Alterns treten auf. Die erzwungene Schablone zerbricht. Form und Inhalt suchen nach einem Ausgleich. Mit Bonns Worten: „Amerikas Vielgestaltigkeit beginnt“.

Scheffauer, Herman George: Das geistige Amerika von heute. 185 S. Berlin. Sammlung: Wege zum Wissen. Ullstein, 1925.

Dieses kleine Büchlein ist eine neue starke Erscheinung Scheffauers, der unerbittlich den Schleier vom geistigen Wesen des „Landes Gottes“ wegzerrt, den die Monotonie der puritanischen Regel darüber gebreitet hat. Zwei Gesichter zeigt dieses konventionelle Amerika: das eine hat den Blick gläubig nach oben gewendet; es ist die Gebärde des Missionars und des Heil und Frieden bringenden Weltapostels, der von seinem eigenen Volke durch strenge Regeln gebundene Abgeklärtheit verlangt. Aus dem anderen spricht ein brutales Machtbewußtsein, das sich darüber klar ist, daß es „eine Hypothek auf das Leben der Geborenen wie der Ungeborenen tatsächlich in jedem Staate Europas mit Ausnahme von Rußland“ hat, und das die Menschenmassen der Union zwingt, ihm zu Willen zu sein. Geistvoll und auf Grund reicher Kenntnisse läßt der Verfasser, von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet, die geistigen Er-

scheinungen des Lebens — Kultur im allgemeinen, die Bedeutung der Frau im amerikanischen Leben, Amerikanisierung, Volksschulen und Volksbildung, Kunst — Revue passieren. Doch nichts erschüttert mehr als die Aufdeckung der Abhängigkeitsverhältnisse, in die sich die Universitäten von den kapitalistischen Machthabern begeben haben, — dabei folgt der Autor Upton Sinclairs „the Goose-Step“, — und die kurze Darlegung der philosophischen Weltanschauung des Amerikaners, des Pragmatismus, einer Nützlichkeitslehre, die ganz auf die Bedürfnisse der amerikanischen Pluto-Demokratie zugeschnitten ist. Wie befreiend wirken die Zeichen der jüngsten Zeit, die Bewegungen, die die starren Regeln zu sprengen und die Zwingburgen der herrschenden Gewalten zu unterhöhlen versuchen. Allein diese neuen Kräfte sind nicht in Amerika geboren. Europa ist auch ihr Schöpfer. So regt das Büchlein Scheffauers zum Nachdenken über das Problem des geistigen Amerikas und damit über sein Weltchicksal an.

Landenberger, Emil: Wanderjahre in Mexiko. Mit 86 Abbildungen und 1 Karte. 298 S. Leipzig, F. A. Brockhaus, 1925.

Ein reich ausgestattetes neues Buch über Mexiko! Das ist wohl der hervorstechendste, einheitlichste und lobenswerteste Grundzug dieser Publikation. Denn der Darstellung selbst fehlt in recht hohem Grade die Einheit der Konzeption, und nur wer an einem leichten Geplauder über fremde Länder Gefallen hat, an Gelegenheits Schilderungen, zufälligen Meinungen, und keinen zu kritischen Maßstab an die Allgemeinbedeutung des Gesagten legt und sie ebenfalls nur als Zufallswerte nimmt, der wird volle Freude an dem Buch haben, das wohl flüssig, aber in einem völlig anspruchslosen Stil geschrieben ist. So wirft die Schilderung von zahlreichen Wandererlebnissen Streiflichter auf das Land und sein Leben; mehr bietet es aber nicht.

Krieg, Hans: *Urwald und Kamp*. Mit 6 Tafeln und 58 Abbildungen nach Zeichnungen des Verfassers. 173 S. Stuttgart, Strecker und Schröder, 1925. Geb. 6,50 M.

Die nicht gerade kurze Reihe der Bücher über Argentinien und Chile ist um eines vermehrt worden, an dem man nicht vorübergehen darf. Es sind ganz köstliche, feinsinnige Skizzen, die vom Stift eines Meisters hingeworfen sind, die Zeichnungen, die den Zoologen verraten, ebenso wie die Schilderungen von Landschaft und Leben. Einfache Sätze, wenige Worte! Das ist das äußere Kennzeichen des Stils. Aber mit einer unbändigen Frische ist alles geschrieben, angepaßt dem Leben auf dem Kamp und im Wald. So entsteht alles lebenswahr, und alles wird beherrscht von einer seltenen Einfühlung in diese Landschaften Mittellargentiniens, des Chacos, der Sierra von Cordoba, der Kordillere um den See Nahuel Huapi und des nördlichen Südchiles.

Hintermann, Heinrich. *Unter Indianern und Riesenschlangen*. Mit 95 Abbildungen. 330 S. Zürich und Leipzig, Grethlein & Co., 1926. Geb. 16 M.

Es ist das vornehm ausgestattete Reisewerk einer Forschungsfahrt, die den Verfasser als wissenschaftlichen Begleiter einer brasilianischen Militärmission vom oberen Paraguay bis tief in die Wildnisse der Quellflüsse des Xingu führte. Das Dorf der „zahmen“ Bakairi, Simon Lopez, galt der Expedition, die dahin von Cuyaba aus über das wasserscheidende Gebiet zwischen Paraguay- und Amazonassystem reiste, als vorgeschobene Etappe; die Flußfahrt auf dem Ronuro abwärts, auf dem Kulisevu aufwärts machte die eigentliche Kernstrecke der Unternehmung aus. Am Kulisevu wurden acht Indianerstämme, die Sujá, Kamayura, Ualapiti, Auiti, Uaura, Minaco, Janaugua (Trumai) besucht, die dort noch in völliger Wildheit und Nacktheit leben. Schlicht und klar ist die Sprache dieses zum Teil tagebuchartig gehaltenen Reiseberichts, der mit Recht für einen

größeren Leserkreis bestimmt ist und die wissenschaftlichen Ergebnisse, die auf völkerkundlichem Gebiet liegen, nur streift. Doch packend erstehen dabei vor dem geistigen Auge des Lesers die inneren Grenzen Zentralbrasilens. Cuyabá ist noch eine vorgeschobene Oase Kulturbrasilens. Doch dicht dahinter beginnt der wilde Westen, der zwar von einzelnen Fazenden besiedelt ist, aber doch dem Nachtrab der Expedition auf der Rückreise fast verhängnisvoll zu werden vermochte. Simon Lopez ist eine künstliche Schöpfung, eine typische Kulturgrenzerscheinung, unmittelbar am Rande der noch von der zivilisatorischen Kultur unberührten Gebiete. Und scharf heben sich von alldem die Streiflichter ab, die, gelegentlich der Hinreise nach dem Westen Brasilens, auf die küstennahen Kulturlandschaften des Landes fallen. Inhalt und Ausstattung dieses Buches verlangen ein volles Lob.

Stefansson, Vilhjalmur: *Das Geheimnis der Eskimos*. Vier Jahre im nördlichsten Kanada. Mit 85 Abbildungen und zwei Karten. XIV u. 273 S. Leipzig, F. A. Brockhaus, 1925.

In dankenswerter Weise hat der Verlag Brockhaus auf die „Jäger des hohen Nordens“ und die „Länder der Zukunft“ dieses neue Buch Stefanssons folgen lassen. Stefansson entwirft mit der Schilderung der zweiten Reise (1908 bis 1912) nach den arktischen Rändern Kanadas und Alaskas ein abgeschlosseneres Bild von den Lebensmöglichkeiten in diesen Breiten und von den Lebensbedingungen der Eskimos. Das Buch wird damit zu einem wichtigen neuen Beleg von der Anpassungsmöglichkeit des Weißen und Kulturmenschen an die Gewohnheiten der Naturvölker, zu einem neuen Beweis für Stefanssons Behauptung des „Lebens vom Lande“. Schlicht ist die Darstellung. Der Wert des Buches beruht in den mitgeteilten Tatsachen.

Cabeça de Vaca, Alvar Nuñez: *Schiffbrüche*. Die Unglücksfahrt der Narvaez-

Expedition nach der Südküste Nordamerikas in den Jahren 1528—1536. Übersetzt und eingeleitet von Franz Termer. Sammlung Klassiker der Erd- und Völkerkunde, herausgegeben von Walter Krickeberg. Mit 21 Abbildungen und 2 Karten. VIII und 145 S. Stuttgart, Strecker & Schröder, 1925.

Einer der bedeutendsten älteren Reiseberichte aus der Zeit der kleinen Entdecker ist die Schilderung der Unglücksfahrt des Pamphilo de Narvaez durch einen der Expeditionsteilnehmer, Cabeça de Vaca. Trotzdem der Bericht von allen denjenigen gebraucht wurde, die über das Leben und Treiben der Eingeborenen jener Zeit in den nördlichen Randgebieten des um den Golf von Mexiko Aufschluß suchten, lag bisher keine deutsche Übersetzung des spanischen Originals vor. Franz Termer gebührt ein voller Dank, das wichtige Buch nun leichter zugänglich gemacht zu haben. Die Bildtafeln, die die Anschaulichkeit des Textes wesentlich erhöhen, sind in geschickter Weise späteren Reisewerken entnommen.

Drei weitere Neuerscheinungen sollen nur kurz angezeigt und ihrem Wesen nach ebenso gekennzeichnet werden. Eine eingehendere Besprechung folgt im nächsten Literaturbericht Friederici, Georg: Der Charakter der Entdeckung und Eroberung Amerikas durch die Europäer. 1. Band. 579 S. Gotha, F. A. Perthes, 1925.

Es ist eine Einleitung zur Geschichte der Besiedlung Amerikas durch die Völker der alten Welt.

Bürger, Otto: Brasilien. 407 S. Leipzig, Dieterichsche Verlagsbuchhandlung, 1926.

Es ist eine neue, besonders wirtschaftlich eingestellte Landeskunde Brasiliens.

Klute, Fritz: Argentinien und Chile von heute. 274 S. Lübeck, Otto Quitzw, 1925.

Es ist das Reisewerk der Forschungsfahrt, die den Autor durch wesentliche Teile der beiden Länder führte.

Diese drei Bücher können schon heute, wenn auch erst nach kurzer Durchsicht, empfohlen werden.

GUSTAV AMANN:
ZUR LAGE IN CHINA
(SUN YATSEN'S VERMÄCHTNIS II. TEIL)

Wenn wir den zweiten Teil von Sun Yat Sens Vermächtnis unsern Lesern übermitteln, dürfen wir an die Vorbemerkung erinnern, die wir dem ersten Teil des fesselnden Beitrags eines Freundes des verstorbenen großen chinesischen Volksführers voranstellten. Wir können uns auch diesmal nicht mit allen Urteilen darin einverstanden erklären, aber unsern Lesern sagen, daß ihnen in diesem Bericht die stärkste einigende, allerdings vom chinesischen Süden aus erdbestimmte Macht unserer Tage in China lebendig, mit der Dynamik vorgeführt wird, mit der sie am Werke ist, und daß die auf der gelben Erde wirksamen Kräfte schwerlich gerechter abgewogen werden können, solange der Beobachter noch mitten unter ihnen steht und Gefühl mit ihnen hat.

Prof. Dr. Karl Haushofer.

Zerrissenheit und Zerfahrenheit ist das Einzige, auf das der gelegentliche Beobachter mit Bestimmtheit als das Zeichen des heutigen politischen Treibens in China hindeutet. — Ein wirrer Knäuel politischer Kräfte wälzt sich über das Land, regellose, hierhin, dorthin — einen desolaten Pfad wirtschaftlichen Ruins in die Reihen des Volkes zeichnend, und der gelegentliche Beobachter in China mag wohl behaupten, daß die Hoffnung auf ein wirtschaftliches Gedeihen bald keinen Ruhefleck in diesem großen Lande mehr finden wird.

Wenn die Politik einmal jenen roten Faden verloren hat, der aus dem Parteitreiben heraus und durch es hindurch immer wieder auf ein fernes Kulturziel leitet, so ist in keinem Lande, des Westens noch des Ostens, eine aufsteigende wirtschaftliche Kontinuität möglich. Denn wie wir es jetzt in China vor uns haben und vielleicht auch in Deutschland in gewissem Maße werden feststellen müssen, ballen sich dann die wirkenden Kräfte zusammen und wälzen sich, hierhin, dorthin, Depression, Apathie des Schaffenseifers, wirtschaftliche Dürre verbreitend, über das Land. — Ein starker Nationalismus, selbst wenn wir zugestehen, daß dieser schließlich zum Überschreiten der eigenen Grenzen und damit wahrscheinlich an fast unvermeidlichem Eroberungstrieb zum Zerschellen kommt, ist ein Kulturziel, das eine Periode starken wirtschaftlichen Aufstieges hervorbringt. Auch der determinierte Ehrgeiz einer Bevölkerungsklasse, zur Geltung zu kommen, kann in einem politischen Staatsgebilde einen kontinuierlichen und starken Wirtschaftsaufschwung hervorbringen, indem das Begehren zur Besserung des wirtschaftlichen Loses die übrigen Bevölkerungsklassen zu Schaffenseifer und produktiver Einordnung

hinreißt; und erst recht hat eine politische Idee, die allen Schichten eine ungewöhnliche Steigerung der persönlichen Rechte und Freiheiten im Staatswesen, und besonders der Macht zur Mitgestaltung an den Daseinsbedingungen verspricht, auf ihrem Zuge der Formwerdung in weit ausholender Gesamthebung der Wirtschaft greifbare Auswirkung.

Die fremden Mächte, England voran, sind gegenwärtig dabei, dem guten alten China, wie sie es auch uns mit dem Dawesplan getan haben, so etwas wie eine Krücke zu bescheren. Es ist jedermann bekannt, daß die fremden Mächte mit China noch unter der Herrschaft der Mandschukaiser Verträge abschlossen, die die Höhe der Einfuhrzölle regelten, die China zu erheben berechtigt sein soll, die den Aufenthalt der Fremden an bestimmten Plätzen unter eigener Extraterritorialverwaltung, eigener Polizei und unter fremder Jurisdiktion gestatten und auch den Handel und Verkehr der Fremden im Innern Chinas regulieren. Diese Verträge, die meist das Resultat von Kriegszügen, vorzüglich Englands in China sind, hatten eine äußerst wohltätige Auswirkung, sowohl für die fremden Mächte als für China selbst. Die Fremden erlangten einen ganz bedeutenden, auf Grund dieser Verträge wohlgeordneten Handel, Sicherheit der Person und des Eigentums in China; anderseits bekam das Chinesische Reich eine sehr wichtige und einwandfrei verwaltete Einnahmequelle in dem sogenannten Seezoll, bekam mit Hilfe der Fremden eine hervorragende Post, Telegraphenlinien über das ganze Reich, Eisenbahnen, Schifffahrtlinien, Schulen fremden Wissens, kurz — kam zur Kenntnis und in den Genuß der wohlthätigsten Errungenschaften der westlichen Völker. Rein politisch betrachtet jedoch waren diese Verträge ohne Zweifel von den Fremden diktiert. Die Durchführung war häufig begleitet von politischem Druck auf die chinesische Regierung, und die Ausnahmestellung äußerte sich im Verkehr für die Chinesen nicht wenig irritierend, denn sie führte zu dem vorherrschenden Ton der unantastbaren Überlegenheit der Fremden, sie drängte den Chinesen die beschämend empfundene Stellung Zurückgebliebener auf, mit einem deutlichen Beigeschmack der Minderwertigkeit, und dies im eigenen Lande. Die Fremden-Niederlassungen, chinesische Gebiete im Pachteigentum der Fremden, wo diese eine eigene Gerichtsbarkeit, Polizei und selbst Militär unterhalten, empfinden die Chinesen als Dorn im Fleische, umsomehr, als die zahlreiche chinesische Bevölkerung dieser Gebiete zwar Steuern bezahlt, aber keinerlei Rechte in der Verwaltung hat und sehr wenig Berücksichtigung ihrer Lebenseigenart findet. Es ist unmöglich, hier die ungezählten Reibungspunkte, die kleinen Irritationen, die gewichtigeren Katastrophen, die ganzen Unverträglichkeiten, die aus ihnen hervorgehen, aufzuzählen; sie würden ein Buch füllen. Begreiflich ist schon ohne weiteres, besonders uns Deutschen, die wir eine garnicht unähnliche Erfahrung in der Besetzung deutscher Gebiete durch

die Franzosen erlebten und noch erleben, daß die Chinesen sich zu Ausbrüchen des Fremdenhasses hinreißen ließen. Dieser Fremdenhaß milderte sich allmählich mit der erlangten Erfahrung der Unbesiegbarkeit der Fremden durch die Chinesen und mit der fortschreitenden Modernisierung der chinesischen Regierung und der damit einhergehenden Erlernung diplomatischer und wirtschaftlicher Kampfmittel zu Preßkampagnen, Boykotts fremder Waren, Streiks, und vor allem diplomatischer Abwehr. So sahen wir während des Weltkrieges China einen unblutigen Krieg an Deutschland erklären, der damit endete, daß Deutschland die extraterritorialen Vorrechte und die eigene Jurisdiktion in China aufgeben mußte. Die deutschen Pachtrechte fielen an China heim. Wir müssen zugestehen, daß der Eintritt Chinas in den Krieg nicht freiwillig war. Der politische Druck, den England in Peking ausübte, war der wirkliche Grund; aber der Preis, der China winkte, war die Befreiung von den Anmaßungen wenigstens einer fremden Macht, der, so war des Chinesen Hoffnung, andere leicht folgen mochten. Die chinesischen Staatsmänner haben von jeher mit großem Geschick verstanden, die Eifersucht und die Kontroversen der einzelnen fremden Mächte untereinander zu eigenem Vorteil auszuspielen. Man kann ruhig sagen, daß dies die durchgehende Richtlinie in der chinesischen auswärtigen Politik bis in die neueste Zeit war, in großem Maße noch ist und daß die bisherigen außenpolitischen Erfolge alle dieser Taktik zu verdanken sind. Als Japan während des Weltkrieges seine 21 Forderungen an China stellen konnte, weil die anderen Mächte anderwärts zu sehr in Anspruch genommen waren, machte China die erste große Demonstration eines zivilen patriotischen Mutes. Ein Boykott japanischer Waren wurde mit allergrößtem Erfolge inszeniert, der Kuli wie der Kaufmann, alle Klassen über das ganze chinesische Reich fanden sich zu eigenem politischen Handeln zusammen; zum ersten Male zeigte sich, daß der republikanische Geist Wirklichkeit war. Die Jugend, Schüler und Studenten, betraten die politische Bühne; sie waren es, die den Boykott anfeuerten und schürten, in die Familien und propagandistisch ins gemeine Volk trugen.

Aber die Früchte dieser Anstrengungen erlangte China erst auf der von Amerika einberufenen Konferenz zu Washington, und auch hier verdankte es sie im Grunde dem Interessenkonflikte der fremden Mächte. Nach der „laissez aller“-Haltung dem Fernen Osten gegenüber während des Weltkrieges mußte die Situation nach Beendigung des Krieges durch England und Amerika wieder revidiert werden. So kam es, daß sich die Mächte auf dem Grundsatz der offenen Tür in China zurückfanden, daß Japan auf die 21 Forderungen an China Verzicht leistete, daß Kiautschau an China zurückfiel und daß die Chinesen Gelegenheit fanden, ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Verträgen diplomatisch an den Mann zu bringen. Angesichts der Tatsache, daß

auch Rußland nach Beendigung des Krieges freiwillig auf die Exterritorialrechte und auf die Jurisdiktion in China verzichten wollte und so weit ging, an seinen Grenzen die Festsetzung der Einfuhr- und Ausfuhrzölle den Chinesen freizugeben, versprachen auch die Mächte in Washington, nicht ohne Bedingungen zu stellen, die bestehenden Verträge bezüglich der Zölle, der Jurisdiktion und schließlich der Extraterritorialität zu revidieren.

Während nun die Ratifikation dieser Konferenzergebnisse durch die Franzosen, die erst noch einen Kuhhandel mit China darüber abzuschließen hatten, ob die Boxerindemnität in entwerteten Papier-Francs oder in Gold-Francs zu bezahlen sei, mehrere Jahre hinausgezogen wurde, wuchs die Unzufriedenheit der Chinesen in steigendem Maße, bis die Verträge im Volksmunde zu „einseitigen Gewaltverträgen“ geworden waren und bis sie zu der neuen, diesmal explosiven patriotischen Volksdemonstration der letzten Wochen und Monate gegen das Diktat, gegen den „Imperialismus der fremden Mächte“ führten.

Es gibt ein Diktum, das gewiß der grundlegenden Wahrheit nicht entbehrt: Unwiderstehliche Dogmen finden — in der Religion wie in der Politik — Verwirklichung nicht von oben herab, als Geschenk der regierenden Minderheit an das Volk, sondern aus dem aufsteigenden Schrei der niedersten Massen, dem die anderen, die Regierenden, Folge geben müssen. Der Wille des Volkes erzwingt sich seine Lebensgrundsätze. — Hier stehen wir nun vor dem Phänomen, das der gelegentliche Beobachter bei der Ausrufung der Republik sich nie hatte träumen lassen: dies chinesische Volk, das Jahrhunderte hindurch politischen Eigenwillens bar, zum Sohn des Himmels als der einzigen Regierungsquelle aufschaute, steht mit einem nicht mißzuverstehenden Volkswillen da; dieser aus den untersten Massen der Kulis unwiderstehlich hervorbrechende, von Schülern und Studenten angefeuerte, in die Familien und in die vorsichtigen Handelskreise hineingetragene Wille zwingt die Hand der regierenden Gewalten und vor der gesamten Kriegsmacht aller fremden Mächte fordert es ohne Rücksicht auf die Folgen imperativ Abhilfe. — Diesen Willen hat Sun Yatsen, der Freund des niederen Mannes, eingepflanzt; Sun Yatsen's Geist ist am Werk, der Geist des Kuo Ming Tang. Sun Yatsen war ein großer Mann.

Wenn wir nun recht zuschauen wollen, so werden wir sehen, daß hier der rote Faden in der neuen Politik der Chinesen anknüpft. Hier haben wir eine Volksklasse, die chinesische Arbeiterschaft, die beginnt, zur Geltung zu streben, die die übrigen Klassen mitreißt; hier haben wir einen neugeborenen nationalen Patriotismus der Jugend, der Schüler und Studenten, die die noch unselbständige Arbeitermasse, die schachernde Handelsklasse, durch explosive Ausbrüche und rückschlagende Interessenliebe hindurch leitet; hier haben wir die Idee, Sun Yatsens Idee der Volksregierung, die allen Klassen ungewöhn-

liche Rechte und Freiheiten im Staatswesen und Macht zur Mitgestaltung der Daseinsbedingungen verspricht.

Es ist wahr, der gelegentliche Beobachter sieht nichts als Zerrissenheit und Zerfahrenheit im heutigen politischen Treiben Chinas. Das sind die großen Machthaber, im Norden Chang TsoLin, im Westen Feng Yühsiang, am Yangtsekiang der wiedererstandene Wu Peifu, die ihre Eigeninteressenpolitik treiben; da ist im äußersten Süden die sowjetsche Republik Kanton, die im übeln Geruche kommunistischer Umtriebe steht. Da sind die fremden Mächte, die ihre imperialistischen Ziele mit unverbindlichen, unerfüllbaren Versprechungen und im Liebäugeln mit den imperialistischen Machthabern Chang TsoLin und Wu Peifu erreichen wollen; da ist die losgelassene Arbeiterschaft, die streikend wütet, die Studenten, die eine Doktrin des militanten Patriotismus gegen den fremden und eigenen Imperialismus im Lande schleudern, die Kaufmannschaft, die ihre Interessenpolitik nach dem Winde hängt, überall und nirgends feststeht, Zerrissenheit und Zerfahrenheit und Krieg. — Aber der rote Faden zieht sich hier und dort sichtbar werdend durch den wirren Knäuel zusammengeballter Kräfte, die Idee Sun Yatsens, der Kuo Ming Tang ist im ganzen Reiche gegenwärtig. In Peking wirkt ein Kuo Ming Tang-Komitee, im Lager Chang TsoLins und Wu Peifus spukt dieser Kuo Ming Tang-Geist, Feng Yühsiang ist eine Burg des Kuo Ming Tang; Studenten mit ihrem nationalen Patriotismus und mit ihrer Propaganda schüren überall bis in den entferntesten Winkel Szechuans, und die arbeitende Bevölkerung erwartet in allen Teilen Chinas von dem Kuo Ming Tang Besserung der materiellen Lage. Noch sind diese einzelnen Kräfteorganisationen unzusammengefaßt. Die Arbeiter folgen den Streikkomitees, die Studenten organisierten sich zu „Unions“, der Kuo Ming Tang ist die eigentliche Parteiorganisation der Regierungskreise. Alle diese Organisationen wirken in derselben Richtung, der rote Faden durchzieht sie aber, sie marschieren mehr neben- als ineinander.

Es ist begreiflich, daß ein Land, dessen Volk die Rudimente einer demokratischen Verfassung erst zu lernen hat, kein einheitliches Wachstum erwarten läßt. Es sprießt hier und dort, unfruchtbare Strecken dazwischen, und es bleibt einem günstigen Winde überlassen, ausgestreute Körner auch dahinzutragen. Bei allem aber fehlt es nicht an zielbewußter organisatorischer Arbeit der Chinesen und der Russen in China. Vom äußersten Westen, dem Lager Feng Yühsiangs, und vom äußersten Süden, von Kanton, gehen die Fäden aus. Die Sowjets haben sich dort eingenistet und mit bewundernswerter Ehrlichkeit, Opferwilligkeit an Mitteln und an persönlichem Einsatz haben sie die Arbeit politischer Organisation des Kuo Ming Tang in Angriff genommen. Es ist den Russen in unsichtbarer, so oft unverstandener und darum ebenso oft gehäßer zäher Tätigkeit gelungen, zu einer festen Partei, zu einheitlichem

Parteigeist und zu wahrlich rätselhaftem Opfergeiste für die Partei zusammenschmiedeten, was noch zu Lebzeiten Sun Yatsens eine sporadische, individuell verausgabte Nachfolgeschafft des großen Führers war. Sun Yatsens Ausspruch ein Jahr vor seinem Ende, daß er den Tod nicht fürchte, weil seine Doktrin bereits im Volke wurzle, haben seine Freunde, die Chinesen, wahrgemacht und die Russen in eiserne Form gegossen.

Wenn wir eine fremde Zeitung in China in die Hand nehmen, so finden wir sie voll von mißtrauenerweckenden, diskreditierenden Nachrichten über die Tätigkeit der Russen in China. Wir lesen von kommunistischen Vergewaltigungen der chinesischen Bevölkerung in Kwantung; maskierte Kommunisten haben gelegentlich der Demonstration chinesischer Streiker auf die Besatzung der englischen Niederlassung in Shameen geschossen, um das Blutbad, das die englischen und französischen Kugeln unter den Streikern anrichteten, herauszufordern; nach diesen Zeitungen stehen wir vor einer kommunistischen Verschwörung, die haftbar ist für alles das furchtbare und törichte Schlachten chinesischer Patrioten in Kanton, Shanghai, Hankau und anderen Plätzen. — Nun, wir Deutschen könnten uns solcher Propaganda erinnern, die Zeiten sind noch nicht zu lange her, wo die Deutschen, nach den englischen Zeitungen, den feindlichen Verwundeten die Köpfe einschlugen, Kinder verstümmelten, die eigenen Toten zu Knochendünger verarbeiteten, und was da mehr war. — Derartige Propaganda entsprang noch immer der Furcht. Die Furcht vor der Macht, die eine Tat auf die Völker ausübt, sie benutzt die Furcht der Ignoranten, diese Macht der wahren Tat zu brechen. Kein Schlagwort hat in unseren Tagen soviel blinde Feindschaft ausgelöst wie die unverständenen Worte Kommunismus und Bolschewismus unter den Besitzenden. Aber jeder Einsichtige versteht, daß ein russischer Kommunismus, die Diktatur des Proletariats, in China unmöglich ist. Denn dem Proletariat, den chinesischen Kulis, Arbeitern und Soldaten liegt nichts ferner, als regieren zu wollen. China hat Tradition, tausendjährige bürgerliche Staatsordnung lehrte den Wert der Klassenordnung und ebnete schon einen Weg, den Weg autodidakten Studiums auch für die niederste Kuliklasse zum höchsten Amte im Staat; es fehlt der Wille der niederen Klasse, durch Diktatur zur Regierungsgewalt zu gelangen. Chinesische Studenten konnten vor dem Untersuchungsrichter der letzten Aufstände in Schanghai nur dahin gebracht werden, beschämt einzugestehen, daß sie nicht wüßten, was Kommunismus und Bolschewismus bedeuteten.

Für die Exterritorialmächte ist der Zeitpunkt der Hingabe ihrer Vorrechte in China noch nicht gekommen. Das Land ist von Räubern und Piraten überlaufen, eine zentrale und starke Regierung, die Person und Eigentum zu schützen vermöchte, existiert nicht. Die chinesische Gerichtsbarkeit ist den

Forderungen, die der Fremde an sie stellen muß, nicht gewachsen; die Freigabe der Seezölle in die Hände der Chinesen würde diese wichtigste Sicherheit der fremden Anleihen an China fraglich machen, und die Erhebung exorbitanter Einfuhrzölle könnte leicht den fremden Handel aufhalten. Die Situation der fremden Mächte ist außerordentlich schwierig. Imperialistische Gewaltmaßnahmen zur Unterdrückung der ungestümen Aktionen der Studenten und Arbeiter scheiterten an der Furchtverachtung der chinesischen Patrioten. Der sofortige Boykott englischer Waren bewies, daß mit Gewaltmaßregeln nur verloren, nichts gewonnen wird. Während man die Volksbewegung in den Augen der besitzenden Klassen als kommunistische und bolschewistische Verschwörung diskreditiert, versucht man in Peking zu verhandeln. In aller Eile konstituierten die Mächte die in Washington versprochene Konferenz zur Revision der alten Verträge mit China. Das Problem scheint nur zu sein, mit wem zu verhandeln ist. Die Provinzen haben sich zum größten Teil von Peking unabhängig erklärt, und die sogenannte Zentralregierung, die in Peking zurzeit dem Namen nach besteht, ist eingesetzt und wechselweise dominiert von dem Marschall, der gerade gegenüber den anderen im Vorteil ist. Was bedeuten Verhandlungen mit einer Machtfraktion des Reiches? Daß dieser eine aus den eventuellen Zugeständnissen der Mächte gewinnt, daß seine Macht zum Schaden der anderen Kriegsherren im Reiche wächst, und das bedeutet inneren Krieg. — Und wird damit nicht recht eigentlich das Revisionsprogramm von Washington selbst getroffen? In Washington versprachen die Mächte, eine Erhöhung der Einfuhrzölle zuzugestehen unter der Bedingung, daß China die provinziellen Durchgangszölle (Likin) aufhebe. Von diesen Einnahmen zum guten Teil leben aber die diversen Kriegsherren und damit führen sie Krieg gegeneinander. Was soll also aus den Washingtoner Versprechungen werden? Was aus der Krücke des Herrn Dawes, die man China im geheimen doch gerne in den Kauf geben möchte?

Keine imperialistische Gewalt jedoch kann China wieder vereinigen und zu einer aufstrebenden wirtschaftlichen Kontinuität führen, das vermag nur eine Idee, an der alle Volksteile, jeder einzelne, Beamte, Bürger, Arbeiter teilhaben können, eine Idee, die allen ungewöhnliche Rechte und Freiheiten im Staatswesen, Macht zur Mitgestaltung an den Daseinsbedingungen bringt, der rote Faden, der die Politik durchzieht und sie auf ein erstrebenswertes Kulturziel hinführt, und diese Idee, Sun Yatsen's Vermächtnis, ist auf dem Marsch.

HANS HARMSEN:
DIE WELTKONFERENZ FÜR PRAKTISCHES CHRISTENTUM
IN STOCKHOLM AUGUST 1925

Die Kirche und die Beziehungen der Völker zueinander — Internationale Rechts- und Rassenfragen — China

Es ist sehr auffällig, welche geringe Beachtung ganz allgemein die Konferenz in Deutschland gefunden hat. Besonders bemerkbar macht sich dies bei einer Durchsicht der Tagespresse, deren Berichterstattung vollkommen unzulänglich war und fast immer ein schiefes Bild von den wirklichen Vorgängen auf der Konferenz gab. Weite Kreise gerade der gebildeten Welt haben an ihnen keinen Anteil genommen, und man darf dies vielleicht auf eine völlige Verkennerung ihrer tatsächlichen Bedeutung zurückführen.

Man verglich in den Zeitungen und Zeitschriften Stockholm gern mit dem ökumenischen Konzil von Nicäa, das der Kaiser Konstantin vor 1600 Jahren zusammenrief, um Herr der politischen Schwierigkeiten zu werden, die aus dem religiösen Zwiespalt der Kirche entstanden waren. Religiöse Fragen aber interessieren den heutigen Staatsbürger selten und noch viel weniger kirchliche Angelegenheiten. Es mag auch dies mit ein Grund sein, daß Stockholm für weite deutsche Kreise etwas nebensächlich, bedeutungslos schien. Sehr zu Unrecht! Die religiösen, kirchlichen Fragen im Sinne dogmatischer Bekenntnisstreitigkeiten standen völlig außerhalb der eigentlichen Aufgabe und Arbeit, die die offiziellen Vertreter und Persönlichkeiten aller christlichen Kirchen — mit Ausnahme der Römisch-Katholischen — hier verband.

Im Mittelpunkt der Konferenz stand vielmehr das Gefühl einer hohen moralischen Gesamtverantwortung und die große, neue, oder doch mit neuer Wucht erfaßte soziale Fragestellung, die das religiöse und ethische Denken seit der letzten großen Erschütterung der Menschheit durch den Krieg auf das lebhafteste beschäftigt. Probleme des „praktischen Christentums“ waren es und somit eminent politische Fragen; abseits der Tagesparteilichkeit, das Suchen nach einer höheren Norm.

Äußerlich mag die Bedeutung der Konferenz darin liegen, daß sich nicht zum wenigsten auf Betreiben des Erzbischofs von Upsala D. Söderblom hier zum ersten Male die evangelische Katholizität zusammenfand in dem neu erwachten Bewußtsein „eine allgemeine christliche Kirche“ zu sein, die offen ist gegenüber allen ihren Gliedern. Neben dieser bedeutsamsten Erscheinung in dem geistes- und kirchengeschichtlichen Leben unserer Zeit ist

die politische Bedeutung für die einzelnen Länder, ganz besonders für Deutschland nicht geringer zu werten. Zum ersten Male konnten hier deutsche Delegierte in vollkommener Freiheit und Gleichberechtigung vor einem internationalen Forum sprechen und zerrissene Fäden wieder aufnehmen. Es wurde auch stark beachtet, daß der Reichskanzler Luther eine sehr kluge Botschaft an die Konferenz richtete und der höchste Beamte der deutschen Rechtspflege in der Person des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons anwesend war und sprach.

Die behandelten Fragengebiete gliederten sich in sechs große Gruppen auf. Man betrachte „die Verpflichtung der Kirche gegenüber den Zielen, die Gott der Welt bestimmt hat“, dann „die Stellung zu den wirtschaftlichen und industriellen Fragen“, „zu den sozialen und sittlichen Fragen“, „zu den Beziehungen der Völker untereinander“, „zur christlichen Erziehung“, und endlich „die Zusammenarbeit der Kirchengemeinschaften“. Der 2., 3. und auch 4. Punkt der Verhandlungen umfaßte faßt ausschließlich Fragen, die heute gleichzeitig auch zu den Programmpunkten der internationalen Arbeiterbewegung gehören. Es war jedoch bezeichnend, daß außer einigen Vertretern der christlichen Gewerkschaften keine Arbeiter teilnahmen, daß vielmehr — mit deutlichem parteipolitischen Hintergrund — die sozialdemokratische Regierung Schwedens es ablehnte, von der Konferenz überhaupt Kenntnis zu nehmen. Um so ausgesprochener anteilnehmend und herzlich war allerdings die Beteiligung der bürgerlichen Kreise und des Adels, welche besonders durch die Person des Königs deutlich zum Ausdruck gebracht wurde und des Thronfolgers, der bei allen öffentlichen Sitzungen persönlich mit seiner Gemahlin anwesend war.

Die geopolitische Bedeutung der Konferenz kennzeichnet sich weiter dadurch, daß es hier zum ersten Mal wieder zu einer innigen Verbindung der orthodoxen Kirchen des Ostens mit dem Westen kam. Alle bedeutenden Patriarchen, Metropolen und Erzbischöfe waren erschienen, von Rumänien und Bosnien bis nach Ägypten, von Konstantinopel, Jerusalem bis nach Indien. Neben den europäischen Wirtschaftsfragen war es das weltumfassende Rassenproblem, welches zugleich mit der Frage der internationalen Beziehungen der Völker untereinander im Mittelpunkt der ganzen Konferenz stand. Es soll nun versucht werden, aus diesem Gebiet hier kurz einige der wichtigsten Punkte und Ergebnisse darzustellen.

Der stärkste Gegensatz zwischen Angelsachsen und Deutschen zeigte sich vielleicht in der dortigen kulturoptimistischen Auffassung des Völkerbunds-gedankens. Wohl war man sich darüber einig, daß der Krieg nicht das Mittel der Lösung internationaler Streitigkeiten im Geiste Christi ist. Den Deutschen erschien es aber völlig abwägig zu glauben, daß man lediglich mit

einer Proklamation und einem Schlagwort „Krieg dem Kriege“ diesen abschaffen könne. Klar und bestimmt glaubte man darauf hinweisen zu müssen, daß das Reich Gottes kein humanitärer Zustand sei. Unser aller Schicksal steht heute unter der tragischen Auswirkung der Schuld, die wir als solche erkennen müssen. Gegenüber den sanften Friedensschalmeien Frankreichs und der Beteuerung, daß nun alles gut werde und man doch ruhig in den Völkerbund gehen solle, wies der Generalsuperintendent der Rheinlande Klingemann vor allem darauf hin, daß es ihm unmöglich sei, als Glied eines Volkes, dem der Frieden versagt ist, an einen baldigen Frieden zu glauben; die Welt um Deutschland ist in Waffen erstarrt, während es selbst waffenlos ist. So ist auch der Völkerbund für Deutschland nur ein Ding, welches den gegenwärtigen Zustand behütet, nie aber eine irgendwie religiös fundierbare Einrichtung, wie es heute gerade leicht dem Angelsachsen erscheinen möchte. Während die Fremden sonst mit den oft stark philosophierenden Gedanken der Deutschen nicht viel anfangen konnten, und notwendigerweise Redner wie beispielsweise Professor Brunstädt schon durch ihre „eigene“ Sprache teilweise unverstanden blieben, lösten gerade diese einfachen von einer starken Persönlichkeit gesprochenen Worte lebhaftere Teilnahme aus. Daß hier einmal verständlich gesprochen worden war, zeigt auch vielleicht die Tatsache, daß die ganze Rede schon am andern Tage vollständig in einer der führenden New Yorker Zeitungen abgedruckt war.

Ausgehend von dem übernationalen und überstaatlichen Charakter der Kirche erklärte man es für eine internationale und alle Staaten bindende Verpflichtung, die Rechte der nationalen, religiösen und Rassen-Minderheiten zu schützen.

Bei der Behandlung des Rassenproblems ging man von drei biblischen Gleichnissen aus, die zeigen, wie Christus die Rassenfrage überwand: es ist dies seine Begegnung mit dem samaritanischen Weibe, das Gleichnis vom Hauptmann von Kapernaum und vom Kananäischen Weibe. Vor Gott besteht kein Ansehen der Person. „Hier ist weder Jude noch Grieche . . .“ Besonders betonte der Bischof von Bombay, daß die Ungleichheit der Rassen kein Werturteil sein dürfe, wenn auch ihre Fähigkeiten tatsächlich verschieden sind. Größere Fähigkeiten verpflichten zu stärkerem Dienen. Gott hat die Völker der Erde nicht zu einer Gleichheit, sondern einer Einheit geschaffen. Professor Dr. Richter-Berlin legte der Konferenz den Bericht über die Stellung der Kirche zu den Rassenfragen vor. Er betont die ganz einzigartige Herrscherstellung, die die weißen Rassen in der ganzen Welt haben. Diese diene aber auch ebenso oft selbstsüchtigen Zwecken und einer rücksichtslosen Ausbeutung der schwachen und rückständigen Völker und dies ist der Grund für die Tatsache, daß bei allen andern Rassen heute eine verhängnisvolle

Welle des Unwillens, der Unruhe und des Hasses erwachsen ist. Angedeutet wurden auch die Gefahren einer Übervölkerung und als das zu lösende Problem die Frage aufgeworfen, was die Kirche im Lichte des christlichen Glaubens heute ihre Glieder lehren solle, und welche außenpolitischen Forderungen sie an ihre Völker und Regierungen zu stellen habe.

Der weltweite Widerspruch gegen die bestehende Herrschaft der weißen Rasse ist eins der bedenklichsten und allgemeinsten Rassenprobleme unserer Zeit. Erschwert wird die Lösung durch die außerordentliche Verstrickung komplizierter wirtschaftlicher und politischer Kräfte. Drei Gruppen von Forderungen praktischen Handelns wurden herausgegriffen.

- a) Das Problem der Verfügung über die materiellen Hilfskräfte in unentwickelten Weltteilen, wobei betont wurde, daß die eingeborenen Rassen unveräußerliche Rechte haben, die der weiße Mann achten muß.
- b) Die Erziehung unterworfenen Völker zur Selbstregierung. In dieser Frage war am stärksten England interessiert, dessen Problem „Indien“ hier im Mittelpunkt der Erörterungen stand. Hingewiesen wurde auf den außerordentlich bedeutsamen Wechsel der englischen Regierungspolitik im Jahre 1917. Während man bis dahin das Ziel hatte, eine „gute“ Regierung zu sein, versucht man heute, Indien zur „Selbstregierung“ zu erziehen. Eine solche Politik erfordert aber auch einen starken Wechsel der inneren Haltung gegenüber der anderen Rasse, und es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß eine aufrichtige Arbeitsgemeinschaft in der Verwaltung in dieser Periode der Vorbereitung auf die Selbstverwaltung viel dazu beitragen könne, die Spannung zwischen den beteiligten Rassen zu mildern.
- c) Endlich das Problem China. In seinen inneren Zusammenhängen uns Europäern noch fast gänzlich verschlossen, nahm es auf der Konferenz eine ganz besondere Stellung ein. Die offizielle Delegierte, Miß Fan, betonte, daß sie so wenig gelb wäre wie wir Europäer weiß. Sie wies auf die Mission hin, die jeder Rasse die Auftriebskräfte gibt, und die eine jede glauben macht, daß sie die höher stehende sei. Unkenntnis und Nichtverstehenkönnen des anderen und letzte Verachtung des inneren Wertes des anderen, das sind die Gründe der heutigen Rassenverachtung.

Mehrfach wurde ausgesprochen, daß man sich hier in Europa bemühe, den reinen Kern der Unabhängigkeitsbewegung zu erkennen. Man vergiftet sie, wenn man sie lediglich das Ergebnis einer bolschewistischen Propaganda nennt. Die zahlreichen unbilligen Verträge, wirtschaftlicher Sonderrechte und exterritoriale Rechte, die dem Ausländer gewährt werden mußten, sind dem sich neu entwickelnden nationalen Leben unerträgliche Erniedrigungen.

Deutlich wurde allgemein die Forderung auf eine Revision der Schanghaier Verträge ausgesprochen.

Besonders lehrreich war in diesem Zusammenhang ein Vortrag J. S. Andersson, U. S. A., der über China und das Abendland sprach. — Die Zeitungsberichte über Bürgerkriege, zahlreiche um die Macht kämpfende Truppenführer, über Räuberunwesen und offizielle Korruption erwecken in dem westlichen Leser das Bild, daß sich China — ehemals das Reich der Mitte, groß an Macht und Kultur — in einem Zustande des Verfalles und des Verfaulens befindet. Man vergißt aber dabei, daß China eine durchaus gesunde, Ackerbau treibende Bevölkerung hat und daß weite und reiche Provinzen, wenn auch die Autorität der Zentralregierung gelockert ist, unter tüchtigen Gouverneuren (so z. B. Shansi) lange Jahre die Früchte eines ununterbrochenen Friedens und einer steten Entwicklung trotz aller Stürme, die an den Grenzen toben, genießen konnten. — China befindet sich in einer Periode der durchgreifendsten Umgestaltung äußerlich sowie innerlich. Ein Symptom hierfür mag die Tatsache sein, daß seit 1917 China eine neue nationale Sprache hat. Die alte noch offiziell gebräuchliche Schriftsprache war schon zu Anfang des christlichen Zeitalters tot, nur durch zähe, literarische Arbeit erhalten, unserem Latein zu vergleichen. Heute ist das Pai Hus, das gesprochene Idiom, auch zum lebendigen literarischen Ausdrucksmittel geworden. Hunderte von Zeitungen und Zeitschriften gebrauchen es und haben eine neue geistige Ära erschlossen. Es ist verständlich, daß in solchen Zeiten raschen Erneuerns und Wegräumens alter Formen die Tendenz der heranwachsenden Generation insbesondere der Studenten in radikaler und extremer Richtung verläuft. Jede traditionelle Wahrheit wird bezweifelt und umgewertet. Erscheinungen wie „Anti“-Vereine sind äußerst zahlreich. — Für bevölkerungspolitisch interessierte Kreise ist hier besonders die starke Entwicklung einer Richtung, die sich in einer „Anti-Familientradition“ äußert, bemerkenswert, da diese bisher der Grund der unermeßlichen Fruchtbarkeit des chinesischen Volkes war. Eine moderne Schule von chinesischen Denkern bekämpft den Konfuzionismus, dessen mächtige Lehre mehr als zwei Jahrtausende unbeschränkt die Seelen beherrschte. Sie behaupten, daß seine Lehre vom Ahnenkult, einer unbegrenzten Elternautorität u. dgl. für das Rückständige vieler Seiten des heutigen chinesischen Lebens in weitem Maße verantwortlich zu machen sei. — Gleichzeitig mit dem Abbau der nationalen Tradition und die Einführung fremder radikaler Lehren ist aber in dem äußerst komplizierten Prozeß der heutigen Renaissance Chinas auch ein bedeutsames Aufblühen innerhalb der sehr verschiedenen Religionsbekenntnisse festzustellen.

Um so bedeutsamer ist in diesem Zusammenhang das Bild Europas, wie es den Chinesen hier und drüben erscheinen muß. Aus den zahlreichen

Kinovorführungen bekommt er den Eindruck, daß das Leben des Abendlandes größtenteils aus Mord, Straßenraub, Trunksucht und degeneriertem Geschlechtsleben besteht. Der christliche Missionar steht vor der unmöglichen Aufgabe, die Berechtigung für den Opiumkrieg 1838/40, die Zerstörung des alten Sommerpalastes 1860 und die vielfachen Okkupationen zu erklären. Das Fremdenviertel von Schanghai ist das anerkannteste Verbrecherzentrum der ganzen Welt und steht unter dem Schutze europäischer Polizei. Endlich hat der Weltkrieg dem ausländischen Prestige eine tödliche Wunde geschlagen.

Der Widerspruch zwischen den Lehren der verschiedenen kirchlichen Missionare, die für den Chinesen unlogischerweise den Glauben an einen und denselben Gott predigen, und die Politik der gepanzerten Faust, wie sie die „christlichen“ Völker vertreten, wurden als der wahre Grund für das kärgliche Versagen der Mission anerkannt.¹⁾

Endlich noch das Aufrollen des Problems der Rassenwanderung. So lange weiße Rassen sich in die Gebiete der Farbigen eindrängten, hatten sie an dem dadurch geschaffenen Problem nur ein geringes Interesse. Dieses erwachte erst wieder durch die umgekehrte Entwicklung, als die nicht weißen Rassen in „weißen Mannes Land“ einzuwandern begannen. Das Problem ist aber in der Fülle seiner einzelnen Faktoren, Fragen des wirtschaftlichen und industriellen Wettbewerbes, der verschiedenen Höhe der Lebenshaltung, der sozialen, sittlichen und religiösen Gebräuche, endlich der biologischen Rassenunterschiede äußerst verwickelt. Eine zweifache Fragestellung gab der Kommissionsbericht: Hat irgend eine Rasse ein angeborenes Recht, einer fremden Rasse zu verbieten, ihr Land zu betreten und sich darin niederzulassen, oder vom entgegengesetzten Standpunkt: Haben die Leute von überbevölkerten Ländern ein angeborenes sittliches Recht, Zutritt zu dünnbevölkerten und fruchtbaren Ländern zu fordern. Die Kirche muß ihrerseits jedenfalls erklären, daß Entscheidungen nicht nur auf Grund bloßer Macht oder selbstischen Interesses vollzogen werden dürfen, sondern auf dem Boden der Brüderlichkeit und eines guten Willens, — wobei allerdings für den Einzelfall noch nicht sehr viel gesagt ist.

Im Anschluß an diese vom geopolitischen Standpunkt aus zentrale Frage der Konferenz ergänzte eine große Reihe Redner die hier angeschnittenen Probleme in der Auseinandersetzung über die internationale Freundschaftsarbeit der Kirche und über die Verpflichtung, die der Christ gegenüber seinem Volke und seinem Staate hat. Dankbar möchten wir hier vor allem der Worte des Generalsuperintendenten D. Blau-Posen gedenken, der darauf hinwies, daß die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volke nicht zufällig ist. Die Liebe zu diesem Volke ist darum christliche Pflicht, Pflicht, auch wenn man eine Minderheit ist. Ihren Abschluß aber fanden diese Tage

in den hochbedeutsamen Ausführungen des Lordbischofs von Winchester; er dankte vor allem den Vertretern der deutschen Delegation, daß sie so offen gesprochen hatten und durch ihre Darlegungen die Konferenz davor bewahrten, diese überaus schwierigen Probleme allzu einfach und zu optimistisch zu betrachten. Er als einziger wagte es auch, vor dem ganzen Kongreß an Oberschlesien zu erinnern, als eine Erklärung für die Stellung der Deutschen zum Völkerbunde. Dann aber richtete er einen starken Apell an alle, die diesem noch fern stehen, besonders an Deutschland und das im fernen Paradiese liegende Amerika. Er betonte, daß man diese Möglichkeit einer Aussprache doch nicht von der Hand weisen solle und sie benutzen müsse, ehe die politischen Ereignisse zu kriegerischen Entscheidungen drängen. Wir werden es ja aller Wahrscheinlichkeit nach in kürzester Zeit feststellen können, ob dieser Weg für Deutschland in Wahrheit gangbar ist. Die Bedeutung der Stockholmer Konferenz aber wird unbeschadet von einzelnen Zeitereignissen für die Entwicklung aller internationalen Beziehungen dauernd von entscheidender Bedeutung sein und wachsen.

Anmerkung

- 1) Vergl. Dr. S. Porter, *Chinas challenge to Christianity and Missionary Adjuication Movement U. S. A. and Canada.*

OSWALD ZIENAU: DER DEUTSCHE WOLGAKOLONIST

Die deutsche Kolonisation an der Wolga ist die älteste deutsche in Rußland: sie gründete sich auf ein Manifest der Katharina II., — vom 22. Juli 1763 — das europäischen Einwanderern „in einer beliebigen Gegend Rußlands Ländereien“ zusicherte unter allen möglichen Vergünstigungen. Wurde das Hauptgewicht der erstrebten Einwanderung auf die Gewinnung von Ackerbauern gelegt, so unterließ das Manifest nicht, darauf hinzuweisen, daß überall dort, wo sich „genügende Gelegenheit zur Vermehrung vieler Manufakturen, Fabriken und anderer Gewerbeanstalten“ bot, auch gewerbliche Einwanderung erwünscht sei. Ein besonderes Ministerium, die „Vormundschaftskanzlei für Ausländer“, mit dem Günstling Gregor Orlow an der Spitze, leitete in Rußland und im Auslande alle Angelegenheiten, die mit den Siedlungsabsichten der Katharina zusammenhingen. An Vergünstigungen versprach das Manifest außer der weitestgehenden Unterstützung bei der eigentlichen Ansiedlung Freiheit der Religionsübung, Steuerfreiheit auf 30 Jahre, Befreiung vom Militär- und Staatsdienst „für ewige Zeiten“; den Begründern von Fabriken oder Werkstätten wurde unter anderem zugebilligt, „die erforderliche Zahl Höriger und Bauern zu kaufen“!

So entstanden bereits 1764 die ersten Kolonien deutscher Handwerker und Bauern an der Wolga; die ersteren ließen sich in Saratow nieder — wovon eine deutsche Straße und eine Kirche in streng gotischem Stile heute noch Zeugnis ablegen —, während die Ackerbauer in zunächst vier Siedlungsgruppen sich auf der sogenannten Wiesen- und Bergseite an der Wolga entlang zerstreuten.

Es wäre interessant genug, ausführlicher die Geschichte der deutschen Siedlung an der Wolga zu erzählen; sie zeugt nicht gerade davon, daß die Versprechungen der Katharina eingehalten wurden, daß der deutsche Einwanderer für die russischen zaristischen Regierungen ein Gegenstand besonderer Wertschätzung und Fürsorge gewesen ist. Die Siedlerpolitik zaristischer Regierungen war mehr als eine kaltherzig überlegte, sie war bisweilen eine klug verbrecherische. Die Kolonisation an der Wolga hatte vorerst den (allerdings tief verborgenen) Sinn, die dünnbesetzten Kosakenwachtposten und -siedlungen zu verstärken, um so einen festeren Wall zu schaffen gegen die fortwährenden Einfälle wilder tatarischer Horden. Eines der traurigsten Kapitel der deutschen Kolonisation an der Wolga sind die Überfälle solcher Tataren- und Kirgisenhorden; nicht selten war in jenem Jahrhundert der deutsche Kolonist als Sklave auf den Sklavemärkten Chiwas und Bucharas zu finden! Eine historische Feststellung behauptet, „daß nicht weniger als 2000 Seelen in die Sklaverei entführt wurden“!

Kein Wunder war es also, daß wirtschaftlicher Wohlstand der deutschen Wolgakolonisation für lange Zeit nicht beschieden war; umgekehrt konnte es Wunder nehmen, daß die Kolonien ihren Bestand behauptet haben. Mit den klimatischen Gegebenheiten und den besonderen Bodenverhältnissen nicht vertraut, wurden insbesondere die Kolonisten der Steppe von furchtbaren Mißernten heimgesucht, Katastrophen, deren Ausgleich durch entsprechende Wirtschaftsführung nur langsam erzielt werden konnte. Erst die Wende des 18. Jahrhunderts sah einen Aufschwung zu wirtschaftlichem Wohlstande: die Erzeugnisse der deutschen Kolonisten an der Wolga — Getreide und Tabak vor allem — erschienen auf den russischen Märkten; Kolonisten erwarben Kaufmannspatente (sie „lösten Gilden ein“) und wurden damit selbständige Kaufleute. Mit wachsendem Wohlstande vermehrte sich die deutschstämmige Bevölkerung an der Wolga, es wuchs mit der Zeit die erste Landnot unter den wolgadeutschen Kolonisten heran, die ersten Aussiedelungen begannen, die ersten Tochterkolonien im Wolgagebiet wurden begründet.

Bis auf den heutigen Tag hat sich auch — wie in anderen russischen Deutschsiedlungen — im Wolgakolonisationsgebiet in sofort bemerkbarer und strenger Absonderung und Auffälligkeit die Mennonitensiedlung erhalten. Im Wolgagebiet in den Jahren 1853 bis 1874 angesiedelt, brachten die Mennoniten eine an sich höher entwickelte Wirtschaftskultur mit und verstanden sie es, diese weiter zu entwickeln. Ihre in der Religionskultur fußende wirtschaftliche Geschlossenheit und Stärke ließ sie nicht der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts planmäßig betriebenen Russifizierung zum Opfer fallen, so daß der Kultur- und Wirtschaftszustand die Mennonitensiedlungen besonders auffallend abstechen läßt auch nach den Jahren schwerster kultureller Bedrückung und wirtschaftlicher Rückschläge.

Wer heute die autonome Sozialistische Räterepublik der Wolgadeutschen etwas gründlicher bereist, wird nur zu bald gewahr, daß sich allgemein- und wirtschaftskulturell der Kolonist vom russischen Bauern nicht sonderlich unterscheidet. Schon rein äußerlich, im Hausbau, findet sich nichts Unterschiedliches: es ist das einfache, völlig schmucklose Holzhaus des russischen Bauern, und das gleiche gilt auch von der Inneneinrichtung. Den Kulturstand des Kolonisten kennzeichnet, daß im Jahre 1920 noch 42,8% der Gesamtheit Analphabeten waren und diese Verhältniszahl auf 71,9 für den Kolonisten bis zu 19 Jahren steigt! — Neben der zwangsweisen Russifizierung und damit der Aufhebung der Vorrechte einer Eigenverwaltung und -schule mögen es vor allem wirtschaftliche Ursachen gewesen sein, die den Kolonisten an der Wolga — im Gegensatz zu demjenigen im übrigen Rußland — kulturell zurückgeworfen haben. Periodisch fast traten die Mißernten im Wolgagebiet auf — 1879, 1880 und 1889 bis 1892 — und machten den deutschen Wolga-

kolonisten abhängig von Hilfestellung. Was nach diesen Perioden an wirtschaftlichem Wohlstande erreicht wurde, machten Krieg, Revolution und am gründlichsten die beispiellosen Schreckensjahre 1920/21 zunichte. Bedroht zuerst von dem Ausweisungsbefehl vom 2. Februar 1917 und wirtschaftlich zerrüttet von besonders harten Zwangsrequisitionen, wurde der wirtschaftliche Zerfall gefördert durch die Begleiterscheinungen der Revolution — Bandenbildung — und das Maß des Elends gefüllt durch Mißernten, wie sie der Wolgakolonist in solcher Furchtbarkeit noch nicht erlebt hatte. In dem kleinen Marxstädter heimatkundlichen Museum muß man die scheußlichen Zeugen jener Jahre gesehen haben, sich in Staria Poltawka, einem Kantonzentrum, einen haushohen Speicher zeigen lassen, der die Hungerleichenhaufen barg, um verstehen und begreifen zu können, daß der Wolgakolonist von heute noch nicht mehr sein kann als der um den nacktesten Lebensunterhalt kämpfende Bauer!

Die Räterepublik der Wolgadeutschen ist vorerst nicht mehr als ein sichtbarer Ausdruck der Minderheitenpolitik der Moskauer Zentralregierung; in einer wenn auch besonderen Form stellt diese „Räte“-Regierung bislang nicht mehr vor als die Wiederaufnahme der Eigenverwaltung und die Wiederbelebung der Eigenkultur des Kolonistendeutschtums an der Wolga. Dem „Projekt eines nationalen Zusammenschlusses aller Wolgakolonisten zu einer selbständigen deutschen Wolgarepublik im russischen Föderativstaat“ wurde im Februar 1918 von einer Versammlung der „deutschen Landschaftsmänner“ eine Art Grundgesetz gegeben mit dem Vorbehalte, daß die „Satzungen allen deutschen Gemeinden vorzulegen sind, damit sie durch Beschlüsse ihre Einwilligung dazu geben“. Punkt zwei dieses Grundgesetzes besagt: „Die Autonomie erstreckt sich auf alle administrativen, rechtlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und finanziellen Angelegenheiten der Deutschen an der Wolga“; Punkt drei: „Die Autonomie wird auf folgendem Wege verwirklicht: die deutschen Dörfer lösen sich so bald wie möglich von den Einheiten mit gemischter Bevölkerung los, sowohl in den Kreisen als auch in den Bezirken“. Die Autonomie wurde verkündet am 19. Oktober 1918; sie umfaßte die nur deutschen Gebiete und hatte Marxstadt (früher Katharinenstadt) als Verwaltungszentrum; drei administrative Kreise mit annähernd einer halben Million Einwohner bildeten die Räterepublik der Wolgadeutschen.

Nachfolgende Entwicklungen haben die nationalen und eigenkulturellen Inhalte des Grundgesetzes stark verwässert: nach einem Projekt des Gebiets-Vollzugskomitees der Wolgadeutschen Räterepublik wurden im Juni 1922 alle russischen und ukrainischen Zwischensiedlungen der Wolgadeutschen Räterepublik einverleibt, was dem ursprünglich nurdeutschen Gebiete an 170 000 Seelen nichtdeutscher Bevölkerung gab. So ist denn heute die Wolgadeutsche Republik keine ausschließlich nationale und eigenkulturelle Zusammenfassung

des Deutschtums an der Wolga mehr; mit 67 % Deutschen gegenüber 17 % Russen, 9 % Ukrainer und 7 % anderer Nationalitäten hat das Deutschtum nur ein sehr starkes Übergewicht; ein weiterer Minusfaktor für das Deutschtum an der Wolga ist, daß das Verwaltungszentrum aus dem natürlichen deutschen Kulturzentrum hinaus verlegt wurde, und es nun eine Kosakenstadt — Pokrowsk an der Wolga — mit ausgeprägtestem russischen Nationalcharakter ist, die das behördliche Zentrum der Wolgadeutschen Räterepublik darstellt.

Vor allem sollen und mögen es wohl volkswirtschaftliche Erfordernisse gewesen sein, die zur Einbeziehung nationaler und kultureller Fremdkörper zwingend Veranlassung gaben. Wie sehr aber die Verlegung des Verwaltungszentrums die deutsche Republik ihres geistigen Zentralpunktes beraubt hat, ist nur für den wirklich ermeßbar, der sowohl Pokrowsk als auch Marxstadt als kulturlichen Wertcharakter kennenlernen konnte.

Die Räterepublik der Wolgadeutschen schon heute einer wenn auch vorichtigsten Beurteilung ihrer nationalen und eigenkulturlichen Gegebenheiten und Entwicklungsmöglichkeiten zu unterwerfen, sie in ihren wirtschaftlichen Kräften abmessen zu wollen, wäre absurd. Alle voraussetzenden Faktoren für das eine und das andere sind zu schwankend und zu wenig fest umrissen, als daß sie Unterlagen für irgendwelche Schätzungen abgeben könnten. Alles, was man von verschiedentlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Wolgadeutschen sagen könnte, ist, daß die Grundlagen, auf denen diese Entwicklungen beruhen, durchaus solche sind, daß gesunde Entwicklungen von ihnen ausgehen können. Bis jetzt jedoch steckt die Räterepublik der Wolgadeutschen im allerersten Wiederaufbaustadium, und das sowohl wirtschaftlich als auch kulturell. Anerkennen muß man, daß alle Kräfte angesetzt und angespannt sind, um den Wirtschafts- und Kulturrückschritt des letzten Jahrzehnts baldmöglichst auszugleichen, Es darf aber nicht verkannt werden — und es ist in Pokrowsk erkannt —, daß vor allem die Hemmnisse aus der wirtschaftlichen und geistigen Armut heraus solche sind, daß der wirtschaftliche und kulturelle Wiederaufbau nur in langsamstem Tempo vor sich gehen wird.

Es steckt aber in den Männern dieses nationalen und kulturellen Wiederaufbaus trotz aller ihrer kommunistischen Ideologie ein solches Maß von Erkenntnis des Gegebenen und des Möglichen, daß der innere Wesenskern der Wolgadeutschen Räterepublik ein anderer ist als in den sowjetischen Republiken im allgemeinen. Die klügliche Erkenntnis, daß der deutsche Kolonist an der Wolga alles andere als für einen phraseologischen Bolschewismus reif oder gar zu haben ist, daß die Basis der wirtschaftlichen und kulturellen Höherentwicklung in den Kolonistensiedlungen viel realerer Natur sein muß, alles das sind Erscheinungsmerkmale, die die zukünftigen Entwicklungen in der Räterepublik der Wolgadeutschen günstig beurteilen lassen.

ERNST SCHULTZE:
BODENRAUM, MACHTSTREBEN UND WIRTSCHAFTS-
GESINNUNG DER VEREINIGTEN STAATEN

Größte Tragweite für die wirtschaftliche und politische Geschichte der Vereinigten Staaten hat ihre Gebietsgröße gewonnen. Seit der Unabhängigkeitserklärung 1776 ist sie bedeutend gewachsen; die Wachstumsmöglichkeiten wurden der jungen Republik nebst den Vorteilen ihrer geopolitischen Lage schon in der Wiege als kostbares Geschenk zuteil. Mit diesem Pfunde hat sie eifrig gewuchert und ist damit zu einer wirtschaftlichen Macht emporgestiegen, die heute so gefestigt dasteht, daß sie auf lange Zeit hinaus die Geschehnisse ganzer Weltteile wenn nicht bestimmen, so doch maßgebend beeinflussen kann.

Es hat Staaten gegeben, die sich ähnlicher Vorteile erfreuten und sie doch ungenutzt ließen. So besaß Polen einmal die weitesten Grenzen unter den europäischen Staaten und schien eine zeitlang berufen, „auf viele Jahrhunderte hin die Entwicklung des europäischen Ostens ausschließlich zu bestimmen“.¹⁾ Selbst nach den Verlusten, die das polnische Reich unter Johann Kasimir im schwedischen Kriege des 17. Jahrhunderts traf, berechnete man seine Ausdehnung auf etwa 21 400 Geviertmeilen. Dieses Staatsgebiet, das vor allem die mächtige, zwischen dem Baltischen und dem Schwarzen Meer, zwischen dem Gebirgszuge der Karpathen und den Niederungen des Dnjestr sich breitende Ebene beherrschte, war von der Natur verschwenderisch mit Gaben ausgestattet: die endlosen Waldungen Litauens, der fruchtbare, jungfräuliche Boden weiter Landstriche, die üppigen Kornländereien zwischen den Flußgebieten des Bug und Dnjestr, die mächtigen Eichenwälder großer Landstriche — alles dies hätte damals bei einem Vergleich der polnischen Ebenen mit denen, auf welchen das Königreich Preußen erwuchs, zu dem Urteil führen müssen: Polen sei das reichere und angesichts der bereits errungenen politischen Macht das zu wirtschaftlicher und politischer Vorherrschaft bestimmte Land. In Wirklichkeit aber kam Preußen durch die Sparsamkeit und den Weitblick seiner Verwaltung in die Höhe, während Polen immer kraftloser wurde und, innerlich durch eigene Schwäche ausgehöhlt, auf anderthalb Jahrhunderte als selbständiges Staatswesen aus der Weltgeschichte verschwand.

Ähnlich Preußen war es die Energie und eigene Tüchtigkeit der Vereinigten Staaten, die andere Staatsgebilde hinter sich ließ. Selbst nach der Losreißung

von dem Mutterlande hätten England sowohl wie Frankreich, vor allem auch Spanien in Nordamerika kräftiger Fuß fassen können. Keinem von ihnen aber gelang, was die Yankees fertig brachten. Auch die Republiken, in die sich das spanische Kolonialreich in Amerika auflöste, wußten es mit den USA nicht aufzunehmen. Mexiko verlor an letztere ein wertvolles Gebiet nach dem anderen: Texas, Arizona, Neumexiko, Californien. Mit dem Augenblick aber, da die Amerikaner den Fuß in ein solches Gebiet setzten und es dem Sternbannerreich einfügten, ging das Wirtschaftsleben, das sich jahrhundertlang kaum entwickelt hatte, mit gewaltigen Sprüngen aufwärts.

Heute beherrschen die USA auch auf dem nordamerikanischen Festlande ein in sich geschlossenes, für äußere Feinde so gut wie unverwundbares Gebiet, dessen Flächeninhalt dem ganz Europas beinahe gleichkommt. Denkt man Europa einmal, um einen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Vergleich zu ermöglichen, als einheitliches Gebiet, so ist der Erdball von sieben großen Gebilden annähernd gleichen Flächeninhalts bedeckt. Ihre Bevölkerungszahl aber, daher auch ihre Volksdichte, und mehr noch ihr wirtschaftliches und politisches Schwergewicht weichen aufs stärkste voneinander ab. Betrachten wir die Zahlen:²⁾

	Flächeninhalt in qkm	Einwohner- zahl	Bevölkerungs- dichte auf den qkm	Reihenfolge der Bevöl- kerungszahl	Reihenfolge der Bevöl- kerungsdichte
Sibirien	12 485 000	5 759 000	0,46	6	7
China	11 138 000	320 868 000	28,81	2	2
Europa	9 897 000	431 000 000	43,65	1	1
Kanada	9 659 000	7 205 000	0,75	5	5
Brasilien	8 525 000	17 319 000	2,03	4	4
Vereinigte Staaten	7 839 000	91 972 000	11,73	3	3
Australien	7 704 000	4 455 000	0,58	7	6

Diese Zahlen reden geschichtsphilosophisch eine bedeutsame Sprache. Nicht alle diese Gebiete sind politisch selbständig; aber es läßt sich mit Händen greifen, daß sie es in wenigen Jahrzehnten sein werden. Kanada wie Australien bestimmen beide selbst über ihr Schicksal. Sibirien geht im Verhältnis zu Rußland einen ähnlichen Weg; nur daß hier der ununterbrochene räumliche Zusammenhang die dauernde engere Verbundenheit mit dem Mutterlande viel wahrscheinlicher macht. Andererseits ergibt sich, daß Europa, in eine Unzahl von Staaten zersplittert, an Bedeutung gegenüber den Großgebieten der anderen Weltteile verlieren muß; während die Vereinigten Staaten den ungeheuren Vorteil in die Wagschale werfen können, ein geographisch geschlossenes, national nicht zerrissenes, von einem einheitlichen Willen durchpulstes Staatsgebiet zu sein, dessen Bevölke-

rung von einer Tatkraft beseelt ist, die es, zusammen mit dem in den letzten hundert Jahren erworbenen Reichtum, dem volkreichsten Staate der Welt (China) überlegen macht.

Die USA sind eben von einem äußerst aktiven Volk bewohnt, während die Chinesen bisher zu den passiven Nationen gehörten. Aus demselben Grunde habe ich von der Anführung Britisch-Ostindiens abgesehen, das zwar nicht in Rücksicht auf seine Gebietsgröße (sie beläuft sich auf 4 667 000 qkm), wohl aber auf seine Bewohnerzahl (315 Millionen) stark in Betracht käme. An Bevölkerungsdichte (67,51) übertrifft es alle andern großen Länder. Allein selbst bei wesentlicher Lockerung der englischen Herrschaft dürfte Indien infolge seiner Armut und des überwiegend passiven Grundcharakters seiner Bevölkerung hinter den aktiveren Nationen für absehbare Zeit noch zurücktreten.

An wirtschaftlicher und an finanzieller Kraft stand im 19. Jahrhundert Europa trotz seiner Zersplitterung an der Spitze. Mehr und mehr aber sind die Vereinigten Staaten neben Europa getreten. Würden die europäischen Nationen ihre Kraft gemeinschaftlich für ein wirtschaftliches oder politisches Ziel einsetzen, so wären die USA kaum imstande, es mit ihnen aufzunehmen. Vorgeschlagen wurde ein solches Zusammengehen seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts oft genug; denn seit dieser Zeit redet man von der „amerikanischen Gefahr“. Zu einer Einigung der europäischen Völker ist es jedoch weder politisch noch wirtschaftlich oder finanziell gekommen — während die USA die auch ihnen drohende Gefahr einer Zerspaltung glücklich zu überwinden wußten. Wenn Daniel Webster wünschte, es möge innerhalb der Union „keinen Süden oder Norden oder Westen“ geben, so ist die Erfüllung dieses Wunsches durch den Bürgerkrieg, wenn auch mit gewaltigem Aufwand an Gut und Blut, erkämpft worden. Nachdem dann die Bande zwischen Nord und Süd bis zur Unzerbrechlichkeit verstärkt worden waren, gelang es, den Westen, dessen Riesengebiet im Laufe zweier Menschenalter in Besitz genommen wurde, mit Klammern anderer Art an den Osten zu schmieden: neben die politische Verknüpfung traten hier die Eisenklammern des Verkehrs. Man war sich sehr wohl bewußt, daß an einen Zusammenhalt mit dem fernen Westen, zumal mit dem Küstengebiete am Stillen Meer, die damals fast nur auf dem Wege um das Kap Horn herum erreicht werden konnten, nur zu denken war, wenn eine schnelle und bequeme Überlandverbindung geschaffen wurde. Deshalb förderte die Bundesregierung mit aller Kraft den Plan, durch Schienenwege die ersehnte Verbindung zu schaffen, und gab für den Bau der ersten Überlandbahn (vollendet 1869) gewaltige Summen her.

Und doch hatte man noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts für das einst-

weilen herrenlose Küstenland im westlichen Nordamerika kaum an die Möglichkeit gedacht, daß die Vereinigten Staaten dort die Herrschaft erwerben könnten. Man wußte, daß die nordöstlichen Randländer des Stillen Meeres eine große Zukunft verhießen; allein nicht einmal England, so gern es die Hände danach ausstrecken wollte, schien dort Aussichten zu haben. Noch 1810 sprach Alexander von Humboldt für diesen Teil der Welt von einem drohenden Zusammenstoß zwischen Rußland und Spanien, nicht aber zwischen einem dieser beiden Staaten und England.

Mit richtigem Blick bezeichnete Humboldt es 1810 als mehr denn wahrscheinlich, „daß, bevor die Russen den Zwischenraum, welcher sie von den Spaniern trennt, überschreiten, irgend eine andere unternehmende Macht entweder auf den Küsten von Neu-Georgien, oder auf dessen fruchtbaren Nachbarinseln, Kolonien zu gründen suchen wird.“³⁾ Diesen unternehmenden Sinn besaßen die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Humboldt gab in seinem Werk über Neu-Spanien eine Zusammenstellung der damaligen Gebietsgrößen, der Bevölkerungszahl und der Volksdichte für die größten Gebiete der Welt, die heute ungemein lehrreich für die auf das 19. Jahrhundert rückschauende Betrachtung ist. Kaum jemand hätte aus den Humboldtschen Ziffern entnehmen können, daß sich innerhalb der nächsten 100 Jahre eine völlige Umwälzung der politischen und wirtschaftlichen Machtverteilung ergeben würde. Bei seinen Vergleichen der Weltreiche jener Zeit erwähnt er das französische nicht, entweder weil es (in Europa) in Teilstaaten mit besonderen fürstlichen Spitzen zerfiel, oder auch, weil er kein Vertrauen zu seinem Bestande haben mochte. Das englische teilt er — vielleicht, weil seine Trennung in asiatische und amerikanische Besitzungen ebenfalls zu wenig den Eindruck der Einheitlichkeit gewährte — in diese beiden Gebiete; in halber Verbindung mit den amerikanischen Besitzungen Englands, gewissermaßen noch an einem Faden mit ihnen zusammenhängend, führt er die Vereinigten Staaten an. Lassen wir sie hier fort und ziehen wir die englischen Besitzungen beider Weltteile in ein Kolonialreich zusammen, so ergeben sich für den Anfang des 19. Jahrhunderts nach Zertrümmerung des französischen Kolonialreichs, das sich nach der Schlacht von Trafalgar nicht mehr halten ließ und dessen Reste (Louisiana) Napoleon deshalb an die nordamerikanische Union verkaufte, vier Weltreiche, und zwar in der Reihenfolge: Spanien, Großbritannien, Türkei und Rußland. Humboldt gibt seine Gebietsziffern in dem Einheitsmaß der lieue carrée. Umgerechnet auf Geviertkilometer (1 lieue carrée = 19 826 qkm) ergeben sich für die Größe der vier Reiche im Jahre 1804 die folgenden Ziffern, neben die ich (nach Otto Hübner's „Geographisch-statistischen Tabellen“ für das Jahr 1907) die Ziffern für dieselben Reiche im Jahre 1907 stelle:

	1804		1907
	Flächeninhalt in qkm	Bevölkerung in Millionen	Flächeninhalt in qkm
Spanien	9 782 592	24,2	7 17 618
Großbritannien	3 558 791	64	29 872 061
Türkei	2 707 509	25	2 987 117
Rußland	18 721 514	40	22 296 727

Vom bevölkerungs-statistischen Gesichtspunkt aus standen sich 1804 die Türkei und Spanien beinahe gleich, auch in dem Verhältnis von Mutterland und Besitzungen. Dagegen überwog der Flächeninhalt der spanischen Außenbesitzungen den des Mutterlandes um das 18 fache, während bei der Türkei das gleiche Verhältnis sich nur auf 3:1 stellte. Ungefähr das gleiche Verhältnis zeigte das russische Reich, während Großbritannien überseeische Gebiete in zehnfacher Ausdehnung des Mutterlandes beherrschte.

Immerhin nannte Humboldt die Vereinigten Staaten unter den „großen politischen Körpern“.4) Er hatte eine starke Empfindung dafür, daß dieses Land zu einer großen Zukunft berufen sei. Daß es aber im Laufe eines einzigen Jahrhunderts sich zu einer politischen und wirtschaftlichen Großmacht entwickeln würde, konnte er nicht ahnen.

Dagegen hat es schon damals an amerikanischen Stimmen, die den aller-schnellsten Aufstieg voraussagten, nicht gefehlt. So rief Calhoun 1817 aus: „Wir sind groß und in schnellem und, ich möchte fast sagen, furchtbarem Wachstum begriffen“.5)

Bei weitem der größte Teil des von den Vereinigten Staaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts beherrschten Gebietes wurde erst seit 1803 erworben. Nach einer amtlichen Schrift belief sich der Gebietszuwachs zwischen 1803 und 1901 auf beinahe 3 Millionen englische Geviertmeilen, d. h. auf mehr als 7¹/₂ Millionen qkm. Da das Festlandsgebiet der U. S. A. 7,8 Mill. qkm umfaßt, haben sie also innerhalb eines Jahrhunderts ein Gebiet annähernd von der gleichen Größe des letzteren hinzuerworben, wovon jedoch nun etwa 1 950 000 qkm mit diesem Rumpf nicht in räumlicher Verbindung stehen. Denn seit die Vereinigten Staaten 1867 Alaska ankauften, haben sie die imperialistische Bahn auch übersee beschritten. Zur Begründung der Angliederung von Texas und der übrigen, Mexiko entrissenen Gebiete hatte man behauptet: eine fremde Macht dürfe hier nicht herrschen, ohne daß die U. S. A. auf die Dauer in bedeutsamen wirtschaftlichen oder politischen Interessen bedroht würden. Für Alaska ließ sich dieser Grund sicherlich ebensowenig vorbringen wie für Hawaii oder gar die Philippinen.

Der Gebietszuwachs der Vereinigten Staaten geschah in folgenden Abschnitten:6)

	Jahr	Flächengröße in englischen Geviertmeilen a)	Ankaufspreis \$
Louisiana (Kauf)	1803	875 025	15 000 000
Florida	1819	70 107	6 489 786 b)
Texas	1845	389 795	—
Oregon (Territorium)	1846	288 689	—
Mexiko (Abtretung)	1848	523 802	18 250 000 c)
Texas (Ankauf)	1850	d)	10 000 000
Gadsden Ankauf	1853	36 211	10 000 000 d)
Alaska	1867	599 446	7 200 000
Hawaii	1897	6 740	—
Porto Rico	1898	3 600	—
Guam	1898	175	—
Philippinen	1899	143 000	20 000 000
Samoa	1899	73	—
Philippinen (Erweiterung)	1901	68	100 000
Insgesamt		2 936 731	87 039 768

a) 1 englische Geviertmeile entspricht 2,5899 qkm.

b) Einschließlich Zinszahlung.

c) Davon 3 250 000 \$ als Zahlung für Ansprüche amerikanischer Bürger gegen Mexiko.

d) Der Gebietszuwachs ist schon 1845 gerechnet; hier ist nur die 1850 gezahlte Kaufsumme angegeben.

Als die Vereinigten Staaten ins Leben traten, umfaßte ihr Gebiet erst 940 000 qkm. Gemessen an der Ausdehnung des spanischen Kolonialreiches auf dem amerikanischen Festlande war das höchstens die Größe eines kleinen Mittelstaates. Noch dehnten sich die spanischen Besitzungen nördlich und östlich von den Grenzen des heutigen Mexiko über die dreifache Landfläche des Staatsgebietes der USA. Rechnet man das damalige Vizekönigtum Neu-Spanien von der Landenge von Tehuantepec an zu Nordamerika, so übertraf das spanische Nordamerika die junge Republik beinahe um das 5fache, während das britische Nordamerika, das freilich damals erst zum allerkleinsten Teil in Besitz genommen oder auch nur abgegrenzt war, den 10fachen Flächenraum besaß. Die russischen Ansprüche in Nordamerika beliefen sich auf etwa 1,4 Millionen qkm.

1776 entfielen nach der Berechnung Ratzels⁷⁾ von dem ganzen politisch besetzten Erdteil

auf die U. S. A.	50%
• Russisch-Nordamerika	7 „
• Französisch-Nordamerika	13 „
• Spanisch-Nordamerika	25 „
• Britisch-Nordamerika	50 „
zusammen	100 0/0

Durch den Vertrag von 1783 mit England sowie durch Verträge mit Indianerstämmen wuchs das Gebiet der USA bald auf 1,8 Millionen qkm.

Mit dem Ankauf Louisianas (man bezeichnete damals den ganzen französischen Besitz in Nordamerika mit diesem Namen, der heute nur noch für einen kleinen Teil davon gilt), traten 1803 weitere 2,3 Millionen qkm hinzu.

Damit war ungefähr die Ausdehnung des spanischen Nordamerika erreicht, das nunmehr schrittweise vor den USA zurückwich. 1819 trat es Florida (die nördlich vom 30. Breitengrad gelegenen Gebiete) in einer Ausdehnung von 170 000 qkm ab, 1845 verlor Mexiko Texas mit 825 000 qkm, 1848 und 1853 Kalifornien und Neumexiko mit sogar 1 350 000 qkm. In dem Verträge von 1846 mußte England vor den Ansprüchen der USA ein wichtiges Küstengebiet am Stillen Ozean aufgeben. Die Grenze der Vereinigten Staaten verlängerte sich nunmehr entlang dem 49. Breitengrade bis zum Meer, wodurch ihrem Staatsgebiet 300 000 qkm hinzugefügt wurden. Endlich brachte der Ankauf Alaskas 1867 den gesamten nordamerikanischen Besitz Rußlands in einer Ausdehnung von 1 376 000 qkm hinzu.

Bei der Hundertjahrfeier der Unabhängigkeit 1876 konnte man in den USA mit Stolz auf einen räumlichen Gebietszuwachs im Verlaufe jenes Jahrhunderts auf fast das 10fache zurückblicken. Das kontinentale Wachstum war nun abgeschlossen, fast der vierte Teil ganz Amerikas befand sich in den Händen dieses Staatsgebildes, das 1776 unter den Weltstaaten überhaupt noch nicht mitgezählt hatte.

Freilich wuchs das britische Weltreich, das durch den Abfall der 13 Kolonien 1776 den wertvollsten Teil seines überseeischen Besitzes verloren hatte und zunächst auf eine größere koloniale Zukunft zu verzichten geneigt war, dann aber von dieser Resignation wieder zurückkam, im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einer Flächengröße an, die jene der USA ungefähr dreimal übertrifft. Indessen lassen sich beide Reiche nicht unmittelbar in Vergleich stellen. Denn während die britischen Besitzungen in allen Weltteilen zerstreut liegen und Großbritannien selbst weniger als den 40. Teil des gesamten Flächeninhalts seines Weltreiches umfaßt, haben die Vereinigten Staaten den gewaltigen Vorteil für sich, daß bei weitem der größte Teil ihres Besitzes eine in sich abgeschlossene Festlandsmasse bildet; nur Alaska und die im spanischen Kriege erworbenen Inselgruppen liegen außerhalb dieses Rumpfes. Der Rumpf aber ist militärisch so gut wie unverwundbar, er ist politisch in sich mit tausend Banden verklammert, und wirtschaftlich gewährt er den doppelten Vorzug eines fast alle Klimate (mit Ausnahme des tropischen) umfassenden Riesenlandes, das weit größere Menschenmassen ernähren kann, als heute dort leben, sowie eines Binnenmarktes von wachsender Kraft und Entwicklungsfähigkeit. Mit Stolz konnte Präsident Cleveland 1895 in der Botschaft, die

sich gegen Englands Absichten in der Venezuela-Frage richtete, erklären: die Vereinigten Staaten seien Herren der Situation vermöge ihrer unendlichen Hilfsquellen in Verbindung mit ihrer isolierten Lage, praktisch unverwundbar durch irgendeine oder alle anderen Mächte. Gladstone hatte ganz recht, wenn er ein Menschenalter früher sagte: „Die Vereinigten Staaten haben eine nationale Basis für das größte zusammenhängende Imperium, das je von Menschen errichtet wurde.“ Es ist derselbe Vorteil, den auch das russische Reich besaß. Wie verschieden aber ist die Entwicklung beider Länder verlaufen!

Und doch war und ist die wirtschaftsgeographische Gliederung der Vereinigten Staaten keineswegs ohne Nachteile.

Betrachtet man die Siedlungsdichte der USA, so springt die Ungleichartigkeit der Menschenverteilung in die Augen. Noch immer ballt sich die Bevölkerung im Osten stark zusammen, während die Volksdichte nach Westen erheblich abnimmt; erst der Küstenstrich am Stillen Meer weist dann wieder eine größere Dichte auf. Zwar ist der Bevölkerungsschwerpunkt, wie ihn die dortige Statistik alle 10 Jahre bei der Volkszählung errechnet, immer weiter nach Westen vorgeschritten; noch heute aber liegt er weit östlich vom Mississippi. Das Antlitz der Vereinigten Staaten ist eben noch immer Europa zugekehrt. Infolgedessen verlaufen die wirtschaftlichen Kraftlinien noch immer wesentlich von Ost nach West. Entsprechend der geographischen Gliederung (der Mississippi strömt von Nord nach Süd, die Gebirgszüge verlaufen ähnlich) müßten sie nord-südlich gerichtet sein, wären die Menschen dort gemäß einer großen „Planwirtschaft“ über das Land verteilt worden. So ballen sich namentlich die Städte und die gewerbliche Produktion im Osten zusammen, die Verkehrsbündel schnüren sich bei Chicago und mehr noch bei New York zu dicken Bündeln zusammen, und der Hafen von New York hat einen Verkehr zu bewältigen, der den aller anderen Häfen des ganzen USA-Gebietes zusammengenommen hinter sich läßt.

Diese Zusammenballung des Wirtschaftslebens und des Verkehrs im Osten, zumal im Nordosten, hat dem Charakter der nordamerikanischen Volkswirtschaft und nicht minder der Seele dieses Volkes eine eigenartige Formung gegeben. Sie hat ihnen einerseits das Gepräge einer Massenhaftigkeit aufgedrückt, die der höchsten Triumphe fähig zu sein glaubt, und sie hat dem wirtschaftlichen Streben der ganzen Nation wie der Einzelnen einen Schwung verliehen, sie auf eine Temperaturhöhe gesteigert, die im Wettbewerb mit anderen Völkern eine gewaltige Triebkraft bedeuten. Zugleich aber konnten die Kraftzentren des Ostens aus dem unerschöpflichen Bodenreichtum des Westens schöpfen und sich infolgedessen das Ziel außergewöhn-

lich hoch stecken. Als Wiege der Vereinigten Staaten wird man zwei Landstriche betrachten müssen: Neu-England (Massachusetts, Rhode Island und Connecticut) und Virginia; jenes etwa 38 000, dieses etwa 110 000 qkm groß. Der Raum dieser beiden Kerne verhält sich zu dem heutigen Gesamtkörper der festländischen Vereinigten Staaten wie 1 : 62. „Und dieses Ganze ist nur geworden, weil jene Randgebiete der gliederreichen Ostküste so leicht in die Ländermassen des Innern schöpfen konnten.“⁸⁾

In der Kolonialzeit verharrten die Ansiedler größtenteils auf der Wirtschaftsstufe der geschlossenen Hauswirtschaft. Als aber die Westwanderung begann und die unbändige Kraft der jungen Republik stürmischen Schrittes in jedem Jahre eine Landfläche in Besitz nahm, siebenmal so groß wie die ausgedehnteste westindische Besetzung Englands, oder (in europäischen Maßen) ebenso groß wie die Schweiz und Belgien zusammengenommen,⁹⁾ stellten sich die neuen Landesteile, wie das von dem Süden schon längere Zeit gegolten hatte, auf die Produktion von Gütern ein, die ihren Absatz größtenteils auf anderen Märkten suchen mußten. Das brauchten nicht unbedingt überseeische Märkte zu sein; man konnte auch für den Absatz in anderen Teilen der USA arbeiten.

Je mehr das Gesamtgebiet wuchs, desto eher mußte das gelingen. Die gemäßigte und die halbtropische Zone liegen in so weitem Umfang innerhalb des USA-Gebietes, daß sie dem nordamerikanischen Volke alle Gunst ihrer Klimate und ihrer Produktionsbedingungen schenkten. In märchenhaftem Überfluß hatte man nun Nahrungsmittel, Mineralien, Rohstoffe aller Art und Kraftquellen zur Verfügung. Der Stimmung, die durch diese unerschöpflichen Reichtümer, nach denen man nur die Hand auszustrecken brauchte, im amerikanischen Volke emporkam, gab Emerson Ausdruck, wenn er sein Land als „Gottes letztes und größtes Geschenk für die Menschheit“ bezeichnete; noch heute spricht der Amerikaner gern davon, daß er in „Gottes eigenem Lande“ lebe.

In der Tat waren es riesenhafte Horizonte, die sich in den USA auf-taten. Unendliche Getreideflächen, unabsehbare Wälder, unerschöpfliche Bergwerksschätze, die fruchtbarsten Weiden dehnten sich vor dem Blicke der Westwanderer aus, nachdem das Küstengebirge der Alleghanies überschritten war. Die Mississippi-Ebene mußte mit ihrer Weiträumigkeit ein Gefühl des Grenzenlosen und einen wirtschaftlichen Optimismus erwecken, wie sie nirgends in Europa (mit Ausnahme von Rußland) entstehen können. Alles Europäische erscheint wie in einem verkleinernden Zerrspiegel, wenn man an diese Weiträumigkeit gewöhnt ist. Die Flächenmaßstäbe der aus Europa herüberkommenden Neusiedler weiteten sich plötzlich ins Riesenhafte. Je weiter man in den USA nach Westen vordrang, desto mehr wurde man von diesem Gefühl erfaßt: die Gebietsgrößen der 13 Staaten, die die Union ins Leben riefen, sind zwergenhaft, gemessen an dem Bodenraum der aus der Mississippi-Ebene

herausgeschnittenen neuen Staaten. Zumal westlich des Mississippi könnte man aus jedem Einzelstaat ein Dutzend oder noch mehr solcher Kleingebilde schaffen wie Rhode Island oder Connecticut.

Vor einem Menschenalter rühmte Andrew Carnegie in seinem Buch „Triumphierende Demokratie“: die Farmen der Vereinigten Staaten kämen an Ausdehnung den Gebieten von Großbritannien, Frankreich, Belgien, Deutschland, Österreich-Ungarn und Portugal zusammengenommen gleich. Allein die Weizenfelder bedeckten eine Fläche, in welcher England, Schottland und Belgien nebeneinander Raum finden könnten, während die sonstigen Getreidefelder dem Flächeninhalt ganz Spaniens gleichkämen. Die Baumwollpflanzungen nähmen eine Bodenfläche ein, größer als Holland, zweimal so groß wie Belgien. Die Reisfelder, die Zucker- und Tabakspflanzungen würden ebenfalls ganze Königreiche von nicht unbedeutender Größe bedecken.

Die einfachen Größenlinien auf der Karte der USA — so rühmt auch Kjellén — bilden von Anfang an „eine weit natürlichere Grundlage für eine große Staatenbildung als die reiche Abwechslung an Terrain sowohl wie an Küste auf der Europas. Nur der kalifornische Küstenrand trennt sich in starker, geographischer Individualität von dem übrigen Lande, mit dem er jetzt durch sieben Pazifikbahnen fest verbunden ist.“¹⁰⁾

So entstand jener große, beinahe schrankenlose Zug, der überall im Wirtschaftsleben der USA auffällt, der sich aber mehr und mehr auch in der äußeren Politik des Landes durchgesetzt hat. Hier berühren sich die Verhältnisse der Vereinigten Staaten mit denen des zarischen Rußland. Der große Raum, erst zum kleinen Teil wirklich in Besitz genommen, lockte unaufhaltsam in die Ferne. Er weckte eine Maßlosigkeit, die überall entstehen mag, wo Himmel und Erde sich in fernster Ferne noch immer nicht zu berühren scheinen. Zu der Grenzenlosigkeit des Gedankens gesellt sich dann wohl auch eine Maßlosigkeit des Empfindens.¹¹⁾ Hoffnungen und Wünsche überschlagen sich, weil der Widerstand des engen Raumes sie nicht im Zaum hält. Wo sie aber auf Schwierigkeiten stoßen, bietet sich immer die Möglichkeit, ihnen zu entgehen, indem man noch weiter in die Ferne zieht oder sein Glück in dem von Bodenschätzen strotzenden Lande an anderer Stelle versucht. Die Konflikte, die in den älteren, dichter besiedelten Ländern durch die Zusammendrängung der Menschen so leicht entstehen, blieben den Nordamerikanern lange Zeit erspart, weil sie sich ihnen immer wieder durch Westwanderung entziehen konnten; an Raum zur Ausbreitung fehlte es nicht. Bis vor kurzem wurde noch jede Wirtschaftskrisis in den Vereinigten Staaten durch diese Möglichkeit, weiter im Westen sich ein günstigeres Geschick aufzubauen, wesentlich gemildert.

Eben diese Weiträumigkeit aber und die Möglichkeit schrankenloser Ausbreitung nach Westen ließ im nordamerikanischen Volke die Leidenschaft immer weiterer Expansion entstehen. Hatte man sich Jahrzehnte hindurch gewöhnt, mit unbesiedelten Landflächen, mit der Aufschließung unendlicher Bodenschätze zu rechnen, so wollte es der Nation nicht in den Sinn, daß infolge der Besitznahme des gesamten Festlandrumpfes diese Ausbreitung nun abgeschlossen sein sollte. So bildete sich jener imperialistische Zug, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts nach außen abermals in Erscheinung trat, doch aber nur den überraschen konnte, der die Entwicklung bis dahin nicht richtig gewertet hatte. Die Besiedelung des Westens und der Wunsch der Erwerbung überseeischer Gebiete stehen miteinander in engster Verbindung.

Die Stoßkraft der Bewegung, die sich nach Westen gerichtet hatte, war zu groß, als daß sie nun, an der Küste des Stillen Meeres angelangt, plötzlich hätte Halt machen können. So floß sie denn über die Ränder des Festlandgebietes hinaus und äußerte sich in jenen politischen und wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen, die seit dem spanischen Kriege für die USA charakteristisch sind. Nicht geweckt hat sie dieser Krieg, sondern nur, wie das jeder erfolgreiche Feldzug tut, innerlich gestärkt.

Dabei machten die Vereinigten Staaten dieselbe Erfahrung wie die Länder Europas: das Streben nach Besitzungen jenseits der eigenen Grenzen schloß die Nation zusammen und lenkte sie von innerpolitischen Zerwürfnissen ab. In der Ferne vorzudringen, war dem amerikanischen Volke so zur zweiten Natur geworden, daß es jetzt, nach wahrhaft überraschenden Erfolgen, erst recht nicht gesonnen war, davon abzustehen. Zudem haben ja räumliche Aufgaben in der Politik den Vorzug, auf das Gefühl zu wirken und dadurch leichte Siege zu erringen. Daß eine weitere Expansion durchaus nicht nötig war — diese Überlegung wurde nur von wenigen angestellt und konnte auf die Gefühlsrichtung und die Entschlüsse der Masse der Nation keinen Einfluß gewinnen.

Was die dichtbevölkerten Staaten Westeuropas in überseeischen Kolonien suchen, das besaßen und besitzen die USA auf eigenem Boden. Wenn trotzdem der Wunsch der Eroberung überseeischer Gebiete die widerstrebenden Elemente innerhalb der Nation überwand, so stehen wir vor einer Offenbarung des Machttriebes, für den eine politische oder gar eine wirtschaftliche Notwendigkeit durchaus nicht vorliegt. Daß dieses irrationale Machtstreben in den Vereinigten Staaten mit lauterer Versicherungen der Liebe zum Frieden und zur Freiheit anderer verbunden ist als sonstwo, braucht man, wie Kjellén richtig betont, nicht als Heuchelei auszulegen: „Die Geschicke der Völker werden, wie die der Menschen, mit geringem Bewußtsein geschaffen. Wie mit abgewandten oder verbundenen Augen hat die große Union Amerikas den Weg des Imperialismus betreten.“¹²⁾

Durch ihre Lage an zwei Weltmeeren ist den USA der Weltmachtstempel aufgedrückt wie keinem zweiten Lande. War ihr Gesicht in den ersten Menschenaltern nach Osten gekehrt, so erwuchs durch die schnelle Ausdehnung nach Westen die Überzeugung, daß vielleicht noch größere Zukunftsaufgaben winkten. Zwar erlitt dieser Optimismus manche Ernüchterung, doch tauchte stets von neuem die Ansicht auf, die Zukunft der Vereinigten Staaten läge, weil sie die stärkste Macht im Stillen Meere seien, eben hier. In Wirklichkeit sind sie ein Reich der Mitte zwischen Europa und Asien, sie bilden ein neues Weltzentrum in einem Gebiete, von dem noch vor 100 Jahren kaum jemand angenommen hätte, daß hier einmal eine Großmacht emporkommen könnte, um deren finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung die Völker Europas, Asiens, Mittel- und Südamerikas buben würden.

In der Tat ist die Politik der Vereinigten Staaten und der Geist ihrer führenden Wirtschaftsmänner von einer Neigung zum Großbetrieb und zur überstaatlichen Organisation ergriffen worden, die sich auch ohne entsprechende Schlagworte daran gewöhnt hat, in großen Bodenräumen zu denken. Nichts ist dem Amerikaner, zumal auch dem amerikanischen Wirtschaftspolitiker groß und fern genug, als daß er es nicht in seine Pläne einbeziehen möchte. Ja, dieses Streben in die Weite bildet einen Grundcharakter der Handelspolitik der USA schon von ihren ersten Tagen an. Kaum war der Friede mit England 1783 geschlossen, als sich nordamerikanische Reeder anschickten, um das Kap Horn herum nach den nordwestlichen Küsten des Festlandes und nach Ostasien Schiffe zu entsenden. Die Südsee blieb Jahrzehnte lang ein bevorzugtes Ziel ähnlicher Unternehmungen.

Die Wirtschaftspolitik der jungen Republik war zuerst schon deshalb vorwiegend auf den Seeverkehr gerichtet, weil sie Binnenstaaten kaum besaß. Bei weitem die Mehrzahl der 13 Einzelstaaten lag am Meere. Wenn es in dem ersten Artikel der Verfassung des jungen Freistaates hieß, daß die Regelung des Handels und der Handelspolitik zwischen den Einzelstaaten und den Indianerstämmen Bundessache sei, so handelte es sich selbst bei den Einzelstaaten zunächst vorwiegend um einen solchen auf dem Meere. Über 40 Jahre dauerte es, bis eine Entscheidung des Obersten Bundesgerichts (1827) über die Dampfschiffahrt auf dem Hudson klarlegte, daß die Bestimmungen der Bundesverfassung über die Regelung des Handels zwischen den Einzelstaaten sich auch auf den Binnenverkehr bezögen. Denn nun erst waren Staaten hinzugekommen, die vom offenen Meere getrennt waren. Je mehr der junge Riese die Glieder nach Westen streckte, um so mehr erkannte er die Notwendigkeit einer inneren Verkehrspolitik des Bundes, an die man ursprünglich kaum gedacht hatte.

Nirgends ist deshalb die Bedeutung der Eisenbahn als Mittel des inneren

Zusammenschlusses stärker empfunden worden als in Nordamerika; nicht einmal in dem durch seine Kleinstaaterei zerfetzten Deutschland, wo man doch die politische und wirtschaftliche Macht des Eisenbahnwesens dichterisch in beinahe sentimentalen Tönen rühmte. In den Vereinigten Staaten ertönte dieser Hymnus am lautesten, nachdem 1869 die erste Überlandbahn vom Atlantischen zum Stillen Ozean eröffnet war: „Durch das Gefühl gleicher Interessen und gleicher Gefahren verkittet, wird unser Eisenbahnsystem einst denselben großen Einfluß üben wie die römisch-katholische Kirche, obwohl es statt der religiösen und moralischen Herrschaft nur den mächtigen Einfluß besitzen wird, den ihm der Drang nach materieller Entwicklung verleiht, welchem es so wirksam dient“.13)

Ohne die vereinigende Macht der neuen Verkehrsmittel wäre es sogar den ursprünglichen 13 Staaten schwer gewesen, den Zusammenhalt der Union zu bewahren. Nord und Süd standen sich von Anfang an so schroff gegenüber, daß schon bei Beratung der Bundesverfassung nur ein politischer Kuhhandel übelster Art beide zusammenhalten konnte: der Süden gewährte dem Norden eine protektionistische Schiffahrtspolitik, wohingegen der letztere von seiner Absicht, den Sklavenhandel schon jetzt zu verbieten, Abstand nahm. Im Grunde handelte es sich dabei überhaupt nicht um die Sklavenfrage, sondern um die wirtschaftspolitischen Gegensätze beider Gebietsteile: der Süden, dessen Pflanzer ihre Massenprodukte (namentlich Baumwolle und Tabak) nach Europa verkaufen mußten, war freihändlerisch gestimmt, während man den Neu-England-Staaten für die aufstrebenden oder erst ins Leben zu rufenden Gewerbe wie für ihre Schiffahrt den Schutzzoll wünschte. Wirklich drohte im zweiten Kriege mit England 1812 der Zerfall der Union; und ein halbes Jahrhundert später kam es zu jenem Kampfe auf Tod und Leben, der erst mit der gänzlichen Niederwerfung des Südens sein Ende nahm.

Solche Gegensätze zwischen Nord und Süd sind nun freilich auch in anderen Staatsgebilden häufig zu finden. Gar leicht überschätzt man sie. Der Mainlinie hat man bis in die neueste Zeit hinein eine beinahe mystische Bedeutung zugemessen. Schärfer differenziert ist der wirtschaftliche Aufbau Nord- und Süditaliens. Selbst in England zeigt sich (mindestens vom 18. Jahrhundert an) ein starker Gegensatz zwischen Nord und Süd. Wie weit er dort, in Italien usw. auf seelische Unterschiede der Bewohner zurückzuführen ist, oder wie weit diese Unterschiede durch wirtschaftliche Differenzierung hervorgerufen sind, ist eine Frage, die hier nicht zur Erörterung steht. Wohl aber erscheint es mir nötig, zu betonen, daß die Angleichung der politischen und wirtschaftlichen Sinnesart der verschiedenen Landesteile in dem wesentlich größeren Staatsgebiet der USA weiter fortgeschritten ist als in Italien, vielleicht sogar als in Deutschland oder England.

Die Mason- und Dixon-Linie ist heute keine Trennungslinie mehr. Nord und Süd gehen Hand in Hand miteinander, sie fühlen sich nicht mehr als verschiedene oder gar auseinanderstrebende Teile. Es ist den Vereinigten Staaten gelungen, eine wesentlich größere Einheitlichkeit des inneren Wesens ihrer Bevölkerung zustande zu bringen, als manchem anderen Neuland. Beispielsweise haben sich in Queensland die Gegensätze zwischen Nord und Süd allmählich vertieft: dort der Zucker, hier die Schafzucht und die Industrie, da die Kuliarbeit, hier die Gewerkschaften mit ihrer Streikpolitik, dort die kleinen Handelsstädte, hier das pilzartig wachsende Brisbane.

Ganz richtig hat um die Mitte des 19. Jahrhunderts Tocqueville betont, daß die Vereinigten Staaten durch eine Spaltung nicht nur ihre Kraft dem Auslande gegenüber schwächen, sondern selbst ein Ausland auf ihrem eigenen Boden schaffen würden. Die Folge würde wirtschaftlich ein System von Binnenzöllen und künstlichen Wirtschaftsgrenzen statt einer von der Natur geschaffenen Wirtschaftseinheit, somit eine schwere Hemmung der Aufschließung ihres Gebietes sein; wenn die Union bis jetzt keine Invasion zu fürchten, keine Heere zu unterhalten und keine Zölle zu erheben habe, so würde das alles unvermeidlich werden, falls sie eines Tages zerbreche.¹⁴⁾

Diese Gefahr haben die USA glücklich abgewehrt. Vielmehr zogen sie, freilich erst, nachdem sie das Fegefeuer des Bürgerkrieges durchschritten hatten, in ihren Bewohnern ein politisches Gemeinschaftsgefühl groß, das jedem einzelnen so selbstverständlich und unentbehrlich ist wie die Luft, die er atmet. So stark und warm ist dieses Gefühl, daß die unzähligen Millionen der zugewanderten Europäer und mehr noch ihre Kinder in überraschend kurzer Frist innerlich zu Amerikanern geworden sind. Lange bevor sie die Landessprache beherrschen, werden sie seelisch zu Amerikanern. Das drückt sich nicht nur in der politischen Sinnesart aus — etwa in der beinahe abgöttischen Verehrung der „Sterne und Streifen“, auf die kein Amerikaner ohne innerliche Ergriffenheit blicken kann — vielmehr richtet sich das Vaterlandsgefühl auch auf wirtschaftliche Dinge. Von einer Vorliebe für Auslandswaren, wie sie in europäischen Ländern zu finden ist, läßt sich in den Vereinigten Staaten (abgesehen von den Kreisen der Überreichen und den allerdings recht zahlreichen Snobs, denen nichts englisch genug sein kann) kaum etwas beobachten. Vielmehr gilt dem Amerikaner sein Land als das schönste und beste der ganzen Welt, und es wäre ihm unverständlich, daß man nicht auch die Erzeugnisse dieses Landes als die schönsten und besten betrachten könnte. Von Jugend auf dazu erzogen, nur das ins Herz zu schließen, was in „Gottes eigenem Lande“ entstand, die europäische Welt (ähnlich wie der russische Panslawist) als altersschwach, wenn nicht als entartet zu betrachten, kauft er

grundsätzlich amerikanische Waren und wendet sich anderen erst dann zu, wenn im eigenen Lande gar nichts brauchbares zu haben ist.

Innerhalb seines Landes aber fordert er den kräftigsten Wettbewerb und unaufhörliche Verbesserungen, um stets das Neueste, Beste und Billigste zu erhalten. Ist er doch überzeugt, daß die Gebietsgröße zusammen mit dem Rohstoffreichtum seines Landes die Möglichkeiten zu einer weit billigeren Produktion gewährt als irgend ein europäisches Land, von den übrigen Weltteilen zu schweigen.

Für jeden der 48 Einzelstaaten gibt es einen Schmeichelnamen. Fehlt es auch nicht an spöttischen Bezeichnungen der Nachbarstaaten untereinander, so pflegen sie doch nicht entfernt so ätzend zu sein wie die Spitznamen in Europa, wo sich keineswegs nur benachbarte Staaten, sondern selbst Landschaften, Städte, ja Dörfer gegenseitig verhöhnen. Es braucht kaum betont zu werden, daß man daraus keineswegs auf eine größere Gutmütigkeit des Amerikaners schließen darf. Er hat für andere Völker Bezeichnungen, die nichts weniger als schmeichelhaft sind: für den Mexikaner, den Chinesen und Japaner nicht nur, auch für sämtliche europäische Nationen, die er im eigenen Lande als Zuwanderer kennengelernt hat und in ihren Schwächen zu verspotten liebt. Wenn es dagegen zwischen den 48 Einzelstaaten der Union eigentliche Feindschaft nicht gibt, so ist die Ursache wieder in der Weiträumigkeit des Gesamtgebietes zu suchen. So lange die 13 ursprünglichen Staaten untereinander eine gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik vereinbaren sollten, mangelte es an gegenseitigen Angriffen und Böswilligkeiten durchaus nicht, und in den Jahren vor dem Bürgerkriege spitzten sich die Gegensätze auch in den neuen Staaten der Mississippi-Ebene so scharf zu, daß es schwer sein dürfte, aus der Geschichte der europäischen Nationen in dem gleichen Jahrhundert ähnliche Gewalttaten von Bürgern gegen Mitbürger anzuführen. Nachdem aber der Gegensatz zwischen Nord und Süd mit solcher Wucht beseitigt war, daß der letztere ein Menschenalter brauchte, um wieder zu Atem zu kommen, gab es erbitternde Gegensätze zwischen den einzelnen Landesteilen nicht mehr; insbesondere nicht zwischen Osten und Westen. Vielmehr freute man sich in den älteren Gebietsteilen des Fortschrittes des jungen Westens und seiner Urwüchsigkeit. Sah man sich doch selbst darin gleichsam noch einmal verjüngt. Auch kam dem Osten der Aufschwung der neuen Gebiete im Westen sowohl wirtschaftlich wie finanziell zugute; wirtschaftlich, weil von hier aus ihre Versorgung mit Waren aller Art erfolgte; finanziell, weil viel östliches Kapital in westliche Unternehmungen gesteckt wurde.

Der Binnenmarkt der Vereinigten Staaten weitete sich zu immer gewaltigerer Größe. Seine Anforderungen waren so bedeutend, daß die Bedarfs-

deckung mit Ziffern zu rechnen lernte, wie sie mit Ausnahme der drei westeuropäischen Großmächte nur noch in Rußland zu finden waren.¹⁵⁾

So erreichten Erzeugung und Verbrauch von Dingen, die nicht für den Geschmack Einzelner, sondern für die Bedarfsdeckung großer Massen bestimmt sind, beträchtlichen Umfang. In den USA herrscht allenthalben genau dieselbe Nahrung und genau dieselbe Kleidung vor, man liest dieselben Bücher, sieht dieselben Theaterstücke. Man läßt sich widerstandslos zu einem Kulturbrei verkneten. In der alten Welt, mit ihrer fast für jede Stadt, nein für jedes Dorf abweichenden Tradition, der sehr viel größeren Zersplitterung in Nationen, Stämme und Landsmannschaften, ihrer Unzahl von Sprachen nicht nur, sondern auch von Mundarten, von örtlichen Überlieferungen, Sitten und Gewohnheiten hat man die Besonderheiten der Gruppen und der Einzelmenschen trotz Massenfabrikation in sehr viel größerem Umfang beibehalten als in Nordamerika. In den USA bewirkte schon die mehr oder weniger zufällige Durcheinanderwürfelung der Menschen, die sich irgendwo in einer emporsproßenden Siedlung niederließen, daß Besonderheiten nicht aufkommen vermochten, vielmehr die verschiedenen Nationen und Stämme in dem gewaltigen Schmelztiigel des neuen Landes in eine gleichartige Masse zusammengeschmolzen wurden.

Nicht wenig trug die Art und Weise des Städtebaus in Nordamerika dazu bei, alles Individuelle einzuschränken und eine gleichförmige Menschenmasse zu erzeugen, deren Einzelglieder sich zwar noch, weil die Natur nun einmal an dieser Eigenwilligkeit festhält, nach Körpergröße und anderen Merkmalen der Körperbildung unterscheiden, in ihrer Sinnesart aber sich einander mehr und mehr angleichen. Schnurgerade Straßen, die sich rechtwinklig in genau gleichem Abstand durchschneiden, ohne jede Diagonal-Straße, lauter genau gleichgroße Häuserblöcke — das ist der Typus der Städte des nordamerikanischen Westens. Größe und Richtung der Straßen wie der Häusergruppen werden von vornherein bei der Anlage bestimmt, die Plätze vielfach ebenfalls nach einem stereotypen Plan aus dem städtischen Weichbild herausgeschnitten. Es könnte in solchen Städten merkwürdig anmuten, wenn ihre Straßen nicht, statt Namen zu erhalten, in der einen Richtung fortlaufend numeriert, in der anderen mit großen Buchstaben benannt würden. Alles Individuelle scheidet hier aus, man hat fungible Straßen- und Häusergruppen vor sich, wie die amerikanische Industrie fungible Gebrauchsgüter erzeugt: einschließlich der Kleider, der Hüte und der Schuhe, die genau gleichförmig im ganzen Lande getragen werden — nein sogar einschließlich der Häuser, die man in einer Holzfabrik nach dem Katalog bestellt und als Planken geliefert bekommt, nebst einem Plan, der gestattet, die Planken mit Hilfe von Verbindungsbolzen zu einem Hause zusammenzufügen.

Gelingt es Edison nun gar, seine gegossenen Betonhäuser billig genug herzustellen, so werden die USA und von ihnen aus die ganze Welt mit fungiblen Häusern nach genau demselben Plan überstreut werden. Wie das Äußere, so wird auch das Innere der Individualität entbehren, an genau derselben Stelle wird der Eßtisch, werden die Betten, wird der Nachttisch stehen.

Über die Gleichförmigkeit und Eintönigkeit in Nordamerika klagt jeder Besucher des Landes und klagen auch viele seiner Bewohner. Freilich empfinden sie diese Monotonie häufig erst, nachdem sie die größere Reichhaltigkeit der Lebensgestaltung in europäischen Ländern beobachtet haben.

Zum Teil beruht die große Gleichförmigkeit in Nordamerika auf seinem Kolonialcharakter. Schon im 17. Jahrhundert fiel es auf, daß sie größer war als in England.¹⁶⁾ Um die Mitte des 19. Jahrhunderts mehrten sich die Klagen.¹⁷⁾ Daß sie neben vielen Nachteilen auch Vorzüge hatte, sahen die europäischen Reisenden wohl. Schon damals ging die Monotonie sehr weit. Beispielsweise waren die Kutschen, in denen man über Land reiste, in den ganzen USA nach einem und demselben Plan gebaut.¹⁸⁾ Indessen waren die Gebrauchsgüter, deren sich der Einzelne bediente, schon deshalb nicht in demselben Maße wie heute im ganzen Lande nach einem übereinstimmenden Muster gestaltet, weil manche davon noch mit der Hand hergestellt, andere aus Europa bezogen wurden. Erst mit dem Fortschritt der eigenen Industrie hielt die „Sameness“ auch hier ihren Einzug. Sie hat eine Gleichmäßigkeit der Bedarfsdeckung und infolgedessen einen Verzicht auf Besonderheiten des Geschmacks und der Bedürfnisse hervorgerufen, die auf den Europäer erheiternd wirken. Nicht selten artet sie zur förmlichen Tyrannei aus. Wehe dem Mann, der zwischen dem 15. Juni und dem ersten Montag im September sich mit einer anderen Kopfbedeckung als dem Strohhut auf der Straße zeigt! Er läuft Gefahr, daß ihm der Hut vom Kopfe geschlagen wird. Es herrscht ein förmlicher Gleichheits-Fanatismus: Kleider, Wäsche, Nahrung, Häuser und Straßenbahnen, Autos und Geisteskost — alles ist für denselben Durchschnitt berechnet und muß so verbraucht werden. Wie die großen Versandschlächtereien in Chicago die ganzen USA mit Corned Beef versorgen, so gibt es auch Versandhäuser für fertiges Frühstück, das in Kartons verpackt allenthalben käuflich ist. Vom Grammophon bis zu den Schuhen, von der Butter bis zum Theaterstück und Tagesroman ist alles auf bestimmte Typen zugeschnitten und vereinfacht.

Für die amerikanische Volkswirtschaft hat das eine doppelte und dreifache Bedeutung. Zunächst konnten ihre Produktionskosten bedeutend sinken, weil durch die Herstellung von Standardtypen alle besonderen Vorbereitungen und Neuzurichtungen der Produktionsmittel, wie sie für die Herstellung von Besonderheiten erforderlich sind, gespart werden. Statt dessen erzeugt man

gewaltige Vorräte für das Lager und setzt sie auf dem großen, kaufkräftigen Binnenmarkt ab, der auf individuelle Wünsche immer mehr zu verzichten lernte. So niederdrückend dieser Zwang zur Anpassung an einen Durchschnitts-Massengeschmack ist, um so größere Ersparnisse erlaubt er wirtschaftlich.

Für Erzeugung und Absatz der zur Massenware gewordenen Bedarfsartikel läßt sich ferner ein großer Teil der Unkosten ersparen, die sonst den Herstellungskosten hinzugeschlagen werden müssen. Allerdings geht es ohne Reklame auch bei diesen Massenwaren durchaus nicht ab; ja sie muß, wo sie nötig ist, zur Riesenreklame werden, um durchzudringen. Sie ist daher unendlich kostspielig und verteuert den Warenpreis empfindlich. Mit Hilfe dieser Massenreklame wird aber der Wunsch, einen bestimmten Gegenstand zu besitzen, mit solchem Nachdruck hervorgerufen, daß nach der Notwendigkeit nicht mehr gefragt wird. Auch die Warenhäuser haben in Nordamerika ihre größten Triumphe gefeiert.

Sogar der Verbrauch geistiger Erzeugnisse muß sich dieser „Sameness“ fügen. Die Theater spielen dasselbe Stück hunderte von Malen. Wohin man kommt, überall kündigt die Reklame dasselbe Theaterstück an. Von Repertoire-Spielen ist keine Rede mehr. Selbst wenn es keinen Theatertrust gäbe, würden Schauspielertruppen mit demselben Stück, das sie einige hundertmal hintereinander gegeben haben, in andere Städte reisen, um es dort ein paar hundertmal zu wiederholen. Daß hier nicht von Shakespeares Dramen die Rede ist, weiß jeder Kenner Amerikas; man kann monatelang im Lande sein, ohne der Ankündigung eines Shakespeareschen Stückes zu begegnen.

Nicht anders ergeht es der schönen Literatur. Manche Bücher erleben ungeheure Auflagen, oft bis zu einer halben Million und darüber. Alle Mittel der Reklame werden bei dem Vertrieb benutzt und keine Kosten gescheut, da sie der Massenabsatz bezahlt. An den Eingängen der großen Warenhäuser finden sich riesige Stöße des neuen Buches, das allen in die Augen fällt. „Jedem Käufer wird das Buch angeboten. Man stopft es den Leuten, wie ein englischer Beobachter sich ausgedrückt hat, ‚in die Gurgel hinein wie den Engländern Pillen und sonstige Heilmittel‘“.¹⁹⁾

Es läßt sich kein Wirtschaftssystem denken, das theoretisch größere Ersparnisse möglich machte als diese unendliche Gleichförmigkeit, die alles durch Maschinen erzeugen läßt oder, soweit Maschinen beim besten Willen den Menschen nicht ganz ersetzen können (wie im Theater) den Menschen zur Maschine herabwürdigen. Innerlich wird der Einzelne dadurch seiner Individualität beraubt, er wird selbst zum fungiblen Produkt. Das aber ist es, was der amerikanische Kapitalismus braucht: eine gleichartige Masse, die sich mit gleichartiger Bedarfsdeckung zufrieden gibt. Nur nichts Individuelles! Nur keine Besonderheiten!

Dem Kampf gegen ausländische Waren kommt dies sehr zustatten. Den „Reach-me-downs“, die in jeder Saison nach einem neuen amerikanischen Muster erzeugt werden, sieht jeder Amerikaner sofort an, daß sie aus seinem eigenen Lande stammen. Fremde Kleidung würde er ablehnen, denn gerade hier greift die Reklame mit besonderem Geschick ein. Nicht nur durch Anzeigen, auch durch die dafür weit wirksameren (bezahlten und unbezahlten) redaktionellen Mahnungen an die Nation, sich in einheimische Erzeugnisse zu kleiden, wird eine Abneigung gegen den Bezug ausländischer Waren gezüchtet, die sich zu einer förmlichen Monroe-Lehre für die persönliche Bedarfsdeckung gesteigert hat. Nur die USA-Stapelware gilt dem Amerikaner als zweckmäßig und preiswert, nur sie macht ihn glücklich. Eine individuell gestaltete, aus dem Ausland bezogene Kleidung würde ihn schon durch die Abweichung von dem durch die gegenwärtige Modevorschrift diktierten Typ der Gefahr der Lächerlichkeit aussetzen, zu der sich die noch ärgere gesellen würde, einen Verstoß gegen die Vaterlandsliebe zu begehen. Der USA-Markt nur den eigenen Landeskindern! So lautet die Parole. Läßt sich vollends darauf hinweisen, daß durch die amerikanischen Standardtypen ausländische Märkte erobert werden können, so ist man erst recht bereit, sich in den Massenbrei der Samenness hineinkneten zu lassen.

Die Neigung, vom Ausland zu kaufen, ist also in den Vereinigten Staaten nicht groß; sie nimmt ab, je weiter die Samenness fortschreitet. Immerhin kommt dem Wunsch, fremde Waren zu erstehen, etwas anderes zustatten: die Wohlhabenheit der Bevölkerung, die namentlich in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs die Einfuhr fast regelmäßig anschwellen läßt.

Trotzdem besteht gerade für die Vereinigten Staaten das Wort Carnegies zu Recht: „Der auswärtige Handel ist in Wirklichkeit immer nur ein Aufschneider; der Binnenhandel ist der echte König“.

Die Größe des Binnenmarktes und seine Kaufkraft bieten den Vereinigten Staaten unschätzbare Vorteile. Es ist nicht zu sagen, welchen Vorsprung sie allein dadurch vor allen anderen Völkern voraus haben. Sowohl die Stetigkeit wie der Gesamtbetrag der Nachfrage bieten in einem Lande mit so stattlicher Bevölkerungszahl und so beträchtlichem Nationalreichtum die Grundlage für eine Produktionsüberlegenheit, die vielfach irriger Weise anderen Ursachen zugeschrieben wird.

Vor allem ist der Umfang und die Nachhaltigkeit der heimischen Nachfrage von ausschlaggebender Bedeutung für den Grad, bis zu welchem man die Arbeitsteilung im industriellen Produktionsprozeß treiben kann, und damit für die Verbilligung der Absatzpreise bei gleichzeitiger Gipfellage der Reallöhne. Kein Land der Welt ist heute imstande, Massenartikel so billig

zu produzieren wie die Vereinigten Staaten. Nicht etwa weil sie die billigsten Löhne hätten, sondern obwohl sie die höchsten Reallöhne der ganzen Welt zahlen. Das Geheimnis liegt allein im Umfang und der Kaufkraft des Binnenmarktes, die es gestatten, die Produktion auf unerhört breite Grundlagen zu stellen, während in keinem Lande mit kleinerer Menschenzahl die Arbeitsteilung so weit getrieben werden darf, es sei denn im Bewußtsein der schweren Gefahr, daß protektionistische Bestrebungen des Auslandes den Absatz dorthin verteuern oder erschweren und damit die Produktion des Ausfuhrlandes unterbinden.

Ist demnach die Volkswirtschaft eines Staates mit kleinerem Binnenmarkt nicht imstande, die Arbeitsteilung so weit zu treiben wie in einem Lande mit größerem Binnenmarkt, so genießt das letztere ferner einen weit größeren Einfluß auf die Weltmarktpreise. Auch nach dieser Richtung genießen die Vereinigten Staaten erhebliche Vorteile.

Gebietsgröße und Bevölkerungsziffer sind zwei der wichtigsten Faktoren für den Einfluß eines Landes auf die Weltmarktpreise. Ihre Wirkungen auf die Valuta und deren Schwankungen hat schon Adam Smith beobachtet, und zwar bei den kleinen geldstarken Handelsrepubliken.²⁰⁾ Vor allem ist die Kopffzahl und der Durchschnittsreichtum wichtig. Daß Liechtenstein oder Candorra nicht den mindesten Einfluß auf die Preisbildung der Weltmärkte üben und selbst bei den größten Anstrengungen nicht üben können, liegt auf der Hand. — Bei Staaten mit einigen Millionen Einwohnern wird man schon zweifelhaft sein; es tritt dann als zweiter Faktor das spezifische Gewicht des Nationalreichtums hinzu. Dänemark mit seinen wenig mehr als 3 Millionen Köpfen hat schon deshalb mehr Einfluß auf die Weltmarktpreise als Madagaskar mit ungefähr derselben Ziffer. Die Schweiz übertrifft den Einfluß Ceylons, obwohl beide etwa 4 Millionen Einwohner zählen. — Diese Vergleiche zeigen, daß noch ein dritter Faktor in die Rechnung eingeht: das Maß der Verflochtenheit in die Weltwirtschaft. Dänemark tauscht mit der übrigen Welt mehr Waren aus als Madagaskar. Auch die Größe des Außenhandels ist also für den Einfluß auf die Weltmarktpreise von Bedeutung.

Weiter ist er abhängig von der Struktur des Wirtschaftslebens. Ist es sehr vielgestaltig, herrscht weder eine bestimmte Produktion noch sonst ein Berufszweig vor, so ist die Einwirkung geringer, als wenn eine Spezialisierung auf bestimmte Warenklassen erfolgt ist. Es gibt Länder, die einen Produktionszweig so ausgebildet haben, daß sie davon aufs stärkste abhängig sind, anderseits auch die Weltmarktpreise in dieser einen Ware stark beeinflussen. Ceylon hat gewiß für die Preisbildung der Stahlwaren wenig zu bedeuten, aber für die Preisbildung des Tees ist es nicht einflußlos. Griechenland entscheidet mit seiner Ernte über den Weltmarktpreis der Korinthen. Wie die Kaffee-

erntete in Brasilien ausfällt, ist von hoher Bedeutung für den Weltmarktpreis des Kaffees.

Indessen ist solche Spezialisierung einer Volkswirtschaft auf einen Zweig, der in fremden Ländern nur wenig vertreten ist, eine Ausnahme. Wo sie nicht auf dem Bodenreichtum an einem bestimmten Rohstoff beruht (wie in Indien für Glimmer), können solche Monokulturen²¹⁾ durch die Einpflanzung desselben Produktionszweiges in anderen Gebieten ihr Übergewicht verlieren. In solchen Fällen bleiben als entscheidende Faktoren vor allem übrig die Größe des Staatsgebietes und des Nationalreichtums. Je bedeutender der Außenhandel eines durch Münzeinheit verbundenen Gebietes (seit Menschenaltern fällt es in der Regel mit dem durch die Staatsgrenzen umschlossenen Raum zusammen), desto wuchtiger fallen seine geopolitischen Faktoren in dem Gesamtumsatz aller Völker in die Wagschale. Deshalb erringen die Länder mit dem größten Gebiet ein entschiedenes Übergewicht auf dem Weltmarkt, falls sie gleichzeitig durch Bevölkerungszahl oder Reichtum entsprechendes Gewicht geltend machen können.

Da sich ferner von Weltmarktpreisen nur bei fungiblen Waren sprechen läßt, kommen dafür nur Massengüter in Betracht: besonders also Rohstoffe, Nahrungsmittel, Hilfsstoffe für die Industrie. Ein „auswechselbares“ Gut kann leichter anderswo Absatz suchen als ein spezialisiertes Erzeugnis. Wird letzterem der Absatzmarkt, den es sich an einer Stelle erobert hatte, verschlossen, so ist es schwer, einen Ersatzmarkt zu finden; für eine fungible Ware hingegen nicht. Indische Götzenbilder lassen sich nur in Indien, Schlittschuhe und Skier nur in Ländern mit kaltem Winter verkaufen, dagegen Weizen, Kohle, Kautschuk beinahe überall. Erstere sind eben keine eigentlichen „Weltmarktgüter“.

Der größte Teil der Weltmarktgüter wird in den „Rohstoffgebieten“ gewonnen. Schon deshalb geben die Vereinigten Staaten für viele Weltmarktpreise den Ton an. Ihre beträchtliche Volkszahl, ihr riesiges Staatsgebiet, ihr gewaltiger Reichtum, endlich die Fülle von nutzbaren Dingen, die in ihrem Boden ruhen und die sie durch energische, hochkapitalistisch orientierte und organisierte Arbeitsmethoden dem Boden entreißen — alles dies sichert ihnen auf den Weltmärkten eine bedeutende Macht. Ihre Währung wird schon deshalb überall als Weltgeld anerkannt. Selbst wenn sie nicht die Spitzenvaluta ist, sondern von einem fremden Staatsgelde überholt wird (wie im Kriege und abermals 1922 durch den Schweizer Franken), so rechnet doch alle Welt sowohl den Verlust der übrigen europäischen Devisenkurse wie den Weltmarktpreis von Rohstoffen und Nahrungsmitteln in Dollars.

Weit geringer war der Einfluß Rußlands trotz der Größe seines Gebiets und seiner Volkszahl; sein Nationalreichtum blieb gering, sein Außenhandels-

umsatz verhältnismäßig bescheiden. Immerhin war es für den Weltmarktpreis des Roggens fast ebenso entscheidend, wie früher (vor dem Erstarken des Wettbewerbs Argentinien, Kanadas, Australiens, Indiens) die USA für den Weizenpreis. — Je kleiner dagegen Gebiet und Volksziffer eines Staates, je geringeren Austausch es mit dem münzverschiedenen Ausland unterhält, desto weniger Einfluß übt es auf die Weltmarktpreise.

So erklärt sich ein großer Teil der Verschiedenheiten zwischen den „Nationalpreisen“ — wir können sie auch „Binnenpreise“ nennen — und den Weltmarktpreisen. In den USA fällt beides weit mehr und viel häufiger zusammen als in anderen Ländern.

Felsenfest ist jeder Bewohner der Vereinigten Staaten davon überzeugt, daß die wirtschaftliche Wohlfahrt eines Landes mit der Größe seines Staatsgebiets und dem hemmungslosen Ablauf der wirtschaftlichen Beziehungen auf diesem Bodenraum verknüpft ist. Die USAmerikaner haben daher in der Regel einiges Verständnis dafür, welche Torheit die sogenannten Friedensverträge von 1919 bedeuten. Sie sehen, daß Europa infolgedessen an einer Überproduktion von Grenzpfählen leidet, durch welche sowohl die staatlichen Betriebskosten wie die Handelsunkosten, besonders aber auch die Steuerlast, die jeder Bürger zu tragen hat, und der Preis aller Dinge, die er erzeugt oder verbraucht, in die Höhe getrieben werden. Und während sich auf dem Bodenraum der Vereinigten Staaten, der demjenigen Europas nur wenig nachsteht, ein lebhafter, durch keinen Schlagbaum, keine Zollgrenze, keine Paßrevision, keinen Zeitverlust für die Formalitäten beim Übergang in ein anderes Land gehemmter Wirtschaftsverkehr abspielt, verschwendet man in Europa ungeheure Beträge an Zeit und Kraft und Geld, indem Verkehrshandlungen, die ohne Störung erfolgen könnten, jedesmal, wenn eine Staatsgrenze zu überspringen ist, umständlich und schleppend vor sich gehen, schon weil damit ein anderer Währungsboden betreten wird.

Der amerikanische Bankier Vanderlip, der das wirtschaftliche Chaos Europas nach 1919 mit Entsetzen beschrieb und der Überzeugung Ausdruck gab, daß es zum größten Teil in den „Giftverträgen“ von 1919 wurzele, meinte treffend: „In wirtschaftlicher Hinsicht war die Verblendung, mit der diese neuen Grenzlinien gezogen worden sind, noch größer als bei den politischen Fehlern. Man findet die Rübenfelder auf einer Seite der Grenze und die Fabrik, die den Ertrag in Zucker verwandeln soll, auf der anderen. Verkehrslinien sind so zerschnitten worden, daß sie keinen wirtschaftlichen Wert mehr haben. Zollschranken haben sich zwischen ehemaligen Freunden aufgerichtet.“²²⁾

Solange diese Verhältnisse dauern, genießen die Vereinigten Staaten erhebliche wirtschaftliche Vorteile, die Europa sich selbst versagt. Es ist ein Irrtum, wenn Ford in seinem Buche meint: das in seinen Fabriken eingeführte

Produktionsverfahren ließe sich ohne weiteres auch in jedem anderen Lande einführen. In Wirklichkeit ist eine so weit getriebene Arbeitsteilung — um von den vorübergehenden Vorteilen zu schweigen, die die geringe Siedlungsdichte und der starke Verkehrswille der Nordamerikaner der aufstrebenden Kraftwagenindustrie bot — nur denkbar in einem Lande mit großem und kaufkräftigem Binnenmarkt, das der kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung mit Begeisterung anhängt und damit zufrieden, ja stolz darauf ist, eine einheitliche ungeheure Wirtschaftsmasse zu bilden.

Anmerkungen

- 1) Ernst von der Brueggen: Polens Auflösung. Leipzig: Veit & Co., 1878. S. 37.
- 2) Ich habe sie aus den internationalen Übersichten des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich 1919 zusammengestellt. Die Ureinwohner, die in keinem dieser Gebiete mehr eine nennenswerte Rolle spielen, sind fortgelassen. Als Bevölkerungsziffer der USA ist die für 1910 eingesetzt; inzwischen hat die neue Volkszählung (1920) für das Festlandsgebiet ohne Alaska und die überseeischen Besitzungen 105 708 771 Köpfe ergeben.
- 3) Friedrich Alexander von Humboldt: Versuch über den politischen Zustand des Königreichs Neu-Spanien. Bd. 2. Tübingen, Cotta, 1810. S. 278.
- 4) Humboldt: Versuch. Bd. 2, S. 11.
- 5) Siehe die Arbeit von F. Jackson Turner: The significance of the frontier in American history. (Report of the American Historical Association 1893. S. 99—227.)
- 6) Nach der amtlichen Schrift: Territorial and Commercial Expansion of the United States, 1800—1900. (Aus dem Summary of Commerce and Finance für August 1902.) S. 363.
- 7) Friedrich Ratzel: Politische Geographie. 2. Auflage. München-Berlin: R. Oldenbourg, 1903. S. 251.
- 8) Ratzel: Politische Geographie. 2. Auflage. S. 367.
- 9) Wie wir oben sahen, belief sich das Flächenwachstum der Vereinigten Staaten innerhalb eines Jahrhunderts auf rund 7 000 000 qkm. Die jährliche Zunahme belief sich also im Durchschnitt auf 70 000 qkm. Jamaika ist 10 896 qkm groß, die Schweiz 41 324 qkm, Belgien 29 455 qkm.
- 10) Dr. Rudolf Kjellén: Die Großmächte der Gegenwart. Übersetzt von Dr. C. Koch. Leipzig-Berlin: Teubner, 1914. S. 129.
- 11) Noetzel hat in seinem Buche „Die Grundlagen des geistigen Rußland, Versuch einer Psychologie des russischen Geisteslebens“ diese Wirkungen der geophysischen Verhältnisse Rußlands auf die Seele des Volkes, die in Liebe und Haß ohne Grenzen ist, dargetan.
- 12) Kjellén, S. 152. Kjellén fügt hinzu: „Es läßt sich denken, daß die imperialistische Entwicklung eines Tages die Yankees vor den Zwang stellen wird, Institutionen zu opfern, mit denen sie sich bisher am meisten gebrüstet haben.“ (S. 153.)
- 13) Charles F. Adams in der North American Review, 1870, 1. S. 125.
- 14) Tocqueville: La démocratie en Amérique, Band 2, S. 355.
- 15) China kann ebenso wie Indien außer Betracht bleiben, da ihre Binnenverkehrsmittel nicht weit genug entwickelt sind, um einen kraftvollen einheitlichen Binnenmarkt zu schaffen; von der übrigen Gestaltung ihrer Volkswirtschaft nicht zu sprechen.
- 16) Prof. Herbert L. Osgood: The American Colonies in the Seventeenth Century. New-York: Macmillan, 1904. Band 2. S. 234.
- 17) Dr. Moritz Wagner und Dr. Carl Scherzer: Reisen in Nordamerika in den Jahren 1852 u. 1853. Leipzig: Arnold, 1854. Band 1, S. 26.
- 18) Charles Lyell: Zweite Reise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Braunschweig: Vieweg, 1851. Band 2, S. 30.
- 19) Dehn: Weltwirtschaftliche Neubildungen. Berlin: Allgemeiner Verein für deutsche Literatur, 1904. S. 211.
- 20) S. seinen „Reichtum der Nationen“, Buch 4, Exkurs über die Depositenbanken usw.
- 21) So hat Schilder sie getauft.
- 22) Vanderlip: Was aus Europa werden soll. München: Drei Masken Verlag 1922. S. 95. S. über den Einfluß der Zerstückelung Europas in Mittel- und Kleinstaaten auf ihr Wirtschaftsleben meine „Zerrüttung der Weltwirtschaft“. 2. Auflage. Berlin, Stuttgart, Leipzig: Verlag Kohlhammer, 1923. S. 122 ff.

VIKTOR NOSADSE:
DIE PETROLEUMPOLITIK DER WELT UND DAS SCHICKSAL
KAUKASIENS II

VI.

Nach der Eroberung der Hauptstadt Aserbeidschans durch Sowjet-Rußland befanden sich die übrigen transkaukasischen Republiken in einer überaus kritischen Lage. Es gelang ihnen nicht, den aggressiven Plänen Rußlands ernstlichen Waffenwiderstand zu leisten. Am 7. Mai 1920 schloß die georgische Republik mit Sowjetrußland einen Vertrag ab. Nach ihm zu urteilen, waren auch die Beziehungen zwischen Georgien und Rußland ausschließlich freundschaftliche. Auf Grund dieses Vertrages hätte man erwarten sollen, daß das kommunistische Rußland Georgien unberührt ließ, und die Naivität, solches zu glauben, herrschte unglücklicherweise tatsächlich in Georgien, obwohl die Republik Armenien schon bald darauf, am 2. Dezember 1920, unter die Füße der groben russischen Soldaten fiel. Infolgedessen kam die Reihe drei Monate darauf auch an Georgien.

Warum haben die russischen Bolschewisten die georgische Freiheit vernichtet? In seinem Aufruf an das Proletariat der Welt sagte das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei und das Exekutivkomitee der Gewerkschaften Georgiens:

„Unter der Flagge des Kommunismus setzt die Moskauer Regierung die imperialistische Politik der Zaren fort, indem sie es auf die Eroberung und die Knechtung der kleinen Nationen ab-sieht.“

Und der Präsident der früheren georgischen Republik, N. Jordania, führte aus:

„Wir möchten die besondere Aufmerksamkeit auf das Verbrechen der Bolschewisten gegen Georgien bei allen denen lenken, die in Europa für das Land Sympathien haben. Unter den Augen der zivilisierten Völker zerstören die roten Imperialisten die demokratischste Republik, die es auf der Welt gab, die von Sozialisten geleitet wurde. Es ist der Konflikt von zwei Prinzipien, des Bolschewismus und des Sozialismus. Ihn wollen die Bolschewisten jetzt durch die brutale Macht der Kanonen und der Bajonette beenden. Die Vernichtung Georgiens würde ein tödlicher Schlag nicht allein für das georgische Volk, sondern auch für den ganzen Sozialismus der Welt sein. Nur das energische, einstimmige Dazwischentreten der Arbeiterklasse und der ganzen europäischen Demokratie kann der Moskauer Barbarei ein Ende machen.“

Die Bolschewisten ihrerseits behaupteten, das georgische Volk selbst habe einen Aufstand begonnen, die russischen Truppen hätten bloß Hilfe geleistet, um die Regierung der Bourgeoisie zu vertreiben und um das georgische Volk,

das von den Kapitalisten unterdrückt gewesen wäre, zu befreien. In Wirklichkeit handelte es sich zwischen Rußland und Georgien nicht nur um einen Kampf wegen sozialistischer oder kommunistischer Methoden, es war vielmehr der Kampf des aggressiven Rußlands und der sich verteidigenden Nation Georgien, bei dem Rußland ein bestimmtes, klar umrissenes, machtpolitisches Ziel verfolgte.

Auf der Konferenz der drei Internationalen sozialistischen Exekutivekomitees in Berlin (2.—5. April 1922) wurde u. a. auch das Problem Georgien erörtert. Die Vertreter der Zweiten Internationale, Vandervelde und Macdonald, verlangten von den Bolschewisten die Räumung Georgiens. Darauf antwortete Radek:

„Was die Frage Georgiens anbetrifft, so weiß ich nicht, warum es den Bürger Vandervelde so sehr beunruhigt, daß anstelle Tscheidses oder Jordania (der alten Regierung Georgiens) in Tiflis Mdiwani (die neue bolschewistische Regierung) erschienen ist, und daß das Einfallstor von Baku sich nicht in englischen Händen befindet. . . . Nun, Genossen, man kann verschiedener Meinung über die Randstaatenfrage sein; aber was sie objektiv bedeutet, versteht jeder: nämlich, daß über die Einfallstore nach Rußland, über Riga und Batum, England verfügen soll. . . . Georgien konnte nicht neutral bleiben. Euer Regierungsführer Jordania hat das verstanden und daher in einer Rede gesagt: ‚Wenn wir zu wählen haben zwischen dem östlichen Fanatismus und der westlichen Zivilisation, so sprechen wir uns für die westliche Zivilisation aus.‘ Nun, die westliche Zivilisation ist eine außerordentlich gute Sache, aber zur westlichen Zivilisation gehören nicht nur so schöne Dinge wie die Tifiser Demokratie, sondern England hält für einen Bestandteil der westlichen Zivilisation auch die Petroleumquellen von Baku. Das Bedürfnis nach den Petroleumquellen war nicht nur bei der Petroleumgesellschaft, hinter der die englische Admiralität steht, sondern auch bei der englischen Regierung immer sehr lebhaft. Ihr wißt sehr gut, daß die Naphtafrage nicht nur für das kleine Georgien, sondern auch für das große russische Volk und die russische Arbeiterklasse eine Sache ist, die ebenfalls eine gewisse Bedeutung hat. Nun hat mir einer der Genossen aus der Wiener Internationale zugerufen: ‚Schöner Naphtakommunismus!‘ (Zuruf Abramowitsch: ‚Sehr richtig! Naphtakommunismus!‘) Wenn der Bürger Abramowitsch den Sozialismus einführen wird, wird er ihn ohne Naphta einführen. (Große Heiterkeit.) Wir armen Teufel haben nicht einmal gelernt, Naphta gut auszunutzen. (Zuruf Abramowitsch: ‚So wirtschaftet Ihr!‘)“

Aus diesen Ausführungen geht klar hervor, weshalb die Bolschewisten Georgien erobert haben. Der Vertreter der georgischen sozialdemokratischen Partei, Herakles Zereteli, betonte das in der Rede Radeks folgenden Erklärung:

„In der Rede Radeks haben die Bolschewiki zum ersten Male öffentlich zugestanden, daß sie den Friedensvertrag mit Georgien verletzt und dieses Land militärisch okkupiert haben. Als den Grund dieser Okkupation haben sie das Bedürfnis Rußlands angegeben, sich den Zugang zu den Naphtagebieten zu sichern.

„Es gibt zwei Wege, um das Bedürfnis eines Landes nach den Produkten oder den wirtschaftlichen Quellen eines anderen Landes zu befriedigen: einen imperialistischen, der in Anwendung militärischer Gewalt besteht, und einen demokratischen, der durch ein brüderliches Abkommen auf Grund der gemeinsamen Interessen das gesteckte Ziel zu erreichen sucht. Ich konstatiere,

daß die Bolschewiki nach ihrem eigenen Geständnis den ersteren, den imperialistischen Weg gegangen sind und zu ihren wirtschaftlichen Zwecken ein sozialistisch regiertes Land vergewaltigt haben.“

So haben die Petroleuminteressen aus den Republiken Kaukasians ein Opfer des russischen Imperialismus gemacht. Aus der großen verheerenden Revolution erstand Rußland, getränkt von gewaltigem Nationalismus, als ein imperialistischer Staat, der äußerlich die Maske des Kommunismus und Internationalismus trägt, aber tatsächlich und praktisch als Träger des russischen Chauvinismus erscheint. Der bekannte russische Staatsmann Wladimir Lwow schreibt in seinem Buche „Sowjetrußland im Kampfe für russische Staatlichkeit“:

„Polen wurde abgetrennt, Kiew und die Ukraine dagegen blieben bei Rußland. Semjonoff, dieser Vorkämpfer Japans, ist aus Tschita verjagt. Die Krim ist dem russischen Staate wieder einverleibt. Georgien und das übrige Kaukasien sind wieder Bestandteile des russischen Reiches geworden. Während ein Bürgerkrieg die Sowjetmacht zur russischen Macht gestempelt hat, hat dann der Krieg mit fremden Staaten und ihren russischen Helfershelfern die Sowjetmacht zur nationalen Macht erhöht, die die Einheit des russischen Reiches gerettet hat.“

Die Bolschewisten selbst betonen dasselbe. Am 22. November 1922 erklärte Tschitscherin, der Vorsitzende des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten:

„Notre régime n'est pas celui des tsars, et nos méthodes y sont diamétralement opposées, mais l'effect reste le même.“

Das Ergebnis ist, daß das heutige Rußland genau so wie das zaristische Kaukasien in Blut ertränkt, um es weiter zu beherrschen, und daß es mit den erbarmungslosen Händen der Tscheka die Freiheitsbewegung der Völker des Kaukasus in eisernen Fesseln hält.

VII.

In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg glaubte die kapitalistische Welt nicht daran, daß die Macht der Bolschewisten lange dauern werde. In diesem Gedanken begannen die Kapitalisten, die sich mit Petroleumgeschäften befassen, den Ankauf von Aktien und Eigentumsrechten der Petroleumlagerstätten in Kaukasien. So wurde z. B. 1920 in England die „Anglo-Caucasian Oil Cy. Ltd.“ begründet mit dem Zweck, die kaukasischen Petroleumfelder ihren rechtmäßigen Privatbesitzern abzukaufen. Diese Gesellschaft hat auf diese Weise die Kontrolle über die „Grosny-Volga-Naphta“ erlangt. Andere solche englische Petroleumgesellschaften sind: die „New Caucasian Oil Fields“ und die „Producers and Traders“. Die „Royal Dutch Shell Cy.“ gründete zwei neue Tochtergesellschaften: „The Dutch Petroleum Cy.“ (Kapital 48 Mill. Gulden) und „The Royal Dutch Oil Cy.“ (36 Mill. Gulden). Außerdem hat die Royal Dutch 1920 mit den Industriellen Manthascheff, Lianosoff

und Gebrüder Atsaturoff sowie mit der Gesellschaft Volga ein Übereinkommen getroffen, nach dem die Lagerstätten der genannten Inhaber (zusammen etwa 230 ha) von einer einzigen Gesellschaft ausgebeutet werden und auf 10 Jahre 40 % der Erzeugung der Royal Dutch Shell Cy. übergeben werden sollten. Solche Verträge, die in London und Paris sehr häufig abgeschlossen wurden, erklären sich dadurch, daß die bisherigen Privatbesitzer, russische Emigranten, wegen Geldmangels gezwungen waren, ihre Aktien und Rechte zu verkaufen.

Belgien und Frankreich sind den gleichen Weg gegangen wie England. Belgien hatte schon früher seine Interessen besonders im Grosnygebiet, wo „La Société des Pétroles de Grosny“ (Kapital 28 Mill. Fracs.) arbeitete. Jetzt wurde „Le Trust Belge du Naphte“ (Kapital 25 Mill. Fracs.) gegründet. Dieser hat die Petroleumlagerstätten von Tschermoeff im Grosnygebiet gekauft und auch die Konzession einer Röhrenleitung von Grosny nach Noworossijsk am Schwarzen Meer erlangt. Die in Frankreich neu gegründeten Gesellschaften sind: „La Société Pétrole, Essences et Naphtes“ (Kapital 30 Mill. Fracs.), „Le Trust Franco-Belge des Pétroles“ (25 Mill. Fracs.) und das „Syndicat Franco-Belge“, welch letzteres sogar der Initiative der französischen Regierung im Juni 1922 seine Entstehung verdankt.

Selbst die Amerikaner erlagen diesem Petroleumfieber: Die „Standard Oil Cy.“ kaufte die Aktien der großen Gesellschaft Nobel.

So legten die Petroleummänner der ganzen Welt in Erwartung des Zusammenbruches der Sowjetregierung viele Millionen in diesen Spekulationen an und waren selbstverständlich bemüht, diese neuerworbenen Interessen energisch zu verteidigen. Gelegenheit, sich in den erwünschten Kampf mit Sowjetrußland zu stürzen, bot sich zum ersten Mal auf der Konferenz von Genua.

VIII.

Den ersten Versuch, das bolschewistisch gewordene Rußland wieder in die europäische Staatenfamilie einzugliedern, hat England durch die Konferenz von Genua gemacht. In der Vorkonferenz von Cannes (Januar 1922) wurden die Grundprinzipien der Genueser Konferenz ausgearbeitet:

„Die Alliierten betrachten eine solche Konferenz als einen dringenden und wesentlichen Schritt für die wirtschaftliche Wiederherstellung von Mittel- und Osteuropa. . . . Die verbündeten Mächte erachten, daß das Wiederaufleben des internationalen Handels durch ganz Europa und die Entwicklung der Hilfsmittel aller Länder nötig ist, um den Umfang der produktiven Fähigkeit zu vergrößern und um das weitverbreitete Leiden der europäischen Völker zu heilen. Eine vereinigte Anstrengung der stärkeren Mächte ist nötig, um die Paralyse des europäischen Systems zu heilen.“

Deutschland und Rußland waren zur Konferenz von Genua das erste Mal wieder eingeladen, nicht jedoch die Regierungen der alten kaukasischen Repu-

blicken. Ebensovienig jedoch waren die neuen bolschewistischen Regierungen Kaukasiens zugelassen. Ihre Vertretung lag bei dem Delegierten Rußlands, Tschitscherin. Um sich der Aufmerksamkeit der Großmächte aufzudrängen, um eine aktive Rolle zu spielen, um die De jure-Anerkennung oder wenigstens eine finanzielle Hilfe zu erlangen, hatte die Delegation der Sowjets nur einen Trumpf: ihren Mineralreichtum, die Kohlenschätze des Donez und vor allem das Petroleum Kaukasiens. Mit Hilfe dieses Trumpfes konnte Rußland die Alliierten gegeneinander ausspielen. In Sachen des Petroleums gibt es keine Freundschaften mehr, und die am Morgen noch verfeindeten Mächte nähern sich einander am Abend:

„In Genua hat zwischen England und Rußland mehr Herzlichkeit geherrscht als zwischen England und Frankreich.“ (Ch. Pomaret.)

„Die russische Delegation hat einen gewaltigen Kuchen auf den Tisch gelegt: die Petroleumlagerstätten, die wirklichen, die wahrscheinlichen, die eingebildeten. . . . Stellen Sie einen fünfjährigen Hund vor eine verzuckerte Torte, so werden Sie eine Vorstellung von Genua haben.“ (Journée industrielle du 21 avril 1922.)

Rußland hielt das kaukasische Petroleum für sein Eigentum. Die wahren Eigentümer, die Völker Kaukasiens, wurden nicht gefragt. Auf Rechnung der kaukasischen Nationen wollte England gemeinsam mit Italien Frieden mit den Bolschewisten schließen, um von ihnen die geraubten Petroleumländereien zu erhalten. Infolgedessen schrieb Poincaré in seinen Instruktionen (N. 6) an Barthou, den französischen Delegierten auf der Genua-Konferenz:

„Im Verlauf der Besprechungen der Sachverständigen in London ist die Frage des kaukasischen Petroleums nicht erörtert worden. Als die russische Regierung die Anmaßung äußerte, sich von den Delegierten der faktisch unter ihrer Faust gebildeten Regierungen von Georgien und Aserbaidshan begleiten zu lassen, haben sich die Alliierten dem entgegengestellt, indem sie sich auf den Beschluß von Cannes stützten, der die zur Genueser Konferenz einzuladenden Staaten auf die Gegenden nördlich des Kaukasus beschränkt hat. Die von uns De jure anerkannte georgische Regierung könnte übrigens nicht zulassen, daß eine Frage dieser Art von den Vertretern der Mächte mit der derzeitigen georgischen De facto-Regierung verhandelt wird, die die reguläre Regierung aus Georgien verjagt hat. Für Aserbaidshan allerdings ist die Lage anders, da dieses niemals de jure von den Alliierten anerkannt worden ist. Übrigens würde es eine Illusion sein, zu glauben, daß die Frage des russischen Petroleums in Genua ohne jede Vertretung der Vereinigten Staaten geregelt werden könnte. Es dürfte ratsam sein, dies gegebenenfalls durchblicken zu lassen. Sie werden jedoch beobachten, was zwischen Rußland und verschiedenen Mächten in dieser Beziehung vorgehen könnte, und werden in dem Falle, daß Sie die Interessen Frankreichs bedroht glauben, die Regierung benachrichtigen.“

Daraus ist ersichtlich, daß Frankreich die Frage des kaukasischen Petroleums nicht auf der Genueser Konferenz erörtern wollte. Pierre L'Espagnol de la Tramerye hat daher recht gehabt, wenn er schreibt:

„Die Petroleumfrage ist die erste politische Frage der gegenwärtigen Zeit; aber auf dieser Konferenz, auf der sich die Zukunft Europas entscheiden sollte, waren wir das einzige Volk, das dies

nicht einzusehen schien. Der Quai d'Orsay hatte nicht geruht, auch nur einen einzigen Petroleumfachverständigen für Genua zu bestimmen. Ich kann sogar bestätigen, daß der einzige französische Delegierte, der die Petroleumfrage kannte, vor seiner Abreise genaue Instruktionen erhalten hatte, sich systematisch von allen das Petroleum betreffenden Diskussionen fernzuhalten. Es war übrigens offenbar unmöglich, vorzugeben, man wolle in Genua die Frage des russischen Petroleums ohne jede Vertretung der Vereinigten Staaten regeln. Unsere Delegation beschränkte sich darauf zu beobachten. Frankreich nahm durch diese Enthaltensamkeit jedenfalls nicht teil an dem skandalösen Wetlauf um die Konzessionen, dessen jammervolles Schauspiel sich den Delegierten der Sowjets hinter den Kulissen von Genua darbot, während sie mit den offiziellen Vertretern der Mächte die großen Grundsätze der internationalen Moral diskutierten.*

Der erste Sturm auf der Genua-Konferenz wurde durch den deutsch-russischen Rapallo-Vertrag hervorgerufen.

„Dieser Vertrag, der ausschließlich ein wirtschaftlicher ist“, so schrieb Ch. Pomaret, der Sekretär des Staatsrates, „droht Deutschland eine wichtige Stelle in der russischen Petroleumindustrie zu geben, sowohl durch die direkten Konzessionen, die es zu erlangen versuchen wird, als auch durch seine gesonderte diplomatische Stellung in Rußland. Eine starke deutsche Petroleumoffensive in Rußland ist wahrscheinlich, besonders seitdem die Deutsche Bank die Leitung der deutschen Petroleumpolitik übernommen hat.“

Die Entrüstung über diesen Vertrag war noch nicht abgeebbt, als der zweite, noch größere Sturm losbrach. Es war die Nachricht, daß die Royal Dutch Shell Gy. mit der Sowjetregierung einen Petroleumvertrag abgeschlossen habe.

„Der berühmte Vertrag zwischen der Royal Dutch und den Sowjets, der die Presse der ganzen Welt erregte, und dessen Bekanntwerden einen solchen Skandal verursachte, daß er die Konferenz beinahe in die Luft gesprengt hätte, ist nicht in Genua abgeschlossen worden; er wurde in London im Februar 1922 abgefaßt Er sollte nur für den Fall in Kraft treten, daß es Lloyd George gelingen würde, für die verbündete Sowjetrepublik die De jure-Anerkennung zu erlangen. . . . Dieser Vertrag hatte es zwar nur auf die Konzession der noch nicht ausgebeuteten Lagerstätten abgesehen, aber die Sowjetregierung hatte vertraulich versprochen, die in Ausbeutung begriffenen und von ihr seit vier Jahren nationalisierten Felder in die Hände der Engländer übergehen zu lassen.“ (Tramerye.)

Laurent Eynac, der daraufhin von der französischen Regierung zum Schutz der französischen Petroleuminteressen nach Genua entsandt wurde, berief sich daraufhin sehr energisch bei der englischen Regierung auf die Verabredung des Vertrages von San Remo. Infolgedessen erklärte Chamberlain am 15. Mai, daß es keinen Vertrag zwischen den Sowjets und der Royal Dutch Gy. gäbe.

Trotzdem war es ganz klar, daß England alle möglichen Maßnahmen treffen würde, um mit den Sowjets allein ins Einvernehmen zu kommen, und tatsächlich hat es dies in einem Memorandum versucht, das die englische Delegation am 3. Mai 1922 an die russische gesandt hat. Eine ganz besondere Bedeutung hat in diesem der Artikel 7, der zum Scheitern der Konferenz beigetragen hat. Nach ihm erklärte England sich bereit, mit Rußland ins

Einvernehmen zu kommen, wenn Rußland anstelle der Zurückerstattung des nationalisierten Privateigentums eine **Kompensation** geben würde. Frankreich und Belgien dagegen verlangten eine volle Rückgabe des Privateigentums an die ehemaligen Inhaber. Der Grund des englischen Standpunktes ist folgender: Wenn die russische Regierung von der Verpflichtung, die früheren Inhaber in ihr Eigentum wieder einzusetzen, befreit ist, wenn sie denselben durch einfache Vergütungen alle ehemaligen privatwirtschaftlichen Rechte abkaufen kann, hat sie darauf die Freiheit, die Konzessionen auf einen beliebigen Trust, der geneigt ist, mit ihr zu verhandeln, umzuschreiben, z. B. die Royal Dutch Shell. Aber die amerikanische Regierung, die bekanntlich auf der Genueser Tagung nicht vertreten war, beharrte auf ihrer Weigerung, irgendwelche Konzessionen, die von den Sowjets aus konfiszierten Besitzungen bewilligt würden, anzuerkennen. Die Standard Oil Cy. setzte ihre inoffizielle Maschinerie in Bewegung. Sie und die französischen Finanzmänner begannen in Genua in den Petroleumpunkten zusammenzuarbeiten. Während so inoffiziell die Standard Oil dem französisch-belgischen Standpunkt den Rücken deckte, erklärte Amerika sich offiziell noch einmal für die Politik der offenen Tür, und die Regierung der Vereinigten Staaten bereitete auf Grund der Intervention des Herrn Bedford von der Standard Oil Cy. für den Fall der Bestätigung des Vertrages zwischen der Royal Dutch und den Sowjets eine energische Note vor. Die Botschafter der Vereinigten Staaten zu London und Rom wurden angewiesen, in dieser Frage eine Untersuchung anzustellen. Mittlerweile war die Konferenz von Genua beendet worden (nach Ch. Pomaret, Davenport-Cooke, Tramerye, Delaisi, Reichwein u. a.).

IX.

Der erste diplomatische Kampf um das kaukasische Petroleum in der Nachkriegszeit hatte also mit einem Fiasko geendet. Seine Fortsetzung erfolgte auf der Konferenz im Haag. Auch hier ist die Petroleumfrage die Grundfrage geworden. Fr. Delaisi schildert das sehr anschaulich:

„Dort fanden sich alle Petroleumleute vereinigt unter dem Vorsitz der Royal Dutch Shell Cy. — mit Ausschluß der Amerikaner. Es handelte sich darum, eine Einheitsfront zu bilden, um Rußland eine Formel der Verteilung und Vergütung aufzuerlegen, die den neuen Gruppen erlauben würde, sich einen Platz und einen Hafen zu schaffen gemäß dem Übereinkommen, das zwischen der Royal Dutch Shell und den Sowjets abgeschlossen war, und das durch die Indiskretion von Genua gescheitert war.“

Auch dieses Mal kam im entscheidenden Augenblick eine Erklärung des Geschäftsträgers der Vereinigten Staaten. Präsident Harding gab der Konferenz zu wissen:

„Jeder amerikanische Bürger, der versuchen würde, den selbst nur teilweisen Ankauf eines Besitzes irgend eines Staatsangehörigen der nichtrussischen, im Haag versammelten Staaten zu

erhandeln, kann nicht auf den Schutz der Regierung der Vereinigten Staaten zählen. . . . Die Vereinigten Staaten haben das Vertrauen, daß als Erwiderung eine entsprechende Politik zugunsten der amerikanischen Bürger von den verschiedenen Staaten angenommen wird.*

Das war noch einmal, in höflicher Form, die Anzeige, daß die Vereinigten Staaten jeden ohne sie abgeschlossenen Petroleumvertrag bekämpfen würden. Belgien beeilte sich, diesem Vorschlage beizustimmen, Italien tat dasselbe. Und die Konferenz wurde aufgelöst, zum großen Erstaunen des Herrn Litwinoff, der soeben versöhnliche Vorschläge nach Moskau gesandt hatte.

Da es sichtlich unmöglich war, ohne die Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu einem Ergebnis zu gelangen, bequemte man sich dazu, mit ihnen zu verhandeln; jedoch wollte man sich einer neuen Methode bedienen. In Genua hatten die Regierungsdelegierten wochenlang über juristische Fragen gestritten, während ihre Aufmerksamkeit die Petroleumfragen zu ignorieren schien. Im Haag hatte man — mit Ausschluß der Amerikaner — gleichzeitig Diplomaten und Petroleummänner vereinigt. In London, wo auch die Amerikaner vertreten waren, kam man überein, daß die Petroleummänner allein mit Ausschluß der Regierungsdelegierten verhandeln sollten. Die Amerikaner stellten klar und deutlich ihre These auf, die sich nie verändert hat: Offene Tür in allen Ländern für alle Unternehmer, gleiche Behandlung für alle Unternehmungen. Im September 1922 hatten sie in Paris unter dem Vorsitz des Herrn Deterding (von der Royal Dutch) ein internationales Verteidigungskomitee gegründet, welches bestimmte: 1. daß kein Mitglied direkt oder indirekt die konfiszierten Besitzungen anderer Mitglieder erlangen sollte; 2. daß der Betrieb von Petroleumfeldern nur nach der Wiedereinsetzung oder der Entschädigung aller beteiligten Parteien möglich sein solle; 3. daß kein Mitglied Petroleumländer, die dem russischen Staat gehörten, als eine private Konzession ohne Genehmigung aller Mitglieder annehmen solle; 4. daß Verhandlungen mit der Sowjetregierung nur gemeinsam und durch einstimmig gewählte Vertreter geführt werden sollen. Trotzdem unterzeichnete am 29. März 1923 Herr Deterding im Namen der Royal Dutch Shell einen Kontrakt mit den Sowjets. Die Erregung in Paris und New York war zunächst groß. Aber sie legte sich, als man die Einzelheiten erfuhr. Es handelte sich nur um einen einfachen Kaufkontrakt auf 300 000 t. Das französisch-belgische Syndikat protestierte trotzdem lebhaft. Herr Deterding antwortete mit dem Anerbieten einer Teilnahme an dem Geschäfte. Im englischen Unterhause machten die Gruppen ehemaliger Besitzer und die Aktionäre ihrer üblen Laune Luft. Aber die Regierung antwortete, daß sie nicht in der Lage sei, in einem Privatkontrakt zu intervenieren, und daß sie über kein Mittel verfüge, um den Verkauf dieses Petroleums in England zu verhindern. Das französisch-belgische Syndikat sandte daraufhin Ende Juni 1923 ein Memorandum an

Poincaré, in dem es behauptete, daß der eben genannte Vertrag eine schwere Verletzung der Rechte der französischen und belgischen Gesellschaften sei, ein Versuch der Royal Dutch, ein Monopol für das kaukasische Öl zu erlangen.

Die Genua-Konferenz, die dazu bestimmt gewesen war, "to remedy the paralysis of the european system", und ihre Fortsetzung, die Haag-Konferenz, sind also in einem Petroleumsee untergegangen. Die auseinandergehenden Petroleuminteressen der Großmächte verhinderten eine Einigung, und der Kampf dauert noch heute an.

X.

Anfang März 1924 hat Italien die Sowjetregierung de jure anerkannt und mit Rußland einen Vertrag abgeschlossen. Dadurch hat Italien von Moskau Petroleumkonzessionen in Georgien bekommen.

Um Petroleum- und andere Konzessionen zu erhalten, hat Italien die Interessen der kämpfenden Völker Kaukasiens unberücksichtigt gelassen und die russische Gewalt mit ihrem Blutvergießen im Kaukasus anerkannt und bestätigt.

Der französische „*Courier des Pétroles*“ schrieb daraufhin:

„Wir meinen, daß Frankreich mit aufmerksamen Augen Unternehmungen dieser Art beobachten sollte. Wir haben uns in der Tat bestrebt, im Laufe unserer Reihe von Artikeln über die Opportunität der Wiederaufnahme der Handelsverbindungen mit den Sowjets zu zeigen, daß Frankreich, weil es eine allgemeine Schuldforderung über die Gesamtheit des russischen Nationalvermögens besitzt, sich für das russische Petroleum, das den besten Teil der Aktiva des Schuldnerlandes bildet, interessieren muß.“

Auch Herriot hat dann die Union der Sowjetrepubliken de jure anerkannt. Neben anderen Zeitungen betonte daraufhin „*Le Journal*“ (24. Oktober 1924), daß diese Anerkennung durch die Petroleuminteressen erklärt sein dürfte.

Schließlich hat die englische Regierung unter Macdonald die Sowjetregierung anerkannt und Verhandlungen mit ihr geführt, die durch einen Vertrag abgeschlossen werden sollten, dem "Draft of proposed general Treaty between Great Britain and Northern Ireland and the Union of Soviet Socialist Republics" (7. August 1924). Artikel 10 dieses Drafttreaty besagt:

„Die Regierung der Union will ausnahmsweise den britischen Staatsbürgern (juristische Personen eingeschlossen) in bezug auf industrielle Geschäfte oder Konzessionen, die von ihr nationalisiert oder ungültig gemacht worden sind, eine gerechte Vergütung gewähren.“

Was Lloyd George auf der Genueser und Haager Konferenz nicht erreichen konnte, gelang Macdonald. Aber dieser Vertrag wurde nicht unterzeichnet, da die nachfolgende konservative Regierung Baldwin die von Macdonald den Sowjets gewährte Anleihegarantie nicht zubilligte.¹⁾

Unter den Hunderten, die über das Petroleumproblem Kaukasiens Urteile gefällt haben, habe ich nur einen Mann getroffen, der die Frage der Petroleumschätze Kaukasiens richtiggestellt hat. Es ist Charles Pomaret, der schreibt:

„Es gibt eine Erwägung, die die ganze russische Petroleumfrage beherrscht, und die man zu sehr vernachlässigt hat. In welchem Maße ist die russische Regierung Oberherr im Kaukasus? In welchem Maße steht es ihr zu, in Petroleumangelegenheiten zu unterhandeln? Kaukasien ist eine politische Wesenheit, die von Rußland sehr verschieden ist. Es wird von vier kleinen Staaten gebildet, die gegenwärtig in der Tat der Diktatur Moskaus unterworfen sind, aber die nicht auf ihre Unabhängigkeit verzichtet haben. Diese vier Staaten besitzen auf ihrem Gebiete alles Petroleum und alle Mittel, es zu fördern: Aserbeidschan, dem Baku gehört, die Republik der Bergbewohner, welche Grosny besitzt, Georgien, das durch seine Eisenbahnen und seine Rohrleitung die Verbindung mit dem Schwarzen Meere sichert.“

Im August 1924 brach in Georgien der Krieg gegen die russische Herrschaft aus. Das georgische Volk, das 2000 Jahre lang seine Freiheit und Selbständigkeit verteidigt hatte, konnte die kommunistische Tyrannei nicht länger ertragen und griff gegen die roten Herrscher zu den Waffen. Die ganze europäische Presse, mit Ausnahme der kommunistischen, verfolgte mit großer Sympathie den Kampf Georgiens gegen Rußland. Die georgische Frage führte den Völkerbund am 25. September 1924 zu einer Entschließung, nach der „durch friedliche und dem Weg des internationalen Rechts entsprechende Mittel diesem Lande die Rückkehr zu einer normalen Lage erleichtert werden soll“. Aber in Georgien selbst erschossen die russischen Truppen tausende von Georgiern und richteten im ganzen Lande ein furchtbares Blutbad an.²⁾

Bis die Glocken den Völkern des Kaukasus ihre Freiheit verkünden werden, werden noch viele Ströme Blutes in diesem Kampfe vergossen, viele Opfer gebracht, viele von den besten Söhnen Georgiens, Armeniens und Aserbeidschans vernichtet werden. Der Kampf gegen den russischen Imperialismus in Kaukasien dauert noch heute an und wird andauern, bis auf dem Gipfel des furchtbaren, stolzen Elbrus die Fahne der Freiheit Kaukasiens aufgehißt wird, bis der mächtige Adler seine Schwingen ausbreitet, bis Prometheus, der heute auf den kaukasischen Bergen angeschmiedet ist, seine Fesseln zerbricht.

Anmerkungen

1) Die neueste Entwicklung der Konzessionsverhandlungen ist von Prof. Obst im Neuigkeitsbericht aus der Alten Welt von Heft 4 des vorigen Jahrganges dargestellt worden.

2) Vgl. Aufsatz Obst: Georgien. Eine geographische Studie. Z. f. G. 1924, S. 747

ZUM VERTRAG VON LOCARNO

Die führende englische Fliegerzeitschrift „The Aeroplane“ beschäftigt sich sehr eingehend mit der weltpolitischen Konstellation und legt in verschiedenen Aufsätzen dar, wie diese englischen Kreise die Zukunft Europas beurteilen. Wir greifen heute den am 9. Dezember 1925 veröffentlichten Aufsatz obigen Titels heraus in der Überzeugung, daß es unseren Lesern angenehm ist, eine gewichtige Stimme von jenseits des Kanals im Wortlaut zu hören. Die Kritik dieser echt englische Mentalität atmenden Ausführungen dürfen wir gewiß dem Leser selbst überlassen.

Erich Obst.

Als der Vertrag von Locarno am 1. Dezember 1925 unterzeichnet wurde, ergingen sich die Zeitungen der Welt, wie zu erwarten, in den üblichen Plattheiten von der Sicherung des Weltfriedens, der Freundschaft der Nationen usw. Gerade als ob die Geschichte uns nicht von jeher gelehrt hätte, daß Verträge wie Tortenkrusten gemacht werden, um gebrochen zu werden . . . Wahrscheinlich wird die Mehrheit unserer Leser ungefähr zu gleichen Teilen verschiedener Meinung sein; die einen sind der Überzeugung, daß der Vertrag einen großen endgültigen Wert hat, die andern sehen in ihm nur eine Tortenkruste. Die Wahrheit aber ist, daß, wenn der Vertrag selbst auch nur ein Fetzen Papier ist, dem Geist dieses Vertrages die größte Wichtigkeit zukommt. Was er wirklich besagt, ist, daß die zivilisierten Nationen Europas sich endlich zusammengefunden haben zu einem festen Block gegen jede mögliche kriegerische Maßnahme der Russen und anderer orientalischer Völker.

Das Gleichgewicht der Kräfte. Der Vertrag bedeutet vor allem, daß England wie gewöhnlich seiner überlieferten Politik einer Wiederherstellung des Gleichgewichts der Kräfte gefolgt ist. Wir haben in der Tat einen wirklichen Bund der Nationen erreicht, ein Bündnis, welches durch Waffengewalt gestützt werden kann und nicht nur durch nichtssagende Resolutionen, wie es bei dem theoretischen Völkerbund in Genf der Fall ist, der seinen Mitgliedern soviel Geld kostet.

In den frühen Tagen des 19. Jahrhunderts, als Frankreich Europa überrannte, verband sich England mit Deutschland, und das Ergebnis war die Schlacht von Waterloo. Hundert Jahre später, als Deutschland eine Gefahr für Europa zu werden drohte, bekannte sich England zu einer Schicksalsgemeinschaft mit Frankreich, und das Ergebnis war der Krieg von 1914—18.

Dieser Krieg war insofern vom Übel, als wir gegen unsere nächsten Blutsverwandten, die Deutschen, zu kämpfen hatten; aber er war, so bedauerlich es sein mag, eine politische Notwendigkeit. Wir schrieben an dieser Stelle schon am 4. August 1914, am Tage als der Krieg erklärt wurde, daß das schlimmste an diesem Krieg das unglückselige Zusammengehen von England und Frankreich mit Rußland wäre. Es war das der Fehler der Franzosen, denn Frankreich hatte bereits das unnatürliche Bündnis mit Rußland fest abgeschlossen, und wir willigten nur ein, als Dritter im Bunde der Protektor dieses Bündnisses zu sein.

Heute finden wir die Staaten Europas noch einmal zusammengeschlossen, aber so, wie es sich gehört. Die nordischen und mittelmeerischen Völker stehen Schulter an Schulter gegen orientalischen Barbarismus und orientalischen Größenwahn. Der Vertrag von Locarno bringt tatsächlich genau das Bündnis, welches in dieser Zeitschrift in den letzten sechs oder sieben Jahren gefordert wurde, er leitet eine Politik ein, wegen deren Verkündung wir in den früheren Zeiten oftmals schlechthin verlacht wurden.

Der nächste Kriegsschauplatz. Diejenigen, welche den „Aeroplan“ regelmäßig gelesen haben, werden das in Locarno geschlossene Bündnis noch von einem andern Gesichtspunkt aus beachtenswert finden. Bei früherer Gelegenheit, als wir über die Westfront des nächsten Krieges sprachen, führten wir aus, daß die Strategie des nächsten Krieges vor allem durch die Maßnahmen der Deutschen und der Engländer bestimmt werden würde, die, mit Unterstützung der Skandinavier und anderer nordischer Völker, eine etwa von Danzig nach den Alpen laufende Linie zu verteidigen hätten; in gleicher Zeit würden die mittelmeeerischen Nationen, vor allem Franzosen und Italiener, eine Linie von den Alpen nach der Adria zu verteidigen haben, d. h. die alte italienische Kampflinie von 1914—18.

Nun macht der Vertrag von Locarno solche Kampflinien fast automatisch zur Wirklichkeit. Polen und die Tschechoslowakei sind zwar Mitglieder des neuen Bündnisses, aber es muß angenommen werden, daß im Falle einer russischen Invasion die östlichen Teile von Polen und der Tschechoslowakei von den russischen Truppen besetzt werden, ehe irgendeine dauerhafte Kampflinie festgelegt werden kann. Wahrscheinlich wird ein Versuch gemacht werden, Warschau als die Hauptstadt von Polen zu verteidigen, und sicherlich werden wir versuchen, Wien vor den Orientalen zu schützen, wie es in der Vergangenheit vor den Türken gerettet wurde. So wird der taktische Raum des Krieges sich anstelle der bloßen Grabenlinie von 1914—18 wahrscheinlich über Hunderte von Meilen erstrecken und von der Bucht von Danzig über Warschau—Krakau—Wien bis nach Triest an der Adria reichen.

Die völkischen Verhältnisse. Vom völkischen Standpunkt aus ist das Bündnis von Locarno höchst interessant. Obgleich die Tschechoslowaken und die Polen es sehr energisch ablehnen würden, als Germanen zu gelten, bleibt die Tatsache bestehen, daß sie rassistisch viel enger

mit den Germanen als mit den Russen verbunden sind und daß in ihren westlichen Teilen Deutsch die Muttersprache ist. Gewiß, es gibt unter den Polen und Tschechoslowaken einen großen Teil Kurzköpfe, man kann dieses Element mongoloidisch oder japhetisch oder sonstwie nennen; der überwiegende Teil dieser Völker aber ist langschädelig und gehört daher zu unserer eigenen Rasse.

Andererseits mag darauf hingewiesen werden, daß die Jugoslawen, Bulgaren und Rumänen, von denen der größere Teil zur kurzschädelligen Rasse gehört, außerhalb des Bündnisses von Locarno gelassen worden sind. Die „Kleine Entente“ (Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien) wird notwendigerweise längs der Rassengrenze aufgespalten.

Die Ungarn, welche offenbar ein mongoloides Volk sind, stehen außerhalb des Bündnisses von Locarno. Der kleine von dem alten Österreich übriggebliebene Teil wird sich bestimmt in Bälde dem Deutschen Reiche anschließen und dadurch Mitglied des Locarno-Bündnisses werden, denn die Bevölkerung dort ist von reinstem germanischen Blut.

Die Abänderung des Vertrages von Versailles. Aus dem Bündnis von Locarno erwächst naturgemäß die wichtige Frage, wie dieses Bündnis die Bestimmungen des Vertrages von Versailles beeinflusst. Keiner der Betroffenen kann ein Interesse daran haben, ein völlig entwaffnetes Deutschland in ein Offensiv- und Defensivbündnis zu bringen. Es bleibt doch auch Tatsache — und die anderen Mitglieder des Bündnisses sollten das sehr beachten —, daß ein Deutschland ohne Heer und Flotte zwar keine militärische, aber bestimmt eine wirtschaftliche Gefahr wäre.

Das Geld, das alle Mitglieder des Locarno-Bündnisses auszugeben gezwungen werden, um ihre Streitkräfte aufrechtzuerhalten, kann von einem entwaffneten Deutschland dazu benutzt werden, um zum Schaden der Nachbarn wirtschaftliche Unternehmungen zu unterstützen.

Im Falle eines Krieges mit Rußland werden jene Nachbarn keinen andern Ausweg haben, als auf ihre Kosten Deutschland zu bewaffnen. Es ist deshalb im eigensten Interesse vernünftig, den Vertrag von Versailles abzuändern und Deutschland zu erlauben, eine den Streitkräften der übrigen Locarno-Nationen entsprechende Armee und Luftflotte zu unterhalten. (Eine Flotte scheint uns der Engländer nicht zu billigen zu wollen! Hat er Angst, daß sich Deutschlands Streitkräfte etwa doch noch einmal gegen England wenden könnten? D. H.)

Unser gegenseitiger Vorteil. Eine solche Änderung der bestehenden Verträge würde der Luftfahrt in Europa in jeder Hinsicht zugute kommen. Den deutschen Flugzeugingenieuren würde gestattet sein, ihre Erfindungsgabe mit aller Energie zu betätigen; sie würden größere und bessere Flugzeuge bauen, die naturgemäß durch den Wettbewerb auch uns Engländer zum Fortschritt anspornen würden. Und wenn wir Deutschland erlauben, größere und bessere Flugzeuge zu bauen, dann können wir selbstverständlich unsererseits die deutsche Regierung um die Erlaubnis bitten, mit unseren eigenen großen Flugzeugen deutsches Hoheitsgebiet zu überfliegen. Wir werden so in den Stand gesetzt, die britischen Luftlinien durch Europa erheblich auszudehnen.

Die Entwicklung von Luftlinien durch deutsches Hoheitsgebiet hindurch wird selbstverständlich von außerordentlichem Wert sein, wenn der Krieg mit Rußland beginnt. Es wird sich ergeben, daß unsere Kriegsflugzeuge auf ihrer Reise nach der Front im Bereich unserer deutschen Verbündeten überall gute Hallen und festländische Verbindungen vorfinden werden; wir werden also unsere Luftstreitkräfte an der Front sowohl materiell wie personell mit erheblich weniger Störungen versorgen können, als wir es 1914—18 an der französischen Front konnten.

Die Entwicklung solcher Luftlinien wird wesentlich alles Zusammenarbeiten mit unseren

deutschen Verbündeten erleichtern. Je früher also der Vertrag von Versailles abgeändert wird, je früher die berechtigten „Neun Punkte“ fallen und den Deutschen der Bau von Flugzeugen in nützlichem Ausmaß gestattet wird, desto besser für alle Glieder des Bündnisses von Locarno.

Die deutsche Brücke. Als wir früher über den nächsten Krieg schrieben, wiesen wir darauf hin, daß wir unsere zur Verteidigung bestimmten Luftstreitkräfte bei Ausbruch des Krieges ebenso nach Deutschland schicken müßten, wie unsere Landarmee 1914/15 nach Frankreich ging. Wir müssen nach Deutschland eilen, um die deutsche Ostfront gegen die Russen solange zu halten, bis Deutschland seine eigenen Land- und Luftstreitkräfte organisieren und ausrüsten kann. Dieser unser früherer Artikel wurde in Deutschland mannigfach veröffentlicht. Er brachte uns von verschiedenen Stellen in Deutschland die Zurechtweisung ein, daß Deutschland sich nicht dazu hergeben wolle, die englische und französische Vormachtstellung in Westeuropa zu beschützen, sondern daß Deutschland es vorzöge, die Brücke für den Handel nach dem Osten zu bilden.

Der Vertrag von Locarno zeigt, daß Deutschlands Staatsmänner, die durch die Person von Dr. Luther und Dr. Stresemann den Vertrag im Namen des deutschen Volkes unterschrieben, diese Tatsache anerkannt haben: mag auch Deutschland noch eine Zeitlang den Handel mit seinen orientalischen Nachbarn weiterführen, die Zeit wird kommen, wo jeder Handel über diese Brücke aufhören und entweder die Brücke selbst zerbrechen oder die Inhaber der Brücke sich entscheiden müssen. Entweder wird das Ostende der deutschen Brücke zum Brückenkopf für die Heere der westlichen Zivilisation oder das Westende die Ausfallspforte für östliche Barbarei nach Europa . . .

Das Endresultat. Der Vertrag von Locarno ist einer der größten Fortschritte in der Weltgeschichte. Zum ersten Mal ist ein Bündnis

fast rein auf der Grundlage der Rassenzugehörigkeit zustande gekommen. Den Frieden Europas wird der Vertrag von Locarno nicht sichern, man kann sogar zweifeln, ob der europäische Frieden durch ihn auch nur verlängert

wird. Aber die internationale Anerkennung nationaler Interessen, die den Vertrag erzeugten, ist eine Garantie für die Sicherheit des zivilisierten Europa.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Was geht in Rußland vor? Das ist die schicksalsschwere Frage, die bei einer geopolitischen Berichterstattung aus dem Bereich Europas an erster Stelle stehen muß. Außenpolitisch hat Sowjetrußland einen neuen Schritt in der Richtung eines asiatischen Locarno unternommen: kurz vor Weihnachten unterzeichneten Tschitscherin und Ruchdi Bey das russisch-türkische Defensivbündnis, dessen volle Tragweite im Augenblick kaum abzusehen ist. Wir weisen nur darauf hin, daß in der Sitzung des Obersten Kriegsrates in Angora mit aller zu wünschenden Deutlichkeit erklärt wurde, alle zur Orientgruppe gehörigen Völker müßten nach und nach für dieses Bündnis gewonnen werden. Klarer und immer klarer heben sich die beiden großen Bündnisgruppen ab, die künftig das politische Geschehen in Europa und vielleicht in der ganzen Welt bestimmen werden: der Genfer Völkerbund als die unter englisch-französischer Führung stehende westeuropäische Machtorganisation und der von Rußland geführte, ganz Osteuropa und Asien umfassende Block auf der andern Seite. Je stärker die Gegensätze zwischen diesen beiden Gruppen werden, um so bedrohlicher macht sich die unglückselige Zwischenlage unseres deutschen Vaterlandes geltend. In dem gigantischen Ringen der Zukunft neutral zu bleiben, wird Deutschland weder von der einen noch von der andern Seite gestattet werden. Wenn die Konsolidierung Zwischeneuropas als Großpufferstaat nicht in Bälde gelingt, wenn die

von England und Rußland gleich gern gesehene Balkanisierung Europas nicht überwunden wird, so dürfte Deutschland am Ende nur noch diese Wahl bleiben: entweder es wird ein Anhängsel des angelsächsischen Machtblocks, Brückenkopf für die nach Osten drängenden westeuropäischen Heere, oder es wird das Aufmarschgebiet des Ostens und kämpft auf der Seite der russisch-asiatischen Truppen einen letzten Verzweigungskampf gegen die bisherigen Herren der Welt.

In der inneren Politik bleibt die weitere Ausgestaltung eines geschlossenen Handelsstaates das Ziel der Russen. Man versucht neuerdings, auch Afghanistan in den Kreis der Sowjetwirtschaft einzubeziehen. Gegen Lieferung von Naphta, Petroleum, Gasolin usw. will man aus Afghanistan vor allen Dingen Wolle beziehen, um sich hinsichtlich dieses Rohstoffes von dem angelsächsisch beherrschten Weltwollmarkt unabhängig zu machen.

Wichtiger aber als das sind die Zersetzungserscheinungen, die sich im bolschewistischen Lager anlässlich des letzten Kongresses der Kommunisten in Moskau gezeigt haben. Zum ersten Male ist es seit dem Bestehen des kommunistischen Ordens in Rußland dazu gekommen, daß die Einheitlichkeit der Stellungnahme durchbrochen wurde und eine Opposition das Haupt erheben konnte. Für jeden, der sich mit dem russischen Problem eingehend beschäftigt, liegen die Dinge durchaus klar: auch soziale Aufgaben kosten Geld, Geld und

noch einmal Geld; Sozialpolitik kann alle Staatsmaßnahmen nur solange unbedingt bestimmen, wie das Geld reicht. Diese harte Tatsache hat Stalin, Trotzki, Krassin u. a. längst zu der Einsicht geführt, daß der sozialistische russische Staat in Gefahr geraten muß, wenn seine staatlichen und privaten Betriebe nicht gewinnbringend arbeiten. Daher die Neue Ökonomische Politik, daher das Nachgeben gegenüber den Bauern, und zwar nicht nur gegenüber den Kleinbauern, sondern kennzeichnenderweise auch gegenüber den Großbauern (Kulak), daher das weitere Zulassen des Privatkapitals in der gesamten russischen Produktion und dem Handel. Die von Sinowjew und seinen Petersburger Freunden geführte Opposition hat im Sinne der kommunistischen Orthodoxie durchaus recht, wenn sie darauf hinweist, daß „Nep“ alles andere als Sozialismus bedeutet und dem kommunistischen Orden in Rußland der Untergang droht, sofern sich diese Glaubensgemeinschaft in eine Partei rechnender Kaufleute und stark auf Bilanzierung bedachter Fabrikdirektoren wandelt. Es mag sehr wohl zutreffend sein, wenn Sinowjew behauptet, die russischen Staats-trusts würden durchaus kapitalistisch geführt. Dafür sprechen auch die in letzter Zeit zahlreich gewordenen Austritte aus der kommunistischen Jugendorganisation, die man mit der Behauptung begründete, der russische Staat unter kommunistischer Führung heute in seinen Betrieben die Arbeiterklasse schamlos aus, versage ihnen nach wie vor jedes Streikrecht, jede Versammlungsfreiheit, jede Pressefreiheit. Wenn Stalin trotz alledem auf dem Kongreß die Mehrheit für sich gewann, so doch wohl nur deswegen, weil er den Theorien Sinowjews die harte Wirklichkeit gegenüberstellen konnte. Da sich die kommunistischen Schätzungen der russischen Getreideanbaufläche und der Ernten als bis zu 60 und 80 % übertrieben herausgestellt haben und überdies die Verwaltungskosten des Staatsapparates enorme Beträge verschlangen, mußte der russische Getreideexport

völlig eingestellt werden. Was das für das Budget des Sowjetstaates für einen Einnahmeausfall bedeutet, brauchen wir kaum erst zu betonen. Um die Währung nicht noch weiter zu gefährden, mußte sich der Oberste Volkswirtschaftsrat dazu entschließen, durch das Außenhandelskommissariat den größten Teil aller Importaufträge rückgängig zu machen, die Einfuhrlicenzen der gemischten Gesellschaften auf 50 % und mehr zu reduzieren usw. Diese wenigen Tatsachen werden genügen, um die schwierige Wirtschaftslage der Sowjetunion zu kennzeichnen und die Stellungnahme Stalins begreiflich zu machen. Das Schlimme ist aber, daß nun gleichzeitig ein schwerer Konflikt die sowjetrussische Führerschaft zu zersetzen droht. Man nimmt vielfach an, daß der letzte Kongreß der russischen kommunistischen Partei den Anfang vom Ende bedeutet. So schnell, das ist unsere Überzeugung, dürfte es jedoch keineswegs gehen. Man hat seinerzeit die Opposition Trotzki's überwunden, und man wird auch der Petersburger Gruppe unter Sinowjew und Kamenew vorerst Herr werden. Als letzter Ausweg bleibt ja schließlich ein Gerichtsverfahren oder die Gewalt, was in Sowjetrußland ungefähr dasselbe bedeutet. Ob man damit die Schwierigkeiten ein für allemal beseitigen kann, ist eine andere Frage. Wenn in einer so ausgesprochenen Minderheits Herrschaft erst einmal Konflikte unter den Führern ausbrechen, pflegt die Krankheit unheilbar zu sein. Vielleicht glückt es aber inzwischen dem Stalinflügel, die letzten Eierschalen des Kommunismus abzustößen und auf der Grundlage des Gefolgschaftswesens ein neues Rußland, eine gemäßigt-kapitalistische bäuerliche Demokratie zu schaffen.

Man frohlocke nicht allzusehr über das Gären und Brodeln im bolschewistischen Rußland. Auch in der übrigen europäischen Welt steht ja doch das Barometer seit langem auf Sturm. Die Einnahme Mekkas, Medinas und Dschiddas durch J b n S a u d wird möglicherweise für den ganzen Orient von weitreichender Bedeutung

werden. Der Führer der mohammedanischen Puritaner ist jetzt der unbeschränkte Herr von Zentralarabien. Was er und seine Wahabiten nun weiterhin planen, ist vorläufig noch in Dunkel gehüllt. Man spricht davon, daß Jbn Saud sich zunächst gegen den englandfreundlichen Herrscher von Transjordanien wenden werde, daß aber auch das nur einen Schritt zu dem großen Ziele der Wahabiten bedeute: die Schaffung eines die ganze Halbinsel umfassenden arabischen Reiches. Jbn Saud selbst hat in einem Briefe an die aufständischen Drusen dieses sein Programm eines panarabischen Staates verkündet: „Die Stunde ist nicht mehr fern, in der sich die jetzt scheinbar entfernten Parteien zu einem Reich zusammenschließen werden. Allah möge uns dazu helfen, einander in Glück und Unglück Beistand zu leisten.“ Würde es Jbn Saud gelingen, dieses Ziel zu verwirklichen, so wären damit die englischen und französischen Pläne in Vorderasien gründlichst durchkreuzt. Daß den Wahabiten die Existenz des zionistischen Freistaates ein Dorn im Auge ist, versteht sich von selbst; nicht minder einleuchtend ist die Tatsache, daß sie den Syrern in ihrem Freiheitskampf gegen Frankreich tatkräftig zu Hilfe kommen werden; endlich bedarf es kaum der Betonung, daß alle englischen Erfolge im Irak und im Mossulgebiet durch das Vordringen der Wahabiten ernsthaft gefährdet werden können. Einstweilen zwar melden die Engländer, daß sie sich mit Jbn Saud über die Abgrenzung seiner Einflußsphäre einig geworden wären. Indessen selbst die englischen Unterhändler werden das Gefühl nicht los, daß in Jbn Saud und seinen Wahabiten etwas rätselhaft Unfaßbares und Ungewisses steckt; ein Verlaß auf Mäßigung seitens der Wahabiten ist jedenfalls keineswegs begründet. Niemand kann absehen, wohin hier die Dinge treiben. Nur eines steht fest: die westeuropäischen Kolonialmächte verlieren in Vorderasien von Stunde zu Stunde mehr an Boden.

Für die Richtigkeit dieser Auffassung bilden die Ereignisse in Ägypten einen weiteren Beleg. Als trotz der Entfernung Zaghul Paschas im März 1925 das ägyptische Parlament mit überwiegender Mehrheit Zaghul Pascha erneut zum Präsidenten wählte, wurde die Kammer sofort aufgelöst. Verfassungsgemäß sollten die Neuwahlen innerhalb der nächsten zwei Monate stattfinden; indessen die Regierung hielt ihr Wort nicht, sondern setzte sich über die Verfassung hinweg und vertagte die Neuwahlen auf unbestimmte Zeit „angesichts der Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Änderung des Wahlsystems zwecks Sicherung einer besseren Vertretung des Landes“. Augenscheinlich hatten die Engländer gehofft, in Ägypten ein Parlament zustande zu bringen, das auf die Souveränität des Landes und den Besitz des Sudan verzichten würde. Das ägyptische Volk aber widerstand allen Lockungen und schloß sich in allen seinen Teilen und Parteien enger aneinander. Das unter englischer Anleitung endlich zustande gekommene neue Wahlgesetz wurde von der ägyptischen Advokatenkammer schlechthin für ungesetzlich erklärt, die trotzdem angesetzten Neuwahlen boykottiert. Allmählich sieht nun auch England ein, daß der von ihm in Szene gesetzte Verfassungsbruch in Ägypten dem britischen Ansehen im Nillande nicht zum Segen gereicht. Stärker denn je besteht das ägyptische Volk auf voller Unabhängigkeit und lehnt jede Einmischung des britischen Hochkommissars als eine Untergrabung der ägyptischen Autonomie ab. Wird es den überaus geschickten Briten trotzdem gelingen, die Ägypter mit einem bloßen Scheinkonstitutionalismus abzuspiesen oder wird England wohl oder übel darin einwilligen müssen, Ägypten als wahrhaft souveränen Staat anzuerkennen? Wie auch im Augenblick die Lösung lauten mag, auf die Dauer kann England die Bevormundung Ägyptens nicht mehr aufrecht erhalten. Ein wichtiger Baustein des gigantischen British Empire löst sich ersichtlich aus dem stolzen Gebäude.

Eine neue schwere Krisis erschüttert den griechischen Staat. Der Premierminister General Pangalos hat sich zum Diktator gemacht und die vorgesehenen Parlamentswahlen auf unbestimmte Zeit vertagt. Ist es ein Zufall oder ist es tiefer begründet, daß gerade die Analphabetenstaaten Europas mit dem westlichen Parlamentarismus so garnichts anzufangen wissen? Rußland, die Türkei, Griechenland, Ungarn, Italien und Spanien! Wie ein Kranz legen sich diese Diktaturstaaten um die noch parlamentarisch regierten Staaten Mittel- und Nordeuropas herum. Wird die Monokratie hier Halt machen oder wird sie in absehbarer Zukunft noch weitere Teile des Abendlandes erobern? Manchmal scheint es fast, als seien die durch den Weltkrieg heraufbeschworenen Krisen von solcher Gewalt, daß man ihrer mit dem schwerfälligen Apparat des Parlamentarismus nicht Herr werden kann. Übersehen wir doch nicht, daß die permanente Finanzkrise in Frankreich ebenso den Ruf nach dem starken Mann erzeugt hat, wie die schier unlösbaren und ständig katastrophaler werdenden Wirtschaftsnöte in Deutschland!

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß wir die Diktatur etwa eines Mussolini als Idealzustand ansehen. Auch wenn wir nicht Deutsche wären und es als solche besonders bitter empfinden würden, müßten wir die maßlose Deutschenhetze in Italien als nachgerade unerträglich bezeichnen. Man kann in diesem Punkte schon nicht mehr von Unsittlichkeit sprechen, sondern muß geradezu das Wort Wahnsinn gebrauchen. Oder kann man es anders bezeichnen, wenn der „Popolo d' Italia“ die Stellung des faschistischen Italien folgendermaßen zusammenfaßt:

„1. Deutschland bleibt auf seinem Strafplatz, bis es die ungeheuren Schäden, die es verursachte, wieder gutgemacht hat.

2. Deutschland hat nicht nach Kolonien zu streben; gibt es irgendwo Länder zu kolonisieren, so gebühren sie Italien.

3. Der Brenner ist unwiderruflich und ohne Diskussion italienisch.

4. Österreich darf niemals der Laufgraben werden, den Deutschland gegen Italien vortreibt.

5. Dem italienischen Volk muß unvergeßlich klargemacht werden, wer die Deutschen sind. Wir sind Erbfeinde des ganz schmierigen, pedantischen, hinterlistigen deutschen Zeugs, wir, die von erleuchtetstem, edelmütigstem lateinischen Stamme sind. Wenn unsere materiellen Interessen auch schon einmal mit den deutschen zusammenfallen können, niemals dürfen wir auf deutsche Rechtschaffenheit bauen, denn es gibt sie nicht. Wir haben mit einem Volk zu tun, das Rechtschaffenheit eine Dummheit nennt, das unter Heldentum Gewalttat versteht, unter Patriotismus Spionage und Verrat.“

Es ist weiterhin fürwahr eine herrliche Illustrierung des „Geistes von Locarno“, die wir in der Weihnachtsnummer des römischen Faschistenblattes „L'Impero“ finden. In einem Aufsatz mit der Überschrift „Wir hassen sie aus Instinkt und Rassegefühl“ zieht man dort folgendermaßen gegen uns Deutsche zu Felde:

„Der unzweifelhaft hervorragende Platz, den sich Italien in der Welt erobert hat, geht den Deutschen auf die Nerven. Es ist nicht schwer, die Ursachen für das offen feindselige Verhalten der Deutschen gegen uns zu finden. Deutschland, das das schlimmste Verbrechen an der Menschheit begangen hat, das die Geschichte kennt, strengt sich heute an, uns um unseren Sieg zu betrügen und ist heute unerträglich denn je. Von neuem überschwemmt Deutschland den Weltmarkt mit seinen Produkten unter dem Namen „Reparationen“. Wir gestanden ihm diese Art, seine Schulden zu bezahlen, zu, ohne zu bedenken, daß wir so unsere eigene Industrie knebeln. Die deutschen Agenten sind auf ihre Beobachtungsposten zurückgekehrt; sie reden von Handel und wollen Spionage. Der alte Zügel des deutschen Wirtschaftsimperialismus legt sich von neuem über die Welt. Die ekelhaften Boches von ehemals machen von

neuem in Unkorrektheit und allerplumpster Unhöflichkeit.

Einige leichtgläubige italienische Deutschenfreunde glauben an eine Neuannäherung zwischen Italien und Deutschland. Unsinn! Wäre Italien noch die kleine schutzbedürftige Macht von vormals, so gäbe es wahrscheinlich ein neues Bündnis vom Baltischen bis zum Mittelmeer. Schuld daran wäre Frankreich. Aber heute ist Italien eine Großmacht ersten Ranges und nicht mehr dazu da, den Statthalter der Deutschen zu spielen. Die in Berlin begreifen das sehr wohl; sie begreifen, daß Italien keine der drei Ausdehnungen, die Deutschland möglich wären, dulden kann. Weder die koloniale, denn wir selbst wollen das Erstanrecht haben und werden es haben, wenn Kolonien vergeben werden. Weder die nach Osten, gegen Tschechien und Polen. Noch die nach Süden, die ihnen am schlimmsten bekommen wird; denn Italien ist entschlossen, keine Vereinigung Deutschlands mit Österreich zu dulden, und sitzt ein für allemal am Brenner, in Triest, in Fiume, die alle der deutsche Imperialismus als Stützpunkte braucht, wenn er den Vormarsch nach dem Orient wieder aufnehmen will."

Ob dem Gesindel, das solches Geschreibsel verbricht, nicht wenigstens in stillen Stunden einmal die Schamröte ins Gesicht steigt? Leider ist wohl selbst diese Hoffnung trügerisch, denn anders wäre das Wüten der italienischen „Kulturträger“ in dem deutschen Südtirol kaum verständlich. Uns fehlen tatsächlich parlamentarische Ausdrücke, um die fortwährend weitergehende schamlose Vergewaltigung des Deutschums in Südtirol gebührend zu geißeln. Wann werden sich die Proletarier aller Länder zusammenschließen, um gegen diese schändliche Unterdrückung der elementarsten Menschenrechte anzugehen? Wann wird der hochwohllobliche Völkerbund von Genf, der den Schutz der Minoritäten auf sein Panier geschrieben hat, endlich, endlich seine Stimme erheben?

Worthalten soll ja von jeher nicht gerade die stärkste Seite des Italiens gewesen sein; so

schandbar aber, wie in Deutsch-Südtirol feierliche Versprechungen unbedenklich über Bord geworfen wurden, hat selten ein abendländisches Volk gehandelt. Wir stellen den mittelalterlichen Ausrottungsmethoden der Faschisten in Deutsch-Tirol hier nur zwei amtliche italienische Verlautbarungen gegenüber:

1. Der den Einmarsch in Tirol leitende italienische General erließ im November 1918 die folgende Proklamation: „Italien, die große, einige und geeinte Nation, in welcher volle Freiheit des Gedankens und des Wortes herrscht, will den Mitbürgern der anderen Sprache die Erhaltung der eigenen Schulen, der eigenen Einrichtungen und Vereine zugestehen. Im Geiste dieser Grundsätze vertraue jeder darauf, daß alles, was die Sprache und Kultur des Hochtsch betrifft, sorgfältig und liebevoll geregelt werden wird.“

2. Minister Tittoni erklärte am 27. September 1919 im Parlament: „Die Völker anderer Nationalität, die mit uns vereinigt werden, sollen wissen, daß uns der Gedanke einer Unterdrückung und Entnationalisierung vollkommen fern liegt und daß ihre Sprache und kulturellen Einrichtungen geachtet werden und ihre Verwaltungsbeamten alle Rechte unserer liberalen und demokratischen Gesetzgebung genießen.“

Müssen die heutigen Machthaber Italiens nicht tatsächlich schamrot werden, wenn sie sich dieser italienischen Versprechungen erinnern?

Unsere Hoffnung ist gering, und dies umso mehr, als der Faschismus nicht nur über ein erstaunliches Maß von Brutalität, sondern auch über ebensoviel Geschicklichkeit verfügt. Als Beleg hierfür erwähnen wir nur kurz, daß sich der Duce allen Ernstes mit der Absicht tragen soll, durch Wiederherstellung des Kirchenstaates die Pax romana zustandezubringen. Zweifellos würde es die Stellung Mussolinis außerordentlich stärken, wenn es ihm gelänge, die Brücke zwischen Quirinal und Vatikan zu schlagen. Vielleicht reichte dieser Schachzug sogar dazu aus, um den Widerstand der „Popolari“ gegen das faschistische Regime zu brechen.

Sturm und immer wieder Sturm endlich auch in der Tschechoslowakischen Republik. Nicht nur die Deutschen wehren sich dort gegen die Unterdrückung ihrer nationalen Eigenart, sondern neuerdings und in verstärktem Maße auch die Slowaken. In der gerechten Empörung über die Wortbrüchigkeit der Tschechen ist es in Preßburg kürzlich dazu gekommen, daß man die Firmentafeln mit tschechischem Text herunterriß, während Aufschriften in deutscher oder ungarischer Sprache unbehelligt blieben. Das ist natürlich nur ein Symptom für eine Gärung, die den tschechoslowakischen Staat ganz allgemein gepackt hat. Der Slowakenführer Hlinka verkündet ganz offen, daß der Kampf um die Autonomie der Slowakei nunmehr auf der ganzen Linie entbrennen soll. Der am 30. Mai 1918 in Pittsburg zwischen tschechischen und slowakischen Emigranten abgeschlossene Vertrag wird wieder lebendig, und man pocht jetzt auf die Erfüllung jener Ver-

sicherung: „Die Slowakei wird ihre eigene Verwaltung und ihr eigenes Parlament haben, und die slowakische Sprache wird in allen Zweigen des öffentlichen Lebens die alleinige Amtssprache sein.“ Dieser Wechsel wurde von Herrn Masaryk mitunterzeichnet, er wird ihm jetzt zur Einlösung präsentiert. Nur zu klar erkennen die Tschechen, daß ein irgendwie gearteter Ausgleich mit den Slowaken naturgemäß einen solchen mit den Deutschen nach sich ziehen würde. Anstatt aber aus dieser Tatsache die einzig richtige Folgerung zu ziehen und auf die Vormachtstellung der tschechischen Nationalität zu verzichten, will man es offenbar auf das Äußerste ankommen lassen und scheut vor Gewaltmaßnahmen aller Art nicht zurück.

Wir haben es fürwahr herrlich weit gebracht im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker! Im kleinen wie im großen lautet die Prognose für das Jahr 1926: Sturm!

K. HAUSHOFER:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Wenn etwas geeignet ist, den großen Unterschied zwischen politischer und geopolitischer Berichterstattung klar zu legen, so ist es das Verhältnis des eurasischen Westens zu den chinesischen Vorgängen an der Jahreswende 1926. Einige, rein von menschlicher Willkür geleitete Machtveränderungen, die Aufsehen in der Weltpresse verursachten, aber mit dauernden, erdbestimmten Zügen der gelben Erde gar nichts zu tun hatten, die vielmehr in ihren Wirkungen mit dem Tage kommen und gehen, konnten wir als Geopolitiker völlig unberücksichtigt lassen. Es konnte uns gleichgültig sein, ob zehn oder vierzehn, durch Bestechung und augenblickliche Erwerbsnot zusammengewürfelte Söldnerhaufen sich zwischen dem Austritt des Yangtse aus

den Bergen und den Pässen von Tschili nach der Mandschurei hin und her schoben. Es hatte keinen Sinn, wenn der europäische Beobachter versuchte, auf dem unübersichtlichen Schachbrett im einzelnen zu verfolgen, ob die I. Kuominchun-Armee bei Lofa 80 000 Mann stark war, die II. und III. bei Machang 130 000 fragwürdige Streiter zählte, ob weiter südlich 50 000 Honanleute im Schach gehalten wurden, und 30 000 Mann quer über die Peking—Hankau-Bahn an der Lunghai-Linie gegen Wu Pei Fu's zahlenmäßig nicht feststellbare Kräfte Wache hielten. Gleichgültig war uns, ob Chang Tso Lin um Mukden etwa 120 000 Mann behielt, 80 000 durch Kuo's Meuterei vorübergehend verlor, ob er in seiner von Tientsin

nach Schantung verdrängten Gruppe etwa 90 000 wenig zuverlässige Schantungleute, und bei Tsinanfu weitere 100 000 zusammenballen konnte. Eine einzige Entscheidung, wie die vor Mukden, die einem bisher erfolgreichen Meuterer den Kopf vor die Füße legte, konnte das Stärkenverhältnis auf diesem Schachbrett bis zur Unkenntlichkeit umwerfen, ohne daß dessen eigene Struktur sich dadurch im geringsten verändert hätte.

Aber um so wichtiger sind einige als dauernd wohlerkennbare Züge von geopolitischem Wert: es stellte sich auch 1925 wieder heraus, daß von Peking aus seit dem Verlust des mongolischen Hochsteppenrandes an Sowjetrußland nur mehr in China regieren kann, wer sich auf Sowjetrußland stützt, zur Zeit Marschall Feng Yu Hsiang; aber es stellte sich auch heraus, daß wohl innerhalb der Mandschurei die Herrschaft wechseln kann, aber nicht mehr nur infolge chinesischer Machtverschiebung gegen den Willen des aufstrebenden nordöstlichen Länderkomplexes, und nicht gegen den Willen der in ihrer autonomen Eisenbahnzone von 22 000 qkm eben einfach nicht bei Seite zu schiebenden Japaner. Diese Eisenbahnzone, in einer Tiefe von 10 km neutral gehalten, wenn auch nur durch etwa 10 000 Japaner, bildete kurze Zeit, aber lang genug, einen undurchdringlichen Schleier für den Schutz der Operationen Chang Tso Lins, aus dem er mitten in die verteilten Kolonnen seines Gegners mit seinem alten Räuberinstinkt hineinstoßen, und ihn selbst mit seinem Stab fangen und hinrichten lassen konnte. Es ist also bei der Verteidigung der Mandschurei in verzweifelter Lage innerhalb dreier Jahre das drittemal, daß eine kulturgeographische Linie eines fremden Siedlungsstreifens längs einer Bahn dieselbe Rolle spielt, wie anderwärts eine gut gesicherte Stromlinie.

Es hat sich weiter herausgestellt, daß weder der Süden stark genug ist, den Yangtseländern, noch die Yangtseländer stark genug sind, um dem Norden ihre Umgestaltungswünsche auf-

drängen zu können; wohl hält sich das linke Kuomintang-Regiment in Kanton und über den 37 Millionen von Kwangtung, führt seinen „roten“ Krieg gegen England und vermochte in das rassenpolitisch und wirtschaftsgeographisch verwandte Fukien hinein Erfolge zu erringen; aber über die südliche Bergumrahmung des Yangtse hinaus nach Norden vermag sich der Süden offenbar nicht durchzusetzen. Und doch ist das Yangtsegebiet, trotz seinen etwa 200 Millionen Einwohnern, aber weil in seinen Stufenländern uneinig, nicht in der Lage, das Reich mit einem neuen Schwerpunkt (an Stelle des immer unmöglicher werdenden Peking) auf Mitte und Süden aufzubauen. Es zeigt sich, daß — beim Fehlen wirklich überragender Menschen, gegenüber bloßer Mittelmäßigkeit — geopolitische Hemmungen und Teilungen ihre ganze Kraft erweisen und damit dartun, daß man sich wohl oder übel mit ihnen befassen muß.

Auch der Druck der Sowjets auf die mongolische Grenze hat übrigens eine Schranke an der in China wohlbekannten Tatsache, daß sich in Sibirien sehr ernsthaft zu nehmende Autonomie-Bestrebungen gegenüber Moskau fühlbar machen; auch hier kämpft man nicht auf die Dauer ungestraft mit der zweischneidigen Waffe der Selbstbestimmung — immerhin tut man es mit mehr Geschick, als die imperialistischen Wirtschaftsmächte.

Wie immer sich das seit 1911 eingeleitete Chaos in China weiter entfalte: sicher ist, daß der einzige unter den chinesischen provinziellen Kriegsherren, der zu einem Kompromiß mit den imperialistischen Mächten des Westens bereit war, und unter dessen Schutz die Zollkonferenz in Peking getagt hatte, dadurch am meisten an Ansehen und Macht verloren hat: Chang Tso Lin, der bisherige Herr der Mandschurei, des immerhin noch am besten geordneten unter den chinesischen Ländern. Er verlor zeitweilig an Feng Hu Hsiang und Wu Pei Fu, die sich beide mit den Sowjetbünden, der Kuo-min-tang und allem, was sonst in China noch rot ist und

den Nationalismus zur Siedehitze schürt, besser zu stellen verstanden.

Es waren nicht extreme Radikale, sondern die anerkannten Führer der chinesischen Intelligenz — die ähnlich zu China stehen, wie einst zu Deutschland die Göttinger Sieben oder der Freundeskreis um Uhland — die durch das chinesische Nachrichtenbüro ein Manifest in die Welt hinausgehen ließen, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ und das wir im Januarbericht im Wortlaut gebracht haben. Es beweist eine innerhalb dreier Jahre vollzogene bedeutende Annäherung an Gedankengänge der Sowjets.

Noch 1922 konnte ein guter Kenner des Landes das eigentlich wurzellose, nicht irgendwie mit Grundbesitz zusammenhängende oder durch ein Familienvermögen gestützte Industrieproletariat in China auf wenig mehr als eine halbe Million schätzen. Heute ist es um ein Vielfaches verstärkt und geht Hand in Hand mit den überwiegend sowjetfreundlichen Intellektuellen.

Bei der außerordentlichen Schnelligkeit, mit der sich die Industrialisierung einzelner Teile des indopazifischen Gebietes vollzieht und damit die geopolitische Struktur ändert, müssen einzelne Anzeichen festgehalten werden, auch wenn sie nur bruchstückweise zu uns gelangen, da die abgeschlossene amtliche Feststellung in der Regel dem Westen viel zu spät zur Kenntnis kommt.

Ein solches Anzeichen ist für Japan die Zahl der Vertreter der arbeitenden Klasse im engeren Sinne, aus der auf die kommenden Arbeiterparteibildungen und ihre Stärke bei Eintritt des 12-Millionen-Wahlrechts an Stelle des 3 1/2-Millionen-Wahlrechts geschlossen werden kann. Dazu kommen noch die starken Zahlen der Kleinbauern (Nippon Nomin Kumiai).

Das japanische Innenministerium will über 4 340 000 gelernte und ungelernte industrielle Handarbeiter festgestellt haben (was die von uns angegebene Zahl von fast zwei Millionen Arbeitslosen oder auf ländliche Hilfsarbeit Abge-

schobenen während der schlimmsten Krisenzeit bestätigt!).

Von Regierungswerken und Staatsunternehmungen fielen unter das neue Fabrikgesetz 71 637 männliche und 25 538 weibliche Arbeiter, nicht von ihm erfaßt wurden 36 002 Männer und 16 071 Frauen; das sind in Regierungsbetrieben im ganzen 107 639 Männer und 41 659 Frauen. Aus den übrigen Werken der Privatindustrie fielen unter das Fabrikgesetz 641 889 Männer und 821 368 Frauen (Überwiegen der Frauen in der Textilindustrie!); unerfaßt von ihm blieben: 226 950 Männer und 127 307 Frauen; im ganzen 908 839 Männer und 948 675 Frauen. Die Bergwerke umfaßten 235 345 Männer und 75 436 Frauen, im ganzen 310 781. Andere Klassen noch 1 640 586 Männer und 75 436 Frauen, im ganzen 2 031 118; zusammen 4 348 711 Industriearbeiter, die in zwei jetzt schon bitter verfeindeten Parteien organisiert werden sollen, unter denen namentlich die Arbeiterräte des Kwanto einem so scharfen Radikalismus huldigen, daß sie zunächst als Partei sofort verboten werden dürften.

Wie ungesund die Verhältnisse in diesem 1923 vom Erdbeben betroffenen Hauptstadtdistrikt wieder geworden sind, zeigt die ortsanwesende Bevölkerung von Tokio im Herbst mit wieder 1 980 000 (1 081 000 Männer und 898 900 Frauen) in 429 300 Haushaltungen innerhalb eines Distrikts von 4 458 000 (2 361 000 Männer und 2 097 000 Frauen in 973 400 Haushaltungen): eine Zunahme von 201 700 Haushaltungen und 783 800 Einwohnern, einen kaum erträglichen Bevölkerungsdruck auf zu schmalem Raum, wie er auch in der Stadtgruppe Osaka-Kobe-Kyoto zu wirken beginnt.

Das heißt nichts anderes, als daß die Verstädterung an den Stellen mit Siedelungsgunat für Bevölkerungsanhäufungen reißend zunimmt und zwar am allermeisten in der an sich schon überfüllten Gegend des Kwanto mit vorher schon labilen Bevölkerungsverhältnissen auf unsicherem Untergrunde.

Ein anderes Industrialisierungssymptom in den Monsunländern ist der bevorstehende Übergang Indiens zur Goldwährung, für die zunächst vorbereitende Maßregeln erwogen werden, wie Neuausgaben nicht mehr in Rupien, sondern in Goldnoten oder Goldcertificaten, Einführung einer Goldmünze (Mohur) von gleicher Art wie das Pfund mit Untereinteilung in 15 Rupien, sowie Schaffung einer Reichsbank. Natürlich ist die Maßregel noch umstritten; es ist vorläufig mit ebenso leidenschaftlicher Unterstützung wie Boykottierung der vorbereitenden Kommission zu rechnen; als geopolitisches Symptom bleibt die geplante Maßnahme gleichwohl wichtig.

Das dritte Symptom endlich sind die Versuche gewisser amerikanischer Finanz- und Industriegruppen, sich von den Folgen der Stevenson-Maßregel zur Höherlegung der Rubber-Preise dadurch zu emanzipieren, daß sie Rubber-Kulturen größten Stiles auf den Philippinen ins Leben rufen. Ein Anpflanzungsversuch mit 10 000 Setzlingen ist in Los Banos, ca. 80 km von Manila am Makiling-Berge bereits gemacht worden, und ebenso hat man versucht, durch drei Gesetzesvorlagen die großgrundbesitzfeindliche Gesetzgebung der Philippinen für die tropische Großplantagenkultur zu ändern. Denn bis jetzt kann kein Besitzer und keine Gesellschaft mehr als 2500 acres (1000 ha) Land erwerben; und der neue amerikanische Gummitrust wollte 50 000 acres (20 000 ha) auf 25 Jahre verlangen, was die gesetzgebenden Körper der Philippinen ablehnten, da sie nicht die als Großgrundbesitzer ausgetriebenen spanischen Mönchsorden durch amerikanische Großkapitalisten ersetzen wollten. Aber bei diesem ersten Abwehrerfolg wird es nicht bleiben; mächtige Interessen der Vereinigten Staaten wünschen sich von dem reichsbritischen und niederländisch-indischen Gummimonopol zu befreien, Hoover's Feldzug dagegen hat scharf eingesetzt und ist im britischen Reich sehr übel genommen worden. Hier besteht dringende

Gefahr, daß, ähnlich wie mit der Baumwolle in Ägypten, eine Monokultur aufgezwungen, und der ganze Wirtschaftscharakter eines bis jetzt sich selbst genügenden, autarkischen Tropengebiets von fast 300 000 qkm aus wirtschaftlichem Imperialismus — in diesem Fall der Vereinigten Staaten gegen ein reichsbritisches Fast-Monopol-Interesse — geändert wird, also geopolitische Umlagerungen von großer Tragweite angebahnt werden. Man versucht durch reichsbritische Steigerung der Zinn- und Kautschukpreise etwas von den Goldzinsen an Amerika zurückzubekommen, das sich echt kolonial-imperialistisch dagegen auf Kosten der Philippinen wehrt.

Ein geopolitisches Warnungs-Signal gegen Vernachlässigung des Küstendienstes ist das traurige Los der 100 Chinesen, die nach langem Drängen der seefahrenden Mächte und nach einem früher mit großem Geschrei abgewehrten Versuch der Japaner, sich dort festzusetzen, eine drahtlose Station auf den Pratas-Inseln einrichten sollten, wo sie vor allem wertvolle Sturmwarnungsdienste hätte leisten können. Man vergaß sie einfach über dem inneren Durcheinander, ähnlich wie früher einmal Mexiko die Besatzung der Clipperton-J. zu versorgen vergaß, und als, nach vergeblichen Hilferufen, endlich ein Dampfer des Weges kam, fand er 62 verschmachtet, den Rest von Gras, Tang und Seestrandgut unterernährt, Brackwasser trinkend, dem Verschmachten nahe.

Es ist tatsächlich, wie der Nord-China Herald schrieb, eine Lehre für die Welt: denn jahrelang waren die Chinesen zu besserer Ausgestaltung des Wetterdienstes an ihrer Küste aufgefordert worden, hatten fremde Eingriffe abgelehnt, und nun ist wirklich das Ergebnis ihrer eigenen Fürsorge für die immer noch unverstandene, immerhin noch 7100 km lange Seeküste nicht ermutigend für ihre Gleichberechtigung!

Aber gerade die Geopolitik lehrt, daß es zuweilen Katastrophen sind, die allein die Kraft

haben, wirkliche politische Fortschritte zu erzwingen. Eine ausgezeichnete Jubiläumsschrift des indischen Wetterdienstes (J. H. Field) erinnert daran, daß es eine Cyklon-Flut war, die 1865 den Hugli hinaufschloß und 80000 Menschen ersäufte, die zuerst ein großzügiges Sturmwarnungssystem in Bengalen veranlaßte. Dann folgten die Hungersnot und Dürre in Orissa und Bengalen, in Madras, die Hochwasserkatastrophen von 1885 am Nerbudda und Tapti als Erzieher zur Achtung der „politischen Kompetenzen der Klimatologie“. So führt vielleicht auch das grausige Ereignis auf den Patras-Inseln eine Bekehrung des chinesischen Küstendienstes herbei, zu der es ohne sie nicht gekommen wäre.

Der Ende 1925 erfolgte Thronwechsel in Siam, der an Stelle von Rama VI. einem erst 44 jährigen, vielseitig begabten Monarchen, den gleichfalls in Eton und Woolwich ganz englisch erzogenen Prinzen Praja dhipok Sukhodaja auf den Thron führt, wird an den politischen Zuständen des in seiner Finanzgebarung britisch, in seiner Staatsjuristerei französisch eingestellten, den Westmächten (zum Teil aus Furcht vor dem chinesischen Wanderdruck) ganz verschrie-

benen Mittelstaats wenig ändern. Großhandel und Verkehr sind in fremden Händen: Europäer, Chinesen, Inder und Birmanen beherrschen ihn, das Kleingewerbe ist fast ausschließlich in chinesischen Händen, nur Heer und Beamtenstab, das erstere immerhin zehn Divisionen und gute Flugstreitkräfte umfassend, sind fest in siamesischen Händen, wie auch der ländliche Kleinbetrieb.

Am Weltkrieg hatte sich Siam spät beteiligt, mit einer Militärmission und 1000 Mann erst im August 1918 (Motor-Ambulanz-Zug und Flieger-Korps), und dafür Beteiligung am Raub, Lösung ungünstiger Verträge mit den Mittelmächten und allerhand Gleichberechtigungsversprechen eingeheimst. Auf deren Linie arbeitet es klug weiter — woran der Wechsel zwischen zwei annähernd gleichstilig erzogenen Herrschern nichts ändern wird. Auf die kluge freundschaftliche Umstellung der Politik von Indochina gegen Siam und ihre persönliche Einführung durch den dazu berufenen Gesandten ist schon hingewiesen worden, auf die gewandte britische Einwirkung kürzlich in Heft 6/25.

O. MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Die hier schon mehrfach erörterte Frage der Abrüstung scheint eine vorbereitende Antwort durch die Vereinigten Staaten von Amerika finden zu sollen oder vielleicht schon gefunden zu haben. Meldet doch im Dezember eine Mitteilung aus Washington, daß die Union die Einladung zu einer vorbereitenden Konferenz des Völkerbundes über die Rüstungsbeschränkungen angenommen habe und einen Delegierten dorthin entsenden werde. Diese Teilnahme Amerikas an einer Völkerbundskonferenz erstaunt nicht so sehr, weil mit der Frage der

Abrüstung ein Problem zur Besprechung steht, das die Vereinigten Staaten schon seit geraumer Zeit als einen wichtigen Punkt auf ihrem politischen Programm stehen haben und eine Nichtbeteiligung sie leicht um die führende Rolle in dieser Frage bringen könnte.

Der hervorstechendste Zug in der Wirtschaftsstruktur der Union ist nach wie vor ihre Stellung als weltbeherrschende Finanzmacht, wenn auch hie und da schon Bedenken aufsteigen, ob damit ein Zustand von langer Dauer gekennzeichnet ist. Ende 1924 war das Bild der

Kreditgewährung an das Ausland (nach Wirtschaftsdienst 1925 Nr. 50) folgendes:

Amerikanisches Guthaben in Millionen \$ in	Regierungsanleihen	Industrielle Beteiligungen	Zusammen
Kanada u. Neufundland	1060	1400	2460
Lateinamerika	840	3200	4040
Amerika überhaupt . .	1900	4600	6500
Europa	1500	400	1900
Asien	440	250	690
Übrige Welt	1940	650	2590
Welt	3840	5250	9090

Aus dieser Aufstellung, die auch zurzeit noch in ihren Grundzügen Geltung hat, ergeben sich folgende Erkenntnisse, von denen Einzelheiten auch hier und da in den früheren Berichten angedeutet wurden. Das Schwergewicht der Kapitalinvestierung liegt in Amerika. 71,5 % der Anleihen und industriellen Beteiligungen fallen auf die Staaten des amerikanischen Doppelkontinents, davon mehr als ein Viertel der Kapitalinvestierungen, 27,1 % auf Kanada, und nicht ganz die Hälfte aller Kredite, 44,4 % kommen auf die Gesamtheit der lateinamerikanischen Länder. Die Kapitalinvestierung in Europa war damals kleiner als die in Kanada, machte 20,9 % aus und erreichte noch nicht einmal die Hälfte der Anlagen in Südamerika.

Inzwischen ist hier freilich manches anders geworden, ohne daß sich damit aber das Wesen der Verteilung verschoben hat. Asien, vornehmlich Ostasien steht dabei ganz zurück mit nur 7,6 %. Die Unterscheidung von Regierungsanleihen und industrieller Beteiligung zeigt dabei ziemlich klar die Träger des Anleihewillens und wirft manches Licht auf die Finanzpolitik der Vereinigten Staaten. Ganz zweifellos machen die Regierungsanleihen mit 42,2 % einen gar erheblichen Prozentsatz der gesamten

Kreditgewährung der Vereinigten Staaten aus. Die Verteilung der Regierungsanleihen und der industriellen Beteiligungen geben eine recht gute Unterscheidung der Behandlung des Anleihemarktes in den einzelnen Regionen durch die Union; denn in den Gebieten starker industrieller Beteiligung treten die Kreditgewährungen an die einzelnen Regierungen mehr zurück; dagegen ist es in Europa, wo die Regierungsanleihen fast das Vierfache der industriellen Beteiligungen ausmachen, und auch in Ostasien, wo das Verhältnis der ersteren zu den letzteren ebenfalls ungefähr wie 2 : 1 ist, gerade umgekehrt. In diesem Umstande ist in keiner Weise eine zwangsläufige Ordnung der Dinge zu sehen; und doch drücken sich so gar klare Tendenzen des gegenwärtigen Anleihewillens aus, deren Erkenntnis natürlich wichtige praktische Konsequenzen nach sich zieht. Die Union sieht, ganz entsprechend ihrem übrigen politischen Programm, nur in dem amerikanischen Doppelkontinent den Raum für wirtschaftliche Einzelbetätigung, den Boden, mit dem sie immer mehr zu verwurzeln trachtet; so machen hier die Regierungsanleihen nur 29 %, in Lateinamerika sogar nur 20 % aus. In Europa dagegen fallen auf die Regierungen 79 %, während sich das amerikanische Kapital, wie die europäische Wirtschaft zur Genüge erfahren hat, gegenüber der Beteiligung an industriellen Unternehmungen sehr reserviert verhält. In Europa scheint die amerikanische Kapitalinvestierung mehr eine Frage der großen Politik zu sein, während in Amerika selbst eine ungleich intimere Kapitalverwurzelung mit den Wirtschaftsorganismen der einzelnen Länder stattfindet. Mag auch der Sinn der ganzen Anleihepolitik, ob es sich um Regierungsanleihen oder um industrielle Beteiligungen handelt, im letzten Grunde vollkommen der gleiche sein und ihre Grundtendenz in der Stützung des amerikanischen Außenhandels zu sehen sein, so verrät doch der eben aufgezeigte weitere Grundzug eine regional ordnende Tendenz, die voll-

kommen bewußt zu sein scheint und zugleich eine der wesentlichsten Erklärungen abzugeben vermag, warum die Bedürfnisse des europäischen Geldmarktes bisher in so geringem Maße von Amerika aus befriedigt worden sind. Es ist selbstverständlich schwer zu sagen, ob diese Tendenz auch weiter in der gleichen Stärke bestehen bleiben wird. Es ist ganz zweifellos, daß Amerika als den vornehmsten Schauplatz des Weltwirtschaftskampfes nicht das nicht leicht überschaubare Kampffeld Europas, sondern immer Amerika selbst ansehen wird, um hier Europa vom amerikanischen Markte zu verdrängen. Doch stößt Amerika auf einen zähen Gegner; und hier und dort verliert es sogar wieder an Raum. Das zeigt das Beispiel Argentiniens. 1923 stand dort unter den Importeuren die Union an erster Stelle, wenn sie auch mit einer Einfuhr von 196 798 Millionen Pesos Gold die Englands von 196 790 Mill. Pesos Gold nur ganz schwach übertroffen hatte. Im ersten Halbjahr 1925 war dagegen wieder England mit 23,5 % der Gesamteinfuhr der wichtigste Importeur in Argentinien; es folgten die Union mit 22,9 %, Deutschland mit 12,8 %.

Die offizielle Statistik der Einwandererbewegung in den Vereinigten Staaten erlaubt zurzeit einen recht instruktiven Einblick, wie weit die künstliche Regulierung der Einwandererströme die Erreichung des Zieles ermöglicht hat, das sich die Union in ihrer Bevölkerungspolitik gesteckt hat. Die Regulierung in dem Berichtsjahr (vom 1. Juli 1924 bis zum 30. Juni 1925) wurde durch den Immigration Act vom 26. Mai 1924 bestimmt, der mit Geltung bis zum Jahre 1927 die Einwanderungsquote auf je 2 % der im Jahre 1890 von der Volkszählung erfaßten Nationalitäten festsetzte. Unter dem Einfluß dieser Festsetzung wanderten in dem genannten Zeitraum ein:

aus Deutschland	45 714
„ Großbritannien	29 510
„ Irland	27 125
„ Polen	4 857
„ Italien	2 678.

Die tatsächliche Einwanderung blieb dabei ganz allgemein hinter der möglichen, durch die Einwanderungsquote zugelassene Einwanderung bei den drei ersten Einwanderergruppen um 11 %, 12 % und 5 %, bei den Polen sogar um 20 %, bei den Italienern um 29 % zurück. Die Union kann mit diesem gewollten Ergebnis recht zufrieden sein, denn das Bild, wie es die uneingeschränkte Einwanderung des Jahres 1914 zeigte, hat sich damit von Grund auf geändert. Damals standen die Einwanderer aus Süd-, Südost- und Osteuropa weitaus an der Spitze, und erst in weitem Abstände folgten Briten und Iren und dann die Deutschen:

Italien	283 700
Österreich-Ungarn . . .	278 200
Rußland	255 700
Großbritannien und Ir-	
land	73 400
Deutschland	35 700.

Die unerwünschten, weil einer Assimilation schwer zugänglichen Bevölkerungselemente sind durch diese letzte Einwanderungsdrosselung tatsächlich in viel höherem Grade ferngehalten worden, als es die an und für sich schon strengen Bestimmungen und die im Mai 1924 neuerdings herabgesetzte Einwanderungsquote verlangt. Die leicht assimilierbaren Elemente haben daher eine recht große Verstärkung erfahren; so macht die britisch-irische Einwanderung weit über ein Fünftel, die germanische Einwanderung überhaupt ein gutes Drittel des gesamten Zustroms aus. Freilich sind auch diese Zahlenangaben nicht voll zuverlässig, weil die nicht unbeträchtliche Einwanderung über die mexikanische und kanadische Grenze unkontrollierbar ist. Die Gesamtzahl der Einwanderung ist im Berichtsjahr 1924/25 ganz bedeutend gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen; sie betrug 294 314 gegenüber 706 896. Auch sie paßt in das Programm der vereinsstaatlichen Bevölkerungspolitik: die Staaten haben sich allmählich mit Menschen gesättigt, die Landnahme

ist schon lange abgeschlossen und nirgends vermögen mehr große Räume einen starken Zuwandererstrom anzunehmen. So wären Einwanderungszahlen, wie sie das Jahr 1914 gezeigt hat (1,22 Mill.), vollkommen unerwünscht. Immer hat schon das große Osttor der Vereinigten Staaten beherrschende New-York, durch das zwei Drittel der Einreisenden auch im letzten Jahr (220 000 von 330 000) das Land betraten, einen gar wesentlichen Prozentsatz der Ankömmlinge zurückgehalten; im letzten Jahr waren es 68 000. Und immer mehr gewinnt der Grundzug in der Einwanderung Geltung, daß ein recht großer Prozentsatz der Zuwanderer nicht über die Küstenstaaten, die großen industriellen Zentren und die größeren Städte im allgemeinen hinauskommt; und in dieser Tatsache spiegelt sich wiederum gar deutlich der Abschluß der Landnahme. Die Union hat aufgehört, ein Kolonialland zu sein.

Einer Übervölkerung arbeitet auch die nicht unbedeutende Rückwanderung entgegen. Sie betrug im letzten Berichtsjahr 75 064; und auch hier machen, wie auch in Südamerika, besonders in Argentinien die Italiener ein gutes Drittel der Rückwanderer aus.

Dauernd fließen auch Ströme amerikanischer Bevölkerung nach K a n a d a hin ab, besonders nach den westkanadischen Provinzen hin. Freilich ist der Zustrom, gemessen an der Bevölkerungszunahme Westkanadas in jüngerer Zeit anscheinend ein sehr viel geringerer als noch am Anfange des 20. Jahrhunderts. Während Neuschottland, Neubraunschweig, Quebec und Ontario eine für amerikanische Länder nur mäßige Bevölkerungszunahme in den beiden Jahrzehnten 1901/11 und 1911/21 zu verzeichnen haben, stieg sie in den erst am Anfange des Jahrhunderts stärker besiedelten Prärieprovinzen im ersten Zeitraum rasch an, um aber im zweiten Jahrzehnt sehr viel geringere Werte aufzuweisen. Die instruktive Tabelle dieser Verschiebungen (dem „Wirtschaftsdienst“ 1925, Nr. 39 entnommen) gibt folgendes charakteri-

stische Bild der Bevölkerungszunahme in den beiden Jahrzehnten (ausgedrückt in Prozenten):

	1901/11	1911/21
Neuschottland	7,13	6,40
Neubraunschweig	6,27	10,23
Quebec	21,64	17,72
Ontario	15,77	16,08
<hr/>		
Manitoba	80,79	32,23
Saskatchewan	439,48	53,83
Alberta	412,58	57,22
Britisch-Kolumbien	119,68	33,66.

Das Verfassungsleben der Staaten Südamerikas wird zurzeit beherrscht durch einen merkwürdigen Zug zur Konzentration. Vor geraumer Zeit ist hier über die Bestrebungen berichtet worden, die in Brasilien auf eine Stärkung der Macht des brasilianischen Bundespräsidenten gegenüber den brasilianischen Einzelstaaten hinauslaufen. In ähnlicher Weise hatte sich C h i l e, das allerdings bis gegen Dezember keine innere politische Ruhe gefunden hat, am 30. August 1925 für den von der Regierung ausgearbeiteten Verfassungsentwurf mit großer Mehrheit entschieden, der eine Kräftigung der Präsidialgewalt vorsah. Die Tacna-Arica-Frage scheint neuerdings wieder eine Vertagung erlitten zu haben. Die Lage ist ziemlich undurchsichtig. Coolidge hat die Berufung Chiles gegen die Maßnahmen der Abstimmungskommission verworfen. Die Antwort scheint in den gewalttätigen Zusammenstößen zwischen der chilenischen Bevölkerung und den Peruanern zu sehen zu sein.

Schon vorher hatte V e n e z u e l a mit der Sanktionierung einer neuen Verfassung durch den Kongreß (am 24. Juni) die Parallele zu Chile und Brasilien gezogen. Diese neue venezolanische Verfassung weicht in gar wesentlichen Punkten von ihren Vorgängerinnen aus den Jahren 1922 und 1864 ab. Denn die Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten ist zugunsten des Bundes sowohl auf dem Gebiete der Verwaltung wie auf dem der Finanzen ganz

wesentlich eingeschränkt worden. So beansprucht der Bund die einträglicheren Steuern für sich; und ebenso engt das Verbot, selbsttätig Anleihen im Ausland aufzunehmen, die Finanzregelung innerhalb der Einzelstaaten empfindlich, doch im Rückblick auf die Vergangenheit kann man auch sagen — heilsam ein. Ganz ohne Zweifel ist eine Stärkung der Zentralgewalt in Venezuela ganz anders zu beurteilen, als in Brasilien und vielleicht selbst in Chile. Denn noch viel mehr als in jedem anderen Land hängt bei einer stark zentralisierten Verfassung in einem kontinentgroßen Staat wie Brasilien das Heil eines solchen Riesenraumes davon ab, ob der Präsident und seine Ratgeber fähig sind, innerlich mit einer ganzen Gruppe nach Natur und nach Kulturstufe verschiedenen Ländern fertig zu werden und ihr ganzes Wesen zu erfassen. In Venezuela, einem Staat von einem völlig anderen Raumstil, ist diese Aufgabe eine sehr viel einfachere, und es will von vornherein als ein

Verdienst erscheinen, daß die Kleinstaatenwelt Nordvenezuelas straffer zusammengerafft worden ist. Daß die jetzige Regierung auch ernstlich daran geht, den Raum zu bewältigen, lehrt das Bauprogramm für Eisenbahnen und Landstraßen. Besonders an den letzteren fehlt es hier wie in den meisten südamerikanischen Ländern noch sehr; doch vermag gerade die Straße die Erschließung des Landes im einzelnen am meisten zu fördern. Aus der Statistik des deutschen Außenhandels mit Venezuela ist zu entnehmen, daß sich sowohl die Einfuhr aus wie die Ausfuhr nach Venezuela gegenüber dem letzten Jahre dem Werte nach (in Millionen Mk.) verdoppelt hat:

	1913	1923	1924
Einfuhr aus Venezuela	20,6	5	12,5
Ausfuhr nach Venezuela	9,3	6,4	11,1

Die Ausfuhr nach Venezuela ist sogar größer als im Jahre 1913.

ERICH OBST:

LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA

E. von Seydlitz'sche Geographie, Hundertjahr-Ausgabe. Unter Mitwirkung von W. Volz herausgegeben von K. Krause und R. Reinhard. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau. — Band I: Deutschland, bearbeitet von B. Dietrich, R. Gradmann, A. Henche, F. Jaeger, R. Reinhard, H. Rudolphi. Breslau 1925. 408 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen und einem ausführlichen Register.

Das Handbuch, das in neuer Auflage zu erscheinen beginnt, nimmt in der deutschen Bücherwelt längst einen Ehrenplatz ein. In dessen, was in dieser Hundertjahr-Ausgabe geboten wird, übertrifft sowohl hinsichtlich des

Inhaltes wie der geradezu verschwenderisch üppigen Ausstattung die kühnsten Erwartungen. Wir empfehlen allen Lesern unserer Zeitschrift dieses ungemein preiswerte Werk aufs angelegentlichste.

Von den Aufsätzen fesseln vor allem die prächtigen Beiträge Robert Gradmanns. Scharf und packend charakterisiert er in dem allgemeinen Überblick das Deutsche Reich, seine Naturlausstattung, seine Bevölkerung, seine Wirtschaft. Lebendig und plastisch schildert er uns an späterer Stelle Süddeutschland, überall den hervorragenden Landeskenner, den gründlichen Wirtschaftler, den formempfindsamen Schriftsteller verrätend. Bruno Dietrich hat in seiner

Darstellung des norddeutschen Tieflandes und des mitteleuropäischen Gebirgslandes dieses Niveau nicht zu erreichen vermocht. Aber auch seine gelegentlich etwas langatmig und schulmäßig wirkenden Schilderungen geben eine im ganzen doch recht wirksame Vorstellung von der Eigenart dieser Teile unseres Vaterlandes. Fesselnd wie immer behandelt Rudolf Reinhard die Wirkungen des Weltkrieges und seines unglückseligen Ausgangs auf unser armes, gequältes Deutschland. Von den übrigen Beiträgen erwähnen wir schließlich noch die ausgezeichnete Darstellung, die Fritz Jaeger auf sehr knappem Raum (S. 369—384) dem Problem „Auslandsdeutsche und Kolonien“ widmet. Für eine gewiß bald zu erwartende 101. Auflage dieses hoch zu rühmenden Werkes würden wir empfehlen, dem letztgenannten Abschnitt einen wesentlich größeren Umfang zuzugestehen.

Erich Ewald und H. De Fries: Deutschland aus der Vogelschau. Landschaft und Siedlung im Luftbild. 216 Seiten, mit 250 Abbildungen und einer Karte. Verlag von Otto Stollberg & Co., Berlin 1925.

Es ist ein dankenswertes Unternehmen, dieses „Deutschland aus der Vogelschau“. Sehr gute Fliegeraufnahmen sind hier zusammengetragen und übersichtlich so angeordnet, daß die Beziehung zwischen Landschaft und Siedlung allenthalben klar hervortritt. So entstand ein Volksbuch im besten Sinne des Wortes, fesselnd und lehrreich in höchstem Maße. Abschnitt I behandelt Wattenmeer, Inseln, Marschen, Seestädte; Abschnitt II bringt köstliche Bilder zu dem Thema Flußtäler und Binnenseen; Abschnitt III betitelt sich Höfe, Dörfer, Siedlungen; im Abschnitt IV werden wir mit deutschen Burgen, Schlössern und Festungen vertraut gemacht; deutsche Städtebilder werden im Abschnitt V geboten, Klöster, Kirchdörfer und Domstädte im Abschnitt VI; wieder ein anderes Thema behandelt Abschnitt VII: Kanäle, Hafenanlagen, Tal Sperren; der folgende Abschnitt enthält vorzügliche Aufnahmen von Industrie- und Bahnan-

lagen sowie von Flughäfen; der Großstadt Berlin ist der Abschnitt IX gewidmet, und das Werk schließt, indem es im Abschnitt X einige prächtige Aufnahmen aus dem deutschen Hochgebirge bringt.

Wir möchten der Hoffnung Ausdruck geben, daß Schule und Haus in Deutschland dieses wertvolle Werk recht sehr verbreiten helfen. Auch als Auslandswerbepschrift dürfte dieser Bilderatlas von großem Wert sein.

Rheinische Schicksalsfragen. Eine Schriftenfolge, herausgegeben in Verbindung mit dem Westausschuß für Rhein, Saar, Ruhr und Pfalz von Prof. Dr. Rühlmann. Schrift 10/11: W. von Hartmann: Frankreichs Militarismus am Rhein im Lichte französischer Kritik.

Es war ein glücklicher Gedanke, daß die Verfasserin dieses neuen Bandes der „Rheinischen Schicksalsfragen“ bei der Kritik des französischen Militarismus am Rhein sich selbst im Hintergrunde hielt und lediglich den Franzosen das Wort gelassen hat. Franzosen aller politischen Richtungen äußern sich zu dem Auftreten ihrer Landsleute am Rhein. Es ist ein erschütterndes Bild von Korruption, Bedrückung, Prunksucht, Verschwendung, Bestechung usw., daß sich hier unseren Blicken enthüllt. Nach ihrem eigenen Urteil behandeln die Franzosen das Rheinland wahrhaftig wie eine Kolonie. — Dieses neueste Heft der „Rheinischen Schicksalsfragen“ hätte in Locarno eine Rolle spielen sollen. Wenn schon unsere Regierung derartige Zusammenstellungen nicht wagt, so ist es umso verdienstvoller, daß private Kreise den Mut hierzu aufbringen. Gäbe es etwas wie eine den Namen verdienende deutsche Propaganda im Auslande, so müßte die Schrift von Hartmann in Millionen von Exemplaren in die Welt wandern.

Erich Keyser: Der Kampf um die Weichsel. Untersuchung zur Geschichte des polnischen Korridors. Unter Mitwirkung von W. Geisler, H. Hübner, K. J. Kaufmann,

W. La Baume, M. Laubert, F. Lorentz und W. Millack. X und 178 Seiten, eine Nationalitätenkarte des Weichsellandes. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin-Leipzig 1926.

Eine Reihe namhafter Ostmarkenforscher hat sich in dieser Schrift zusammengefunden, um die Korridorfrage vom geschichtlichen, geographischen und politischen Standpunkt aus zu erörtern. Wir begrüßen dieses gründliche und anschauliche Buch aufs wärmste. Der Nachweis, daß es sich hier um deutschen Kulturboden handelt, wird in allen Aufsätzen objektiv und darum doppelt überzeugend erbracht. Wenn wirklich ein auf Gerechtigkeit gegründeter Bund der Nationen bestünde, so dürfte ein solcher Bund eine Untersuchung wie die vorliegende nicht unbeachtet lassen.

Schade nur, daß dieses Werk im Jahre 1926 statt 1919/20 erschienen ist. — Die von W. Geisler gezeichnete Nationalitätenkarte sollte übrigens besser Sprachkarte heißen, denn die Sprachstatistik gibt noch kein völlig richtiges Bild vom Kulturbekanntnis. Gerade deutscherseits muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß sich viele polnisch und kassubisch Sprechende bei einer unbeeinflussten Volksabstimmung zweifellos für die deutsche Kulturgemeinschaft bekannt haben würden.

F. Lorentz: Geschichte der Kaschuben. 172 Seiten, eine Übersichtskarte von Pommerellen 1 : 1 000 000. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1926.

Wenn man diese neueste Veröffentlichung des hervorragenden westpreußischen Historikers durcharbeitet, so wird man nicht nur von aufrichtiger Bewunderung für die Gelehrsamkeit des Verfassers erfüllt, sondern ebenso von Scham gepackt über die Unwissenheit des Durchschnittsdeutschen in bezug auf die deutschen Grenzlande.

Dieses Volk der Kaschuben, nur etwa 150 000 Seelen umfassend, wird uns in allen Phasen seiner wechselreichen Geschichte nahegebracht.

Achtungsgebietend der zähe, Jahrhunderte umfassende Kampf, den die Kaschuben gegen polnische Unterdrückungsversuche zu führen wußten; bewundernswürdig das Festhalten an der angestammten völkischen Eigenart. Unter der preußischen Herrschaft fühlten sich die Kaschuben im ganzen durchaus wohl, besonders nach Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit der Gutsbesitzer und der Behebung der Landmot durch Vermittlung der Rentenbanken (1848/50). Die 1867 erfolgte Aufhebung des Wuchergesetzes bewirkte dann allerdings einen Umschwung der Stimmung, und der 1872 beginnende Kulturkampf enttäuschte in dem erzkatholischen Lande furchtbar. Seit der Einführung des deutschen Schulgebotes begann man „katholisch“ und „polnisch“ mehr und mehr gleichzusetzen; polnische Pfarrer sorgten dafür, daß die durch den Kulturkampf erzeugte Glut wacherhalten und geschürt wurde.

Als nach dem Zusammenbruch die neuen polnischen Herren einzogen, wurden sie anfangs in der Kaschubei mit Jubel begrüßt. Aber die Ernüchterung folgte nur zu bald. Die kaschubische Sprache anzuerkennen, fiel den Polen nicht ein; kaschubisches Land ging mit Unterstützung der Regierung oftmals in polnische Hände über; als Beamte, Domänenpächter usw. wurden regelmäßig nur land- und volksfremde Polen zugelassen usw. usw. Die Verhältnisse im ganzen sind für die Kaschuben nicht besser, sondern eher schlechter geworden. Es ist fast zu bezweifeln, ob die kleine Schar der Kaschuben die Kraft haben wird, ihre völkische Eigenart gegen die jetzt mit aller Energie einsetzende Polonisierung zu behaupten.

Stanislaw Slawski: Polens Zugang zum Meere und die Interessen Ostpreußens. 69 Seiten. Danzig, Drukarnia Gdanska A.-G. 1925.

Slawski ist polnisches Mitglied des Ausschusses für den Hafen und die Wasserwege von Danzig. Er macht in seiner zweifellos interessanten Schrift den Versuch, den zahlreichen deutschen Korridor-Veröffentlichungen

entgegenzutreten und ihnen gegenüber das Recht Polens auf die Weichsellande, auf Danzig und die Ostseeküste zu verteidigen.

Natürlich stützt sich Slawski in erster Linie auf den 13. Punkt der historischen Erklärung Wilsons: „An independent Polish state should be erected which should include the territories inhabited by indisputable Polish populations, which should be assured a free and secure access to the sea . . .“. Man sollte meinen, daß er demgemäß versuchen würde, vor allem den Nachweis dafür zu erbringen, daß das Korridorgebiet von „undisputable Polish populations“ bewohnt sei. Keine Spur davon! Aus naheliegenden Gründen geht er an diesem fundamental wichtigen Punkte ganz vorüber. Wartet er mit seinem Beweis vielleicht solange, bis polnische Willkür und polnische Gewalttätigkeit die letzte deutsche Familie im Korridor von Haus und Hof vertrieben haben? Warum sonst scheut Polen eine freie, unbeeinflusste Volksabstimmung im strittigen Gebiet?

Polens Recht auf die deutsche Stadt Danzig beweist Slawski in glänzend überzeugender Weise (S. 35): Die Mündungsstadt der Weichsel gehörte zu Polen von 1454—1793 = 339 Jahre, zu Preußen von 1793—1807, 1814—1920 = 120 Jahre. Herr Slawski ist hierbei ein kleiner Rechenfehler unterlaufen, denn er unterschlägt seine eigene Feststellung von S. 24, nach der Danzig und Pommerellen zuerst von 1308 bis 1454, d. h. 146 Jahre deutsch gewesen sind. Allein unter Zugrundelegung der eigenen Angaben von Slawski lauten also die Herrschaftszahlen nicht 339 : 120, sondern 339 : 226 !! Und daß übrigens die Volkstums- und Kulturgeschichte nicht bloß durch die Dauer dieser oder jener Herrschaft bestimmt wird, das muß doch selbst Herr Slawski angesichts des auch von ihm zugegebenen kerndeutschen Charakters von Danzig klar geworden sein. Nicht wer eine Erdstelle länger politisch beherrscht hat, sondern wer sie entwickelt und ihr den Stempel aufgedrückt hat, ist entscheidend.

Für Polen spricht nach Slawski weiterhin der große Aufschwung Danzigs in den letzten Jahren. Man vergleiche Danzigs Hafenverkehr 1913 mit dem von 1924! Jeder geopolitische ABC-Schütze wendet natürlich ein, daß sich diese Dinge ohne weiteres überhaupt nicht vergleichen lassen. Im Jahre 1913 gab es keinen selbständigen polnischen Staat; Polen war ein Glied des russischen Wirtschaftskörpers und als solches der russischen Wirtschafts- und Verkehrspolitik unterworfen. Das heutige Danzig sähe zweifellos noch ganz anders aus, sein Hafen würde noch viel mehr blühen, wenn es als reichsdeutsche Hafenstadt die naturgemäße Ausfallspforte des vorübergehend selbständig gewordenen Polens wäre.

Ohne ein polnisches Danzig kein wirtschaftsstarkes Polen, so argumentiert Slawski weiter, die Seehäfen müssen auch politisch zu dem sie ernährenden Hinterland gehören. In der Tat eine ebenso einfache wie einleuchtende These. Also müssen und dürfen wir Deutschen die sämtlichen Rheinmündungshäfen annektieren?

Hinsichtlich Ostpreußens macht sich Herr Slawski nicht eben viel Sorgen. Ostpreußen bildet eine Schranke, die Polen vom Meere trennt; das Land war einstens polnisches Leben und müßte deshalb von Rechts wegen überhaupt zu Polen geschlagen werden. Die Bevölkerung — na ja, die ist nun leider deutsch; aber, sagt Herr Slawski mit klug zurückhaltender Dialektik, „zu bemerken ist, daß in Ostpreußen noch eine beträchtliche Anzahl (!) polnischer Bevölkerung ansässig ist“. Im übrigen, warum soll Ostpreußen nicht auch als „deutsche Insel“ gedeihen? „In fast der gleichen Lage ist Dänemark“ (!), und Frankreich hat seine Insel Korsika, Italien Sizilien und Sardinien. Exklaven sind im übrigen auch sonst keineswegs selten: vor dem Kriege war Dalmatien österreichische Exklave, denn ungarisches Territorium trennte das eigentliche Österreich von Dalmatien! Wie schlechthin überzeugend wirkt dieser großartige Vergleich! Er wird nur noch

übertroffen durch einen anderen, den uns Slawski am Schluß präsentiert: U.S.A. — Alaska, Deutschland — Ostpreußen!!

Herr Slawski, man nennt uns Deutsche in der Welt gern das Volk der Träumer; so einfältig aber, wie Sie glauben, sind wir doch nicht. Und wir bezweifeln sogar, daß Ihre Argumente in Amerika, England usw. Eindruck machen. Die Jahre, die seit dem polnischen Gewaltstreich vergangen sind, haben der ganzen Welt die Augen geöffnet und überall dieser Einsicht zum Siege verholfen: Die Bevölkerung im heutigen polnischen Korridor war um 1920 alles andere denn „indisputable Polish populations“, sie war zum guten Teil rein deutsch, zum andern hatte sie, selbst wenn sie polnisch sprach, ihre Kultur ausschließlich von Deutschland erhalten. Der polnische Staat hätte ohne Korridor und Danzig einen ebenso freien und sicheren Ausgang zum Weltmeer erhalten können, wie ihn das deutsche Ruhrgebiet auf dem nichtdeutschen Niederrhein besitzt. Die Exklave Ostpreußen ist durch die Abschnürung vom deutschen Stammland völkisch, wirtschaftlich und strategisch so stark gefährdet, daß auf dieser lediglich durch die Gewalt geschaffenen Grundlage niemals an wirklichen Frieden zwischen Polen und Deutschland zu denken ist.

Paul Nikolaus Coßmann und Karl Alexander v. Müller: Die deutschen Träumer. 173 Seiten. Verlag der Süddeutschen Monatshefte G. m. b. H. München, 1925.

Das lesenswerte Buch stellt einen Neudruck von Aufsätzen dar, die zwischen 1916 und 1918 in den Süddeutschen Monatsheften veröffentlicht wurden. Auch wer parteipolitisch nicht auf dem Boden der von den Süddeutschen Monatsheften vertretenen Anschauungen steht,

wird zugeben müssen, daß viele Aufsätze sehr beachtenswert sind. Unser Hang zum träumerischen Die-Welt-schauen, wie wir möchten, daß sie wäre, spielt uns nur gar zu oft einen bösen Streich. Wir müssen realpolitisch denken lernen, nach englischem Vorbild bei allem Tun und Treiben allein deutsche Belange in den Vordergrund stellen und uns dazu erziehen, an einer zielbewußten deutschen Außenpolitik durch Generationen hindurch festzuhalten. Daß wir in der Vergangenheit in der Tat gar zu sehr „geträumt“ haben, offenbaren viele Aufsätze mit grausiger Deutlichkeit. Man staunt, wie viel von dem, was damals in den Aufsätzen prophezeit wurde, hernach leider nur allzusehr in Erfüllung gegangen ist.

Francesco Nitti:

Das friedlose Europa (312 Seiten).

Der Niedergang Europas (311 Seiten).

Europa am Abgrund (215 Seiten).

Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei

G. m. b. H., Frankfurt a. M., 1922/23.

Schon lange ist es unser Wunsch, die Leser der Zeitschrift für Geopolitik noch einmal ausdrücklich auf die mutigen Schriften des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Nitti aufmerksam zu machen. Ein Mann, der selber jahrelang in der Politik führend war, geißelt hier mit schonungsloser Härte die Unsinnigkeit des Versailler Vertrages und der im gleichen Geiste abgefaßten Verträge von Sèvres, Trianon und St. Germain. Sie alle zerrütteten Europa und stürzten die Mittelmächte in furchtbare Not, ohne daß den Siegern hierdurch irgend ein Nutzen entstand. Frei und offen bekennt Nitti, daß die Unaufrichtigkeit und Eigennützigkeit der europäischen Staatsleute, vor allem der Franzosen, die Hauptursache für die kaum wieder gutzumachende Zerrüttung Europas ist. Er sieht keinen anderen Weg zur Genesung des Abendlandes, als den gänzlichen Bruch in den politischen Methoden, eine Durchführung von Wahrheit und Aufrichtigkeit in der zwischenstaatlichen Politik. Da sich

jedoch die europäischen Staaten von sich aus kaum zu solchen Methoden aufrufen werden, hält er ein Eingreifen Amerikas für unbedingt notwendig. Als größter aller demokratischen Staaten besitzt die Nordamerikanische Union die Möglichkeit und die Machtmittel, um in Europa Ruhe zu schaffen. Das wird um so notwendiger werden, je mehr die jetzige Generation ausstirbt, die das Elend des Krieges am eigenen Leibe gespürt hat. Eile tut not, soll nicht Europa in gegenseitiger Selbsterfleischung endgültig zugrunde gehen.

Nitti, der in dem Italien Mussolinis wenig oder keinen Einfluß mehr ausübt, hat sich mit diesen drei Büchern ein Denkmal gesetzt, das zweifellos länger Bestand haben wird, als die auf Gewalt gegründeten „Heldentaten“ seines diktatorischen Nachfolgers.

Der Weltkreis. Bücher von Entdeckungsfahrten und Reisen. Herausgegeben von Hans Kauders. Band I: **Siegmund von Herbertstain: Moscovia.** In Anlehnung an die älteste deutsche Ausgabe aus dem Lateinischen übertragen von Wolfram von den Steinen. 238 Seiten mit zum Teil handkolorierten Wiedergaben zeitgenössischer Bilder. Verlag der Philosophischen Akademie Erlangen, 1926.

Der Gesandte Kaiser Maximilians, Baron von Herbertstain, schildert uns in dem vorliegenden Buche seine „Entdeckung Rußlands“. Es ist ein großartiges Gemälde, das er auf Grund jahrelanger Beobachtung den Lesern zu bieten vermag. Das echte, noch garnicht westlerisch orientierte Rußland tritt uns hier in seiner ganzen Eigenart entgegen, das asiatische Rußland in seiner ganzen Ursprünglichkeit taucht vor uns auf. — Auf Einzelheiten einzugehen, verbietet leider der Raum. Wir müssen uns darauf beschränken, festzustellen, daß dieses Quellenwerk auch heute noch von unschätzbarem Werte ist. Vieles, was dem Europäer an dem modernen Rußland problematisch erscheint, wird restlos klar erst dann, wenn man

den Entdeckerbericht Baron von Herbertstains durchgelesen hat.

Der Weltkreis. Bücher von Entdeckungsfahrten und Reisen. Herausgegeben von Hans Kauders. Band II: **O. G. von Busbeck: Vier Briefe aus der Türkei.** 228 Seiten mit 20 Wiedergaben zeitgenössischer Holzschnitte und Kupfer. Aus dem Lateinischen übertragen, eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von Wolfram von den Steinen. Verlag der Philosophischen Akademie Erlangen, 1926.

Im Auftrage König Ferdinands weilte Busbeck in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts mehrere Jahre am Hofe des Sultans. Mit einer Tiefgründigkeit und Lebendigkeit sondergleichen schildert er uns seine Erlebnisse und Beobachtungen in Gestalt von Briefen, die sich unter seiner Feder freilich zu ausführlichen und oftmals gelehrten Abhandlungen auswuchsen. Auch hier gilt, was wir oben von dem Entdeckerbericht von Herbertstains sagten. In ihrer ganzen Ursprünglichkeit erleben wir die eben erst nach Europa herübergedrungenen Türken, ihre Sitten und Gebräuche. Von europäischem Firnis ist noch kaum etwas zu spüren. Asiaten begegnen uns vielmehr auf Schritt und Tritt, die echten Söhne der weiten, wilden Steppenländer des Ostens. Allen denen, die aus Beruf oder Neigung sich mit der Türkei beschäftigen, kann auch dieses Quellenwerk nur wärmstens empfohlen werden.

Georg Landauer: Palästina. 300 Bilder, X und 242 Seiten mit ausführlichem beschreibenden Text von Georg Landauer und einer Einleitung von Sven Hedin. Verlag von Meyer & Jessen, München 1925.

In seinen einleitenden Worten weist Sven Hedin auf die geopolitische Bedeutung Palästinas hin, das schon seit Urzeiten das heiß umkämpfte Verbindungsglied zwischen Morgen- und Abendland war. In schönen, tiefempfundenen Worten führt er uns in das Wesen dieser gegensatzreichen Landschaft ein und vertritt

die Überzeugung, daß Palästina unter dem Einfluß der zionistischen Rückwanderer einer Renaissance von größter Bedeutung entgegengehen wird. „Angesichts der Wildheit, mit der die Kulturvölker des Okzidents ihrem Untergang entgegenzueilen und angesichts des Erwachens der Völker Asiens muß man mit Überraschung und mit Beben der Zukunft entgegensehen. Aber was auch die kommenden Zeiten in ihrem Schoße tragen werden, — laßt uns hoffen, daß Palästina wieder wie früher ein Zentrum der Kultur werden möge, zu seinem eigenen Segen und zum Besten der ganzen Menschheit.“ —

Auch wer diesen Optimismus von Sven Hedin nicht teilt, wer die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die der zionistischen Heimstätte entgegengerichtet sind, größer einschätzt, wird mit aufrichtiger Freude und großem Nutzen zu diesem prächtigen Bilderwerk greifen, das ihm klarer als dickbändige Textwerke das Wesen des Heiligen Landes enthüllt. Die Aufnahmen sind ebenso künstlerisch empfunden wie technisch vollendet. Wenn auch hier und da deutlich die Absicht zu erkennen ist, das Siedlungswerk der Zionisten in gutem Lichte erscheinen zu lassen, so hindert das doch nicht, daß die Leser im ganzen ein erschöpfendes und packendes Bild von der Naturausstattung, der Bevölkerung und der Wirtschaft Palästinas erhalten. Das Werk ist daher allen am Orient interessierten Lesern sehr zu empfehlen. — Hinsichtlich des Zionismus und seiner wirtschaftlichen Leistungen in Palästina halten wir mit jeglichem Urteil zurück. Es wird nachgerade

Zeit, daß einmal von unparteiischer Seite dieses Problem nach allen Richtungen studiert wird. *Orbis Terrarum, Nordafrika* (Tripolis, Tunis, Algier, Marocco; Baukunst, Landschaft und Leben). Aufnahmen von Lehnert und Landrock. Mit einer Einleitung von Ernst Kühnel. XII und 240 Seiten, mit einer Kartenskizze von Nordafrika. Verlag Ernst Wasmuth A.-G., Berlin 1924.

Wer einmal die übrigen Teile dieses unvergleichlichen Bilderwerkes in der Hand gehabt hat, der geht an die Durchsicht dieses neuen Bandes mit hochgespannten Erwartungen heran. Und er wird nicht enttäuscht. Im Gegenteil, von all den bisher erschienenen Werken ist vielleicht gerade dieser Band Nordafrika der glänzendste. Daß diese Tatsache nicht zum wenigsten auf die meisterhafte Tätigkeit von Lehnert und Landrock zurückgeht, mag hier gern besonders hervorgehoben werden. Jeder Nordafrikareisende kennt ja diese Firma, deren Photographien vor dem Kriege zu den beliebtesten Reiseandenken gehörten. Es soll darüber hinaus aber nicht unerwähnt bleiben, daß die technische Wiedergabe der Bilder auch diesmal wieder schlechthin hervorragend genannt werden muß. Keiner, der Nordafrika als Reiseziel erkoren hat, sollte die Reise antreten, ohne vorher dieses Buch gründlichst durchgearbeitet zu haben. Auch für den Unterricht in der Schule wird dieser Bilderatlas ein Hilfsmittel von außerordentlichem Werte darstellen. Wir können die Anschaffung und Verbreitung dieses Werkes nicht warm genug befürworten.

ERICH OBST:
WIR FORDERN UNSERE KOLONIEN ZURÜCK!

Niemals können wir es vergessen, daß man uns in Versailles schmäblich betrog. Einen freien, unbefangenen und absolut unparteiischen Ausgleich aller kolonialen Ansprüche hatte Wilson unter anderem feierlichst versprochen, und im Vertrauen auf dieses Manneswort streckte Deutschland die Waffen. Die Staatsmänner der Entente jedoch hintertrieben einen wahren Frieden; sie erzwangen, auf ihre Gewalt pochend, jenen berüchtigten Artikel 119, den sie mit der angeblichen kolonialen Unfähigkeit Deutschlands zu bemänteln versuchten: „Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle seine Rechte und Titel in bezug auf seine überseeischen Besitzungen.“ Macht ging vor Recht! —

Es wird uns schwer, diesen schändlichen Verstoß gegen Treu und Glauben überhaupt zu verwinden. Nicht bloß um Deutschlands willen, nein, im Interesse einer Versittlichung der gesamten zwischenstaatlichen Politik fordern und hoffen wir, daß in zwölfter Stunde gerettet wird, was noch zu retten ist. Locarno, so versichert man uns, bedeutet einen grundsätzlichen Wendepunkt im Zusammenwirken der Völker und Staaten. Wir halten mit unserem Urteil zurück: an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Wenn sich dem einstigen Feindbund je Gelegenheit bot, schweres Unrecht wieder gut zu machen, so jetzt, wo sich das Deutsche Reich anschickt, dem Genfer Völkerbund beizutreten. Nun wenigstens habe man den Mut, zugleich mit der elenden Kriegsschuldlüge auch die Koloniallüge ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen. Nur dadurch kann einer wirklichen Friedenspolitik der Weg gebnet werden.

Mehrteiligkeit des Staatskörpers bedeutet eine Schwächung der Staatsgewalt, so flüstern uns die „Freunde“ von jenseits der Grenzen zu. Will das verarmte Deutschland sich den Luxus überseeischen Kolonialbesitzes leisten, den die Siegerstaaten als eine täglich drückender werdende Bürde empfinden? Wie kann Deutschland ohne machtvolle Flotte, ohne nennenswerte Landstreitkräfte seinen kolonialen Besitzstand sichern? Gemach, ihr uneigennütigen Freunde! Wir denken ja nicht daran, euch zu kopieren und uns mit denselben Methoden und Zielen ein überseeisches Weltreich zu schaffen. Nicht mit brutaler Gewalt wollen wir Länderräume unterjochen, nicht an Ausbeutung denken wir, sondern wir begehren in des Wortes tiefster Bedeutung Schutzgebiete. Wir kommen als aufrichtige Freunde zu Menschen anderer

Rasse, anderer Kultur, die nach unserem Schutz verlangen, um in Ruhe zu gleichwertigen Gliedern der großen Menschheitsfamilie heranreifen zu können. Eltern wollen wir jenen sein, Eltern im heiligsten Sinne des Wortes, denn wir sind ehrlich der Überzeugung, daß alle Menschengruppen im wesentlichen gleich entwicklungsfähig sind und nur das Tempo dieser Aufwärtsbewegung unter dem Einfluß sehr verschiedenartiger Umstände ein unterschiedliches ist. Oder waren nicht alle Europäer wahrhaftig Barbaren zu einer Zeit, als im fernen Osten die Kultur bereits die feinsten Blüten trieb? — Mit militärischer Machtentfaltung also hat das deutsche Kolonialverlangen nichts, gar nichts zu tun. Allerdings schließen Elternpflichten auch Elternrechte ein. Aber zu dieser Aufrechterhaltung der Ordnung und Zucht wird die Wehr völlig ausreichen, die Deutschland im Rahmen des für alle gleichermaßen verbindlichen Abrüstungsprogrammes zugestimmt erhalten muß. Da im übrigen Konflikte der Kolonialmächte untereinander nach Locarno und dank dem Völkerbund nicht mehr mit Waffengewalt ausgetragen werden sollen, so kann Kolonialpolitik künftighin keineswegs Rüstungspolitik bedeuten. — Was endlich die Mehrteiligkeit an sich betrifft, so kann sie allerdings eine Schwächung der Staatsgewalt bedeuten. Indessen Vor- und Nachteile müssen in jedem einzelnen Falle genau gegeneinander abgewogen werden. Hinsichtlich der ostpreussischen Exklave bedeutet Mehrteiligkeit des deutschen Staatsgebietes allerdings eine schwere Gefahr; die durch die Kolonien erzeugte Mehrteiligkeit jedoch nehmen wir in Kauf, weil hier die zweifellosen Nachteile durch erhebliche Vorteile voll und ganz aufgehoben werden. Sollten unsere „Freunde“ dennoch darum besorgt sein, daß die Vielteiligkeit des deutschen Kolonialbesitzes uns zu einer Last würde, so erklären wir uns gern dazu bereit, nach Rückerstattung unserer alten Schutzgebiete mit ihnen im Geiste der Wilsonschen Proklamation über einen gegenseitigen Austausch und eine Abrundung des Kolonialterritoriums zu verhandeln. Die Hauptsache ist und bleibt uns zunächst die Anerkennung unseres unantastbaren Rechtes auf die alten deutschen Schutzgebiete.

Schaut hin nach Nordafrika und Vorderasien, so raunt man uns nun zu, betrachtet die Monsunländer, die englischen Dominions; seht ihr Deutschen denn nicht ein, daß sich das Zeitalter europäischer Kolonisation dem Ende zuneigt, daß sich die Kolonien bei einer gewissen Reife wie Früchte vom Baume ablösen und vom Mutterland abfallen? Wollt ihr wirklich noch Mühe und Geld auf eine Sache verwenden, die sich augenscheinlich überlebt hat? Wie richtig beurteilt ihr lieben Entente Freunde die Verhältnisse in euren wichtigsten Kolonialgebieten! Aber diese Feststellung betrifft unsere Pläne im Grunde gar nicht. Die Bevölkerung des nahen und fernen Orients — von den Kolonialbriten ganz zu schweigen — ist dem Europäer zivilisato-

risch und kulturell fast allenthalben gleichwertig geworden, und wir verstehen es nur zu gut, daß die Menschheit dort völlige Freiheit begehrt und ihre Schicksale selbst zu bestimmen wünscht. Wir aber wollen als Kolonialpioniere nicht in jenen Ländern tätig sein, sondern in Afrika und der Südsee. Die Völker dieser weiten Gebiete können einen Freund und Lehrer noch nicht entbehren. Grausame Urvätersitten, finstere Dämonie zehren dort in furchtbarer Weise an der körperlichen und geistigen Volkskraft; sie hemmen die Menschen, sich aus dem Bann entsetzlicher Natur- und Geisterfurcht zu lösen, den Weg vorwärts und aufwärts zu finden. Wir müssen ihnen Schulen bringen und sie zu wissenden Menschen erziehen, wir müssen Ärzte hinaussenden, um die ungeheuerliche Kindersterblichkeit, die Volks- und Viehseuchen zu bekämpfen u. a. m. Nicht nur noblesse oblige, auch Wissen und Kultur verpflichten! Wer auf dem Wege menschlicher Entwicklung besonders schnell und weit vorwärts gekommen zu sein glaubt, hat die Verpflichtung, von seinem Reichtum abzugeben und die zurückgebliebenen Menschheitsgruppen zu sich heraufzuziehen. In diesem Geiste einer Verpflichtung an die Menschheit wollen wir die deutsche Kolonialpolitik fortführen. Und wir tun es in dem Bewußtsein, daß europäisches Wissen und Können bestimmt nicht den letzten und einzigen Höhepunkt menschlicher Entwicklung darstellen. Frei von niedrigem Eigennutz, frei erst recht von jener verhängnisvollen europazentrischen Einstellung wollen wir den uns anvertrauten Völkern in Afrika und der Südsee das Rüstzeug liefern zur Ausgestaltung einer eigenen Kultur, zum Reifwerden auch in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Kommt dann in Zukunft einmal die Stunde — und sie wird und muß kommen —, wo auch jene Glieder der Menschheitsfamilie erwachsen geworden sind, so werden wir als vernünftige Eltern in Liebe und Freundschaft beiseite treten und der nun zur Eigengestaltung befähigten Jugend die Bahn freigeben. Sorgt euch also, ihr „Freunde“ von der Entente, nicht darum, daß wir unsere Kräfte in der Kolonialpolitik unnütz verzetteln. Wir wissen, was wir wollen und warum wir so handeln müssen. Laßt uns endlich in Freiheit die Wege gehen, die einzuschlagen wir berechtigt sind und die zu befolgen wir uns verpflichtet fühlen.

Wir fordern unsere Schutzgebiete zurück, weil wir es nicht ertragen können, wie Menschen zweiter Klasse von der Menschheitserziehung ausgeschlossen zu sein. Wir begehren unser Recht auf die Kolonien, weil unser Volk ohne ein deutsch-überseeisches Betätigungsfeld notwendig verkrüppeln muß. Kein anderer Staat Europas ist derartig von allen Seiten eingeengt, keiner spürt im Guten wie im Bösen die Mittellage im Herzen eines balkaniserten Erdteils so stark wie eben Deutschland. Nimmt man die eigentümliche Oberflächengestaltung unserer Heimat hinzu, die Kleinkästelung durch eine Fülle von Mittelgebirgen

und Senken, die Parallelschaltung der deutschen Ströme u. a. m., berücksichtigt man zudem die komplizierte Geschichte und Charakterveranlagung der deutschen Nation, so ist unschwer zu begreifen, daß die Gefahr einer engherzigen partikularistischen Kirchtumpolitik, einer politischen Eigenbrödelei und eines ziellosen Auseinanderstrebens kaum irgendwo so groß ist wie gerade bei dem deutschen Volke. Doppelt und dreifach tut uns Deutschen darum Seefahrt und Koloniarbeit not. Wir kennen den Typ des Hanseaten und wissen, wie sehr intensive überseeische Betätigung den Horizont weitet, welche Großzügigkeit und Zielsicherheit dem Menschen eignet, der einige Jahre seines Lebens draußen in der Welt verbracht hat. Überseearbeit lehrt, jeden sachlich-ehrlich vertretenen Standpunkt zu achten und auch seinem politischen Gegner mit Ruhe und Anstand zu begegnen; Überseearbeit erzieht dazu, wahrhaftige Heimatliebe mit einer Achtung des Fremden zu verbinden; Überseearbeit erzeugt jenes Verständnis für übernationale Zusammenhänge, jenes Weltwissen und jenen planetarischen Weitblick, ohne die jede nationale Politik in unserer Zeit naturnotwendig zur Unfruchtbarkeit verurteilt ist. Da der Deutsche in fremden Kolonien nicht gern gesehen wird, vielfach sogar noch heute Ausnahmegesetze gegen ihn bestehen, so können wir auf eigene überseeische Schutzgebiete unter keinen Umständen verzichten. Wir brauchen ein überseeisches Deutschland als ein Mittel zu großzügiger politischer Erziehung unseres Volkes, als ein Feld der Betätigung für alle Glieder unserer Nation, als die hohe Schule zur Heranbildung wahrhafter deutscher Führermenschen.

Indem wir das aussprechen, sind wir uns völlig darüber klar, daß eine aktive deutsche Kolonialpolitik zugleich im ureigensten Interesse unserer bisherigen Feinde gelegen ist. Alljährlich verlassen zehntausende von deutschen Menschen das Vaterland für immer, weil der knappe deutsche Volksboden ihnen nicht Arbeit und Brot genug zu bieten vermag. In Clémenceaus grausigem Wort „Zwanzig Millionen Deutsche zuviel“ steckt leider ein richtiger Kern, wenngleich wir Deutsche diesem Übelstand selbstverständlich anders abhelfen müssen, als es Herr Clémenceau im Sinne hatte. Leider ist das deutsche Volk infolge seiner unglückseligen inneren Zerrissenheit bei der Aufteilung der Welt zu spät gekommen. Spanier und Portugiesen, Holländer, Franzosen und Engländer sicherten ihrem Volkstum das für Siedlung erforderliche Neuland in Übersee, ehe die deutsche Nation die völkische Wichtigkeit der Kolonialpolitik recht begriff. Hernach war es zu spät; wir mußten uns mit den Brocken begnügen, die beim Mahl der großen Herren der Welt abgefallen waren. Heute, wo wir uns endlich, endlich des Übergangs von dynastischer Territorialpolitik zu ausgesprochener Volkstumspolitik bewußt werden, wo wir innere Kraft höher werten als äußerliche Macht, heute fehlt

uns das Land, um den entwurzelten Teil der Volksgemeinschaft in räumlicher Geschlossenheit in deutschen Landen anzusiedeln. Gewiß wird auf dem Wege innerer Kolonisation bei Durchführung einer zielbewußten Bodenreform noch vielen Tausenden von Deutschen ein eigener Herd beschert werden können. Bei der ungeheuerlichen Übervölkerung unseres Vaterlandes indessen wird dieser Weg allein nicht zum Ziele führen. Können wir aber die deutsche Auswanderung niemals ganz unterbinden, so muß es naturnotwendig zu einer deutschen Invasion in fremde Gebiete kommen, solange uns eigene Kolonien fehlen. Die meisten Staaten empfinden diesen Andrang der deutschen Auswanderer als eine Bedrohung ihres eigenen Volkstums und ihrer Volkswirtschaft; sie schließen sich durch Beschränkung der Einwanderungsquote, durch Ausnahmegesetze usw. mehr oder weniger vollkommen ab. Unter diesen Umständen bleibt uns gar nichts anderes übrig, als jeden Zoll Landes im Innern für Siedlungszwecke auszunutzen, die deutsche Auswanderung nach dem Osten planmäßig zu organisieren und — last not least — die Wiedererlangung deutschkolonialer Siedlungsgebiete mit allem Nachdruck zu betreiben. Ohne zur Ansiedlung Weißer geeignete Kolonien ist Deutschland alljährlich zu großen Blutopfern an das Ausland gezwungen und bleibt infolge seines riesigen Bevölkerungsdruckes naturnotwendig der Herd zur Überflutung fremden Volksbodens. Die eigenen Interessen Deutschlands und die der übrigen Großstaaten treffen sich also in dem Verlangen nach Rückerstattung des deutschen Siedlungslandes in Übersee.

Wir haben bislang absichtlich nicht von der wirtschaftlichen Seite unseres Problems gesprochen, um zu zeigen, daß in der Tat auch sehr viel andere lebensnotwendige Belange zu einer aktiven Kolonialpolitik drängen. Es hält jedoch nicht schwer zu zeigen, daß die gegenwärtige furchtbare Wirtschaftskrisis unseres Vaterlandes ohne die Wiedererlangung der Kolonien schlechthin unlösbar ist und bleibt. Die Wirtschaftsnot unserer Tage ist ja doch nicht nur ökonomisch bedingt, sondern trägt in einem erheblichen Maße ein politisches Gepräge. Unsere Fabriken sind seit Jahrzehnten nicht nur auf die Befriedigung des heimischen Marktes eingestellt, sondern auf den Welthandel. Die Entente hat uns seit dem Dawesplan unzählige Male zugerufen, wir müßten durch gesteigerten Export unsere Kriegsschulden abtragen. Das ist jedoch unendlich viel leichter gesagt als getan. Bestünde in der Weltwirtschaft noch heute jenes freie Spiel der Kräfte, das vor dem Kriege als Merkmal der Weltwirtschaft zu erkennen war, so wäre dieser Gedanke vielleicht zu verwirklichen. Indessen die Welt hat sich von Grund auf geändert. Staaten, die wir als die Hüter der Freihandelsidee anzusehen gewohnt waren, sind zur Schutzzollpolitik übergegangen; andere, die wir nur als Rohstoff-

lieferanten kannten, haben sich eine eigene Industrie geschaffen und schützen sie durch tausenderlei Gesetzesmaßnahmen. Das gilt für den europäischen Markt wie für den in der großen Welt draußen. Unter diesen Umständen ist es leicht gesagt, wir sollten uns durch gesteigerten Export gesund machen; man weise uns aber auch die Mittel und Wege, um trotz der wirtschaftspolitischen Neugestaltung der Welt unsere Erzeugnisse an den Mann zu bringen. Immer und immer wieder müssen wir es aussprechen: die Wirtschaftskrisis, unter der wir alle so sehr leiden, ist keine Produktionskrisis, sondern eine Absatzkrisis. Gewiß, unsere Maschinen mögen zum Teil veraltet sein, unsere Fabrikationsmethoden einer Neugestaltung bedürfen usw. usw. Ungleich wichtiger als das alles aber bleibt die Grundtatsache, daß viele Märkte der Welt deutschen Waren für immer verschlossen sind. Diese Feststellung ist nach zwei verschiedenen Richtungen hin von Wichtigkeit. Einmal fehlt es uns an Absatzmärkten für unsere Fertigwaren, zum andern aber verbrauchen viele der früheren Rohstofflieferantenstaaten infolge der bei ihnen eingesetzten Industrialisierung die Rohstoffe selbst, sodaß eine Verknappung und infolgedessen eine wesentliche Preissteigerung der Rohstoffe eintreten muß. Beides bedeutet für die deutsche Wirtschaft in gleichem Maße eine Katastrophe.

Man könnte der Meinung sein, daß sich die deutsche Wirtschaft kurz entschlossen dem anzupassen habe und sich infolgedessen hauptsächlich auf den inneren Markt einrichten müsse. Der Gedanke an sich ist durchaus richtig, er hat aber zur Folge, daß alle unsere Werkstätten außerordentlich viel zu groß sind, daß wir abbauen müssen und die Arbeitslosigkeit noch viel weiter getrieben werden muß. Eine solche Reduktion der deutschen Wirtschaft ist selbstverständlich ohne allerschwerste Krisen nicht denkbar. Wir fürchten allerdings, daß wir zum Teil an dieser Operation auf Tod und Leben nicht vorbeikommen werden, könnten ihre Wirkung aber sofort und wesentlich abschwächen, wenn wir als inneren Markt nicht nur das deutsche Vaterland, sondern auch in möglichst großem Umfange deutsche Kolonien betrachten würden.

Um über diesen Punkt zur Klarheit zu kommen, fragt es sich, ob denn die deutschen Kolonien zunächst als Rohstofflieferanten für uns nennenswert in Betracht kommen. Zu diesem Zwecke führen wir einmal diejenigen Kolonien auf, die als Rohstofflieferanten vor allem Wichtigkeit besaßen: Kamerun, Togo, Ostafrika, Neuguinea und Samoa. Nach dem Vorbild von Danner (Reichskolonialzeitung vom 2. Dezember 1925) stellen wir der Gesamtausfuhr dieser fünf deutschen Schutzgebiete die deutsche Einfuhr in den entsprechenden Artikeln gegenüber. Es ergibt sich dann die folgende sehr interessante Zahlenreihe:

Rohstoffe	Gesamtausfuhr 1924 der genannten 5 Schutzgebiete		Deutsche Einfuhr	
	Mengen in t	Werte in 1000 M. (1. 8. 25)	Mengen in t	Werte in 1000 M.
Kopra	63 670	41 400	146 750	80 500
Palmkerne	30 585	18 500	18 700	40 700
Palmöl	7 630	6 400	9 210	6 700
Erdnüsse	18 725	10 600	74 920	32 700
Kakao	21 200	30 700	88 100	65 600
Kautschuk	4 200	29 400	23 830	54 800
Baumwolle	4 090	10 300	276 680	782 700
Baumwollsaat	1 020	300	45 370	11 200
Sisal	18 430	16 200	7 750	6 600
Superphosphat	272 300	20 600	18 500	1 700
Bananen	—	—	25 320	16 700
Kaffee	5 260	1 100	55 325	114 900
Tropische Hölzer	21 600	6 500	46 153	10 200
Häute	3 980	5 100	125 000	214 000
Wachs	425	1 000	510	1 100
		<u>208 000</u>		<u>1 440 100</u>

Obwohl die Produktion unserer kolonialen Besitzungen aus naheliegenden Gründen noch in den ersten Anfängen steckt und durch die Mandatswirtschaft vielfach schwer gelitten hat, könnten wir heute schon die Hälfte unseres gesamten Bedarfs an pflanzlichen Ölen zur Herstellung von Speise- und Seifenfetten aus unseren Kolonien beziehen. Wir könnten darüber hinaus $\frac{4}{5}$ unseres Bedarfs an Wachs, die Hälfte unseres Bedarfs an Tropenhölzern, $\frac{1}{4}$ unseres Bedarfs an Kakao, $\frac{1}{10}$ unseres Bedarfs an Kaffee und $\frac{1}{6}$ unseres Gesamtbedarfs an Kautschuk den deutschen Kolonien entnehmen. Die Produktion von Sisalhanf ist so groß, daß sie unseren Bedarf um das Zweieinhalbfache übertrifft; von den für unsere Landwirtschaft so außerordentlich wichtigen Superphosphaten erzeugen unsere deutschen Schutzgebiete das 15fache des heimischen Bedarfs. Bei allen diesen Angaben wollen wir nicht vergessen, daß es sich lediglich um ein Momentbild handelt, und zwar um das Momentbild aus dem Anfang einer kaum abzusehenden Entwicklungsreihe. Erhalten wir die deutschen Kolonien zurück und bauen wir sie ganz anders als vor dem Kriege als Glieder der deutschen Volkswirtschaft aus, so steht zweifellos fest, daß wir nach und nach den größten Teil der für unsere Industrie nötigen Rohstoffe aus den Kolonien erhalten könnten. Neben den oben bereits genannten Waren gilt dasselbe von der Baumwolle, von Häuten und Fellen, Futtermitteln usw. Der Baumwollanbau in Togo, Kamerun und Ostafrika ließe sich zweifelsohne noch ganz erheblich steigern. In der Kautschukproduktion wäre ohne allzu große Mühe ein vielfaches von

dem zu erreichen, was jetzt von den Kolonien erzeugt wird. Häute und Felle könnten bei fortschreitender Erschließung der Kolonien in ungeheurem Maße von dort geliefert werden. Mais, Ölkuchen usw. würden die Kolonien, wenn wir sie recht entwickelten, in so großem Umfange liefern, daß unsere Landwirtschaft auf den Bezug fremder Futtermittel fast ganz verzichten könnte. Alles in allem sehen wir, daß die oben aufgeworfene Frage: Besitzen die deutschen Kolonien Bedeutung als Lieferanten von Rohstoffen für die heimische Wirtschaft? mit einem unbedingten Ja zu beantworten ist. Alle die vielen Milliarden, die wir jetzt als Hörige des Auslandes abführen müssen, um diese Rohstoffe zu einem uns diktierten Preise einzukaufen, könnten in der Tat dem deutschen Volksvermögen erhalten bleiben, unsere Industrie könnte in die Lage versetzt werden, alle wichtigen Rohstoffe billig aus Deutsch-Übersee zu beziehen. Wie sehr das unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt steigern würde, wie sehr infolgedessen die Wiedererlangung der Kolonien die Arbeitslosigkeit herabsetzen würde, alles das bedarf kaum der Betonung.

Nicht minder eindeutig läßt sich die zweite Teilfrage beantworten: Können die deutschen Kolonien als Absatzmarkt für deutsche Fertigwaren einen nennenswerten Einfluß auf die deutsche Wirtschaftskrise ausüben? Wir stellen zunächst die folgende Zahlenreihe auf, um zu zeigen, welche Menschenmassen in unseren deutschen Kolonien mit Fertigwaren zu versorgen sind:

Schutzgebiete	Fläche in qkm	Farbige Bevölkerung
Togo	87 200	1 033 000
Kamerun	790 000	2 653 000
Deutsch-Südwestafrika	835 100	103 000
Deutsch-Ostafrika	995 000	7 666 000
Deutsche Südsee	245 050	643 000
<hr/>		
Gesamte Schutzgebiete in		
Afrika und der Südsee	2 952 350	12 098 000

Was besagen diese Zahlen? Wir legen den entscheidenden Wert nicht bloß auf die 12 Millionen farbige Menschen, obwohl damit gewiß schon ein respektable Absatzmarkt gekennzeichnet ist. Ebenso wichtig erscheint uns in diesem besonderen Falle die Flächenzahl. Drei Millionen qkm Landes hätte Deutschland zur Verfügung, drei Millionen qkm eines durchweg fruchtbaren Landes, das aber doch eben bislang in den allerersten Anfängen der wirtschaftlichen Entwicklung gestanden hat. Wenn wir die Kolonien zurückbekommen, so erwächst Deutschland damit die Aufgabe, 3 Millionen qkm Land großzügig zu erschließen, nicht im Sinne einer nackten Raubwirtschaft,

sondern so, daß die Belange des Mutterlandes und die Interessen der Eingeborenen in gleicher Weise gefördert werden. Erste Voraussetzung für eine solche Erschließung wäre der Bahnbau. Wieviel tausende von Kilometern Bahnen müßten in dem deutschen überseeischen Neuland gebaut werden, um diese Gebiete der Wirtschaft überhaupt zugänglich zu machen und den Eingeborenen die Möglichkeit zu bieten, ihre Erzeugnisse mit Nutzen auf den Markt zu bringen. Wieviele Hochöfen, wieviele Walzwerke könnten vollbeschäftigt allein für deutschkolonialen Bedarf arbeiten! — Hand in Hand mit dem Bahnbau würde die Errichtung zahlreicher europäischer Niederlassungen gehen und zwar sowohl von Regierungsgebäuden wie von Privatbauten. Auch das würde wieder den heimischen Markt in ungeahntem Maße befruchten. — Für den Transport der in den deutschen Kolonien erzeugten Waren und der dort abzusetzenden Fertigprodukte würde der deutsche Schiffs- park kaum ausreichen. Auch die Schifffahrt und die Schiffsbauindustrie würden also eine wesentliche Belebung erfahren in dem Augenblick, in dem wir unsere Kolonien zurückerhielten. — Schließlich würde es sich vermutlich herausstellen, daß man nicht alle Rohstoffe als solche nach Deutschland schaffen kann, sondern daß es zweckmäßiger ist, diesen oder jenen Rohstoff an Ort und Stelle in Halbfertigware zu verarbeiten. Fabrikanlagen aller Art würden in den Kolonien entstehen, und wieder wäre es die heimische Wirtschaft, die daraus sofort großen Nutzen ziehen könnte. Selbstverständlich wollen wir Deutschen es uns angelegen sein lassen, das Gesundheits- und Erziehungswesen der uns anvertrauten Eingeborenen nach besten Kräften zu heben und auszugestalten. Krankenhäuser, Veterinäranstalten, Schulen usw. müßten in wesentlich verstärktem Maße gebaut werden. Kurz, auf der ganzen Linie erscheint vor unseren Augen das Bild fiebriger Tätigkeit, eines emsigen Säens und Erntens, und alles was an materiellen und ideellen Werten hinüber und herüberfließt, bleibt dann der deutschen Volkswirtschaft erhalten. Wir wagen es also, auch die zweite Teilfrage durchaus zu bejahen: Als Absatzmarkt für die deutsche Industrie würden die deutschen Kolonien eine außerordentliche Bedeutung gewinnen können. Sie wären in allem Ernst ein Mittel, um die Wirtschaftskatastrophe zu verhüten und der entsetzlichen Arbeitslosigkeit in unserem Vaterlande zu steuern.

Wir dürfen unsere Betrachtung nicht schließen, ohne noch einmal auf die politische Situation zu sprechen zu kommen. Schon oben sagten wir, daß das internationale Problem der deutschen Kriegsschulden nicht zu lösen ist, wenn Deutschland nicht der billige Bezug von Rohstoffen und der gesicherte Absatz seiner Fertigwaren in irgend einer Weise garantiert werden kann. Nun sehen wir, wie beides zu erreichen ist, wie wir unsere Kriegsschulden ab-

tragen können, ohne daran zugrunde zu gehen. Nicht nur die deutschen Belange laufen also darauf hinaus, die deutschen Kolonien zurückzufordern, nicht nur jeder Arbeiter, Angestellte und Unternehmer muß die Kolonien aus eigenem Interesse zurückverlangen, nicht nur der deutsche Staatsmann sie im Interesse der deutschen Volkswirtschaft unbedingt zurückfordern, sondern auch das Interesse der Entente muß es letzten Endes sein, uns durch Herausgabe der deutschen Kolonien in die Lage zu versetzen, die getroffenen Vereinbarungen zu erfüllen.

Ganz unabhängig von irgendeiner parteipolitischen Einstellung müßte also das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wie ein Mann aufstehen und in den Ruf nach Rückgabe der deutschen Kolonien einstimmen. Wem es ernst ist mit der Wiedergesundung unseres Vaterlandes, wer dazu beitragen will, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, der überzeuge seine eigenen Familienangehörigen, seine Freunde und seine politischen Parteigenossen von der Wichtigkeit dieser These:

**Deutschland muß zugrunde gehen, wenn es seine Kolonien
nicht ehestens zurückerhält.**

HANS MEYER:
GEOPOLITISCHE BETRACHTUNGEN ÜBER DEUTSCH-OST-
AFRIKA (TANGANYIKA TERRITORY) EINST UND JETZT

Wenn eine geopolitische Erörterung sich in erster Linie mit der Frage zu befassen hat, wie und in welchem Maß die geographische Beschaffenheit einer Erdstelle oder eines Erdraumes die auf sie gerichtete Politik der Staaten und Völker bestimmt und lenkt — und damit den Betrachtungskreis der politischen Geographie schneidet oder teilweise deckt — hat sie sich in zweiter Linie auf die Frage einzustellen, wie die Politik eines Staates oder Volkes die geographischen Qualitäten eines Erdraumes, mit dem es jene zu tun hat, nach der Eigenart und den Eigenzielen des Staates oder Volkes nutzt. Die Nutzung wird ebensooft mit der eines anderen diesem Erdenraum vor- oder nachher zugewandten Staates übereinstimmen wie sich von ihr unterscheiden, denn die Zwecke eines Staates und die Bedürfnisse eines Volkes sind das Primäre, dem sich alles andere unterordnet, und verlangen zu ihrer Befriedigung oft dieselben, oft andere Mittel als die Ziele eines anderen Staates oder Volkes, je nach der Art des Volkes und nach der Lebensform und Lebenskraft des Staates.

Solche teils gleiche, teils verschiedene Einstellung zweier oder mehrerer Staaten auf dieselben geographischen Gegebenheiten eines Erdraumes treten am deutlichsten in Erscheinung, wenn diese Staaten Gebiete von derselben Naturausrüstung ihrem Herrschaftsbereiche einverleiben oder wenn ein Land seinen Besitzer wechselt. Dabei ist es einerlei, ob es sich um alte, seien es europäische, seien es asiatische Kulturländer oder um junge Kolonialgebiete handelt. Keinen größeren Lehrmeister gibt es für diese Wahrheiten als den verfloßenen Weltkrieg mit seinen in den verschiedenen Friedensschlüssen vollzogenen gewaltsamen Besitzwechselln und staatlichen Neugründungen in einem und demselben Erdraum. Wie haben da bestimmte geographische Gegebenheiten in Elsaß-Lothringen, in der Tschechei, in Polen, in Kleinasien, in der Südsee, in West- und Ostafrika den okkupierenden Staaten ganz bestimmte macht-, volks- und wirtschaftspolitische Ziele und Maßnahmen vorgeschrieben, und wie haben andererseits die neuen Herren in diesen Ländern die geographischen (im weitesten Sinn) Verhältnisse daselbst oft ganz anders benutzt als die Vorbesitzer, wobei letzten Endes immer die mehr oder minder große Stärke der geographischen Faktoren den Ausschlag nach der aktiven oder passiven Seite gibt, mögen es dynamische, erst noch zur Entwicklung kommende, oder statische, schon praktisch wirksame Kräfte sein.

Aus der großen Zahl der Beispiele sei an dieser Stelle unser ehemaliges Deutsch-Ostafrika ausgewählt und eine Betrachtung darüber angestellt, welche geopolitischen Wirkungen die Übernahme dieses deutschen Schutzgebietes in britische Mandatsverwaltung als Tanganyika Territory hervorgerufen hat, inwiefern und warum England dort anders verfahren ist als wir, inwiefern aber und warum ebenso wie wir.

Fragen wir uns zuerst: Was war und bedeutete Ostafrika für Deutschland?

Was die Kühnheit und Energie, der nationale Schwung und Scharfsinn eines Karl Peters gewollt und in Szene gesetzt hat: die Gründung einer deutschen Kolonie an der äquatorialen Ostküste Afrikas, hat Bismarcks geniale Staatskunst verwirklicht. Die Kolonie lag da, wo die afrikanische Ostküste die tiefste Einbuchtung in den Kontinent hinein hat. Sie war, wie schon die Portugiesen und nach ihnen die Araber erkannt und demgemäß sich festgesetzt hatten, durch seine Randlage nicht bloß ein der Schifffahrt leicht zugängliches Landungsgebiet, sondern auch durch seine Schwellenlage eine vortreffliche Eingangspforte in das weitere Innere, das von hier auf kürzesten, durch keine morphologischen Hindernisse erschwerten Verkehrswegen zu erreichen und zu erschließen war. Drei gute natürliche Häfen: Tanga, Daresalam und Kilwa erhöhten diese Vorzüge der Schwellenlage noch beträchtlich. Eine Schwellenlage war es vor allem für den Zugang zum Kongostaat, den unsere Westgrenze auf der langen Seenlinie Kiwu—Tanganyika berührte. Da wir auch am Viktoriasee nach Brit. Ostafrika hin, am Süd-Tanganyika nach Rhodesien, am Nyassa nach Brit. Nyassaland und Portugies. Ostafrika hin Anteil hatten, genossen wir im Westen gleichsam die Vorteile einer zweiten Küstenfront mit ihren Verkehrserleichterungen.

Nach Westen und Süden konnte auch, wenn die Expansionskraft Deutsch-Ostafrikas stark genug geworden wäre, in der Richtung des schwächsten Widerstandes, also nach dem Kongo und nach Mozambique hin, die Ausdehnung unseres Kolonialgebietes erfolgen. Deutsch-Ostafrika konnte als Keimzelle eines viel größeren kolonialen Wachstums in Ost- und Mittelfrika gelten. Und tatsächlich waren ja auch schon Verhandlungen mit England vor dem Krieg in dieser Richtung gepflogen worden, wiewohl es den Engländern sicherlich nie ganz ernst mit diesen Verhandlungen über eine Vergrößerung Deutsch-Ostafrikas gewesen ist. Denn für England war unser deutschafrikanisches Schutzgebiet immer der lästige Keil, der sich zwischen das britische Nordostafrika und das britische Südostafrika schob und die beiden britischen Wachstumstendenzen vom Kap nach Kairo und von Kairo nach dem Kap gerade in der Mitte an ihrer Vereinigung zum großen „British Backbone“ Afrikas verhinderte. Englands größtes Interesse mußte es sein, die deutsche Kolonialmacht aus dieser wichtigen Zwischenlage in Ostafrika zu verdrängen.

Da Deutsch-Ostafrika als Anlieger am mittleren Indischen Ozean, den England immer sehr zum „Mare clausum britannicum“ zu machen bestrebt war, und als von jeher bevorzugter Wohnsitz zahlreicher britisch-indischer Händler und Gewerbler einen wachsenden Einfluß auf den Seeverkehr im Indik und auf die Interessen Indiens gewinnen mußte, sah England immer mehr mit Unbehagen und mit scheelen Augen auf unser ostafrikanisches Schutzgebiet.

Den Vorteilen, die uns aus alledem für unsere politische Beeinflussung Englands, Indiens, Belgiens und Portugals erwachsen, standen die Gefahren gegenüber, die unserem Schutzgebiet aus Konflikten mit diesen unseren kolonialen Nachbarstaaten drohten, wenn wir es nicht zu Wasser und zu Land gehörig schützen konnten oder wollten. Daß wir dies nicht getan haben, im Vertrauen auf die internationalen Vereinbarungen der Kongoakte, war unser Verhängnis.

Unsere koloniale Arbeit in Deutsch-Ostafrika hat lange Jahre gebraucht, bis wir die Natur des Landes und seine Bewohner so gut kennen gelernt hatten, daß wir Erfolge erzielen konnten. Es gereichte unserer Arbeit zum Vorteil, daß von Anbeginn die wissenschaftliche Forschung Hand in Hand mit der Praxis ging, wodurch sich die letztere immer mehr nach den geographischen Bedingungen des Klimas, des Bodenreliefs und der Bodenarten, der Bewässerung, der Vegetation, der Eingeborensiedlung, der Volksdichten, der Verkehrswege und Verkehrsmittel usw. richten konnte. Und doch hat es lange gedauert, bis man erkannte, daß z. B. im Plantagenbau nur die Südhälfte des Schutzgebietes mit der einmaligen Regenzeit und halbjährigen starken Besonnung sich für den Baumwollbau eignete; daß es nirgends die genügende gleichmäßig warme Feuchtigkeit für Kakaobau gab, daß die Böden und Niederschläge in den Randgebieten Usambara, Ussagara, Uluguru zwar keinen guten Tabak hervorbringen konnten, aber einen vortrefflichen Kaffee lieferten; daß die Fasern liefernde Sisalagave nirgends besser gedieh als auf den höchst unfruchtbar erscheinenden sandigen Böden des Küstenlandes, etc.

Dank diesen Erkenntnissen der geographischen Tatsachen und dank den unermüdlichen Versuchen hat sich der Plantagenbau in Deutsch-Ostafrika allmählich so gut entwickelt, daß er ein beachtenswerter Faktor in unserer Volkswirtschaft und in der Weltwirtschaft zu werden begann. Um Qualitätsprodukte auf den Markt bringen zu können, haben wir den Anbau von Kultur- und Handelspflanzen für Industrien, Nahrungsmittel und Genußmittel vorwiegend in deutscher privater Unternehmung und unter deutscher Leitung betrieben, während die in die Breite gehende Erzeugung minderwertiger Produkte wie Mais, Hirse, Reis, Viehhäute etc. auch für Exportzwecke den Eingeborenen überlassen wurde, vielfach aber unter Antrieb der Behörden und unter Anleitung von deutschen Sachverständigen.

Im Zusammenhang mit unserem Plantagenbau waren wir bemüht, unter den Eingeborenenstämmen diejenigen ausfindig zu machen, die sich vor den anderen durch Arbeitskraft und Arbeitswilligkeit auszeichneten und in längeren Terminen zu brauchbaren Arbeitern in den Plantagen herangezogen werden konnten. Wir fanden sie in den großen Bantustämmen des Innern, in den Wanyamwesi, Wasukuma, Wassagara, Wadschagga u. a. m.

Und aus denselben Volksquellen flossen unseren anderen kolonialen Unternehmungen die nötigen Arbeitskräfte zu. Mit ihnen wurden die freilich noch wenig erschlossenen nutzbaren Mineralien in den Bergwerken von Morogoro (Glimmer), Sekenke (Gold), Gottorp (Salz) etc. abgebaut, mit ihnen die Straßen und die Eisenbahnen (die Nordbahn nach Usambara und Kilimandscharo—Meru, die Zentralbahn nach Tabora und dem Tanganyikasee, die nur begonnene Ruandabahn Tabora—Kagera) gebaut, mit ihnen der größte Teil des Trägerverkehrs überland bewältigt, während sich zu den zahllosen Kleinarbeiten im Dienst des Europäers mehr die halbzivilisierten Küstenstämme, vor allem die Wasuabeli, eigneten. Und da alle Arbeiter, auch im fernen Innern, unter behördlicher Kontrolle ordentlich bezahlt und human behandelt wurden, so haben die eingeborenen Arbeitnehmer fast immer in gutem Verhältnis zu ihren deutschen Arbeitgebern gestanden. Wenn es mehrmals zu Unruhen und Aufständen gegen das deutsche Regime gekommen ist, so lag der Grund nicht in der, wie unsere Feinde behaupten, schlechten Behandlung und in dem Arbeitszwang der Eingeborenen, sondern in Aufwiegelungen durch die Araber, deren verhängnisvolle Macht wir gebrochen haben, in der Unzufriedenheit der Hauptlinge, deren Volksbedrückung wir beseitigt haben, und in gelegentlichen Übergriffen eingeborener Beamter beim Einbringen der an sich sehr niedrigen Steuern.

Unser koloniales Wirtschaftssystem hat zahlreiche Eingeborene zu geregelter Arbeit, sei es im Dienst der Europäer, sei es für eigene Zwecke, erzogen, es hat ihnen die Vorteile der, wenn auch geringen, Kapitalbildung klar gemacht, es hat sie zu Bedürfnissen höherer Zivilisation erzogen und damit nicht bloß zu Vermehrern der Gütererzeugung, sondern auch zu Abnehmern der deutschen Handelswaren gemacht, wodurch sowohl die Kolonie als auch das Herrenland — „Mutterland“ war Deutschland nicht für die ostafrikanischen Eingeborenen — Nutzen zog und das Band zwischen beiden fester geknüpft wurde.

Dem Handelsverkehr, dessen Ausgangspunkt vorher die wegen ihrer geschützten und dominierenden Schwellenlage zum Sitz der Arabersultane erkorene Insel Sansibar gewesen war (analog den vormals die Küstenländer beherrschenden Inseln Mozambique, Bombay, Penang, Singapore, Makao, Hongkong usw.), hat das deutsche Gouvernement im Verfolg geographischer Richt-

linien neue Wege gewiesen. Zwingend wirkte der Umstand mit, daß unsere Handelszwecke und -methoden ganz andere waren als der vormalige Karawanenhandel der Araber und Inder mit ihrem Hauptinhalt von Elfenbein und Sklaven. Damit wurde der Araber so gut wie ganz aus dem größeren Handelsverkehr ausgeschaltet. Indem wir unsere beiden besten Häfen Daressalam und Tanga ausbauten und zu Ausgangspunkten der beiden Binnenlandbahnen machten, verloren die zur Araberzeit wichtigsten, aber nur für Dhauverkehr geeigneten Küstenplätze Bagamoyo und Pangani alle Bedeutung, und mit dem Aufblühen Tangas und Daressalams, das zugleich der Sitz des Gouvernements wurde, vollzog sich von selbst die Verlegung des kommerziellen und politischen Schwergewichts vom britisch-arabischen Sansibar weg nach der deutschen Küste. Viele europäische und indische Firmen siedelten aus Sansibar nach Daressalam über und machten uns nicht bloß von dem indischen Zwischenhandel und der Kontrolle Sansibars unabhängig, sondern verdichteten und verstärkten auch immer mehr unsere direkten Beziehungen zu Europa und Indien.

Neben alledem versprach Deutsch-Ostafrika geopolitisch für uns dadurch bedeutungsvoll zu werden, daß deutsche dauernde Siedelung größeren Raum gewann. Im Anfang hatte ja das Moment der deutschen Auswanderung bei unserer Koloniengründung im Vordergrund gestanden. Das tropische Klima und die primitiven Zustände in unseren Schutzgebieten (ausgenommen Südwestafrika) machten jene Hoffnungen zunichte, bis allmählich in den wenigen Gebirgsländern Ostafrikas und Kameruns sich neue Möglichkeiten einer engeren weißen Besiedelung zeigten. Demgemäß haben wir in Usambara, Ussagara, Kilimandscharo, Meru usw. einen kräftigen Siedlerstamm von deutschen Pflanzern, Farmern, Gewerblern, Bergleuten usw. heranwachsen sehen, der das starke Fundament der Kolonie zu werden versprach und eine Pflegstätte des Deutschtums in Übersee wurde, das sich im Frieden und im Krieg bewähren sollte. Ihnen schloß sich das labile Element der nur zeitweilig, wenn auch oft viele Jahre lang in den tropisch-warmen Gebieten arbeitenden deutschen Kaufleuten, Beamten, Ingenieuren, Ärzten usw. als zielbewußte Förderer unserer kolonialen Entwicklung, ihres und unseres Wohlstandes und deutscher Gesinnung und Gesittung vollwertig an. So war Deutsch-Ostafrika für das Mutterland eine Pflanzstätte deutschen Volkstums in Übersee und eine Erziehungsanstalt großen Maßstabes zu weltwirtschaftlichem und weltpolitischem Verständnis, Interesse und Können.

Zu einem Feld humanitärer und zivilisatorischer Arbeit konnten wir Ostafrika mehr als unsere anderen Kolonien machen, weil uns das Glück beschieden war, in den ostafrikanischen Bantu ein bildsames Volk von guten geistigen Anlagen, freundlicher Sinnesart, offenem Charakter und reger Lernbegier zur Erziehung überwiesen zu bekommen. Die alte deutsche Befähigung

zum Lehrmeister hat sich an ihnen voll bewährt. Unsere vielen über das Land verstreuten Laien- und Missionsschulen, die Handwerkerschulen in den Städten und in manchen Inlandstationen, die ethische Hebung durch die katholischen und evangelischen Glaubensboten und Kulturbringer, die ärztliche Fürsorge und die hygienischen Besserungsmaßnahmen an allen Orten unserer Festsetzung, die von den Privaten, den Zivilbeamten und den Schutztruppen ohne viel Zwang ausgeübte Erziehung zur Ordnung und Disziplin, und viele Einwirkungen mehr haben unsere Schutzbefohlenen in relativ kurzer Zeit auf ein zivilisatorisches Niveau gehoben, das jenes der Eingeborenen in den Nachbarcolonien merklich überragte. Das ist von den unser Ostafrika besuchenden Engländern, Amerikanern, Portugiesen, Italienern oft anerkannt worden, wie auch von diesen Seiten der hohe Stand unserer wirtschaftlichen Koloniarbeit in Wort und Schrift bekundet worden ist.

Unsere in nur 30jähriger Arbeit errungenen Erfolge sind umso beachtenswerter, als wir doch ohne alle praktische Erfahrung an die Kolonisierung Ostafrikas herangegangen sind, während den Engländern, Franzosen, Portugiesen eine hundertjährige afrikanische Erfahrung zu Gebote stand. Es zeigten sich in unserer afrikanischen Koloniarbeit eine Menge kolonialer Eignungen und Eigenschaften, die dem Deutschen sozusagen im Blute liegen, wie Scharfblick, Schaffenstrieb, Organisationstalent, Energie, Ordnungssinn, Anpassungskraft usw., die schon im Mittelalter und der neueren Zeit zur kolonisatorischen Ausbreitung der Deutschen in Ost- und Südeuropa sowie im 19. Jahrhundert zur erfolgreichen Deutschensiedlung in Nord- und Südamerika und anderen Kontinenten geführt haben. Wie dort überall, so hat sich auch in unseren afrikanischen Schutzgebieten, insbesondere in Ostafrika, durch das Zusammenwirken von deutschem Volkscharakter, deutscher Wirtschaft und deutscher Politik mit den geographischen, ethnischen und kulturellen Verhältnissen des Neulandes ein eigener deutsch-kolonialer Stil herausgebildet, der weniger in den Einzelheiten als im Ganzen in Erscheinung trat und durch seine Harmonie sich jedem tief einprägen mußte, der mit offenen Augen nacheinander die Zustände in den deutschen, englischen, französischen, portugiesischen und belgischen Kolonien des tropischen Afrika betrachten und vergleichen konnte.

Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die deutsche Wissenschaft in Ostafrika sich ein Arbeitsfeld erschlossen hatte, auf dem sie in den drei Jahrzehnten größeres leistete als die Wissenschaft der anderen kolonisierenden Staaten in ihren sehr viel älteren Kolonien. Das gilt nicht nur für die landeskundliche Forschung, die, durch Private, durch das Gouvernement und das Reichskolonialamt ausgeführt, eine Kartenaufnahme und eine geographische Darstellung des Schutzgebietes geschaffen hat, die jene der fremden Kolonien weit übertrifft, sondern es gilt auch für die geologische Landesuntersuchung,

für die Errichtung des meteorologischen Stationsnetzes, für die botanischen, zoologischen und ethnologischen Studien und — was kolonisatorisch vielleicht am wichtigsten war — für die Erforschung und Bekämpfung der tierischen und menschlichen Krankheiten, wie z. B. der Rinderpest, der Malaria, der Schlafkrankheit und anderer Seuchen. Die Forschungsergebnisse und -methoden Robert Kochs und seiner Nachfolger kamen nicht bloß unserer Kolonie zugute, sondern wurden alsbald auch von den fremdstaatlichen Kolonien übernommen und übten allenthalben ihre segensreichen Wirkungen aus.

Der stolze Aufstieg Deutsch-Ostafrikas wurde jäh unterbrochen und gestürzt durch den Weltkrieg. Trotz des unvergleichlichen Heldentums unserer von Lettow-Vorbeck geführten Schutztruppe, die schließlich durch den allgemeinen Friedensschluß unbesiegt die Waffen strecken mußte, ist Deutsch-Ostafrika durch das schändliche Diktat von Versailles dem Deutschen Reiche geraubt worden. Die altenglische Heuchelei hat der Welt die Lüge von der kolonialen Unfähigkeit und Unwürdigkeit der Deutschen aufgetischt und mit frommem Augenaufschlag Deutsch-Ostafrika zum Heil der Eingeborenen und zum Besten der Weltentwicklung dem britischen Kolonialreich als sogenanntes Mandatsgebiet einverleibt, was bloß eine Bemäntelung der Annektion ist. Den hilfreichen Belgiern aber hat England die dem „Congo Belge“ benachbarten nordwestlichen Hochländer Urundi und Ruanda abgetreten, und der Völkerbund hat zu dieser doppelten Vergewaltigung ja gesagt. Bis auf weiteres ist dadurch unsere deutsche Koloniarbeit in Ostafrika zum Stillstand gekommen. Was aber haben England und Belgien seit 1919 in unserem vormaligen Schutzgebiet getan? Was haben sie aus unserer aufblühenden Kolonie in diesen sechs Jahren gemacht? Wie haben dort insbesondere die geopolitischen Faktoren die koloniale Tätigkeit der Engländer, die sich den Hauptanteil an dem Lande gesichert haben, beeinflußt?

II.

England hat in seinem neuen, „Tanganyika Territory“ getauften Mandatsgebiet drei Jahre lang so gut wie nichts getan, wenigstens nichts Positives geschaffen, sondern nur eingerissen und in seinem Sinne auf- und ausgeräumt. Gemäß dem Versailler Vertrag sind sämtliche Deutsche aus dem Lande ausgewiesen und ihre Besitzungen liquidiert worden. Sogar die Missionare hat man nicht verschont, denn man mutmaßte in ihnen nach englischem Vorbild politische Agenten. Auf jede Weise suchte man die Erinnerung an das den Eingeborenen lieb gewordene deutsche Regime aus den Köpfen der Schwarzen und übrigen Farbigen auszutilgen, namentlich auch das durch den vergeblichen vierjährigen Kampf einer ungeheuern britischen Übermacht gegen die kleine deutsche Schutztruppe schwer erschütterte militärische Ansehen der

Engländer wieder aufzurichten. Umsonst, denn die farbige Bevölkerung Ostafrikas ist uns, wie es sich bei den verschiedenartigsten Anlässen zeigt, bis auf den heutigen Tag treu geblieben.

Es schien in den ersten Jahren der Mandats Herrschaft, daß es den Engländern völlig genüge, Deutschland aus Ostafrika verdrängt zu haben. Man hatte ja genug andere Kolonien, in denen sich das Arbeiten und Geldanlagen lohnte, konnte also den Gang der Dinge im Tanganyika Territory rubig abwarten. Für England war die Besitzergreifung von Deutsch-Ostafrika vor allem der Gewinn des letzten und vielleicht wichtigsten und stärksten Gliedes in der durch das ganze östliche Afrika vom Kap bis Kairo laufenden Riesenkette britischer Kolonien und Herrschaftsbereiche, die nicht bloß ein ungeheures geopolitisches Kraftfeld auf dem afrikanischen Kontinent darstellt und dem großen west- und zentralafrikanischen Kolonialreich der Franzosen das Gleichgewicht hält, sondern auch den zum „mare clausum britannicum“ werdenden Indischen Ozean im Westen umrahmt und die Westfront des ungeheuren Indiamer-Reiches Großbritanniens bildet, der gewaltigsten und planvollsten politischen Schöpfung auf dem Erdball. Um dieses hohe Endziel durch die Eroberung Deutsch-Ostafrikas zu erreichen, war den Engländern kein Preis zu groß. Sie hätten, wenn sie Deutsch-Ostafrika nicht in diesem Weltkrieg gewonnen hätten, sicherlich den Versuch bei der nächsten Gelegenheit wiederholt. Und so wertvoll muß ihnen die Besitznahme des geopolitisch ungemein wichtigen Gliedes im „British Backbone“ Afrikas mit Hinblick auf das Indiamer-Reich sein, daß, wenn einmal die Frage des Wiederaufbaues eines deutschen Kolonialreiches brennend werden sollte, England gewiß am schwersten das deutsch-ostafrikanische Schutzgebiet wieder herausgeben würde. Es müßte schon die Existenz des britischen Weltreiches selbst auf dem Spiele stehen, wenn England sich entschließen könnte, auf das Tanganyika Territory zu verzichten.

Auf dem ostafrikanischen Festland hat England mit Deutsch-Ostafrika eine große ergänzende Abrundung seines British Eastafrika (jetzt Kenya Colony) und seines Ugandaprotektorates gewonnen. Im nördlichen Grenzgebiet ist ihm jetzt der Kilimandscharo, das beste Pflanzungs- und Europäer-Siedlungsgebiet, zugefallen und weiterhin der ganze Viktoriasee mit seinem guten Südhafen Muansa und der Weststation Bukoba, den beiden Ausgangspunkten des Hinterlandverkehrs mit Unyamwesi und Ruanda. Mit unserer Zentralbahn Daressalam—Kigoma besitzt England das Seitenstück zu seiner den Viktoriasee erschließenden Ugandabahn, das ihm über den Tanganyikasee hinweg den direktesten Zugang zum östlichen Kongo eröffnet, wo England in der Provinz Katanga schon seit Jahrzehnten die größten wirtschaftlichen Interessen hat, aus denen es wohl bald einmal auch die politischen Konsequenzen ziehen

wird. Für uns hatte die Bahn Daressalam—Katanga in Bezug auf Belgisch-Kongo nur die wirtschaftliche Bedeutung einer Transitlinie; für England aber auch die Bedeutung einer machtpolitischen Angriffslinie, sobald die Zeit gekommen sein wird. In Katanga wird diese Bahn einmal Anschluß an die vom portugiesischen Westafrika her durch eine englische Gesellschaft ostwärts fortschreitende Benguelabahn erhalten, die kürzlich von Bibe bis an den Cuanza ausgebaut worden ist. England wird damit die erste mittelfrikanische Transkontinentalbahn beherrschen, die, sich mit der Kap—Kairolinie kreuzend, ein hochbedeutendes Machtmittel Englands im äquatorialen Afrika sein wird.

Im Süden aber grenzt nun das britische Mandatsgebiet an die portugiesische Kolonie Mozambique, die schon lange nichts anderes ist als eine von britisch-kapitalisierten und britisch-geleiteten Chartergesellschaften beherrschte Dependence Britisch-Südafrikas und eines schönen Tages ganz von selbst an die Südafrikanische Union fallen oder eine englische Kronkolonie werden wird. Jedenfalls aber ist nunmehr die Mozambique-Kolonie zu Land gänzlich von britischem Herrschaftsgebiet umschlossen und wird den vermehrten Druck bald spüren.

Der Anfall der beiden guten Häfen Daressalam und Tanga an die britische Kolonialverwaltung hat weiter für England die wichtige Folge, daß die britische Marine zwei neue Stützpunkte an der ostafrikanischen Küste gewinnt, die zusammen mit Mombassa im Norden und vielleicht Kilwa im Süden eine neue Operations- und Sicherungsfront am westlichen Indischen Ozean schaffen werden.

Dem von unseren Haupthafenplätzen ausgehenden und dahin einmündenden Handelsverkehr hatte der Weltkrieg so schwere Wunden geschlagen, daß sie tödlich zu sein schienen. Allmählich aber hat England den Verkehr wieder in Gang gebracht, so daß z. B. die Züge auf der Tangabahn und auf der Zentralbahn jetzt fast wieder so häufig fahren wie vor dem Kriege. Die Tarif- und Zollpolitik fördert diese Wiederbelebung, wiewohl darin noch allerlei störende Experimente gemacht werden. Als eine durchgreifende Maßnahme zur Hebung des Handels und Verkehrs dürfte aber die Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem Tanganyika Territory und der Kenya Colony gelten, da sie wirtschaftsgeographisch und geopolitisch bedeutungslos geworden war. Ja, man ist in dieser Richtung noch viel weiter gegangen und hat Anfang 1922 das Tanganyika Territory nicht bloß mit der Kenya Colony, sondern auch mit dem Ugandaprotektorat, mit British-Nyassaland und mit Sansibar durch einen gemeinsamen Zolltarif zu einer Zollunion zusammengeschmolzen, die ihrer aller Handel und Verkehr erleichtert, durch die Vereinfachung der Verwaltung Kräfte spart und die Einnahmen vermehrt. Es kann nicht ausbleiben, daß dadurch im Norden und Südwesten unserer alten Kolonie eine neue wirt-

schaftsgeographische Orientierung eintritt, wie sie im Westen und Süden gegenüber den dortigen hohen Grenzzollschranken der Belgier und Portugiesen einstweilen noch nicht möglich ist.

Diese Zollunion scheint aber über sich hinaus zu einer noch viel größeren und stärkeren geopolitischen Einheit anwachsen zu wollen, indem sowohl in den Kolonien, namentlich in Kenya Colony, als auch in England durch koloniale Gesellschaften und halbamtliche Pressestimmen dafür agitiert wird, daß die jetzigen Zollunionsglieder mit weiterer Einbeziehung von Nord-Rhodesien zu einer der Südafrikanischen Union analogen staatenbundlichen Organisation vereint werden sollen, die als „Ostafrikanische Union“ einem Generalgouverneur mit einem gemeinsamen gesetzgebenden Rat zu unterstellen wäre. Dabei wollen die führenden Männer der Kenya Colony die an diese angrenzenden Gebietsstreifen unseres alten Ostafrika, d. i. den Viktoriasee, Kilimandscharo, Usambara, Tanga, der Kenya Colony einverleiben, also das Tanganyika Territory seiner wertvollsten Teile berauben. Das wäre eine territoriale Verstümmelung des Mandatsgebietes, die ebenso wie seine Einbeziehung in eine britische Ostafrikanische Union die Mandatsbestimmungen des Völkerbundvertrages, die nur eine Verwaltung durch die Mandatare, keine Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit vorsieht, verletzen würde. Wir haben alle Ursache, den offenbaren Annektionsabsichten der Engländer zu widerstreben und darauf zu dringen, daß dem Tanganyika Territory sein Charakter als selbständiges Mandatsgebiet gewahrt bleibe, da wir uns sonst unseres Rechtsanspruches darauf begeben.

Nicht hindern können wir leider den Mißbrauch, den England mit dem Mandatsgebiet als einem ergiebigen Lieferanten von Arbeitskräften für andere britische Kolonien treibt. 1922 hat der frühere Gouverneur Sir Horace Byatt die Erlaubnis erteilt, daß über 2000 Eingeborene aus Usukuma, dessen Bewohner, wie oben bemerkt, besonders arbeitstüchtig sind, nach der Kenya Colony für die dortigen Bahnbauten und Plantagen überführt wurden, was bedenklich nach Zwangsverschiffung aussieht. Und dies geschah, während in Deutsch-Ostafrika der Plantagenbau nicht in Ordnung kommen konnte und aller Fortschritt stockte, weil die Eingeborenen den von den Engländern geleiteten Arbeiten fernblieben. Die Hauptgründe für die lange Vernachlässigung des Plantagenbaues waren die Zurückhaltung des englischen Kapitals, das kein rechtes Vertrauen in dieses so schnell herabgewirtschaftete Mandatsgebiet hatte, und die schon oben erwähnte, der britischen Auffassung geläufigere Wendung zu den breiten Eingeborenenkulturen, die weniger Mühe und Risiko verlangten als der Plantagenbetrieb der Europäer. Wie man in der Gold Coast, in Nigerien, Uganda, Sansibar und anderen tropisch-afrikanischen Kolonien durch die geförderten Eingeborenenkulturen große Erfolge und Gewinne erzielt hatte,

so richtete man sich auch in Deutsch-Ostafrika viel umfassender als zu unserer Zeit darauf ein. Behördlicher Druck, Anleitungen und Prämien haben bald eine gute Wirkung ausgeübt. Zwar will es mit der Baumwolle noch nicht glücken, weil diese Kultur unseren ostafrikanischen Bantu noch zu neu ist, aber in der ihnen gewohnten Erzeugung von Erdnüssen, Kaffee, Mais, Maniok usw. haben sie bald erkleckliches geleistet. Das zeigt sich nicht bloß in der Bestellung viel größerer Bodenflächen als früher, wodurch sich das Bild der Kulturlandschaft mehr und mehr ändert, sondern auch in der Hebung des Verkehrs und im Wachsen der Exporte. So ist z. B. die Ausfuhr der Erdnüsse von 8961 Tonnen in 1913 auf 18684 Tonnen in 1924 (Wert 360 000 Pf. St.) gestiegen, und analoge Zahlen sind: Kaffee 1913 1059 Tonnen, 1924 5261 Tonnen (353 000 Pf. St.), Kopra 1913 5477 Tonnen, 1924 8125 Tonnen (178 000 Pf. St.), Getreide 1913 2232 Tonnen, 1924 14483 Tonnen (130 000 Pf. St.); wogegen Baumwolle von 2192 Tonnen in 1913 nur auf 2541 Tonnen in 1924 (374 000 Pf. St.) gestiegen ist, und das Plantagenprodukt Sisal von 20834 Tonnen in 1913 sogar auf 18428 Tonnen in 1924 (645 000 Pf. St.) zurückgegangen ist, und Kautschuk, der zu unserer Zeit eine Hauptrolle spielte, garnicht mehr in der Exportstatistik von 1924 erscheint. Das Gesamtergebnis dieses veränderten Wirtschaftssystems ist 1924 für das Mandatsgebiet insofern recht günstig, als die Ausfuhr gegen das Vorjahr um 57%, die Einfuhr nur um 15% zugenommen haben.

Dabei hat sich qualitativ wohl der Kaffee am meisten gebessert. Er erfuhr neuerdings auf dem Londoner Markt eine Preissteigerung von fast 100%. Am Viktoriasee (Bezirk Bukoba), auf dem südlichen Kilimandscharo, Meru, Ostusambara wird er mindestens ebenso stark durch die eingeborenen Bantu wie durch die Griechen und Inder kultiviert. Allein im Bezirk Moschi zählte man Mitte 1925 343 000 Kaffeebäume im Besitz der Eingeborenen gegen 88 000 in 1916.

Freilich dürfen wir nicht vergessen, daß sicherlich ein sehr großer Teil dieser Mehrproduktion von Kaffee im letzten Jahr aus solchen deutschen Plantagen stammt, deren Kaffeebäume erst jetzt zu vollem Ertrag herangewachsen sind; daß es also Früchte früherer deutscher Pflanzarbeit sind, die jetzt dem Export aus dem Mandatsgebiet zugute kommen. In geringem Maß gilt dies auch von anderen in den Exportlisten erscheinenden Produkten und Werten.

Um nun aber auch den zerrütteten Plantagenbau wieder einigermaßen rentabel zu machen, wußte sich das britische Gouvernement des Tanganyika Territory kein besseres Mittel, als den 1919 mit Haß und Niedertracht vertriebenen Deutschen wieder den Zutritt zur Kolonie vom 4. Juni 1925 ab zu erlauben. Von ihrer Erfahrung, Arbeitskraft und Liebe zur alten Kolonie erwartet man eine schnelle Besserung der traurigen Lage im Plantagenbau und

anderen Wirtschaftszweigen. Aber die Erwerbung von eigenem Grund und Boden und die Gründung eigener deutscher Firmen ist ihnen noch verboten, so daß sie nur im Dienst der anderen arbeiten können, also den Arbeitserfolg jenen zugute kommen lassen müssen. So wird offiziell die verlogene Fiktion von der Minderwertigkeit der Deutschen aufrecht erhalten. Und doch wird gerade durch die wieder zugelassene deutsche Arbeit unter englischer Flagge das Wirtschaftsleben der Kolonie in hohem Grad gekräftigt. Unauffällig wird man allmählich auch wieder deutsche Siedler zulassen und ihnen dieselben günstigen Ankaufsbedingungen stellen wie jetzt den englischen Ansiedlern, denen z. B. im Uebehe-Hochland Farmen von 400 acres auf 99 Jahre billig in Pacht gegeben werden mit der leicht erfüllbaren Bedingung, daß jährlich $\frac{1}{20}$ unter Kultur genommen werden muß, aber gegenwärtig noch mit dem Vorbehalt, daß die Pacht nur mit Genehmigung der Regierung an andere übertragen werden kann, was wiederum gegen die Deutschen gerichtet ist.

Um so größere Zugeständnisse hat das Gouvernement des Tanganyika Territory aus politischen Gründen den im Lande wohnenden Britisch-Indern gemacht. Während sie zu unserer Zeit aus wohlverstandenen wirtschaftlichen Gründen keinen eigenen Grund und Boden erwerben durften, um Land-spekulationen zu verhindern und ihr Handel, sich einer scharfen behördlichen Kontrolle unterwerfen mußte, um dem Wucher und der Ausbeutung der Eingeborenen einen Riegel vorzuschieben, hat die Mandatsregierung die Britisch-Inder zu freiem Handwerk und unbeschränktem Handel zugelassen, weil man mannigfache Rücksicht auf die Söhne des in schwerer sozialer und politischer Bewegung stehenden Indian Empire nehmen mußte. Damit ist den Indern, die nun in großem Ausmaß die liquidierten deutschen Besitzungen aufgekauft haben — 1924 waren es deren 250, für welche die Inder Spottpreise von meist nur $\frac{1}{8}$ des wirklichen Wertes bezahlt haben — ein sehr starkes wirtschaftliches, soziales und kulturelles Mehrgewicht in der Kolonie gegeben worden, das nicht bloß die indische Einwanderung in die Kolonie stark vermehrt (1924: 4 150 Neuankömmlinge), nicht bloß eine viel engere Verbindung Ostafrikas mit Indien geknüpft hat als in deutscher Zeit, sondern auch politische Gefahren für die Kolonie herankeimen läßt, die in den anderen ostafrikanischen Kolonien Englands, wie in Kenya und Natal, wo man den wachsenden indischen Einfluß mit Mühe und besonderen Ausnahmegesetzen niederzuhalten sucht, energische Proteste hervorgerufen haben. Gehen doch die indischen Tendenzen und Zukunftspläne im Mandatsgebiet schon so weit, daß die indische Presse von Ostafrika als einer künftigen Kolonie eines selbstständig gewordenen Indian Empire spricht! So entsteht hier auch mit Bezug auf das Unabhängigkeitsziel Vorderindiens ein geopolitisches Kraftfeld von besonderer Art und Stärke.

Was man in Londoner Regierungskreisen mit dem Tanganyika Territory vorhat, ergibt sich aus dem Bericht der 1924 durch ganz Süd- und Ostafrika gesandten „East African Commission“, die unter der Führung des Unterstaatssekretärs für die Kolonien, W. Ormsby Gore, stand, und sich die Verhältnisse von Land und Leuten sowie die Schöpfungen deutscher Kulturarbeit gründlich angesehen hat. Dieser dem Parlament vorgelegte und bewilligte Bericht verlangt für die weitere Entwicklung des Mandatsgebietes wie auch der Kenya Colony vor allem eine breitere Erschließung durch Eisenbahnen, wofür mindestens 10 Mill. Pf. St. veranschlagt sind. Unter den zunächst zu bauenden Bahnen sind drei auch von geopolitischer Bedeutung: 1. eine Linie von der Kongogrenze nach dem nordwestlichen Teil von Uganda; 2. eine Linie von Daressalam nach dem Nyassasee; 3. eine Linie von Tabora nach dem Süden des Viktoriasees. Also ein Ausbau des Bahnnetzes nicht nur zur weiteren Erschließung des Mandatsgebietes selbst und der benachbarten Kenya Colony, sondern auch ein Vorschieben der Schienenwege nach dem belgischen Zentralafrika im Norden und Süden, das nicht bloß wirtschaftlich, sondern einmal auch machtpolitisch ausgewertet werden kann.

Zugleich tritt der Kommissionsbericht, wie in der Debatte auch der Erzbischof von Canterbury, für die Wiederaufnahme der von den Deutschen so erfolgreich veranstalteten und dann von der englischen Verwaltung vernachlässigten wissenschaftlichen Forschungen und Untersuchungen ein, wobei die deutsche Arbeit als mustergültig bezeichnet und besonders die Agrikulturstation Amani als ein Institut gepriesen wird, das „jede derartige Einrichtung in irgend einer britischen Kolonie übertreffe“. Da die Regierung die Mittel bewilligt hat, wird man sich voraussichtlich in den nächsten Jahren mehr der wissenschaftlichen Arbeit, der Errichtung von Versuchsstationen, der geographischen Landesaufnahme u. a. m. zuwenden, um darin einigermassen das Niveau wieder zu erreichen, auf dem die Deutschen in ihrem Deutsch-Ostafrika schon vor zehn Jahren gestanden haben. Dann, aber auch erst dann wird der jetzige tüchtige Gouverneur Sir C. D. Cameron in seinem Mandatsbericht an den Völkerbundsrat mit einigem Recht berichten können, was sein berüchtigter Vorgänger Sir Horace Bryat schon 1922 in seiner Denkschrift ausgesprochen hatte, daß das Tanganyika Territory unter britischer Verwaltung „a considerable progress“ gemacht habe, worauf ihm damals von der führenden ostafrikanischen Landespresse und der Daressalamer Handeskammer prompt bescheinigt wurde, sein Bericht sei „admirably calculated to deceive the British Public“ — und den Völkerbundsrat!

Fassen wir die Hauptpunkte unserer Betrachtung zusammen, so läßt sich sagen: Für Deutschland und für England war Deutsch-Ostafrika (Tanganyika Territory) in erster Linie wertvoll durch die geopolitischen Kräfte seiner Lage.

Während Deutschland in dieser Hinsicht vor allem die äquatorische Randlage am Indik und die Schwellenlage vor den belgischen und britischen Binnenlandskolonien schätzte, sieht England darin hauptsächlich das Verbindungsglied seiner beiden großen Wachstumstrebungen auf dem hohen östlichen Rücken des afrikanischen Kontinents und die breite Front von kommerziellen und maritimen Stützpunkten der auf Vorderindien gerichteten britischen Politik. Hat Deutschland gemäß seiner nationalen Eigenart, seinen materiellen Lebensbedürfnissen und seinem ideellen Ringen um Weltwirkung und Weltgeltung Deutsch-Ostafrika gewertet als eine Pflanzstätte eines neuen deutschen Volkstums in Übersee und der Verbreitung deutscher Kultur unter unseren eingeborenen Schutzbefohlenen, als eine von deutscher Arbeit befruchtete Anbauzone tropischer Produkte für unsere heimatlichen Bedürfnisse und für den Welthandel, als Betätigungsfeld deutscher Energie und Organisationskraft in wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Belangen, als eine Schule für weltpolitisches Verständnis und Wollen, als Grundstein für den Bau eines Größer-Deutschlands der Zukunft, das nur von Torheit oder Bosheit für Weltherrschaftsstreben gedeutet werden konnte — so nutzt England das Tanganyika Territory als Anstellungsfeld vieler britischer Beamten, als Ausbreitungsgebiet ertragreicher Eingeborenenkulturen, als Lieferant brauchbarer Arbeitskräfte für die britischen menschenarmen Nachbarkolonien, als Absatzland englischer Industriewaren u. dgl. m., während es viele andere im Lande vorhandene oder leicht zu weckende Kräfte ungenutzt läßt. Im Laufe der Jahre wird England mit seinen wachsenden und sich ändernden Bedürfnissen auch diese Kräfte nutzen lernen und seine afrikanische Kolonialpolitik auf Grund der geographischen und geopolitischen Gegebenheiten der vorher hier von den Deutschen betriebenen Kolonialpolitik annähern. Aber es wird immer noch vieles übrigbleiben, was die Engländer den Deutschen in Ostafrika nicht nachmachen, weil sie es nicht brauchen oder nicht können oder nicht wollen; und ebenso war es umgekehrt. In den nationalen Eigenschaften und Ideengängen und in den geschichtlichen Entwicklungen der kolonisierenden Nationen liegen wohl am häufigsten die Grenzen und Schranken für die Wirkungsmöglichkeit geopolitischer Kräfte, mögen sie nur zeitweilig oder dauernd sein.

FRANZ THORBECKE:
DIE WESTAFRIKANISCHEN TROPENKOLONIEN TOGO UND
KAMERUN

Togo und Kamerun, die beiden deutschen Kolonien im tropischen Westafrika, sind beide begrenzt von englischem und französischem Besitz: Togo stößt im W an die britische Goldküstenkolonie, im O an das französische Dahomey; Kamerun wird im NW vom englischen Nigerien begrenzt, im N, O und S vom französischen Äquatorialafrika umfaßt, dessen N-Provinzen zur heute selbständigen Tschadsee-Kolonie gehören. Aber englisches und deutsches Kolonialland im tropischen Westafrika bilden nur Enklaven im riesigen französischen Kolonialreich, das vom Kongo über Tschad und Niger bis zur senegambischen Küste reicht; rechnet man Sahara und Atlasländer dazu, die in räumlich ununterbrochenem, wenn auch schwer passierbarem Landzusammenhang mit Französisch-Westafrika stehen, so bildet ganz NW-Afrika ein gewaltiges Imperium, über dem die Trikolore weht. Die deutschen und englischen Besitzungen teilen das geopolitisch ungünstige Schicksal der Enklave mit den Resten des einst viel größeren spanischen und portugiesischen Besitzes an der Ober-Guinea.

Doch haben alle diese Enklaven eine geographische Begünstigung erster Ordnung: sie haben mehr oder weniger breiten Anteil an der Küste und werden so im Weltverkehr unabhängig von dem sie zu Land einengenden französischen Nachbarn.

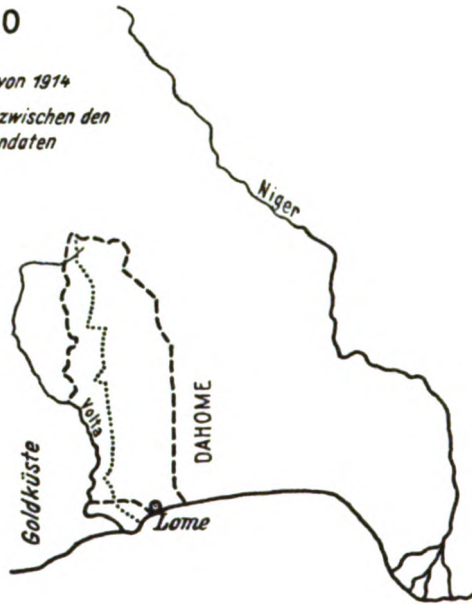
Am ungünstigsten ist die Lage von Togo, das sich als schmaler Riemen 600 km tief in das sudanische Land erstreckt, ohne aber das durch die Richtung vorgezeichnete Ziel, den Niger, zu erreichen.

Die an sich schon geringe Breite dieses Landstreifens von durchschnittlich noch nicht 200 km wird durch ungünstige Grenzföhrung gegen die britische Goldküste am Unterlauf des Volta, an der Küste auf etwa 60 km eingeengt. Darüber hinaus läuft am Volta die Grenze am deutschen Ufer, der ganze Unterlauf fällt in englischen Machtbereich und darf nur von englischen Schiffen befahren werden, ein Vorläufer der einseitigen Bevorzugung eines Flußanliegers, wie sie der Versailler Vertrag am Oberrhein und an der Weichsel geschaffen hat.

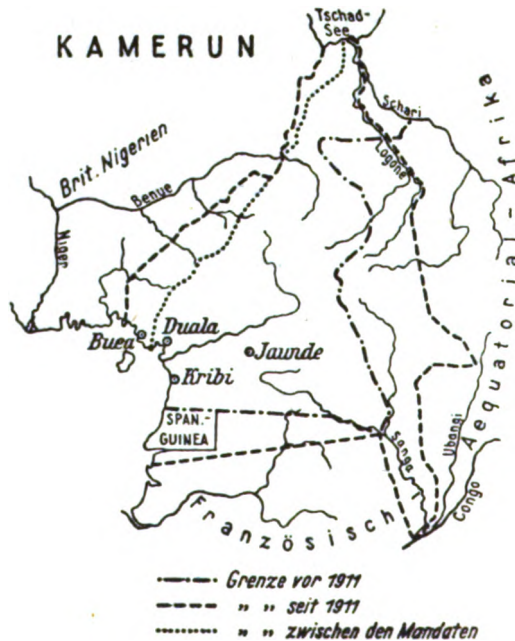
Unnatürlich, ja widersinnig erscheint auch die Grenzföhrung der räumlich sehr viel ausgedehnteren Kolonie Kamerun. Auch hier eine relativ schmale, 300 km breite Küste im innersten Winkel des Busens von Guinea, die noch dazu eingeengt wird durch die kleine spanische Enklave von Rio Muni. Doch

TOGO

- Grenze von 1914
- Grenze zwischen den Mandaten



KAMERUN



umschließen die von der Küste weit auseinanderstrebenden Grenzen einen großen Raum, der mit etwa 790 000 qkm das Deutsche Reich von 1914 um das $1\frac{1}{2}$ fache übertraf. Auf der Binnenseite aber zeigt die Grenzführung fast unglaubliche Mängel, die sich im früheren Kartenbild (vor 1911) in der Einschnürung des sogenannten „Entenschnabels“ am Logone, in der Grenzführung von 1914 in den beiden Zipfeln zum Ubangi und zum Kongo ausdrücken.

Beide deuten in ihrer Richtung zum Kongobecken Abrundungstendenzen an und weisen einer seit 1911 notwendig gewordenen politischen Bereinigung Mittelfrikas die Wege; denn in einem kolonialen Neuland ist es nicht angängig, daß ein Anlieger von einem natürlichen Wasserstraßensystem abgesperrt bleibt, wenn im Machtbereich dieses Anliegers wichtige Glieder des Flußsystems liegen. Ohne die Übertragung des Weltkrieges auf das tropische und außertropische Afrika würde diese Bereinigung des politischen Kartenbildes von Mittelfrika, entsprechend dem natürlichen und politischen Gefälle, bestimmt erfolgt sein. Dabei hätten Belgiens und Frankreichs Interessen ebenso gewahrt werden können wie die unsern.

Der Ausgang des Weltkrieges, die Aufteilung der deutschen Kolonien an die Sieger in der Form der Mandate — vor formeller Annexion schützte uns Deutsche im Grunde nur die Sorge, daß dann der hohe Wert der Kolonien als Reparationsleistung hätte angerechnet werden müssen —, die Begründung des verschleierte Raubes mit der kolonialen Schuldlüge haben einstweilen Frankreich und England zu Erben Kameruns und Togos gemacht. Sie verwalten sie als Mandatare des Völkerbundes, dem sie Rechenschaft schulden und jetzt schon mehrmals abgelegt haben.

Beide Kolonien, die durch unsre Arbeit zu wirtschaftlichen Einheiten gestaltet waren, sind ohne Rücksicht auf natürliche, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenhänge auseinandergerissen: ein schmaler westlicher Streifen von Togo, knapp ein Drittel des ganzen Gebiets, wird von England durch die Goldküste verwaltet, Ost-Togo von Frankreich durch Dahomey; von Kamerun ist ein schmaler W-Streifen dem englischen Nigerien zur Verwaltung überwiesen, den weitaus größern Osten und Süden Kameruns, etwa $\frac{9}{10}$ der Kolonie, verwaltet Frankreich durch ein eigenes Gouvernement. Doch hat Frankreich, gegen alles Völkerrecht und ohne irgend eine Stütze im Versailler Vertrag, die 1911 im Marokko-Kongo-Vertrag an das Deutsche Reich abgetretenen Gebiete des sog. Neukamerun, damit die zum Ubangi und Kongo reichenden Zipfel, seiner Kolonie Französisch-Äquatorialafrika wieder einverleibt; aber das von Deutschland damals (im Tausch) abgetretene Gebiet des „Entenschnabels“ am Logone wurde nicht etwa dem Mandatsgebiet Kamerun wieder angegliedert, sondern blieb als französischer Besitz bei Äquatorialafrika. Frankreich hat es also nicht einmal für nötig gehalten, durch einen solchen

Tausch wenigstens das Gesicht zu wahren. Völkerrechtlich sind die Gebiete von Neukamerun von Frankreich annektiert.

Die Küsten beider deutschen Kolonien fallen in das alte Sklavenhandelsgebiet des tropischen West- und Mittelafrika. Alle europäischen Völker und Staaten, auch solche, die längst wieder aus Afrika verschwunden sind, wie Schweden, Dänen und Holländer, haben sich an diesem einträglichen Geschäft mit schwarzem Elfenbein Jahrhunderte hindurch bereichert. Überall an der Küste der Ober- und Nieder-Guinea waren feste Plätze entstanden mit Faktoreien und Sklavenhöfen, in die eingeborene Händler und Häuptlinge die lebende Ware einlieferten.

Im Laufe von 3 bis 4 Jahrhunderten sind so, in der vielleicht größten Völkerwanderung der Weltgeschichte, Millionen von Negern zwangsweise über den Ozean gebracht und haben die Plantagenkultur des tropischen und halbtropischen Amerika überhaupt erst ermöglicht. Der einzige Gewinn, den Afrika von diesem hoch entwickelten, heute verödeten unmittelbaren Verkehr über den Ozean hatte, war die Einbürgerung von Mais und Tabak, die sich sehr bald das ganze tropische Afrika eroberten. Aber der furchtbare Menschenverlust kann damit nie wettgemacht werden; noch heute leidet Afrika daran, daß ihm Jahrhunderte hindurch das beste Blut abgezapft wurde.

Da sich der Europäer selber kaum je an der Sklavenjagd beteiligte, blieb europäischer Einfluß auf einen schmalen Küstensaum beschränkt; nur an einigen Wasserstraßen, wie am Senegal und Gambia, reichte er weiter landeinwärts, aber nicht einmal am Niger und Kongo drang er tiefer ins Innere.

So hat sich auch im ganzen Bereich der Ober- und Nieder-Guinea afrikanische Kultur und afrikanische Wirtschaftsweise bis in die Anfänge unsrer Kolonialzeit, oft in unmittelbarer Nähe der Küste, rein erhalten. Der Handelsaustausch ging bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, auch nach Aufhören des Sklavenhandels, vor sich in Form des Sperrhandels: jede Ware wurde von Stamm zu Stamm, von Dorf zu Dorf im Kettenhandel weiterverkauft, eine strenge Weg- und Handelssperre verbot jedem Händler das Vordringen über die nächste Stammesgrenze. Mit diesem Sperrhandel haben die europäischen Kolonialmächte bis in unser Jahrhundert hinein kämpfen müssen und ihn erst mit militärischer Macht völlig brechen können.

An den drei großen natürlichen Landschaftsräumen Westafrikas, an Urwald, Savanne und Steppe haben die deutschen Kolonien Anteil, Togo nur an der offenen Landschaft von Savanne und Steppe. Kameruns Küste und ein großer Teil seines südlichen Binnenlandes, besonders das zum Kongobecken gehörende Gebiet, fällt in jenen großen Urwaldgürtel, der, am Nigerdelta beginnend, gegen S immer breiter werdend, tief ins äquatoriale Kongobecken reicht und

den Golf von Guinea in seinem innersten Winkel umsäumt. An der Oberguinea ist der Waldsaum der Küste mehrfach unterbrochen, je nach der Lage zu den regenbringenden, atlantischen Monsunwinden. Im Windschatten der stark beregneten Gebirgsreste kann Wald nicht mehr zur Entwicklung kommen, hier dehnen sich Savanne und Steppe, sogar wüstenhafte Trockensteppe, selbst in Meeresnähe: so in Togo, wo sich im Regenschatten der gebirgigen Goldküste längs der binnenwärts zurückweichenden Küste ein Trockensaum waldlosen Gebietes hinzieht, besonders auf den Nehrungen, hinter denen Lagunen liegen. Der riesige Urwald Kameruns wie der angrenzenden Waldgebiete hat Jahrhunderte jedes Eindringen in das Binnenland verhindert, der Urwaldgürtel war eine Verkehrsschranke, stärker als die Wüste, weil er von Natur menschen- und siedlungsarm ist und weil außer den Flüssen keine natürlichen Pfade ins Innere weisen. Diese Flüsse aber haben, wie die meisten afrikanischen, nur einen kurzen schiffbaren Unterlauf; rasch steigt das Land in Stufen an und hindert durch Schnellen und Fälle, trotz der Wasserfülle, weitere Schifffahrt. Einzig der Niger und sein tief ins Kameruner Binnenland reichender Nebenfluß Benue öffnen eine natürliche Verkehrsstraße, die aber erst in der neuesten Kolonialzeit in Benutzung genommen ist. Auf ihr drangen deutsche, englische und französische Expeditionen verhältnismäßig mühelos tief ins Innere. Noch viel früher aber waren diese Binnengebiete, die um die Jahrhundertwende zwischen England, Deutschland und Frankreich aufgeteilt wurden, in ihren Grundzügen entschleiert durch die Reisen der klassischen deutschen Afrikaforscher Barth und Nachtigal, die von der tripolitanischen Mittelmeerküste durch die saharische Wüste den südlichen Grenzsaum sudanischen Steppenlandes erreicht hatten. Vom Benue aus drang die deutsche Forschung südwärts und reichte den Pionieren die Hand, die von der Kameruner Küste her endlich in schweren Kämpfen die Urwaldschranke durchbrochen hatten.

Wie ein doppelter Schalenring umlagern Savanne und Steppe halbkreisförmig in breiten Zonen den innern Waldgürtel und umgreifen ihn von der Nieder-Guinea bis in den West-Sudan, wo sie in den waldlosen Lücken die oberguineische Küste erreichen. Die offenen Vegetationsformen sind, wie der Urwald, klimatisch bedingt. Im Übergangsklima der Savanne mit langer Regenzeit und kurzer, aber doch den Waldwuchs verhindernder, scharf ausgeprägter Trockenzeit kann der Wald noch über dem Grundwasserstrom der Flüsse als Uferwald gedeihen. Die offene Grasflur der höher gelegenen Flächen zeigt meterhohen Graswuchs und ist vielfach durchsetzt von Einzelbäumen. Steilanstiege an Luvseiten tragen häufig Wald als Folge von Steigungsregen. Steppe entsteht überall da, wo die Trockenzeit an Dauer überwiegt; das Gras ist kurzwüchsig, die Zwischenräume zwischen den Grasbulten werden größer,

lichte Haine von Trockenheit liebenden Schirmakazien und Dornsträuchen treten auf.

In Togo beherrscht die Steppe das Landschaftsbild, nur den Aufstieg zum Togo-Gebirge, einem Teil des aufgewulsteten Rands des westsudanischen Beckens, bedecken Savannen mit lichten Höhen- und Uferwäldern. Der größte Teil des Landes gehört zu diesem westsudanischen Becken, dessen charakteristische Vegetationsform Steppe ist. Das dem immerfeuchten Äquatorialklima näher gelegene Kameruner Hochland wird von riesigen Savannen eingenommen, die an der Grenze des Sudan in Steppe übergehen; die im N sich nähernden Grenzen Kameruns bedingen, daß der Steppenraum des deutschen Gebietes sehr viel geringer ist als der der Savanne.

Als das Deutsche Reich 1884 die Flagge an den Küsten von Togo und Kamerun hißte, fand es außer einem wenig entwickelten Küstenhandel, an dem Deutsche, Engländer und Franzosen beteiligt waren, eine unentwickelte, vielfach unberührte Eingeborenenwirtschaft vor. Im Wald, der primitiver Wirtschaftskultur ungeheure Widerstände entgegengesetzt, fanden wir hinter einem mäßig besiedelten Küstenstreifen eine riesige, fast unbewohnte Wildnis. In jenen Jahren war die Ausfuhr von Ölpalmprodukten, Palmöl und Palmkernen, schon recht groß, worauf der Name „Ölfüsse“ für das Gewirr von Mündungsarmen und Creeks zwischen Nigerdelta und Kamerunberg hindeutet. Aber auch im Ästuar des Kamerunflusses war der Ölhandel nicht geringer; denn das ganze Waldland ist — mit Ausnahme des Südkameruner „toten Buschs“, eines fast unbewohnten, unberührten riesigen Urwaldes — sehr reich an Ölpalmen, die auf der Küstenebene, besonders aber an den Hängen zum innern Hochland stellenweise fast reine Bestände bilden. Bis an die Jahrhundertwende stand Palmöl an erster Stelle, dann nahm die Menge der ausgeführten Kerne immer mehr zu, weil man den höhern Wert des in den Kernen enthaltenen hellen Öls erkannte, vor allem für die Herstellung von Speisefett; das rötliche Palmöl wurde in der Seifen- und Kerzenfabrikation verwendet. Fast ebenso groß war die Rolle des Elfenbeins als Ausfuhrartikel, das im Sperrhandel oft weite Wege aus dem innersten Urwald, wie aus den Savannen zurücklegte. Auch aus den Savannenwäldern Togos kamen Ölpalmprodukte, dazu Schibutter aus den Früchten eines Baumes im Übergangsgebiet zur Steppe. Aber von dem eigentlichen Reichtum der sudanischen Steppenländer Togos und Kameruns, großen Herden von Rindern, gelangte nichts an die Küste und in den europäischen Handel. An der Weltwirtschaft der damaligen Zeit nahm also nur Öl und Elfenbein teil. Ganz ungenutzt war das am benachbarten Ogowe und an der französischen Elfenbeinküste schon lange ausgebeutete Edelholz einzeln im Urwald stehender wertvoller Baumarten. Was der Eingeborene des Waldes und der offenen Landschaft in primitivem

Hackbau an Nahrungsfrüchten baute, Mehlbananen, Knollen, Mais und Hirse, diente nur dem eigenen Verbrauch.

Eine bedeutende Wandlung des kolonialwirtschaftlichen und damit kolonialpolitischen Wertes erfuhr Kamerun durch die Entdeckung reicher Bestände an Kautschukbäumen und -lianen überall im Urwald und in den Uferwäldern der Savanne. Selbst der bis dahin „tote Busch“ wurde mit einem Schlag ein wertvolles wirtschaftliches Aktivum. Jetzt erst wurde der Wald wirklich erschlossen: bis in seine fernsten Tiefen drangen weiße und schwarze Kautschuksucher; Kautschukhändler besuchten das kleinste Dorf in Wald und Savanne; jeder Neger lernte und übte das Anschneiden und Anzapfen der Bäume, das ihm leicht reichen Verdienst brachte. Der gleichzeitig ins ungemessene steigende Bedarf der Kautschuk verarbeitenden Industrie reizte zu rücksichtslosester Ausbeutung der reichen Bestände an Wildkautschuk in Kamerun, wie im französischen und belgischen Kongo. Sie wurden im Laufe eines Jahrzehnts fast vernichtet, und die um die Jahrhundertwende rasch ansteigende Kautschukkurve sank um 1910 ebenso steil. Beschleunigt wurde diese Zerstörung des Kautschukhandels durch den Wettbewerb des malaiischen Pflanzungskautschuks, der im Vergleich zu dem vielfach verunreinigten Sammelkautschuk gleichmäßig gute Ernten brachte.

Heute haben in Westafrika Kautschukgewinnung und Kautschukhandel fast ganz aufgehört. Aber sie hatten zur Folge, daß das ganze Wald- und Savannenland von Handelswegen durchzogen war und der Eingeborene überall in Verkehr mit dem Europäer trat. Vielfach war der Kautschukhändler der Pfadfinder: ihm folgten Verwaltung und Mission, Schule und Arzt.

Durch den Kautschukhandel wurden Zehntausende von Trägern in Bewegung gesetzt, da die Tsetse-Krankheit des Großviehs und die primitiven Verkehrswege die Verwendung von Trag- und Zugtieren verboten. Als schädliche Folge gewann die Schlafkrankheit, diese Geißel des tropischen Afrika, die bis dahin auf einzelne Herde lokalisiert war, immer mehr Ausdehnung und bildet seitdem die schwerste Bedrohung des Menschen, des Eingeborenen und des Weißen, in Kamerun wie in allen afrikanischen Tropen. Aber die deutsche Kolonialverwaltung, die ihre Aufgabe nicht nur in Befriedung und wirtschaftlicher Erschließung des ihr anvertrauten Landes sah, nahm den Kampf gegen die Schlafkrankheit und die andern Volksseuchen energisch auf: der Pocken ist sie rasch Herr geworden, und es gelang ihr auch, die Schlafkrankheit einzudämmen und von neuem zu lokalisieren. Deutsche chemische Wissenschaft hat nach dem Krieg der Menschheit und damit auch unsern afrikanischen Kolonien im „Germanin“ das Heilmittel gegen die Schlafkrankheit geschenkt und dadurch uns Deutschen für weitere koloniale Betätigung ein neues Anrecht erworben.

Der deutsche Kolonisator begnügte sich nicht damit, aus dem Lande zu nehmen, was die Natur ihm bot. Er begann sofort mit dem Anbau landfremder tropischer Produkte, um die Eignung des Kameruner Bodens und Klimas zu ergründen. Diese Versuche beschränkten sich anfangs fast ganz auf die weiten Hänge des Kamerunbergs, die mit fruchtbarer vulkanischer Verwitterungserde bedeckt sind; erst allmählich griffen sie auf das benachbarte Urwaldtiefland über. Man versuchte vielerlei, beschränkte sich aber sehr bald auf den Anbau von Kakao, der fast zur Monokultur am Kamerunberg wurde und die beginnende Kautschukkultur beinahe völlig verdrängte. Nach 1910 begannen im Küstentiefland erfolgreiche Versuche mit Obstbanane und Tabak; der Tabakbau brachte rasch und über Erwarten gute Ernten.

Die wissenschaftliche Vorarbeit für alle Pflanzungsunternehmungen leistete seit Jahren die landwirtschaftliche Versuchsanstalt des botanischen Gartens in Victoria, der an der ganzen westafrikanischen Küste nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen ist, weder in englischen noch in französischen Kolonien. Aber auch in den innern Savannen und Steppen Kameruns entstanden Versuchspflanzungen und Viehzuchtstationen, besonders für Rinder und Pferde. Noch sind diese offenen Landschaften des Binnengebiets nicht in die Weltwirtschaft einbezogen, weil sie noch nicht von modernen Verkehrswegen erreicht werden. Sie sind erst in Verwaltung genommen, die den großen Häuptlingen, wie den islamischen Fürsten des Sudan ihre innere Selbständigkeit ließ und ihnen nur Residenten zur Seite stellte. Der kulturellen Tätigkeit der Schutztruppe sei besonders gedacht. Schon hatten die Versuche der Stationen ergeben, daß alte, heimische Volkskulturen wie die der Baumwolle eine große Zukunft haben; auch der Anbau von Mais und Bergreis versprach gute Erfolge.

Die deutsche Verwaltung schuf Zusammenschluß und inneren Verkehr und hat aus Kamerun bereits ein in vieler Beziehung in sich geschlossenes Wirtschaftsgebiet gemacht. Rinder aus der sudanischen Steppe kamen 1914 durch die Savanne bis ins fleischlose Waldland und haben viel zur Ausrottung des Kannibalismus beigetragen; Arbeiter aus den gut bevölkerten Savannengebieten wurden für mehrere Jahre zur Arbeit auf den Plantagen im Küstengebiet verpflichtet, dessen eigene Bevölkerung sehr gering und nicht ausreichend, vielfach auch arbeitsunlustig ist. Doch darf nicht verhehlt werden, daß die Arbeiterbeschaffung Verwaltung und Pflanzer vor die größten Schwierigkeiten stellen wird, weil das Küstenklima den Bewohnern des innern Hochlandes häufig schädlich ist, auch die jahrelange Trennung der Männer von Familie und Stamm schwere sittliche und soziale Schäden bringt. Hier den Ausgleich zu finden zwischen den Bedürfnissen der Kolonialwirtschaft und der Fürsorge

für die Eingeborenen, darin sah die deutsche Verwaltung eine ihrer Hauptaufgaben.

Der erzieherische Wert der Plantagenarbeit für die Eingeborenen wird deutlich durch die Tatsache, daß die in den Anfängen unsrer Kolonialzeit besonders von der Goldküste geholten Vertragsarbeiter, nach der Rückkehr in ihre Heimat, das bei den Deutschen Gelernte anwandten und zu Begründern der heute blühenden Kakaokultur der Goldküste und Nigeriens wurden. Auch im Kameruner Waldland sind kleinbäuerliche Kakaokulturen von Eingeborenen angelegt. Aber allen Kakaokulturen der Eingeborenen droht die Gefahr, daß durch mangelnde Schädlingsbekämpfung und ungenügendes Saatgut die Qualität des Kakaos rasch abnimmt.

Das Urwaldtiefland im S des Kamerunbergs war 1907 bis 1910 durch die Nordbahn erschlossen, die bis auf die erste Hochlandsstufe hinaufführt, allerdings nur 160 km weit. Eine zweite Bahnlinie, ebenfalls von Duala ausgehend, stößt in östlicher Richtung in das Urwaldgebiet vor und hat das Hochland von Mittel-Kamerun zum Ziel. Duala, am Kamerunfluß, von wo die koloniale Besitzergreifung ausging, hat seine Stellung als wichtigster Hafen behauptet, gegenüber Victoria, dem ausgezeichneten Hafen der Pflanzungen am Kamerunberg, und Kribi, der offenen Rheede des Kautschukausfuhrplatzes von Südkamerun. Das riesige Ästuar des Kamerunflusses bildet einen großartigen, brandungssichern Naturhafen, dessen große Tiefe modernen Seeschiffen das Einlaufen und Anlegen unmittelbar am Ufer gestattet, wenn eine Barre endgültig beseitigt sein wird.

Ganz abgesehen von den Aufbereitungsanlagen, die Kakaobohnen und Tabakblätter fermentieren und ein Halbfabrikat herstellen, entstanden an Bahnen und Wasserwegen Fabriken zur rationellen Gewinnung des Palm- und Palmkernöls, in denen von deutscher Technik erfundene Maschinen verwandt wurden; Seifenfabrikation schließt sich unmittelbar an. Sägewerke beschränken sich heute noch auf die Zurichtung von Edelhölzern; ihrer Gewinnung steht aber das sehr zerstreute Vorkommen unter der Masse der Weichhölzer hindernd entgegen. Erst eine Verwertung auch dieser riesigen Holzmassen in Zellstoffabriken wird den allernatürlichsten Reichtum des Urwaldes wirklich wirtschaftlich verwerten lassen und zu einer Entlastung der heute schon zu stark beanspruchten außertropischen Wälder, besonders der Subarktis beitragen. So entwickelten sich allmählich, in engster Verbindung mit Land- und Forstwirtschaft, die Anfänge einer Industrialisierung.

Im ganzen genommen wird Kamerun im wesentlichen Wirtschaftskolonie bleiben, in der der europäische Kolonist als Leiter des Eingeborenen ein weites Betätigungsfeld findet. Ob die gesunden Hochländer, deren beste Teile von tüchtigen Negerstämmen bewohnt und bewirtschaftet werden, jemals für

Ansiedelung von Weißen in größerem Umfang in Betracht kommen können, dafür fehlt uns noch fast alle Erfahrung. Als Wirtschaftskolonie aber ist Kamerun besonders begünstigt, weil in seinen drei Vegetationsgebieten fast alle pflanzlichen Produkte der Tropen gedeihen und weil die gegenseitige Ergänzung von Wald, Savanne und Steppe sich durch fortschreitende Bewirtschaftung immer weiter entwickeln wird.

In Togo sind die wirtschaftlichen Kräfte und Möglichkeiten in Savanne und Steppe schon viel weiter entwickelt als in Kamerun; sie liegen der Küste näher und sind durch mehrere Bahnen erschlossen, die heute ganz ins französisch verwaltete Gebiet fallen. Das Küstenland baut Mais und Baumwolle, der Außenhang des Beckenrandes liefert Palmöl und Palmkerne aus den Savannenwäldern und trägt eine Anzahl Pflanzungen; das innere Becken hat Baumwollkultur, Rinder- und Pferdezucht bereits zu einer gewissen Höhe entwickelt. Die dichte Bevölkerung steht kulturell auf verhältnismäßig hoher Stufe; in ihrer Landwirtschaft begann seit 1910 ein langsamer Übergang vom Hackbau zur Pflugkultur. Die Offenheit der Küstenlandschaft hat den Eingeborenen schon sehr früh dem Europäer nahegebracht, seine Arbeitslust geweckt, seine geistige und materielle Kultur gehoben. Dank diesen Tatsachen war die kolonisatorische Arbeit in Togo verhältnismäßig leicht und sehr rasch erfolgreich: Togo galt mit Recht als eine Musterkolonie, die sich schon früh finanziell selbst erhielt und in der der Deutsche zeigen konnte, was er in einem kultur- und verkehrsgeographisch einigermaßen begünstigten Lande zu leisten vermag. Nirgends tritt der Vorwurf deutscher Unfähigkeit zu kolonisieren so kraß als Lüge in die Erscheinung wie in Togo.

Togo und Kamerun erfreuten sich als deutsche Kolonien aufmerksamster Fürsorge, da jede Kolonie in ihrer Art für uns besondere, unersetzliche wirtschaftliche und kulturelle Werte besaß, und da sie für uns wichtige Stützpunkte einer leider oft nur zu passiven Überseepolitik bildeten. Als Mandate des Völkerbundes sind sie, nicht staatsrechtlich, aber tatsächlich, in die großen Imperien britischer und französischer Kolonialmacht eingegliedert. Sie dienen aber nur zur räumlichen Abrundung und vermehren nur die tropischen Werte, die beide Kolonialreiche längst im Überfluß besitzen. Für Frankreich sind sie mit ihrer relativ dichten Bevölkerung eine neue Quelle militärischer Kraft, die Frankreich auch gegen alle Völkerbundssatzung bereits ausbeutet; deutsch sprechende Negersoldaten aus Togo und Kamerun standen am Rhein. Daß die deutschen Kolonien nur Mandate sind, gibt ihren heutigen Verwaltern den willkommenen Vorwand, möglichst wenig Menschenkraft und Geldmittel für sie aufzuwenden. So finden wir überall einen deutlichen Abbau und Rückgang, kulturell und wirtschaftlich, an dem auch gut gruppierte französische Statistiken nichts ändern. Wenn auch, nach jahrelangem Daniederliegen des

Wirtschaftslebens, die Ausfuhr von Erzeugnissen der Plantagen- und Eingeborenenkulturen in den letzten Jahren wieder eine Steigerung, z. T. über die Zahlen von 1913 hinaus, aufweist, so drücken sich darin nur die Ernten aus von einer Saat, die wir, nicht die Franzosen gesät haben.

Ausfuhr aus Togo:

	1912	1922	aus englischem französischem Mandatsgebiet	
			i n T o n n e n	
Baumwolle	550	etwa 1000	—	—
Baumwollfaser	583	733	—	733
Palmöl	3 337	—	440 Gall.	953
Palmkerne	11 639	5 925	354	5 571
Kopra	162	585	—	585
Kakao	282	5 393	2 916	2 477
Mais	1 365	—	—	—

Ausfuhr aus Kamerun:

	1912	aus französ. Mandatsgebiet	
		1912	1923
i n T o n n e n			
Palmkerne	15 999		26 783
Palmöl	3 594		3 094
Hölzer	11 000		13 000
Kautschuk	2 800		760
Kakao	4 551		3 469
Erdnüsse	10		354
Tabak	0,042		42

Togo ist nach der Teilung lebensunfähig. Die beiden schmalen Streifen können für sich nicht existieren und sind ganz angewiesen auf die benachbarten französischen und englischen Kolonien. Daß bei der Teilung das kulturell und wirtschaftlich hochstehende Volk der Ewe zerrissen wurde, beweist die Gleichgültigkeit der Mandatare und des Völkerbunds gegen die ihnen anvertrauten „unmündigen Völker“. Wie sich die Togoleute im französischen Verwaltungsgebiet bedrückt fühlen, beweist die starke Auswanderung ins englische Mandat.¹⁾ In beiden Mandatsgebieten sind Schulen²⁾ und ärztliche Versorgung verringert worden, Verkehrswege seitab der Bahn vernachlässigt; der Hafen von Duala verödet: gegen 600 Schiffe 1912 noch nicht 200 Schiffe 1922! Wenn die Mandatare eine Besserung erzielen wollen, so können sie — nach dem eigenen Zeugnis englischer Verwaltungsberichte — nichts anderes tun, als die zu rasch verlassenen Bahnen deutscher kolonisatorischer Arbeit aufs neue beschreiten.

Bei der ungleichen Teilung Kameruns verfolgte England lediglich den Erwerb von gesunden Höhenstationen am Kamerunberg und in den hohen Rand-

landschaften Inner-Kameruns für Beamte und Kolonisten des benachbarten, meist viel tiefer gelegenen Nigerien. Sein wirtschaftliches Interesse, selbst an den wertvollen Pflanzungen am Kamerunberg, war nur gering; denn es hat sie jahrelang nur notdürftig durch einen staatlichen Verwalter gerade vor dem Verfall bewahrt, ohne selbst einen Nutzen daraus zu ziehen, geschweige denn sie weiter zu entwickeln. Und daß England jetzt den Rückkauf der meisten Pflanzungen durch die alten deutschen Gesellschaften hat geschehen lassen, beweist, daß es in seinem riesigen Weltreich nicht genügend Menschen und Mittel zu ihrer Weiterentwicklung hat.

Frankreich zeigt äußerlich ein viel aktiveres Interesse an seinem Kameruner Verwaltungsgebiet. Es hat Automobilstraßen gebaut und den auch von uns längst als notwendig erkannten Schritt ausgeführt, den Verwaltungshauptsitz von der Küste in das gesündere Binnenland zu verlegen. Es versucht, Kakao- und Tabakpflanzungen im Tiefland nutzbar zu machen; sein Hauptinteresse aber ist auf die Militarisierung der volkreichen und kriegerischen Stämme gerichtet und auf das Eintreiben hoher Steuern, wie sie zu deutscher Zeit nie geleistet wurden. Die Ausgaben aber für kulturelle Hebung durch Schulen, wie für Förderung des Gesundheitsstandes durch Ärzte sind bedeutend herabgesetzt. Pocken und Schlafkrankheit nehmen erschreckend zu.

Welch furchtbare Gefahr dadurch über die Bevölkerung Kameruns heraufbeschworen wird, lehrt ein Blick auf das benachbarte französische Äquatorial-Afrika, wo — nach eigenem Eingeständnis französischer Statistiken und Berichte — die Volksdichte infolge der Schlafkrankheit von etwa 3 auf 1 zurückgegangen ist. Warnende und angstvolle französische Presseäußerungen sprechen von einem vollkommenen Aussterben in absehbarer Zeit. Es liegt auf der Hand, daß die gleiche Verwaltung diesseits und jenseits der Grenzen Kamerun das gleiche Schicksal bereiten wird.

Ein Vergleich dessen, was Kamerun war und was es heute ist, zeigt die Überlegenheit der deutschen kolonialisatorischen Arbeit in diesem afrikanischen Tropenland. Die wachsende Bevölkerung Deutschlands, die nach Lebensraum und Betätigungsfeldern drängt, verleiht ihm eine ganz andere Intensität kolonialer Kulturarbeit auf verhältnismäßig beschränktem Raum, als dem an Volkszahl abnehmenden Frankreich, dem Kamerun und Togo nicht ein notwendiges Arbeitsfeld sind, sondern nur ein weiteres Menschenreservoir, dessen Militarisierung seinen Weltherrschaftsplänen dienen soll.

Anmerkungen

1) 130 000 von 800 000 E.

2) In Kamerun besuchten 1912 43 000 Ein-

geborene die Schulen, 1923 nur noch 8000.

LEO WAIBEL:
SÜDWESTAFRIKA



Unter den deutschen Kolonien nimmt Südwestafrika eine besondere Stellung ein. Es war viel mehr als unsere anderen Kolonien eine Siedlungskolonie, zählte die meisten deutschen Bewohner und ist auch heute noch zur Hauptsache ein deutsches Land. Anstelle einer Kolonie ist es ein wichtiges Gebiet des Auslandsdeutschtums geworden . . . Diese besondere Stellung ist in geographischer Lage, Klima und Bevölkerung begründet.

Das Land und seine eingeborene Bevölkerung.

Südwestafrika ist ein Ausschnitt aus dem größeren Erdraume Südafrika und gehört mit diesem dem subtropischen Trockengürtel der südlichen Halbkugel

an. Entlegenheit und Wassermangel geben dieser Zone das natürliche und kulturelle Gepräge, in Südafrika ebenso wie in Australien und Südamerika. Besonders auf der Westseite der Südkontinente ist die Trockenheit sehr groß, und ein 100—150 km breiter Streifen vollkommener Wüste begleitet in Südwestafrika die Meeresküste. Das ist die Namib, eine schiefe Ebene aus Schutt und Sand, die bis 1000 m binnenwärts ansteigt. Wirksamer als hohe Waldgebirge und feindliche Volksstämme hat diese hafendarme Küstenwüste die Europäer Jahrhunderte lang abgeschreckt und sie vom Inneren ferngehalten. Und während an den übrigen Küsten Südafrikas die Europäer sich schon im 17. und 16. Jahrhundert niederließen, blieb die Namib mit ihrem Hinterlande bis zum Ende des 19. Jahrhunderts unbeachtet. So ist sie die eigentliche Ursache, daß Südwestafrika im Jahre 1884 eine deutsche Kolonie wurde. Sie auch gibt in erster Linie dem Binnenland den Charakter eines entlegenen Gebietes. Mit der Wüste erhält das Schutzgebiet auch politisch im Norden und Süden seine Grenze an den Dauerflüssen Kunene und Oranje. Im Osten folgt die Grenze willkürlich dem 20. Meridian und weist mit einem fingerförmigen Fortsatz auf den Sambesi hin.

Hat man die Namib durchquert, dann muß man eine mehrere hundert Meter hohe Gebirgsmauer hinaufsteigen, und oben dehnen sich weite Hochflächen, die sich wie ein flaches Dach von 1800—2000 m langsam bis auf 900 und 1000 m an der Grenze der Kolonie im Osten senken. Einzelne isolierte Gebirgsstöcke überragen wie gewaltige Schornsteine dieses Dach und erreichen noch ebensolche Höhen wie der Hochlandsrand im Westen: das ist das Otavibergland im Norden, das Auasgebirge in der Mitte und das Karrasgebirge im Süden . . . Im Westen sind die Flüsse von der Kante des Daches zum Meere hinab gerichtet und haben ein starkes Gefälle (Riviere); infolgedessen haben sie sich enge, tiefe Täler in das Hochland eingegraben, und allenthalben tritt hier der felsige Untergrund unter einer dünnen Bodendecke zu Tage. Im Osten fließen die Flüsse über das flache Dach selber hinweg und münden im abflußlosen Innern des südafrikanischen Beckens in großer Meereshöhe (Omurambas); hier haben sie ihr Material in großen, flachen Schuttkegeln abgelagert. So entstanden mächtige Aufschüttungsebenen aus Schottern, Sand und Ton, unter denen der felsige Untergrund tief vergraben ist. Die Oberfläche bilden Sande, die zumeist vom Winde zu langen Dünenwällen zusammengeweht sind. Das sind die Sandfelder der Kalahari, die im Norden in einer weiten Bucht nach Westen vorspringen (Ovamboland).

Dieses innere Hochland ist klimatisch viel günstiger gestellt als die Küstenebene, und es gleicht in seinem Naturcharakter durchaus dem übrigen Südafrika. Vom indischen Ozean her bringen sommerliche Nordostwinde Regen und tragen ihn, wenn auch in immer geringeren Mengen, bis an den Hoch-

landsrand im Südwesten heran. Im Nordosten, vor allem in der Kalahari, stellen sich lichte Wälder ein, auf deren Boden hohes Gras wächst. In der Mitte des Landes tritt eine baumarme, aber immer noch grasreiche Dornstrauchsteppe, und im Süden des Landes eine baumlose und grasarme Halbstrauchsteppe auf.

Leider fällt der Regen im ganzen Lande in sehr unregelmäßigen und heftigen Güssen. Der größte Teil verdunstet in der trockenen Luft oder fließt in kurzen Eintagsflüssen schnell ins Meer ab. Nur ein kleiner Teil sickert in den Boden ein und speist hier Grundwasser und Quellen. Das ist im westlichen Teil des Hochlandes nur in den meist trockenen Rivieren der Fall, und diese haben hier als Grundwasserträger die allergrößte Bedeutung. Abseits von ihnen fehlt Bodenwasser oder ist doch nur sehr spärlich . . . Anders ist dies im Osten, in der Kalahari. Hier saugt der Sand fast allen Regen auf und führt ihn in die Tiefe; trotz größerer Regenmenge ist so auch die Kalahari oberflächlich wasserarm, aber in der Tiefe sind reiche Wasservorräte vorhanden, die auch gelegentlich in Form von Quellen in den sog. Kalkpfannen austreten.

Außerhalb der kurzen sommerlichen Regenzeit fällt, vom Südwesten abgesehen, nicht ein Tropfen Regen. Tag für Tag strahlt die Sonne vom stets heiteren Himmel herab und bringt selbst im Winter Tagestemperaturen von 20—25° C. Aber diese Hitze ist in der dünnen trockenen Luft bei stets herrschenden Winden leicht zu ertragen. In der Nacht findet eine ebenso ungehemmte Ausstrahlung statt und häufig tritt Frost auf. Diese tägliche und jahreszeitliche Abkühlung erfrischt Körper und Geist und erhält auch den Europäer hier leistungsfähig. Es kommt hinzu, daß die winterliche Trockenheit alle Krankheitskeime vernichtet. So ist das südafrikanische Hochland für Menschen und Tiere ganz außerordentlich gesund. In dieser Hinsicht ist Südwestafrika besser gestellt als jede andere unserer Kolonien.

Entlegenheit und Wassermangel bestimmen auch Anzahl, Art und Kultur der eingeborenen Bevölkerung des Landes. Wie die übrigen Trockengebiete der südlichen Halbkugel war auch Südafrika ursprünglich von einer primitiven Sammler- und Jägerbevölkerung bewohnt. Das sind die hellhäutigen, kleinwüchsigen Buschleute und die dunkelhäutigen Damaras, deren rassenmäßige Stellung unklar ist. Beide sind heute in entlegene Rückzugsgebiete verdrängt; die Buschleute in die wasserarmen Sandfelder der Kalahari und die Damaras in die isolierten Gebirgsstöcke der Landesmitte (Damaraland).

Zu diesen kulturell äußerst tiefstehenden Bewohnern erhielt nun Südafrika dank seines räumlichen Zusammenhanges mit der großen Landmasse der alten Welt später von Norden her eine höher stehende Bevölkerung von Hirten und sogar Ackerbauern, wenn auch die großen Kultur- und Völkerwellen, die von

Asien aus nach Nord- und Zentralafrika hinüberfluteten, Südafrika nicht oder doch nur abgeschwächt erreichten. Ganz besonders gilt das für Südwestafrika, das ja in jeder Beziehung im Schatten des Erdteils gelegen ist. Ackerbauer treffen wir in Südwestafrika nur im äußersten Norden, wo der Regenfall zum feldmäßigen Anbau von Hirse und Mais ausreicht. Hier sind zwischen Kunene und Okavango die Ovambos ansässig, ein kräftiges Negervolk, das in mehrere Stämme zerfällt und von despotischen Häuptlingen regiert wird.

Im ganzen übrigen Südwestafrika ist Ackerbau auf Regen, wenigstens für den Eingeborenen, nicht mehr möglich. Damit fehlt eine zahlreiche, fest ansässige und wirtschaftlich leistungsfähige Bevölkerung. Nomadisierende Hirtenvölker hielten die Mitte und den Süden des Hochlandes besetzt; der wasserarmen Kalahari blieben sie ebenso fern wie der wasserlosen Namib. Das Hauptgebiet der eingeborenen Hirtenvölker war der westliche Teil des Hochlandes, das Land der Grundwasser führenden Riviere.

Von den südwestafrikanischen Hirtenvölkern sind die Hereros ein Bantunegervolk, das erst vor einigen Jahrhunderten aus dem feuchten Kongobecken in das trockene südwestafrikanische Hochland eingewandert zu sein scheint und hier charakteristischerweise zu einem reinen Hirtenvolk wurde. In den Dornbuschsteppen des Damaralandes ließen sie ihre ungeheuren Rinderherden weiden. Südlich davon zogen die Nama oder Hottentotten mit ihren Fettschwanzschafen auf den Halbstrauchsteppen des nach ihnen benannten Landes umher. Sie sind wahrscheinlich aus einer Vermischung von hamitischen Einwanderern mit den einheimischen Buschleuten hervorgegangen.

Hottentotten und Hereros lagen untereinander in dauernder Fehde um Wasser, Weide und Vieh. Zwischen ihren Stammesgebieten erstreckte sich in der Mitte des Landes (Auasgebirge) ein weites, unbewohntes Areal, und auch im Norden war das Land zwischen Hereros und Ovambos so gut wie unbewohnt. Das alles hatte im Verein mit der extensiven Weidewirtschaft eine sehr geringe Anzahl der Eingeborenen zur Folge. Im Jahre 1913 zählte das Schutzgebiet

etwa 200 000	Ovambos, rohe Schätzung
„ 30 000	Hereros
„ 20 000	Damaras
„ 15 000	Hottentotten
„ 10 000	Buschleute.

Bei einer Gesamtfläche des Landes von 830 000 qkm ergibt das die überaus geringe Bevölkerungsdichte von 0,3 Menschen pro Quadratkilometer. Sondern wir das dichtbevölkerte Ovamboland noch aus, was praktisch die deutsche Verwaltung mit sich brachte, so lebten in dem übrigen Gebiet nur 0,1 Menschen pro Quadratkilometer.

Zur geringen Zahl der Eingeborenen kommt nun noch ihre geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinzu. Als Sammler, Jäger und Hirten waren sie nicht an intensives Arbeiten gewöhnt, zum Teil auch (wie die Buschleute und Hottentotten) körperlich zu schwach dazu. Ferner sind sie als ehemalige Krieger- und Herrenvölker anspruchsvoll in der Behandlung, und durch die starke Nachfrage nach Arbeitskräften sind sie auch anspruchsvoll in Bezug auf Lohn und Verpflegung geworden.

Neben Entlegenheit und Wassermangel gibt die geringe Zahl der Eingeborenen und ihre mindere Qualität vor allem dem Lande seine besondere Stellung innerhalb der deutschen Schutzgebiete.

Politische Geschichte und Besiedelung durch die Deutschen.

Die erste Verbindung mit der Außenwelt erhielt dieses hochgelegene Weideland nicht über See von der nahen Westküste, sondern sehr spät über Land von der weit entfernten Kapkolonie her! Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts kamen Buren als Jäger und Händler, seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts englische und deutsche Missionare von dort und gründeten im ganzen Nama-land Stationen. Ihnen folgten etwa seit der Mitte des Jahrhunderts Kap-Engländer und Buren, die sich vor allem in der Südostecke des Landes als Farmer niederließen (1913 zählten sie 1630 Köpfe). Den gleichen Weg schlugen kapländische Bastards ein, die sich im Jahre 1871 in dem Grenzgebiet zwischen Hereros und Hottentotten (um Rehoboth) festsetzten (1913 waren sie 3500 Köpfe stark). Umgekehrt nahmen Straußenfedern, Häute und Vieh ihren Weg auf dieser Route nach der Kapkolonie.

Eine zweite Verbindung mit der Außenwelt erfolgte um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Sie ging nun von der Küste (Walfischbucht) aus, querte die Namib im wasserreichen Tal des Swakop und trat durch eine Lücke des Hochlandrandes in das Hereroland ein. Missionare und Händler gründeten auch hier eine Reihe von Stationen, von denen die der Rheinischen Missionsgesellschaft der späteren deutschen Kulturarbeit wirkungsvoll vorgearbeitet haben. Der Handel des Hererolandes und sogar des nördlichen Namalandes wurde durch diese Route von dem alten Überlandwege nach der Kapkolonie abgeleitet und direkt zum Meere hingeführt, etwa in derselben Weise, wie Kunene und Oranje durch Anzapfung von der Küste her aus einem abflußlosen Hochlandsfluß in einen (im Unterlauf tief eingeschnittenen) Küstenfluß verwandelt wurden. Walfischbucht, der Ausgangspunkt dieser Route und gleichzeitig der einzige natürliche Hafen an der ganzen nördlichen und mittleren Küste des Landes, erhielt dadurch eine solche Bedeutung, daß England ihn im Jahre 1878 annektierte.

Die bisherige Kolonisation war rein privater Art, im wesentlichen auf

Missions- und Handelstätigkeit gerichtet. Sie ließ die politischen Zustände der Eingeborenen unberührt und war infolgedessen auch ganz von diesen abhängig. Das änderte sich zunächst auch noch nicht, als das Land im Jahre 1884 eine deutsche Kolonie wurde. Nur traten jetzt bei der weiteren Erschließung militärisch-strategische Gesichtspunkte in den Vordergrund, und die Küste erhielt eine noch größere Bedeutung als politische und kulturelle Basis.

Die Verbindung über Land mit der Kapkolonie wird nun fast ein rudimentäres Organ, und die Kolonisation nimmt ihren Weg ausschließlich von der Küste aus. Der alte Weg ins Innere längs des Swakoptales erhält einen neuen Ausgangspunkt und einen künstlichen Hafen in Swakopmund, da die Wal-fischbucht weiterhin in englischer Hand blieb. In der Pforte des Hochlandsrandes blüht Otjimbingwe als Etappenstation auf; von hier biegt der Weg um das Hererogebiet herum nach Süden ab, quert bei Okahandja den Swakop, tritt dann (einem tektonischen Graben folgend) in die Ausasberge ein und endet in 1665 m Meereshöhe bei Windhuk. Hier im gesunden Hochlande, in der Nähe heißer Quellen, inmitten des leeren Raumes zwischen Hereros und Hottentotten, im geographischen und geometrischen Mittelpunkt der Kolonie gründete die deutsche Verwaltung mit größtem Verständnis die Hauptstadt des Landes.

Zu dieser alten Route kam im Süden des Landes eine neue hinzu. Sie geht von dem Naturhafen Lüderitzbucht aus, quert die wasserlose Namib auf langer Durststrecke, überschreitet bei Aus, das sich wie Otjimbingwe zu einem wichtigen Etappenplatz entwickelte, den Hochlandsrand und führt über Keetmanshoop nach Warmbad. An Bedeutung blieb diese Route weit hinter der nördlichen zurück.

Auf diesen beiden Routen setzte als erste Folge des politischen Anschlusses an ein europäisches Kulturland ein starker Verkehr ein. Mittels Ochsen- und Eselswagen mußten alle Waren, aller Proviant und alles Heeresgut durch die Namib hindurch mühsam hinauf ins innere Hochland geschafft werden. Während sonst in der Welt die Küstengebiete gut bewässert zu sein pflegen, schiffbare Flüsse den Verkehr erleichtern und Siedlungen und Städte als Ausgangspunkte der Kolonisation auf dem fruchtbaren Boden entstehen, ist hier gerade das Küstenland das größte Hindernis der Kultur. Die Wüste behält weiterhin ihre Funktion als Sperre, verteuert alle Transporte und bereitet dem Vordringen der Deutschen die allergrößten Schwierigkeiten.

Nicht zuletzt auf diese abnormen verkehrsgeographischen Verhältnisse ist es zurückzuführen, daß die Besiedelung des Landes durch Kolonisten in der ersten Zeit nur langsam voranschritt. Gründe anderer Art kamen hinzu. Die Regierung hatte noch keinen festen Kolonisationsplan und vergab große Ländereien an einzelne Gesellschaften. Viel und gerade das beste Land gehörte

den Eingeborenen, die naturgemäß den weißen Ansiedlern feindlich gegenüberstanden, und deren Rechte die deutsche Verwaltung ängstlich zu schützen bemüht war. Zuletzt fehlte auch die wirtschaftliche Erfahrung in dem neuen Lande.

Doch das gesunde Klima des Hochlandes, die hohen Preise aller landwirtschaftlichen Produkte und das freie, ungebundene Leben führten allmählich neben Soldaten, Beamten und Kaufleuten auch Farmer ins Land. Zu Anfang der 1890er Jahre setzte die Besiedelung ein, und zwar in den Auasbergen um Windhuk. Hier war in der aufblühenden Hauptstadt ein gesicherter Markt vorhanden, hier war das Land frei von Eingeborenen, hier waren dank der Steigungsregen des Gebirges Wasser und Weide günstig. In den zahlreichen Rivieren, die von dieser Hauptwasserscheide des Landes ausstrahlen, schoben sich die Farmen radial nach allen Seiten vor.

1894 waren etwa 60, 1899 etwa 260 Farmer und Ansiedler im Lande. Dann setzte, verursacht durch Rinderpest, andere Siedlungspolitik der Regierung und den Eisenbahnbau Swakopmund—Windhuk eine schnellere Besiedelung ein, so daß im Jahre 1903 bereits 810 Siedler gezählt wurden. Außerhalb der Auasberge hatten sich kleinere Siedlungszentren rings um das Land der Hereros gebildet: Bahnstrecke Okahandja—Karibib, Outjo, Otavibergland. Im Namalande hatte vor allem der wasserreiche Fischfluß die Farmer angezogen.

Dann kamen in den Jahren 1904 bis 1907 die großen Aufstände der Eingeborenen, und nun änderten sich die politischen Grundlagen der Besiedelung vollkommen. Die Eingeborenen gehen an Kopfzahl stark zurück, werden aus ihren Stammesgebieten verdrängt und in Reservaten angesiedelt, soweit sie nicht als Arbeiter in den Dienst der Weißen treten. Fast das ganze Land wird so für die weiße Besiedelung frei. Mit der Truppe kommt eine große Anzahl von Deutschen ins Land, die zum Teil nach der Beendigung der Feldzüge dort bleiben und Farmer werden. In ganz anderer Weise als früher hat nun das Kapital der Heimat Zutrauen zu der Kolonie. Es wird die Eisenbahn Lüderitzbucht—Keetmanshoop gebaut und durch eine Längsbahn mit der nördlichen Querbahn verbunden. Diese wird bis zum Otavibergland verlängert und endet in Tsumeb, mit einem Zweige in Grootfontein.

Das alles hat zur Folge, daß nach dem Aufstand eine sehr lebhafte Siedler-tätigkeit einsetzt. Rasch wird das frei gewordene Hereroland von Farmern besetzt. Längs der neuen Bahnen wird Farm auf Farm belegt. In das südliche Namaland dringen die Farmer ebenso vor wie nach Norden ins Kakao-feld. Im Westen setzt der Hochlandsrand der Besiedelung eine natürliche Grenze, während sie im Osten vor der Kalahari mehr aus historischen und wirtschaftlichen als aus natürlichen Gründen halt macht.

Das Siedlungsbild des Jahres 1913 zeigt so die auffallende Tatsache, daß das ganze, ehemals von Hereros und Hottentotten beweidete Land nun von Farmern eingenommen ist. Hierin kommen die natürlichen Vorzüge dieses mittleren Hochlandstreifens klar zum Ausdruck. Am 1. April 1913 wurden beinahe 1600 Siedler gezählt, und es waren 1331 Farmen mit 134 000 qkm Land vergeben. Die Durchschnittsgröße für eine Farm betrug also 10 000 ha. Der Regenmenge entsprechend waren die Farmen im Norden beträchtlich kleiner (3000—5000 ha) und im Süden größer als der Durchschnitt (20 000 ha und darüber).

Anstelle der Eingeborenen hatte so eine weiße und vorwiegend deutsche Bevölkerung das Land eingenommen. Südwestafrika wurde wie das übrige Südafrika Weißen Mannes Land. Das ist der große Gegensatz zu unseren übrigen Kolonien, der sich aus dem gesunden Klima und der spärlichen, wenig leistungsfähigen eingeborenen Bevölkerung erklärt. Die Eingeborenen haben ihr Anrecht auf Grund und Boden, ihre alte Stammesorganisation, ihre soziale Gliederung und ihren geringen Kulturbesitz verloren und sind zumeist als Arbeiter in den Dienst der Weißen getreten.

Nur das Ovamboland wurde von dieser Umstellung aller Verhältnisse nicht berührt. Die Entlegenheit, das ungesunde Klima, die zahlreiche und verhältnismäßig hochstehende Bevölkerung, ihre straffe politische Organisation machten eine besondere Behandlung dieses Landes nötig. Die deutsche Regierung hatte auch aus diesen Gründen noch nicht die Erschließung und Verwaltung des Ovambolandes in Angriff genommen. Hier stand ihr noch eine große und schwierige Aufgabe bevor. Außer etwa 10 000 Ovambos, die jährlich als Saisonarbeiter in die Minengebiete nach dem Süden gingen, bestand keine Verbindung zwischen dem Ovambolande und dem übrigen Schutzgebiete.

Die wirtschaftlichen Leistungen.

Die Wegnahme des Landes durch ein anderes Volk war nur gerechtfertigt, wenn dieses dem Boden höhere Kulturwerte abgewann als seine früheren Bewohner. Das haben wir Deutsche nun in einem so hohen Maße getan, daß Südwestafrika im Jahre 1914 in mancher Beziehung die 230 Jahre länger besiedelte Kapkolonie übertraf. Dabei mußte auch die körperliche Arbeit zum größten Teil von Deutschen geleistet werden, da die Eingeborenen aus Trägheit oder Schwäche vielfach versagten.

Die Eingeborenen und ihre Werke waren noch ganz ein Teil der Naturlandschaft. Sie lebten mit ihren Herden wie das Wild von Wasser und Weide und nutzten nur die Gaben aus, die die Natur ihnen freiwillig bot. Neben Jagd und Krieg war die Viehhaltung ihre einzige Tätigkeit; andere Zweige menschlicher Tätigkeit kannten sie nicht . . . Die Deutschen waren natür-

lich ebenfalls von den vorhandenen Naturbedingungen abhängig; aber deren Ausnutzung wurde nun eine andere, intensivere und zum Teil vollkommen neue.

Das zeigt sich vor allem in der Wassererschließung. Die Eingeborenen waren auf das Flußwasser und die wenigen Quellen, die offen zu Tage treten, angewiesen. Die Deutschen sprengen Brunnen in den harten Felsen, treiben tiefe Bohrlöcher in die Erde, legen Stau- und Grundschwellen an, um das Grundwasser und das in Flüssen abfließende Tagwasser nutzbar zu machen. Weideland, das früher wegen Wassermangel wertlos war, konnte nun bestockt und besiedelt werden. Anderes Land, auf dem man früher nur wenig Tiere halten konnte, war nun imstande, die vielfache Anzahl mit Wasser zu versorgen.

Der Wert des Landes hatte sich durch diese planvolle Wassererschließung, an der Private ebenso beteiligt waren wie die Regierung, gewaltig gesteigert. Eine nicht mindere Wertsteigerung brachte der Bau der Eisenbahnen mit sich. Nun verlor die Namib ihre Funktion als Kultursperre und das innere Hochland zum guten Teil seine Entlegenheit. Auch die Weiträumigkeit des Landes wurde durch das 2104 km große, äußerst zweckmäßige Eisenbahnnetz beträchtlich abgeschwächt.

Wie stark aber auch der moderne Mensch von der harten Natur Südafrikas abhängig ist, das zeigt sich vor allem darin, daß er die Weidewirtschaft als wichtigsten Wirtschaftszweig von den Eingeborenen übernehmen muß. Südwestafrika bleibt auch unter deutscher Verwaltung ein Viehzuchtland und wird es immer bleiben. Doch auch hier ändert sich wesentlich die Art des Betriebes. An die Stelle des gemeinsamen Stammesbesitzes tritt nun der Einzelbesitz, an die Stelle des nomadisierenden Hirten der festansässige Farmer. In jeder Weise suchen die neuen Besitzer das Land zu nutzen, umzugestalten, zu verbessern. Es werden Wege angelegt, Einzäunungen geschaffen, Häuser gebaut. An die Stelle der Zelte und Lehmhütten der Eingeborenen treten schmucke Wohnhäuser, die im Kriege durch ihre wertvollen und schönen Einrichtungen nur allzu sehr die Bewunderung der südafrikanischen Offiziere und Soldaten hervorriefen.

Die Tierhaltung jedoch bleibt dieselbe wie früher. Jahraus, jahrein läßt man die Tiere frei weiden, was bei dem milden Klima und dem Futterreichtum nicht nur möglich, sondern auch einzig rationell ist. Regenmangel, Dürren und Heuschrecken sind weiterhin das große Dreigespenst der Wirtschaft. Aber man verbessert die Tierrassen, führt europäische Zuchttiere und ganz neue Tierarten wie Wollschafe, Persianerschafe, Angoraziegen und Strauße ein.

Als ganz neuen Wirtschaftszweig bringen die Weißen den Ackerbau mit, der den eingeborenen Hirten vollkommen fremd war; ihnen lieferten die wilden

Früchte die nötige pflanzliche Nahrung. Der Weiße legt überall da, wo genügend Wasser vorhanden ist, Gärten und Felder an und baut mittels künstlicher Bewässerung Wein und Südfrüchte, Tabak, Weizen, Mais und Luzerne. Aber es sind nur winzig kleine Teile des Landes, die solche Kulturen erlauben, und dem entsprechend sind die Ernten gering. Größere Bedeutung scheint der Ackerbau auf Regen im Nordosten zu erlangen. Hier kann man Sommerfrüchte wie Hirse, Bohnen und Mais nach dem sogenannten Trockenfarmsystem mit ziemlichem Erfolge bauen. Besonders die Maiskultur hat sich hier ausgedehnt und sie scheint berufen, durch Lieferung von Futter die Tierhaltung wesentlich sicherer und intensiver zu gestalten. Doch waren 1911 im ganzen erst 5274 ha unter dem Pfluge resp. in Kultur.

Als neue Art der Bodennutzung haben die Deutschen auch den Bergbau eingeführt. Dadurch wurden weitere Quellen für Wohlstand und Verdienst erschlossen, die den Eingeborenen vollkommen unbekannt geblieben waren. Seit 1907 werden die reichen Kupfererze des Otaviberglandes abgebaut. Eine 566 km lange Bahn verbindet das Minengebiet mit der Küste, und an ihrem Endpunkt entwickelt sich Tsumeb zu einer kräftig aufstrebenden Siedlung. Der Bergbau auf hochwertige Produkte erschließt nun auch die Küstenwüste und füllt sie mit Werken des Menschen. Im Hinterland von Swakopmund werden in der Khanmine ebenfalls Kupfererze gewonnen, und südlich von Lüderitzbucht werden im Jahre 1908 in unmittelbarer Küstennähe reiche Diamantlager entdeckt. Große fabrikmäßige Anlagen, Schienenstränge, Wasserleitungen und Siedlungen hat deutscher Fleiß hier mitten in die Wüste hineingezaubert.

Die Entwicklung des Verkehrswesens, der Landwirtschaft und des Bergbaus hat eine lebhaft gewerbliche Tätigkeit nach sich gezogen, wenn auch eigentliche industrielle Anlagen (vom Bergbau abgesehen) fehlen.

Mit diesem Ausbau und der Differenzierung der Wirtschaft ging selbstverständlich auch eine Zunahme und Differenzierung der Bevölkerung Hand in Hand. Am 1. Januar 1913 zählte das Schutzgebiet 14 830 Weiße, eine Ziffer, wie sie von keiner anderen unserer Kolonien erreicht wurde. Von ihnen waren 12 292 der Staatsangehörigkeit nach Deutsche. Dem Berufe nach waren von 8530 Männern

2093 Handwerker und Arbeiter
 1819 Schutztruppenangehörige
 1587 Farmer und Ansiedler
 876 Regierungsbeamte
 243 Techniker und Ingenieure.

Danach kann man annehmen, daß nur ein Viertel der weißen Bevölkerung auf dem Lande wohnte, die übrigen drei Viertel dagegen in den Kleinstädten,

die sich zumeist aus alten Missions- oder Truppenstationen entwickelt hatten. Hier konzentrierte sich Handel und Gewerbe, hier war der Sitz der Verwaltung, hier auch herrschte in Kirche, Schulen und Vereinen reges geistiges Leben. Im Verhältnis zur geringen Zahl ihrer Einwohner (selbst Windhuk zählte 1913 nur 2000 Weiße und etwa 6000 Eingeborene) war die wirtschaftliche und kulturelle Leistung dieser Städte außerordentlich groß.

Die nationale Bedeutung.

Viel Opfer an Arbeit, Geld und Gut hat uns die Erschließung Südwestafrikas gekostet, und nur geringe Zinsen warf dieses Kapital ab. Die ruhige Entwicklung des Landes wurde immer wieder durch kriegerische Ereignisse gestört. Mühsamer als in den Tropen sind diesem armen, trockenen Lande landwirtschaftliche Erträge abzurufen. Da war es der Bergbau und vor allem die Diamanten, die dem Aschenbrödel unter den deutschen Kolonien Interesse und Achtung der Heimat einbrachten. Der Bergbau war es auch, der dem Lande den Anschluß an den Weltmarkt vermittelte. Das ergibt sich deutlich aus den folgenden Ziffern der Ausfuhr.

Sie betrug in Millionen Mark:

1900	1,2
1908	7,6
1911	28,6
1913	70,3

Von den 28,6 Millionen des Jahres 1911 entfielen auf

Diamanten	23,0
Erze	4,0
Tierische Produktion . .	0,6 und
Gewerbliche Produktion	0,8

Der Handel des Landes war naturgemäß zur Hauptsache nach Deutschland gerichtet, und von dort bezog es auch seine wichtigsten Einfuhrwaren wie Lebensmittel, Kleider, Maschinen, gewerbliche Gegenstände usw., 1911 im Gesamtwerte von 45 Mill. Mark.

Den Wert einer Kolonie darf man aber nicht nur nach den schon erzielten Resultaten beurteilen, sondern man muß auch ihre Zukunftsmöglichkeiten berücksichtigen. Wie von jeder jungen Pflanzung darf man auch von einer Kolonie volle Erträge erst dann erwarten, wenn sie ausgereift ist, wenn alle Möglichkeiten ausgenutzt sind. Und davon waren wir und ist man heute in Südwestafrika noch weit entfernt. Viel Weideland liegt noch ungenutzt, vor allem in den Sandfeldern der Kalahari. Der Ackerbau steht erst in den Anfängen, und die Viehzucht wird noch allenthalben extensiv gehandhabt. Was das Land gar noch an Bodenschätzen birgt, entzieht sich jeder Vermutung.

Aber auch wenn man von weiteren bergbaulichen Möglichkeiten absieht, wird Südwestafrika, falls es seine landwirtschaftlichen Möglichkeiten voll ausnutzt, hohe Erträge an Fleisch und Wolle, an Mais und Südfrüchten liefern können und wird das Vielfache seiner heutigen Bevölkerung ernähren. Eine bestimmte Zahl anzugeben, ist natürlich schwer; aber mit mehreren hunderttausend Weißen darf man wohl sicher rechnen.

Zuletzt liegt die nationale Bedeutung einer Kolonie nicht nur in materiellen Gütern. Auch in moralischer und ethischer Hinsicht haben die Kolonien, vor allem für ein übervölkertes Land, den allergrößten Wert. Sie sind die hohe Schule der Persönlichkeit, sie weiten den Blick und stählen den Charakter. Gerade unser Südwest mit seiner wilden Natur war für uns Deutsche ein solcher Jungbrunnen der Nation oder hätte es doch werden können. Es war unser „Wildwest“, wo schon die Kinder reiten lernten, wo selbst die Frauen die Büchse zu handhaben verstanden, wo die Männer ein gut Teil ihrer Zeit auf Jagd und Pad verbrachten. Und über all dem großen, freien Leben wölbte sich immerwährend ein blauer Himmel; am Tage lächelte die Sonne und in der Nacht grüßten die Sterne auf den Menschen herab. Ist es ein Wunder, daß die aus Südwest ausgewiesenen Deutschen ihre zweite Heimat nicht vergessen können?

Die heutige Lage.

Stärker als die Aufstände der Eingeborenen riß der Weltkrieg das Land aus seiner Bahn. Im Juli 1915 wurde es nach kurzem Widerstand von der südafrikanischen Union besetzt und unter vorläufige Verwaltung genommen. Damit erhielt die Kolonie wiederum eine ganz neue politische Basis. Die alte Südroute zu Land nach der Kapkolonie, die fast schon abgestorben war, erwachte zu neuem Leben und zu großer Bedeutung. Das Eisenbahnnetz wurde von Kalkfontein-Süd über Upington und de Aar an das südafrikanische Netz angeschlossen, und große Mengen von Menschen und Gütern strömten von dort in das eroberte Land. Die folgenden Jahre verliefen verhältnismäßig ruhig. Dann kam der Friedensschluß und mit ihm die Übergabe des Landes als Mandat an die südafrikanische Union. Fast die Hälfte der Deutschen (6350) wurden ausgewiesen, und zwar nicht nur Soldaten und Beamte, sondern auch Kaufleute, Farmer usw. Dadurch wurde viel Kapital und wertvolle Arbeitskraft dem Lande entzogen, und diese Maßnahme, die politisch gedacht war, hatte schlimme wirtschaftliche Folgen. Die allgemeine Krisis auf dem Weltmarkte kam hinzu, so daß das Land in eine fürchterliche Depression geriet. Im Jahre 1922 sanken die Viehpreise auf weniger als den 20. Teil des üblichen Vorkriegspreises herab! Farmen waren zu Spottpreisen zu haben. Die Diamantengesellschaften stellten ihren Betrieb ein, so daß die Haupteinnahmequellen des Landes versiegten.

Zur wirtschaftlichen Not kamen politische Kämpfe der zurückgebliebenen Deutschen mit der Mandatsregierung in der Schulfrage und der Frage der Staatsangehörigkeit hinzu. Die Schulfrage ist vor längerer Zeit dahin gelöst worden, daß in den Regierungsschulen deutsche Klassen gebildet worden sind. Um politisch gleichberechtigt zu werden, haben die meisten Deutschen (2873 von 3131 Stimmberechtigten nach einer Meldung der Cape Times vom 23. VI. 1925) kürzlich das südafrikanische Bürgerrecht erworben. Hoffentlich gelingt es nun auch den Deutschen, in der geplanten neuen Verfassung den gewünschten Einfluß auf die Selbstverwaltung des Landes zu bekommen!

Wenn auch zahlenmäßig in der Minderheit (etwa 8000 Deutsche stehen 11000 Buren und Engländern gegenüber), so sind die Deutschen doch der wichtigste Faktor des Landes, da sie Grund und Boden sowie das Wirtschaftsleben vorwiegend in der Hand haben. Südwestafrika ist heute noch ein deutsches Land, im Gegensatz zu allen unseren anderen Kolonien. Das Land steht in regem geistigen Austausch mit der alten Heimat, und auch die wirtschaftliche Verbindung ist durch die früheren deutschen Schifffahrtslinien wieder aufgenommen, wenn auch der Handel zur Hauptsache nach der Union geht. Die Einwanderungsfreiheit ist grundsätzlich zugestanden. Die Einwanderungsgesetze der Union gelten auch für Südwestafrika, und im Londoner Abkommen (vom 23. Oktober 1923) zwischen der deutschen Reichsregierung und der südafrikanischen Union ist ausdrücklich gesagt, daß die Deutschen im Rahmen dieser Gesetze willkommen seien. Es ist zu wünschen, daß möglichst viele kapitalkräftige und tüchtige Deutsche von dieser Gelegenheit Gebrauch machen, um das Deutschtum draußen zu stärken. In dieser moralischen und materiellen Unterstützung liegt die Hauptaufgabe, die wir heute unserer ehemaligen Kolonie gegenüber zu erfüllen verpflichtet sind. Das Deutschtum in Südwest muß so gefestigt werden, daß es jeder weiteren politischen Veränderung gewachsen ist.

Das verhindert aber nicht, daß wir nie unser Anrecht auf diese erste und in vieler Hinsicht wertvollste Kolonie aufgeben dürfen. Wir haben, selbst nach dem Ausspruch eines Mannes wie General Smuts, das Land der Barbarei entrissen und es zum Kulturlande gemacht. Unser ist das Land nach jedem menschlichen Rechtsgefühl! Die südafrikanische Union resp. die Alliierten können für sich nur das Recht des Siegers in Anspruch nehmen. Alle sonstigen Gründe geographischer und wirtschaftlicher Art, die man oft für sie anführt, sind haltlos. Oft hört man drüben die Ansicht vertreten, Südwestafrika sei geographisch ein Ausschnitt aus der Union und gehöre also auch politisch zu ihr. Als ob die politische Einteilung der Welt sich nach geographischen Gesichtspunkten vollzogen hätte! Müßte dann nicht Holland zu Deutschland, Portugal zu Spanien, Mexiko zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika gehören? . . .

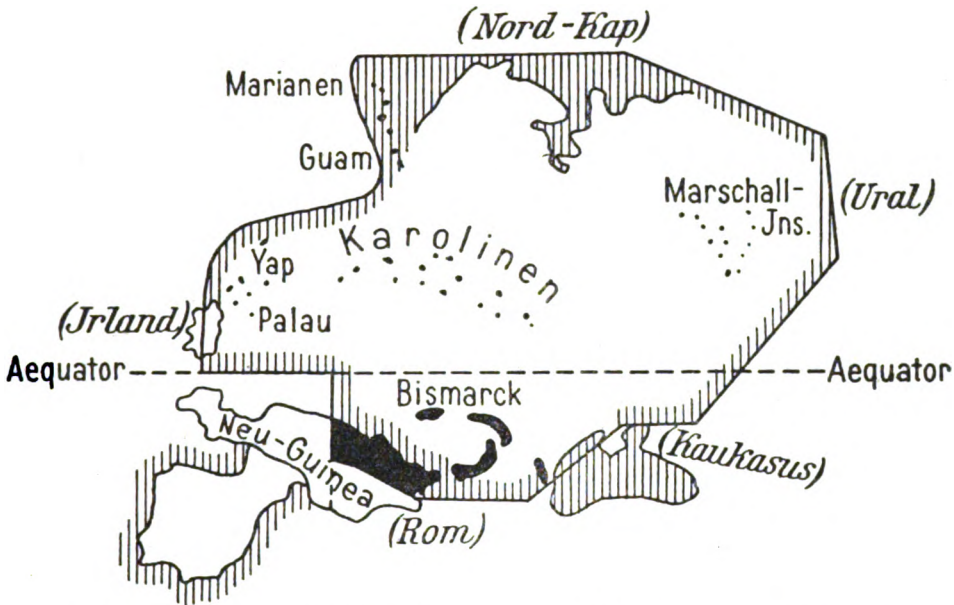
Ferner kann man oft lesen und hören, Südwestafrika habe dieselbe wirtschaftliche Struktur wie die südafrikanische Union, und sein Wirtschaftsleben könne nur im Anschluß an jenes größere Wirtschaftsgebiet gedeihen. Wie falsch gerade dieser Schluß ist, hat die große Krise den Südwestern deutlich vor Augen geführt. Die Kosten des langen Transportes ihres Viehs nach der Union waren so teuer, daß die Ausfuhr sich nicht lohnte. Andererseits richteten die Eisenbahntarife und der billige Mais der Union den Maisbau des Schutzgebietes zu Grunde. Drastisch bezeichnete ein Farmer diese Lage so: „Macht Südwestafrika zur fünften Provinz der Union, und das Land wird nichts weiter sein, als ein vernachlässigter Viehposten der großen Viehfarm Union“. Hier liegt in der Tat der Kern der Sache. Südafrika ist selbst noch Neuland und hat nicht genug Menschen und Kapital, um seine eigenen leeren Räume zu erschließen. Ferner hat es dieselben Produkte wie Südwest: Diamanten und Vieh. Die Union ist also ein Konkurrenzgebiet und hat kein Interesse daran, das Land zu entwickeln. Die Verkehrsmittel nach dem Osten auszubauen aber verbietet das Interesse von Kapstadt. Es kommt hinzu, daß die rechtlich unklare Stellung eines Mandatsgebietes auch fremdes Kapital fernhält.

Unter deutscher Herrschaft aber würde Südwestafrika ein selbständiges Sondergebiet Südafrikas bilden, daß seine Wirtschaftsbeziehungen frei nach eigenen Bedürfnissen entfalten könnte. Ferner würde der politische Anschluß an ein europäisches Kulturland, vor allem an ein übervölkertes Industrieland wie es Deutschland ist, das Land viel besser und schneller erschließen, als es das großräumige und dünnbesiedelte Rohstoffland Südafrika je tun kann. Das haben wir in der kurzen Spanne Zeit, in der Südwestafrika uns gehörte, zur Genüge bewiesen.

Literatur

- Die Deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee 1911/1912. Berlin 1913.
- Jaeger, Fritz: Deutsch-Südwestafrika in der Hettner-Festschrift. Breslau 1921.
- Jaeger, Fritz, und Leo Waibel: Beiträge zur Landeskunde von Südwestafrika. Ergh. 14 zu den Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten, Berlin 1920.
- Külz, Wilhelm: Deutsch-Südafrika. Berlin 1909.
- Rohrbach, Paul: Deutsche Kolonialwirtschaft i. Bd. Südwestafrika. Berlin 1907.
- Schmidt, Carl: Geographie der Europäersiedlungen im deutschen Südwestafrika. Jena 1922.
- Schultze, L.: Südwestafrika in Hans Meyer: Das Deutsche Kolonialreich. Leipzig 1910.
- Waibel, Leo: Urwald. Veld. Wüste. Breslau 1921.
- v. Zastrow: Die Lage in Südwestafrika. Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde, Berlin 1923.
- Koloniale Rundschau 1925, Heft 2 u. 3: Die gegenwärtige Lage in Südwestafrika.

KARL HAUSHOFER:
DAS DEUTSCHE VOLK UND SEIN SÜDSEE-INSELREICH



Das deutsche Südsee-Inselreich mit seinem Seeraum auf eine Karte von Europa gelegt.

Was ist dem deutschen Volk sein Südsee-Inselreich gewesen, das es von 1899 bis 1918 in einer Raumweite besaß, die größer als Europa war, was fragte es danach, als einige weitsichtige Außenseiter von der Reichsgründung an um seine Entstehung rangen, was war es ihm in der kurzen Zeit märchenhaften Aufblühens knapp vor dem Kriege und im Augenblick des Verlustes; was ist es ihm heute, und was kann es ihm künftig sein? Das ist vielleicht von allen unsern kolonialen Fragen die geopolitisch am meisten überfeinerte und übersteigerte; denn von allen Bestandteilen des weltüberspannenden Deutschen Reichs von 1914 war sein Südsee-Inselreich das dem deutschen Volk wohl am meisten wesensfremde Raumgut.

Wieviele Deutsche kannten es denn überhaupt, dieses am meisten ozeanische Inselreich der Erde, das vielleicht ein Entstehungsherd der ältesten ozeanischen, pazifischen Kultur war, voll von Zeugen uralten Werdens, das in früher Zeit von hochbegabten, rhythmisch bewegten Rassen von eigenartiger Schönheit

erschlossen und durchwandert worden ist und von einem fremdartigen Religionsbegriff höchsten Reizes, tiefster Naturverbundenheit durchweht war? Wieviele Deutsche wußten, daß der durch seine Inselkränze und Inselwolken unmittelbar zusammenhängende Seeraum 4500 km lang und 3500 km breit, mit einer Landfläche, die immerhin Süddeutschland gleichkam, von Irlands Westküste bis zum Ural, vom Kaukasus bis ins Tyrrhenische Meer, vom Nordkap bis zum Balkan gereicht hätte, wenn man ihn auf seinen Antipodenraum hätte legen können,*) daß ein Segler dreißig Tage von seinem Rand zu den wichtigsten Regierungssitzen brauchte: die Reisezeit von Mitteleuropa über Kanada nach Ostasien! Wievielen Deutschen kam zum Bewußtsein, daß dieses Reich jeden Beamten, Kaufmann, Seefahrer, Pflanzer darin zum Denken in Kontinenten und Ozeanweiten erzog und zwang, das unsere Reichskanzler und Außenminister so schnell verlernt und vergessen haben und das der Reichstag überhaupt nie lernte.

Da die wichtigsten Außenfühler der deutschen Südsee, durch die sie mit der Welt zusammenhing, aber noch viel weiter reichten: bis nach Menado in der niederländischen Inselwelt (Kabelanhaftestelle), nach Shanghai und Kiautschou, Yokohama und Hawaii und der wichtigen Südsee-Volksverteilungs-Zentrale Samoa, war dieses Außennetz viel weiter gespannt, als die Umriss Europas, und hätte ein Erzieher zu kolonialem Können, völkerpsychologischer Feinheit, raumweitem Verkehr, kühnem Weitblick und scharfsichtiger Einzelbeobachtung, Rassengefühl und vielseitiger staatsmännischer Betätigung werden können. Es spendete gerade das, was dem als letztes so kleinräumig in Binneneuropa hochgekommenen deutschen Volk in seiner langjährigen territorialen Zersplitterung und kirchturmpolitischen Enge am meisten fehlte: es war also ein politischer Gegenpol, wie es tatsächlich beinahe geographischer Gegenfüßler war. Es lag ein Wunsch- und Sehnsuchtsziel ozeanischer und tropischer Ergänzung dort verborgen, das der bloße Name der Südsee für uns Nordische mit seinem Zauberreiz umwitterte.

Endloses blaues Wallen, weiß schäumende Brandung, tiefgrüne Atolle umtobend; wehende Kokospalmen über roten Korallenbänken; stille Lagunen, dennoch voll Leben, wie Wiesen der See; stolze Vulkaninselkränze, aus jagendem Sturmgewölk glücklich umschiffter Sturmfelder emporsteigend; tropische Urwälder mit Schätzen an Gold und fliegenden Edelsteinen, wie sie Neu-Guinea enthielt; bildungsfähige Menschen, Kinder des Glücks und sonniger Welten, tauchten beim Klang der Namen Karolinen, Ladronen, Yap, Jaluit, Neu-Guinea und Palau vor der Erinnerung auf! Und ungeheure wirtschaftliche Werte standen dahinter, von denen unser Volk nur nichts wußte! Auf

*) s. Kartenbild.

dreißig Milliarden Goldmark wurde von dem Verteilungskommissär des britischen Weltreichs der Phosphatreichtum der einzigen Insel Nauru geschätzt, „wenn eine Aktiengesellschaft sie annähernd zum wirklichen Werte übernehmen wolle“. Dreißig Milliarden Goldmark auf diesem winzigen Teilfleck allein!

Genug, um als Pfand in redlichen Händen dem ganzem Valuta-Elend Mitteleuropas — der Sieger und Besiegten — abzuhelfen.

Es gibt eine Denkschrift der deutschen Südseefirmen aus dem Jahr des Zusammenbruchs, darin der ganze Wert des deutschen Inselreichs, soweit er stofflich darstellbar ist, noch einmal für das deutsche Volk zusammengefaßt wurde. In Hamburg 1918 erschienen, ging sie an den Deutschen Reichstag, in dem sie damals wohl Wenige gelesen haben mögen. Was ist aus diesem Wert in den Mandats Händen der raubenden Nachfolger geworden? Das führt uns zu dem, was die Erinnerung an dieses Südseeereich heute noch für uns sein müßte.

Heute scheidet in diesem einst so einheitlich von der Südsee, der Koprakultur, tropischem Gartenbau, den Bedürfnissen der Malaio-Polynesier bestimmten, glücklichen Erdraum der Äquator zwei ganz verschiedene Entwicklungen. Was nördlich von ihm lag, ist als Mandat japanischen Händen anvertraut — weitaus der kleinere Teil, mit einem Landraum, wohl nicht größer, als etwa Sachsen-Weimar gewesen ist.

Dieser Mandatsanteil wird, trotzdem deutsche Sprache und Mission sehr gründlich ausgetrieben wurden, doch auf unsern Linien von einem der Südsee wesensverwandten Volk nach den immanenten Daseinsbedingungen des Erdraums verwaltet; und wenn auch die einheimischen Rassen, die Chamorros der Ladronen namentlich, von den massenhaft einwandernden Japanern verdrängt werden, so sind es doch Rassenverwandte mit ähnlichen Kulturbedürfnissen, dem Erdraum Angepaßte, oder solche, die sich ihm anpassen wollen, wie einst Jene, die von uns nach der Südsee gingen. Und so ist der nördlich des Äquators liegende Teil unseres alten Inselreichs in der Südsee wenigstens zweifellos anthropogeographisch und wirtschafts-geographisch im Aufblühen geblieben; dichter und dichter wird das gelbe und braune Völkchen auf seinen Hochinseln und Atollen; terrassierte Felder steigen an den Vulkanen empor; so bitter uns das Verlorene schmerzt, müssen wir zugeben, daß nichts zerstört worden ist.

Ganz anders ist es südlich des Äquators, wo der weitaus reichere Teil des alten einheitlichen Südsee-Inselreichs dem Raub- und sogenannten „Sicherheits“-bedürfnis der australischen Gemeinwelt und Neuseelands in die Hände fiel, wo Jahre vor dem Krieg schon latenter Neid, Feindseligkeit gegen alles Deutsche und kaum verhüllte Raubgier nach dem im Vergleich zum austra-

lischen doch winzigen deutschen Südseeanteil geherrscht hatte. Briten, die dem Ausbruch beiwohnten (Sir Everard im Thurn) waren von seiner unverhüllten Rohheit und Brutalität überrascht und haben dafür sogar in den Zeilen der Royal Geogr. Society Zeugnis abgelegt.

Dieser Teil des Südseereichs südlich des Äquators ist anthropogeographisch im Verfall, in Raubbau und Raubnutzung; und das ist kein Wunder, denn die australische Gemeinwelt besitzt ja nicht einmal die Kräfte, um das eigene weite Land irgend ausreichend zu besiedeln, wieviel weniger das ihr wesensfremde der tropischen Südsee. „Wir haben es auf der Landkarte rot angemalt und leer gelassen“, schreibt ein ehrlicher englischer Forscher von dem „great lone Land“ Australien selber, das zu besiedeln die Volkskraft fehlt.

Die verwegenen Mittel werden nun angewendet: Kinderauswanderung aus England, da die Erwachsenen nicht gehen wollen (sog. Big Brother movement), Familienverpflanzungen, die mit vielen Reden als „Umzug von einem Teil des gesamtbritischen Wohnhauses in den andern“ hingestellt werden. Planmäßige Verpflanzung von 450 000 Menschen ist ins Auge gefaßt durch Anleihen, auf 10 Jahre verteilt. Und dennoch wollen die industrialisierten, verstäderten Wohnungsinhaber aus den Textilgebieten des Mutterlands z. B. nicht in das leere Land ziehen, sondern bleiben zu 62 % in den sechs australischen Großstädten bei Kino und Komfort kleben. Sie scheuen eben die schwere Arbeit des Kolonisten, die wir um den Preis von mehr Ellenbogenweite so gern auf uns nehmen würden, so oft auf uns nahmen. Unter den andersartigen, wesensverschiedenen Kulturvölkern der Erde konnte nur eines mit einem so riesigen Bevölkerungsdruck wie das deutsche noch genug jener eigenartigen Menschen aufbringen, die geradezu als Rückschlagserscheinungen gegen die zunehmende Verstädterung und Industrialisierung der Heimat mit großem ozeanischen und raumweitem Seelenbedürfnis befähigt waren, ein Südseereich, wie das unsere, zu kolonisieren. Aber während bei uns nach dem Kriege 133 Menschen auf dem armseligen, überausgenützten nordeuropäischen Quadratkilometer leben müssen, der sie nicht zu ernähren vermag, erreicht die Volksdichte Australiens mit seinem jungfräulichen Boden noch nicht einen Mann auf den Quadratkilometer. Und dennoch hat das raumweite Britenreich den Armen das ihrige geraubt, „denn Naboths Weinberg war schon da!“ Gewinn gier und Ländersucht, strategische Sicherung gegen die gleichfalls in drängender Menschenenge lebenden rassenfremden Bevölkerungen des Fernen Ostens, Angst vor künftiger Rache für Lebensraum-Raub — das waren die Beweggründe, die Australien und Neuseeland zum Raub an dem deutschen Südseereich getrieben haben. Die Japaner drängte wenigstens ihr Volksdruck von etwa 200 Menschen auf den Quadratkilometer in den subtropischen und mediterranen Teilen des Reichs in die Nachbar-Inselbogen

hinein, in die als wesensgleich empfundenen, heute bis hoch hinauf mit terrasierten Feldern bedeckten Vulkaninseln verwandter Natur; und Malaio-polynesier, nicht Australier werden auf die Dauer dort unsere Raumerben sein.

Das ist der düstere Zukunftsausblick, über den mir schon um die Jahreswende 1909 Lord Kitchener in Calcutta — den kommenden Krieg als unvermeidlich annehmend — sagte: daß er deshalb Gegner dieses Krieges sei — den er damals schon auf viele Jahre Dauer schätzte —, weil ihn England und Deutschland für die Japaner und Amerikaner führen würden, weil dieser Krieg die Zukunft Europas im Pazifik ruinieren müsse, in dem sich auch England nach dem Krieg höchstens eine Weile an dritter Stelle werde behaupten können.

Dennoch steuerten unweise Staatsmänner England in diesen Krieg hinein und unweise Deutsche wußten ihn nicht zu meiden. Und die Folgen blieben nicht aus. Die Selbstbestimmungsbewegung — zuerst nur als ein Lügenkampfmittel gegen Deutschland gedacht, das später wieder leicht abgestoppt werden könne — ist nun als Wahrheit auf dem Marsch und zerstört koloniales Herrentum, wo immer es sich in wesensfremdem Raum ohne riesige Kulturleistung als Sühnopfer breit macht: in der französischen Lasterhöhle Tahiti, zu der einer der lachendsten Inselräume, ein Paradies der Erde wurde, wie im englischen Fiji mit seiner Inderfrage, im ruinierten Samoa, das einst die Perle der Südsee war, in den Phosphat-Raubbau-Inseln, im verwüsteten Neu-Guinea, in Yap und Guam, auf denen der Schatten künftiger Spannungen, der Überseevorstöße der Vereinigten Staaten durch das „American Quadrilateral“ liegt.

So ist die Entwicklung des einst so einheitlichen, von einer bodenwüchsigen Frühkultur durchströmten und darin geschonten, in glücklichem Auftrieb jäh unterbrochenen deutschen Südseeereichs gespalten worden; im kleineren Landraum des nördlichen Mandatsteils sind die deutschen Entwicklungslinien von der japanischen Verwaltung fortgeführt worden; im landgrößeren südlichen Teil hat sie der reichsbritische Mandatsnachfolger aus Unfähigkeit niedergebroschen und zerknickt, und aus Gewinn gier in einen Zustand gebracht, wie das sogenannte „Kondominium“ Englands und Frankreichs (das Australier längst ein „Pandämonium“ nennen), auf den Neuen Hebriden, wo auch ein Raum von der Größe Südwestdeutschlands in künstlicher Verkümmern gehalten wird, nur weil ihn Briten und Franzosen sich einander nicht gönnen, aber auch niemand ändern — ganz so, wie es auch mit der Deutschen Südsee in ihrem wertvollsten Teil für die Menschheit gehalten wurde.

Und was ist die furchtbare Lehre für die Zukunft? Daß die verhängnisvolle Entzweiung der nordischen Rassen an dieser Stelle wenigstens nicht die

geringste Hoffnung auf eine Wendung zum Besseren zeigt. Die brutale, gehässige Feindseligkeit des Kolonialbriten in Australien, Neuseeland und den benachbarten pazifischen Randgebieten gegen alles Deutsche hat sich kaum geändert. An dieser Stelle zeigt sich, daß der nach dem Krieg in den Zentralen des Weltreichs angeschlagene versöhnliche Cant am Wesen des Wunsches unserer Verstümmelung nichts geändert hat. Zu einem Wunschziel und Sehnsuchtsziel — vom Briten mehr als von irgend einem andern Volk auf Erden uns verbaut — ist jenes einst so breit offen liegende Betätigungsfeld in der Südsee wieder geworden — jene Erzieherlandschaft ohnegleichen gerade für den Deutschen. Aber er könnte es jetzt als Arbeitsraum nur um den Preis nationaler Entmannung betreten, als ethnisch wertloser Völkerdünger. Nie wieder steht es ihm offen, es sei denn um den Preis des Falls der beiden westlichen Raubmächte unter der Wucht der Idee der Selbstbestimmung der Völker und einer gerechteren Verteilung der Welt. Diese Wendung allein, nur gegen die kolonialen Raubmächte, nicht mit ihnen erreichbar, führt ihn vielleicht dereinst als freien Wanderer in das verlorene, von der Mehrheit seiner Volksgenossen niemals verstandene Südsee-Paradies zurück.

WALTER BEHRMANN:
DIE GEOPOLITISCHE STELLUNG NEUGUINEAS VOR UND
NACH DEM WELTKRIEGE

Die große Bedeutung, welche die Lagebeziehung eines Erdstückes für die Entwicklung der Kultur des Landes hat, kann gut an dem Beispiel von Neuguinea untersucht werden. Dadurch gewinnt eine Betrachtung dieser Insel, ganz abgesehen von dem warmen Interesse, das wir Deutschen der Insel, wo wir kolonisierten und forschten, naturgemäß entgegenbringen, eine allgemeine Bedeutung für die Lehren der politischen Geographie. Eine mäßige Günt der Lage, die die Insel in der alten politischen Aufteilung der Erde hatte, die einen kräftigen Aufschwung der Erforschung, der Kultivierung und ein Aufblühen der Plantagen usw. zur Folge hatte, wird durch eine kurzsichtige Neuverteilung der Erde unter die Siegernationen in eine ausgesprochene Ungunst der Lage verwandelt. Die Folge ist Rückgang der Kultur, Zurücksinken der Bewohner in Barbarei, Stocken der Erforschung des Innern, und wird es bleiben.

Nur durch die Lage am Rande der Festlandsmassen zu den Weiten des Stillen Ozeans ist jene merkwürdige Tatsache zu erklären, daß eine Insel, in den fruchtbarsten Tropen gelegen, in Klima und Pflanzenwuchs vollkommen dem volkreichen Java vergleichbar, heute noch weite unerforschte Strecken birgt, daß nur an wenigen Küstenpunkten Plantagenkulturen bestehen, der Urwald noch ohne Rodungsangriffe als geschlossene Decke das Innere überzieht und die Menschen, die überall dünn zerstreut vorhanden sind, noch auf jener tiefen Stufe der Kultur verharren, die nun einmal den Menschen im Urwald eigen ist, in Kannibalismus und Steinzeit.

Bevor die europäische Kolonisation einsetzte, also bis in die achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, lag Neuguinea so ausgesprochen am Rande der alten Welt, daß keine der großen Kolonisations- oder Eroberungswellen bis hierhin brandete, weder die malaiisch-indische, noch die chinesische, noch die mohammedanische, noch die verschiedenen christlichen. Sie alle liefen auf den verschiedenen Inseln der großen Brücke zwischen Asien und Australien aus. Nur ihre Folgeerscheinungen können wir in Wanderzügen der Eingeborenen verfolgen, durch die die etwas höher stehenden Eingeborenenkulturen sich an der Küste festsetzten, die tiefer stehenden aber in dem Innern des Urwaldes Zuflucht suchen mußten. Der Küstensaum der Insel ist darum von melanesischen Völkern eingenommen, ähnlich wie auf Neupommern und den Nach-

barinseln, das Innere birgt ältere, stark zersplitterte Bevölkerungselemente, die man als Papua zusammenfaßt.

Die Lage der Insel besserte sich zu den Zeiten, als in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Deutschen, besonders das Hamburger Haus Godeffroy, auf den Fidschi-Inseln, in Samoa, und bis zu den Inseln im Norden, den Karolinen, den Südseehandel beherrschten. Damals waren die große Insel Neuguinea und ihre Nachbarinseln Neupommern und Neumecklenburg gewissermaßen das Hinterland, jedenfalls ein Rückhalt für die weite Inselflur. Der direkte Weg von den Inseln der Südsee zur Heimat führte fast an den Hauptinseln vorbei, und zwar umsomehr, wie die Dampfkraft für Schiffe benutzt wurde, und noch mehr, als durch englische Übergriffe die Deutschen von den Fidschi-Inseln verdrängt waren. So wurde der Erwerb der Hauptinseln für Deutschland eine Notwendigkeit; hier sammelten sich die nach den Südsee-Inseln auseinanderstrebenden Verkehrs- und Handelswege, um zur Heimat gelenkt zu werden; hier lag der natürliche Mittelpunkt für die Verwaltung. Der weitverzweigte deutsche Südseehandel führte zum Erwerb der Südseekolonien. Trotz der Weiträumigkeit war nach dem Erwerb der Karolinen und Marianen eine gewisse Abrundung erzielt, nur Samoa lag fernab; aber auch von hier führte ein direkter Weg an Neuguinea vorbei. Der Vorteil der zentralen Lage aber kam nicht so sehr dem deutschen Anteil an der Hauptinsel, als besonders der Nachbarinsel Neupommern zugute, wo der Nordteil in kurzem Zeitraum in ein blühendes Plantagenland von Kokosnüssen verwandelt wurde. Die Bedeutung der Insel für den Welthandel bestand vornehmlich in der Ausfuhr von Kopra, die in steigendem Maße mit dem Aufblühen der Plantagen der heimischen Industrie Fette und der Landwirtschaft Futtermittel zuführte. Die Kokosnußplantagen gedeihen besonders gut in unmittelbarer Nähe der Küste; kein Gebiet war also für ihre Anlage günstiger als die weite Inselflur. Die Weiträumigkeit und Kleinheit der einzelnen Atolle erschwerte das Zusammenbringen größerer, für den Welthandel lohnender Mengen. Es mußte das Streben sein, auf den größeren Hauptinseln geschlossene Plantagengebiete anzulegen. Dem stand aber wieder die geringe Bevölkerungsdichte der Inseln entgegen, sodaß die erforderlichen Plantagenarbeiter in unmittelbarer Nähe der Pflanzungen nicht angeworben werden konnten. Je größer also und je geschlossener die Kokosnußplantagen in Neupommern (Gazelle-Halbinsel), in Neumecklenburg und in einzelnen Oasen an der Küste Neuguineas aufblühten, um so notwendiger wurde es, das Anwerbungsgebiet auszudehnen. So forderte die Plantagenwirtschaft naturnotwendig eine Erforschung des großen Gebietes von Kaiser-Wilhelms-Land, der Salomon- und der Admiralitätsinseln, auch der Südhälfte von Neupommern. Die Befriedung dieser weiten Gebiete lag im ureigensten Interesse einer

blühenden Plantagenwirtschaft. Wegen der brennenden Arbeiterfrage ist in der Südsee ein Blühen der Plantagen notwendigerweise mit einer Ausdehnung der Erforschung verbunden. Gehen die Plantagen ein oder stockt der Absatz, so fehlt der Anreiz, sich in die Urwaldwildnis und das Sumpfklima der großen Inseln zu begeben.

Als in unserem Jahrhundert begonnen wurde, die Phosphate in Nauru, Jaluit und Angaur auszubeuten, wurde die Arbeiterfrage immer schwieriger. Die Gebiete der Südsee liegen so weit ab vom Absatzgebiet, daß mit großen Unkosten für den Transport gerechnet werden muß. Eine Rentabilität ist nur zu erzielen, wenn die Gestehungskosten gering sind; sie müssen um soviel geringer sein, als die Frachten von dem fernen Gebiet teurer werden. Für die Südsee kam daher nicht die Beschäftigung teurer chinesischer oder malaiischer Arbeiter in Frage, man mußte sich mit den ungeübten einheimischen Arbeitskräften behelfen. Die Hauptausfuhrprodukte, Kopra und Phosphat, fanden nur einen Markt in einem dichtbevölkerten Gebiete mit intensivem Ackerbau. Die Südseekolonie ergänzte also gerade das deutsche Mutterland in hervorragender Weise.

Aus diesem Gesichtspunkt ergibt sich schon, daß die holländische Kolonie in Neuguinea und die englische in der Südhälfte der Insel nicht in dem Maße blühen konnten wie die deutsche. Die Holländer haben ausgedehnte Besitzungen in den Tropen, die dem Weltmarkt viel näher liegen und die von einer dichten, hochkultivierten Bevölkerung bewohnt sind. Für sie liegt Holländisch-Neuguinea in ausgesprochener Randlage gegen die weite Ozeanwüste. Eine Kultivierung dieses Landes kommt für sie erst in Frage, wenn die weiträumigen übrigen Gebiete ihres Kolonialbesitzes voll ausgebeutet sind. Für die Engländer gelten die gleichen Gesichtspunkte. Ihre Kolonie in Neuguinea war aber und ist es noch heute australischer Besitz. Ein Absatz für die Fette aber ist in dem Fett überreichlich produzierenden Lande Australien nicht gegeben. Die extensive Landwirtschaft bedarf nicht der Dünge- und Futtermittel. Die deutsche Kolonie war aus diesen Gründen weit besser entwickelt als die holländische und australische Nachbarkolonie in Neuguinea.

Die deutsche Verwaltung mußte bestrebt sein, Schiffahrtslinien in ausreichender Zahl zur Kolonie zu führen, um sie mit dem Mutterlande zu verbinden. Allein aber hätte der Handel mit der Heimat diese Linien kaum rentabel gestaltet. Es wurde daher mit Reichsunterstützung eine wichtige Verkehrslinie geschaffen, die Japan über Shanghai, Hongkong, Manila mit der Südseekolonie verband und weiter nach Australien führte. Sie hatte in Hongkong Anschluß an die europäischen Linien und führte von allen berührten Punkten diesen Fracht und Passagiere zu. Wir Deutschen konnten diese

Linie am Rande des Stillen Ozeans unterhalten, die eine Verbindung zwischen den beiden großen Rivalen in den gemäßigten Breiten nördlich und südlich des Äquators herstellte, Japan und Australien. Seitdem die deutsche Kolonie zerschlagen ist, stehen sie sich ohne Zwischenglied gegenüber. Australien, das keine gelben Einwanderer duldet, hat kein Interesse daran, sich mit Japan durch Schiffahrtslinien zu verbinden, fürchtet vielmehr die Ausbreitung des japanischen Handels. So ist die Weltverkehrslinie zerstört.

Eine zweite Verkehrslinie verband den Bismarck-Archipel mit Singapore und führte die deutschen Kolonialprodukte auf kleinen Dampfern, Zwischenfrachten in Niederländisch-Indien aufsammlend, zu diesem Welthafen; auch sie ist verschwunden. Jetzt gehören ja die großen Inseln zu Australien; nach Sidney führt der neue Weg zur Landeszentrale, dieser Umweg ist aber zum Absatzgebiet in Europa so groß, daß die Frachten zu teuer werden. So liegt augenblicklich die Südseekolonie ohne regelmäßige Verkehrslinien ganz abseits vom Weltverkehr. U. S. Amerika hat mit den Philippinen nördlich vorbeilaufende Verbindungslinien, mit Australien aber verbinden es Wege, die über Samoa weit im Osten vorbeiführen. Zwischen Australien einerseits und den Philippinen, China oder Japan andererseits bestehen so geringe Verkehrsspannungen, daß, wo unsere ehemalige Kolonie kein Verwaltungsinteresse an den Linien mehr hat, sich eine Schiffahrtsroute zwischen den Punkten nicht lohnt; unsere Kolonie wird also von keiner regelmäßigen Route berührt. So ist Neuguinea also völlig an den Rand der Kulturwelt gerückt. Naturnotwendig stockt der Absatz, gehen die Plantagen zurück, erlahmt das Interesse an der Anwerbung und damit der Erschließung des unbekanntem Innern. Die Australier haben außerdem noch große Fehler in der Kolonisation begangen, indem sie z. B. unkundigen Soldaten wertvolle Plantagen gaben, so daß diese verkommen mußten. Die neuen Herren, nicht so kulturell fortgeschritten wie wir Deutschen, haben die angeworbenen Arbeiter zum Teil unmenschlich und grausam behandelt und haben damit gegen den ersten Grundsatz einer erfolgreichen Kolonisierung in den Tropen verstoßen. Diese Arbeiter haben sich daher in den Urwald zurückgezogen und widersetzen sich neuen Anwerbungsversuchen. Hätten die Australier aber selbst diese groben Fehler nicht begangen, durch die veränderte Lage in den Absatzgebieten, wie sie mit der veränderten politischen Grenzführung nun einmal gegeben ist, mußte ein Rückgang der Plantagen eintreten.

Die Verdrängung der Deutschen aus der Südsee war also auch für die Australier ein Fehler, wie es ein großes Unrecht gegenüber dem Fortschritt der Eingeborenen in dieser Kolonie war.

Für die Japaner ist die Ausdehnung ihres Machtbereiches nach Süden bis zum Äquator anders zu beurteilen. Sie haben ihrem dichtbevölkerten Lande

eine wenn auch nur ganz kleinräumige und weit zerstreute Tropenkolonie hinzugefügt. Die Fette werden von der dichten Bevölkerung gern verbraucht werden. Die Japaner besaßen keine Tropenkolonie wie die Australier, sie haben also nicht wie jene ihrer eigenen Kolonie durch den Neuerwerb Konkurrenz gemacht. Dafür aber haben sie sich mitten zwischen U. S. Amerika und die Philippinen geschoben und bedrohen damit die Etappenstraße zwischen den beiden Ländern. Diese Lage schließt große Gefahren in sich. Ein maritim starkes Japan kann die Kolonien halten, ein maritim starkes Amerika wird aber die Sicherung seiner Verbindungslinien wünschen. Der Wert der weit zerstreuten, winzigen Koralleneilande dürfte kaum groß genug sein, um es auf einen Konflikt ankommen zu lassen. Deutschland lag so bequem als Pufferstaat für die beiden Gegner Amerika und Japan, gerade an dieser Stelle, daß man eigentlich nichts Besseres tun könnte, als diese Gebiete schnell wieder zurückzugeben, bevor man vielleicht einem Machtspruch des gefürchteten Gegners weichen muß. So erscheint auch die Wegnahme der Inseln nördlich des Äquators durch die Japaner nicht gerade sehr klug, da sie die Amerikaner bedrohen, mit den Australiern aber in zu enge Nachbarschaft kommen. Die Inseln sind nicht wert, daß man sich ihretwegen in große politische Verwicklungen begibt.

Es ergibt sich also, daß die Aufteilung der Südseekolonie für Deutschland einen schweren Verlust, für Australien keinen Vorteil bedeutet, für Japan Verwicklungsschwierigkeiten in der Zukunft in sich schließt, für die Kolonie selbst aber und ihre Bevölkerung katastrophal ist. — —

Diese Tatsachen sind für uns Deutsche überaus schmerzlich und um so schmerzlicher, als sie in einer nahen Zukunft kaum wieder gut zu machen sind. Setzen wir einmal den unwahrscheinlichen Fall, daß die Japaner und Australier einsehen würden, die Südseekolonie ist bei den Deutschen besser als bei ihnen aufgehoben, daß sie deshalb von der Mandats Herrschaft zurücktreten würden und die Kolonie den rechtmäßigen Herren wieder übermittelten, so hätte sich für uns das Weltbild dort wesentlich verändert. Wir dürfen zwar annehmen, daß es unserem tatkräftigen, höher kultivierten Volke in absehbarer Zeit gelingen wird, die Schäden wieder gutzumachen und die Eingeborenen wieder an die Anwerbung zu gewöhnen, die Kolonie läge aber einsam fast um den halben Erdumfang von der Heimat getrennt. Es fehlen die Zwischenstationen für den deutschen Handel zur Heimat, es fehlt das blühende Samoa, für dessen Handel Neuguinea eine Zwischenstation bedeutete, es fehlt Kiautschou und damit der Flottenstützpunkt, der die Kolonie schützte. Das Wiederemporbringen der Kolonie würde sehr schwierig sein, voraussichtlich müßten große Geldmittel aufgewandt werden, um die Kolonie rentabel zu machen. Immer-

hin aber besäßen wir Deutschen einen Beobachtungspunkt draußen in der weiten Welt; wir könnten vom eigenen Boden aus das Weltgeschehen außerhalb unserer engen Grenzen verfolgen, ein Vorteil, der gewiß gern teuer erkaufte würde. Eine Siedlungskolonie aber, die wir so nötig haben, würde die Südsee niemals sein. Das Klima der feuchtwarmen Tropen verbietet den Europäern eigene Handarbeit, so könnten nur ganz wenige Volksgenossen als Plantagenbesitzer und Aufseher, als Schiffsführer und Mannschaft, als Missionare und Forscher, schließlich als Verwaltungsbeamte in der Kolonie tätig sein, und auch sie müßten nach kurzem Zeitraum abgelöst werden.

Die gleichen Gesichtspunkte ergeben sich bei der Beurteilung einer deutschen Betätigung in Holländisch-Neuguinea. Mit Schmerz mußten wir erfahren, daß der großzügige Plan des Herzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg, durch Deutsche das holländische Gebiet von Neuguinea einer höheren Kultur zuzuführen, an inneren Schwierigkeiten innerhalb der holländischen Verwaltung scheiterte. Sicherlich hätte die Ausführung dieses weitsichtigen Projektes der deutschen Auslandsbetätigung kräftige Impulse gegeben. Unsere koloniale Erfahrung, unsere überschüssige Kraft und unser Forscherdrang hätten der von Holland etwas vernachlässigten Kolonie zum großen Vorteil gereicht. Die Erde, die dort jetzt schon zu klein wird, um die rasch wachsende Bevölkerung zu ernähren, hätte in einem bis jetzt unberührten Gebiete einen lebhaften Kultur- aufschwung genommen, die Nährfläche wäre vergrößert. Die Holländer selbst haben ja zahlreiche andere Aufgaben in ihrem weiten Kolonialreich zu lösen und können diese neuen kaum noch angreifen. Der einzige Trost bei dem Scheitern dieses Planes ist, daß wir Deutschen dieses fernab vom Weltverkehr liegende Betätigungsfeld nur mit großen Kosten hätten beackern können. Wir hätten billiger produzieren müssen als die Nachbarn an den Verkehrslinien, und zwar um soviel mehr, als die Frachten teurer sind; darum wäre die Konkurrenz schwer zu schlagen gewesen. Die Kokosnußplantagen, die dort in der Südsee fast allein in Frage kommen, brauchen sieben Jahre, ehe sie die erste Ernte geben. Diese ganze Zeit hätten wir ohne Ertrag arbeiten müssen. Wer weiß, ob nach sieben Jahren uns nicht die Ernte von neidischen Nachbarn abgenommen worden wäre, genau so wie jetzt in der alten Kolonie.

Vor allem aber tröstet mich eins, wenn ich auch blutenden Herzens erleben mußte, daß wir Deutschen wieder einmal von der Südsee ausgeschlossen sind: Große Mengen kräftiger Leute, und zwar sicher die besten unserer Nation, wären hinausgewandert, alle Warnungen der Kenner des Landes hätten nichts gefruchtet bei dem unstillbaren Drange, sich in der weiten Welt zu betätigen. Bei dem mörderischen Klima wären große Scharen der Malaria, der Dysenterie und anderen Tropenkrankheiten zum Opfer gefallen. Am Anfang unserer Kolonisation in Kaiser-Wilhelms-Land erlebten wir bei den

wenigen, die hinausziehen, das gleiche. Der Kirchhof von Finschhafen und der anderen Orte spricht eine traurige Sprache. Es wäre mit Sicherheit vorauszusagen gewesen, daß bei dem großen Zustrom nach dem klimatisch mindestens ebenso schlechten Holländisch-Neuguinea viel edles deutsches Blut der Kolonisation zum Opfer gefallen wäre. Unsere alte Kolonie ist mit ihrer ausgedehnten Küstenlinie, besonders aber mit ihren zahlreichen passatdurchwehten Inseln viel günstiger in klimatischer Beziehung als das massige Holländisch-Neuguinea gestellt. Wir hätten viel Aufklärungsarbeit leisten müssen, um die unvermeidlichen Verluste in erträglichen Grenzen zu halten.

Aber wenn wir auch wissen, daß Kolonisation in der fernen Südsee Opfer an Geld und Menschen für uns Deutsche kostet, trotzdem werden wir stets für koloniale Betätigung in diesen Gebieten eintreten. Je früher wir dort wieder arbeiten können, desto leichter lassen sich die unvermeidlichen Verluste überwinden. Denn jetzt haben wir noch die Erfahrung, mit jedem Jahre aber rücken die alten Pflanzer und Beamten, die die Südsee aus eigener Erfahrung kennen, in ein höheres Alter, das eine Betätigung in den Tropen ausschließt. Unsere Heimat hat eben eine Tropenkolonie unbedingt nötig. Unsere Wirtschaft bedarf der Ergänzung durch Tropenprodukte, unsere Beamten haben ein freies Betätigungsfeld zur vollen Entwicklung ihrer Befähigungen nötig, unser Volk will an der kulturellen Hebung tieferstehender Völkerschaften mitarbeiten, unsere Wissenschaft — und damit will ich schließen — bedarf eines eigenen Arbeitsgebietes in fernen Ländern, um nicht in heimischen Problemen zu verkommen.

ERICH OBST: BERICHTERSTATTUNG ÜBER ERDUMSPANNENDE VORGÄNGE

Die Thünenschen Intensitätskreise und ihre Bedeutung für die Weltgetreidewirtschaft

Noch immer viel zu wenig gewürdigt ist unser Landsmann Johann Heinrich von Thünen (1783—1850). Auf seinem Gute Tellow in Mecklenburg entstand Thünens Lebenswerk „Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie“, eine ebenso kluge wie bedeutungsvolle Untersuchung über die Beziehungen, die zwischen der Entfernung vom Absatzort und der Intensität des landwirtschaftlichen Betriebes bestehen. Was Thünen damals für seine Gutswirtschaft und den „isolierten Staat“ als richtig erkannte, gilt in großen Zügen auch für die moderne Weltwirtschaft: Das Hauptverbrauchsgebiet (einstweilen immer noch das stark industrialisierte Westeuropa) erzeugt um sich herum konzentrische Wirtschaftsringe, von denen jeder eine verschiedene, durch die Entfernung zum westeuropäischen Hauptmarkt bestimmte Intensität der Landwirtschaft aufweist.

Innerhalb des Hauptverbrauchsgebiets haben sich infolge der stark entwickelten Verstädterung die Menschen in zahlreichen Teilzentren zusammengeballt. Die Zahl der Menschen ist groß, aber ihre Arbeitszeit wird hoch bezahlt, und an landwirtschaftlich nutzbarem Boden herrscht eher Mangel denn Überfluß. Hier gilt es infolgedessen, durch höchst intensive gartenmäßige Nutzung des Bodens aus der Flächeneinheit die denkbar höchsten Erträge herauszuwirtschaften. Äußerste Pflege des Bodens (Natur- und Kunstdünger, evtl. künstliche Bewässerung) rentiert sich, denn der nahe Großstadtmarkt ist aufnahme- und zahlungsfähig. Frei von jeder

Fruchtfolge können hier jahrein, jahraus Gemüse, Hackfrüchte usw. gebaut werden, einer Erschöpfung des Bodens wird mit allen möglichen und meist recht teuren Mitteln entgegengearbeitet, weil die Erzeugnisse in dem ganz nahe gelegenen Verbrauchsort bestimmt Absatz finden und Transportkosten fast ganz wegfallen. Als Typus dieser „freien“ Landwirtschaft im Zentrum des Hauptverbrauchsgebiets könnte man etwa auf die Schrebergärten unserer Großstädte, auf die Gemüse-, Spargel-, Obstplantagen u. a. m. hinweisen.

In der nächsten Zone sitzen die Menschen schon nicht mehr so gedrängt, die Arbeitskräfte sind etwas billiger, Land steht reichlicher und wohlfeiler zur Verfügung. Auch hier lohnt noch eine denkbar intensive Landwirtschaft; man wendet sich Kulturen zu, die eben hier und nur hier rentabel sind, weil gewisse Erzeugnisse bloß in der Nähe des Verbrauchsgebiets gewonnen werden können, beim Herauführen aus größerer Entfernung entweder verderben würden oder durch die Transportkosten gar zu hoch im Preise wären. Entsprechend den Klima- und Bodenbedingungen widmet man sich teils der intensiven Viehzucht auf kultiviertem Weideland (Fleisch-, Milch-, Butterwirtschaft), teils intensivem Ackerbau (Rüben, Kartoffeln, Getreide u. a. m. in bestimmter Fruchtfolge). Südschweden, Dänemark, Nordwestdeutschland, Holland, Belgien, Nordwestfrankreich, Kanalinseln, England sind Beispiele der ersten Art, die intensive Feldwirtschaft des sich anschließenden Mitteleuropas kennzeichnet die zweite.

In größerer Entfernung vom Hauptverbrauchsgebiet folgen dann die übrigen Wirtschaftskreise, deren Betriebsform durch die unvermeidlich hohen Transportkosten entscheidend beeinflusst wird. Intensive Bodenpflege würde die meisten Erzeugnisse hier nicht mehr wettbewerbsfähig erscheinen lassen, eben weil zu den Produktionskosten noch die beträchtlichen Frachtkosten hinzukommen. Man begnügt sich daher im wesentlichen damit, den rohen Boden so auszunutzen, wie es die Natur gestattet, und drückt die Produktionskosten auch dadurch herunter, daß man aus den zahlenmäßig immer geringer werdenden Arbeitskräften möglichst viel herauswirtschaftet. Eine solche extensive Landwirtschaft erfordert viel Raum und rückt daher in die entlegeneren Gebiete, in denen derartige Landflächen in genügendem Ausmaß und zu annehmbarem Preise zur Verfügung stehen. Thünen empfahl für diese Kreise die folgende Anordnung; Wald, extensive Getreidekultur (Dreifelderwirtschaft), extensive Viehwirtschaft (Häute und Felle, Wolle, Horn, Knochenmehl usw.).

Selbstverständlich darf nicht erwartet werden, daß die theoretischen Intensitätskreise Thüzens in der praktischen Weltwirtschaft überall in Gestalt von Kreisen auftreten. Da die Transportkosten, wie dargelegt, eine so große Rolle spielen, bewirkt die ungleiche Verteilung von Land und Meer, das Vorhandensein oder Fehlen von Binnenwasserstraßen usw. hier und da erhebliche Abweichungen. Dazu kommt der Einfluß der vertikalen Reliefgestaltung, der unter Umständen ebenso transporterschwerend wirkt wie große horizontale Entfernungen. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß der Mensch durch Kunstbauten (Suezkanal, Panamakanal!) in der Lage ist, die natürlichen Verkehrsverhältnisse tiefgreifend zu verändern und dadurch weit entfernten Produktionsgebieten den Anschluß an den westeuropäischen Hauptmarkt zu ermöglichen (Indien, Australien). Einen Punkt ganz für sich bildet schließlich die allmähliche

Entstehung weiterer Absatzzentren neben dem westeuropäischen Hauptabsatzgebiet (das östliche Nordamerika, Buenos Aires u. a. m.). Wenn wir in der Weltwirtschaftsstatistik davon nicht sehr viel spüren, so deshalb, weil diese neuen Absatzzentren hauptsächlich auf dem Wege des statistisch noch arg vernachlässigten Binnenhandels beliefert werden.

Im Großen ist es aber selbst heute nicht schwer, die Thüzenschen Intensitätskreise in der modernen Weltwirtschaft zu erkennen. Halten wir der Einfachheit halber an dem europazentrischen Standpunkt fest, so ergibt sich dieses Bild:

1. Kreis der intensivsten Landwirtschaft (Gartenwirtschaft, „freie“ Wirtschaft): im Herzen des industriellen Westeuropa in der Umgebung jeder größeren Siedlung.
2. Kreis der intensiven Feld-Graswirtschaft (intensive Viehwirtschaft mit hoher Viehzahl auf der Flächeneinheit bzw. intensiver Feldbau):
 - a) Südschweden, Dänemark, Nordwestdeutschland, Holland, Belgien, Nordwestfrankreich, Kanalinseln, England.
 - b) Mitteleuropa.
3. Kreis der Waldwirtschaft: Nordrußland, Baltikum, Schweden, Norwegen, Kanada.
4. Kreis der extensiven Ackerwirtschaft (Dreifeldersystem): Südrußland und die übrige pontische Kornkammer, Australien, Indien, Nordafrika, Südamerika, Nordamerika.
5. Kreis der extensiven Viehwirtschaft mit hoher Viehzahl pro Kopf der Bevölkerung: Sibirien, Orient, Australien, Neuseeland, Indien, Südafrika, Südamerika, z. T. Nordamerika (durch verschiedene technische Erfindungen wie Fleischextraktfabrikation, Kühl- und Gefrierverfahren sind diese Gebiete z. T. in die Lage versetzt, ihre Wirtschaft in gewissem Sinne intensiver zu gestalten. Sibirische Butter, Gefrierfleisch aus Australien, Neuseeland, Argentinien, Nordamerika!).

Von diesen leidlich konzentrischen Intensitätskreisen Thünens soll uns im folgenden vor allem der vierte beschäftigen, weil er der Hauptlieferant von Körnerfrüchten für den westeuropäischen Zentralmarkt darstellt. Nicht nur der Mensch Westeuropas lebt ja bekanntlich in der Hauptsache von dem dort erzeugten Getreide, sondern auch die intensive Viehzucht Westeuropas beruht auf der Zufuhr billiger Körnerfrüchte aus dem vierten Kreis (russische Gerste für die Schweinemästung, Maisfutter aus der pontischen Kammer, aus Argentinien, Nordamerika usw.). Gerade im Hinblick auf diese Tatsache spricht man von der intensiven Viehwirtschaft Westeuropas oftmals als von einer besonderen „Veredelungsindustrie“ und ist sich klar darüber, daß die Düngung unserer westeuropäischen Felder mit Stallmist letzten Endes nicht zum wenigsten wegen der Fütterung unserer Haustiere mit fremdländischem Getreide stark befruchtend wirkt. Auch unsere Ackerwirtschaft profitiert mittelbar also in hohem Maße von der Zufuhr billiger Körnerfrüchte aus dem Ausland.

In Zeiten normalen wirtschaftlichen und politischen Lebens regelt sich die Getreideerzeugung innerhalb des vierten Thünenschen Intensitäts-

kreises im wesentlichen nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Treten jedoch einmal an irgend einer Stelle Störungen auf (klimatische Katastrophen, politische Unruhen u. a. m.), so wird die unternormale Produktion der einen Stelle durch entsprechend gesteigerten Getreideanbau in anderen Teilen des vierten Kreises ausgeglichen. Für diese Tatsache liefert die Gegenwart interessante Belege, weil politische und wirtschaftliche Krisen eines der Hauptgebiete des vierten Kreises aufs schwerste erschüttert haben: Rußland. Im Mittel der Jahre 1909—13 erntete man im Zarenreich 74,628 Millionen Tonnen Getreide (Weizen + Roggen + Gerste + Hafer + Mais), d. i. 19,26% der Welternte. Das bolschewistische Rußland erzeugte im Jahre 1924 bloß 41,228 Millionen Tonnen, d. i. 11,55% der Welternte. Das Defizit von über 30 Millionen Tonnen ist natürlich unerträglich, selbst wenn man in Betracht zieht, daß die Kauf- und Konsumkraft Europas infolge des Krieges wesentlich gelitten hat. Daher mußte der erhebliche Ausfall Rußlands durch eine wesentliche Mehrproduktion in anderen Teilen des vierten Kreises ausgeglichen werden. Von dieser Umschichtung mag die folgende Zahlenreihe einen Begriff geben:

	Gesamtgetreideproduktion				Unterschied in Mill. t mehr (+) weniger (—)
	Mittel 1909/13 in Mill. t	in % der Welternte	1924 in Mill. t	in % der Welternte	
Rußland	74,628	19,26	41,228	11,65	— 33,400
Rumänien	6,204	1,60	7,296	2,06	+ 1,092
Kanada	12,267	3,17	15,982	4,52	+ 3,706
Britisch-Indien	14,848	3,83	15,100	4,27	+ 0,252
Australien	3,045	0,79	5,025	1,42	+ 1,980
Britisch-Südafrika	1,109	0,29	2,154	0,61	+ 1,045
Vereinigte Staaten	109,216	28,18	113,723	32,12	+ 4,507
Argentinien	9,712	2,51	10,899	3,08	+ 1,187

Allein in Weizen stieg die Erzeugung

in Kanada	von 5,365 Mill. t im Mittel 1909/13	d. i. + 1,768 Mill. t
	auf 7,133 „ „ in 1924	
in Australien . . .	von 2,463 „ „ im Mittel 1909/13	d. i. + 1,928 „ „
	auf 4,391 „ „ in 1924	

in U. S. A.	von 18,782	„ „	im Mittel 1909/13	d. i. + 4,969	„ „
	auf 23,751	„ „	in 1924		
in Argentinien . .	von 4,002	„ „	im Mittel 1909/13	d. i. + 1,200	„ „
	auf 5,202	„ „	in 1924		

Zu gleicher Zeit fiel die russische Weizenerzeugung von 22,241 Mill. t auf 10,389 Mill. t (d. i. — 11,852 Mill. t).

Das Wesen der Dinge wird noch klarer, wenn man statt der Getreideerzeugung die Getreideausfuhr heranzieht. Es ergibt sich dann die folgende Gegenüberstellung:

L a n d	Gesamtgetreideausfuhr		1924		Unterschied in Mill. t mehr (+) weniger (—)
	Mittel 1909/13 in Mill. t	in 0/0 der Weltausfuhr	in Mill. t	in 0/0 der Weltausfuhr	
Rußland	10,168	31,33	1,351	3,85	— 8,817
Rumänien	3,015	9,29	1,414	4,03	— 1,601
Kanada	2,467	7,60	8,173	23,30	+ 5,706
Australien	1,323	4,08	2,268	6,47	+ 0,945
Vereinigte Staaten	3,910	12,05	7,690	21,92	+ 3,780
Argentinien	6,167	19,01	10,145	28,92	+ 3,978

Die Weizenausfuhr allein fiel in Rußland im Zeitraum 1909/13 bis 1924 von 3,959 Mill. t auf 0,221 Mill. t, während sie stieg

in Kanada	von 2,447	Mill. t	auf 7,191	Mill. t,	d. i. + 4,744	Mill. t
in Australien	„ 1,345	„ „	„ 2,191	„ „	„ d. i. + 0,846	„ „
in U. S. A.	„ 2,649	„ „	„ 5,994	„ „	„ d. i. + 3,345	„ „
in Argentinien	„ 2,587	„ „	„ 4,617	„ „	„ d. i. + 2,030	„ „

Wenn man sich diese Zahlen vor Augen hält, wird man unschwer begreifen, welche hohe politische Bedeutung ihnen innewohnt. Der Zusammenbruch Rußlands hat die englischen Empirepläne ungeheuerlich gefördert. Der Getreideanbau im englischen Weltreich ist derartig gewachsen, daß in bezug auf Körnerfrüchte die panbritische Autarkie tatsächlich erreicht worden ist. Das wäre vielleicht niemals künstlich zu schaffen gewesen, kann aber ohne erhebliche Mühen durch zollpolitische Maßnahmen für die Zukunft erhalten werden. Vielleicht wird England sogar durch den russischen Niedergang und die dadurch bewirkte Ausbreitung der Getreidekultur im Empire zwangsläufig auf die Bahnen der panbritischen Wirtschaftsunionspolitik gedrängt. Würde sich England nämlich in Zukunft wieder mehr auf eine Getreideversorgung aus Rußland einstellen, so

müßte naturnotwendig der Wiederaufstieg Rußlands zu einer Verminderung der Getreideanbaufläche im Empire führen, d. h. Tausende von Farmern in Kanada, Australien u. a. m. würden in ihrer Existenz vernichtet. Ob England es sich leisten kann, die ohnedies nicht unbedingt englandfreundlichen Elemente in den Dominions durch den Bankrott vieler Tausenden von Bauern erneut vor den Kopf zu stoßen? Muß England aus politischen Gründen nicht vielmehr vorziehen, sich durch Schutzzölle gegen jede zukünftige Überflutung des Landes mit russischem Getreide zu sichern, und sich darauf einstellen, seinen Bedarf an Körnerfrüchten nun auch weiterhin hauptsächlich im eigenen Empire zu decken?

Was aber soll dann aus Rußland werden? Genau wie zu Zeiten des Zaren (Witte!) gibt auch das neue Rußland vor allem für die mili-

tärische Rüstung und für die Industrialisierung des Landes riesenhafte Beträge aus. An ein Gleichgewicht des Staatshaushaltes ist nur zu denken, wenn vor allem durch eine gewaltige Getreideausfuhr entsprechende Einnahmen erzielt werden. Eben aus diesem Grunde fühlen sich die Bolschewisten den Bauern ausgeliefert und beugen sich deren Wünschen in einer sonst nicht gewohnten Art und Weise. Der Bauer und er allein kann das bolschewistische Rußland retten, genau wie er einst das Zarenreich wirtschaftlich rettete. Alle erdenklichen Anstrengungen werden gemacht, um die Getreideproduktion und Getreideausfuhr Rußlands schnell wieder zu heben. Sind dem Lande in den nächsten Jahren einige gute Ernten be-

schert, so könnte Rußland in der Tat seine alten Märkte zum größten Teil wiedererobern, wenn — England ein freies Spiel der Kräfte gestattet. Dieses kleine „Wenn“ schließt nicht zuletzt das Schicksal Rußlands ein. Entscheidet sich England für eine Politik der panbritischen Wirtschaftsunion und bewegt es womöglich auch größere Teile des Kontinents zur Einführung von Getreidezöllen, dann bleibt Rußland mit seinem Getreide ohne Käufer sitzen, die wichtigste russische Außenhandelseinnahme hört auf, die Staatsfinanzen geraten naturnotwendig in heillose Verwirrung.

Tief begründet ist der Gegensatz zwischen dem britischen und dem russischen Weltreich.

K. HAUSHOFER: BERICHT AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Das wichtigste Vorzeichen dieses Winters für die politische Zukunft des indopazifischen Raumes sind weder die viel mehr Aufsehen erregenden Vorgänge in der Mandschurei, noch der von den Seemächten mit Schadenfreude begrüßte kurze Rückschlag des Selbstbestimmungsrechtes in China gegen die Sowjets als sehr imperialistische und kapitalistische Mitbesitzer der ostchinesischen Bahn, auch nicht die langsame internationale Aufmachung des mongolischen Freistaates (mit seinen 1,3 Mill. Quadratkilometern bei nur 1 Million Einwohner aber 14 Millionen Rindvieh und einer Hauptstadt Urga mit immerhin 80 000 Einwohnern) — sondern doch wohl die allmähliche Erwürgung der blühendsten Kolonialschöpfung des ganzen indopazifischen Raumes nächst Singapur, der Hafeninsel H o n g k o n g durch den südchinesischen Boykott von Kanton und Swatau aus.

Er ist ein furchtbares Menetekel für die Vernachlässigung großer geopolitischer Linien und Lehren

durch die führenden Kolonialmächte der weißen Rasse; und wenn heute bewegliche Klagen vor allem aus Swatau auf die unwürdige Stellung auch der einstigen Herrennation in Ostasien hinweisen, dann erkennen wir in Mitteleuropa, daß dort den Briten nur ähnliches geschieht, was man gegenüber den friedlichen deutschen Siedlern in eben diesen indopazifischen Raum als furchtbaren Präzedenzfall für die Westmächte hingestellt hat. Seit Juli letzten Jahres ist der Abwehrstreik gegen den britischen Imperialismus erst wirklich organisiert, und heute heißt es (China Expr. and Tel. 21. 1. 26, S. 37): „die ferne Inselkolonie, bis vor sechs Monaten das Bild des Fortschritts und Gedeihens, steht nun der schwersten Krise ihrer Geschichte gegenüber“. Und Hongkong hat schon schwere Krisen in seiner Geschichte kennengelernt, ehe es zum Vorbild einer Zwischenhandelskolonie wurde. Aber eben diese Zwischenhandels-Stellung ist bedroht, so sehr sich eigentlich China,

wie Indien im Lauf ihrer Handelsgeschichte ihren Überseeverkehr zumeist von Fremden besorgen ließen, wenn wir auch einzelne Perioden weit gespannter chinesischer Überseeaktivität bis zu den afrikanischen Küsten kennen. Hier geht die Abschnürung einer ungewöhnlich starken und blühenden fremden Wachstumspitze vor sich, und zwar nur durch friedliche Mittel eines im Grunde wehrlosen Riesenvolkes, ohne daß eine der stärksten wirtschafts-imperialistischen Mächte der Erde, deren Machtstellung hier zerstört wird, mit ihren Machtmitteln dagegen wirksam einschreiten könnte. Das Vorgehen dabei ist so echt chinesisches, so sehr auf den langwelligen, nachtragenden, die einzelne Geschlechtsfolge übersehenden geopolitischen Rhythmus Ostasiens eingestellt, dabei so unerbittlich zwingend in seiner Soziologik, daß er wie ein Scheinwerfer auf künftige Auseinandersetzungen zwischen scheinbar wehrlosen, aber zahlenstarken Verbrauchervölkern und reinen, ihre Waren aufdrängenden Machtträgern Licht fallen läßt.

Der Ausgang dieses Ringens ist um so wichtiger, als es im ganzen alten indopazifischen Kulturreich mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wird, mit weit größerer, als die Machtumschwünge unter den chinesischen Gewaltherren.

Diese haben augenblicklich dazu geführt, Chang Tso Lin wieder in die Verfügung über die drei östlichen Provinzen einzusetzen, aber doch durch Reibungen an der chinesischen Ostbahn mit deren russischen Beamtenstab an der Ausbeute seines Erfolges wesentlich über Shanhaikwan hinaus zu hemmen. Das hängt sicher mit Sowjetsympathien für seinen, Ende Januar nach Urga zurückgezogenen Gegenspieler Feng Yu Hsiang zusammen, der sich der Einkreisung zwischen Chang und den Streitkräften der Yangtseländer unter Wu Pei Fu dahin entzog, die Schatten-Zentralregierung in Peking zurücklassend.

Die abweichende Einstellung der Vereinigten

Staaten zu dem Kolonialstandpunkt der in ihren Wachstumspitzen bedrohten Westmächte trägt viel dazu bei, den Sowjeteinfluß zu steigern — ganz unverhältnismäßig zu den leeren pazifisch-russischen Räumen (2,3 Mill. Quadratkilometer mit 900 000 Einwohnern!), auch den japanischen zu höchster Vorsicht zu stimmen, die in der südmandschurischen Haltung des Inselreiches zu Tage trat.

Ausgezeichnete Einblicke in zukünftige wehrgeographische Entwicklungen aus den indopazifischen Domänen des britischen Reiches heraus gaben die Verhandlungen des indischen Sandhurst(Kriegsschule)-Ausschusses bei seiner Untersuchung der Ausbildungsverhältnisse in Australien und bei ihrem Vergleich mit den künftigen indischen Wünschen für die Heereserziehung.

Sie zeigten nebenbei, mit welchem Geschick man im britischen Weltreich versteht, unnötige Zentralisierungsformen zu vermeiden und dennoch in der Sache aus praktischen Erwägungen, aber aller Beteiligten, heraus eine größere und im Gefahraugenblick vielleicht zuverlässigere Einheitlichkeit der Anschauungen zu erreichen, als bei dem z. B. in Mitteleuropa beliebten Einheitsformen-Zwang, dem die Geister widerstreben.

Bekanntlich ist es auch in der Kriegspsychose in Australien nicht gelungen, die Wehrpflicht durchzusetzen (wie es in Kanada gelang). Eine stehende Armee gibt es in Australien nicht; die Australian Imperial Force ist nach dem Krieg aufgelöst worden und die Citizens Force an ihre Stelle getreten. Jeder volljährige Bürger hat sich im Jahr einer militärischen Übung von etwa zwölf Tagen zu unterziehen und ist acht Jahre dienstpflchtig. Die Kommandoführung erfolgt durch Offiziere, die ebenfalls aus bürgerlichen Kreisen stammen, die jetzt noch zumeist die Kriegserfahrung ihrer oder der nächst höheren Stellungen haben. Berufssoldaten sind nur die etwa 300 dauernden Ausbildungs-offiziere und Unteroffiziere und eine

Küstenschutzabteilung. Die Organisation, zum Teil an Schweizer Erfahrungen im Verhältnis der Instruktionsoffiziere zu den auszubildenden Offizieren und Mannschaften angelehnt, beruht auf Vorschlägen Lord Kitcheners von 1911, wo er die australische Landesverteidigung in nicht ganz befriedigendem Zustand vorfand und mit seiner starken Persönlichkeit umformenden Einfluß auf sie zu gewinnen wußte. Die Ausbildung der Berufsoffiziere erfolgt in der Kriegsschule Duntroon auf sehr demokratischen Linien, in ganz freier Auswahl, bei der man etwa 10% Fehlschläge erlebt.

Auf diese Weise bildet sich Australien mit bereitgehaltenen Kernen von Infanterie- und Kavallerie-Divisionen seine Infanterie, Kavallerie und Artillerie selber aus, nur die Ingenieurtruppen müssen die Reichsschule Chatham mit ihren großen Mitteln aufsuchen. Die Ausbildungszeit ist auf vier Jahre, im Maximum fünf, berechnet, denen sich ein Übungsjahr in einem britischen Regiment, heute meist in Indien, anschließt. Die 50 Duntroonschüler werden auf Staatskosten erzogen und man behauptet, durchaus den wünschenswerten Ersatz auf diese Weise zu erhalten. Die Kriegsschüler sind dann zu 12jährigem Dienst verpflichtet, womit sie ihre Erziehung auf Staatskosten abzuverdienen haben.

Militärische Ausbildung an der Schule haben alle Australier vom 14. Jahre ab. Die fertigen Schüler erhalten ihre Bestallung von der Dominion und nur, wenn sie außerhalb von ihr dienen, eine königliche für diese Zeit.

Geopolitisch bedeutsame Erfahrung ergab der Meinungs austausch zwischen den fragenden Indern und den antwortenden britischen und australischen Offizieren in diesem Ausschuß, denn er zeigte, wie sehr es möglich war, so grundverschiedene wehrtechnisch zu bildende Lebensformen, wie den konservativen Mutterstaat mit seinen Überlieferungswerten europäischer Herkunft, das weiträumige traditionslose Australien und das in uralter Fremdkultur über-völkerte und nach eigenem Zeugnis voll Ent-

artungserscheinungen und Mißtrauen steckende Indien sachlich auf gemeinsame Linien des Verständnisses zu bringen, ohne irgendwelche Vergewaltigungen in der Form, wie sie doch zur Zeit in allen solchen Fragen in Mitteleuropa die gefährlichsten Unterströmungen für das Zusammenhalten viel kleinerer Lebensformen erzeugen.

I n d e r waren es, die in der Kommission auf Annäherung indischer Heereserziehungsanstalten an Sandhurst und Woolwich drängten, so sehr sie eine Beschleunigung der Indisierung des Heeres wünschten, die eifersüchtig darüber wachten, daß eine Dominions-Bestallung auf gleiche Werthöhe mit der königlichen gebracht werden müsse. Auch die heikle Frage wurde berührt, daß Inder in Reih und Glied nur solchen Führern folgen würden, die Sprossen kriegerischer Rassen sind (Kshatrya-, Sikh-, Gurkha-Frage! — der weiße Offizier gilt als solcher!). Es wurde betont, daß gerade Inder von „Babus“ im Heere nichts wissen wollten (Babus sind die indischen Intellektuellen zweiten Ranges), und gefragt, ob britische Jungen nach Indore oder Deera Dun kommen würden, um sich mit einer Dominion-Bestallung abzufinden. Dabei kam auf, daß eben das sogenannte Reichspatent, das königliche, seinem Träger ein anderes Aussehen im Ganzen gibt, als das der Dominion, das eben tatsächlich nur Lokalrang verleiht.

Die großen, aus geopolitischen Grundzügen stammenden Schwierigkeiten britischer Reichs-Organisationen, aber auch das große an ihnen geschulte Talent, durch Ausgleich wenigstens zu praktischen, haltbaren Arbeitsmöglichkeiten zu kommen, trat gerade bei dieser wörtlich indopazifischen Aussprache besonders hervor. Dennoch wies sie gewisse Möglichkeiten künftiger Erhaltung einer indischen Dominion im Reich, falls es gelingt, die zerstörenden Einflüsse der indischen Intellektuellen dauernd auszuschalten. Die Gegenbewegung gegen die Brahminen, deren Erfolge der Swaraj-Partei bereits unheimlich zu werden anfangen, weil sie

den gefährlichen Spaltpilz darin für sie selbst erkennt, ist schon als Mittel und Nachfolger der religiösen Spaltung von den fremden Herren erkannt worden. Es ist ein ähnlicher Vorgang, wie er in der Ausspielung etwa der Ruthenen gegen das liberalisierende Polentum 1848 in Galizien liegt, denn der allgemeinen Abneigung gegen die Überhebung der Brahminen in Indien gesellen sich zweifellos Rassenmotive bei. Die Überwindung der Kaste liegt ja auch in dem Programm des Gandhi-Flügels der Swaraj-Partei; aber die vielen Intellektuellen aus Brahmanenherkunft, die sich nun ihrer Führung bemächtigt haben, wünschen natürlich eine Monopolisierung der den fremden Herren entwundenen öffentlichen Stellen für die Babus und Brahmanen, und die andern fürchten davon mit Recht eine Wiederkehr der Korruption. Selbstverständlich wird die Kraft der Selbstbestimmungsbewegung in Indien durch diesen Vorgang gespalten und abgeschwächt.

Der Tod des japanischen Ministerpräsidenten Graf Kato, eines mit frühem Erfolg gesegneten, nach englischen Linien gebildeten Staatsmannes, muß hier berührt werden, weil er wahrscheinlich ein Wendepunkt in der ganzen inneren Strukturentwicklung Japans ist, das mit ihm vielleicht den letzten Premierminister verliert, der das Reich noch mit den Methoden der „Genro“, der großen Führer aus der Meiji-Zeit, regieren konnte. Mit der von ihm als notwendige Evolutionsmaßnahme erkannten und durchgeführten Verbreiterung des Wahlrechts von 3 1/2 Millionen Wählern auf 12 1/2 Millionen wird diese Periode der japanischen Reichserneuerung abschließen und eine neue beginnen. Was noch dazwischen steht und kommt, müssen notwendig reine Übergangserscheinungen sein.

Kato war der Sohn einer provinziellen Samurailfamilie, 1859 in Nagoya geboren, trat nach einer glänzenden Universitätszeit in die große Mitsubishi-Firma ein, heiratete die Tochter seines Chefs, kam dann an das Auswärtige Amt als persönlicher Sekretär von Graf Okuma, war mit

35 Jahren zum erstmalig Gesandter in London vor seinem 40. Jahr Außenminister, dann in entscheidenden Zeiten wieder Botschafter in London, noch dreimal Außenminister, und nach acht Jahren in der Opposition, die er herrschaftsfähig schmiedete, Premierminister, als der er in den Sielen starb. Es ist eine mehr englisch als japanisch typische Laufbahn; dennoch gehörte Kato zu den starken, innerlich konservativen Naturen, die deshalb bewahren können, weil sie den richtigen Augenblick für notwendige Zugeständnisse an neue Entwicklungen zu erkennen wissen. Vielleicht wird japanische Zukunft von ihm sagen, daß er die Politik des Inselreiches zu sehr im Banne der britischen festgehalten habe. Ehe die Nekrologe den versöhnenden Schimmer um ihn legten, war am 10. 10. 1925 im „Transpacific“ (Tokyo) ein ausgezeichnet unterrichteter Aufsatz über Katos Ministerium erschienen, der nur von dem „Iwasaki-Kabinet“ sprach und die Klügelchwächen darin enthüllte. Wahrscheinlich aber ist eben dieses Kabinet das letzte im Stil des Englands des 18. Jahrhunderts, dem der japanische Parlamentarismus bis jetzt mit seinen Vorzügen wie seinen Schwächen ähnelte, die jedenfalls für die Handhabung einer wirkungsvollen Außenpolitik manche Vorzüge hatte. Freilich stand das Kabinet dem Mitsubishi-Konzern familienpolitisch zu nahe, um in großen Wirtschaftsfragen als unparteiisch zu gelten. Ministerpräsident und Außenminister waren Schwäger; der Versuch, der südmandschurischen Eisenbahngesellschaft die Fuschun-Kohlenwerke, der Drogenfirma Hoshi wegen angeblicher Verstöße gegen die Opiumbestimmungen das Kamphergeschäft zu Gunsten des Mitsubishi-Konzerns abzudrängen, gingen selbst der darin vieles gewöhnten öffentlichen Meinung Ostasiens zu weit und erinnerten fast an die amerikanische Maxime: dem Sieger die Beute in Gestalt amtlichen Einflusses.

Auf diesem Feld lag auch die Bindung zwischen dem berühmten Renommier-Demo-

kraten Japans, Graf Okuma, und dem Ministerium Baron Katos. Es ist ein Sieg der erst in der Meiji-Zeit emporgekommenen Finanzfamilie der Mitsubishi (Iwasaki) über die alten Geldmächte der Mitsui, Sumitomo und Konoike, die einst die Erhebung der südwestlichen Klane gegen die Tokugawa-Shogune und damit die Anfänge der Reichserneuerung finanziert hatten. Der Aufschwung der Jwasaki ist nicht auf die Landschaften Choshu und Satsuma, sondern auf Tosa begründet.

Und nun hat wahrscheinlich sein glänzendster Vertreter durch die Wahlrechtserweiterung die

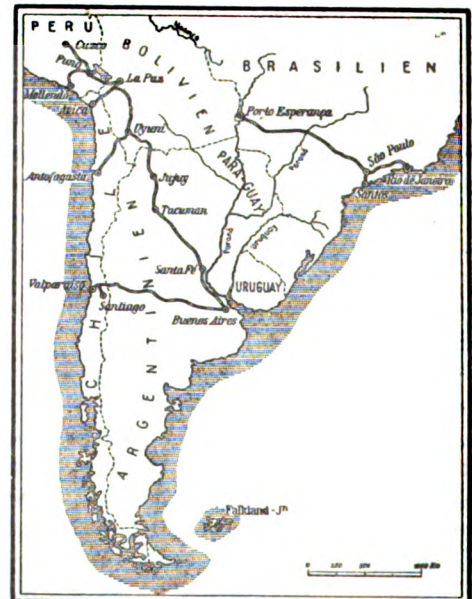
Möglichkeit von Rückschlägen im Stil der alten Klanregierungen überhaupt zerstört und die Periode der Reichserneuerung durch die südwestlichen Klane damit abgeschlossen. Erst jetzt wird das bis zu den untersten Schichten, wenigstens seiner männlichen Wähler, erneuerte Reich zu zeigen haben, wie es mit der neuen politischen Maschinerie weiterarbeitet. Daß er gerade an diesem Wendepunkt in den Seelen starb, das gibt der im wesentlichen anglophilen Persönlichkeit von Taka-akira Kato seine geopolitische Bedeutung.

O. MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT Verkehrsfragen und -antworten

Seit einer langen Reihe von Jahren besitzt Nordamerika Transkontinental(Pazifik)bahnen in den Vereinigten Staaten und in Kanada und mehrere Stränge queren schon das mexikanisch-mittelamerikanische Landengebiet von Meer zu Meer. In Südamerika verband dagegen bis in den Hochsommer des vorigen Jahres nur eine einzige etwa 1460 km lange Bahnstrecke den Atlantik mit dem Pazifik dort, wo das Kerngebiet Argentiniens, die La Plata- und Pampaslandschaften, nach einer Klammer und einem Austausch mit der chilenischen Zentral-landschaft, Mittelchile, verlangen. Daneben fehlten in Südamerika selbst die Ansätze zu Kontinentquerbahnen da, wo der Tieflandsosten der Andenstaaten von Bolivien bis Kolumbien dringend nach einer Verknüpfung mit dem übrigen Staatsgebiet heischt, wenn diese wirtschaftlich nicht unwichtigen und das Hochland ergänzenden, heute immer noch kolonialen Charakter tragenden weiten Regionen überhaupt erschlossen werden sollen. Jetzt ist dagegen mit einem Schlage in dem nördlichen Teile des südamerikanischen Endlandes eine ganz ein

schneidende Änderung in der Verkehrsstruktur erfolgt, der bis zu gewissem Maße schon die Bedeutung einer anthropogeographischen Lage-änderung für einzelne Bezirke dieses Raumes



zukommt. Die Fertigstellung der bolivianischen Strecke Atocha—Villazon, die am 9. August vorigen Jahres zum ersten Mal von einem durchlaufenden Zug Buenos Aires—La Paz benutzt wurde, hat diesen Wandel verursacht. Nach anderen Meldungen scheint diese Linie erst provisorisch befahren und ihr Bau noch nicht vollkommen fertiggestellt zu sein. Mit der Einfügung dieser kurzen Strecke zwischen den längeren argentinischen und den kürzeren bolivianischen Abschnitt der panamerikanischen Längsbahn ist einmal dieses letztere Projekt um einen gar bedeutenden Schritt ihrer freilich noch in weitem Felde stehenden Vollendung nähergekommen; denn mit der nun in Bälde fertigen Bahnstrecke von Puno am Titicacasee bzw. Curzō bis Buenos Aires ist ein gutes Drittel der panamerikanischen Bahn in Südamerika (2850—2900 km von ungefähr 8000 km) in geschlossener, fortlaufender Linie gebaut und dem Verkehr übergeben. Es ist der Löwenanteil an den bisher überhaupt fertiggestellten Strecken der panamerikanischen Bahn in Südamerika, die nur etwa 45 % des für Südamerika in Betracht kommenden Schienenwegs betragen, während dagegen etwa 67 % der geplanten Gesamtlänge zwischen Kanada und Argentinien in Betrieb sind. Der neue Erfolg ist damit nur dem Südkontinent und vor allem dem Südteil Südamerikas zu buchen. Denn die Wandlung im Verkehrsbild ist hier eine viel größere, als die Einfügung der kurzen Schlußstrecke vermuten läßt. Wohl waren schon vorher durch die bestehende Transandenbahn und durch die chilenische Längsbahn Argentinien, Chile, Bolivien und Peru — in dieser Reihenfolge miteinander — eisenbahnlich verknüpft; allein ein solcher Schienenweg von Argentinien nach Peru über Chile und Bolivien war äußerst umständlich und kostspielig und darum praktisch von recht geringer Bedeutung. Die Fahrzeit von Buenos Aires nach La Paz, die früher acht Tage beanspruchte, wird jetzt auf vier Tage gekürzt, und die Reisekosten werden auf die Hälfte herabgesetzt.

Zugleich haben mit der Schaffung des einheitlichen Hauptverkehrsstranges, der, sobald er die Anden erreicht hat, der kontinentalen Verkehrscheide folgt und von da Seitenlinien aussendet, die Verkehrsmöglichkeiten des nordwestlichen Argentinien, Boliviens und des südlichen Peru eine wesentliche Bereicherung erfahren. Nicht weniger als drei neue Verbindungen zwischen dem atlantischen und pazifischen Ozean sind zugleich mit der Fertigstellung der Schlußstrecke im Zuge der Hauptlinie entstanden: von Buenos Aires bzw. von Argentinien laufen, freilich unter Benutzung des Hauptstranges, neue Wege nach den nordehilenischen Häfen Antofagasta und Arica und nach dem peruanischen Hafen Mollendo. Doch nicht in der Erleichterung des internationalen oder lokalen Verkehrs ist die Hauptbedeutung dieser neuen Verkehrsstruktur zu sehen. Im einzelnen sind die Fortschritte gar nicht so groß wie etwa die eisenbahnliche Verbindung von Bolivien und mehrerer pazifischer Küstenorte mit dem atlantischen Ozean vielleicht erwarten läßt. Bolivien und Peru haben zwar zum ersten Mal eine direkte Verbindung mit der atlantischen Küste erhalten. Doch abgesehen von der Umleitung des Personen-, Post- und Eilgutverkehrs werden weder im Verkehrsleben Perus und Boliviens stärkere Wandlungen eintreten, denn hinsichtlich des Massengüterverkehrs sowohl von und nach Nordamerika als auch von und nach Europa ist die Verkehrsbasis für beide Staaten der Pazifische Ozean, und selbst die südlichen, an Argentinien angrenzenden Teile Boliviens haben einen kürzeren Weg zur pazifischen als zur atlantischen Küste. So werden schon hier die einzelnen Strecken der Bahn nur für einen lokalen Austausch von Massengütern in Frage kommen, so etwa für die Einfuhr der landwirtschaftlichen Produkte Argentinien nach Bolivien. Damit erfährt diese Teilstrecke der panamerikanischen Bahn jene Bewertung, die den kritischen Betrachtungen transkontinentaler Bahnen nicht gerade fremd ist; in den allerseltensten Fällen vermögen sie

in ihrer gesamten Erstreckung den Strömen des Wirtschaftslebens als einheitliche Kanäle zu dienen; meist gewinnen in der Hinsicht nur kürzere Teilstrecken Bedeutung. Der letzte und tiefste Sinn der Mehrzahl transkontinentaler Bahnen ist der politischgeographischer Klammerwirkung. Das gilt für die panamerikanische Bahn im ganzen wie auch im besonderen für ihren südlichen Abschnitt. Es ist kein Zufall, daß gerade in Bolivien und Peru besonders rege an der Fertigstellung der Bahnlinie und am Anschluß an das argentinische Bahnnetz gearbeitet worden ist, während in den nördlichen Andenländern große Bahnlücken die einzelnen Staaten voneinander trennen und anscheinend auch gar nicht die Neigung besteht, diese in Bälde auszufüllen. Hier im Norden entspricht dieses Verhalten vollkommen den territorialen Gegensätzen, die zwischen den einzelnen Staaten bestehen und vornehmlich durch die noch nicht befriedigende Beantwortung der Ostfragen ausgelöst worden sind. Zwischen Peru, Bolivien und Argentinien sind dagegen die Grenzfragen im ganzen bereinigt, und die Front der beiden ersten wendet sich vor allem gegen Chile. Zwischen Peru und Chile geht der offene Streit um Tacna und Arica. Aber auch bei Bolivien ist die Wunde keineswegs vernarbt, die bei der Losreißung des Gebiets von Antofagasta durch Chile entstanden ist; denn es gibt keinen modernen Staatsorganismus, der nicht nach einem Ausgang nach der allgemeinen Verkehrsbasis des Weltmeers strebte. Zwar hat Bolivien 1881 rechtlich auf die heute chilenischen, durch Chile inzwischen in hohem Grade entwickelten und zu Kernteilen des chilenischen Wirtschaftsorganismus gewordenen Küstengebiete verzichtet, allein innerlich wird es nicht voll befriedigt sein durch die Gegenleistungen Chiles, die in der Finanzierung des Baues der Bahn Arica—La Paz und in der dauernden Gewährung der zollfreien Durchfuhr aller Waren von und nach Bolivien durch Chile auf der Arica- und Antofagastabahn bestanden. Durch Chile in ihrem pazifischen Wirkungs-

kreis beengt (Peru) oder gar, wenigstens territorial, völlig von ihm verdrängt (Bolivien), haben beide Andenstaaten die Tendenz, eine möglichst starke politische Rückendeckung zu erstreben. Sie bietet sich in Argentinien, für Peru im Sinne eines stets von territorialen Reibungen befreiten, darum günstigen übergreifenden Bündnisses; aber auch zwischen den beiden Nachbarn Argentinien und Bolivien ist kein irgendwie hemmender Konfliktstoff vorhanden. Die herzlichen Begrüßungstelegramme zwischen den offiziellen Vertretern der beiden letzten Staaten anlässlich der Fertigstellung der Strecke Buenos Aires—La Paz sind darum nicht als einfache Höflichkeitsbezeugungen aufzufassen, sondern sie sind ein Zeichen einer politischen Annäherung zwischen Bolivien und Argentinien. Konkret wird diese Annäherung zum ersten Mal wirkungsvoll getragen durch die neue Bahnklammer. Sie wird von nun an stets für eine mögliche Basislinie für gemeinsame machtpolitische Aktionen der drei Staaten oder zweier von ihnen zu werten sein.

Diese verkehrsstrukturelle Verknüpfung richtet sich politisch in erster Linie gegen Chile. Brasilien dagegen liegt mehr neutral und etwas abseits daneben. Nur mit Uruguay ist Brasilien eisenbahnlich verknüpft; sonst begleiten breite eisenbahnlose Säume die Grenze, die sich im Nordwesten und Norden zu riesigen Arealen erweitern. Allein gerade am brasilianischen Beispiel ist recht gut zu erkennen, daß eine reine Trennungsgrenze nicht das Ideal eines Staates sein kann. Eine Grenze, die nur trennt, isoliert und schützt zwar den Staat, doch sie nimmt ihm auch die Möglichkeit, die Nachbargebiete nachhaltig politisch zu beeinflussen. Das gilt infolge der recht mangelnden Verkehrsentwicklung der Grenzgebiete für Brasilien. Nur der Süden ist von diesem Schluß auszunehmen. Die Verkehrslinien sind nun einmal die Lebensadern des Staates. Ihre Schaffung ist von der ständigen Ausbildung und Durchbildung des Staatsorganismus nicht zu trennen. Ein Staat, der

sparen will und muß, wird allezeit an seiner Architektur sparen, etwa ruhig den Bau von Prunkgebäuden und ähnlichem unterlassen dürfen; doch er wird zwischen Architektur und Tektonik unterscheiden müssen. Das hat gerade Brasilien in den letzten Jahren nicht getan. Wohl sind die im Bau begriffenen Bahnstrecken Kilometer um Kilometer in das Innere vorgeschoben worden, aber seit geraumer Zeit ist keine der größeren Bahnen fertig geworden. Zum Teil trifft den Staat dabei die Schuld nicht direkt; denn nur der kleinere Teil des Bahnnetzes gehört dem Staat. Darin ist freilich ein mit der Theorie vom Staate schwer zu vereinigender organischer Fehler zu sehen, wie er den meisten, aus Kolonien entstandenen Staaten anhaftet. Doch ist der Staat darum nicht der Sorge enthoben, auf Heilung bedacht zu sein, wenn die Verkehrsadern zu wirklichen Lebensadern des Staatsorganismus werden sollen. Es ist gar nicht zu verkennen, daß bei der Erschließung des südamerikanischen Endlandes durch große internationale Linien von zugleich politischgeographischer Bedeutung Brasilien ins Hintertreffen geraten ist. Zwar hat es an seinen West- und Innenbahnen gearbeitet; doch sind diese Strecken, zum Teil Überlandbahnen von riesiger Länge, nur Stichbahnen geblieben. Selbst die große Linie von Santos-São Paulo zum Paraguay endet hier schon seit geraumer Zeit in dem unbedeutenden Porto Esperança. Hier klappt die riesige Bahnücke im südlichen Südamerika zwischen Porto Esperança und dem bolivianischen Cochabamba und erzählt, daß Brasilien den rechtzeitigen Anschluß an den großen panamerikanischen Bahnbau versäumt hat und sich damit auch eines stärkeren Einflusses auf Bolivien begeben hat. Nicht unwichtig ist das Projekt, das Campo Grande an dieser Westbahn mit Punta Pona an der Nordgrenze von Paraguay zu verbinden will.

In dem vor allem auch auf den Weg über Meer angewiesenen Chile ist ein großartiger Ausbau der Häfen in Aussicht genommen. In

ähnlicher Weise arbeiten Venezuela und Kolumbien an dem Ausbau ihrer inneren Verkehrsstruktur, besonders auch dem des Flugverkehrs. Ein größeres Projekt kommt in Guatemala zur Verwirklichung; die Ausführung hat die Deutsche Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft übernommen. Damit erhält die Isthmusquerbahn, die International Railway, die das tiefere Land zwischen Puerto Barrios und Champerico durchzieht, eine Hochlandsvariante, den Ferro Carril de los Altos, die die wirtschaftlich reichen Altos von Guatemala erschließen soll. Die Route führt über San Felipe, Santa Maria und Quezaltenango. Mexiko denkt neuerdings vornehmlich an den Ausbau seines Straßennetzes.

Endlich hat spanische Flugtechnik und deutscher Flugzeugbau durch die Tat des spanischen Fliegermajors Franco einen vollen Erfolg zu buchen. Am 22. Januar war das Dornier-Walflugboot in dem spanischen Hafen Palos, von dem einst Kolumbus ausgefahren war, gestartet. Am gleichen Tage wurden die Kanarischen Inseln (Las Palmas) erreicht, von wo der Weiterflug infolge widrigen Wetters erst am 26. Januar angetreten werden konnte. Abends gelangte es bis São Vincent auf den Kapverden, am 31. Januar, nach der Querung des offenen Ozeans, nach Fernando Noronha, am selben Tage nach Pernambuco, von wo es nach weiterer Zwischenlandung in Rio de Janeiro in Buenos Aires am 10. Februar eintraf. Bedeutet diese im ganzen recht rasch durchgeführte abermalige Erkundung des Luftweges über den Süd-Atlantischen Ozean im Vergleich mit der schnellsten Schifffahrt keinerlei wirkliche verkehrsstrukturelle Raumverengung im Erdbild, wie sie etwa durch Eckeners Nordatlantikfahrt ohne jede Zwischenlandung für die Raumrelationen zwischen Europa und Nordamerika in den Bereich der Möglichkeit gerückt worden ist, so ist doch die im Jahre 1922 von dem portugiesischen, allerdings mit durchaus unzulänglichen Maschinen ausgeführte Transozeanflug beanspruchte Zeit von 72 Tagen auf fast ein Viertel gekürzt worden.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststr. 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinkel Verlag, Berlin Grünwald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO16, Köpenicker Str. 114.

Mit dem Aprilheft der Zeitschrift für Geopolitik tritt eine Änderung im äußeren Bild der Zeitschrift ein, zu der die Anregung von unseren Lesern ausgeht: Es wurde in vielfachen Zuschriften betont, wie sehr gerade die Berichterstattungen aus den verschiedenen Arbeitsgebieten geschätzt werden und daran das Bedauern geknüpft, daß sie in so kleinem Grade gedruckt und an das Ende des Heftes gestellt werden. Unleugbar enthalten die Berichterstattungen gerade das Material, das dem Leser die meisten Anregungen bietet, der Aufklärung über aktuelle Erscheinungen der Weltpolitik sucht; sie bilden überdies die unmittelbare Verbindung zwischen der Leserschaft und dem Herausgeberstab. So hat sich der Verlag in Verbindung mit den Herren Herausgebern entschlossen, fortan die Berichterstattungen im gleichen Grad zu drucken wie das übrige Heft, sie durch einen engeren Satz aus der Reihe der übrigen Beiträge herauszuheben und sie zwischen den Leitaufsatz und die Untersuchungen an den Anfang des Heftes zu stellen. Kurt Vowinkel Verlag.

GEORG KRAUSE-WICHMANN: SAARGEBIET UND LOCARNO

Die Kräfteverschiebung in der Weltpolitik der letzten sechs Jahre, deren Entwicklung durch die beiden Namen Versailles und Locarno zunächst oberflächlich charakterisiert ist, hat auch die Saarfrage in den Vordergrund der politischen Erwägungen treten lassen. Unter dem Gesichtspunkt der Rückwirkungen betrachtet, stellt die deutsche Forderung auf vorzeitige und vorbehaltlose Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland lediglich eine logische Konsequenz des Vertrages von Locarno dar. Zwar wurden hierüber weder in Locarno noch bei der Unterzeichnung des Vertrages in London irgendwelche konkreten Vereinbarungen zwischen den interessierten Regierungen getroffen. Gleichwohl kann man heute behaupten, daß sich auf dem Wege zur Lösung der Saarfrage eine entscheidende Wendung bemerkbar zu machen beginnt. Vor einem Jahre noch wäre in der französischen Öffentlichkeit der Plan einer vorzeitigen Rückgabe des Saargebietes an Deutschland als eine Ketzerei bezeichnet worden, da diese Lösung im Grunde genommen eine Abänderung des ängstlich gehüteten Versailler Vertrages darstellt. Heute dagegen wird darüber in Frankreich schon öffentlich geschrieben. Das Pariser Journal meldete sogar am 3. Dezember, daß schon ein Zeitpunkt für eine deutsch-französische Konferenz vorgesehen sei, auf der über die vorzeitige Lösung der Saarfrage verhandelt werden solle.

Dieser bemerkenswerte Umschwung kommt nicht von ungefähr. Er entspringt auf der einen Seite der französischen Einsicht, daß der innere Widerstand des Saargebietes sowohl gegen eine Annektion durch Frankreich als gegen eine Aufrechterhaltung der Völkerbundsherrschaft zu groß ist, um auf die Dauer mit einem Nutzeffekt für die französischen Interessen überwunden werden zu können. Entscheidender jedoch als dieser Grund fällt auf der anderen Seite

der Zwang ins Gewicht, sich den seit 1918 grundlegend veränderten Machtverhältnissen anzupassen. Darüber wird später noch zu sprechen sein.

Betrachten wir zunächst kurz die Tendenzen, die das Saargebiet in seiner heutigen Gestalt geschaffen haben und im Widerspiel dazu die Bedingungen, die bisher vom Saargebiet aus für den Erfolg oder Mißerfolg dieser Bestrebungen maßgebend waren. Man kommt dabei zu dem Ergebnis — wenn es erlaubt ist, hier etwas vorzugreifen —, daß französischerseits die Annektion des Saarbeckens betrieben wurde ohne Rücksicht darauf, ob Frankreich zur organischen Einbeziehung dieses Gebietes — kulturell und wirtschaftlich — und zu seiner machtpolitischen Behauptung in der Lage wäre. Zwar scheiterte der direkte Anspruch Frankreichs auf Abtretung dieses Gebietes an Wilsons Hartnäckigkeit. (Die Verhandlungen des Viererrates in Paris wären deswegen bekanntlich beinahe in die Luft geflogen.) Das französische Zielstreben, die Loslösung von Deutschland, wurde jedoch durch die Ablehnung der französischen Forderung nicht im mindesten beeinträchtigt. Im Gegenteil; die Umwandlung des Saarbeckens in ein Völkerbundsgebiet und die Klausel der Volksabstimmung nach 15 Jahren hielt für Frankreich die Möglichkeit offen, doch noch zum Ziele zu gelangen. Die „Auswertung“ der Volksabstimmung in Oberschlesien ist ein klassisches Beispiel dafür, wie man sich die Sache mit dem Saargebiet ungefähr dachte. Daß bei der Gestaltung der Saarverhältnisse ausgesprochen politische Motive im Vordergrund standen — die nachhaltige Schwächung Deutschlands um jeden Preis — ergibt sich auch daraus, daß Frankreich während der Friedensverhandlungen die Annahme des Gegenvorschlages der deutschen Delegation, an Stelle der geforderten Grubenabtretung der Saarkohlenausbeute äquivalente Ruhrkohlenlieferungen anzunehmen, verhinderte. Bekanntlich wurde der Anspruch Frankreichs auf die Saargruben im Viererrat mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Entschädigung für die Zerstörung der nordfranzösischen Zechen begründet. Sobald Clemenceau die Annahme dieser zunächst rein wirtschaftlichen Forderung im Viererrat durchgesetzt hatte, ergab sich die Plattform für die nächste Forderung: Die Ausbeute dieses bedeutenden Wirtschaftsbesitzes in einem fremden Gebiet durch Schaffung einer politischen Sonderverwaltung im Saargebiet sicherzustellen. Damit war der entscheidende Schritt getan, die Loslösung des Saargebiets von Deutschland eingeleitet; sie zu einer endgültigen zu machen und sie schließlich nach außen hin durch einen Völkerbundsentscheid zu legitimieren, ergab sich als die in den nächsten 15 Jahren vorzubereitende Aufgabe.

Es ist wichtig, an dieser Stelle festzuhalten, daß ein so schwerwiegender Eingriff in die Lebensverhältnisse des Saargebietes wie seine politische Loslösung aus dem deutschen Hoheitsgebiet und die Schaffung einer eigenen Regierung, mit dem Hinweis auf wirtschaftliche Bedürfnisse, keineswegs aus-

reichend begründet werden konnte. Wäre das geschickt in den Vordergrund gestellte wirtschaftliche Motiv, mit dem Clemenceau so erfolgreich operierte, tatsächlich vorherrschend gewesen, dann hätten kaum ernsthafte Bedenken bestehen können, das oben angedeutete deutsche Gegenangebot — Kohlenlieferungen — anzunehmen. Der Protest Brockdorff-Rantzaus vom 29. September 1919 brachte die Sachlage klar zum Ausdruck mit der Bemerkung: „Das reindeutsche Saargebiet soll von unserem Reiche gelöst und seine spätere Angliederung an Frankreich vorbereitet werden, obgleich wir Frankreich keine Menschen, sondern nur Kohlen schulden“. Die Antwort Clemenceaus auf die deutschen Gegenvorschläge läßt die wahren französischen Motive deutlich erkennen. In der Antwort heißt es u. a. „der Vertrag sieht nach einer 15 jährigen Frist eine Volksabstimmung vor, die dieser Bevölkerung von so zusammengesetzter Art erlauben wird, in voller Freiheit (Oberschlesien! D. H.) und nicht notwendigerweise zum Vorteil Frankreichs oder Deutschlands die endgültige Rechtsordnung für das Gebiet, in dem sie lebt, zu bestimmen“.

„Zusammengesetzte Bevölkerung — Volksabstimmung“, diese beiden Worte umreißen das französische Programm. Für die wissenschaftliche Untersuchung scheidet in diesem Zusammenhang selbst die Frage aus, ob der Hinweis auf die angebliche Gemischtheit der Bevölkerung eine bewußte Unwahrheit oder eine grobe Unkenntnis darstellte. Unverrückbar steht auf jeden Fall heute fest, daß die von Clemenceau im Viererrat mit Gefühl vorgetragene und als Betrug nunmehr längst entlarvte Geschichte von den 150 000 Saarfranzosen, die angeblich in einer Petition um „Rückkehr“ zu Frankreich baten, den entscheidenden Widerstand Wilsons und Lloyd Georges (die beide von den Verhältnissen im Saargebiet keine Ahnung hatten) gegen die französischen Pläne auf Schaffung eines selbständigen, der deutschen Hoheit entzogenen Saargebietes entwaffnete. Für Frankreich wurde allein dadurch der Weg zum Ziele — endgültige Trennung von Deutschland — geöffnet. Ohne das Manöver Clemenceaus wäre die Lockerung der staatlichen Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland niemals zustande gekommen.

Die französische Rechnung erwies sich, was die Bevölkerung anging, als grundfalsch. Entweder hatte man den reindeutschen Charakter der Einwohner übersehen oder die Schwierigkeiten, diese in ihrem national bedingten Wesen zu ändern, unterschätzt. An dieser Tatsache änderte natürlich nichts die von der ganz unter französischem Einfluß stehenden Regierungskommission geflissentlich eingeführte künstliche Unterscheidung zwischen im Saargebiet geborenen und dort nicht geborenen Personen. Letzteren wird heute noch — der Kuriosität halber sei es erwähnt — das passive Wahlrecht zum Landesrat vorenthalten, obwohl sie sich durch nichts von den „Eingeborenen“ unterscheiden. Ein gewiß unverdächtigere Zeuge, der nationalistiche „Metzer Messin“, urteilte am 7. Dezember 1925 wie folgt: „Wenn die Verfasser des

Versailler Dokumentes sich die Mühe genommen hätten, sich zu informieren und persönliche Erkundigungen einzuziehen, so hätten sie gefunden, daß die geschichtliche Zersplitterung Deutschlands auf das Saargebiet, das ebenso preußisch wie Brandenburg ist, keine Anwendung findet“.

Die äußeren Bedingungen, zum Ziel zu gelangen, lagen dagegen für Frankreich denkbar günstig. Der Grubenbesitz sicherte in dem von der Kohle abhängigen Industriegebiet die wirtschaftliche Vorherrschaft. Kohlenboykott brachte die Aktienmehrheit der gesamten Saarindustrie sehr rasch in französische Hände, von den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken abgesehen. Die — nebenbei bemerkt vertragswidrige — Einführung des französischen Franken als alleinige gesetzliche Währung im Juni 1923 und schließlich der Zollanschluß des Saargebietes an Frankreich am 10. Januar 1925 vervollständigten die zwangsweise wirtschaftliche Orientierung nach dem Westen. Nur ein Faktor drehte sich nicht mit: die Bevölkerung, und hier versagten auch die Zwangsmittel.

Die französischen Bestrebungen, die Einwohner des Saarbeckens für Frankreich zu gewinnen, setzten naturgemäß mit besonderem Nachdruck bei den Gruben ein, deren Arbeiter, mit Angehörigen fast 30 % der Bevölkerung ausmachend, in direkter Abhängigkeit von der französischen Regierung standen. In richtiger Einschätzung der Rolle, die der Jugend im Jahre 1935 bei der Abstimmung zufallen würde, errichtete man französische Grubenschulen, die, wiederum im Widerspruch zum Versailler Vertrag (der diese nur für die Kinder des französischen Grubenpersonals vorsah), auch den Kindern der deutschen Bergleute, ja sogar solchen von Nicht-Bergleuten, zugänglich gemacht wurden. Mit Vergünstigungen (Lehrmittelfreiheit, Weihnachtsbescherungen usw.), mehr aber noch durch Drohungen und Bestrafungen brachte es der französische Fiskus unter rücksichtsloser Ausnützung seiner Macht als größter Arbeitgeber zuwege, daß vorübergehend etwa 3000 Kinder — ca. 3—4 % der gesamten Schuljugend — dem französischen Schulunterricht beiwohnten. Hilfsstellung leistete dabei die Regierungskommission, die trotz der klaren Rechtslage des Saarstatutes gegen diese Ausbreitung des französischen Schulwesens keinen Einspruch erhob, ja sogar verhinderte, daß die einheimischen Volksschulen dieselbe materielle Vergünstigung (Lehrmittelfreiheit) wie die französischen Domanienschulen boten. Wandel wurde erst nach jahrelangen Vorstellungen des Landesrates und der deutschen Regierung in Genf geschaffen, als auf Anweisung des Völkerbundsrates die Regierungskommission 1924 eine Verordnung erließ, die allen Bergleuten Schutz zusagte für den Fall, daß ihnen Nachteile erwüchsen, wenn sie ihre Kinder nicht in die französischen Schulen schickten. Von diesem Zeitpunkt an setzte eine starke Rückwanderung in die deutsche Volksschule ein, so daß heute bereits die französischen Schulen im Saargebiet auf den Aussterbeetat gesetzt sind. Ebenso groß war der Miß-

erfolg, den Frankreich mit der Gründung einer franzosenfreundlichen Partei erlitt. Unter der Parole „Das Saarland den Saarländern“ machte der von dem französischen Propagandaoffizier Richert ins Leben gerufene sog. Saarbund mit gekauften Elementen separatistische Propaganda. Die Zugehörigkeit zu diesem Bunde bildete lange Zeit die Voraussetzung dafür, daß man auf den Gruben befördert werden konnte. Unter den zahlreichen Druckmitteln, die seitens französischer Bergbeamter zur Mitgliederpressung angewandt wurden, spielte die rigorose Verfügung über die dem Fiskus gehörigen Grubenwohnungen eine besondere Rolle. Als der Saarbund sich stark genug glaubte, versuchte er anläßlich der Landesratswahlen im Januar 1924 einen entscheidenden Vorstoß, indem er eine eigene Liste aufstellte. Trotz enormer Propaganda fiel er jedoch durch. Von den 30 Mandaten konnte er keines erringen. Auch sein mit französischen Regierungsmitteln ins Leben gerufenes Propagandaorgan, der „Neue Saarkurier“ (der sich bezeichnenderweise ursprünglich im Untertitel „Nouveau Courier de la Sarre“ nannte und zur Hälfte in französisch erschien, trotz reiner Deutschsprachigkeit des Gebietes) versuchte vergeblich die Enttäuschung über den Wahlausgang zu verbergen. Der katastrophale Mißerfolg des Saarbundes wird weiterhin illustriert durch das Ergebnis der Sicherheitsmännerwahlen im Bergbau, die ein Jahr später, im Januar 1925, stattfanden. Von über 40 000 Stimmen entfielen auf den Saarbund knapp 70 (siebzig). An dieser Stelle verdient der hervorragende Anteil hervorgehoben zu werden, den die Gewerkschaften, dank ihrer Geschlossenheit, an der Vereitelung der französischen Pläne hatten. Diese Geschlossenheit und Disziplin war um so bemerkenswerter, als sich die Gewerkschaften im Saargebiet eigentlich erst nach der Revolution in beachtlichem Ausmaß entwickelt hatten, da vor dem Erlaß des Hilfsdienstgesetzes Ende 1917 die Koalitionsfreiheit im Saargebiet praktisch sehr stark eingeschränkt war.

Was von der in besonderer Weise den französischen Bestrebungen ausgesetzten Bergarbeiterschaft gilt, hat in gleichem Maße Geltung für die gesamte Saarbevölkerung. Es bedarf, um ein Beispiel der jüngsten Zeit zu nennen, nur des Hinweises auf den geradezu überwältigenden Verlauf der Jahrtausendfeier, die in schönstem Sinne aus dem Volksempfinden heraus, trotz Not und Sorge ein freudiges Bekenntnis zu Deutschland wurde. Zusammenfassend läßt sich sagen: Der innere Widerstand der Bevölkerung des Saargebietes gegen die französischen Bestrebungen war zu stark, um überwunden werden zu können.

Gleichwohl wäre es verfehlt, allein diesen Faktor für die veränderte Einstellung Frankreichs zur Saarfrage entscheidende Bedeutung beimessen zu wollen. Auch die Saarfrage, deren Entscheidung offiziell bei dem Völkerbund liegt, wird nach Machtgesichtspunkten geregelt werden. Angesichts des starken Menschenverlustes, den Frankreich durch den Krieg erlitten hat, des schleichenden Tempos seiner Bevölkerungsvermehrung, angesichts der Last der äußeren und inneren

Staatsschulden, nicht zuletzt aber der kolonialen Schwierigkeiten und der zunehmenden Erstarkung Deutschlands entsteht für die französische Politik die Aufgabe, ihre abnormal erweiterte Machtsphäre auf ein Maß zu bringen, das sie mit den verfügbaren Machtmitteln auf die Dauer behaupten kann. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, erscheint allerdings bei oberflächlichem Hinsehen für Frankreich der Besitz der Saargruben, der Saarindustrie und des saarländischen Absatzmarktes verlockend. Die Rentabilität der Saargruben ist jedoch, wie man weiß, trotz Raubbau im letzten Jahre so stark gesunken, daß die Behauptung dieses Wirtschaftsbesitzes auf die Dauer kaum ins Gewicht fallende finanzielle Vorteile bietet. Zudem ist die Kokserzeugung der Saargruben so gering, daß sie im Hinblick auf den enormen Bedarf der lothringischen Industrie gar keine Rolle spielt. Die sich aus der Zollabschnürung ergebenden Schwierigkeiten für die bekanntlich überwiegend in französischem Kapitalbesitz befindliche Saarindustrie treten zur Zeit zwar in ihrem normalen Ausmaß noch nicht in die Erscheinung, da das Reich durch umfangreiche Zollstundungen die Unterbindung der Ausfuhr nach Deutschland bisher verhindert hat. Außerdem läßt die produktionsbegünstigende Wirkung der Frankeninflation die schweren Schädigungen, die sich unter normalen Bedingungen aus der Verdrängung der Saarproduktion von ihrem natürlichen deutschen Absatzmarkt ergeben, nicht wirksam werden. Früher oder später werden aber diese latenten Schwierigkeiten die Rentabilität des französischen Kapitalbesitzes, einschließlich der Gruben, in Frage stellen.

Es wäre zu weit gegangen, wollte man von diesem Rentabilitäts Gesichtspunkt eine entscheidende Rückwirkung auf die Einstellung der französischen Politik zur Saarfrage erwarten. Die tieferen Ursachen liegen in der politischen Kräfteverschiebung beschlossen, deren Entwicklungsrichtung eingangs schon mit den Worten Versailles—Locarno angedeutet wurde. Der völlige Umschwung, der sich seit Versailles vollzogen hat, wird durch die veränderte Haltung der Ententestaaten zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund mit geradezu klassischer Deutlichkeit illustriert. Während Deutschland früher als unwürdig bezeichnet wurde, im Völkerbund einen Sitz innezuhaben, bemüht man sich heute, es zur Annahme eines Platzes in Genf zu bewegen. Gewiß nicht aus reiner Nächstenliebe. Man braucht Deutschland. Die Weltwirtschaft ist durch die Kriegs- und „Friedenswirkungen“ grundlegend verändert worden, notwendige Absatzmärkte sind in Übersee verloren gegangen, die Konsumptivkraft Europas und Rußlands wurde erheblich verringert. Die Vereinigten Staaten, ehemals Schuldner, sind heute die Gläubiger Europas geworden. Dazu Arbeitslosigkeit in England, Währungskrise in Polen, Belgien, Frankreich. Die Überspannung der politischen Macht, die Entstehung des Bolschewismus, die Heranziehung der Farbigen zum Kampf gegen die

Weißten, haben im Endeffekt zu einer Krise bei den „Siegerstaaten“ geführt, die die Zusammenfassung aller Kräfte notwendig macht. Marokko, Syrien, Indien, China, überall wird der Bestand der europäischen Herrschaft bedroht. Die Tendenz Englands und Frankreichs ist unverkennbar, sich zunächst von der Sorge zu befreien, die mit der Aufrechterhaltung einer Zwangspolitik gegenüber dem erstarken Deutschland notwendigerweise verbunden ist, um Kräfte für die Verteidigung der in Außer-Europa bedrohten Interessen frei zu bekommen. Das in dem Vertrag von Locarno festgelegte System der wechselseitigen Grenzgarantien und Friedenssicherung scheint geeignet, dieses Bedürfnis zu befriedigen. Der harte Kampf, der in Locarno um die Auslegung des Artikels 16 des Völkerbundsstatutes geführt wurde, läßt deutlich erkennen, welche große Bedeutung man einer deutschen Unterstützung der Völkerbundspolitik beimißt. Diese Politik hat eine Stabilisierung der Verhältnisse in Europa zur Voraussetzung. Es müssen daher alle Gefahrenpunkte bereinigt werden. Als solchen „Gefahrenpunkt“ in Europa“ bezeichnet der angesehen englische Journalist Robert Donald das Saargebiet. Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, erscheint die vorzeitige Lösung der Saarfrage weniger als ein Effekt, der sich aus dem plötzlich entdeckten Friedensgeist von Locarno ergeben wird — wie schwach dieser Geist noch ist, hat die Unaufrichtigkeit der Entente-politik, die letzten Endes an dem jüngsten Genfer Fiasko schuld ist, gezeigt —, sondern als eine Angelegenheit, die der Notwendigkeit entspringt, aus weltpolitischen Erwägungen mit Deutschland zu einem Friedenszustand zu gelangen.

Man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß die deutschen Unterhändler in Locarno ihre Zusage zum Beitritt Deutschlands in den Völkerbund u. a. von der Bedingung abhängig gemacht haben, daß in nächster Zeit ernsthaft an die Regelung der Saarfrage herangegangen wird. Sobald Deutschland dem Völkerbund angehört, wird es ihm bei der öffentlichen Diskussion der Saarfrage zugute kommen, wenn es darauf hinweisen kann, daß die Saarbevölkerung (wie wir oben an einigen Beispielen kurz geschildert haben) tatsächlich rein deutsch ist und die Voraussetzung, unter der die Klausel der Volksabstimmung zustande kam, eine rein trügerische war. Es wird m. E. weiter anführen können, daß selbst die längere Überlassung der Saargruben an Frankreich juristisch kaum noch zu rechtfertigen ist, da die Gesamtrepationsverpflichtungen Deutschlands durch den Dawesplan einheitlich geregelt sind. Auch die Begründung, daß Deutschland die Saargruben als Ersatz für den Förderausfall der im Kriege zerstörten nordfranzösischen Zechen schuldet, ist nicht mehr stichhaltig, da diese die Friedensförderung schon wieder überschritten haben.

Als einzige Lösung kommt für das Saargebiet nur eine vorbehaltlose Rückgabe an Deutschland in Frage. Wenn über den Zeitpunkt dieser Lösung auch nichts Bestimmtes gesagt werden kann, so steht heute jedenfalls schon fest, daß sie den in Versailles von Frankreich verfolgten Absichten entgegengesetzt sein wird.

ERICH OBST: BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Genf liegt hinter uns. Der „Geist von Locarno“, vor dem wir in den vergangenen Monaten immer und immer wieder warnten, hat sich als tönende Redensart und nicht mehr erwiesen. Noch einmal bietet uns das Schicksal eine kurze Frist zur Überprüfung unserer außenpolitischen Orientierung. Werden die Parteien und die Regierungskreise diese Gelegenheit nutzen oder hat sie der „Geist von Locarno“ bereits derart umnebelt, daß sie im Spätherbst vergnüglich wieder dorthin zurückkehren, wo man den feierlichst Eingeladenen eben einen so schmachlichen Korb erteilte?

Wir Deutschen werden offenbar nicht klug, sondern beharren darauf, die Welt zu sehen, wie wir wünschen, daß sie wäre, statt wie sie ist. Niemand redet im Ernst dem Revanchekrieg das Wort, jeder von uns erstrebt heiß und inbrünstig Frieden und Freiheit, jeder sehnt sich wahrhaftig nach dem Zeitalter internationaler Verständigung, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Aber was ist schließlich mit diesem deutschen Wunsch erreicht in einer Zeit, in der Italien, Frankreich und England nach ganz anderen Grundsätzen in altbewährter Weise egoistische Politik treiben und hinter der geschickt zur Schau getragenen Völkerbundsmaske lediglich ihre selbstsüchtigen Absichten verbergen?

Die Spatzen pfeifen es ja doch vom Dache, daß man uns auch in Locarno wieder in der übelsten Weise betrog. Während man uns einen ständigen Ratssitz zusicherte und uns damit einlullte, daß wir künftighin als „gleichberechtigte Großmacht“ an der Gestaltung des neuen Europa und der Welt entscheidend mitwirken könnten, parierten im geheimen sowohl Chamberlain als Briand mit kühnen Zügen und schoben auf dem Schachbrett des Genfer Völkerbundspieles ihre Figuren derartig hin und her, daß der theoretisch mögliche deutsche Einfluß von vornherein ausgeschaltet war. Ohne uns auch nur die mindeste Andeutung zuteil werden zu lassen, versprach in Locarno bereits der Franzose den Polen, der Engländer den Spaniern einen Ratssitz!

Lassen wir uns doch durch das Genfer Intrigenspiel nicht irre machen. Ob Brasilien oder irgend ein anderer Staat auf Geheiß von U. S. A. bzw. der Genfer Großmächte sein Veto gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund einlegte, ist letzten Endes belanglos. Wichtig ist und bleibt allein die Tatsache, daß Frankreich und England von vornherein hinterhältig waren und Deutschland unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zur Westorientierung verleiteten. „Revanche pour Rapallo“ war ihre Losung, und sie haben ihr Ziel vorerst erreicht. Grollend und schmollend steht Rußland bei Seite; bohnlächelnd weisen uns die Westmächte ab; Deutschland ist mehr denn je isoliert. Es lebe der „Geist von Locarno“!

Wer noch daran gezweifelt hat, daß der Genfer Völkerbund die ihm angeblich zugrunde liegende Idee tatsächlich nicht verwirklicht, der muß nunmehr klar sehen oder ihm ist überhaupt nicht zu helfen. Einen Weltvölkerbund stellt die Genfer Organisation keineswegs dar, denn ihm fehlen die beiden Riesenstaaten Rußland und U. S. A. Von einem Europäischen Völkerbund kann man ebenso wenig sprechen; lebenswichtige Belange der Alten Welt

werden von südamerikanischen Staaten entschieden, die ihrerseits gegen jede Einmischung des Völkerbundes durch die Monroe-Doktrin geschützt sind. Was also soll dieser Zwitter? Was hat Deutschland zu suchen in einer Machtorganisation, in der eine Fülle von Statisten nach der Pfeife Englands, Frankreichs oder Italiens tanzen, die klugen Ostasiaten sich über alle Pläne der Europäer informieren und schließlich ein kleiner Kreis ehrlicher Idealisten anzweifelt, aber ohnmächtig gegen das taktische Hin und Her der Großen ankämpft? Möchte Deutschland nicht die Idee eines europäischen Bundes, wohl aber deren gegenwärtige Erscheinungsform nach den bitteren Erfahrungen von Genf entschieden verwerfen, möchte es unter allen Umständen die Aufforderung, an der Untersuchung einer Umgestaltung des Völkerbundesrates teilzunehmen, als selbstverständliche Unmöglichkeit ablehnen. Wir erklärten uns in Locarno bereit, in den Völkerbund, wie er damals bestand, einzutreten. Schon das war u. E. ein verhängnisvoll falscher Entschluß. Ändert man nun aber gar die Struktur des Völkerbundes, so haben wir abseits zu stehen, um nach erfolgter Umgestaltung seitens der Bundesmitglieder erneut zu prüfen, ob der Eintritt in diese „Gemeinschaft“ den Lebensinteressen des deutschen Staates und Volkes entspricht.

Im Laufe der nächsten Monate werden wir aber nicht nur dem Völkerbund und seiner allgemeinen Entwicklung größte Aufmerksamkeit zu schenken haben, sondern zugleich sorgfältig das Spiel hinter den Kulissen beachten und die großen, raumpolitisch wichtigen Ereignisse werten müssen. Die Geheimdiplomatie ist ja bekanntlich abgeschafft worden, wenigstens — auf dem Papier. In Wirklichkeit blüht und gedeiht sie natürlich allenthalben wie kaum je zuvor. Von Wichtigkeit für uns ist nicht bloß das ränkevolle Hin und Her der Großmächte, sondern mindestens ebenso die geheimnishaften Geschäftigkeit der Vasallen, z. B. des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch. Über den wirklichen Inhalt der Wiener Aussprache dieses Staatsmannes mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Ramek wissen wir natürlich nichts genaues. Aufmerksamen Beobachtern konnte es aber nicht entgehen, daß diese beiden Politiker auch während der Genfer Völkerbundtagung auffallend oft miteinander verhandelten. Wir halten es keineswegs für ausgeschlossen, daß hierbei der Plan eines neuen mitteleuropäischen Staatenbundes eingehend erörtert wurde, spielt doch Benesch bekanntermaßen seit langem mit dem Gedanken, eine „Locarnogemeinschaft für Mitteleuropa“ zustande zu bringen. Die Tschechoslowakei, Österreich, Jugoslawien, Rumänien und Polen sollen sich zu diesem neuen Block zusammenfügen. Auf diese Weise würde in erster Linie Ungarn vollkommen isoliert werden; aber ein Blick auf die Karte zeigt, daß damit gleichzeitig uns die Beziehungen zu Rußland in abermals verstärktem Maße unterbunden werden könnten und daß unser großdeutsches Ziel hierdurch in weite Ferne gerückt würde. Dr. Ramek hat nun zwar in Berlin viele schöne Worte für die deutsche Kulturgemeinschaft gefunden, indessen seine Beschwichtigung nach Italien und seine Reise nach Prag geben trotz alledem sehr zu denken. Wir werden die Augen aufhalten müssen, um nicht vollends ein Opfer der französischen Kontinentalpolitik zu werden.

Nicht mindere Beachtung verdient die geheimnisvolle Europareise des süd-slawischen Außenministers Nintschitsch. Die Unterredung zwischen Mussolini und Nintschitsch wird vielfach im Sinne einer politischen Neu-

gruppierung in Mittel- und Osteuropa gedeutet. In der Tat scheint sich trotz des Scheiterns offizieller Bündnisse eine Annäherung zwischen Italien und den Ländern der Kleinen Entente angebahnt zu haben. Will Mussolini damit seinen Brandreden gegen Deutschland einen realpolitischen Hintergrund geben? Oder plant er eine besondere, die französischen Pläne durchkreuzende politische Neugliederung Osteuropas unter Führung Italiens? — Die Eile, mit der bald darauf Nintschitsch von Briand empfangen wurde, spricht jedenfalls dafür, daß die Franzosen hier irgendwelche Gefahr wittern. Für uns Deutsche mag die Rivalität Frankreichs und Italiens in Mittel-Osteuropa nur von bedingtem Interesse sein. Wichtig aber dünkt uns, daß das Kesseltreiben gegen Deutschland in jedem Falle unter französischer oder italienischer Führung emsiglich weiter geht. An dieser Tatsache ändert der Entente-Wortschwall am Schluß der Genfer Tagung nicht einen Deut. Uns berühren nicht schöne Redensarten, sondern allein die Taten, und die lassen fürwahr für die Zukunft nichts Gutes erhoffen. Europa will nun einmal nicht Vernunft annehmen, sondern besteht darauf, sich weiterhin selbst zu zerfleischen.

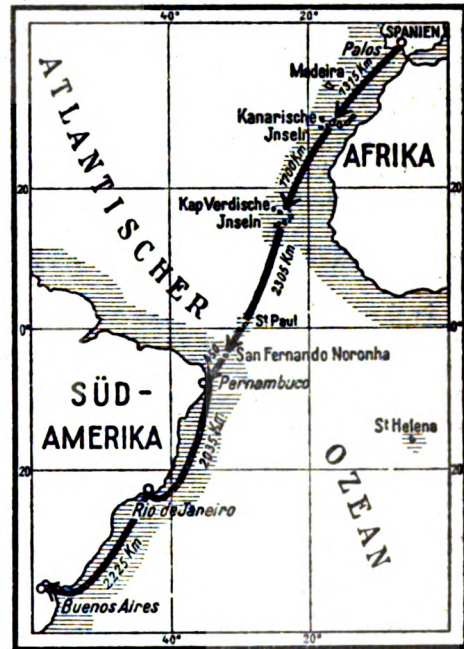
Wie wenig der Genfer Völkerbund eine Gemeinschaft gleichzeitiger Staaten darstellt, wurde u. a. auch durch den Abschluß des französisch-türkischen Abkommens offenbar. Auch hier selbstverständlich Geheimpolitik wie in der guten, alten Zeit. So viel indes ist sicher, daß die uralte französisch-englische Rivalität in Vorderasien infolge dieses Abkommens erneut aufgelebt ist. Frankreich hat augenscheinlich der Türkei diejenige Teilstrecke der Bagdadbahn abgetreten, die bisher abwechselnd durch türkisches und durch syrisches Grenzgebiet gegangen und gemeinsam verwaltet worden ist. Diese Maßnahme wird in England aus naheliegenden Gründen als eine Bedrohung des englischen Irak angesehen und entsprechend beurteilt. Kennzeichnend sind die Bemerkungen des „Economist“ vom 6. März 1926 (S. 449): „If France is to be neutral in a hypothetical Anglo-Turkish conflict, presumably that rules out any use of the Syrian section of the railway, in that contingency, by the Turkish Army. So far so good; but is France entitled to pledge herself to neutrality in such a contingency? As a member of the League, would she not be found juridically to take economic action against Turkey if Turkey contravened the League's award? And as a signatory of the Lausanne Treaty, would she not be bound morally to come to the aid of Great Britain in maintaining it, seeing that Great Britain, under the Locarno Agreements, has undertaken to come to the aid of France in maintaining the Treaty of Versailles? These doubts can only be set at rest by the publication of the text of the new French agreement with Turkey.“ Sehr richtig! Aber Frankreich wird vermutlich alles andere tun, als dem „treuen englischen Verbündeten“ reinen Wein über die Verständigung mit der Türkei einschenken. „Eine Hand wäscht die andere“, meint der Economist; aber Frankreich findet es vorteilhafter, für alle Fälle zwei Eisen im Feuer zu haben. Und das sind die Führer des angeblich auf Gerechtigkeit und gegenseitiges Vertrauen eingestellten Genfer Völkerbundes!

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Großmächte die Völkerbundspolitik Brasiliens irgendwie beeinflußt haben. Vielleicht hören wir demnächst von einer Brasilien gewährten Anleihe oder von der Zustimmung der Groß-

mächte zu dem von Brasilien so heiß erstrebten Weltkaffee-Trust. Indessen damit allein ist andererseits nicht alles erklärt. Der geopolitische Chronist darf nicht übersehen, daß seit einiger Zeit innige Beziehungen zwischen den iberischen Staaten und Südamerika in Gang gekommen sind, und daß dieses Wiedererwachen uralter Gemeinschaft für die zukünftige Weltpolitik möglicherweise von Bedeutung werden kann. In dieser Beziehung spielen Portugal-Brasilien nur eine untergeordnete Rolle, weil Portugal als inoffizielle englische Kolonie wohl kaum eine selbständige Außenpolitik größeren Stiles treiben darf. Unendlich viel wichtiger ist der Hispano-Amerikanismus, der

Gedanke eines irgendwie gearteten Zusammenschlusses aller Völker spanischer Zunge. Mit mannigfachen Ausstellungen hüben und drüben begann diese Freundschaft, gegenseitige Besuche von Politikern, Wirtschaftlern und Gelehrten vertieften sie, und der Südamerika-Flug des spanischen Majors Franco hat schließlich die Begeisterung zu heller Flamme entfacht. Auf einem Dornier-Wal deutscher Konstruktion legten Franco und seine Kameraden in der Zeit vom 22. Januar bis 11. Februar 1926 den 10 120 km langen Weg (gleich ein Viertel der Äquatorlänge) von Palos über die Kanarischen Inseln — Kap Verdische Inseln — San Fernando Noronha — Pernambuco — Rio de Janeiro nach Buenos Aires zurück (Skizze). Die meisterhafte Navigationskunst Francos verdient aufrichtige Bewunderung; die politischen Folgen dieses kühnen Unternehmens können sehr weittragend werden. Diesseits und jenseits des Atlantik feiert man den Flug von Palos nach Buenos Aires als Großtat und Triumph der gesamten spanischen Volkheit. Der Freudentaumel kennt keine Grenzen.

Allerorten Festzüge, Ansprachen, Feuerwerke, Festmahle, Glockenläuten und feierliche Tedeum-Gottesdienste, jubelnde Hochrufe auf die Flieger, auf Spanien, auf Argentinien. Der 11. Februar ist zum Nationalfeiertag der spanischen Luftschiffahrt erhoben worden. Die Regierung hat eine weitgehende Amnestie erlassen u. a. m. Und das Echo in Argentinien ist nicht minder groß. Mit einem Schlage entsinnt sich die gesamte spanische Nation der gemeinsamen, sie alle verbindenden Abstammung und Kultur. Die Hafenstadt Palos, von der Christoph Columbus 1492 in See stach, um auf dem Wege gen Westen Indien zu erreichen, ist in aller Munde und wird mählich zu einem Symbol eines machtvoll sich regenden Panhispanismus. Vergessen die vielen Schlappen und Niederlagen, die



Zur ersten Flugzeug-Überquerung des Atlantik durch den spanischen Major Franco (22. Januar bis 11. Februar 1926)

das einst so siegesstolze Spanien in den letzten Jahrzehnten allenthalben erlitt. Ein neues, größeres Spanien erhebt, und brüderlich reichen sich Mutterland und einstige Kolonien die Hände. Schon spricht man von regerer Ausgestaltung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, schon hört man hier und dort das Wort „politische Kooperation“. Und Franco ist ja noch nicht einmal am Ende seiner Pläne. Durch das gesamte Lateinamerika beabsichtigt er zu fliegen, überall der Bote herzlichster mutterländischer Grüße zu sein. Die sportliche Fliegerleistung Francos wächst sich ersichtlich zu einem politischen Ereignis von großer Bedeutung aus.

Wenn wir die glanzvolle Durchführung der Francoschen Atlantik-Überquerung im Zusammenhang mit der Genfer Völkerbundtagung behandelten, so geschah dies mit voller Absicht. Wir wollten zeigen, wie die Geschehnisse allenthalben dazu drängen, das Universalprinzip der Genfer Organisation zu überwinden und umzugestalten im Sinne einer ethnisch, wirtschaftlich oder politisch begründeten Regionalisierung. Das Gesetz der wachsenden Räume drückt der Weltpolitik in der Tat den Stempel auf. Aber der Weg führt augenscheinlich nicht vom Einzelstaat direkt zum Weltvölkerbund, sondern vorerst nur zu einem Zusammenschluß irgendwie einheitlich orientierter Staatengruppen. Erst diese Einheiten niederen Grades werden möglicherweise einmal den Weg zu einem planetarischen Staatenbund finden.

Während in Europa eine Nation gegen die andere intrigiert, die Behandlung der Minderheiten nur in seltenen Ausnahmefällen gerecht und großzügig genannt werden kann (vergl. den preußischen Schulerlaß für die Grenzkreise in Schleswig und die neue Sprachenverordnung in der Tschechoslowakei!), beginnt England mit dem zielbewußten Um- und Ausbau seines Weltreiches. Das gänzliche Versagen der Chamberlainschen Politik in Genf wird eben deshalb so scharf beurteilt, weil der britische Außenminister durch seine Extratouren in Genf die Belange des Empire schwer verletzte, das englische Mutterland um die Ruhe vor dem Kontinent brachte, ohne die die Reorganisation des Weltreiches nun eben tatsächlich kaum möglich ist.

Das Interesse Großbritanniens scheint sich im Augenblick vor allem auf das östliche Afrika zu konzentrieren. In Ägypten ist eine vollkommene Frontänderung der gänzlich unter britischem Einfluß stehenden Regierung festzustellen. Immer mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die Ermordung des Generalgouverneurs im Sudan, Sirdar Lee Stack, nicht von den Anhängern Zaghlul Paschas betrieben wurde, sondern umgekehrt den politischen Feinden dieses volkstümlichen ägyptischen Staatsmannes zuzuschreiben ist. Infolgedessen gilt es für die englische Politik nunmehr, sich irgendwie rasch mit Zaghlul auszusöhnen, um im unteren Nilland bald zu einiger Ruhe zu gelangen. Man stellt daher jetzt das alte (allgemeine) Wahlrecht wieder her, man ebnet einer Modernisierung des öffentlichen Lebens nach fast kemalistisch anmutendem Vorbild den Weg u. a. m. Mit bewundernswürdigem Eifer arbeitet der britische Hochkommissär in Ägypten, Lord George Lloyd, an der Erreichung seines alten Zieles: Schaffung eines modernen „konstitutionellen“ ägyptischen Staates unter Wahrung der englischen Vormachtstellung im Nilland. Zaghlul ist den Briten gewiß im Herzen verhaßt, aber besser im Bunde mit Zaghlul zur Ruhe kommen, als im Streite mit ihm die mediterrane Aus-

gangspforte des östlichen Afrika gefährden. Und überdies soll im Mai die große Kalifatskonferenz in Kairo zusammentreten! Großafrikanische und weltpolitische Gründe vereinigen sich also, um England zum Einschlagen eines neuen Kurses in Ägypten zu veranlassen.

Inzwischen hat der englisch-ägyptische Sudan für das britische Weltreich eine wesentlich gesteigerte Bedeutung gewonnen, denn am 21. Januar 1926 eröffnete Lord George Lloyd feierlichst den gigantischen Staudamm bei Sennar-Makwar oberhalb von Khartum. Zehn bis zwölf Meter tief hat man die Fundamente dieses über drei Kilometer langen, bis zu 39 Meter hohen Staudammes in das Erdreich gegraben. Ein Hauptkanal von 99 Kilometer Länge führt das Stauwasser aus dem Blauen Nil in das bis zu 636 Millionen Kubikmeter fassende Staubecken heran, Bewässerungskanäle von über 900 Kilometer Länge verteilen das segenspendende Naß auf eine Fläche von etwa 125 000 Hektar. Über den Damm hinweg führt eine Eisenbahnlinie, die die Schienenstränge nach El Obeid im Westen und nach Kassala-Gedaref im Osten miteinander verbindet. Mit berechtigtem Stolz feiern die Briten die Vollendung dieses Riesenwerkes, das einst schon Lord Kitchener anregte. Was hier in den Jahren 1914 bis 1925 unter Aufwendung von 12¹/₂ Millionen Pf. St. geschaffen, wird sich erst in Zukunft voll auswirken können. Schon sind 80 000 Acres der fruchtbaren, berieselten Gezira-Ebene mit Baumwolle bepflanzt; die Fläche wird sich in den folgenden Jahren zweifellos verdoppeln und verdreifachen. England steuert mit Riesenschritten auf sein Ziel los, sich von dem Baumwollmonopol der Vereinigten Staaten freizumachen. Die Lancashire-Spinnereien brauchen eine neue cotton famine nicht mehr zu befürchten.

Die gesamten britisch-ostafrikanischen Gebiete südlich des Sudan beschäftigen in letzter Zeit die öffentliche Meinung in hohem Maße. Seitdem 1924 eine englische Parlamentskommission unter Führung des Unterstaatssekretärs im Kolonialministerium Ormsby-Gore alle ostafrikanischen Kolonien kreuz und quer bereiste, wollen die Gerüchte von der Bildung eines Dominion of East Africa nicht mehr verstummen. Man hörte dann gelegentlich von der Tagung britischer Farmer in Tukuju (Langenburg), wo unter dem Vorsitz von Lord Delamere das Thema eines Zusammenschlusses aller britisch-ostafrikanischen Kolonien erörtert und namentlich die Verschmelzung des südlichen Deutsch-Ostafrika mit Rhodesien gefordert wurde. Indessen erst im Frühjahr 1926 lüftete sich der die englischen Pläne verhüllende Schleier etwas stärker. Vom 26. Januar bis 12. Februar fand in Nairobi, der Hauptstadt der Kenya-Kolonie, eine überaus wichtige Zusammenkunft sämtlicher Gouverneure des britischen Ostafrika statt. Anwesend waren die obersten Beamten aus Kenya, Uganda, Tanganyika (Deutsch-Ostafrika), Nyassaland und Rhodesien, außerdem der britische Resident von Sansibar und der Zivilkommissar des angloägyptischen Sudan. Man sprach vor allem über die Vereinheitlichung der Eingeborenenpolitik in allen vertretenen Kolonien, über eine großzügige Verkehrserschließung des Gesamtterritoriums und über die Bildung eines einheitlichen Wirtschafts- und Zollgebietes.

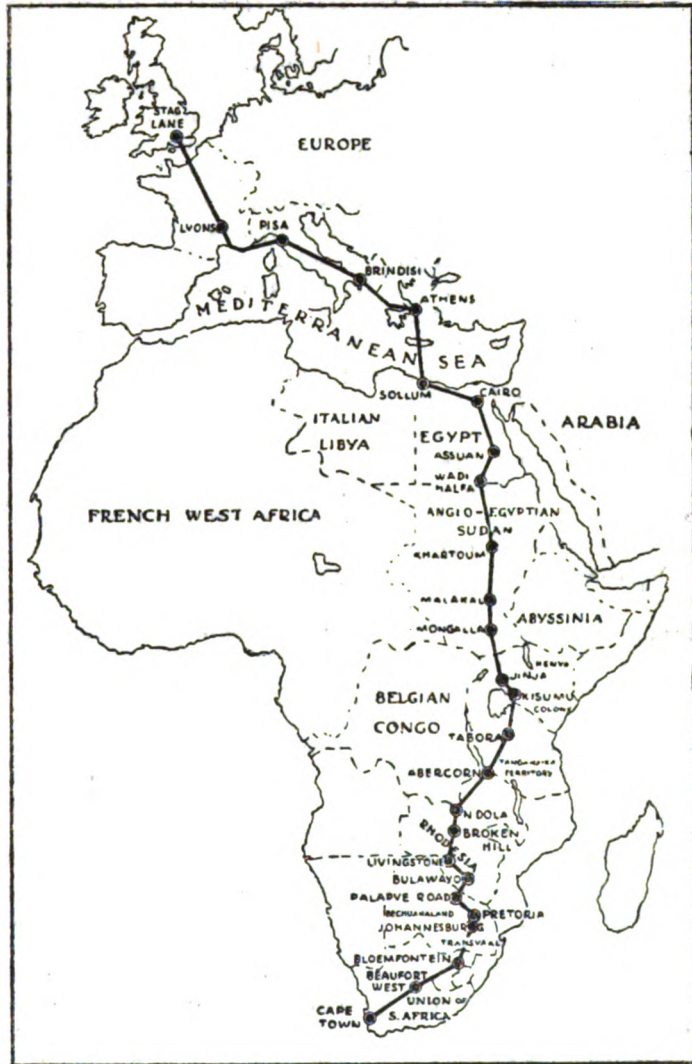
Da die britische Regierung zum Ausbau der Verkehrswege Groß-Ostafrikas den Riesenbetrag von 10 000 000 Pf. St. (200 000 000 Reichsmark!) bewilligt hat, wurde die Ausführung einer Reihe von Bahnbauten beschlossen. Deutsch-

Ostafrika, das der jetzige Gouverneur Sir Donald Cameron als eine der schönsten Juwelen der englischen Krone (!) bezeichnete, steht hierbei stark im Vordergrund. Von der Zentralbahn Daressalam-Kigoma soll u. a. eine Linie nach Südwesten zum Njassasee und nach Nord-Rhodesien, eine andere nach dem Viktoria Njansa im Norden abzweigt werden; das von Stuhlmann und Zimmermann musterhaft eingerichtete Biologisch-landwirtschaftliche Institut in Amani (Deutsch-Ostafrika) soll zur Zentralstelle aller Forschungen über tropischen Pflanzenbau in Ostafrika, das Veterinärinstitut in Mpapua (Deutsch-Ostafrika) zur Zentralstelle für Tierseuchenbekämpfung in Groß-Ostafrika ausgebaut werden.

Die sämtlichen von der Gouverneurskonferenz in Nairobi ausgearbeiteten Leitsätze sind zwar noch nicht veröffentlicht, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß sich hier überaus wichtige Dinge vorbereiten: Die Schaffung eines großen englischen Dominion vom anglo-ägyptischen Sudan bis nach Rhodesien. Daß sich die Engländer bei dieser großzügigen Planung wegen des Mandatsgebiets Tanganyika (Deutsch-Ostafrika) nicht eben von Skrupeln irgend welcher Art beeinflussen lassen, bedarf kaum der Betonung. Henry de Chambons Aufsatz „Les Illusions et les Réalités“ (Revue parlementaire) und die hierin befürwortete Rückgabe der deutschen Kolonien wird von den Briten tatsächlich nicht ernst genommen. Der britische „Geist von Locarno“ kommt brutal deutlich in der Tanganyika-Times vom 15. Januar 1926 zum Ausdruck. „Die englischen Ansiedler“, so heißt es dort, „sind nicht dazu da, um die Nester für die rückkehrenden Teutonen warm zu halten. . . . Die Farce der Mandate sollte man mit der offenen Erklärung von der Aussichtslosigkeit auf eine Herausgabe der Kolonien endlich fallen lassen. Furchtsame Staatsmänner erfanden die „Mandate“ in der Meinung, daß die Wegnahme von Landgebieten gegen das Völkerrecht verstieße und daß England nicht in den Krieg gezogen sei, um ein Stückchen Land zu erobern.“ — Mit diesem „Geist von Locarno“ stimmt auch die Behandlung der nach Deutsch-Ostafrika zurückkehrenden Deutschen durchaus überein. Zwar wurde im Juni 1925 die Einreiseerlaubnis, am 6. November 1925 auch die Genehmigung zum Landerwerb erteilt, aber dieses Entgegenkommen der Londoner Regierung wird von den Mandatsbehörden systematisch sabotiert, indem man den Deutschen vorwirft, sich mit den Eingeborenen gegen England zu verschwören, den englischen Handel durch unsaubere Kreditgeschäfte zu schädigen usw. Kein Wunder, daß die englischen Siedler es wagen, auf die Tagesordnung ihrer Beratung offen einen Punkt wie diesen zu setzen: „Wie der Rückwanderung von Deutschen nach Ostafrika am zweckmäßigsten entgegengewirkt werden kann“. Kein Wunder, daß bei den Landverkäufen die Briten offensichtlich vorgezogen werden und sie sich verpflichten müssen, die von ihnen erworbenen Besitztitel nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Mandatsregierung weiter zu übertragen. — Herr Chamberlain wird gewiß achselzuckend bedauern, daß der Londoner „Geist von Locarno“ leider mit dem ostafrikanischen „Geist von Locarno“ nicht ident sei, daß ihm aber jedes Mittel fehle, von London aus in die Rechte der ostafrikanischen Kolonien einzugreifen. Theoretisch untersteht ja nun Deutsch-Ostafrika letzten Endes dem Völkerbund, aber — worum soll man sich in Genf nicht noch alles kümmern; man hat dort ja so viel „Wichtigeres“ zu tun.

Englands wachsendes Interesse an Groß-Ostafrika dokumentiert sich endlich noch an zwei Flugunternehmungen, die hier nicht übergangen werden dürfen.

Als ebenbürtiges Gegenstück zu der oben behandelten Überquerung des Atlantik von Spanien nach Buenos Aires verzeichnen wir vor allem den glänzenden Flug Alan Cobhams, der im März 1926 die erste Luftreise von London über Lyon — Pisa — Brindisi — Athen — Kairo — Tabora nach Kapstadt und zurück ausführte (Skizze). Diese hervorragende Leistung eines einzelnen wurde ergänzt durch die gleichzeitig stattfindende Royal Air Force Expedition, auf der fünf Maschinen von Kairo nach Kapstadt und zurück starteten. Auch dieser Flug findet im Britischen Weltreich, namentlich natürlich in ganz Ostafrika, ein begeistertes Echo. Die „African World“ vom 13. März 1926 feiert Alan Cobham und seine beiden Begleiter als „a daring trio and a credit to the Imperial race“, sie spricht von der ägyptischen Royal Air Force als einem „aviation centre of great international importance“, beide Unternehmungen bezeugen „the rapidly growing importance of the East African Dependencies“.



Die Flugstrecke Alan Cobhams
(African World)

Die ägyptische Royal Air Force als einem „aviation centre of great international importance“, beide Unternehmungen bezeugen „the rapidly growing importance of the East African Dependencies“.

K. HAUSHOFER: BERICHT AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Gerade an der Stelle des indopazifischen Raums, die (in Heft 3) jüngst in diesen Blättern als die geopolitisch aufschlußreichste für seine nächste Zukunft hingestellt worden war, ist seit diesem Hinweis eine weitere bedeutsame Klärung erfolgt. Die schleichende Krise, die sich zwischen den überseeischen Vertragsmächten und den asiatischen Kontinentalkräften, zwischen Hongkong und Kanton-Swatau, seit acht Monaten hinzog, ist durch die über Kanton und Whampoa verhängte Hafensperre des chinesischen Seezolls zu einer drängenden und gefahrdrohenden Augenblickslösung durchgebrochen. Der Name des Zollinspektors, Hayley Bell, der einen Übergriff des Streikkomitees in die Befugnis des Seezollamts, einen Verstoß gegen das Eigentumsrecht von nicht weniger als fünf Einfuhrstaaten (außer England werden Frankreich, die Niederlande und leider auch Deutschland genannt) mit der Hafensperre beantwortete, wird vielleicht weltgeschichtliche Berühmtheit erlangen.

Der Fall ist mit außerordentlicher Geschicklichkeit von britischer Seite zu einer Verletzung des Grundsatzes der „offenen Tür“ durch die chinesischen Ämter von Kanton gewendet worden, womit man das politische Gewicht der Vereinigten Staaten hinter einen äußerst geschickten Befreiungsversuch Englands aus seiner Abschnürung vom südchinesischen Handel zu gewinnen versucht.

Symbolische Wichtigkeit wird in diesem Fall das Eintreffen des ersten russischen Dampfers von Wladiwostok gewinnen: ob er sich der Zollsperrung fügt oder ob die sowjetfreundliche Kanton-Regierung dabei den Versuch macht, das ganze Gespinnst des chinesischen Seezolls zu zerreißen und damit unabsehbare internationale Wirren aufzurühren, das wird von entscheidender Bedeutung sein. Hat sich die sowjetfreundliche Welle in Kanton übergipfelt und überschlagen, unter der die reiche, küstenlebige, auf Handel und Seefahrt, lebhaften Umschlag in Ein- und Ausfuhr angewiesene Millionenstadt besonders leidet, oder hat sie noch Auftrieb genug; den Rest internationaler Ordnungen in China zu gefährden?

Die Antwort darauf steht in der Geopolitik der Perflußmündung geschrieben. Gerade deren Emporium kann nicht auf die Dauer Stützpunkt eines autarkischen fremdenfeindlichen Abschließungsversuches sein, ohne furchtbar in geopolitischen Daseinsgrundlagen zu leiden.

Ganz besondere Bedeutung erhält — im Anschluß an diesen schwebenden Streitfall an einer der entscheidendsten Stellen der indopazifischen Welt — eine Auseinandersetzung, in der Tschitscherin seine Ansichten über die Abrüstungsmöglichkeiten und einen etwaigen Ausgleich zwischen Rußland und den Angelsachsen in Asien dem klugen Sonderberichterstatteer des Manchester Guardian, Arthur Ransome, ausgesprochen hat.

Was darin über die Stellung der Sowjets zur Abrüstung und dem Ort ihrer Besprechung gesagt ist, gehört in das Gebiet des europäischen Berichtes; aber die Ausführungen über das Verhältnis zur mandchurischen Bahn, zur chinesischen Nationalbewegung und mongolischen Unabhängigkeit, die Beziehungen zum fern- und mittelöstlichen Kommunismus, das Ableugnen aller Eingriffe

in Indien, die Hinweise auf das sowjetfeindliche Spiel der britischen Staatskunst und der drohende Wink über die Gefahr der Überspannung der englisch-russischen Beziehungen bei längerer Dauer dieses Spiels schlagen ganz in den indopazifischen Bereich.

Tschitscherin berührt da in ihrem Kernpunkt die Frage, ob ein Ausgleich zwischen der führenden Macht aus den Tagen des imperialistischen Kolonialsystems und den Vorkämpfern der Selbstbestimmung für alle, auch die farbigen Kulturrassen überhaupt möglich ist, und damit alle ihre Unterfragen: die zunehmende Gruppierung der pazifischen Angelsachsen um das Sternbanner anstelle des Unionjacks auch in Kanada und Australien, die Einstellung zur Zukunft Chinas, Indiens, der Sundawelt, den Ausgleich der über-völkerten und der noch leerstehenden Räume der Erde. Wir sehen in Tschitscherins sogenannter Abrüstungsrede und in der Aufnahme von Pencks Ideen über die Bevölkerungsprobleme der Erde im nächsten Jahrhundert und die Verschiebung des Bevölkerungsgewichts nach den Tropen durch die Angelsachsen die zwei geopolitisch bedeutsamsten Erscheinungen des letzten Berichtszeitraumes, sodaß wir zu beider Auswirkung in dem indopazifischen Raum eingehend Stellung nehmen müssen.

Tschitscherin nimmt unter den führenden Staatsmännern der Erde eine hervorragende Stellung ein im Gebrauch des Rüstzeugs der wissenschaftlichen Politik sowie ihrer geopolitischen Unterlagen. So zeigte auch der erste Teil seiner Ausführungen, wie eingehend er sich mit dem Begriff des potentiellen Wehrwerts seines Landes beschäftigt hatte, den man von Frankreich aus so geschickt zur Unterlage der Abrüstungsvorbereitungen zu machen wußte und bei dessen Erörterung geopolitisches Geschick uneinholbare Vorsprünge für ein Wehrgebiet schaffen kann. Er konnte darauf hinweisen, wie die Rote Armee von 5 300 000 Mann (1920, Herbst, Ende des polnisch-russischen Krieges) auf 1 600 000 (Ende 1921), 800 000 (Ende 1922) und 562 000 heute herabgesetzt worden sei, wie sie nur mehr 4 Mann auf 1000 Einwohner, 31 Mann auf den km der Landgrenze, 1 Mann auf volle 37 qkm des Landraumes und nur 0,4 % der Gesamtbevölkerung betrage. Auf diese Weise ist gerade die Wucht der absoluten Zahl durch die Raumweite verschleiert, und der Beweis eines überlegenen geopolitischen Könnens in wehrgeographischer Anwendung erbracht.

In der Frage der ostchinesischen Eisenbahnwirren bewies Tschitscherin eine den Indern und Ostasiaten völlig ebenbürtige Kunst des Jonglierens mit völkerrechtlichen und geopolitischen Begriffen, bis aus einem äußerst gewandten Streich zugunsten des russischen Schützlings Feng Yu Hsiang gegen den japanischen Chang Tso Lin und den angelsächsischen Wu Pei Fu eine Handlung der wahren Freundschaft für die nach völliger Unabhängigkeit und Einheit strebenden Völker, des Abscheus gegen militaristische Übergriffe (aus denen doch die russische Bahn auf chinesischem Boden entstanden war!), und eine Verteidigung des sonnenklaren, allerdings sehr kapitalistischen Rechtes auf die russische Hälfte des Eisenbahnanteils geworden war.

„Die Sowjetregierung glaubt das Recht zu haben, ihre Sympathie für die nationale Befreiungsbewegung des chinesischen Volkes nicht verbergen zu müssen, die sich sehr schnell entwickelt, stärker wird und ihren politischen Einfluß ausdehnt. Die Sowjetpolitik stellt bestimmt und grund-

sätzlich jeden Unterschied zwischen europäischen und Kolonialvölkern in Abrede und anerkennt deren Recht auf völlige Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Sie steht damit im Gegensatz zum britischen Imperialismus“, dem nun Tschitscherin seine sämtlichen Sünden der Unterstützung früherer Unabhängigkeitsbestrebungen an anderen, ihm genehmen Stellen vorhielt, die er China und den Völkern Asiens verweigere.

Dagegen wolle die Sowjetregierung in China keinen Fremdenhaß entwickeln. Im Gegenteil: „Ein freies, demokratisches China, dessen Schöpfung unsern Beifall hat, wird viel günstigere Bedingungen für enge, freundliche Beziehungen mit allen Landen aufweisen, als ein versklavtes und ausgebeutetes China unter der Bürde ungerechter Verträge. Die Nationalbewegung unterdrückter Völker, mit der wir überall sympathisieren, muß im Gegenteil im allgemeinen zur höchsten Blüte dieser Völker führen.“

Selbst wenn man es nur gesagt bekommt, klingt es doch erfreulich!

Die mongolische Entwicklung schildert Tschitscherin als einen nur auf Bitten der mongolischen Regierung vorübergehend erfolgten Eingriff russischer Truppen, die im Gegensatz zu den britischen in Egypten längst abgezogen seien. „Die Mongolei ist jetzt ein Volksstaat, und der sogenannte Churuldan, das oberste parlamentarische Organ der Mongolei, auf allgemeines Wahlrecht gegründet“ — [in einem Volk, in dem Lesen und Schreiben eine Ausnahmerecheinung ist!] — „Gleichzeitig anerkennt unsere Regierung die chinesische Souveränität“ — von der freilich nicht viel geblieben ist!

„Die Beziehungen zu den Völkern des Ostens“ — (und namentlich den Kommunisten unter ihnen) — „sind auf gegenseitige Freundschaft, eine völlig friedliche Politik ohne jeden Übergriff gegründet . . . und meistens die Folge irgendwelcher Angriffe oder Übergriffe der imperialistischen Völker Asiens gegen uns selber.“ Auf diese Weise sei die Annäherung an die Angora-Türkei, das nationale Persien, die Verstärkung der russischen Lage in Turkestan, der Mongolei und in China entstanden.

„Alle Legenden über unsere Einwirkung in Indien sind aber auf bloße Erfindungen gegründet, und im Zusammenhang damit sei die Bemerkung gestattet, daß wir mit der größten Festigkeit uns an die Bestimmungen des Britisch-Sowjetischen Abkommens von 1921 halten. Die uns feindliche Presse weist auf die Entwicklung der Kommunisten in Indien hin . . . aber wenn es in Indien Kommunisten gibt, sind sie das Ergebnis von Indiens politischer Entwicklung . . ., kann deshalb, weil die kommunistische Partei in Rußland am Ruder ist, verlangt werden, daß die andern kommunistischen Parteien in andern Ländern ihre internationale Zentrale verleugnen?“

Dann geht Tschitscherin zum Angriff vor und wirft — im Gegensatz zur Friedlichkeit der Sowjetpolitik — der britischen Angriffe und Feindseligkeit auf der ganzen Linie vor.

Im Gegensatz dazu sei die Sowjetregierung jederzeit zu einer neuen Verständigung mit England bereit; aber allerdings, je länger der gegenwärtige Zustand steigender Entfremdung dauere, desto sicherer werde er auf die Stimmung der Volksmassen abfärben, und einen Ausgleich erschweren, der allein ein wirklicher Fortschritt zum wahren Frieden sei.

Aber ist ein solcher Ausgleich überhaupt möglich?

Für die Antwort auf diese Frage, die gewiß noch mehr Zukunfts- als

Gegenwartsaufgabe im indopazifischen Erdraum ist, aber doch von jedem durchdacht werden muß, der auf geopolitischen Unterlagen darin seinen Stand nehmen muß in so drängenden Gegenwartsaufgaben, wie dem Ringen zwischen Kanton und Hongkong, dem Kampf zwischen den militärischen Machtexponenten in China, gibt die Aufnahme der Gedanken von Penck über das Bevölkerungsproblem der Erde gewisse Unterlagen. Es ist doch überraschend, mit welchem Verständnis z. B. im Manchester Guardian vom 12. Februar 1926 die Bevölkerungs-Verlagerungen hingenommen werden, an die Penck die Ernährungsmöglichkeit der in drei Jahrhunderten heranwachsenden Menschenmassen von etwa 8 Milliarden knüpft, zu denen die etwa 1,8 Milliarden von heute angeschwollen sein werden, wenn die Bevölkerungsvermehrung nur so weitergeht, wie in den letzten fünfzig Jahren. Aber welchen Rassen werden diese Milliarden angehören? Milliarden, von denen nicht mehr, wie heute 80 % in Eurasien und 9 % in Nordamerika wohnen werden, sondern nur mehr 26 %, das also von jetzt an relativ stillstehen müßte, 29 % in Afrika, 6 in Australien, 14 in Nord- und 25 in Südamerika.

Danach würden die Gebiete, deren Gegensatz jetzt vor allem den indopazifischen Erdraum in Atem hält, China und das britische Reich etwa je 600 Millionen beherbergen können; das letztere freilich ohne Indien — was man verständnisvoll hinnimmt — aber in einer Verschiebung, daß England nur mehr 30, Kanada und Südafrika je 60, Australien 450 Millionen ernähre! Brasilien allein aber gäbe Raum für 1200 Millionen!

Aber wird sich der Wanderdruck der übevölkerten Kulturlandschaften der farbigen Rassen Südostasiens so lange den langsam aufzufüllenden Reserveräumen fernhalten lassen? Namentlich dann, wenn die raumweiteste der weißen Mächte, die an Asien heimgefallenen Sowjets, dabei bleiben, den Standpunkt Tschitscherins einzunehmen, den wir oben wiedergaben?

Wird nicht aus einer einzigen solchen Gegenüberstellung, wie sie der Nachwinter 1926 zufällig an die Hand gibt, klar, wie sehr das Bevölkerungsproblem, die Übervölkerungsfrage in den historischen Menschheitsverdichtungen Mitteleuropas, Indiens und Ostasiens, die Saugkraft der noch menschenleeren Räume, die Fassungsfähigkeit der einzelnen natürlichen Landschaften und gerechte Verteilung des Lebensraums der Kernpunkt jeder weitaussehenden Politik geworden sind, und geopolitische Erkenntnis ihr die Richtungen aufzwingt? Es ist hier nicht die Stelle, sich mit den gewaltigen Ausblicken von Penck grundsätzlich auseinanderzusetzen, sondern nur ihre Auswirkung in den Teilraum indopazifischer Geopolitik mehr anzudeuten, als zu zeigen, wie es sich ganz zwanglos beim Aneinanderhalten mit der Programmrede Tschitscherins ergibt.

Aber lassen sich nicht große langfristige Bewegungen, wie kleine Ereignisse des Alltags gerade im Bereich der Monsunländer und des Pazifischen Ozeans leichter im Lichte solcher Entwicklungen begreifen?

Nehmen wir nur etwa eine jener kleinen spitzen Alarmnachrichten, auf die Tschitscherin anspielte, z. B. den Brief von Sir Percival Phillips, dem Sonderberichterstatter der Daily Mail vom 31. Dezember 1925 über die bolschewistische Offensive auch in den Malaienstaaten! Er schreibt voll Stolz, wie es gelungen sei, die russischen Schiffsbesatzungen durch ein dichtes Über-

wachungssystem vom Betreten des Landes abzuhalten. „Unglücklicherweise ist es nicht ebenso leicht, mit den Attacken aus asiatischen Quellen fertig zu werden! . . . Der Rubber-Boom hat eine gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften gezeitigt. Im letzten Jahr ist die sesshafte Bevölkerung um 125 000 Asiaten, meist Chinesen, verstärkt worden, in den letzten beiden um mehr als 200 000. Diese neuen Rekruten kommen aus Südindien, aus Niederländisch-Indien und Südchina. Die weitreichende Art des Moskauer Angriffs auf das britische Reich wird durch die Tatsache bewiesen, daß bolschewistische Agenten unter allen Zuwanderern gefunden worden sind: Indische unter den Tamilen, Malaiische unter den Kulis aus Java und den Küsteninseln, Kantonesen unter den Arbeitsgemeinschaften, die in Kwangtung und Fukien angeworben waren.“

Wir halten das alles, trotz Tschitscherins Spott, für sehr möglich. — Aber ist nicht auch wahr, daß hier zugleich bodenständige Entwicklungen vorliegen? „Die Bolschewiken benutzen englisches kommunistisches Material mit zweifellosem Erfolg. Reden von Saklatvala (britischer M. P.!) haben guten Umlauf in Indien. . . .“ Aber beginnt hier nicht charity at home? — Hat Großbritannien nicht auch in Deutschland solche Blätter in Umlauf gesetzt? Die Chinesen haben in Singapur ein Zweigbureau der Kuo Ming Tang eröffnet, das man prompt aufhob und als ungesetzliche Vereinigung erklärte. Aber haben nicht die Angelsachsen die Vorläufer der Kuo Ming Tang benutzt, um die alte chinesische Monarchie in die Luft zu sprengen, und Sun Yat Sen beschützt, so lange es ihnen dienlich schien? So zeigt eine solche Einzelheit, eingefügt in den großen Zusammenhang, daß es doch eine politische Ethik gibt, die über dem Augenblicksbedürfnis steht und einen jeden richtet nach seinen Werken, nicht nach den Worten, die sie verschleiern.

Wird nicht mit diesen 200 000 zur Ausnutzung einer Hochkonjunktur in die Malaienhalbinsel verschleppten Arbeitern aller farbigen Rassen, die dort notwendig wurzellos sind und nicht einmal den Anschluß an die politischen Organisationen ihrer Heimat finden können, auch ohne Moskaus Zutun der Wind gesät, von dem man einmal den Sturm in der blühenden und reichen Tropenkolonie mit ihrem höchst labilen Bevölkerungsgemenge erntet?

Ganz so, wie man ihn in Südafrika mit den Inderverschleppungen dorthin, wie auch auf den Fidji-Inseln schon geerntet hat!

Freilich, an einer andern Stelle zeigt uns der großartige Organisationswille, der im britischen Weltreich immer noch lebendig ist, wie man Hauptstädte von künftigen 450 Millionen aus dem Boden stampft. Wenn auch Canberra, die einstige Bundeshauptstadt von Australien, die später einmal mit den Marmorpalästen von Washington wetteifern soll, heute nur etwa 4000 Einwohner und 3000 Bauhandwerker zählt, so wird doch schon 1927 die Massenzuwanderung von etwa 6000 Bundesregierungsleuten beginnen, darunter blutenden Herzens über die Verbannung von der Großstadt Melbourne die 111 Parlaments-Mitglieder sein werden.

Im März 1913 war mit dem Aufbau begonnen worden, der bisher etwa 60 Millionen G.-M., in diesem Jahr weitere 25 fordert. In einer Landschaft zwischen Bergen von 600 bis 2000 m Seehöhe, in einem eigenen, alkoholfrei gemachten Bundesdistrikt werden die regierenden Parlamentarier alle Muße haben, sich mit den australasiatischen Zukunftsfragen zu befassen. Ein

leiser Hauch von monumentaler Langeweile wird ihnen, ähnlich wie in Washington, dabei behilflich sein, bis sie sich dereinst von dem ihnen bei rationeller Besiedlung der Erde geweisagten Völkergewimmel von 450 Millionen umgeben sehen, denen sie einstweilen einen ausgepflockten Zukunftsraum mit ihren 7 Millionen Einwohnern gegen den Andrang der farbigen Rassen freizuhalten haben. Ganz leicht wird nach dem Eindruck dieses Spätwinters ihre Aufgabe nicht sein, und gerade geopolitische Studien werden ihnen dabei manches Kopfzerbrechen verursachen — auch über das, was sie 1914—18 und weiter der vitalsten nordischen Rasse angetan haben.

O. MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Politische Zeitströmungen und wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika

Schon mehrmals wurde an dieser Stelle auf das doppelte Gesicht der Vereinigten Staaten von Amerika hingewiesen. Diese Beobachtung trifft sicher zu. Besonders die ihrem Wesen nach so grundverschieden geartete geographische Orientierung überrascht immer wieder. Amerika blickt ganz anders nach dem Westen als nach dem Osten. Dafür häufen sich in diesen Tagen immer mehr die Belege. Man darf dabei aber keinen Augenblick übersehen, daß das im Grunde doch nichts anderes ist als eine verschiedene Orientierung am Gegenstand und nicht etwa so sehr eine solche aus einer zwiespältigen inneren Konstellation heraus. Die Verschiedenheit des Gegenstandes oder, was dasselbe ist, die gar voneinander abweichenden Interessen der Union an Europa einerseits und an dem pazifischen Raum andererseits verlangen diese Wertung, die dem Gesamtcharakter der vereinsstaatlichen Politik auf den ersten Blick etwas sehr Problematisches aufzuprägen scheint. Der problematische Knoten schürzt sich mit der Antithese der Symptome. Im Osten ist der Rückzug der Union aus dem europäischen Kraftfeld heraus — viel zu bekannt, als daß über die einzelnen Phasen zu handeln wäre — seit dem Weltkrieg zu beobachten; nur der Wirtschafts- und besonders der Kapitalverflechtung mit Europa wird ein immer größeres Interesse geschenkt. Vorsicht und fast Zaghaftigkeit gegenüber all den brennenden Fragen Europas charakterisiert die vereinsstaatliche Politik. Im pazifischen Raum dagegen nimmt die Union mindestens eine scharf beobachtende Wächterstellung ein; ja, die Vereinigten Staaten scheinen immer auf dem Sprung zu sein, ihren Machtbereich hier im gegebenen Augenblick auszubauen. Rein wirtschaftliche Durchdringung und territorialpolitischer Ausdehnungswille, Sicherung des Friedens und militärische Rüstung, menscheitsbeglückende Weltmission und Nationalismus, Ausbildung eines alleinamerikanischen Kraftfelds und Streben nach Hegemonie im imperialistischen Ringen der Weltmächte, das sind die sich in ihrer ganzen Eigenart widersprechenden Symptome, auf die eine Einzelbetrachtung immer wieder stößt. Das Problem ist darin zu sehen, ob sie der Ausdruck einer scharfen Zwiespältigkeit der inneren Konstellation sind, oder ob sie letzten Endes doch aus

einem einheitlichen politischen Willen erwachsen. So einfach ist es sicher nicht zu lösen, daß man das eine Gesicht als das wahre bezeichnen und das andere etwa durch seinen diametralen Kontrast charakterisieren könnte. Es hat viel für sich, Nationen wie Einzelmenschen beurteilen zu wollen; und doch darf man sich keinen Augenblick darüber im unklaren sein, daß Wille und Gefühl bei einer Nation in ganz anderer Weise beurteilt sein wollen als bei Einzelindividuen. Sie sind Komplexerscheinungen, die unter der angleichenden Wirkung im Ringen der Lebensäußerungen miteinander entstanden sind. Darum kommt ihnen eine viel größere Kontinuität und darum auch eine viel größere Wahrheit zu. Es entstehen damit im politischen Leben Größen, die die Rechnung mit am meisten bestimmen. Es sind Größen, die man für eine bestimmte Zeit bzw. Zeitspanne gar nicht so sehr zu den Impoderabilien rechnen darf. Sie äußern sich in Wirkungen, freilich am Gegenstand gemessen, ziemlich gleichmäßig und gleich stark. Nur ihrer Erfassung selbst stellen sie den bedeutendsten Widerstand entgegen. Die Wege sind nicht einfach, die ihnen beizukommen vermögen, und es bedarf oft kenntnisreichster Versenkung in einzelne Bestrebungen und Bewegungen, um Aufschluß über diese wichtigen Faktoren zu gewinnen.

Eine solche Kenntnis scheint mir bei dem klugen Träger der deutschen Friedensbewegung, Ludwig Quidde, vorzuwalten, in die er uns neulich in einem längeren Bericht Einblick gestattete. Es will mir scheinen, als ob er es verstünde, mehr hinter die Außenseite der Dinge zu blicken und ihr Wesen zu begreifen, als das vielfach von anderer Seite der Fall ist. Nur deshalb gehe ich auf seine Ausführungen ein, die zugleich in beachtlicher Weise die Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten mit der in Deutschland vergleichen. Sicherlich ist die Friedensbewegung in den Vereinststaaten auf vollem Marsch. Mögen ihre Kundgebungen auch noch wenig bedeuten, so stellt sie doch nach der Zahl ihrer Anhänger und nach ihren finanziellen Mitteln beurteilt einen nicht zu unterschätzenden Faktor dar. Quidde berichtet, daß die Zahl der Gesellschaften, die sich ihr angeschlossen hatten und die z. T. ihr ganzes Ziel in ihr sehen, von 78 im Jahre 1923 auf 100 zur Zeit gestiegen ist. Sie wird besonders von den Frauen und aus religiös-kirchlichem Interesse heraus getragen. Mit führend sind die internationale Frauenliga für Friede und Freiheit, und die National League of Women Voters, die Vereinigung der weiblichen Wähler. Die besonders starken und erfolgreichen Treiber sind die Quäker, die dank ihrer versöhnenden Arbeit an der Bildung eines einheitlichen Menschheitswillens immer mehr Boden gewinnen. Auch in den großen kirchlichen Verbänden, so z. B. in der Fellowship of Reconciliation, dem Versöhnungsbund, und in den führenden pädagogischen Gesellschaften, z. B. der National Education Association, findet die Bewegung starken Widerhall. Durch starke Jugendorganisationen werden diese Vereinigungen ergänzt. Zwei vorwiegend politisch gerichtete Organisationen, die Foreign Politics Association und die League of Nations, No Partisan Association, ebenso die beiden großen Stiftungen, die Carnegie Endowment for International Peace und die World Peace, stellen weitere starke Verwurzelungen der Bewegung in der amerikanischen Gesellschaft dar. Die Vereine, die lediglich die Friedenssache fördern wollen, haben meist eine nur geringe Mitgliederzahl. Immerhin ist aber die Zahl derer, die sich auch hinter die Friedens-

bewegung stellen und daneben andere, religiöse, wirtschaftliche, politische Ziele haben, recht groß. So gehören der im Jahre 1921 gegründeten Spitzenorganisation der Friedensbewegung, dem Council for Prevention of War, 28 Gesellschaften an; 10 weitere stehen mit ihm in dauernder Verbindung. Die Gesamtzahl der Mitglieder der so zusammengeschlossenen Vereinigungen beträgt über acht Millionen. Die Einstellung der Anhänger der vereinsstaatlichen Friedensbewegung den großen Fragen der internationalen politischen Organisationen der Welt, der Frage der Abrüstung, des Völkerbunds, des Weltgerichtshofs gegenüber ist eine recht verschiedene. Die allgemeine Abrüstung nicht nur der anderen, sondern auch der Union ist ihre allgemeine Forderung; und ebenso sind fast alle Friedensorganisationen für den inzwischen beschlossenen Beitritt zum Weltgerichtshof eingetreten. Der Völkerbund erfährt dagegen eine fast allgemeine Ablehnung, allerdings aus verschiedenen Motiven heraus. Einmal soll die Verwicklung Amerikas in die Konflikte anderer Staaten vermieden und damit sogleich verhindert werden, daß sich der Völkerbund in die amerikanischen Verhältnisse einmische. Die Monroe-Doktrin wird dafür immer wieder als der gültige Rechtsgrund proklamiert. Andererseits werden aus pazifistischem Prinzip heraus die mit Zwangsmitteln durchzuführenden Beschlüsse, „Sanktionen“, verworfen. Im ganzen scheint aber heute die allgemeine Abneigung gegenüber dem Völkerbund nicht mehr so groß zu sein, wie noch vor kurzer Zeit. In enger Verbindung mit dieser prinzipiellen Gegnerschaft gegenüber dem Völkerbund steht die Outlaw-Bewegung, die die Ächtung des Krieges an sich will und dabei vor allem vom Primat der Rechtssicherung ausgeht. Es muß dabei betont werden, daß auch diese Bewegung nicht auf das Recht nationaler Verteidigung verzichtet. Soweit reicht das kenntnisreiche Referat, das Quidde in der „Frankfurter Zeitung“ vom 15. Februar 1926 gegeben hat.

Zweifellos wird die Friedensbewegung von einer verhältnismäßig kleinen, allerdings auch zahlenmäßig nicht zu unterschätzenden Anhängerschaft getragen. In ihren Teilwirkungen erfaßt sie aber sicherlich einen viel größeren Kreis der vereinsstaatlichen Bevölkerung. Noch besteht das Gesetz von 1916 (mit Zusätzen von 1920), das die nationale Verteidigung und dabei die militärische Ausbildung der Studenten und Schüler regelt. Starke Strömungen wenden sich gerade zurzeit gegen diesen Zwang der militärischen Ausbildung, die nach einer selbstverständlich tendenziösen Untersuchung von Winthrop D. Lane: *Military Training in Schools and Colleges of the United States* in 83 Colleges obligatorisch und in 48 wahlfrei ist. Im Jahre 1924/25 wurden an 226 Schulen die Schüler militärisch ausgebildet. Wie stark die Bewegung gegen eine militärische Ausbildung die junge Generation erfaßt hat, zeigt eine Abstimmung am New Yorker City College, wo mit 2092 Stimmen gegen 345 Stimmen gegen das Obligatorium der militärischen Ausbildung gestimmt wurde. Auch die Universität Wisconsin hat es aufheben müssen; und ebenso hat es die Universität Missouri zu einer Abstimmung gar nicht erst kommen lassen. Das sind Unterströmungen, die künftiges Leben und künftige Entscheidungen bestimmen wollen. Sie offenbaren werdende Mentalität. Sie quellen allerdings hervor aus den Erfahrungen, die im Kriege und bei der Beschäftigung mit den Nachkriegsleiden gewonnen worden sind. Man muß sich hüten, daraus zu schließen, daß nun das wahre friedfertige Ich des Amerikaners zum Durch-

bruch komme. Die Zeitkonstellation nach einem großen, weltumwälzenden Kriege, der zugleich Amerika die Mittel zu gesicherter Lebenshaltung im höchsten Maße zugeführt hat, ist viel eher für diese Entwicklung verantwortlich zu machen. Kriegerschöpfung und Kriegsleiden hat immer Weltfriedensbedürfnis geboren, und übergroßer Gewinn hat immer die Sehnsucht genährt, ihn in Ruhe genießen zu können.

Allein auch politische Entscheidungen sind von diesen Strebungen nicht unberührt geblieben. Dahin gehört der Beschluß des Senats zum Beitritt der Vereinigten Staaten zum Internationalen Gerichtshof, der mit der bedeutenden Mehrheit von 76 gegen 17 Stimmen gefaßt worden ist. Einer der wichtigsten Vorbehalte war dabei der, daß mit diesem Beitritt die Vereinigten Staaten keinerlei rechtliche Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund an sich eingehen. Unter welchen Sicherungen sich die Vereinigten Staaten auch dem Gesamtkomplex dieser internationalen Weltorganisationen nähern, der Beitritt zum Weltgerichtshof ist unzweifelhaft ein Schritt auf dem Wege zum Völkerbund, der im ganzen keine so prinzipielle Ablehnung mehr findet, wie noch vor kurzer Zeit.

Schroff heben sich von diesem friedlichen Grunde andere Regungen des vereinsstaatlichen Lebens ab. Wohl wollte es eine Zeit lang scheinen, als ob sich Amerika vor jeder ernstlichen Einmischung am ostasiatischen Gegengestade scheue. Die chinesischen Wirren haben dagegen zu einer scharfen Protestnote Anlaß gegeben. Sie wendet sich gegen die Minensperre im Takukanal des Peiho und gegen die Beschießung ausländischer Schiffe von den Takuforts aus, und sie droht mit der Intervention der Großmächte, wenn diese Unterbindung der freien Schifffahrt nicht abgestellt werde. Es ist der reine Machtstandpunkt, den die Union einnimmt; denn bei Nichterfüllung der Forderung wird das Eingreifen der amerikanischen Flotte in den ostasiatischen Gewässern in Aussicht gestellt. Dieser Zwischenfall lehrt nur zu deutlich, daß Amerika trotz zeitweiser Zurückhaltung mit keinem Schritt aus seiner pazifischen Machtsphäre zurückgewichen ist.

Weit darüber hinaus reichen die tatsächlichen Macht Tendenzen der Vereinigten Staaten im pazifischen Raum. Damit hängen die vor geraumer Zeit auftauchenden Gerüchte zusammen, daß Amerika an eine Begleichung der französischen Kriegsschulden durch Erwerb von französischen Kolonien in der Südsee, Südostasien oder in Amerika selbst denke. Viel mehr als eine mögliche Entwicklungsrichtung geben solche Nachrichten nicht an. Doch sie sind Symptome für die Strebungen, die zu einem heute noch schwer bestimmbareren politischen Bild in jener Zone führen mögen.

So ringt der Organismus der vereinsstaatlichen Machtgemeinschaft schwer und unerbittlich mit dem aufkeimenden Wesen einer höheren überstaatlichen Lebensgemeinschaft. Und doch sind beide Regungen in dem gleichen Volksgrunde geboren. Darum zeigen sie, so scharf sie anscheinend in Antithese zu einander treten, verwandte Züge. Denn ein theoretischer, orthodoxer Pazifismus ist auch vielen Anhängern der Friedensbewegung im Gegensatz zu ihrer Entwicklung in Europa durchaus fremd; die nationale Sicherung wird auch von den meisten amerikanischen „Pazifisten“ nicht vergessen. Andererseits sieht aber auch das imperialistische Machtwesen der Vereinigten Staaten eine seiner Hauptaufgaben, selbstverständlich nicht aus altruistischen Erwägungen

heraus, in seiner weltordnenden Funktion. Diese an sich widersprechenden Symptome sind Ausfluß der Kraftquelle einer im ganzen noch jugendlichen, starken Nation, die knapp vor der größten Höhe ihrer Entwicklung steht, der jedoch gewisse Sättigungserscheinungen durchaus nicht fremd sind.

Diese Sättigungserscheinungen sind ihrerseits durch die blühende Wirtschaftsentfaltung bedingt, die Jahr für Jahr neue Belege von der staunen-erregenden Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten Kunde gibt. Die Statistik für 1925, die jetzt vorliegt — die Daten sind meist dem „Wirtschaftsdienst 1926, H. 9, entnommen — liefert in einer ganzen Anzahl der verschiedenen Wirtschaftszweige den Beleg für eine dauernde Aufwärtsentwicklung. Mit obenan steht die der Eisen- und Stahlindustrie. Zum ersten Mal ist in der Roheisenweltproduktion (1925: 75,18 Mill. t) die Vorkriegsproduktion (1913: 77,18 Mill. t) nahezu erreicht worden. Auf die Union entfallen mit 36 Mill. t 47% der Weltproduktion. Auch der Abstand gegenüber dem nächst wichtigen Roheisenproduzenten, Deutschland, das zum ersten Mal seit der Vorkriegszeit die ihm damals zukommende zweite Stellung wieder eingenommen hat (mit 10,2 Mill. t; 1913: 19 Mill. t) ist groß. Während die Union jedoch schon 1923 mit 40 Mill. t ihre letzte Roheisenproduktion übertroffen hatte, zeigt ihre Rohstahlproduktion die bisherige Kulmination mit 45,2 Mill. t (= 51% der Weltproduktion). Wiederum steht Deutschland mit 12,2 Mill. t (1913: 18,6 Mill. t) wohl an zweiter Stelle unter den Stahlproduzenten, aber ähnlich weit hinter den Vereinigten Staaten wie auf der Liste der Roheisenproduzenten. Beide Länder zusammen beherrschen die Stahlproduktion der Welt zu mehr als 64%. Ihr Anteil an der Roheisenproduktion ist dagegen geringer. Doch dürfen die beiden Daten bei einer Betrachtung der immer stärker werdenden Wirtschaftsverflechtung der beiden Staaten nicht übersehen werden. Die Verwendung in den verschiedenen Verwertungsindustrien ist ziemlich gleichmäßig gestiegen. Sowohl die Zink- (594 000 t) wie die Blei-Produktion (570 000 t) hat gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg zu verzeichnen. Das gleiche gilt von der Kupferproduktion, deren Bergwerksproduktion von 793 200 t im Vorjahre auf 851 700 t im Jahre 1925 gestiegen ist. Die Produktion der Schmelzöfen beträgt in den beiden Jahren 898 500 t und 948 100 t. Die Petroleumgewinnung zeigt im Laufe der letzten sechs Jahre einen ganz bedeutenden Aufschwung. Die Produktionszahlen sind folgende: 1920: 443, 1921: 472, 1922: 557, 1923: 732, 1924: 714, 1925: 757 Mill. Barrels, d. h. daß 1920 die Gewinnung kaum 60% der heutigen ausmachte.

Die Kohlenförderung verzeichnet dagegen infolge der Streikwirkungen des letzten Vierteljahres 1925 Rückgang (Weichkohle 523 Mill. t, Anthrazit 63 Mill. t). Im ganzen ist die Bergbauproduktion gegenüber dem Vorjahr dem Werte nach um 5% gestiegen. Die Zunahme ist gering gegenüber der Zunahme anderer Produktionszweige. So hat die Produktion industrieller Fertigwaren eine Zunahme von 10—15%, der Eisenverbrauch eine solche von 22%, die Bautätigkeit eine solche gar von 30% zu verzeichnen.

Auch die forstwirtschaftliche Produktion ist um 7% gestiegen. Die landwirtschaftliche Produktion ist dagegen um 7—8% geringer als im Vorjahr. Bei einer ganzen Anzahl der landwirtschaftlichen Produkte ist die Ernte im Jahre 1925 der Menge nach kleiner gewesen als im Vorjahr, zum

anderen Teil hat sie dem Werte nach geringere Ertragnisse geliefert, wie aus der dem „Wirtschaftsdienst“, Heft 9, entnommenen Tabelle zu ersehen ist:

	Menge (in Mill. Bushels)		Wert in Mill. Dollar	
	1925	1924	1925	1924
Mais	2900,6	2312,7	1956,3	2270,6
Weizen	669,4	862,6	947,9	1120,7
Hafer	1501,9	1522,7	571,8	727,2
Gerste	218,0	178,3	127,6	131,7
Roggen	48,7	64,0	38,0	68,3
Buchweizen	14,6	13,3	13,0	13,7
Leinsaat	22,0	31,7	49,8	72,0
Reis	33,9	33,2	52,2	45,9
Sorghum	71,0	80,4	53,8	68,5
Baumwolle	15,6 Mill. Ballen	13,6 Mill. Ballen	1419,8	1540,9
Baumwollsamem	6,9 Mill. t	6,0 Mill. t	209,3	206,2
Heu	99,5 Mill. t	112,8 Mill. t	1319,7	1460,2
Erbsen	694,1 Mill. lb.	748,9 Mill. lb.	25,2	34,5
Bohnen	19,1	14,8	62,4	55,2
Kartoffeln	323,2	425,3	605,3	266,0
Süßkartoffeln	62,5	54,6	85,5	70,5
Tabak	1349,6 Mill. lb.	1242,4 Mill. lb.	247,4	256,8
Äpfel	164,6	171,2	207,8	202,3
Pflirsiche	46,6	54,1	65,1	68,7
Birnen	19,8	18,9	32,9	26,7
Weintrauben	1,96 Mill. t	1,76 Mill. t	66,9	73,2
Orangen	34,5 Mill. Kisten	32,2 Mill. Kisten	107,5	57,0
Gesamtwert nach dem Preisstand v. 1. Dezember			8600,0	9200,0

Im Außenhandel der Vereinigten Staaten nimmt nach den Veröffentlichungen des Handelsdepartements vor allem Asien als Rohstofflieferant der Union eine immer bedeutender werdende Stellung ein. Die Einfuhr von dort ist von 26 % im Vorjahr auf 32 % heraufgegangen. Besonders Seide und Rohgummi bezieht die Union von dort. 93 % der Seideneinfuhr und 83 % der Rohgummieinfuhr wird von Asien gedeckt. Diese Stellung Asiens, besonders Ost- und Südasiens, als Lieferant der Union läßt uns die gleichzeitig wachsenden politischen Interessen an dem asiatischen Gegengestade leichter verstehen. Die Bedeutung Asiens als Absatzmarkt, der von Amerika vor allem Tabak, Baumwollsamem, Hölzer, Mineralöl, Kinofilms aufnimmt, ist dagegen etwas geringer geworden, um 0,8 % gesunken.

Wichtige neuere Nachrichten aus Gesamt-Amerika, die im nächsten Heft zur Diskussion gelangen: Der Streit zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko wegen des mexikanischen Landgesetzes dauert immer noch fort. Ebenso hat die Tacna-Aricafrage noch keine Beantwortung gefunden. — Die Wahl Washington Luiz' zum Bundespräsidenten von Brasilien bedeutet naturgemäß eine Abweichung von dem bisherigen Kurs des Staatsschiffs, zu-

mal eine ganze Reihe schwieriger Fragen unter seiner Regierung zu lösen sein werden. — Die diplomatische Spannung zwischen Brasilien und Ungarn darf als ein untergeordneter Streitfall angesehen werden. — Dagegen steht hinter Brasiliens Forderung eines Ratsstizes im Völkerbund ein unverkennbarer außenpolitischer Hegemonieanspruch auf Lateinamerika und zugleich eigene nationale Wertung.

SIGISMUND GARGAS: DIE POLNISCHE AUSWANDERUNG NACH FRANKREICH

Polen besitzt seit Jahrzehnten einen ungeheuren Bevölkerungsüberschuß, der auf heimatlichem Boden nicht die genügende Nahrung finden kann. Wohl gibt es eine Reihe von Ländern, die eine größere Bevölkerungsdichte aufweisen, als Polen, wie die Tschechoslowakei, Deutschland, England, Holland, Belgien, aber die 70 Einwohner, die in Polen auf einen Quadratkilometer entfallen, bilden immerhin eine recht beträchtliche Anzahl, wenn man Polen nicht nur mit dem benachbarten Rumänien sowie Bulgarien, sondern auch mit alten westlichen Kulturländern, wie Spanien oder Portugal, Schweden oder Norwegen vergleicht, um nicht zu reden von dem Lande der Träume der polnischen Einwanderer, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dessen Bevölkerungsdichte kaum 3,6 per km² beträgt. Wohl besitzt der polnische Boden große natürliche Reichtümer, aber die veraltete landwirtschaftliche Kultur und die veraltete soziale und wirtschaftliche Verfassung Polens, die ausgedehnte Latifundienwirtschaft, das System der extensiven Kultur, die im ganzen geringe Industrialisierung des Landes, die Schrecken des Weltkrieges, der sich zum großen Teile auf polnischem Boden abgespielt hat, die späteren Kämpfe mit Ukrainern und Russen, die finanzielle Überlastung des Staates, der mit seinen tatsächlichen Hilfsmitteln nicht immer genügende Rechnung hielt, die wirtschaftliche Isolierung Polens nach Westen und Osten, dies alles und vieles andere warf alljährlich hunderttausende polnischer Arbeiter jenseits der polnischen Grenzen. So war es vielfach schon vor dem Weltkriege und wenn auch die während des Krieges stattgefundenen Völkerwanderungen einen vollständig annormalen und exceptionellen Charakter aufwiesen, der mit den Kriegswirren im unmittelbaren, ursächlichen Zusammenhange stand, der Bedarf nach gewaltiger Menschengausfuhr trat nach Abschluß des Krieges in Polen mit ungeminderter Kraft wieder auf.

Das Bestimmungsland des weitaus größten Teiles der polnischen Auswanderer bildete vor allem das wirtschaftlich viel stärker als Polen entwickelte Nachbarland Polens — Deutschland, sodann die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Dies ist nun nach dem Weltkriege in vielen Richtungen anders geworden. Nordamerika blieb so gut wie verschlossen und andere überseeische Bestimmungsländer kamen sowohl mit Rücksicht auf geringe wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit, als auch mit Rücksicht auf die enormen Reisekosten für die polnischen Auswanderer kaum in Betracht.

Andererseits haben auch erhebliche Verschiebungen in den Verhältnissen

Polens zu Deutschland, das nach dem Weltkriege sich recht feindselig gestaltete und vielfach einen kriegsähnlichen Charakter annahm. Dies hinderte zwar die weitere polnische Auswanderung nach Deutschland keineswegs, aber bei dem zwischen Polen und Deutschland völlig vertraglosen Zustand nahm diese Auswanderung einen illegitimen, clandestinen Charakter an.

Gleichzeitig ergaben sich erhebliche Verschiebungen in dem polnisch-französischen Verhältnis. Polen wurde Frankreichs Alliiertes und in Frankreich wurde der Menschenbedarf größer wie je. Schon vor dem Weltkriege waren die Grenzdistrikte Frankreichs mit fremden Elementen allerlei Art, mit Italienern, Spaniern, Vlamen, Deutschen, stark durchsetzt. Auch eine kleine polnische Einwanderung hat es damals gegeben, die von dem damaligen galizischen Landesauschuß stark gefördert worden war. Wie geringfügige Resultate jedoch alle diese damaligen Versuche ergaben, beweist die Tatsache, daß die französische Regierung die Zahl der in den Jahren 1908—1910 vermittelten Arbeiter kaum auf etwa 10 000 schätzte.

Das alles wurde anders nach dem Weltkriege, der die Entvölkerung Frankreichs ganz erheblich vergrößerte, den Bedarf an Arbeitskräften durch die nunmehr notwendigen Wiederaufbauarbeiten ungemein steigerte, andererseits aber Polen, als einem Alliierten Frankreichs, besondere Aufgaben auferlegte. Frankreich brauchte Menschen, es brauchte gewaltige Menschenmassen und es holte sie aus dem unerschöpflichen Menschenreservoir, aus Polen.

Nach dem Berichte der Zentralkommission der polnischen Gewerkschaften für die Jahre 1922—1924 gab es im Jahre 1924 in Frankreich Einwanderer polnischer Nationalität gegen 400 000, während diese Ziffer von anderen Sachverständigen, wie A. Zdanowski u. a. auf 500—600 000 (im Dezember 1924) geschätzt wurden.

Die polnische Auswanderung nach Frankreich hat zumeist den Charakter einer kollektiven Auswanderung. Im Jahre 1922 reisten, auf die Gesamtzahl von 31 373 offiziell registrierten kontinentalen polnischen Auswanderern, 28 927 in organisierten Transporten nach Frankreich, d. i. 92 % der Gesamtzahl. Im Jahre 1923 wurden 53 931 Polen mit einem Auswanderungspaß nach Frankreich versehen. Hier muß natürlich der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die offizielle polnische Statistik, die immerhin recht erhebliche polnische Einwanderung nach Deutschland vollständig ignorierte und ihre Zahl für das Jahr 1922 auf 34 (sic!) angab.

Die französischen Arbeitgeber sind in Polen vor allem durch zwei Organisationen vertreten: Das Bureau für landwirtschaftliche Anwerbung in den verwüsteten Gebieten und das Anwerbungsbureau des Zentralkomités für Kohlenbergwerke in Frankreich, welches seine Tätigkeit nicht nur auf die verwüsteten Bergwerksdistrikte in Frankreich beschränkt, sondern diese seine Tätigkeit in drei Richtungen entwickelt, nämlich, in dem es gewisse

Anwerbungen sowohl für die belgischen Bergwerke vornimmt, als auch für sonstige französische Industrien, und das überdies Transporte landwirtschaftlicher Arbeiter für das Comité der verwüsteten Gebiete bewerkstelligt. Diese beiden Organisationen arbeiten unter der Kontrolle der offiziellen französischen Mission für Anwerbung von polnischen Handarbeitern, gemäß den Bestimmungen der polnisch-französischen Auswanderungskonvention. Die Grundlage jeder Nachfrage nach kollektiver Anwerbung für Frankreich bildet die von den französischen Arbeitgebern ausgehende Nachfrage, welche dem Polnischen Auswanderungsamte durch die genannte französische Mission mitgeteilt wird. Dieses Ersuchen wird den polnischen Arbeitsämtern, sowie den beteiligten Gewerkschaften in Polen mitgeteilt, woraufhin der polnische Minister für Arbeit und soziale Fürsorge die Entscheidung darüber trifft, ob diese Werbung ohne Bedenken vom Standpunkte der polnischen Volkswirtschaft zugelassen werden kann. Die getroffene Entscheidung wird den polnischen Arbeitsämtern mitgeteilt, welche mit Rücksicht auf ihren staatlichen Charakter in der Lage sind, ohne erhebliche Schwierigkeiten, den getroffenen Entscheidungen praktische Bedeutung zu geben. Die Arbeitsämter treffen unter den Auswanderungslustigen die Entscheidung darüber, welche Auswanderungslustigen der Nachfrage entsprechen dürften, indem sie ihr Alter, Geschlecht und sonstiges berücksichtigen.

Ein erheblicher Teil der nach Frankreich eingeführten Handarbeiter besteht aus qualifizierten Arbeitern und die dies betreffende Verhältniszahl ist oft im dauernden Steigen begriffen. Während sie im Jahre 1921 nur 41 % betrug, stieg sie im Jahre 1922 auf 52 %.

Der Beruf und die Verteilung der angeworbenen polnischen Handarbeiter nach ihrem Herkunftslande in Frankreich i. J. 1923 illustriert folgende Tabelle:

Beruf	Polen, die in Polen selbst angeworben wurden		Polen, die in Westfalen angeworben wurden		Tschechen	
	Arbeiter	Familien	Männer	Familien	Männer	Familien
Landwirtschaftliche Arbeiter .	23 890	2 311	—	—	—	—
Bergarbeiter für Frankreich .	19 263	4 683	6 210	4 249	678	50
Bergarbeiter für Belgien . .	230	—	—	—	—	—
Metallhaltige Bergwerke . .	162	20	—	—	—	—
Industrie	3 221	375	127	26	72	—
Verschiedene Bestimmungen .	112	61	1	—	4	1
Arbeitsministerium	731	584	—	—	—	—
Insgesamt	47 609	8 304	6 338	4 275	754	51

Die polnische Einwanderung ist durch eine polnisch-französische Auswanderungskonvention vom 3. IX. 1919 sowie durch ergänzende Abmachungen geregelt.

Diese Konvention sichert den polnischen Einwanderern in Frankreich folgende Rechte:

Die polnischen Einwanderer haben denselben Lohn zu erhalten, wie die französischen Arbeiter, die die gleiche Arbeit verrichten.

Die polnischen Einwanderer genießen den Schutz, der den heimischen Arbeitern von der inneren französischen Gesetzgebung zugesichert ist, sowie den besonderen Schutz, den Frankreich im Wege internationaler Konventionen den Angehörigen anderer Staaten zusichern wird. Im Verhältnis zu den polnischen Einwanderern finden insbesondere keinerlei Anwendung die Beschränkungen für Ausländer, die im Gesetz vom 9. April 1898 über Entschädigung bei Unglücksfällen vorgesehen sind. Infolgedessen haben das Recht auf Entschädigung auch jene polnischen Arbeiter, die Opfer eines Unglücksfalles geworden sind, sowie deren Erben, welche das französische Gebiet nicht bewohnen oder nicht mehr bewohnen. Die polnischen Einwanderer haben ferner das Recht, auch alle jene Berechtigungen in Anspruch zu nehmen, die weitergehen, als jene, die in der polnisch-französischen Konvention enthalten sind, wenn derartige Berechtigungen von Frankreich Angehörigen anderer Staaten eingeräumt werden. Auf Grund dieser Klausel sind den polnischen Auswanderern automatisch alle Vorteile zuteil geworden, die in der französisch-italienischen, der französisch-tschechoslowakischen, endlich in der französisch-belgischen Auswanderungskonvention enthalten sind. So können z. B. die polnischen Einwanderer auf Grund des in der französisch-tschechoslowakischen Auswanderungskonvention festgelegten Mustervertrages, die Bestellung von Dolmetschern in Betrieben verlangen, in denen zumindest 100 polnische Arbeiter arbeiten. Die polnischen Einwanderer sind endlich berechtigt, bei zuständigen Verwaltungsbehörden Beschwerden in polnischer Sprache einzureichen, die die Bedingungen der Arbeit und des Unterhaltes betreffen, sowie Beschwerden über Schwierigkeiten aller Art, die sie infolge ihrer Anwesenheit in Frankreich erfahren. Eine weitere Konvention vom Jahre 1920, die vor allem die soziale Fürsorge regelt, sichert den polnischen Einwanderern eine gleiche Behandlung mit Bezug auf Arbeiterruhegehälter, sowie die Versorgung der Witwen und Waisen, unter der Bedingung jedoch, daß sie ihre Ansprüche spätestens binnen eines Jahres seit der amtlichen Benachrichtigung vom Tode des Arbeiters anmelden. Die polnischen Arbeiter genießen ferner in gleicher Weise wie die französischen Arbeiter die Subvention, die den Kassen der gegenseitigen Hilfe für Arbeiter erteilt werden. Einwanderer, die wegen einer physischen Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt oder aus irgend einer anderen Ursache ärztliche Hilfe oder ärztlichen Rat brauchen, müssen ebenso behandelt werden, wie die französischen Bürger. Die polnischen Einwanderer können unentgeltlich Krankenhauspflege in Anspruch nehmen auf Kosten des französischen Staates,

60 Tage hindurch, wenn sie aber in Frankreich länger als 5 Jahre wohnen, auf unbegrenzte Zeit. Die polnischen Einwanderer, Greise, Invaliden, unheilbare Kranke im Alter von über 15 Jahren, die dauernd in Frankreich wohnen, genießen die Pflege bzw. können unentgeltlich in den Greisen- und Invalidenheimen sich aufhalten.

Die Konvention vom Jahre 1920 gibt den polnischen Einwanderern das Recht, den französischen Syndikaten anzugehören unter gewissen Vorbehalten in bezug auf die Zusammensetzung der Vorstände, in denen die französischen Staatsbürger eine absolute Majorität haben müssen. Die polnischen Einwanderer haben auch das Recht, Wohlfahrtsvereine, Vereine für soziale Fürsorge und geistige Förderung, sowie Konsumgenossenschaften zu gründen. Das Schlußprotokoll vom 17. IV. 1924 enthält eine Verpflichtung der französischen Arbeitgeber, polnische Schulen bzw. polnische Schulklassen überall dort zu eröffnen, wo sich zumindest 65 polnische Kinder im schulpflichtigen Alter vorfinden.

Die Benutzung all dieser Rechte ist, dem polnischen Konsul Lubaczewski zufolge, sehr erschwert. Die kleinliche Formalität der französischen Bürokratie bei einem recht beschränkten Wirkungsbereich der polnischen Konsularbehörden schädigt vielfach recht empfindlich die Interessen der Einwanderer.

Auch aus polnischen Arbeiterkreisen erheben sich vielfach Stimmen der Unzufriedenheit über die Art der Ausführung dieser Vereinbarungen. Die Zentralkommission der polnischen Gewerkschaften stellte fest, daß die polnischen Arbeiter in Frankreich jeglichen Schutzes und jeglicher sozialen Hilfe entbehren und daß die Arbeitsverträge von den französischen Arbeitgebern nicht ausgeführt werden! Sie setzte sich deshalb mit der Confédération générale du Travail in Verbindung, die den polnischen Einwanderern die Bildung autonomer polnischer Sektionen innerhalb der Confédération zusicherte und sich für den Grundsatz der gleichen Behandlung der polnischen Einwanderer mit den französischen Arbeitern aussprach. Trotzdem hören die Klagen der polnischen Arbeiter in Frankreich nicht auf, und sie wenden sich sowohl gegen die französischen Arbeitgeber als auch gegen die französischen Behörden. Gegen die französischen Arbeitgeber erheben die polnischen Arbeiter den Vorwurf einer in der Regel schlechteren Behandlung, insbesondere des Lohndruckes, da die polnischen Einwanderer in der Regel schlechter entlohnt werden als ihre französischen Kollegen. Auch kommen die französischen Arbeitgeber ihren Verpflichtungen auf dem Gebiete der polnischen Schulen vielfach nicht nach. Gegen die französischen Behörden wird der Vorwurf erhoben, daß sie vielfach französisierende Tendenzen aufwiesen und daß auch Fälle rücksichtslosen Vorgehens mit den polnischen Arbeitern, die doch der französischen Sprache zumeist nicht mächtig sind, keine Seltenheit sind. Der Mangel an gesetzlichen Krankenkassen, die in Frankreich nur für Bergarbeiter, nicht aber für andere Berufe Geltung haben,

übt einen ungünstigen Einfluß auf die Lage der Einwanderer aus. Wiewohl Polen nur ein unbedeutender Teil der polnischen Arbeiter in krankem Zustand verläßt, stellte der polnische Arzt Dr. Szatkowski unlängst fest, daß der Prozentsatz der mit Geschlechtskrankheiten behafteten Personen über 30% beträgt.

Die polnischen Einwanderer in Frankreich bilden eine große Reihe von Organisationen; ein großer Teil der organisierten polnischen Arbeiter gehört der *Confédération générale du Travail* an, ein geringerer anderen Organisationen, auf normaler und kirchlicher Grundlage. Auch die konsumgenossenschaftliche Bewegung macht Fortschritte unter den polnischen Einwanderern in Frankreich. Sie bildeten zuerst vielfach selbständige polnische Konsumgenossenschaften, die aber mangels einer starken Zentrale recht schlecht reussierten, so daß manchmal die polnischen Konsumgenossenschaften dem französischen Revisionsverbände beigetreten sind, wodurch sie sich auch der kommerziellen Unterstützung der französischen Zentrale erfreuen. Das polnische Schulwesen ist in steter Entwicklung begriffen, es hat aber mit steten Widerständen seitens mancher Arbeitgeber und Behörden zu kämpfen. Immerhin ist im Jahre 1925 ein polnischer Schulinspektor bestellt worden. Unzureichend ist jedoch die Zahl der polnischen Lehrer.

Die polnischen Banken gründeten in Frankreich zahlreiche Filialen. Die Zweigstellen der Posener Bank der Industriellen erfreuen sich in Frankreich eines guten Rufes. Dagegen geriet die Warschauer Bank für Handel und Industrie samt ihren zahlreichen französischen Zweig- und Zahlstellen in Zahlungsschwierigkeiten, was unter den polnischen Einwanderern in Frankreich große Mißstimmung hervorrief, da sie in diesen Zweigstellen große Summen der französischen Ersparnisse niedergelegt hatten.

Die wirtschaftliche Krise, die Frankreich heimgesucht hat, hat auch die polnischen Einwanderer nicht verschont. Manche von ihnen (Bergarbeiter), kehren nach Westfalen zurück, andere wissen keinen anderen Rat, als den Werbemännern der französischen Fremdenlegion für Marokko zum Opfer zu fallen, und es gibt in Marokko bereits polnische Friedhöfe. Die Mädchen fallen vielfach dem Mädchenhandel zum Opfer.

Die polnische Einwanderung in Frankreich ist zweifellos eine wichtige soziale, wirtschaftliche und politische Erscheinung. Sie hat große Dimensionen angenommen und überflügelt zurzeit recht erheblich die polnische Einwanderung in Deutschland. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man sie zumindest als eine partiell politische bezeichnet. Volkswirtschaftlichen Ursachen ist wohl die polnische Auswanderung an sich entsprungen, aber die Wahl Frankreichs als ihres wichtigsten Bestimmungslandes ist zum Teile wenigstens auf politische Erwägungen zurückzuführen. Die zwischen den deutschen Arbeitgebern in Deutschland und den polnischen in Deutschland eingewan-

derten Arbeitern bestehenden sozialen Gegensätze erlitten eine erhebliche Verschärfung durch die zwischen Polen und Deutschland bestandenen politischen Gegensätze. Die polnische Einwanderung in Frankreich wurde mit überschwänglichen Hoffnungen seitens der polnischen Regierung in Szene gesetzt. Die Wirklichkeit hat den polnischen Einwanderern viele Enttäuschungen bereitet. Die sozialen Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in Frankreich genau dieselben wie in Deutschland, und wirken hier insofern noch mit größerer Kraft, weil in der französischen Republik die soziale Gesetzgebung weniger ausgebildet ist, als dies im Deutschen Reiche, sogar der wilhelminischen Aera, der Fall gewesen. Die politische Allianz, die Frankreich mit Polen verbindet, ist zwar auf die Lage der polnischen Einwanderer in Frankreich nicht ohne Einfluß geblieben. Sie hat den Abschluß einer polnisch-französischen Auswanderungskonvention erleichtert und beschleunigt; sie hat ferner sozialpsychisch die Entwicklung des genossenschaftlichen und des gewerkschaftlichen Gedankens unter den polnischen Einwanderern in Frankreich erleichtert. Aber sie hat nicht vermocht, die nationale Verschiedenheit zwischen den einheimischen und den eingewanderten Elementen völlig zu überbrücken; ja auch in Frankreich ertönen seitens der polnischen Einwanderer Klagen über Entnationalisierungsbestrebungen seitens der französischen Industrieverwaltungen und seitens mancher französischer Behörden.

Die bis dahin bestandene einseitige polnisch-französische Auswanderungskonvention, bei gleichzeitigem Mangel einer analogen Konvention zwischen Polen und Deutschland, hat den Werbern der französischen Arbeitgeber in Polen eine privilegierte, tatsächlich sogar eine Monopolstellung verschafft, welche es ihnen ermöglichte, bei der Bestimmung des Arbeiterbedarfes in Polen recht einseitig zu verfahren. Die offizielle Monopolstellung der französischen Werber gab ihnen einen gewissermaßen autoritären Charakter, umso mehr, weil es doch auch deutsche Werber gab; diese letzteren aber, mangels jeglicher polnisch-deutschen Auswanderungskonvention, nur gesetzwidrig tätig sein konnten. Der französische Werber hatte in dieser Lage einen natürlichen Vorzug und die tatsächliche Entwicklung der französisch-polnischen Auswanderungsbeziehungen beweist, daß der französische Werber sich diesen Vorzug reichlich zunutze gemacht zu haben schien, indem er die französischen Wirtschaftsverhältnisse und die französischen Arbeitsbedingungen in einem erheblich besseren Lichte darstellte, wie sie in Wirklichkeit gewesen sind. Sonst gäbe es eben nicht Enttäuschungen und sonst gäbe es nicht ein Zurücksehnen nach Westfalen oder gar eine tatsächliche Rückwanderung nach Westfalen.

Die preußische Gesetzgebung sorgte in gewissem Grade dafür, daß die polnische Einwanderung nach Preußen den Charakter einer Saisonwanderung behielt, indem sie den polnischen Wanderarbeiter verpflichtete, für die Winter-

monate nach der Heimat zurückzukehren; selbstverständlich geschah dies nicht aus Sorge um die Erhaltung des polnischen Volkstums durch die polnischen Saisonwanderer, sondern vielmehr aus Sorge um die Erhaltung des deutschen Charakters der von den polnischen Saisonwanderern aufgesuchten deutschen Gebiete. Immerhin, Polen boten derartige Bestimmungen insofern Vorteil, als dadurch die polnischen Saisonwanderer ihrem Volkstum dauernd erhalten blieben. Die verhältnismäßige Nähe der Heimat erleichterte übrigens auch finanziell die Rückreise nach derselben. Anders in Frankreich. Die Bestimmungen der Art. 13 und Art. 6 des Code civil erleichtern, ja begünstigen die Einbürgerung der polnischen Einwanderer in Frankreich. Genießen doch nach Art. 13 der Code civil die zur Ansiedlung zugelassenen Einwanderer nur dann alle bürgerlichen Rechte, wenn sie erklären, nach fünfjährigem Aufenthalte in Frankreich ihre Einbürgerung beantragen zu wollen. Das ist ein gesetzlicher Anreiz zur endgültigen Entfremdung. Der große Bedarf Frankreichs an Menschen hat auch andere Folgen. Wenn in Deutschland die Arbeitslosigkeit größeren Umfang annimmt, so werden die polnischen Einwanderer einfach nach ihrer Heimat abgeschoben. Geschieht dies in Frankreich, so werden sie der afrikanischen Fremdenlegion zugetrieben. Die größere Entfernung Frankreichs von Polen hat zur Folge, daß die polnischen Einwanderer, auch wenn sie in einer günstigeren wirtschaftlichen Lage sich befinden, nur schwer die für sie erheblich kostspieligere Reise aus eigenen Mitteln machen können.

Die vom Arbeitgeber zurückzuhaltende Sicherstellung durch den Arbeiter, sowie die von dem Arbeitgeber an den Arbeiter zu leistende Prämie bildet in dieser Hinsicht nur einen unvollkommenen Ersatz, da sie nur beim normalen Verlaufe des Arbeitsvertrages wirksam wird, bei krisenhaften Zuständen aber, wie sie in dem heutigen Frankreich üblich sind, unzureichend erscheint.

Der große Menschenbedarf Frankreichs wird zweifellos auch fernerhin die polnische Einwanderung nach Frankreich begünstigen, umso mehr, nachdem die Wege für die Auswanderer geebnet und die ersten Schwierigkeiten überwunden sind. Aber der Bevölkerungsüberschuß Polens und die Leutenot auf dem Lande in Deutschland läßt es in berechtigtem Interesse dieser Länder geraten erscheinen, auch zu einem Abschluß einer dauernden deutsch-polnischen Auswanderungskonvention alsbald zu gelangen; es wird die „üble“ polnische Auswanderung nach Deutschland in eine gesetzliche, also auch besser geregelte umwandeln. Auf die polnische Einwanderung nach Frankreich wird aber eine derartige Konvention einen nur günstigen Einfluß ausüben können. Die legale und offene Konkurrenz der deutschen Werber mit den französischen wird auch auf das polnisch-französische Arbeitsverhältnis einen für den polnischen Arbeiter nur günstigen Einfluß ausüben können und müssen.

ALEXANDER STELZMANN: DAS GESICHT MEXIKOS

I.

Die neue deutsche Republik hat ihre ersten Antrittsbesuche gemacht. Der Kreuzer „Berlin“ ist nach Mexiko gefahren, als zu einem der wenigen Länder, die uns auch in den schlimmsten Zeiten des Weltkrieges wohlgesinnt geblieben sind.

Calles, der neue Präsident, der am 1. Dezember 1924 sein Amt antrat, war kurz vorher in Deutschland gewesen. Die lange Anwesenheit der „Berlin“ in mexikanischen Gewässern und Landen ist mehr als ein bloßer konventioneller Gegenbesuch.

Schwerlich hat's in der deutschen Handelsgeschichte ein außereuropäisches Land gegeben, das in Jahresfrist zweimal von besonderen Expeditionen deutscher Kaufleute, Industrieller und Wissenschaftler besucht worden ist, wie das unserem Lande anno 1925 widerfahren ist. Die mexikanische Regierung stellte Bahnfahrt und Fahrtgelegenheit aller Art zu den wichtigsten merkantilen und industriellen Sehenswürdigkeiten frei zur Verfügung, aber nicht Hotels, Mahlzeiten u. dergl., wie das leider einzelne Mitglieder der Expeditionen gemäß den Berichten der „Münchener Neuesten Nachrichten“ angenommen haben sollen.

Mexiko ist das politische Land der Zukunft Amerikas.

Es marschiert in der Gewinnung des Petroleums, des politischen Öls der Geschichte, gleich hinter den Vereinigten Staaten. Erst seit 1901, zweieinhalb Jahrzehnten, begann das Land damit. 1901 erzeugte es 10 345 Faß zu je 160 Liter, 1910 aber schon 3 634 088 Faß, 1913 25 696 000, im ersten Kriegsjahr etliche 100 000 Faß weniger, 1915 32 911 000, 1916 40 545 712, 1917 55 293 700,

1918	63 828 320	Faß	
1919	87 072 954		▪
1920	163 540 000		▪
1921	193 397 587		▪ oder 26 % der gesamten Welterzeugung
1922	185 057 000		▪

Die Vereinigten Staaten und England haben die größten Kapitalinvestierungen und Anlagen im Lande selbst. Bei Tampico, dem nunmehr zweitwichtigsten Hafen des Landes am Golf von Mexiko, auf dem Isthmus, wie man kurz die Landenge von Tehuantepec nennt, in der gleichen Küstenzone, hinter Puerto Mexico bei Minatitlan und im Innern des Landes, am Onapalasee kommt das kostbare Öl vor.

Monatlich werden neue Quellen erbohrt, verstrickt sich das amerikanische Kapital mehr in das Land. Mexiko hat den mächtigsten Petroleumbrunnen der Erde, den Cerro Azul 4, dessen tägliche Leistung 45—50 000 Faß beträgt.

Ende 1922 schätzte man das in der mexikanischen Petroleumindustrie angelegte Kapital auf 2,1 Milliarden Goldmark. 97 % des Kapitals gehört Fremden, besonders den Nordamerikanern. Den Gewinn von 35 % hat man durch Verwertung der sehr hochwertigen Destillate (Gasolin, Benzin, Kerosin etc.) noch wesentlich erhöht. An 2 Milliarden Dollars haben die Amerikaner in Mexiko angelegt, ungefähr $\frac{1}{2}$ Milliarde Dollars ist weiteres englisches Kapital, das noch im Lande, hauptsächlich im Bergbau, à conto Großbritannien arbeitet.

Ist deutsches Kapital weniger in Petroleum- und Bergbauanlagen angelegt als in kaufmännischen Geschäften und damit verbundenen industriellen Anlagen sowie Plantagen — vor allem Kaffee in Südmexiko*) —, so ist für das Bild, wie sich unsere Handelskurve mit Mexiko im Wettbewerb mit England gesteigert hat, die Tatsache von hochinteressantem Belange, daß 1923 Deutschland unmittelbar hinter Großbritannien kommt im Gesamtausfuhrhandel mit Mexiko. Großbritannien lieferte für rund 12 Millionen mex. Peso (1 Peso ist $\frac{1}{2}$ U.S.A. Dollar) und Deutschland für rund 11 Millionen mex. Pesos.

Obige Zahl datiert bloß von den ersten 6 Monaten des Jahres 1923. Heute steht Deutschland an 2. bzw. 3. Stelle in der Einfuhr, was die Einfuhr von Papier und Maschinen angeht. Selbstverständlich kommen die Vereinigten Staaten auch heute wie fast seit dem Beginn einer Handelsstatistik in Mexiko an erster Stelle.

Mexiko liegt vor der Tür der Union; sie hat weniger Geld und Zeit in der Verfrachtung dahin aufzuwenden.

Die Linie des durch die Kriegslage bedingten Weltumsatzes zeichnete sich während des Krieges zugunsten der Neutralen und der Union, soweit dies bei der Mangelhaftigkeit der Statistik 1914—17 möglich ist, unparteiisch festzustellen. Dieser Mangel wird auf die inneren Unruhen im Lande selbst zurückzuführen sein.

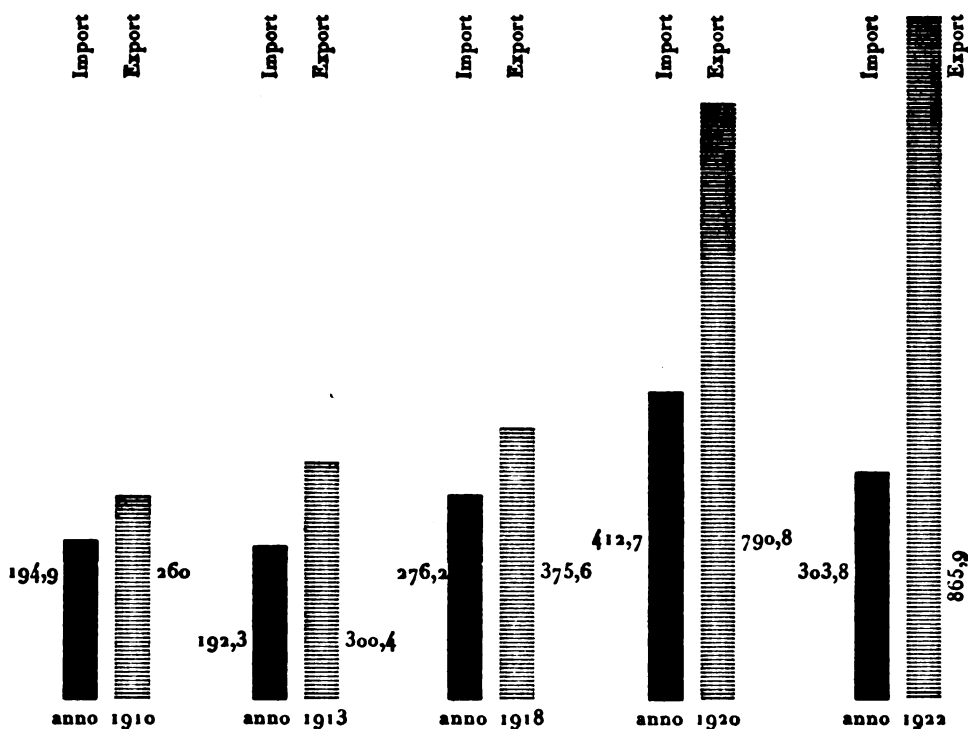
1910 beträgt der Import Mexikos 195, 1921 aber 508 Millionen Pesos mex. und der Export rund 260 bzw. 728 Millionen Pesos mex.

Diese Zahlen beziehen sich natürlich nicht auf den europäischen Gesamt-

*) Folgende Daten sind wie die der Petroleumstatistik entnommen aus dem kurzen Bericht über Mexiko, 1923, das die mex. Konsulate in Deutschland verteilen: Kaffeeproduktion 1922: 40 390 000 kg im Werte von 31 000 000 mex. Dollars, Kakao 1922: 86 000 kg, Tabak 1922: 10 500 000 kg, Vanille 1922: 104 360 kg, Zuckerrohr 1922: 2 200 000 kg im Werte von 66 000 000 mex. Pesos.

handel, wie bei der Gegenüberstellung Englands und Deutschlands oben, sondern auf den Gesamtumsatz in der Welt. 1919/20 sowie 1920/21 setzt ein bedeutender Sprung nach oben ein: von 237 zu 413 Millionen im Import, von 394 zu 791 Millionen Pesos im Export. An erster Stelle werden vegetabilische, dann mineralische Stoffe, Fertigfabrikate, Textilwaren und tierische Erzeugnisse importiert, während im Export an erstem Platze die mineralischen Erzeugnisse stehen und die vegetabilischen, tierischen sowie industriellen und gewerblichen Erzeugnisse folgen.

Mexikos Außenhandel
in mexikanischen Pesos (= 1/2 Dollar)



[In Anlehnung an den in Anm. * erwähnten Bericht.]

Der Außenhandel setzte in nennenswerter Stärke ein, als 1873 das erste Gleis gelegt und die erste Bahn eröffnet ward.

In der vergleichenden Tafel der Ausfuhr ist der obenerwähnte Aufschwung von 1919 zu 1920 selbstverständlich das, was in die Augen fällt.

Man führte aus an: Petroleum im Jahre 1919 für 63 335 568 mex. Pesos und im Jahre 1920 für 482 415 920 \$ mex., also über siebenmal mehr als im Vorjahr, 1921 für 556 930 074 und 1922 für 679 877 433 \$ mex.

In Hinsicht auf Mineralien und sonstige Erzeugnisse sank die Ausfuhr: 1918 für 241 705 305, 1919 für 187 996 718 und 1920 für 181 186 709 \$ mex., 1921 für 103 299 552 und 1922 für 111 651 006 \$ mex.

Sonstige Erzeugnisse: 1918 für 74 822 425, 1919 für 142 457 714, 1920 für 127 222 634, 1921 für 67 997 530 und 1922 für 74 404 812 \$ mexicanos.

Mit Siebenmeilenstiefeln ist Mexikos Außenhandel in einem halben Jahrhundert vorwärtsgeschritten. So betrug er:

1873 (Fiskaljahr bis 30. Juni)	51 760 017 \$ mex.
1893 (" " 30. ")	154 085 355 \$ mex.
1903 (" " 30. ")	410 723 163 \$ mex.
1913 (" " 30. ")	492 698 013 \$ mex.
1922 (" " 30. ")	1 169 741 632 \$ mex.

Der Überschuß des Exports über den Import, also das Zeichen aktiver Handelsbilanz, wird ersichtlich aus folgender kleiner Auswahl einiger Jahresziffern. Er betrug:

1903	28 080 975 \$ mex.
1913	108 113 090 \$ mex.
1922	562 124 882 \$ mex.

Deutschlands Stellung im Handel mit Mexiko ist heute wieder unbestritten. Man litt während des Krieges förmlich unter einem Hunger nach deutschen Waren. Hauptsächlich kamen dabei die Drogen, Anilinfarben, Chemikalien, Präzisionsmaschinen und Stahlwaren in Betracht. Man verkaufte mit höchstem Nutzen die noch vorhandenen Bestände im Lande, hauptsächlich von seiten deutscher Häuser drüben, und fertigte unter deutscher Leitung Patentmedizin und ähnliches im Lande selbst an.

Der Ruf der auctothonen Produkte litt zwar darunter, doch stieg dadurch das deutsche Vermögen im Lande. Nach dem Kriege hub eine schrankenlose Einfuhr von allem und jedem an, das im deutschen Binnenmarkt schlecht ging, nach Mexiko, sehr zum Schaden der Unbeflecktheit des deutschen Namens. Der Mexikaner weiß heute sehr wohl den Unterschied zwischen deutscher Qualitätsware und Kitsch zu schätzen. Gottlob! ist jene dunkle Zeit der Überflutung Mexikos mit dem Unrat deutscher Produktion vorbei.

Die Zurückdrängung des Handels Englands durch uns geht parallel mit der Vertreibung des Handels Frankreichs, Spaniens, der Schweiz, Belgiens und Italiens, Hollands, Japans und Skandinaviens. Das ist eine tröstliche Aussicht für den deutschen Handel.

Darum ist das Interesse Deutschlands an Mexiko so rege und bleibt es.

Mexiko ist ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten im Stile Amerikas. So groß wie das Gebiet der fünf bedeutendsten Staaten Europas, 1 990 000 qkm, hat es bloß 1 550 000 Einwohner.

Die Hälfte des Landes liegt in einer Höhe von über 1000 m und hat klimatologische Vorbedingungen, die einer europäischen Einwanderung günstig sind. Dort herrscht das Klima Südfrankreichs und Italiens vor.

Allerdings ist das Klima der reichen Küstenzone, des Petroleumgebietes, davon sehr verschieden. Sizilianische Julihitze!*) Das Jahresmittel beträgt 20 bis 25° C. Das Klima der anderen mittleren Zone hat als Jahresmittel 15—20° C. Der heißen und mittleren Zone folgt das Hochland mit dem Jahresmittel von 10—15° wie im oberrheinischen Tiefland. Geben zwar hier oben Agave und Kaktus das Landschaftsbild im allgemeinen, für den ersten Blick des ankommenden Fremdlings ab, so ist zu beherzigen, daß hier auch das Land unseres europäischen Getreidebaues ist.

Die Erzeugnisse des Bodens, die gegebenen und erarbeiteten Früchte, sind außerordentlich vielgestaltig und reichhaltig auf Mexikos Dreizonenland. Hier sei nur eine sehr unvollkommene Tabulatur der Hauptprodukte mir gestattet; für die Genußmittel verweise ich auf die erste Anmerkung.

Die Grundlage der Ernährung der breiten Masse ist der Mais. 1922 erntete man 1 733 905 089 kg. Daneben treten an Bedeutung die Frijoles, die Bohnen, von denen 1922 115 187 942 kg geerntet wurden.

So allgemein werden die Bohnen als Hauptbestandteil jeder regelrechten Nahrung angesehen, daß man für Essen häufig: „Tomar los Frijoles (die Bohnen einnehmen)“ sagt. Sie sind drüben, was in Rußland das Brot, in Deutschland die Kartoffel ist, jenes amerikanische Kind, das sich sehr entamerikanisiert hat, aber 1922 noch immer 25 232 000 kg lieferte.

Unter den Faserpflanzen steht an erster Stelle der Henequen, dessen Hauptanbaugebiet die Halbinsel Yukatan ist, 1922: 122 400 000 kg! Ferner Ixtle, mehr im Zentrum und Norden des Landes, mit 11 540 000 kg im nämlichen Standardjahr, und Baumwolle mit bloß 38 650 000 kg und 42 510 000 mex. Pesos Wert. (Daten aus der nämlichen Broschüre, die die mex. Konsulate verschicken.)

Die asiatisch beheimatete Raminpflanze kommt neben dem hinterindisch gebürtigen Kapok langsam in Aufnahme. Edel- und Farbhölzer, wie Ebenholz, Campeche, Mahagoni, Eiche und Nadelholz sowie Öl- und Fettpflanzen schließen den Reigen. Die alten Mexikaner kannten fettliefernde

*) Jedoch soll diese Gegenüberstellung europäischer und mittelamerikanischer Klimawerte bloß veranschaulichen. Es würde selbstverständlich ein verzerrtes Bild geben, wenn man sich nun vorstellen würde, etwa an der Küste von Veracruz sei es nicht drückender warm als in Sizilien im Juli. Es liegt über dem dortigen Tiefland ein größerer Druck, mehr Feuchtigkeit ist in ihm enthalten als in Sizilien. Darum wirkt die Hitze dort erschlaffender. Sizilien liegt auf der Höhe des Bundesdistrikts Washington, Veracruz auf der von Bombay.

Eine ähnliche Richtigstellung ergibt sich für die vorher angeführten Beispiele.

Tiere ebensowenig wie das Pferd. Noch heute trinken die echten Indios kaum die Milch der von den Spaniern herübergebrachten Kuh. Um so größer war so die Ausbeute, die sie an Fetten und Seifen aus dem Pflanzenreiche hatten.

Zur Vervollständigung das wichtigste aus dem Kapitel **Früchte**.

Bananen und Apfelsinen, süße und saure, große und kleine Zitronen (Limas und Limones). Ananas als Unkraut wuchert in der heißen Zone ohne Pflege und wird nicht, wie auf Hawaii, systematisch im Anbau erfaßt. Die Kaiserinnen der tropischen Früchte sind die Mango mit ihrem seltsamen Terpentingeschmack, die Chirimoya oder Anona, ein wundervolles Gemisch von Ananas und Erdbeer, die pepsinhaltige Papaya. Daneben vergesse man nicht des Mamey und der starken Familie der Zapote, Kokos usw. usw. Exportierbar sind annoch nur die Banane, Apfelsine, Zitrone und Kokos. Der wildwachsende Zapotebaum liefert den Chicle oder Kaugummi, der für die USA von großer Bedeutung ist. *Castilloa elastica* oder Kautschukbaum wird gepflegt. Der Anbau des minderwertigen Guayulegummis ist erledigt durch den unendlich großen Wettbewerb des erstklassigen Gummis, der nun in Hinterindien gebaut wird, seitdem der erste Kautschukbaum trotz der entsetzlich hohen Strafen der brasilianischen Landesregierung aus den Wäldern bei Manaos am oberen Amazonas in Brasilien von englischen Gelehrten gestohlen worden war. Olive, Erdnuß und Rizinus sind die Ölspenden des Hochlands. Coquito de Aceite ist der Sammelname für viele wildwachsende Palmen, die stark ölhaltige Früchte bergen. Das Pflanzenbild des Hochlands beherrscht die dickfleischige Agave, der natürliche Trinkquell des Volks, das sich aus ihrem Herzen den Pulquesaft herauszapft.

Wenn ich noch erwähne, daß es keine europäische Frucht gibt, die in Mexiko nicht fortkommt, glaube ich öder Namensnennungen enthoben zu sein.

Eine Zukunft hat z. B. die Alfafapflanze, eine außerordentlich ergiebige Kleeart, die mit der Zeit die Grundlage der Viehfütterung in Mexiko geworden ist oder es noch wird. Als altes medizinkennendes Kulturland ist Mexiko sehr reich an wildwachsenden Medizinalpflanzen, deren Kenntnis mündlich sich fortsetzt unter den Indios. Ich verweise nur auf die Jalapawurzel, Tamarinde, Sarsaparilla, Aloë, den Peyotekaktus, die Linaloessenz.

Etliche wilde Agavearten geben Fasern neben ihrem gärenden, berauschenden Herzsaft her. Zu den Schneitgräsern zählen wir das in den unwirtlichsten höchsten Regionen massenhaft auftretende *Zakaton* (so unterhalb des vegetationslosen Gürtels in den Gipfelstrichen der höchsten Vulkane des Landes), das zu Bürsten verarbeitet wird.

II.

Wir Deutsche sind, wie in so vielem, von der Geschichte Ungunst verurteilt gewesen, auch auf dem Feld der Kolonisation zu spät aufzutreten. Fähige

Köpfe, wirtschaftliche Führergrößen hat es auch bei uns genau so zeitig gegeben wie beispielsweise in dem drei Jahrhunderte vor uns kolonisierenden England. Ich denke dabei nur an die Welser-Unternehmungen in Venezuela im 16. Jahrhundert. Allerdings mehr aus Staatsraison denn aus wirtschaftlichem Interesse unternommen war die Besitzergreifung winziger Teile der Guineaküste in Westafrika (Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst von Brandenburg).

Als Fehler mehr persönlicher Natur ist die Ungeschicklichkeit im Kolonisieren zu bewerten, die privatim nach fremden Ländern sich vollzog, wie nach Venezuela in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Nach dem südlichen Brasilien und nach Chile in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts folgte allerdings dieser Unstern nicht. Er leuchtete mehr den Auswanderungsbestrebungen, die sich nach Mexiko wandten. Dabei denke ich nur an die geschlossenen landwirtschaftlichen Siedlungen, nicht an die kaufmännischen Unternehmungen deutschen Namens. Letztere erhielten sich durchschnittlich durch vernünftige Anwendung der guten amerikanischen Grundsätze von der natürlichen Auslese von dem durch seine Qualität sich durchsetzenden deutschen Kaufmannsnachwuchs in frischem Blute und gutem Saft.

Noch heute gibt es in Mexiko keine größeren deutschen landwirtschaftlichen Siedlungsgruppen. Nur die Besten setzten sich durch. Sie sind heute in dritter Generation im Lande verstreut, sehr wenige und mächtige Großgrundbesitzer geworden. Ich erwähne darunter als das beste Beispiel die Kaffeepflanzer von dem Staate Chiapas im Süden Mexikos unweit der Grenze Guatemalas. Guatemala hat bekanntlich bis weit über die Hälfte deutsche Kaffeepflanzungen, die mit zu den besten der kleinen Republik gehören. Von hier aus zog sich ein Rinnsal deutscher Pflanzler und dem Pflanzertum sich zuwendender Kaufleute nach Mexiko, nach Chiapas, das früher einmal zu Guatemala gehört hatte.

Die deutschen Massensiedlungen nach dem Weltkrieg sind bis zum heutigen Tage samt und sonders verunglückt. Minderwertige Führung, die sich z. T. aus moralisch behafteten Leuten zusammensetzte, leichtfertige Empfehlung oder moralische Unterstützung der deutschen Regierung waren mit die Faktoren des baldigen Zusammenbruchs. Hier und da traf ich auf meinen Streifzügen quer durchs Land die Reste dieser Versuche. Tatsächlich — das fand ich bald heraus — hat sich der Einzelsiedler besser herausgearbeitet und gehalten. Allerdings hat er Klauen in die Erde setzen müssen, recht schlechte Jahre durchgemacht, aber setzt sich schließlich durch.

Zu denken gab mir immer der schöne Rest, der bei Papan-tla, dem Mittelpunkt der mexikanischen Vanillekultur im Norden des Staates Veracruz, von der italienischen Massenansiedlung unter dem Gouverneur Gutierrez Zamorra in den 60er Jahren des verflissenen Jahrhunderts übrig geblieben

ist. Diese Italiener sind durchgehends wohlhabende Leute geworden. Es waren eben kulturell tieferstehende Leute, diese italienischen Bauern, als die Deutschen, die gerade heutzutage auswandern und alles andere eher sind als Bauern oder Handarbeiter.

Wir wissen zuviel, wir Deutsche unseres Zeitalters, und können zu wenig. Der amerikanische pädagogische Grundsatz lautet gerade umgekehrt: Mehr können; das Wissen kommt erst in zweiter Linie. An diesen Kapitalfehler unserer Schulung muß erst der bessernde Hebel angesetzt werden, wenn mal eine Änderung unserer überspannten Ansichten eintreten soll.

Wir wissen, wie stark Japans Bestreben auf Mexiko sich sammelt.

Die USA haben die Japaner vor die Türe gesetzt. Nun sollen die gleichen unermüdlichen kleinen Leute in den nördlichen der 28 Staaten, aus denen sich Mexiko zusammensetzt, angesiedelt werden, z. T. in geschlossenen Verbänden.

Seit längerem belehrten uns die geheimen Abmachungen zwischen dem Reiche der aufgehenden Sonne und Mexiko, wie Mexikos und Japans Pläne sich hier auf dem gemeinsamen Boden der Rache begegnen, gegen den bösen großen Gegner, die Union. Im Kriegsfall dürfen die Japaner starke Kontingente an der mexikanischen Küste landen und an der Nordgrenze zur Entfaltung bringen. Neuerdings beschäftigen sich die Japaner ernstlich mit dem Gedanken, die Magdalenabucht an der südlichen Westküste von Niederkalifornien als Flottenstützpunkt auszugestalten. Die USA haben sie aus Nicaragua, wo sie einen maritimen Stützpunkt haben wollten, herausgeworfen.

Die Erregung in den Vereinigten Staaten über die japanischen Magdalena-Pläne war groß. Man wurde unverblümter, offener in den alten Forderungen der imperialistischen Presse, Baja California, den mexikanisch gebliebenen Teil des alten, ehemals ganz mexikanischen kalifornischen Landes, von Mexiko zu verlangen. Die gleiche Presse bezeichnet ja den Golf von Mexiko einfach als das amerikanische Mittelmeer und betrachtet die mittelamerikanische Landbrücke zwischen dem Kanal von Panama und California, Arizona, New Mexico und Texas als den amerikanischen Korridor, der eines Tages von selbst amerikanisch werden wird. Bloß die gewaltige Masse Mexiko ist bislang der widerstandsfähigste Teil gewesen.

Doch Uncle Sam kann warten.

Vorläufig will er noch gar nicht 9 Millionen Indios, die heute die zählende Bevölkerung Mexikos enthält, in seine heterogene Bevölkerungsmenge aufnehmen. 12 Millionen Neger schreien schon heute nicht zu wenig und machen ihm zu schaffen.

1950 vielleicht ist nach Haushofer die Union mit, sagen wir, 200 Millionen Einwohnern einigermaßen besiedelt für europäisches Augenmaß. Dann schlägt

auch wohl die Stunde, wo Mexikos Widerstand zermürbt genug ist, um nicht ernstlich mehr in Rechnung gestellt zu werden.

Es verdient immer und immer wieder hervorgehoben zu werden, wie sachte die USA bei der Besitzergreifung bzw. Präparierung Mittelamerikas zu Werke gehen.

In Nicaragua, wo sie nach A. Dix das Protektorat haben sollen, steht ständig eine Kompagnie amerikanischer Soldaten in der Hauptstadt und ein recht kleines Trüppchen im pazifischen Hafen Corinto des gleichen Staates.

Außer in Salvador, der kleinsten unter den mittelamerikanischen Republiken, halten die Amerikaner die Finanzkontrolle in allen mittelamerikanischen Republiken in Händen, ziehen je nach Lage der amerikanischen Interessen die Fäden straffer an oder würgen mit den gleichen Fäden ab.

Salvador und Mexiko sind bekanntlich auch die einzigen Staaten im Norden Südamerikas gewesen, die sich trotz amerikanischen Hochdrucks im Weltkrieg neutral verhielten.

Japans Augen sehen scharf, sehen weit. Es sind die Augen eines Feindes. Und die sehen gut.

Eines seiner letzten Flottenmanöver war vor der pazifischen Seite des Panamakanals. Es verlautet, die Japaner hätten ihre Absicht, Truppen an den Kanalrändern zu landen und dieses feinste und empfindlichste Instrument amerikanischer Großmachtentfaltung zu zerstören, durchgeführt. Ein Schiff wurde im Kanal versenkt. Panamá wurde diesmal ein wahres außenpolitisches „Panamá“ (wie wir es in Frankreich kennen) für die USA.

III.

War die Absicht auch bloß auf dem Papier erzielt, genug, die amerikanische Presse wurde hellhörig, nervös und brach bald in lauten Lärm aus darüber, wie schwach die Panamakanalbesatzung noch sei. Mindestens 20 000 Mann wären anstelle der 12 000 Mann dort unten nötig.

Noch ist Mexiko nicht so durchsetzt mit unzusammenhängenden, nicht verarbeiteten Völkerelementen wie die Vereinigten Staaten.

Rund 80 % der Bevölkerung sind Indianer. Die Fruchtbarkeit derselben ist sprichwörtlich. Sie hat Staatsgenies hervorgebracht wie den Vater des Liberalismus Benito Juarez, der den „Kaiser“ Maximilian beseitigte, wie Porfirio Diaz, der eine Jahrzehnte dauernde hohe Blüte für sein Land um die Wende des Jahrhunderts veranlaßte. Diese Erzeugungsfähigkeit spricht für die Möglichkeit des Aufstiegs auch der niedrigsten Elemente. Beide Staatsmänner, die sogar in Europa ihren Namen haben, entstammen den niedrigsten Schichten.

Heute noch sind annähernd 75% der Indianer Analphabeten. Kaum ein Land auf der amerikanischen Nordhälfte hat so leicht billige Arbeitskräfte aufzuweisen, wenn wir von der gelben Rasse absehen, wie Mexiko. In manchen Gebieten gar nicht, in anderen mit 50—100 Goldpfennigen entlohnt für die Arbeit eines ganzen Tages, von Natur nicht unbegabt und geschickt zu vielerlei Arbeiten, sind sie das Fundament des Reichtums, der Macht der Mischlinge und der Fremden.

Das hat sich allerdings neuerdings, seit dem Sturz des Porf. Diaz, geändert, was die Leichtigkeit der Ausnützung der Indianer anbetrifft. Bolschewistische Ideen sind durchs Land gegangen. Über 12 Jahre währte die Loslösung des Landes von den Ideen der Diazschen Ära. Revolutionen in allen Landesteilen waren dazu nötig. Der Indianer mußte seine da entstehende Emanzipierung mit Blut erkaufen. Wo er als Führer auftrat, wie in Pancho Villa, den nordamerikanischen Sensationslüsterne geschmackloserweise als den mexikanischen Napoleon bezeichneten, führte der Ausfluß seiner Indianerenergie zu nutzlosem Blutvergießen und Taten ohne höheren Gesichtspunkt.

Dabei sehe ich ab von dem Einfall des Räuberführers P. Villas in die Südstaaten der Union. Er hatte die sogenannte Strafexpedition Pershings zur Folge, die als Ganzes betrachtet wenig Erfolge zu verzeichnen hatte und den latenten Haß der Mexikaner zum Ausbruch brachte.

Seitdem ist diese Abneigung nicht mehr zur Ruhe gegangen. Der Mexikaner weiß, was er von dem Gringo zu halten hat, der „seine Schätze“ haben will, und, wenn die Zeit dazu gekommen, sein Land selbst. Weil Pershing den Weisungen aus Washington in seiner undankbaren, delikaten Aufgabe so getreu gefolgt ist, wurde er der Generalissimus des amerikanischen Heeres im Weltkrieg. Das Hauptkonto der langjährigen Revolutionen kommt aufs Hauptbuch Onkel Sams in Washington. Die Union befolgt in gelehriger Anlehnung an ihre angelsächsischen Lehrmeister eine traditionell werdende Taktik, wie man ein Land reif macht für seine Zwecke.

Eines Tages soll Mexiko wie die Birne vom übervollen Birnbaum der Union in den Schoß fallen. Sie kann warten und wartet. Noch hält sie nicht die Schürze hin unter diesem Baum, der noch so wenig angenehme Früchte zeitigt. Mexiko soll erst okuliert, beschnitten werden durch eine leidvolle Zeit von inneren Unruhen.

Das gleiche weitgesteckte Ziel behält die Union auf der anderen Seite des Stillen Ozeans, in China im Auge. Zur Beherrschung dieses Meeres, das die Union in Anlehnung an ihre panamerikanischen Gelüste und Ziele panamerikanisch machen möchte, bedarf es der Durchdringung Chinas mit amerikanischem Imperialismus genehmen Faktoren.

Wir wissen, wie gewaltig die Zunahme des amerikanischen Handels in

China ist. Wir wissen auch, wie sehr die etliche Jahre währenden Unruhen des erwachenden Reiches der Mitte amerikanisches Importgut darstellen.

Der Chinese ist gelehrig, gelehriger als der Amerikaner.

Die mexikanischen Truppen der Revolution ähneln im Durchschnitt mexikanischen Räuberbanden. Die chinesischen Räuberbanden sind militärisch organisiert, haben Kompagnieverband mit Offizieren, strengste Disziplin und ihren General an der Spitze.

Wir wissen, wie 1924 hinter den Unruhen in Schanghai ein amerikanischer Graduirter der Universität von Berkely bei San Francisco stand.

Mittels dieser Operationen will die Union das riesig starke Rassegefühl der Chinesen untergraben. Wenn ihr das gelingt, ist ihr der Hauptschritt auf dem ungeheuer weiten, schwierigen Wege geglückt.

Denn nach Colin Roß hat der Japaner bloß Nationalgefühl, kein Rassegefühl. Der Mexikaner hat Rassegefühl; was an Nationalgefühl da ist, sind die gefälligen Floskeln seiner lateinisch beschwingten Rednergabe. Bei beiden heterogenen Völkern das Rassegefühl zu unterminieren, bedeutet kongruentes Arbeiten auf den beiden sich gegenüberliegenden Kanten des Stillen Ozeans.

Denn die Ideen machen heute nicht mehr Weltgeschichte allein. Das sehen wir an dem Scheitern des heiligen Krieges des Islam im Weltkriege.

Ein Panislam existiert ebensowenig wie ein Panmongolentum. Ebenso wenig wie Araber und Türken sich unter demselben Dache eines gemeinsamen Religionsbekenntnisses vertrugen (eine andere Nation, wie das christliche England, trennt erstere von den Türken, die das Kalifat als heiligste Würde des Islams zu hüten hatten), ebensowenig greift in der gelben Welt der Gedanke des Panmongolentums, etwa unter Japans Führung, um sich.

Dafür ist die Abneigung der Chinesen gegen die Japs zu allgemein und tief. Daß das Rassegefühl als das einzige verbleibende Kittmaterial der gelben Welt gegenüber der weißen Welt auch nicht in China Platz greife, dafür sorgen die augenblicklichen Handlungen der Vereinigten Staaten, die das ungeheure Land nicht zur Ruhe kommen lassen.

Die Überspannung des Nationalitätenprinzips verhindert in Europa die Idee eines Paneuropas, würde in Amerika die des Panamerika unterbinden.

Geschlossene Staatenbündel vereinigter Staaten, etwa von Europa, von Chinasien, von Lateinamerika sind die Gefahr der Ausbreitung des nordamerikanischen Imperialismus.

Vorläufig also hat die Zusammenfassung der vom gleichen Rassegefühl beherrschten Völker der Stillen Ozeanküsten noch weite Wege.

Bislang galt Mexiko als ein Volk mit einigermaßen vorhandenem Rassebewußtsein. Wenn es gelänge, dieses auf die noch lange unfertigen, nicht saturierten Länder der lateinischen Zunge zu übertragen, etwa wie es die

Neger der Union unter einem noch kommenden Negerkaiser für Nordamerika träumen, würde es dem Laufe des Rades der Geschichte der Union, des übrigen Amerika und der weiteren Welt in die Speichen greifen, das Rad vielleicht zum Stillstand bringen, jedenfalls um einige Drehungen zurückreißen.

Dann würde der Golf von Mexiko noch Jahrzehnte so heißen und nicht „Amerikanisches Mittelmeer“, wie er heutzutage durchgängig von der Presse der U. S. A. genannt wird.

IV.

Und wie steht's augenblicklich um das Land?

Calles hat sich in den sechzehn Monaten seiner Regierung durchgesetzt.

Ist es nicht seltsam? Limantour, der Finanzminister des Porfirio Diaz, lebte seit seiner Flucht aus Mexiko im Jahre 1910 in Paris und war tot für Mexiko. Nun lobt er öffentlich Calles wegen seiner finanziellen Maßnahmen.

Calles hatte den Ärmsten der Armen, den landlosen Peones, Feldarbeitern, gesagt: „Ich verwirkliche euch unser Agrarprogramm. Jedes Landgut, das über 100 ha faßt, wird aufgeteilt und den Bauern des nächst liegenden Dorfs, pueblo, zugesprochen.“

Nun war damit schon unter Obregon Ernst gemacht und viel böses Blut erregt worden.

Besonders mußten die Spanier, die man von früheren Jahrhunderten der Unterdrückung Mexikos noch kannte und haßte, darunter leiden. Sie besaßen die meisten und größten Haciendas des Landes, was den Besitz der Fremden anbetrifft.

Vorstellungen der ausländischen Vertreter fruchteten nicht viel.

Nun erhoffte der Peón, daß mit dem großen Reste glatter abgerechnet würde.

Aber vergebene Hoffnung! Calles stoppt. Er verpflichtete sich der auswärtigen Diplomatie und dem einheimischen Großgrundbesitz, von diesem Kapitel des Regierungsprogramms vorderhand Abstand zu nehmen.

Somit auch in dem wichtigsten Mittel callistischer Politik ein Abbau!

Calles ist für Mexiko Alessandri, der zurückgerufene Präsident Chiles, der Sozialistenführer seines Landes. Wie Alessandri oder Irigoyen, der argentinische Präsident von vormals, zur Zeit des Krieges, müssen diese homines novi paktieren und Kapitulationen schließen vor der harten Wirklichkeit.

Ich glaube nicht, daß Calles von seiner innersten Überzeugung auf die Dauer abweicht, mögen die Zeichen der heutigen Tage auch gegen ihn sprechen.

Wenn die Gelegenheit günstiger sich anläßt, macht er kehrt, macht er halt und schwenkt zu seinen alten Ideen um.

Er steht auf sozialistisch gefärbtem Sockel und steigt nur für einstweilen davon herunter, um bei besseren Zeiten den ursprünglichen Kurs wieder einzuschlagen.

Als die Spanier ins Land kamen, um 1520, fanden sie bei den Aztekas ein Gemeindeland vor. Daran konnten sie anknüpfen, weil in dem mittelalterlichen kastillschen Recht derartige Einrichtungen, die sogenannten ejidos, auch bestanden. Das Gemeindeland nannten die Aztekas altepetlalli.

Hierin liegt der Angelpunkt der Besserung der Agrarreform. Das heutige Mexiko hat den pueblos die alten ejidos wiederzugeben.

Der Indio tut für seinen Privatbesitz nur etwas, wenn er ein Teil des Besitzes seines pueblo bleibt. Je reicher sein pueblo ist, desto stolzer ist der Indio auf sein pueblo.

Die alten Mexikaner halfen sich damit, daß sie Teile dieses Gemeindelandes an die einzelnen Dorfmitglieder abgaben auf Lebenszeit, damit sie es bebauten.

So überlasse das heutige Mexiko die Verteilung der zurückgegebenen Ländereien den einzelnen Dörfern. Ich glaube, dieser Weg wird gangbarer als der bislang eingeschlagene.

Heute läßt der Indio das zurückgegebene, ihm viel zu große Land verrotten und bebaut nur so viel, als es für seinen bescheidenen Bedarf genügt.

Daher kommen die Klagen wegen des Verderbs der Ackerländereien des Landes durch seine eigenen Söhne.

Ehedem war die Kirche die größte Grundbesitzerin des Landes. Der Staat (1856 unter Comonfort, 1859 unter Juarez) ging mit ihr zu Gericht und nahm ihr soviel weg, daß heute die Kirche keinerlei Grundbesitz besitzen oder erwerben darf.

Allerdings wird dies durch kirchlich treue Mexikaner als Strohmannen selbst oft vereitelt.

Warum nun vor den weltlichen Besitzern, zumal wenn sie, wie die Spanier, Landfremde sind, halt machen?

1810 zählte man 5000 Haciendas, deren kleinste 2500 Morgen hatte, und 1700 Estancias. Die Kleingrundbesitzer hatten höchstens 30 ha.

Porf. Diaz schuf die Verfügungen, denen zufolge 2500 ha als Höchstmaß galten. So entstanden bis 1906, durch Verteilung von Urland, 8110 Ranchos mit ca. 11 Millionen Morgen Land.

Als Diaz ging, gab es 47 939 Ranchos.

1893 besagte das Kolonisationsgesetz, man könne Land kaufen, soviel man wolle. So kamen unter P. Diaz allein 5 Millionen Morgen an eine Gesellschaft und 14 Millionen an sieben Leute.

Am Ende seiner Regierungszeit existierte in 12 Staaten kein Staatsland mehr und ein neuer Großgrundbesitz von ca. 27 Millionen. Dazu trat der

alte Haciendenbesitz von 21 Millionen Morgen. Das ergibt 48 Millionen Morgen, die höchstens 600—700 Menschen eigneten.

Bestenfalls war $\frac{1}{3}$ davon unter Bewirtschaftung genommen.

50 000 Rancheros waren ohne Macht, 5 Millionen Indios ohne Land! (Zahlen aus dem sehr lesenswerten Aufsatz von L. Matthias im Neuen Merkur, Heft 5, Jahrgang 1925.)

1917 bekamen unter Obregon die Einzelstaaten das Recht, selbständig in Agrarfragen zu handeln.

Da nahm Yucatan alle Haciendas weg und entschädigte dafür (ebenfalls nach Matthias) in 4% Goldbonos, die in 50 Jahren zu amortisieren seien.

Yucatan geht, sozialistisch gesehen, am weitesten. Einige sprechen es als Bolschewistenrepublik an. Dabei ist der separatistische Zug der Yucatekos in die Wagschale zu werfen, von der Zentralregierung in Mexiko-Stadt sich zu lösen, weil sie, die Yucatecos, sich kultivierter fühlen als die Mexikaner des Hochlandes, — ein Rest des alten Stolzes der Nachkommen der hochstehenden Mayas! Wenn nun 1924—1926 in Yucatan viele Ländereien von den damit beglückten Indios an die ursprünglichen Eigner zurückverkauft worden sind, glauben die Verfechter der Unzweckmäßigkeit des rigorosen Vorgehens der Regierung ihr Recht bewiesen zu haben.

Der neue Herr ist von starkem Körperbau, sehr fleißig, wie man sagt, gutmütig und zugänglich. Dabei sparsam, wenigstens heute und rücksichtslos. Er hat alle Verheißungen nur als Mittel zum Zweck gebraucht. Er fürchtet heute nicht mehr seine Widersacher, seitdem die Bahnen des Verkehrs mit mächtigen Nachbarn geöffnet sind. Die Union hat erst nach Jahren Obregons Regierung anerkannt. Bei Calles hat sie nicht damit gezögert.

In der Gewerkschaftsbewegung herrscht der Geist des toten Gompers, des amerikanischen Arbeiterführers. Also hier ist Radikalismus unmöglich.

Das Rückgrat jedes gesunden Staates sind die Finanzen.

Mexikos auswärtige Schuld ist sehr groß, wenn man das Mißverhältnis bedenkt, das in Hinsicht auf die Verwendung der nicht geringen Einnahmen besteht.

September 1919 bis August 1920 betragen die Einfuhrzölle \$ 224 462 471 27 und die Austuhrzölle \$ 265 178 726,90 gegen \$ 194 875 781,37 und \$ 152 406 046,96 des Fiskaljahres 1909 bis 1916. Allein an Exportausgaben für Petroleum erhielt der Staat seit Januar 1921 \$ 34 207 544,34 die sich bis zum Jahresschluß auf rund 46 Millionen erhöht haben dürften.

Die öffentliche Schuld war im September 1920 amerik. \$ 657 599 122. Weitere Anleihen sind hinzugetreten.

Als man nun Calles eine weitere amerikanische Anleihe vorschlug, schlug er rundweg ab.

Mexiko ist das einzige Land in Amerika, das Hartgeld laufen hat. Das Papiergeld der Revolutionsjahre ist über Nacht verschwunden. Am anderen Morgen handelte man nur mit gutem Silber und Gold. Derartige Manöver kann sich nur ein notorisch reiches Land gestatten.

Und Mexikos Boden führt an die 80 % seiner Oberfläche erzhaltige Schichten. Als silbererzeugendes Land steht Mexiko an erster Stelle. 1922 leistete Mexiko mit 2521 Tonnen 39,32 % der Welterzeugung und an Gold Ende des gleichen Jahres 768,3 Tonnen. Von Industriemetallen liefert das Land von Jahr zu Jahr steigende Ertragsziffern, Kupfer, Zink und Bleierze.

Quecksilber und Zinnober kommen neben den Eisenerzen für Deutschland in Betracht. Ferner die Zuschlagsmetalle Mangan, Molybdaen, Wolfram und Vanadium (in mexikanischen Bleierzen zuerst gefunden). Weiterhin reihen sich das für uns wichtige Antimon, Arsen, Wismut und Zinn an diese stattliche Menge der Erze an.

Trotz des großen Reichtums an Eisenerzen (ist doch in Durango der Cerro de mercado ein Berg ganz aus massiven Eisenerzen!) besteht bei Monterrey die einzige Eisenhütte des Landes. Der Durchschnittswert der Jahresproduktion von rund 250 Millionen mex. Pesos sank 1922 als Folgeerscheinung der wirtschaftlichen Depression auf 191 Millionen mex. Pesos. Eine beredete Zahl!

Mithin verstehen wir die stolze Sprache des Präsidenten.

Den weitaus größten Teil des Staatshaushaltes schluckte das Heer! Nun bestimmt Calles seine Verminderung auf 50 000 Mann von seiner Stärke von 80 000 Mann. Rund 500 „Generale“ und eine Unmenge höhere Offiziere wurden verabschiedet.

In anderen Zweigen tritt das gleiche Bestreben der Sparsamkeit zutage.

Calles geht mit gutem Beispiel voran. Er wohnt nicht in dem Schlosse Maximilians auf der Höhe über dem parkumrauschten Chapultepec, sondern in seiner Stadtwohnung. Jeden Morgen fährt er im Auto zu den Staatsgeschäften wie ein gewöhnlicher Beamter. Den Ministern untersagte er das Halten mehrerer Dienstaufomobile auf Staatskosten.

Die monatlang ausstehende Zahlung der Gehälter leitete Calles in die Wege, zahlte die am schlechtesten besoldeten Beamten, die Lehrer, und will, so verkündet er, den uralten Mißbrauch der Zahlung in Anweisungen auf den Staat, in sogen. Bonos, nicht dulden.

Halsabschneider standen vor der Türe der Staatshauptkasse und honorierten die Bonos mit sage und schreibe ganzen zehn Prozent!

Es war dies ein glänzendes Geschäft. Denn mit den gleichen Bonos zahlte man dann die steuerlichen Verpflichtungen an den Staat.

Der ehemalige Dorfschullehrer Calles arbeitet und wird vielleicht eines Tages, wenn seine Amtsperiode normal verläuft (von allen Präsidenten Mexikos sind recht wenige eines natürlichen Todes gestorben) als ein anderer Porfirio Diaz dastehen.

Augenblicklich ist sein Land in der Epoche der Tränen, des Leides und der Heilung von den tiefen Wunden, die ihm die über ein Dutzend Jahre währende Revolution geschlagen hat.

Die Vereinigten Staaten glauben, ohne diese Periode des nationalen Unglücks zu einem großen Staate erstanden zu sein. Das ist bislang noch keinem Volk in der Geschichte widerfahren. Und Ausnahmen macht die Geschichtserfahrung nicht.

Die Eule der Minerva beginnt den Flug in der Dämmerung.

Und Dämmerung hebt an im Bereiche der Länder des Stillen Ozeans, was die klare Erkenntnis der politischen Entwicklung jener Länder in der Neuen Welt und im Fernen Orient anbetrifft.

Darum können wir nicht klar genug vorläufig sehen, wie auf der Nordachse die Geschichte läuft.

Ob mit der Zusammenfassung des durch Rassegefühl geeinten Lateinamerika und der gelben Welt unter den Stößen der Mächte Japan und Mexiko als Vortrupps, die an der Grenzfront auf der Wacht liegen, der drohenden Amerikanisierung und Technisierung der Welt Einhalt geboten wird?

Ob damit ein Paneuropa wieder die Hand frei bekommt zu dem durch den Weltkrieg zerstörten Werk einer Europäisierung der Erde, einer Durchdringung der Erde mit dem Geist abendländischen Kulturdenkens?

Das Gesicht Mexikos ist schwer verständlich, ist rätselhaft wie das Antlitz der alten Götter des Landes.

Ich habe versucht, aus ihm herauszulesen, was für die Forderung des Tages für uns Deutsche notwendig ist zu wissen, zu erfahren.

Es ist ein recht unvollkommener Versuch. Des bleibe ich mir gewiß.

Wenn aber diese wirtschaftlich-politische Skizze das Augenmerk tüchtiger Landsleute gespannt hält auf die Gleichung: Mexiko plus Deutschland ist ein gut Teil unserer Zukunft, so bin ich reich belohnt.

RECHE: DER POLYNESIER

Der Großadmiral v. Tirpitz schließt seine Erinnerungen mit den Worten: „Das deutsche Volk hat das Meer nicht verstanden“. Das ist natürlich so zu verstehen, daß wir Deutschen das Meer in seinen Möglichkeiten für unsere politische und wirtschaftliche Machtstellung nicht begriffen haben; auch vielleicht nicht erkannt haben, in wie hohem Maße die Seefahrt Kräfte des Denkens und Charakters entwickelt, die unserem Volk not waren, um seine weltpolitische Aufgabe zu erfassen und sie inmitten der andern Völker durchzusetzen. Aber darüber hinaus hat der Ausspruch des Admirals noch eine umfassendere Gültigkeit, insofern das Meer als kulturgestaltende Umwelt bis heute nirgends in seiner vollen Bedeutung erkannt worden ist — freilich nach dieser Richtung hin wäre eine Beziehung auf die Deutschen am wenigsten angebracht, denn gerade die Arbeiten deutscher Gelehrter haben hier in völlig neue Gedankengänge hinübergeführt, von denen wir überzeugt sind, daß sie uns der Lösung vieler Fragen über die anthropologische und kulturelle Entwicklung der Völker näherbringen werden, als es auf den bisherigen von der Wissenschaft hier eingeschlagenen Wegen möglich war.

Der Gedanke der Umwelt als allgestaltender Faktor des Lebens ist bisher zu wenig gewürdigt worden. Wir suchen immer Punkte auf der Erde, auf denen das menschliche Leben in seiner Rassenverschiedenheit sich zuerst entwickelt hat — wir suchen Ausgangspunkte der verschiedenen Kulturen dieses Lebens und lassen die Völker dazu bestimmte Straßen über die Erde wandern — aber bei all diesen Betrachtungen sind wir doch immer zu sehr Gegenwartsgeographen, indem wir die Gestaltung von Land und Meer im großen ganzen nach ihrer heutigen Formung zur Unterlage nehmen. So holen wir zu wenig die Umwelt heraus, in welcher der Gegenstand unserer Untersuchung liegt und in seiner Bedingtheit verstanden werden kann. Gewiß können wir uns rückblickend nicht in uferlose Zeiten verlieren, aber bevor wir erwägen, ob eine hochkultivierte Rasse von den Hochflächen des Pamir oder vom hohen Norden sich über die Kontinente verbreitet hat, sollten wir doch zuerst festzustellen versuchen, welche Umwelt die geeignetste ist, um Kultur zu schaffen. Und da scheint mir, daß weder die eine noch die andere dieser eben genannten Umwelten (Pamir und Norden) die Kräfte in sich trägt, um das menschliche Leben von da ab, wo wir es so nennen, wahrhaft geistig befruchtet zu haben. Wenn wir an diesen Punkten der Erde Ausgangspunkte

einer höchstkultivierten Rasse gefunden zu haben glauben, so handelt es sich ganz gewiß nicht um erste Ausgangspunkte, sondern nur um Etappen auf dem Wege einer Ausbreitung von Punkten her, wo das menschliche Leben unter den günstigsten Bedingungen bereits eine solche kulturelle Höhe erreicht hatte, um sie in einer weniger günstigen Umwelt noch zu behalten und sogar weiter treiben zu können. Nachdem wir aber jetzt die Umweltsantipolarität von Land und Meer hier begriffen haben, müssen wir doch zunächst die Frage aufwerfen: Ist es die Festlandswelt oder die Meereswelt, die Welt meerumspülter Klippen und Inselwolken, welche für die erste Entwicklung einer geistigen Kultur der günstigste Boden ist? Und wenn wir uns für die letztere entscheiden sollten, würden wir die andere Frage zu beantworten haben, ob wir eine gegenwärtige geographische Meerwelt noch zum Ausgangspunkt dieser Kultur nehmen dürfen oder eine solche irgendwo anders auf der Erde in früherer Zeit anzunehmen haben.

Was die erste Frage anbetrifft, so ist sie durch die Untersuchungen und Arbeiten deutscher Gelehrter zu Gunsten der Meereskultur bereits entschieden. Wenn wir also eine hohe Geisteskultur bei der nordischen Rasse vorfinden, deren somatische Entwicklung nicht unter einem hohen Stande der Sonne gedacht werden kann (es fehlen ja die Schutzfarben der Haut und des Haares gegen Sonnenbrand), so müssen wir doch wohl auch eine frühere mehr insulare Gestaltung der Polargegenden annehmen; sie würde bei anderer Lage der Erdachse und damit veränderten klimatischen Verhältnissen auch unter den heutigen geographischen Zuständen bis zu einem gewissen Grade vorhanden sein, insofern sich aus der Eiskappe des Nordpols die große Zahl vorhandener Inseln, besonders nördlich des amerikanischen Kontinents, merklich herauslösen würde — und man könnte sich denken, daß die seiner Zeit erfolgte fortschreitende Vereisung der Polargebiete zusammen mit einer starken Bevölkerungszunahme ein dort vorhandenes Meervolk dann mehr nach Süden abgedrängt hat an die Nordgebiete Europas, wo der Golfstrom das Meer freihielt. Längs den Küsten weiter strebend könnte das nordische Meervolk auf der Inselwelt des östlichen Mittelmeeres die ihm am meisten zusagenden Lebensbedingungen gefunden und sich dort als mykenische und griechische Geisteskultur ausgewirkt haben. Beachtenswert bleibt immer, daß philosophisches Denken vornehmlich in dieser Kleininselwelt beheimatet war. Von da aus könnten sehr wohl Ausstrahlungen nach Nordägypten, Persien, Babylonien und Indien stattgefunden haben. Bei den letzten Ländern könnte aber auch sehr wohl ein Zusammentreffen mit der Kultur des polynesischen Meervolkes (in ihrer Sprache tangata genannt) stattgefunden haben, woraus sich vielleicht der hohe Stand philosophischen Denkens gerade an diesen Stellen am besten erklärt. Dr. Kurt v. Boeckmann hat auf inhaltliche Zusammen-

hänge der Mythen der Südsee und dieser Völker Asiens hingewiesen, deren selbständig örtliche Entstehung in ihrer überraschenden Gleichheit vieler Einzelheiten kaum angenommen werden kann. Einem Meervolk, wie den Polynesiern, das ein Inselgebiet von solch ungeheurem Seeraum, wie es in der Südsee vorliegt, besiedelt und in dauernder Seefahrt untereinander verbunden gehalten hat, können wir gewiß auch Fahrten in die Golfe und Einbuchtungen des Indischen Ozeans zugestehen — ja es wäre geradezu unverständlich, wenn der Tangata, dieser typische Seenomade, im Indischen Ozean nicht ebensoweit herumgekreuzt wäre, wie in dem unverhältnismäßig viel weiter gespannten Seeraum der Südsee, zumal wenn man seine Urheimat auf den malayischen Inseln annimmt. Es möchte mir aber scheinen, daß die Herausbildung des Polynesiens zum Menschen des Meeres sehr viel früher erfolgt war, als die historische Forschung auf Grund der Südseewanderungen vermuten läßt. Denn eine Besiedlung der Südseeinseln und noch mehr die Schaffung eines über die weitesten Seeräume dauernd im Verkehr miteinander stehenden Volkstums war nur möglich bei bereits vorhandenem Hochstand der Navigation, der nur in langer Zeit auf stetig gesteigerter Fahrtweite erworben werden konnte. Bei Nichtbenutzung irgendwelcher nautischer Instrumente (selbst der Magnetkompaß, obwohl dem Polynesier wohl bekannt, wird abgelehnt) verlangt diese Navigation, welche es bereits seit Jahrhunderten fertigbringt, auf kürzestem Wege (im größten Kreis) Inselpunkte im größten aller Weltmeere mit Sicherheit aufzufinden, eine astronomische Vorstellungsbegabung, die nur aus einem rassenmäßigen Auslesevorgang in langer Zeit zu verstehen ist. Es kann an dieser Stelle auf die Eigenart der polynesischen Navigation nicht eingegangen werden, so gewiß sie uns auch in ganz besonderer Weise die Weite des polynesischen Denkens und eine uns fast in einem besonderen Sinne liegend erscheinende Gedächtnisfähigkeit und Vorstellungskombination des Tangata offenbart — das Wesensbesondere des echten Meermenschen. Man stelle doch nur diesen navigatorischen Hochleistungen im winzigen Kanu die geradezu stümperhafte Fahrt eines Kolumbus über den atlantischen Graben gegenüber mit einer Verrechnung in geographischer Länge um einen halben Erdkreis — eine Fahrt, zu welcher das eisengewaltige Europa nebenbei erst vor 400 Jahren überhaupt die Kraft fand. Aber auch den Wikingerfahrten fehlte jener navigatorische Bewußtseinsinhalt, der den Tangata befähigte, jederzeit den Schiffsort aus seiner Relativitätslage zum kreisenden Kosmos (ane ta'avili langi) abzugreifen.

Eine Meereskultur, die sich an rohstoffarmen Inselwolken anhängt, erschöpft sich freilich früher mit ihren materiellen Hilfsmitteln, und es kann hier nicht zu jenen werktätigen Schöpfungen kommen, in welchen sie ihrer inneren Gedankenwelt einen gleichen äußeren Ausdruck zu verleihen imstande ist, wie es

dort der Fall ist, wo sie auf festländischen Boden übergreift, sich dort allerdings wieder verflüchtigend. Wir dürfen daher in dieser Richtung nicht suchen, sondern müssen dort zu finden streben, wo der Gedanke von allem Materiellen abstrahiert und sich in rein Geistigem vorwärts arbeitet. Es ist das Gebiet der Philosophie, auf dem wir in solchem Falle allein uns ein Urteil über die geistige Kultur der an materiellen Hilfsmitteln armen Meervölker zu bilden vermögen. Und nun weiß ich wohl, daß man mir mit großem Zweifel und Erstaunen gegenüber treten wird, wenn ich sage, daß nirgendwo philosophisches Denken einen so hohen Stand erreicht hat, wie bei den Polynesiern. Daß wir so wenig davon wissen, ist aber Schuld unserer Forschungsmethode, die so gerichtet ist, daß wir hier immer nur auf dem geschriebenen Wort festen Fuß fassen können und dem mündlichen Ausdruck nicht trauen, ja nicht verstehen, ihn zu einem großgefügteten Gebilde zusammenzulocken. Denn das muß geschehen, und die Kunst des Forschers ist es, daß er dem anderen Mund nicht die von ihm erwarteten eigenen Antworten durch falsches Fragen einlegt, oder das freigegebene Wort in das vorgefaßte Denken nach eigener Vorstellung einstellt. Er darf das Saitenspiel der fremden Seele nur zum Tönen bringen, sich selbst jeden Einklangs enthaltend, und dann nur bemüht sein, sich selbst so abzustimmen, daß es zu einer Resonanz im eigenen Innern kommt. Dann mag er das, was er dort erlauscht, in die Sprache Europas zurück travestieren. Das heißt also: Man muß den eigenen europäisch eingestellten Menschen erst mal verlieren, um den Polynesier zu verstehen, und ihn dann wieder im europäischen Denken sich verständlich machen.

Es kann nicht die Aufgabe der folgenden Zeilen sein, die polynesische Philosophie als Ganzes zur Darstellung zu bringen — es soll nur gezeigt werden, wie bei dieser Philosophie das Meer die Anregungen gab und bis wohin es das Denken hinaufgetrieben hat.

Wer ist der Meermensch — der Tangata? Es ist der Mensch, dem das Land als Gegenstand geistiger Betrachtung gegenüber dem Meer fast völlig zurücktritt. Das Land ist Brutstätte, ist der Erzeugungsort des Rohmaterials für das Mittel, welches ihm, dem Seenomaden, gestattet, sein Leben auf dem Meere zu führen; kaum merklich beschäftigt es seine Gedankenwelt. Anders das Meer, sein Lebensboden. Im Denken des Tangata ist es Weite — Weite — und immer nur Weite — moāna, das im Meeres- und Himmelsblau Verschwimmende. Die Moāna hat kein Ende. Unendlichkeit. Aber sie ist nicht unsere Unendlichkeit. Der landgebundene Mensch sieht den Raum stets begrenzt, sei es durch Wald, Fluß, Gebirge — sei es sonstwie — immer bleibt er Grenzenraum. Dahinter wieder Raum und jenseits neuer Raum bis fort ins nie Endende. So entwickelt der Landmensch die Unendlichkeit aus der

unendlichen Vielheit der Räume; sie ist ein Weiterdenken der nie endenden Grensräume. Auf dem Meer gibt es keinen Grenzenraum, er ist dort ein immer nur Gedachtes — man muß ihn ableiten aus der Unendlichkeit als Unendlichkeitseinheit. Was aber heißt das? Wer die Unendlichkeit des Raumes als Einheit erlebt hat, für den gibt es keinen Raum mehr als Wirklichkeit — er erkennt den Raum als das lediglich unserem Denken Angehörige; als das, was wir in unserer Sprache erkenntnistheoretisch „Denkform“ nennen. Das hat der Tangate begriffen; er abstrahiert also die Welt von allem Räumlichen. Worin aber steht die raumlose Welt? Das Meer gibt ihm die Antwort: Die Wellen rauschen, die Winde brausen, Ebbe und Flut folgen im ewigen Wechsel, die Sterne kreisen über ihm. Zeit. In der Zeit steht die Welt. Wo aber ist Zeit ohne Raumgedanken? In der Musik, im Gesang — da erscheint sie an sich; da gibt es keinen Raum. Also ist die Welt ein Singen — langi — das Weltenall, der Kosmos — lalolangi die Erde, das untere Singen. Dahin führte ihn der Moānagedanke und ließ ihn das Wort langi finden; er kannte es nur im Erfassen der Unendlichkeit als Einheit und Begreifen des Raumes als Denkform. Er hielt diesen gewaltigen Gedanken einen Augenblick fest — das Wort langi verankerte sich in der Sprache als Inbegriff einer an sich raumlosen Welt; und es blieb, als der Tangata auch die Welt weiterdenkend als eine zeitlose erkannte. Daß er auch dahin kam, ergibt sich hier aus der Kosmogonie der Maori, welche das Weltall aus dem im Raum- und Zeitlosen wirkenden Schöpfungsgedanken erstehen ließ.

Also mußte der Tangata auch das Ding als Erscheinung und das Ding an sich (das Selbst der Dinge, das αὐτὸ καθ'αὐτὸν, das atman) begriffen haben. Er hat es getan und auch hier wieder ein gemeinverständliches Wort gebildet: atanga (wörtlich übersetzt: das Schattenhafte oder Schattenwesen der Dinge) — ein Wort, das vom Samoaner (meine Kenntnis ist eine nur auf Samoa erworbene) nur in dieser erkenntnistheoretischen Bedeutung gebraucht wird und in seinem Begriffsinhalt ganz allgemein von jedem Jüngling und Mädchen aus Häuptlingsgeschlecht (sie sind die Träger der geistigen Kultur) so verstanden wird. Das Ding an sich heißt totonu — es ist einmal „das Innerste“, zum andern „das ganz Richtige“ (tonu — richtig; totonu Verstärkung von tonu); vornehmlich aber ist totonu „richtig im sittlichen Sinne“. Also ist dieses Selbst an sich der Dinge ein sittliches Selbst. Und hier liegt meines Erachtens die gewaltige Überlegenheit polynesischer Philosophie über diejenige aller anderen Völker. Daß das Selbst der Dinge ein sittliches Selbst ist, hat weder der Grieche noch der Inder noch irgendein anderer erkannt. Man muß diesen Gedanken nur ganz zu erfassen suchen, um seine gewaltige Tiefe verstehen zu können. Sittlichkeit kann ja nur bestehen im willensfreien Selbst — solange dieses nicht als ein sittliches Selbst erkannt ist, muß es als ein ver-

kehrtes gelten; in der orientalischen Welt, von wo der Gedanke mit dem Christentum zu uns herübergekommen ist, als in Sünde verstrickt; im indischen Gedanken als Leiden. So oder so, es steht falsch in der Welt, die doch nur darum ist und sein kann, weil sie an sich richtig ist — und richtig kann sie nur sein als sittliche Tat, in welcher weder für eine Befreiung von sich selbst durch den Eingriff einer höheren Macht noch durch Selbsterlösung Raum sein darf. Die Welt wäre sonst verkehrt und sie wäre überhaupt nicht. Die Welt besteht in der Richtigkeit aller Dinge zueinander — das Sittengesetz ist Harmonie alles Selbst der Dinge. Nicht schöner konnte dieser Gedanke gefaßt werden, als wie es vom Polynesier geschehen: Die Welt ist langi — ein Singen, ein Schöpfungslied — und ihr inneres sittliches Gesetz ist Harmonie — viinga.

Und doch die Möglichkeit zur Disharmonie? Ja gewiß, sie muß bestehen, es gäbe ja sonst keine Sittlichkeit. Wir können ja nur darum sittlich handeln, weil wir auch unsittlich handeln können. Hier „kehren sich die Worte um“, wie der Inder sagt. Der Polynesier aber stellt sich so zu dieser Frage: Das sittliche Selbst der Dinge, das totonu (es ist das indische atman, wenn man von der Sittlichkeitsidee absieht) begründet sich durch seine Freiheit im sittlichen Handeln, das doch nur gegenüber einem andern totonu bestehen kann. Daher muß in allen Dingen ein durch Gegenseitigkeit bedingter gleicher Sittlichkeitsgedanke vorhanden sein, also ein gemeinsamer Sittlichkeitsgrund; oder anders ausgedrückt: Das Selbst der Dinge muß einem gemeinsamen Selbst der Welt entstammen, dessen gewollter Ausdruck das einzelne totonu ist. Es ist tangaloa (ta heißt „Ich“; tanga ist die „Ichheit“ — loa heißt groß und gleichzeitig — tangaloa ist also die große gleichzeitige Ichheit, das Selbst aller Dinge — der Weltgrund). Es ist letzter Sittlichkeitsgrund, das an sich Sittliche, an dem alle Sittlichkeit gemessen wird. Tangaloa wird zugleich gedeutet als „das große Sehnen“, also der Schöpfungswille: von den Missionaren übersetzt mit „Gott“. Aber das letztere ist tangaloa doch nicht, denn es ist kein Gegenüber zur Welt, kein Zweites. Der Tangaloabegriff ist ein wesentlich verschiedener vom Gottesbegriff der orientalischen und abendländischen Kirchenlehre, so gewiß auch vielfach die christlichen Evangelien hier in einem gleichen Gedanken einzuklingen scheinen. Tangaloa ist auch nicht das indische brahman, weil dieses nicht Inhalt eines sittlichen Selbst der Welt ist — immerhin steht tangaloa dem brahman am nächsten. Es ist schwierig, den Tangaloagedanken in unserer Einstellung ganz verständlich zu machen, aber daß es hier um einen gewaltigen Gedanken geht, kann nicht bezweifelt werden.

Für den Geopolitiker wird der Inhalt der polynesischen Gedankenwelt an sich weniger von Bedeutung sein, als vielmehr, wie sich politisch und soziologisch eine solche der Meeresumwelt entsprungene Weltanschauung auswirkt.

Daß der Gedanke eines in allem Leben stehenden einen Selbst der Welt sozial zu einer kommunistischen Gestaltung des Gemeinlebens hinführen muß, ist nur folgerichtig. Um so mehr aber muß es auf den ersten Augenblick überraschen, daß ein solches kommunistisches Gemeinwesen sich mit einer unbedingten Führerschaft der Adelsgeschlechter verbindet, denen das Volk aus innerster Überzeugung heraus eine überragende soziale Stellung zuerkennt. Ein Versuch, die nach unseren Begriffen gottähnliche Stellung der Mitglieder von Häuptlingsfamilien zu schwächen, würde auf den allerschärfsten Widerstand stoßen und zwar mehr bei den Volksmännern als vielleicht beim Adel selbst. Das hat seine Folgerichtigkeit aus der polynesischen Weltanschauung heraus. Wir kommen hier zu dem Blutsgedanken, der in dieser Gedankenwelt eingeschlossen ist. Blut (arterielles Blut — die Essenz des Blutes) ist mā; dasselbe Wort bedeutet Scham, steht also in Beziehung zum Begriff von Sittlichkeit oder Ehre. Mā ist der blutsgewordene Lebenswille des sittlichen Selbst und zugleich seine sichtbare Äußerung als Schamröte im Widerspruch der Lebenshandlungen zu ihm. In je mehr möglichen Handlungen ein solcher Widerspruch empfunden wird — und das ist der Fall bei den Häuptlingsgeschlechtern bei ihrem besonders stark ausgeprägten Ehrbegriff — um so näher steht der einzelne seinem sittlichen Selbst, seinem totonu, und ragt um so tiefer durch dasselbe in das sittliche Selbst der Welt, in tangaloa, hinein. Der mit seinen sittlichen Begriffen das Volk weit überragende Adelsmann ist also tangaloa ungleich näher als der Volksmann — er steht in unserer Sprache gesprochen der Gottheit näher, hat mehr vom Göttlichen in sich. Es ist aber nicht richtig, wenn die aus solchem Gefühl, das doch zweifellos selbst Blutsgefühl ist, entspringende allgemeine Hochachtung der Häuptlingsfamilien, die in der Form einer geltenden Selbstverständlichkeit unser Erstaunen erregt, gedeutet wird als Verehrung gewissermaßen Mensch gewordener Götter. In solcher Auffassung befinden wir uns ganz und gar in europäischer Einstellung, die hier wie auch sonst gegenüber der polynesischen Geisteskultur zu gänzlich falschen Vorstellungen führt. Das hier vorliegende Wesensverschiedene läßt sich darin erkennen, daß alle Bemühungen von außen her scheitern, den Polynesier dem Gedanken einer Gleichheit der Menschen zugänglich zu machen — im sozialen Leben lehnt er ihn unbedingt ab; in der Lehre der Missionare von der Gleichheit aller Menschen vor Gott kann er ihn nur verstehen als Dasselbe aus Tangaloa in allem Selbst der Dinge, dem aber der einzelne Mensch als atanga sehr verschieden nahesteht. Ich stelle dahin, ob die Kastengliederung der Inder nicht auch, wenigstens teilweise, ihrer ähnlichen Weltanschauung entspricht — jedenfalls bat selbst die Lehre des tatwam asi (du bist es selbst), also die Lehre des eigenen Daseins in allem anderen die schärfste soziale Trennung der Kasten nicht verhindert. Der Widerspruch des Denkens

gegenüber der sozialen Gestaltung des indischen Gemeinschaftslebens infolge Rassenverschiedenheit der Bevölkerung dürfte vielleicht doch nur ein scheinbarer sein, und das polynesisches Beispiel gibt für die volle Erklärung des indischen Kastenwesens einen möglichen Anhalt.

Das Bewußtsein des Besitzes eines an sich richtigen Selbst muß nun aber zur stärksten Lebensbejahung führen, es muß zur Freude am Dasein werden. In allem Mensch mit der durch Sittlichkeit bedingten Freiheit des Willens und doch an sich richtig zu sein, ist eine Höhe der Lebensauffassung, die außer dem Tangata kein Volk der Erde sich errungen hat. In dieser Lust am Dasein, das sich in immerwährendem Streben nach Harmonie zu seinem richtigen Selbst zu bringen sucht und sich in Schönheit und einer sonst nirgends erreichten Lebenskunst der Freude auswirkt, offenbart sich äußerlich der Wesensunterschied der polynesischen und der auf anfänglich gleichen Gedanken wandelnden, dann aber stehen gebliebenen indischen und der von Asien überkommenen neuropäischen Weltanschauung. Als der Tangata das, was dem Inder atman, als totonu; das, was ihm brahman, als tangaloa erkannte, wurde die Welt ihm zum Paradies — und das Meer, die Moana, die zuerst mit ihrem Unendlichkeitsgedanken die Sehnsucht dahin in ihn eingelegt hatte, schenkte es ihm auch als Wirklichkeit auf den grünen lachenden Inseln in sonniger Frühlingspracht unter immer blauem Himmel. Nur der Weiten- und Sehnsuchtmensch des Meeres konnte die paradiesischen Eilande finden, nur er sie sich wahrhaft zu eigen machen, sich und sein Dasein in Harmonie mit dem wellenumrauschten Zauberland verschmelzend. Vor der Disharmonie der weißen und gelben Zivilisation stirbt der Tangata dahin — aber vielleicht kann doch noch einmal seine geistige Hinterlassenschaft befruchtend auf die Völker der Erde wirken, wie es nach Jahrtausenden die auf den Inseln des östlichen Mittelmeeres entstandene, in vielem so gleiche geistige Kultur der Hellenen auf das gegenwärtige Geschlecht getan hat. So gewaltiger aber die unvergleichlich weiter sich erstreckenden Räume der Südsee das Denken der meerverbundenen Menschen angeregt haben, so befruchtender wird auch jene weitspannendere Gedankenwelt wirken können, die in ihrer Tiefe zu verstehen, wir uns in kommenden Zeiten nicht bloß geistig, sondern auch sittlich erst noch reif zu machen haben.

E. TRINKLER: DIE INDISCHE NORDWESTGRENZE

Wohl kein anderes Gebiet hat eine solch große Bedeutung für das Indische Kaiserreich wie die Nordwestgrenze. Wer die Geschichte Indiens der letzten Jahrzehnte durchstudiert, wird finden, daß fast alle Grenzstreitigkeiten Indiens auf das Gebiet der Nordwestgrenze fallen.

Schon seit ältesten Zeiten lag das Einfallstor nach Indien im Nordwesten; ich erinnere nur an das Eindringen der Arier, an den Zug Alexanders d. Gr., an die Einfälle der Skythen, an die Kriegszüge Mahmuds v. Ghazni, Babers, Timurs und Nadir Schahs.

Wenn Indien an der Nordgrenze im gewaltigen Wall des Himalaya und des ihm angelagerten 4500—5000 m hohen rauhen Berglandes von Tibet ein natürliches Bollwerk hat, so hat die Geschichte bewiesen, daß die wilden indo-afghanischen Grenzberge im Westen nicht unbedingt als ein natürliches Bollwerk betrachtet werden können. Im folgenden soll der Versuch gemacht werden, dies so außerordentlich interessante Grenzgebiet, das der Verfasser 1924 zum Teil selbst kennen zu lernen Gelegenheit hatte, dem Leser näher zu bringen.

Das geographische Bild der Nordwestgrenze

Die Gebiete, die wir hier besprechen wollen, sind von Norden nach Süden, Tschitral, Dir—Swat—Bajaur—Mohmand, Khaiber und Tirah, Kurram und Wasiristan. Die Grenze dieser Grenzstaaten gegen Afghanistan wurde 1893 durch eine Grenzregelung mit dem Emir festgelegt. Die Grenze, die sogenannte „Durand Boundary“ fällt darnach ungefähr mit dem Abfall der Berge gen Westen zusammen. Die Abgrenzung der einzelnen Gebiete gen Osten ist aus der Karte ersichtlich. Die Einwohnerzahl der genannten Grenzländer beläuft sich ungefähr auf $3\frac{1}{2}$ Millionen.

Das ganze Gebiet ist ein wildes hohes Gebirgsland. Im Norden an die Hauptkette des westöstlich sich hinziehenden Hindukusch stoßend, der nördlich Tschitral sich im Tiritsch Mir und Sad-Istragh bis zu 7000 m erhebt, ziehen die Gebirge wie gewaltige erstarrte Wellen von dort gen SSW und S. In allen Grenzgebieten, bis zum Tachit-i-Suleiman im Süden, erheben sich vereinzelt Gipfel bis 3500 und 4000 m und die relativen Höhenunterschiede sind verhältnismäßig groß. Bestehen die hohen Berge im Norden aus Eruptionsgesteinen, Graniten, Porphyren und kristallinen Schiefern, so treten in den südlicheren Ketten der Kreidekalk und jüngere tertiäre Ablagerungen in den

Vordergrund. Diese großartige Gebirgswelt wird nun von unzähligen, tief eingerissenen Schluchten und Tälern zerteilt, auf die wir bei der Schilderung der Einzellandschaften näher eingehen werden. Genau so mannigfach wie die Vegetation in den verschiedenen Teilen dieses großen Grenzstreifens entwickelt ist, so verschieden sind auch die Völker, die diese Bergwelt bewohnen, und es ist daher das zweckmäßigste, gleich mit der Schilderung der einzelnen Grenzbezirke zu beginnen.

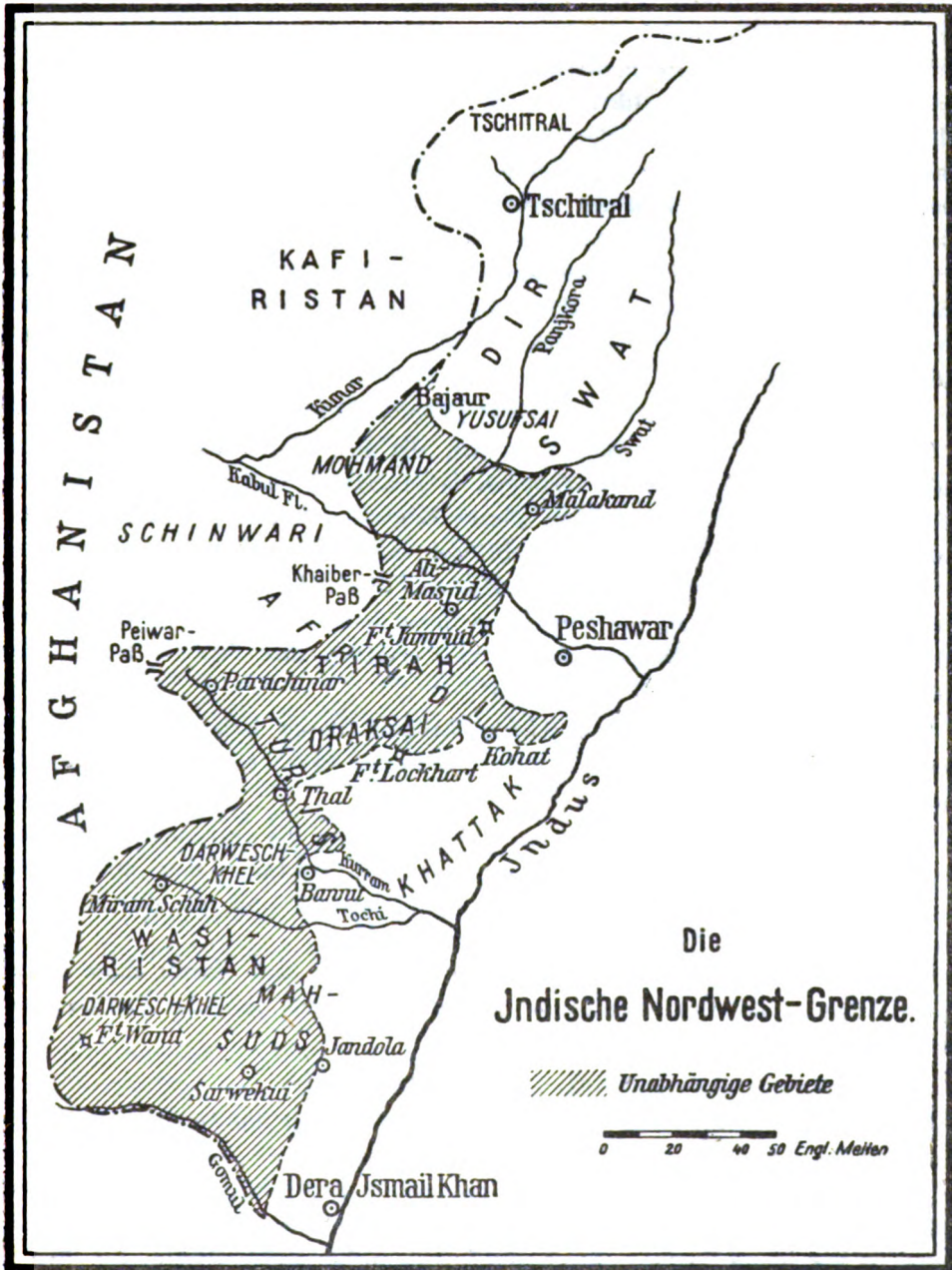
1. Tschitral

Tschitral ist der nördlichst gelegene, an afghanisches Gebiet grenzende Teil der Nordwestprovinzen. Hier erheben sich im Norden die eis- und schneegekrönten bis über 7000 m hohen Gipfel der Hindukusch-Kette, und einige der allerhöchsten Pässe unserer Erde, wie der Agram- (5070 m), Dorah- (4511 m) und Muksan-Paß (4890 m) vermitteln den Verkehr zwischen Badachschan—Russisch-Turkestan und NW-Indien. Überall treten uns Szenerien entgegen, wie wir sie aus den höchsten Alpentälern kennen, nur ist alles viel großartiger und gewaltiger.

Fruchtbare Talbecken, in denen Pfirsiche, Äpfel, Birnen, Aprikosen, Weintrauben und Getreide gedeihen, wechseln mit tiefen, engen Schluchten. Wälder von Zedern, Platanen und Tannen ziehen sich bis zu 3500 m die Hänge hinan, aber das Gebiet des Oberlaufs des Tschitralflusses (hier Yarkhun genannt) zeigt schon den Typ des öden, felsigen Hochasiens. Alle Reisenden schildern begeistert den gewaltigen Tiritsch Mir-Gipfel, der mit seinen Schnee- und Firnfeldern auf das Tal herabsieht und dessen Gletscherwelt und Eisseen noch ein interessantes Forschungsfeld für den Gelehrten und Alpinisten sein werden. Dieser Gipfel beherrscht das ganze Tschitraltal und wirkt durch seine isolierte Stellung ganz besonders prächtig.

Die Tschitralis, die zum indo-arischen Volksstamme gehören und mit den Galtschas und Darden nahe verwandt zu sein scheinen, werden als ein lustiges, furchtloses Völkchen geschildert, dem aber Verrat und Intrigenwirtschaft nicht abzusprechen sind. Die letzten schweren Kämpfe, die die Engländer mit diesen Tschitralis zu bestehen hatten, fallen in das Jahr 1895, in dem die englische Garnison im Orte Tschitral eingeschlossen wurde und einem schweren Ansturm zu trotzen hatte, ehe Hilfe herbeikam.

In Tschitral haben sich auch einige Kafiren angesiedelt, die von Afghanistan eingewandert sind. Sie sind noch heute die gefürchtetsten aller Räuber in diesem Winkel Asiens und noch heute wissen wir über das Heimatland der Kafiren, das afghanische Kafiristan oder Nuristan, wie es jetzt offiziell in Afghanistan genannt wird, sehr wenig; ist es doch nur einem einzigen Europäer, dem Engländer Robertson im Jahre 1889 gelungen, etwas in dieses wilde unwegsame Gebirgsland einzudringen.



Die Indische Nordwest-Grenze.

Unabhängige Gebiete

0 20 40 50 Engl. Meilen

2. Dir, Swat, Bajaur, Mohmand

Eine hohe NNO bis SSW sich hinziehende Gebirgskette trennt das Tschitraler Gebiet von Dir. Der am meisten begangene Verbindungsweg zwischen diesen Provinzen und Tschitral führt über den Lowarei-Paß, der aber erst im Mai schneefrei wird. In den Tälern des Swat und Panjkora finden sich reiche Kulturen und schon in ältesten Zeiten haben hier Städte geblüht. Dir, das eine höhere Lage hat und zu dem noch höheren Tschitraler Gebiet überleitet, hat ein gesünderes Klima wie die von Malaria heimgesuchten Täler des unteren Swat- und Panjkoraflusses. Der Reichtum des Landes ist der Zedernwald, der sich an den Berghängen hinzieht. Auch in diesen Bergen finden sich tiefe, unwegsame Schluchten, aber die Talbecken sind reich kultiviert. Berieselte Schutthalden und Terrassen ziehen sich an den Talseiten hin und außer Obst und Getreide gedeihen Reis, Zuckerrohr und Tabak.

Die Bevölkerung besteht aus Yusufsais, die außerordentlich fanatisch sind und 1897 den anglo-indischen Truppen in Malakand und Chakdarra schwer zu schaffen machten. Überall in diesen Gegenden finden sich viele Ruinen und hier müssen wir auch den Schlüssel suchen für das Verständnis der griechisch-buddhistischen Kunst Gandharas. Alexander d. Gr. passierte auf seinem Zuge nach Indien — vom Kunarflusse kommend, diese Gegenden und buddhistische Ruinen, Stupen und Klöster erzählen uns von der Kunst, die einst in diesen Tälern blühte.

Fern im Westen bilden die schneegekrönten Berge Bajours den Hintergrund; es ist ein mehr offenes Land, bekannt durch seine Eisenerzvorräte und seine schönen Eichen- und Fichtenwälder.

Zwischen Bajaur und dem unteren Kabulfluß liegt die zerrissene und wilde Bergwelt der Mohmands. Trockene Schluchten wechseln hier mit steilen Felsbergen, in denen die Vegetation ganz zurücktritt und nur durch dürres Gras, Gestrüpp und Zwergpalmen vertreten wird.

In tiefer Durchbruchsschlucht hat der Kabulfluß sich durch diese Berge gesägt, ehe er — von Afghanistan kommend — das indische Tiefland erreicht.

3. Khaiber-Paß und Tirah

Zwischen dem Kurramtal und dem Kabulflusse liegt das Gebiet der Afridis und Oraksai.

Schon seit ältesten Zeiten ist der Khaibar-Paß als Einfallspforte nach Indien bekannt. Er ist kein Paß im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern eine zirka 40 km lange Passage durch die kahle, wilde Gebirgswelt. Bis an die afghanische Grenze haben die Engländer jetzt eine ausgezeichnete Doppelstraße ausgebaut und auf die Höhen eine Militärbahn geführt.

In großen Serpentinien führt die Autostraße an den Berghängen hin, während die Karawanenstraße dem Tale folgt.

Was einem beim Besuche der Grenze auffällt, sind die typischen Afrididörfer, deren quadratische Lehmhäuser von viereckigen hohen Wachttürmen überragt werden.

Durch die englische Militärstrafexpedition 1896 ist uns die Heimat der Afridis und Oraksai näher erschlossen worden. Tirah bildet — ähnlich dem von den Mohmands bewohnten Gebiete — eine schwer zugängliche zerrissene Bergwelt, innerhalb derer aber hübsche Talbecken gelegen sind. Die Talbecken sind teilweise recht bedeutend, der Boden ist sehr fruchtbar und überall läßt reiche Bewässerung und Berieselung üppige Ernten hervorbringen. Aprikosen, Oliven, Maulbeeren, Granatäpfel und Wallnüsse finden sich hier, während eine bunte Menge Blumen wie Enzian, Tulpen, Primeln die Hänge zieren. In den höheren Regionen findet sich auch die Blautanne. Geschlossene größere Dörfer sind selten, vielmehr finden sich viele Gruppen von 2—3 Häusern über das Land verstreut. Im Winter zieht sich die Bevölkerung in die tiefer gelegenen Täler, so in das Bara- und Schaibar-Tal zurück; denn dann ist das Land unter Schnee begraben und eisig kalte Winde stoßen vom hohen Sefid Kuh herab.

Sowohl die Afridis wie die Oraksai zerfallen in zahlreiche Stämme und Sippen — Khel genannt, die oft genug sich gegenseitig bekämpfen. Die Wohnsitze der Afridis verteilen sich auf den nordwestlichen und nördlichen Teil von Tirah, wohingegen die Oraksai im Südosten sitzen.

Ebenso wie die südlicher wohnenden Wasiren lieben die Afridis die Freiheit über alles; jeder einzelne möchte Herrscher sein und daher kann von Einigkeit unter diesen Stämmen kaum die Rede sein. Jeder Stamm, ja man kann fast sagen jedes Dorf, verfolgt seine eigene Politik und nur bei ganz besonderen Gelegenheiten schließen sich alle zusammen. Jeder fürchtet seinen Nachbar, Räubereien und Überfälle sind an der Tagesordnung.

Das Kurram-Tal

Das Kurram-Tal begrenzt das Afridi- und Oraksai-Gebiet im Süden. Das obere Kurram-Tal, von dem aus eine Karawanenstraße über den Peiwar-Paß nach Afghanistan hineinführt, ist verhältnismäßig weit, reich bebaut und wird von hohen, mit Fichtenwäldern bestandenen Bergen eingefast.

Hier liegen große Dörfer, deren Häuser aus der an der Sonne getrockneten Lehmziegeln aufgeführt sind, und von 8—10 Wachttürmen überragt werden. Im Tale finden sich Platanen, Weiden, Maulbeeren, Wallnußbäume, Eichen und wilde Oliven. Das Klima ist ausgezeichnet, wenn auch im Winter viel Schnee fällt und die Kälte groß ist.

Das untere Kurram-Tal hingegen ist sehr öde, steinig und felsig, bitterkalt im Winter und unerträglich heiß im Sommer. Ein fruchtbarer Talstrich liegt zwischen Kohat und Thal, Tirah im SO begrenzend.

Die Bewohner des Kurram-Tales sind die Turis, ein friedliches, arbeitsames Völkchen, das erst vor 600 Jahren ins Land gekommen sein soll und die Afridis und Oraksai aus diesem Tale in die Berge von Tirah verdrängt hat. Die Turis sind die einzigsten unter den Grenzvölkern, die schiitischen Glaubens sind.

Wasiristan

Wenden wir uns weiter gen Süden, so kommen wir nach Wasiristan, ein Grenzland, das den Engländern schon viel Sorge und Kummer bereitet hat und noch bereitet. Man unterscheidet Nord- und Süd-Wasiristan mit den Hauptquartieren Miram Schah und Fort Wana. Eine Gruppe prächtiger Gipfel hebt sich aus der Bergwelt heraus, so der Schuidar und Pir Gul, die mehr als 3000 m hoch sind und wie zwei Wächter über der Indus-Ebene aufragen. Tiefe Schluchten durchschneiden auch diese Bergwelt, aber die Flüsse sind während des größten Teils des Jahres trocken. Sind die dem Indus zugewandten Randgebiete öde, steinig, von Schluchten zerrissen, so zeigen die höheren Teile des Landes im Innern lieblichere Bilder. Fichten, Eichen und Zedern schmücken die Berge im Westen, während Ilex und Dorn-gestrüpp die unteren Hänge bedecken und prächtige Pappeln den Stolz manches Dorfes bilden.

Große steinige Plateaus — die Raghzai — meist öde und ohne jede Vegetation, schieben sich in die Bergwelt ein. Im südlichen Teile gedeihen bereits Dattelpalmen.

Der meist begangene Weg ist immer noch die Straße längs des Gomul, auf der jährlich im Herbst die großen Povindah-Karawanen (die Povindahs sind ein mächtiger Ghilsaistamm) von Ghasni kommend, nach Indien ziehen, um in Indien Früchte, Felle und Bukharatuch zu verkaufen.

Wasiristan wird von zwei Rassen bewohnt, den Mahsuds im Süden und den Darwesch khel im Norden, ebenso sitzen die Darwesch khel im Bezirk von Wana. Die Wasiren sind erst vor 500—600 Jahren von Osten her (vielleicht von Radschputana) ins Land gekommen und haben die Khattak, die jetzt im Kohater Bezirk sitzen, aus ihren Wohnsitzen verdrängt.

Alle die näher mit den Wasiren in Berührung gekommen sind, schildern sie als prächtige, stolze, furchtlose, aber grausame Menschen. Sie sind ein schöner Menschenschlag, wie überhaupt alle Stämme, die die indisch-afghanischen Grenzgebiete bevölkern. Ich habe unter den Afridis, Schinwaris (zwischen Jelalabad und Khaiber Paß) und Mohmands viele prächtige Gestalten gesehen und besonders die Frauen fallen durch ihre Schönheit auf. Wie

oft wurde ich beim Anblick dieser Grenzvölker an die Zigeuner erinnert; m. E. wäre es eine interessante Aufgabe, einmal der Frage nachzugehen, ob nicht anthropologische und linguistische Zusammenhänge zwischen den Zigeunern und diesen pathanischen Stämmen bestehen.

Die größeren Siedlungen, von denen aus die Grenzdistrikte verwaltet werden, liegen alle am Rande der Berge in großen Tälern oder Becken; so Peschawar, die Hauptstadt der Nordwest-Provinzen, Kohat, Thal, Bannu, Dera Ismail Khan. Diese bilden natürlich daher immer das Ziel der Überfälle. In kleinen Gruppen von 10—20 Mann schließen sich kräftige Burschen zusammen, um unter dem Schutze der Nacht den Überfall auszuführen und dann mit der Beute schnell in die Schlupfwinkel der Berge zurückzukehren. Das Leben in den Bergen ist ein ewiger Kampf; ein geordnetes, ruhiges Leben kennt der „Tribesman“ nicht, der Reichtum liegt in den reichen Tälern und oasenartigen, großen Siedlungen, was einfacher, als ihn sich durch Gewalt holen? Daß solche Überfälle immer gegen die Engländer gerichtet sind, ist falsch. Es ist ein ständiger Kleinkrieg, der sich in diesen indisch-afghanischen Bergen abspielt. Man kann diese Grenzdistrikte gut mit Kurdistan und Kaukasien vergleichen, wo ganz ähnliche Verhältnisse herrschen. Das ganze Land ist wild gestaltet, unwegsam, so recht Räubern und Flüchtlingen Unterschlupf bietend. Keiner ist vor seinem Nachbar sicher und die Karawanen trauen sich nur dann durch das Grenzgebiet, wenn sie groß an Zahl und stark bewaffnet sind.

Als einmal ein Afridi, der bei einem Überfall abgefaßt, gefragt wurde, warum sie immer diese Überfälle machten, erwiderte er: Nun, was sollen wir denn sonst tun, wenn wir nicht räubern sollen? Und macht Euch keine Sorgen, wir machen auch Überfälle in das Gebiet des Emirs von Afghanistan und er ist ein guter Mohammedaner, während Ihr doch nur Kafirs (Ungläubige) seid.

Die anglo-indische Regierung hat mit den Afridis vom Khaiber einen Vertrag abgeschlossen, wonach diese gegen Erhalt einer großen Geldsumme sich verpflichten, an zwei Tagen in der Woche den Paß gegen Überfälle zu schützen, so daß die großen Karawanen ungehindert das Gebiet passieren können. An anderen Tagen aber kann es passieren, daß dieselben Leute zusammen mit den Räubern die Straße unsicher machen.

Genau so wie es unter Alexander d. Gr. und den Großmoguln war, ist es noch heute: Grenzstamm kämpft gegen Grenzstamm, Sippe gegen Sippe, Räuber machen Überfälle und plündern, Mord und Totschlag sind etwas Alltägliches. Was aber mehr und mehr schwindet, sind größere Aktionen. Wenn wir in unseren Zeitungen von Unruhen an der Nordwestgrenze Indiens lesen, so handelt es sich dabei um Überfälle, bei denen vielleicht eine Anzahl indischer Soldaten, vielleicht auch einige englische Offiziere getötet werden. Dann werden Strafexpeditionen ausgerüstet, die natürlich manchmal auch schwer

zu kämpfen haben. Aber an ein Zusammengehen der Grenzvölker gegen England zu denken, ist irreführend. Und bei der großen Uneinigkeit dieser Völker ist es natürlich ein leichtes, diese gegeneinander auszuspielen. Die Zerrissenheit des Landes, die Gegensätze im Klima mit seinen großen Temperaturschwankungen, spiegeln sich in den Völkern wieder.

Schon die Geschichte hat bewiesen, daß die indo-afghanischen Grenzberge kein natürlicher Schutzwall gegen feindliche Angriffe von Westen sind. Zwei Wege sind es hauptsächlich, die immer als Anmarschrouten dienten:

1. Khaiberpaß,
2. Die Povindah-Straße längs dem Gomul-Flusse.

Über den Khaiberpaß zogen Mahmud v. Ghasni 1000—1030 n. Chr.), Baber (1483—1530 n. Chr.), wahrscheinlich die Mongolen unter Timur (1398—99 n. Chr.), Nadir Schah (1738 n. Chr.) und Hyphaestion mit einem Teile des Heeres Alexanders d. Gr., während er selbst, vom Kunartale kommend, durch Bajaur Strat sich dem Indus zuwandte (327—325 v. Chr.). Die Straße längs dem Gomulflusse wurde ebenfalls öfters von Mahmud v. Ghasni benutzt, der nicht weniger als 17 Einfälle nach Indien unternahm.

Auch heute noch sind diese zwei Straßen die Hauptverkehrswege zwischen Afghanistan und Indien. Zwischen diesen beiden Tälern befinden sich nun das Kurram- und Kochital, von denen das erste als Handelsroute noch Bedeutung hat. Von diesen vier Tälern aus werden die unabhängigen Gebiete kontrolliert. So liegen

- im Khaiberpaß: Fort Jamrud, Fort Ali Masjid, Fort Landi Kotel;
- im Kurramtal: Parachinar, Fort Lockhart, Thal;
- im Tochtal: Miram Schah;
- im Gomultal (in einem kleinen Seitental): Fort Wana.

Durch alle vier Täler führen jetzt gute Straßen, größtenteils für Autoverkehr möglich, die durch Wachtposten gesichert sind.

Trotz allem ist die Lage in diesen südlicheren Grenzdistrikten nicht als unbedingt sicher anzusehen. Überfälle kommen immer noch vor und der Europäer muß auf der Hut sein. Die November-Nummer des „Pioneer“ (Allahabad) schreibt noch, daß die Truppen in Wasiristan jede Vorsichtsmaßregel beachten müssen, gerade als ob sie in Feindesland seien. Außer den Hauptstraßen werden auch Nebenstraßen ausgebaut, und die baut der Engländer direkt in die Gebiete hinein, die immer Hauptunruheherde sind. So ist jetzt eine Nebenstraße nach Süd-Wasiristan hineingebaut worden von Jandola nach Sarwekai.

Man kann wohl sagen, daß mit der Aufschließung des Landes durch große Straßen, mit dem Bau von Bahnen wie nach Thal und auf den Khaiber, durch Errichtung militärischer Stützpunkte sowie durch Verwendung von

Flugzeugen auch dieser unruhige Landstrich Indiens mehr und mehr zur Ruhe kommen wird. Und wer einmal — wie der Verfasser — Gelegenheit gehabt hat, die englische Verwaltung dieser Gebiete ein wenig kennen zu lernen, der wird einsehen müssen, daß diese Grenzländer — wenn auch langsam, so doch sicher — einer friedlichen Zeit entgegengehen.

Literatur

- T. H. Holdich: *The Indian Borderland*, London 1909.
- *The Gates of India*. London 1910.
- *The Geography of the North-Western Frontier Province of India*. *Geographical Journey* 1901, Bd. 17, j. 461 fde.
- *Tirah*. *Geographical Journal* 1898, Bd. 12 p. 337/61.
- Oliver: *Across the Border of Pathan and Baluch*. London 1890.
- C. M. Enriquez: *The Pathan Borderland*. Simla 1909.
- Roos Keppel: *Gunrunning on the North-West Frontier*.
- Sir James Douie: *The Punjab N.-W. Frontier Province and Kashmir*. Cambridge 1916.
- H. W. Bellew: *The Races of Afghanistan*. Calcutta 1880.
- M. A. Stein: *Ruins of Desert Cathay* Bd. 1. London 1912.
- A. Durand: *The making of a Frontier*, London 1899.
- Viele beachtenswerte Aufsätze finden sich in „*Times of India*“, „*Pioneer*“ und anderen indischen Zeitungen.
- L. A. Starr: *Frontier Folk of the Afghan Border and Beyond*. London 1920.
- T. L. Pennell: *Among the Wild Tribes of the Afghan Frontier* 1909.

K. HAUSHOFER: LITERATURBERICHT AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Mit einer Grenzüberschreitung am Raine zur Alten Welt müssen wir den Literaturbericht beginnen, da der vorderasiatische Teil des Werkes:

Oskar von Niedermayer: Unter der Glutsonne Irans (Einhorn-Verlag, Dachau bei München, 1925, zahlreiche Abbildungen, eine Karte)

des Berichts über fast übermenschliche Leistungen und Taten auf dem weiten Kriegswege von Syrien durch Mesopotamien und Persien nach Afghanistan mitten durch weit überlegene feindliche Streitkräfte von rechtswegen dahin gehört. Aber da der ganze Sinn von Niedermayers Unternehmung eine aufrüttelnde Wirkung gegen die indische Welt durch die Übergangslandschaft hindurch, nach dem Indischen Ozean und dem indischen Lebensraum war, darf ich diese Seite seiner Arbeit, vor allem die prachtvoll-schilderung der geopolitischen Dynamik von Iran als Übergangsland nach Indien, auch für uns in Anspruch nehmen, und es wäre nur zu begrüßen, wenn ein so ungewöhnliches Buch als Spiegel einer noch ungewöhnlicheren Leistung in diesen Heften doppelt erwähnt und gerühmt würde. Die glänzende Reise- und Expeditionsschilderung zeigt, welchen Vorsprung der geographisch und geopolitisch Geschulte für die Durchführung heikler politischer und wirtschaftlicher Sendungen hat; aber es gibt wenige, begnadete Menschen, die sich so in die Seele einer so fremden Landschaft, wie das Grenzgebiet zwischen Iran und Indien, einfühlen können, daß sie, weit über wissenschaftlich Erarbeitetes hinaus, geradezu ihren geopolitischen Instinkt übertragen können. Höhepunkte darin scheinen mir von S. 126 an (Am „Tore Indiens“) und von S. 174 an (Auf Alexanders Pfaden; geo-

politische Bedeutung von Alexanders Zug). „Die innere Entwicklung von Afghanistan und Persien nach dem Kriege und das Unabhängigkeitsstreben dieser Länder waren die logische Folge und Fortsetzung der von uns begonnenen Arbeit...“ Gewiß! und die Weiterwirkung auf das verwandte Streben in Indien gehört zu den mittelbaren Folgen einer Leistung von ganz seltenem geopolitischen Verständnis, mit Opfern von einer Größe auf dem über 22 000 km langen Wege der Expedition, die weder von der deutschen Wissenschaft noch von der Praxis vergessen werden dürfen, damit solchen Männern Nachfolger erstehen!

Colin Roß: Heute in Indien. (Mit 80 Abbildungen und 1 Karte, Halbl. Mk. 9,50).

Alle Vorzüge, die in diesen Blättern (1924, Heft 12) einem früher erschienenen Reisebericht von Roß zuerkannt worden sind — die anschauliche Lebendigkeit der Landschafts- und Menschenschilderung, die Kunst, bei aller Zugänglichkeit für Einzeleindrücke stets die große Linie der Darstellung festzuhalten — eignen auch diesem neuesten Buche. Freilich muß vorausgeschickt werden, daß der Titel etwas irreführend ist. Der Verfasser versteht laut seiner Definition auf S. 65 unter „Indien im weitesten Sinne den Raum zwischen der Straße von Bab el Mandeb bis zur Bandasee, die den Sunda-Archipel von der australischen Welt scheidet“. Nach unserem allgemeinen Sprachgebrauch versteht man aber unter „Indien“ schlankweg im allgemeinen Vorderindien und wundert sich zunächst darüber, daß es einem Deutschen — der doch infolge der strengen Aussperrungsmaßnahmen, die noch im siebenten Jahre des sog. Friedens unsere Landsleute vom Betreten des britischen Vorderindiens so gut wie ausschlossen — einem

von uns möglich gewesen sein soll, so eingehende Studien an Ort und Stelle zu machen. Nimmt man das Buch zur Hand, sieht man erst, daß der Verfasser den Fuß nicht in das verbotene Land gesetzt, sondern vom asiatischen Festlande nur Britisch-Malaya und Siam, ferner die Kronkolonie Ceylon und die niederländischen Inseln Sumatra, Java und Bali besucht hat, so daß diejenigen Leser enttäuscht sein könnten, die das Buch erwerben, um das neueste über das Indien von heute im gebräuchlichen engeren Sinne zu erfahren.

Von besonderer Wichtigkeit für geopolitische Betrachtungsweise scheinen mir — um nur einige Stichworte aus einer großen Fülle herauszugreifen, die einem die Wahl wirklich schwer macht — etwa die folgenden Ausführungen: über die Fortschritte der chinesischen Überflutung von Singapore und über die Eignung der Chinesen zum Kampf ums Dasein in diesen Erdräumen (S. 23, 66); die Pläne zum Ausbau des Kriegshafens von Singapore und seine wehrtechnische und politische Seite (S. 25); die wirtschaftsgeographische Wichtigkeit von Rubber und Zinn (S. 77); die ausgesprochen potamische Note der staatlichen Grundlagen Siams (S. 140) und die anschließenden Betrachtungen über seine wirtschaftliche Entwicklung und seine Zukunft; die Arbeitsfrage auf Sumatra (S. 157); die holländische Kolonialpolitik (S. 200); der Agrarkommunismus auf Bali (S. 226); die Philippinenfrage (S. 307).

Bedeutsam scheint mir vor allem, was so ein kluger und vorurteilsloser Beobachter über die brennenden Fragen des Ostens, die der unaufhaltsamen Verwestlichung der alten Kultur, der Rassengegensätze und der Rassenmischung zu sagen hat. Wer sich dafür besonders interessiert, kann auf S. 50 bis 70 und im Schlußkapitel nachlesen, wie sich der Verfasser damit auseinandersetzt. Zu einem festen Ergebnis kommt er dabei freilich so wenig, wie die meisten ernsthaften Sucher, die sich mit diesem unendlich verwickelten und vielseitigen Komplex

von Problemen aufrichtig abgemüht haben. Doch ist auffallend, daß er — ohne sich geradezu dafür auszusprechen — gefühlsmäßig mehr auf Seite derer zu stehen scheint, die im Gegensatz zu der bisher von den Engländern befolgten Rassenpolitik — der strengen Ablehnung der Mischehen und der sozialen Niederhaltung der Mischlinge — eine Rassenmischung befürworten. Wenn schließlich zwar nicht der Verfasser selbst, aber ein Gewährsmann, dem er nicht widerspricht, ja, dem er eher zwischen den Zeilen recht zu geben scheint, die Fortdauer der Vorherrschaft der weißen Rasse im Osten geradezu davon abhängig macht, daß sie sozusagen den Anschluß an die farbigen Rassen findet, so kann man wohl über diese zweischneidige Maßregel zu anderen Schlüssen kommen, als der Gewährsmann des Verfassers, der sagt (S. 320): „Das ist ja der große Fehler: hätten wir uns nicht abgeschlossen, so gäbe es jetzt eine anglo-indische Mischlingsschicht, fähig, Indien als ein Dominium im Verband des Empire zu regieren. So aber werden wir nicht nur Indien verlieren, sondern es wird auch der abendländischen Zivilisation verloren gehen. Es gibt doch nur drei Wege der wirklichen Eroberung eines rassefremden Landes: Ausrottung, Versklavung oder Vermischung mit der eingeborenen Bevölkerung, das heißt, vielleicht gibt es heute nur mehr den letzteren.“

Ganz so rückhaltlos wie Roß vermag ich auch die Eingeborenenpolitik der Niederlande nicht zu bewundern, für die er nur Worte des Lobes findet; es überraschte mich z. B., daß er, der so lange auf Bali weilte und so herzliche Sympathie für das feine, anmutvolle alte Kulturvolk dort empfindet, mit keinem Wort der Mißbilligung die furchtbaren Metzereien erwähnt, die sich die Holländer in nicht weit zurückliegender Zeit dort haben zu Schulden kommen lassen.

Besonders berührt hat mich natürlich, daß Roß (wie er auf S. 311 ausführt) zu anderen Ergebnissen als ich selbst über die Möglichkeit

eines Zusammenschlusses der malayischen Inselvölker zu einem großmalayischen Inselstaate gelangt ist und die Gründe, die er dafür anführt. Der Raum verbietet es mir leider, hier auf die Anregung einzugehen, so verlockend es an sich wäre.

Die künstlerischen Höhepunkte des Buches, das reich an feinen und schwungvollen Schilderungen sowohl der landschaftlichen Schönheiten als der menschlichen Eigenart der Bewohner ist, scheinen mir Teile der Kapitel über Sumatra und Java zu sein, so die Beschreibung der Ersteigung des Vulkans Papandajan und der Teilnahme an den Festen und sakralen Tänzen auf Java. Dabei kommen sowohl des Verfassers feines Landschaftsgefühl als seine ungewöhnliche Einfühlungsfähigkeit in die alten Kulturgüter wohlthuend zur Geltung.

Das Buch überragt also weit die übliche Globetrotter-Literatur und niemand wird es ohne reiche Anregung und lebhaften Genuß aus der Hand legen.

Earl of Ronaldshay: Indien aus der Vogelschau. (Mit vielen Abbildungen und einer Karte.) F. A. Brockhaus, Leipzig 1925. Leinen Mk. 13,—.

Hier handelt es sich um Indien im engeren Sinne, also um British-Vorderindien; und zwar vorwiegend um seinen nördlichen Teil, während der südliche, die eigentliche Halbinsel, stiefmütterlich behandelt wird. Der klar ausgesprochene Zweck des Buches ist, als Einführung in das ganze Gebiet der indischen Landeskunde, Völkerkunde, Wirtschaft und Politik für die Leser zu dienen, die sich über ein ihnen noch nicht vertrautes Gebiet einen ersten flüchtigen Überblick verschaffen wollen. Diesem Zweck wird es gerecht, soweit eine Schrift von mäßigem Umfang auch nur einigermaßen genügenden Aufschluß über ein Land geben kann, das in der englischen Literatur nicht umsonst meist als „the Indian subcontinent“ bezeichnet wird, und das eben wirklich mehr ein Kontinent für sich als ein bloßes Land ist. Der Kenner wird

und muß selbstverständlich manches vermissen und sich nicht mit allem einverstanden erklären können. Für den Neuling ist das Buch recht empfehlenswert und wird ihn anregen, tiefer zu schürfen.

Die vorwiegend geopolitisch interessierten Leser unserer Zeitschrift werden mit Gewinn vor allem die Kapitel vornehmen, die sich mit den Grenzfragen im Nordwesten befassen. Dort, in Sind, im Penjab, in den zum Teil noch umstrittenen Gebirgsländern von Belutschistan und Wasiristan, in den Gebieten um den Kyberpaß hat sich der Verfasser viel herumgetrieben und wohl nicht als bloßer Vergnügungsreisender, sondern irgendwie als Angehöriger der britischen Regierungskaste, vielleicht sogar als aktiver Teilnehmer an den unaufhörlichen Grenz-kämpfen, die er mit einem mehr als gewöhnlichen Maß von Ortskenntnis und Einsicht schildert. Es sind das die Kapitel über die Nordwestgrenze, die geschichtliche Heerstraße, über Grenzfragen und den dritten afghanischen Krieg mit seinen Nachwehen, von deren Tragweite man sich bei uns ein ganz ungenügendes Bild zu machen pflegt.

In späteren Kapiteln finden sich anregende und sachkundige Bemerkungen über Wirtschaft und Verkehr, über die großartigen Bewässerungspläne, durch die nach und nach die Wüste von Sind in eine Kornkammer verwandelt werden soll (S. 125) und die damit Hand in Hand gehende Erschließung durch Bahnbauten. Unter den vielen verstreuten, richtigen und klugen völkerpsychologischen Beobachtungen sei als Stichprobe die Beurteilung des Islam auf S. 170 hervorgehoben: „Die übervölkische Eigenart des Islam ist also das Entscheidende für die Haltung aller Mohammedaner in irgend einer gegebenen Frage. Wer das nicht erfaßt hat, der vermag ihre Entschlüsse nicht zu begreifen und noch weniger vermag er ihre vermutliche Stimmung vorausszusagen.“ Aber eben dieses Urteil scheint für die erneuerte Türkei und das sich erneuernde Arabien doch nur mehr mit Einschränkung zu-

zutreffen, so richtig es noch für Indien sein mag, woraus hervorgeht, wie rasch sich die Entwicklungen nunmehr auch innerhalb der islamischen Welt vollziehen.

G. L. Finch: Der Kampf um den Everest. (Mit vielen Abbildungen und einer Karte.) F. A. Brockhaus, Leipzig 1925. Leinen Mk. 11,—.

Den Heldenkampf einer kleinen auserwählten Schar um die Bewingung des höchsten Gipfels der Erde wird man nicht ohne äußere Spannung und inneren Anteil verfolgen können. Er wird uns hier geschildert von einem der Teilnehmer, der sich durch seine Vorträge auch in Deutschland bekannt gemacht hat, — mit schlichter Sachlichkeit, durch die nur bisweilen ein warmer oder gehobener Ton bricht, wenn den Verfasser die Erinnerung an überwältigende Naturschauspiele hinreißt oder die an menschliche Größe überfällt, und die deshalb überaus sympathisch wirkt. Das treue Zusammenhalten der Gefährten in Not und Tod und der Untergang zweier von ihnen kurz vor dem Ziele oder kurz nach Erreichung des Zieles gibt dem Bericht eine tragische Note.

Finch spricht sich übrigens mit ziemlicher Sicherheit für die Annahme aus, daß die beiden Opfer des Berges, Mallory und Irvine, infolge eines Versagens der Sauerstoffapparate, angesichts des Gipfels, wenige hundert Meter unterhalb, vom Tod ereilt wurden, „daß das Geschick die beiden ereilte, ehe sie den siegenden Fuß auf den Everest-Scheitel setzen durften“.

Von hervorragender Schönheit sind gerade in diesem Bande die Bilder; während aus den Tropenländern die schwarz-weißen Photographien nur einen schwachen Abglanz der Wirklichkeit zu geben vermögen, vermitteln sie wirkliche und genußreiche Anschauung aus dem Reiche des ewigen Schnees und Eises.

Merlin Moore Taylor; Bei den Kannibalen von Papua. (Mit vielen Abbildungen und einer Karte.) F. A. Brockhaus, Leipzig 1925. Wer sich monatelang im fast unbekanntem

Innern einer tropischen Insel unter halbwildem Völkern heruntreibt und dabei mancherlei Fährlichkeiten und Abenteuer besteht, wird immer etwas zu erzählen haben, was für den Kulturmenschen reizvoll und lehrreich zu hören ist. Das gilt für die ganze bunte Reihe der bei Brockhaus erscheinenden Reisewerke. Doch muß gerechterweise innerhalb dieser als Ganzes warm zu empfehlenden Reihe nach Verdienst abgestuft werden. So sei nicht verschwiegen, daß die Ausbeute dieses Buches für den Geographen und Politiker nicht gerade ergiebig ist. Schon die beigegebene Karte ist arg dürtig (überhaupt könnte der Verlag, der sonst in der Ausstattung besonders mit trefflichen Bilderbeigaben so wenig kargt, den sämtlichen Karten mehr Sorgfalt zuwenden, denn das eben Gesagte gilt auch für die schon besprochenen Werke).

Über die Landschaft von Neuguinea imengeren und weiteren Sinn erfährt man eigentlich herzlich wenig und nichts, was so gesagt wäre, daß es sich dem Gedächtnis einprägt, von ihren geologischen und morphologischen Grundlagen ist kaum die Rede und die Schilderungen ermangeln der Anschaulichkeit und Lebendigkeit; auch Tier- und Pflanzenwelt wird nicht sonderlich eingehend behandelt.

Hingegen kann der Anthropogeograph dem Buche manches wertvolle entnehmen. Der Verfasser hatte offenbar lebendigen Sinn und innerliche Teilnahme für die Eigenart des Volkes, und die Stärke seiner Darstellung liegt ganz auf diesem Gebiet. Seine Beobachtungen der Sitten und Gebräuche sind eingehend und genau und er bemüht sich sichtlich, nicht am Äußerlichen hängen zu bleiben, sondern mit Eifer und einem geradezu liebevollen Verständnis in die tieferen Beweggründe einzudringen, von denen die nicht leicht zu durchschauenden Seelen dieser Menschen geleitet werden. Dem Durchschnitts-Engländer, dem meist ein Nigger eben ein Nigger ist und weiter nichts, liegt solche Einfühlungsgabe sonst wenig, wie sie Taylor an vielen Stellen bekundet, so z. B. durch

seine eingehende Beschäftigung mit dem Knaben Payeye und seinem Entwicklungsgang.

Zusammenfassend muß aber doch ehrlich gesagt werden, daß der Deutsche, der sich über Neuguinea belehren will, besser daran täte, zunächst nach dem Werk unseres deutschen Kolonialhelden Detzner zu greifen, das denn doch auf einer ganz anderen Höhe steht — sowohl wissenschaftlich als menschlich — als das wohl angenehm zu lesende aber bei weitem nicht so ernst gegründete und tief schürfende Buch eines Ausländers.

Heinrich Schmitthenner: Chinesische Landschaften und Städte. Strecker & Schröder Verlag, Stuttgart 1925. 58 Abbildungen, 12 Karten.

Was schon fein gesehene Arbeiten über die chinesische Lößlandschaft und die japanische Inlandsee ahnen ließen, bestätigt dieser wohlgelungene Versuch, den teils verwirrenden, teils monotonen Eindrücken der chinesischen Landschaft durch exakte Formenanalyse und Typisierung ordnend beizukommen. Wir werden nach der Rückkehr von seiner zweiten Ostasienreise an H. Schmitthenner endlich den Mann haben, der die längst nötige moderne deutsche Landeskunde von China schreibt, die neben dem ehrwürdigen Monumentalwerk von Richthofen ins Volk, in unsere breiten Schichten geht, und ihnen hoffentlich das notwendige Verständnis für den landschaftlichen Unterbau des chinesischen Volkskörpers gibt. Gerade, daß man vor dem Erscheinen des handlichen Bandes von Schmitthenner bei der Berichterstattung über den Fernen Osten so gar nicht mit lebendigen Landschaftsvorstellungen rechnen konnte, hat es so schwierig gemacht, unser Volk dauernd über China auf dem Laufenden zu erhalten, was auf der andern Seite eine Notwendigkeit war, wenn Mitteleuropa nicht wesentliche Teile des planetarischen Kraftfeldes einfach unberücksichtigt lassen und damit dort völlig ausgeschaltet werden wollte. Schmitthenner zeigt ohne die bei chinesischer Landschaft sich so

schnell sonst einstellende kunstwissenschaftliche Phantasterei die landschaftliche Bühne, auf der die chinesische Umformung sich abrollt, ohne Beschönigung, ohne farbenholzschnittmäßige Verzerrung und Übersteigerung, sondern so, wie man sie kennen und sehen muß, wenn man in der ostasiatischen Tagesgeschichte mitkommen will. Das aber war es, was wir notwendig brauchten, was in Einzeldarstellungen die vortrefflichen China-Artikel Solgers in Banes Geographischem Lexikon gaben, was aber hier von Schmitthenner einheitlich und klar, wirklich wie eine Art Ersatz für eine flüchtige China-reise, zusammengefaßt ist und eine schmerzlich empfundene Lücke ausfüllt.

Hans Rohde: Der Kampf um Asien. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig, 1926. I. Band: Der Kampf um Orient und Islam. 12 Karten. II. Band: Der Kampf um Ostasien und den Stillen Ozean. 15 Karten. Geb. Mk. 17.—.

Unter selbständiger Verarbeitung eines umfassenden, zeitgeschichtlichen Stoffes nach großen Richtlinien entworfen, mit zuweilen kühnen, aber meist originellen Werturteilen durchsetzt, ist dieses Werk meines Wissens das erste in deutscher Sprache, das den ganzen Umfang der eurasiatischen Fragen zu umreißen wagt. Es wagt auch vielfach, Geister mit Namen anzurufen, die trotz ihrem ungelegneten Vorhandensein vielfach mit ängstlicher Scheu gemieden werden.

Um den Riesenstoff in zwei mäßigen Bänden zu bewältigen, mußte vieles als bekannt vorausgesetzt werden, so vor allem die Kenntnis der erdbestimmten Züge der Groß- und Teilräume Asiens, und es darf wohl gesagt werden, daß für die fehlende Schilderung der geographischen Unterlagen die an sich geschickt verwendeten 27 Kartenskizzen kein vollwertiger Ersatz sind. Bedauerlich ist auch das Fehlen eines Quellen- und Schlagwortverzeichnisses vor allem für die Leser, die mit dem Buch arbeiten, es nicht bloß durchfliegen wollen.

Einzelne Urteile werden schwer zu verteidigen sein: „Wirtschaftlich und kulturell ist Afghanistan fast wertlos, politisch dagegen dank seiner geographischen Lage von hoher Bedeutung“. Afghanistan war doch schon mehrfach Mittelpunkt blühender Kulturprovinzen des Islam, wie der iranischen Hochkultur, und Vermittler der nach ihm genannten Gandhara-Kulturbewegung; und man sollte nicht so schroff über den Wirtschaftswert eines Landes aburteilen, das Deutschland an Raumweite nahe kommt und von dem man noch viel zu wenig weiß, was in seinem Boden steckt. Von der Zeit längst überholt ist auch das Urteil über Japan „das nicht daran denke, die Schantgestellung aufzugeben“.

Doch bedeuten solche einzelne Ausstellungen wenig gegenüber der rückhaltlosen Anerkennung, die der Aufbau des Werkes als Ganzes finden muß, wegen der Kühnheit seiner politisch-wissenschaftlichen Linienführung, zu der man eben seine eigene Einstellung suchen sollte, um — zustimmend oder ablehnend —, an seiner Hand eine Revision seines eigenen Urteils und Wissens über die großen asiatischen Fragen vorzunehmen. Leser der Z. f. G. werden darin vielfach ihnen schon vertrauten Wegen begegnen. Sie sollten durch Erwerb des Buches oder Verlangen danach in öffentlichen Büchereien Rohdes Gedankengänge kennen zu lernen suchen, die namentlich im Nahen Osten auf persönlichem Sehen, im Fernen Osten oft auf weitblickendem Einfühlungsvermögen und der Fähigkeit zu großräumigem Schauen beruhen.

Als erste große Fassung des Problems, das dem 20. Jahrhundert weltpolitisch seinen Stempel geben wird, ist dieser Versuch von höchstem Wert für geopolitische Arbeit.

F. E. A. Krause: Geschichte Ostasiens, II. Band.

Vandenhoek & Ruprecht, Göttingen 1925.

2 Kartenbeilagen (Vorstellung von Ostasien nach Marco Polo; Chinesisches Reich).

Wenn die Hauptschwierigkeit für den in Heft der Z. f. G. besprochenen I. Band in der Auswahl aus einer ungeheuren Stofffülle und der

Überwindung des euramerikanischen Vorurteils bestand, sich die Geschichte Ostasiens als etwas starres, überaltertes vorzustellen, so liegt wohl die des zweiten, mit der europäisch-ostasiatischen Berührung einsetzenden Bandes in der Sichtung der Fäden, die noch aus erstorbenen Geweben in die Gegenwart herüber reichen, und derer, die noch lebendig in die Zukunft weiterweben. Wir bedauern dabei, daß die Darstellung gerade vor den großen, erst seit 1900 so deutlich gewordenen Problemen der Gegenwart verklingt, und können gerade hier gewissen Ausblicken nicht zustimmen, z. B. S. 305 über die Zukunft Japans, das sich sehr wohl ohne eigenen Untergang oder Beherrschung Ostasiens als eine ozeanische Randlebensform im Gegensatz zu dem immer mehr oder weniger kontinentalen China erhalten kann. Aber solche einzelne Meinungsverschiedenheiten bedeuten nichts gegenüber der Bewunderung vor der großartigen Weiterführung des Baues der so kühn begonnenen ostasiatischen Geschichte auch im zweiten Band, gegenüber der Notwendigkeit für jeden, der sich sein Weltbild erhalten will, sich mit den Auffassungen von Krause auseinander zu setzen. So sehr sichtlich eine gewisse Vorliebe des Verfassers für China als den Träger der leitenden Kultur mit seinem tiefer schürfenden, weniger harmonischen, aber auch von tragischer Größe geleiteten Geist unter den beiden führenden Mächten besteht: so wird doch, wenn auch mit einem gewissen Widerwillen, die Darstellung der glänzendsten Eigenschaft Japans als Ganzes, der im Metaphysischen verankerten Vaterlandsliebe, gerecht (S. 235—236). Sehr dankenswert ist die Herauspräparierung gewisser Einzelfragen, die den Fluß der Gesamtdarstellung beeinträchtigt hätten und die dennoch unbedingt gewürdigt werden mußten, im dritten Abschnitt; so der glänzende Überblick über die Anfänge des Handels- und Missionswesens, die Betrachtung der wichtigsten chinesischen Reformen. Für alle heute Ostasien bewegenden Fragen findet sich in Krauses Geschichte der Ausgangspunkt als notwendige

Grundlage geopolitischer Arbeit von der geschichtlichen Seite her.

H. G. W. Woodhead: *The China Year Book* 1925. Tientsin, London, New-York. 1925/26.

Das China-Jahrbuch als geopolitisches und wirtschaftswissenschaftliches Werkzeug, als unentbehrliches Hilfsgerät der Staatskunst, Presse, Wirtschaft und Wissenschaft auf dem gedrängten Raum dieser Rundschau zu schildern, ist bei den 1350 Seiten wertvollster Information, die es enthält, nicht leicht. Einzelne Beiträge berühmter Verfasser von höchster Sachkunde können durch manche Jahrgänge mit geringen Veränderungen sich gleichbleiben, andere müssen jedes Jahr neu aufgebaut werden, in schwieriger gegenseitiger Durchdringung der Arbeit chinesischer Ämter, privater Sachkunde und ausländischer Beobachtung. Den höchsten Wert gewinnt man geopolitisch nur aus dem wertvollen Buch, wenn man immer wieder bedeutende Jahrgänge vergleicht, die in ihrer Gesamtheit die Zeitgeschichte Chinas widerspiegeln. Welche Riesenarbeit in dem Zusammenbringen des Stoffes über gegen 440 Millionen Menschen auf solchen Räumen steckt — die nur vom britischen Reich um mehr als das Dreifache, vom russischen um das Doppelte übertroffen, von den Vereinigten Staaten und Kanada an Weite nicht erreicht werden —, wie schwer der Ausgleich zwischen den widersprechenden Angaben sachverständiger Männer ist, weiß wohl nur der Herausgeber allein. Aber die bloße Nachprüfung einzelner Tabellen, wie etwa der Binnenschifffahrt oder des Dienstes auf dem Yangtse verraten die Spuren jahrelanger Arbeit. Gewiß ist die erlangte Kenntnis ungleichmäßig, an einzelnen Stellen erschöpfend, an andern unvollkommen, an dritten mühsam aus einem künstlich verschleierte[n], verwirrten Quellenwirrsal geschöpft. Aber es gibt wohl kaum eine Frage über das in voller Umformung begriffene Riesenreich, für die sich in dem *China Year Book* nicht wenigstens der Ansatz zu einer Antwort fände, die Möglichkeit, erschlossenen

Spuren weiter nachzugehen. Ein großer Vorzug des Werkes wäre es auch, wenn der an einzelnen Stellen gemachte Ansatz zur Quellenangabe über weitere Literatur allgemein würde. Jedenfalls aber ist auch dieses Jahrbuch wieder ein unentbehrlicher Helfer für alle mit China befaßten geistigen Arbeiter. Keine Zeitung, kein wissenschaftliches Institut und kein Wirtschaftsunternehmen kann seine Jahrgangfolge entbehren.

Erich von Salzmänn: Gelb gegen Weiß.

Aus dem Freiheitskampf Asiens. F. A. Brockhaus, Leipzig. 56 Abbildungen, 1 Kartenskizze. Halbleinen Mk. 9,50.

Erich von Salzmänn ist einer unserer schärfsten Beobachter im Fernen Osten mit unvergleichlicher „Witterung“; eine Aussprache mit ihm gehört zu den belehrendsten Erfahrungen. Aber leider hat er nicht die Geduld, Bücher über schon abgeschlossene Erlebnisse zu schreiben, wenn er den „Flair“ für neue hat. So wirken seine Aufsätze und Aufzeichnungen fast wie ein persönliches Erlebnis auf alle, die ganz wie er „im Bilde sind“ und sich die ihm selbstverständlich scheinenden Lücken und Gedankensprünge ergänzen können, die ihre Freude daran finden, dem lebendigen, hie und da paradoxen, witzelnden Erzähler zu folgen, und die das, was er neues bringt, eben an der richtigen Stelle ihrem Gesamtbild einfügen können. Aber schwieriger sind seine rasch hingeworfenen Skizzen als Arbeitsgerät verwendbar. Hier heißt es sichten, die bloße Plauderei vom wertvollen neuen Erfahrungsgut scheiden, und das macht uns Salzmänn oft nicht leicht. Aber er versteht es allerdings wie wenige, aus widerstrebendem Boden Informationen hervorzulocken wie herauszuackern. Dazu gehören z. B. seine ausgezeichneten Bemerkungen über die Aussichten von deutschen Auswanderern in Persien (S. 149). Dazu gehört der Erguß, zu dem Salzmänn den sonst durchaus nicht mitteilbaren Generalgouverneur der Philippinen über allerwichtigste Anschauungen von der nächsten und weiteren Zukunft des Fernen Ostens gebracht hat. Ein

scharfes, aber höchst treffendes Augenblicksbild ist die Schilderung von Bender Buschir ab über den Persischen Golf. In der Darstellung der indischen Verhältnisse, namentlich des Verlustes der Einheitlichkeit des Civil service, sind blendende Streiflichter, nicht milder geworden durch die schlechte Behandlung, die der berühmte deutsche Journalist in Indien erfuhr, für die er natürlich quittiert. Das Kapitel „Menschen-

frachten“, dann „Moskaus China-Filiale“ sind Kabinetstücke für sich. Gerade auf chinesischem Boden betritt Salzmännchen ja wieder sein eigenes Arbeitsfeld und liefert dort, neben Krauses Geschichte und dem sachlichen Gehalt des China Year Book das prickelnde Salz persönlicher Darstellung und zuweilen auch sarkastischen Pfeffer.

AFGHANISTAN TIBET / INDIEN



EMIL TRINKLER

QUER DURCH AFGHANISTAN NACH INDIEN

236 Seiten / 68 Abbildungen,
zwei farbige Skizzen, eine Karte
Leinen Mark 8,50

*Ein schönes Buch über
ein seltsames Land!*

RASSUL GALWAN

ALS KARAWA- NENFÜHRER BEI DEN SAHIBS

270 Seiten / 26 Abbildungen,
1 Karte / In Ganzleinen M. 6,-

*Ein Tibetaner erzählt selbst
über sein Leben u. seine Reisen!*

KURT VOWINCKEL VERLAG

ERNST BARTHEL:
DEUTSCHLANDS UND EUROPAS SCHICKSALSFRAGE

Dieser geistreiche und temperamentvolle Aufsatz wird sicherlich nicht ohne weiteres die Zustimmung der gesamten Leserschaft finden, hier und da vielleicht zu lebhaftem Widerspruch herausfordern. Trotzdem freuen wir uns über diesen Beitrag des Kölner Gelehrten, denn jeder, der ernsthaft Politik treiben will, muß sich mit den hier erörterten Problemen gründlich auseinandersetzen. Wir sind gewiß, daß der Aufsatz von Barthel eine Fülle von Anregungen bietet und als Beitrag zur Klärung des West-Ost-Problems allenthalben Interesse finden wird.

Erich Obst.

Obwohl man sich theoretisch der Einsicht nicht verschließen mag, daß wir durch den Weltkrieg die Schwelle eines neuen Zeitalters überschritten haben, dessen führende Gesetze nicht nach dem Prinzip der Trägheit aus den älteren Tendenzen abzuleiten sind, scheint die öffentliche Politik doch in der Wiederholung der vorweltkrieglichen Ideen ihre beste Weisheit zu finden. War damals das hauptsächlichliche Phänomen der Weltpolitik die Einkreisung eines über-völkerten Deutschland, dem so die Eruption aufgenötigt wurde, so sind wir heute trotz der mehr formalen als realen Einrichtung des Völkerbundes anscheinend keinen Schritt weiter gelangt. Im Gegenteil, die deutsche Über-völkerung ist schlimmer geworden, und der eiserne Ring ist enger angeschmiedet. Die Vorkriegspolitik in neuer Auflage kann nur einen Weltkrieg in neuer Auflage zur Folge haben, der zeigt, daß die Menschheit auch aus größten Ereignissen nicht zu lernen gewillt ist, wenn sie sich nicht durch Wiederholung einprägen. Es fehlt der Welt zur Zeit die neue führende Idee, die des Zeitalters würdig ist und eine derart sinnlose Weiterentwicklung ausschließt. Und doch existiert diese Idee und wird rechtzeitig wirksam sein, wenn sie großzügig in den Ländern Europas und bei seinen Politikern verbreitet wird. Nur durch Neuorientierung des politischen Denkens unter Zugrundelegung einer früher noch schlummernden Ost-West-Spaltung des sogenannten Abendlandes können die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten in Deutschland und der übrigen Kulturwelt dauernd und mit Ausblick auf günstige Zukunftsentwicklungen behoben werden.

Dieser Satz bedarf der Erläuterung. Das Fortschreiten der Weltgeschichte von Neuem zu Neuem wird allzuleicht übersehen, wenn man die Beurteilung des Gegebenen unter veralteten Kategorien vornimmt, und, im Vertrauen gesagt, — die philosophischen Grundlagen, meist nur schwachbewußter Art, sind

für die Realität das Wichtigste und Grundlegendste. Die Kategorie, unter der wir die geschichtlichen Zusammenhänge immer noch zu sehr beurteilen, die eines „Abendlandes“, hat aber eine interessante Wandlung durchgemacht, die uns auf die richtige Fährte bringen wird. Im Mittelalter (Spengler verzeihe, wenn man aus sehr guten Gründen diese Abgrenzung für wesentlich hält) war das Abendland eine sozusagen europäische Einheit. Durch die Entdeckung Amerikas strömte von Westeuropa ein erobernder Kulturstrom über diesen westlichsten Erdteil, wodurch dieser schließlich zu einer wichtigen Abhängigkeitsfunktion angelsächsischen und romanischen Geistes wurde. Gleichzeitig geschah in Europa eine fortschreitende Zermürbung der kulturellen Einheit durch die Individualkräfte der Nationalismen, die besonders seit der französischen Revolution konvulsiv arbeitete und im Weltkrieg eine Zäsur schuf, wie sie seit dem Anbruch der Neuzeit niemals eingetreten war. Die gegenwärtige Sachlage ist durch die tief begründete Ausnahmstellung Deutschlands im Zusammenhang der „Kulturnationen“ gekennzeichnet. Ihr Sinn wird erst dann bewußt erfaßt sein, wenn eingesehen wird, daß Deutschlands Zukunftsaufgabe eindeutig im Osten liegt, und daß es dem Westen gegenüber eine Mauer des Vertrauens zu schaffen hat, die diesem ermöglicht, Deutschlands kulturelle Ausdehnung in östlicher Richtung als ungefährlich, ja als wünschenswert zu erkennen, damit eben die Politik aus der Sackgasse herauskommt, ohne daß der Weltkrieg sich wiederholt. Das Abendland ist als Einheit bereits untergegangen. Es spielt nur noch nach dem Gesetz der Trägheit in den menschlichen Gedächtnissen eine Rolle. In Wahrheit steht es im Begriff, sich zur Weltkultur zu erweitern, und zwar, indem vom östlicheren Europa aus, hauptsächlich von Deutschland, die Energien nach Asien zurückströmen, nachdem ihr Rohmaterial zur Zeit der Völkerwanderung von dort bezogen worden war. Die Schicksalsfrage Deutschlands und Europas besteht darin, ob und wie weit durch Zusammenarbeit der Kulturstaaten eine deutsche Ostpolitik realiter ermöglicht wird.

Um den grundlegend neuen, zeitgemäßen Leitgedanken einer künftigen Weltpolitik anschaulich klarzumachen, schlage ich vor, daß man sich die Erdoberfläche durch den Meridian der Beringstraße in eine östliche und westliche Halbkugel auseinandergelegt denke, die man entsprechend dem völkerpsychologischen Kontrast zwischen metaphysisch-östlich-passiven und naturbeherrschend-westlich-aktiven Grundtendenzen etwa durch rote und grüne Farbe gegensätzlich unterscheiden mag. Es zeigt sich, daß nur in Europa der Trennungsmeridian ein Kulturgebiet durchschneidet. Im übrigen verläuft er durch Meere und Wüsten. Sollte dies nicht der tiefere Grund sein, weshalb die Weltkultur sich im Mittelmeerbereich anbahnte, in Gesamteuropa erweiterte und nun von Europa aus den großen Schritt über das Ganze der Erdober-

fläche vollzieht? Die analogischen Konstruktionen Spenglers, der Mitteleuropagedanke Naumanns, die pan-europäische Schiefheit Coudenhove-Kalergis erscheinen unter diesem universalsten Gesichtspunkt als allzumenschliche Subjektivitäten, die nicht im Einklang mit dem tieferen Willen der Weltentwicklung stehen. Von Europa aus ist bisher die westliche Welt erobert worden und wird künftig auch die östliche erobert werden, wenn auch durch andere Methoden. Die Furcht vor dem Einfall mongolischer Völker in Europa ist aus dem Grunde ein Atavismus, weil gerade umgekehrt vom östlicheren Europa aus kulturstarke Energien nach Asien zu fließen beginnen werden, da dies praktisch der einzige Ausweg aus größten Schwierigkeiten bedeutet, die sich so lange wiederholen werden, bis der Weg beschritten wird. Die Nationalismen haben das Abendland auseinandergebrochen, wobei das Herbeiströmen der amerikanischen Hilfstruppen im Weltkrieg den bedeutsamen Ausschlag gab. Deutschland hat mit dem Völkerbund ebenso charakteristische Schwierigkeiten, die offenbar darauf beruhen, daß es vom Westen innerlich ausgeschieden wird, wenn auch schöne Phrasen dies verdecken. Es wird seinen rechten Weg gehen, wenn es sich mit seinem eigenen Willen in die Richtung seines Schicksals wirft: nicht mit dem Westen zusammen ein modifiziertes Abendland zu erneuern, das längst gestorben ist, sondern mit Beistimmung des Westens seine Arbeit in der Gegenrichtung zu leisten, wo sie notwendig ist und Nutzen verspricht.

Deutschlands Übervölkerung läßt sich durch keinen Malthusianismus eindämmen. Deutschlands Idee, daß es in der Welt eine gewisse Kulturmission zu vollbringen habe, ist in bewußtnationalen Kreisen ebenfalls unausrottbar. Sollte sich in diesen Gegebenheiten nicht eine Kraft ankündigen, die nur noch ihre Richtung nicht gefunden hat? Denn daß dem Westen gegenüber wesentliche Kulturleistungen oder Expansionen möglich seien, wird nur die weltfremde Naivität noch annehmen. Deutschland kann dem Westen nichts geben, das er wünscht, und es kann ihm nichts nehmen, was es braucht. Im Osten aber, — denken wir an welche Länder wir auch immer mögen, von Rußland und vom Balkan bis nach China, — besteht das dringende Bedürfnis, durch europäische Errungenschaften auf allen Gebieten befruchtet zu werden, und der Osten hat natürliche Reichtümer in großer Menge, die nur auf Erschließung durch Tatkraft warten. Was Deutschland braucht, kann ihm der Osten geben. Was der Osten braucht, kann Deutschland leisten. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Osten ist also ebenso vernünftig wie der Gedanke, ein Heil noch im Westen zu suchen, unvernünftig wäre. In Brasilien, Argentinien, Mexiko, Nordamerika ist der Deutsche Kulturdünger, der seine geistige Aufgabe verfehlt hat und im Laufe der Zeit nur im Angelsachsentum und Romanentum aufgehen kann. In Siebenbürgen, im Kaukasus, im Ural,

an der Wolga stehen dagegen verfrühte Vorposten eines kommenden Zeitalters, da Deutschland unter Garantie des Völkerbundes im Osten für sich und für die Welt nützliche Arbeit leistet. Noch aber hängen die Atavismen der Einstellung wie Bleigewichte an unsern Füßen, und gar mancher wird meinen, im Kampf zwischen dem Notwendigen und dem Möglichen werde nur das Mögliche siegen, und möglich sei die Ostorientierung aus vielen Gründen eben leider nicht.

Die Weltgeschichte wird durch den Zwang der realen Kräfte zeigen, daß Notwendigkeiten neue Möglichkeiten schaffen, und daß das Wort „unmöglich“ im Lexikon einer kräftigen Politik nicht vorkommt. Wer es vorzieht, die einzige großzügige Aussicht auf eine gesunde Entwicklung der Welt wegen mancher Bedenken im Einzelnen preiszugeben, verwechselt Hauptsache und Nebensache, und er wird durch seine Bedenklichkeiten die Welt nicht fördern. Der große Staatsmann, den wir brauchen, wird Bismarcks Gedanken einer Zusammenarbeit mit dem Osten in neuer Form aufnehmen: nicht etwa, um für Kriege gegen den Westen um so ausgerüsteter zu sein, sondern um dort den Selbstzweck des Strebens zu finden, wobei Kriege gegen den Westen unter Garantie der ganzen Welt ausgeschaltet werden können. Der Vertrag von Locarno ist ein erster Schritt auf erfolgverheißender Bahn, wenn nämlich die Großzügigkeit eines neuen Strebens sich daran anschließt. Man hüte sich insbesondere vor irgendwelchen Aufwärmungen der mittelalterlichen Abendlandidee, die keine Weltweite umfaßt, und die in einer Gemeinsamkeit des Wirkens zwischen Deutschland und Frankreich jene wünschenswerte Harmonie glaubt gestalten zu können, die sich nur auf Grund der Erkenntnis der Verschiedenheit der Interessenrichtungen schaffen läßt. Frankreich sehe ein, daß seine Zukunftsinteressen hauptsächlich in Westafrika liegen, und daß es auf Grund einer Weltgarantie gegen Überfälle von Osten dem überbevölkerten Deutschland den kulturellen Weg nach Osten erleichtern kann und muß, und zwar im eigenen Interesse, da nur diese Lösung einen Krieg nach allen Seiten vermeiden kann. Deutschland sehe mit gleicher Deutlichkeit ein, daß es die Pflicht hat, dem Westen gegenüber in dem Maße, als ihm die östlichen Tore geöffnet werden, Garantien zu bieten, die jeden Kampf um den Rhein, besonders um das Elsaß, ausschließen. Wenn der Völkerbund seine Aufgabe nicht mehr in einer unmöglichen Rückgängigmachung des Nationalismus, sondern in einer vernünftigen Lenkung der verschiedenen Nationalismen erblickt, wird er, indem er das Ost-West-Problem für Deutschland und Frankreich in den beherrschenden Mittelpunkt seiner Bemühungen stellt, mehr für den Weltfrieden tun als durch formale Paragraphen, denen die Realität unter den Füßen fehlt. Nicht formal, sondern materiell begründet müssen die Völkerbundsarbeiten sein. Über den frommen Wunsch einer Kulturge-

meinschaft der Vereinigten Staaten von Europa oder eines polaritätslosen „Pan-Europa“ wird der Weltgeist zur Tagesordnung übergehen. Die realen Kräfte werden diese Ideologien ad absurdum führen. Deutschland braucht den Weg nach Osten. Fehlt dieser Gedanke in einer Verbrüderungspolitik, so war das Programm kurzsichtig und ist undurchführbar.

Man mißverstehe nicht meine sympathische Stellung zu einer geistigen Gemeinschaft der Kulturvölker, insbesondere zu einer fruchtbaren Wechseldurchdringung deutscher und französischer Wesenselemente. Diese geistigen Dinge werden sich um so schöner vollziehen, wenn nicht die Einbildung besteht, daß es hier keine Gegensätze, sondern nur Gradunterschiede gebe. Deutsche und Franzosen sind in ihrem Fühlen, Wollen und Denken so konträr entgegengesetzt wie männliche und weibliche Charaktere, und genau so entgegengesetzt sind ihre vom Weltgeist gewollten politischen Expansionsrichtungen. Infolgedessen haben sie keine Ursache, sich am Rhein noch weiter aufzureiben, wie es ein Jahrtausend lang geschah, sondern sie werden recht gute Freundschaft haben können, wenn sie von vornherein wissen, daß ihr Wesen konträr verschieden ist, und daß ihre Politik ihre Interessen an ganz verschiedenen Stellen der Erde zu verwirklichen hat, wobei Kollisionen ausgeschlossen sind. Wer aber meint, der Graben zwischen Deutschland und Frankreich werde nivelliert werden, ist sehr im Irrtum. Nur auf Grund der eingesehenen Konträrstruktur Europas läßt sich eine europäische Einheit im Sinn einer polaren Gegensatzspannung erzielen. Das Goethesche Grundgesetz der Weltstruktur, die nur durch Polarität zustandekommende Totalität, erweist auch in der Gegenwarts politik seine tiefe Bedeutung.

Deutschland ist seiner metaphysisch-gemüthaften Grundveranlagung nach ein wesentlich östliches Volk, dessen romantischer Sinn mit den mystischen Wirklichkeiten von Rußland über Indien bis nach China eine tiefe Verwandtschaft besitzt. Gewiß besitzt es durch die Zugehörigkeit zum ehemals „abendländischen“ Kulturkreis starke westliche Kenntnisse, die es dem Osten eben zu vermitteln hat, wohingegen der Osten durch Deutschland hindurch den Westen geistig befruchtet wird. Deutschland ist geradezu das Bindeglied zwischen östlicher und westlicher Menschheit. Es wird seine weltgeschichtliche Aufgabe in diesem Sinne nur lösen, wenn es seine Willensenergien nach Osten ausbreitet. Sonst wird es nur eine unliebsame Konkurrenz des Westens, die keine eigenen Werte und Ziele in sich trägt. Daß Deutschland vor dem Kriege eine Art verschlechtertes England gewesen ist, sonst aber kaum etwas, gehört zu den beklagenswertesten Irrtümern im „Erkenne dich selbst“, die sich hoffentlich nicht mehr wiederholen. Die Rassenverwandtschaft ist viel weniger bedeutsam als die seelische Grundstruktur. Diese ist beim Deutschen und beim Engländer, abgesehen von wenigen Koinzidenzen, die aus der Rasse hervor-

gehen, grundverschieden. Deutschland ist ein idealistisches, romantisches, mystisches, metaphysisches, religiöses Phänomen, wenn man auf die letzten Gründe geht, England aber ist dies alles im allgemeinen nicht. Religiöse Überzeugungen sind im Westen stets nur importierte Ware, die zur praktischen Ethik wird. Das Metaphysisch-Mystische, der Nährboden aller schöpferischen Religiosität, lebt nur bei Ostvölkern. Sogar deren autoritative Gesellschaftsordnung läßt einen göttlichen Fatalismus als Leitgedanken erkennen, während der Westmensch auch die sozialen Zusammenhänge durch den Verstand beherrschen will.

Der Sozialismus in England und Frankreich ist dem Bemühen entsprungen, den Individualismus auch in den breiten Volksschichten zu fördern. Denn der Westmensch ist mit Leidenschaft Individuum, nicht etwa Kollektivwesen. Im Osten dagegen ist selbst der russische Kommunismus, so sehr er auch vom Westen ein paar gedächtnismäßige Schlagworte gelernt hat, ebenso autokratisch, unindividualistisch, fatalistisch wie das Zarentum oder die „barbarischen“ Gebilde in der Türkei, in Indien, in Persien, in China. Der Russe ist Ostmensch und wird auch durch den Bolschewismus nicht anders werden. Er braucht wie der Türke den Stiefel auf dem Nacken, damit er von der Existenz einer metaphysisch-fatalistisch gearteten Weltordnung einen fühlbaren Begriff erhält. Alles, was der Westmensch als „barbarisch“ bezeichnet, leitet sich aus dem Gegensatzbewußtsein zwischen eigenem Verstand und fremdem Fatalismus ab. Man kratze den Russen — und der „Barbar“ kommt zum Vorschein. Der Deutsche würde es sich wohl sehr verbitten, mit dem Russen unter ähnlichem Gesichtswinkel betrachtet zu werden, aber vom Westen aus gesehen spielt Deutschland eine merkwürdige Zwischenrolle, die zu erläutern bleibt. In Deutschland kämpfen die Sozialkräfte des Individualismus und des kollektivistischen Fatalismus wie in keinem Land der Welt. Daß Deutschland kein westliches Volk ist, sondern nur westliche Kulturelemente in sich enthält, ist dem sorgfältigen Beobachter völlig klar. In den Tiefen trägt es eine Verwandtschaft zum Gottesgnadentum östlicher Prägung, und — wer wollte behaupten, daß all diese Einstellungen falscher seien als die entgegengesetzten — sein edelster Wille geht auf Geistiges. Es will „Kultur“ statt der „Zivilisation“ des Westens, das heißt Erfüllung des Lebens mit Innenwerten. Mögen auch die landes- und stammesfremden Störungen im deutschen Geist heute mächtig sein: die deutsche Seele läßt sich zwar einschüchtern, aber nicht ausrotten. Sie wird in Wechselwirkung mit dem Osten wiedererstehen. Ein süd-westlicher Strahl der griechisch-römischen Mittelmeerkultur hat von Italien und Frankreich her Deutschland herrlich befruchtet und das Beste in seinen Großen freigemacht. Ein nord-östlicher Rassenstrom ist diesen Kräften der Mittelmeerkultur fremd geblieben. Seine Heimat liegt zum Teil

in Skandinavien, zum Teil in asiatischen Steppen, und stets ist ihm christliche Einstellung in den Gründen unverständlich geblieben. Der deutsche Sozialismus sogar ist etwas anderes als der Sozialismus des Westens, hat er doch zur Autokratie des altpreußischen Pflicht- und Gemeinsamkeitsbegriffs eine merkliche Verwandtschaft.

Aus alledem geht hervor, daß Deutschland mit den übrigen europäischen Völkern nicht ohne wesentliche Vorbehalte in einen Topf geworfen werden kann. Man schadet dem Verständnis der Wahrheit, wenn man die Kulturnationen Europas ohne Erkenntnis ihres qualitativen Urgegensatzes rein numerisch an den Fingern aufzählt („England, Frankreich, Deutschland“ u. s. f.) und dieses kindische Verfahren auch unentwegt auf die praktische Politik überträgt. Der diese Zeilen schreibt, gehört zwei Völkern an, dem deutschen und dem französischen. Er darf annehmen, daß seine Einsichten nicht auch von einseitig erlebenden Geistern erworben werden können, die meist wiederholen, was ihre Volksgenossen auch meinen, was aber das andere Volk als objektiv falsch beurteilt. Und weil die hier gegebenen Urteile aus weitesten Horizonten erworben sind, mchte man wünschen, daß sie nicht mit üblichen Gemeinplätzen verwechselt oder gar durch sie kritisiert werden. Wer den Kontrargegensatz zwischen Ostvlkern und Westvlkern und die eigentümliche Rolle Deutschlands in diesem Gegensatz nicht eingesehen hat, kann sich meines Erachtens zu der hier gebotenen Idee nur als Lernender verhalten, — wenn auch das Nichtlernenwollen zu den kräftigsten Hemmungen der Weltgeschichte gehört, die es verhindern, daß der Weg unseres Geschlechts allzu vernünftig sich vollziehe. Die neue Wahrheit muß gegen die vorhandenen psychologischen Widerstände in Deutschland und in Frankreich reichlich vertreten werden, was ich zu meinen besten Zukunftsaufgaben rechne.

Ähnlich wie Deutschland haben auch Schweden und Italien wesentliche Tendenzen nach Osten. Daß ein Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Schweden im Bereich der Möglichkeit liegt, wird nicht bestritten: Italiens Realinteresse, die Vormacht im östlichen Mittelmeer zu werden, dürfte schließlich zu stärkerer internationaler Geltung gelangen als alle weniger wichtigen Streitigkeiten, und der Meridian zwischen Osten und Westen auf der Erdkugel deutet uns an, daß die Weltpolitik der Zukunft Konstellationen gebären muß, die in der Neuzeit zwischen Entdeckung Amerikas und Weltkrieg noch unmöglich waren. Halten wir diese „Neuzeit“ mit Bestimmtheit für abgeschlossen. Was jetzt beginnt, ist ein neues Zeitalter, dessen führendes Gesetz aus realen Triebfedern erzwungen wird: die Ostwendung Deutschlands. Ob diese früher oder später, gutwillig oder widerwillig einsetzt, ist die Schicksalsfrage unserer Zeit. Von diesem Archimedischen Punkt aus betrachtet ist alles andere Folgerung.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG ÜBER ERDUMSPANNENDE VORGÄNGE

Die Beherrschung des Weltrohstoffmarktes durch die Angelsachsen

Der amerikanische Handelsminister Herbert C. Hoover hat am 31. Oktober 1925 vor der Handelskammer in Erie (Penn.) eine in der ganzen Welt viel beachtete Rede über Rohstoffmonopole gehalten. Der Wortlaut dieser bedeutsamen Ansprache ist in den „Europäischen Gesprächen“ (Januarheft 1926) veröffentlicht worden, Hoover selbst hat sich zu dem gleichen Gegenstand auch in den „Amerikanischen Stimmen“ (1. Jahrgang, Heft 12) geäußert.

Worauf Hoover die Aufmerksamkeit vor allem lenkt, ist die mit Unterstützung verschiedener Regierungen zustande gekommene Monopolbewirtschaftung von Kautschuk, Kaffee, Seide, Salpeter, Kali, Chinin, Jod, Zinn, Sisalhanf, Quecksilber, Farb- und Gerbstoffen u. a. m. In keinem einzigen Falle, bemerkt Hoover, verfügt ein einzelnes Land ausschließlich über einen dieser Artikel, aber in vielen Fällen verfügen Länder über einen solchen in hinreichendem Maße, um, wenn sie in dieser Richtung mobilisiert werden, den Preis kontrollieren zu können. Vom politischen Standpunkt aus gesehen, sind diese Maßnahmen und ihre Auswirkungen mit Gefahren geladen. So lange der Außenhandel auf dem Feilschen und Handeln von Produzenten und Kaufleuten auf einem Markte beruht, dessen Grundlage das freie Spiel von Angebot und Nachfrage ist, solange berühren ihre Sorgen und Triumphe nicht die Temperatur der nationalen Empfindung. Aber im Augenblick, wo eine Regierung direkt oder indirekt Kontrollmaßnahmen festsetzt oder fördert, hat sie die Verantwortung für die Preise übernommen. Mögen diese Preise angemessen oder zu hoch sein, die Bevölkerung der Verbraucherländer kehrt ihre Aufmerksamkeit gegen die verkaufende Regierung, und die Angelegenheit wird bei allen Verbrauchern zu einer solchen der nationalen Erregung.

Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß der Ausgangspunkt der Hooverschen Betrachtungen der sogenannte Stevenson-Plan ist, mit Hilfe dessen die englische Regierung die Ausfuhr von Kautschuk aus Hinterindien und dem malaiischen Archipel eingeschränkt und die Preise wesentlich in die Höhe getrieben hat. Wir werden den hieraus entstandenen englisch-amerikanischen „Gummikrieg“ in einem der nächsten Hefte der „Zeitschrift für Geopolitik“ ausführlich zur Darstellung bringen. — Darüber hinaus aber handelt es sich um allgemeine Grundsätze in der Weltwirtschaft und Weltpolitik, die in Zukunft leicht allergrößte Bedeutung gewinnen können. Hoover selbst deutet dies in seiner Rede an, wenn er betont: „Wir könnten uns auch dazu bereden, unsere ganze traditionelle nationale Politik des freien Wettbewerbs als Grundlage der Produktion aufzugeben und die Errichtung von Zusammenschlüssen für unsere eigenen Produzenten gesetzlich zu regeln und zu fördern, um dergestalt uns an wehrlosen Konsumentennationen schadlos zu halten.“ Eine solche Monopolpolitik hält Hoover zwar für überaus bedenklich und schädlich, aber daß er sie überhaupt als letzten Ausweg andeutet, ist bezeichnend genug.

Dabei würde die nordamerikanische Union von solchen Praktiken gegebenenfalls noch nicht einmal besonders schwer betroffen werden, weil sie selbst über verschiedene, sehr wichtige Rohstoffmonopole verfügen kann. Wenn aber alle diese möglichen britischen und vereinsstaatlichen Rohstoffmonopole weiter ausgenutzt und wirtschaftspolitisch ausgebaut werden sollten, dann würden Großbritannien und die Union zusammen den Weltmarkt an wichtigen Rohstoffen derartig beherrschen, daß alle übrigen Staaten der Welt mehr oder weniger zu Hörigen des Angelsachsentums herabsinken müßten. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Tatsache halten wir es für erforderlich, die Behauptung mit Zahlen zu belegen. Selbstverständlich vermögen wir an dieser Stelle nicht irgendwie erschöpfend zu sein, aber auch schon die von uns getroffene Auswahl wird genügen, um das mögliche Weltrohstoffmonopol der Angelsachsen zu kennzeichnen und die der übrigen Welt von dieser Seite drohende Gefahr zu beleuchten.

In der Versorgung des Weltmarktes mit Nahrungs- und Futtergetreide (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais) haben sich die beiden angelsächsischen Riesenreiche namentlich in den letzten Jahren eine Stellung geschaffen, die unschwer zu einer maßgeblichen Beeinflussung des Preises führen kann. An Gesamtgetreide kamen im Mittel 1909/13 32,453 Mill. t auf den Markt; hierzu steuerte das Britische Weltreich 5,505 Mill. t (16,95 0/0), die Union 3,910 Mill. t (12,05 0/0) bei; zusammen machte die Ausfuhr aus der angelsächsischen Staatenwelt damals erst 9,415 Mill. t (29,0 0/0) aus.

Seit dem Weltkrieg aber ist die Vormachtstellung des Angelsachsentums wesentlich verstärkt worden.

	1924	Mill. t
Weltgetreideausfuhr		35,072 (100 0/0)
Getreideausfuhr aus dem Britischen Weltreich . .		12,069 (34,41 0/0)
Getreideausfuhr aus U. S. A.		7,690 (21,92 0/0)
<u>Gesamtgetreideausfuhr der angelsächsischen Welt</u>		<u>19,759 (56,33 0/0)</u>

Für den Weizen allein liegen die Verhältnisse noch krasser.

	Mittel 1909/13	1924
	Mill. t	Mill. t
Weltausfuhr	17,644 (100 0/0)	22,390 (100 0/0)
Ausfuhr aus dem Britischen Reich	5,212 (29,54 0/0)	10,280 (45,90 0/0)
Ausfuhr aus U. S. A.	2,649 (15,02 0/0)	5,994 (26,78 0/0)
<u>Gesamtweizenausfuhr aus der angelsächsischen Welt . .</u>	<u>7,861 (44,56 0/0)</u>	<u>16,274 (72,68 0/0)</u>

Bei den Genußmitteln tritt die nordamerikanische Union mangels genügender Tropenländereien fast ganz zurück und überläßt in einigen Artikeln dem Britischen Weltreich die Führung allein. Von der Weltausfuhr an Kakao z. B. (1924: 506 294 t) bestritt das Britische Reich vor allem dank seiner Goldküsten-Kolonie nicht weniger als 306 351 t (60,51 0/0). — Die Weltausfuhr an Tee betrug 1924 356 617 t; hiervon stammten aus dem Britischen Reich (Indien, Ceylon!) nicht weniger als 224 152 t (68,47 0/0).

Beim Kautschuk liegen die Verhältnisse ähnlich. Das Britische Weltreich produzierte 1924 221 093 t (51,81 0/0 der Weltproduktion) und belieferte

den Weltmarkt mit 212 700 t (**52,12 %** der Weltausfuhr). Durch die starke Beteiligung englischen Kapitals an den Gummipflanzungen in Niederländisch-Indien erhöht sich der britische Einfluß auf die Gummiproduktion noch erheblich, so daß man den Umfang der gesamten britischen Kontrolle auf über **60 %** der Weltgummiproduktion schätzen darf. — Es versteht sich von selbst, daß bei einem derartigen britischen Übergewicht die anderen großen Kautschukproduktionsgebiete (Niederländisch-Indien, Brasilien) von den durch die Briten diktierten Preisen mehr oder weniger abhängig sind.

In bezug auf die Baumwolle tritt das angelsächsische Monopol wieder ganz scharf hervor. Es dürfte sich empfehlen, hier abermals die Zahlen für 1909/13 und für 1924 anzuführen.

	Mittel 1909/13	1924
	In 1000 t	In 1000 t
Weltausfuhr	2 825,23 (100 %)	2 604,64 (100 %)
Ausfuhr aus dem Britischen Reich	738,58 (26,14 %)	977,85 (37,54 %)
Ausfuhr aus U. S. A.	1 955,47 (69,22 %)	1 510,07 (57,97 %)
Gesamtbaumwollausfuhr der angelsächsischen Welt	2 694,05 (95,36 %)	2 487,92 (95,51 %)

Den Wollmarkt der Welt beherrscht das Britische Reich wiederum allein. Auf den Weltmarkt gelangten 1924 insgesamt 764 930 t Rohwolle; hiervon stammten 517 830 t (**67,69 %**) aus dem Britischen Reich, und zwar aus Australien 273 130 t (35,71 %), aus Neu-Seeland 123 570 t (16,15 %), aus Südafrika 84 980 t (11,10 %). Gegenüber diesen Zahlen spielt Argentinien mit einer Wollausfuhr (1924) von 127 570 t (16,68 %) eben doch nur die Rolle eines Produzenten zweiten Ranges, dem ein schlechthin entscheidender Einfluß auf den Weltwollpreis nicht mehr zusteht, sobald die englische Regierung ihre sämtlichen Wollkammern zu einheitlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zusammenfaßt.

Wenden wir uns den Kraftstoffen zu, so erscheint das Leitmotiv des angelsächsischen Weltmonopols in neuer Variante. Die Weltförderung an Steinkohlen belief sich im Jahre 1924 auf 1 168,535 Mill. t. Hiervon lieferte das Britische Weltreich 327,757 Mill. t (28,06 %), U.S.A. 505,844 Mill. t (43,29 %). Zusammen erzeugten die beiden angelsächsischen Staaten mithin 833,601 Mill. t oder **71,35 %** der Weltförderung! Diese Zahl wird um so mehr zu denken geben, als Großbritannien und U.S.A. zusammen über 61,77 % der (nachgewiesenen und wahrscheinlichen) Weltsteinkohlevorräte verfügen und damit auch China (22,61 %) weit hinter sich lassen.

Hinsichtlich des Erdöls sind die Dinge weniger leicht zu beurteilen, weil sich Großbritannien finanziell entscheidenden Einfluß auf vielerlei außerhalb des britischen Staatsgebietes gelegene Reviere gesichert hat (Niederländisch-Indien, Persien!) und auch der amerikanische Einfluß weit über die politischen Grenzen seines Staatswesens hinausreicht (Mexiko!). Die nach politischen Territorien aufgestellte Statistik kann infolgedessen kein richtiges Bild bieten. Man wird vermutlich nicht fehlgehen, wenn man schätzt, daß die Vereinigten Staaten über rund $\frac{3}{4}$ der Weltproduktion an Erdöl verfügen und das restliche Viertel im wesentlichen von Großbritannien bewirtschaftet wird. Über die Förderung der wichtigsten Erdölfelder unterrichtet die nachfolgende Zahlenreihe:

	1913	1924
	In 1000 Barrels	In 1000 Barrels
Weltförderung	383 270 (100 0/0)	1 013 010 (100 0/0)
U. S. A.	248 000 (64,70 0/0)	718 000 (70,88 0/0)
Rußland	62 800 (16,38 0/0)	49 000 (4,83 0/0)
Mexiko	25 700 (6,70 0/0)	145 000 (14,31 0/0)
Rumänien	13,600 (3,55 0/0)	13 000 (1,28 0/0)
Niederländisch-Indien	11 200 (2,93 0/0)	15 000 (1,48 0/0)
Persien	1 900 (0,50 0/0)	30 000 (2,96 0/0)

Das Bild ändert sich nicht irgendwie wesentlich, wenn wir zum Schluß auch noch die Ausgangsprodukte der Schwerindustrie und Elektroindustrie in Betracht ziehen. Von der gesamten Roheisenerzeugung des Jahres 1924 (66,418 Mill. t) entfielen auf das Britische Weltreich 13.26%, auf U. S. A. 47,57%; beide angelsächsischen Staaten zusammengenommen lieferten mithin **60,83%** der Welterzeugung an Roheisen. — Zu der Rohstahlerzeugung der Welt steuerte im Jahre 1924 das Britische Reich mit 12.46%, U. S. A. mit 79.25% bei. Die angelsächsische Welt lieferte demnach **91,71%** von dem in der ganzen Welt erzeugten Rohstahl! — An der Hüttenproduktion von Rohkupfer waren beteiligt:

	1913	1924
Europa mit 193 000 t, d. i. 18,91 0/0 der Weltproduktion		101 600 t, d. i. 7,58 0/0 der Weltproduktion
Amerika 710 700 „ „ 69,59 0/0 „		1 077 800 „ „ 80,42 0/0 „
Asien (Japan) 66 500 „ „ 6,50 0/0 „		62 900 „ „ 4,69 0/0 „
Afrika (Katanga!) 7 400 „ „ 0,72 0/0 „		85 500 „ „ 6,38 0/0 „
Britisches Reich 96 000 „ „ 9,39 0/0 „		33 700 „ „ 2,54 0/0 „
U. S. A. 600 600 „ „ 58,80 0/0 „		808 400 „ „ 60,30 0/0 „
Gesamte angelsächsische Welt mit 696 600 t, d. i. 68,19% der Weltproduktion		842 100 t, d. i. 62,84% der Weltproduktion

Bei diesen Zahlen ist jedoch zu berücksichtigen, daß auch die meisten Kupferhütten in Südamerika zum Bereich der Unionwirtschaft gehören. Das Angelsachsentum beherrscht daher den Weltmarkt an Rohkupfer in noch viel stärkerem Ausmaß; es dürfte über beiläufig 85—90% des gesamten Weltrohkupfers verfügen.

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Eine Auseinandersetzung zwischen dem Britischen Weltreich und der nordamerikanischen Union wird nicht allzu bedrohliche Formen annehmen, denn wenn U. S. A. in Bezug auf Kaffee, Kakao, Tee, Kautschuk, Wolle u. a. m. die Abhängigkeit vom Ausland und namentlich von Großbritannien lästig empfindet, so hat es in seinem Erdöl-, Baumwoll- und Kupfermonopol ein Mittel in der Hand, um allzu egoistischem Monopolbegehren Britanniens Einhalt zu gebieten. Gefahr und zwar große Gefahr für die ganze Welt der Verbraucherstaaten droht indessen aus einer Festigung und Ausgestaltung des Gedankens einer staatlich organisierten Monopolwirtschaft überhaupt. Schließen sich die Produzenten mehr und mehr zusammen, bewegen sie ihre Regierungen zu staatlichen Schutzmaßnahmen wie jetzt im Falle des Stevenson-Schemas, so wird es naturnotwendig schließlich zu einem Zusammenwirken der beiden größten Produzenten

der Welt kommen müssen: U. S. A. und Britisches Weltreich. Wie sehr dann die Verbraucherstaaten der Willkür des Angelsachsentums ausgeliefert wären, haben die obigen Beispiele gezeigt.

Wie wir oben betonten, denken die Führer der nordamerikanischen Union gegenwärtig noch nicht daran, auch ihrerseits zu einer staatlich geleiteten Rohstoff-Monopolwirtschaft überzugehen. Hoover verwirft den Gedanken ausdrücklich mit den Worten: „Solche Praktiken betrachten den Welthandel als in einer Atmosphäre von Zank und Streit sich abspielend, anstatt in einer solchen des friedlichen Zusammenwirkens.“ Sollte es aber der geplanten Weltwirtschaftskonferenz nicht gelingen, die staatlich geschützten Monopole aus dem Welthandel verschwinden zu lassen, so wird der Union vermutlich nichts anderes übrig bleiben, als zum Schutze ihres Wirtschaftsorganismus zu dem gleichen Mittel zu greifen. Die einheitliche Organisation der Verbraucherstaaten wäre alsdann die notwendige Antwort auf die Machenschaften der Monopolproduzenten. Wir stehen somit auch in dieser Beziehung an einem wichtigen Scheidewege. Gehört die Zukunft einem friedlichen und harmonischen Zusammenwirken aller wichtigen Wirtschaftsstaaten der Welt oder ist der Wirtschaftskrieg zwischen dem Angelsachsenum als Vormacht der Monopolproduzenten auf der einen und den Verbraucherstaaten der Welt auf der anderen Seite unvermeidlich?

K. HAUSHOFER:

BERICHT AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Die beherrschende Bedeutung der Bevölkerungsfrage — abmeßbar nach dem Volksdruck auf der Flächeneinheit des Quadratkilometer und ihrer Fähigkeit oder Unfähigkeit, diesen Volksdruck zu erhalten — für jede Außenpolitik auf weite Sicht, und damit die Notwendigkeit, gesunde geopolitische Grundlagen für sie zu erhalten oder zu gewinnen, war Hauptgegenstand unseres Berichtes III.

Wie zutreffend seine Auffassung war, wird durch neuere Nachrichten aus Japan über den zögernden Vollzug der Welt-Arbeits-Bestimmungen der Washington-Konferenz von 1919 im gesamten Bereich der Monsunländer bekräftigt. Dabei ist aber gerade die amerikanische Presse vernünftig genug, in diesen Verzögerungen nicht nur den bösen Willen der farbigen Konkurrenz neu industrialisierter Wettbewerbsgebiete zu sehen, sondern dem Druck der Überbevölkerung, den Einflüssen eines andersartigen Lebensraums Rechnung zu tragen.

Es genügt eben nicht, erhabene Sätze der Soziologie und ausgleichender Wirtschaftswissenschaften auf das Papier zu stellen, um ihnen Weltgeltung zu verschaffen, sondern der schwierigere Teil des Werkes beginnt dann, wenn es sich darum handelt, zuzusehen, wie man die auf Papiergrund sehr leicht gleichförmig aufzureihenden Bauten mit dem gewachsenen Boden klimafremder und übervölkerter nationaler Wirtschaften in haltbare Beziehung bringt; gleichviel, ob es sich um die Durchführung des Achtstundentages, die Verhinderung von Nacharbeit für Frauen und Halbwüchsige, den Schutz von

Frauen vor und nach dem Kindbett oder die Mindestgrenze für jugendliche Arbeiter handle.

Nach den Vereinbarungen hätten die Achtstundentag-Vereinbarungen am 1. 7. 1922, die Bestimmungen über das Mindestalter am 1. 7. 1925 vollzogen sein sollen. Dennoch konnte bei der siebenten Sitzung der Konferenz der indische Vertreter feststellen: „Infolge der Nicht-Ratifizierung der Beschlüsse durch Japan ist auch die indische Regierung verpflichtet, sich von der Ratifizierung zurückzuhalten. Wenn Indien nicht ratifiziert, wird auch China untätig bleiben. Das Zögern Japans, das als die fortgeschrittenste Nation in Asien erachtet wird, ist also die Ursache, daß Millionen von Arbeitern dort in ihrem gegenwärtigen Zustand von Elend bleiben müssen.“

Schmerzlich getroffen von diesen Vorwürfen und von dem weiteren, daß der Vollzug des Verbots der Nacharbeit von Kindern drei Jahre nach der Bewilligung (1923) und ein Jahr nach der Veröffentlichung (1925) des Fabrikgesetzes noch ausstehe, hatte der Abgeordnete Kiyose einen scharfen Angriff gegen die japanische Regierung geführt, aber von dem Premier Wakatsuki nur eine sehr unbefriedigende Antwort erhalten. Wir greifen aus ihr den Satz heraus: „... auch die anderen Staaten haben die Beschlüsse nicht so in Wirkung gesetzt, wie sie auf dem Papier stehen. Sie taten es ... weil die Umstände in jedem Lande anders sind. Was auch immer die Konferenz an Entschließungen losließ: wenn sie nicht vereinbar mit den wirtschaftlichen Daseinsbedingungen der verschiedenen Länder waren, dann hielten die betreffenden Staaten es für unzutraglich, die Beschlüsse so ins Leben treten zu lassen, wie sie auf dem Papier standen. Und wenn Japan bis jetzt noch nicht alle diese Entscheidungen in Kraft gesetzt hat, so wünsche ich Ihnen zu verstehen zu geben, daß es Umstände gibt, die das einfach nicht gestatten — in Würdigung der gegenwärtigen Lage des Landes.“

Tatsächlich ist in den Monsunländern überhaupt: in Indien, China und Japan, in Japan, dem am meisten industrialisierten mit der größten Bevölkerungsspannung aber am meisten, die augenblickliche Spannung zwischen Volksdruck und Ernährungsmöglichkeit so groß, daß sie sich ohne Explosion die Durchführung der Washingtoner Beschlüsse gar nicht gestatten könnten, auch wenn sie wollten. Ein Versuch, Zwang zu üben, würde nur der panasiatischen Bewegung Wind in die Segel führen, die ohnehin vom 15. bis 31. Juli eine Vorkonferenz, vom 1. bis 5. August eine Hauptkonferenz in Tokyo oder Nagasaki, unter den Auspizien der dortigen panasiatischen Gesellschaft durchführen wird, zu der ein Jahrbuch der Panasiatischen Gesellschaft, z. B. in einem Aufsatz von Isao Iwasaki, verheißungsvollen Auftakt gibt.

Die geopolitische Tatsache ist aber, daß auf dem nicht erweiterbaren Boden des Inselreiches am 1. 10. 1925 59 736 704 Menschen lebten, und am 1. 10. 20 55 963 053 gelebt hatten: also heute 6,7 % oder 3 773 651 mehr, rd. 750 000 im Jahr.

Daß die schon von der New York Times als „unpleasant phenomena“ bezeichneten Probleme der japanischen Bevölkerungsspannung im eigenen Lande noch mehr Aufmerksamkeit erwecken, ist klar. Dr. S. Washio (im Transpacific) und Dr. Iwasaburo Takano [Kaizo (1926, XII)], Junnosuke Inoué (Taiyo, XI 1925) haben die jüngsten Ergebnisse des japanischen Bevölkerungsvermehrungsproblems, der Ernährungsfrage und der soziologischen Folgen der

überstürzten Industrialisierung handlich zusammengefaßt; sie haben namentlich auf die auch sonst von der japanischen Bevölkerungswissenschaft, Soziologie und Anthropologie belegten großen Schwankungen in der Vitalität hingewiesen, die vor zwei Jahrhunderten bei einer Volkszahl von rund 30 Millionen fast völlig stabil geblieben war und nun eine so rasche Zunahme zeigt.

Immerhin ist auch die Ernährungsdecke gestreckt worden, aber nicht im gleichen Tempo, so daß — bei einem Durchschnittsbedarf auf den Kopf von 1,1 koku (1,8 hl) Reis — immer etwa 5 bis 6 Millionen Koku im Jahresdurchschnitt fehlten, die man jetzt aus Korea (4) und Formosa (1), dann Hinterindien herbeischafft, wo aber eben auch überall die Bevölkerung schnell anwächst.

Die Gesamtberechnungen gehen dahin, daß bei höchster wissenschaftlicher Ausnützung des Nährbodens — wenn es gelingt, das soziologische Problem des Zurückhaltens der kleinen Landwirte auf dem Land zu lösen — das Reich, das heute gegen 84 Millionen zählt, etwa 100 Millionen ernähren kann. Washio wird also recht haben, wenn er das Problem mehr ein soziales, als ein wirtschaftliches nennt. Jedenfalls hat die Industrialisierung die Todesrate, die vorher sehr niedrig war, gesteigert, und die an sich in der Rasse liegende Neigung zu Schwankungen in der Vitalität vielleicht überreizt, so daß, wie Takano nachweist, schon die Nachkriegs-Hochkonjunktur deutlich eine solche Schwankung hervorgebracht hat und erkennen läßt. Es ist aber klar, daß Japan, dessen geschlossener, gut überwachter Volkskörper solche Bewegungen ganz anders erkennen läßt, als China oder Indien, auch dafür geopolitisch als Manometer benützt werden kann und sorgfältig beobachtet werden muß.

Wie wenig die chinesische Republik — in ihrem gegenwärtigen Zustand eines Triumph- und Streites um die Besetzung einer machtlosen Zentralregierung — zu solchen Beobachtungen geeignet ist, das beweist vielleicht am besten ein Verzeiflungsausbruch von H. G. W. Woodhead: „Die Wahrheit über die chinesische Republik (The truth about the Chinese Republic, Shanghai, 1926, 10,50 Dollar). Seit 23 Jahren als führender Pressemann in China, zuletzt Herausgeber des ganz vortrefflich informierenden China-Yearbook, hat Woodhead uns wirklich aus dem Eigenen etwas über China zu sagen, und wir wollen sein Gesamturteil über die Staatsruine von heute nicht vorenthalten:

„Die Chinesische Republik ist eine Sage. Sie wird nicht zur Wirklichkeit dadurch, daß sie die Fremden denselben Mißbräuchen und der gleichen Unsicherheit unterwirft, unter der die Chinesen selber unter der Faust ihrer Tuchuns (Militärbefehlshaber) gelitten haben. Seit dem Hingang von Yuan Shi Kai ist das Ansehen der Zentralregierung vollständig zusammengebrochen. Die Stellung der fremden Gesandtschaften ist geradezu pathetisch geworden. Sie hatten, aus praktischen Gründen und Zwecken, sich mit der Peking-Regierung abzugeben, der allein die fremde Anerkennung zugebilligt war. Aber für alle praktischen Zwecke hätten sie ihre Proteste und Vorstellungen an diese Regierung gerade so gut gleich in den Papierkorb werfen können. Das chinesische Auswärtige Amt hat sie pflichtgemäß in Einlauf genommen. Aber es hat nicht die Macht gehabt, selbst wenn es den guten Willen hätte, Abhilfe für die fremden Beschwerden zu schaffen, oder gar Chinas Vertragsverpflichtungen zu erfüllen.“

Neben einem solchen niederschmetternden Urteil eines Sachkenners, der natürlich auch sonst wertvolle Information bringt und zusammen mit Julian Arnold und H. K. Norton in den Harris Foundation Lectures (Chicago) eine fesselnde westliche Darlegung des Fern-Ostproblems geliefert hat, im Gegensatz zu der östlichen Auslegung durch Graf Soyeshima und Dr. W. P. Kuo, mögen wir als Beweis für die Zähigkeit Chinas die Rekordeinnahme von 1925 der chinesischen Zölle trotz Bürgerkrieg, Boykott und Sperre verzeichnen!

Der Handel suchte sich in dem riesigen Wirtschaftskörper andere Wege: was den Südhäfen Shanghai, Kanton, Hankau und Swatau entging, brachten im zweiten Halbjahr die Nordhäfen mehr ein. Natürlich leidet das solide Geschäft unter den fortwährenden Machtschwankungen und der zunehmenden Veränderung.

Für diesen geopolitischen Zug ist eine Auseinandersetzung Chang Tso Lins im Namen der Mandchurei mit dem chinesischen Süden kennzeichnend, aber auch eine Rechtsverwahrung der Mandchurei gegenüber der Zentralregierung und dem russischen Einfluß. Ihr wesentlicher Teil lautet:

„Die drei östlichen Provinzen (Fengtien-Mukden, Kirin und Heilungkiang) sind weder Vasallen von Peking, noch Tributträger. Die drei östlichen Länder sind ein autonomer Teil der chinesischen Republik und als solche zu gleicher Behandlung mit jedem andern Teilgebiet des Landes berechtigt. Aus dieser Lage fühlt sich die Verwaltung und Regierung der drei östlichen Provinzen bewogen, angesichts des jüngsten Laufes der Dinge eine Warnung an die Pekingener Regierung zu richten, und eine Abschrift dieser Warnung, die dazu beigefügt wird, ist durch das Waichiaopu an den russischen Botschafter weiterzuleiten. (!!)“

„Diese Warnung hat den Zweck: 1. zu bewirken, daß bei jeder Verhandlung mit dem russischen Botschafter oder seiner Regierung über die ostchinesische Bahn die Regierung der drei östlichen Provinzen nicht nur befragt, sondern auf gleichem Fuß zur Beratung herangezogen werden muß. 2. Jedes Übereinkommen zwischen der Pekingener Regierung und der russischen über die ostchinesische Bahn ohne die Sanktion der drei östlichen Provinzen wird nicht anerkannt, sondern für null und nichtig erachtet. 3. Die drei östlichen Provinzen werden zu den Waffen greifen, falls die Pekingener und russische Regierung unabhängig über irgend ein Abkommen wegen der ostchinesischen Bahn verhandeln.“

„Die drei östlichen Provinzen wahren sich das Recht, ein neues Verrechnungssystem über den Anteil an der Bahnverwaltung zu verlangen . . .“ (Dabei werden gewisse zweifelhafte Gewinne der Sowjetmanager bloßgestellt.)

„Wir empfehlen diese Warnung Ihrer gefälligen Erwägung.“

Warnungen in so scharfer Tonart sind in China kürzlich viele hin und hergegangen, aber wenige brachten das starkgewordene Selbständigkeitsgefühl der Länder, namentlich des werdenden Pufferstaates der Mandchurei zwischen Rußland, China und Japan so deutlich zum Ausdruck, wie die eben im Wortlaut wiedergegebene.

Wie schwierig die diplomatische Lage in der Mandchurei ist, und daß hier längst nicht mehr nur innerchinesische Fragen auf dem Spiele stehen — wie immerhin sogar in Kanton, im Streit der Yangtzeländer unter der Führung von Wu Pei Fu, mit weiland Feng Yu Hsiangs Kuo-Min-Chun-Heeren — das

verriet vor kurzem eine Auseinandersetzung zwischen Baron Goto und Botschafter Vigdor Kopp, die in folgende Bemerkung des geopolitisch scharfsichtigen Sowjetsendboten auslief: „Die Sowjetbünde bedrohen die Interessen Japans im Fernen Osten nicht. Die nationalen Bedürfnisse Japans sind uns wohl bekannt, und wir beabsichtigen nicht, sie zu schädigen. Andererseits nehmen wir es als sicher an, daß Japan ebenfalls beabsichtigt, unseren Interessen Rechnung zu tragen, und nicht beabsichtigt, unter dem Vorwand der Verteidigung eigener Interessen die Souveränität Chinas zu verletzen oder die freie nationale Entwicklung Chinas zu hemmen.“

Im Zusammenhang mit solchen Schattenbildungen auf noch von der Sonne beleuchteten Gewitterwolken ist es durchaus wahrscheinlich, daß es japanischer Einfluß war, der zwischen den chinesischen Triumvirn das Abkommen zustande brachte, daß sich Chang Tso Lin im wesentlichen jenseits der großen Mauer verhalten, Wu Pei Fu mit den Shantungtruppen zusammen Peking einnehmen solle und daß die Regierungsbildung dann unter beider gemeinsamem Einfluß vor sich gehen müsse. Es würde der vorsichtigen, in letzter Zeit weit mehr konservativ als radikal in China auftretenden japanischen Politik und ihrer Erkenntnis von den gefährlichen Hintergründen der nordchinesischen Lage durchaus entsprechen. Wie sehr die Vereinigten Staaten auch hier beobachtend auf dem Posten sind, enthüllt doch H. K. Norton, wenn er seine Auffassung der Geschichte der Russen im Fernen Osten und ihrer Beziehungen zu China und Japan in den Harris Foundation Lectures niederlegt: „kein erfreuliches Bild!“

„Wenn sich nicht alle Voraussetzungen ändern, ist ein großer Krieg zwischen — Japan und Rußland (!) möglich, selbst wahrscheinlich.“ „Wir sollten uns klar machen, daß im Fernen Osten in diesem Augenblick ein verzweifertes Wagespiel der Weltpolitik im Gange ist, für Amerika und Amerikas Interessen nicht minder mit Gefahren beladen, als jenes Wagespiel, das in Serajewo im Juni 1914 seinen Gipfel erreichte.“ So Norton.

Wir glauben, unsern Lesern gezeigt zu haben, daß man sich im Fernen Osten ganz anders klar über die gefährlichen Seiten des Spieles ist als bei uns, und daß man in größerem Stil an rechtzeitiger Entladung des Kraftfeldes arbeitet.

Zuweilen freilich spielen Kinder mit dem Feuer.

Wenn z. B. Herr Varenne, vom sozialistischen Abgeordneten Generalgouverneur von Indochina geworden, bei der Eröffnung seiner Generalräte wirklich der südostasiatischen Selbstbestimmungsbewegung seiner Heimatregierung unerwünschten Weihrauch spendet und gesagt hat: „Wenn einst Frankreichs Sendung beendet ist, wird man sich wohl zu denken haben, daß es in Indochina nichts anderes hinterlassen will, als die Erinnerung seines Werkes. Frankreich hofft dann auf keine andere Beziehung, kein anderes Verhältnis zum Leben der Halbinsel, weder der Herrschaft, noch selbst der Beratung und Weisung. Die Völker, die von seiner Vormundschaft Gewinn gezogen haben, werden durch keine andern Bande mehr an Frankreich gebunden sein, als solche des Dankes und der Liebe . . .“ — so liegt das zweifellos auf der Linie seiner sozialistischen Weltanschauung. Als ehrlicher Mann hat er wohl nicht anders sprechen können. Aber die benachbarten Besitzer reicher ausgebeuteter Tropenkolonien horchten erschreckt auf, und der französische Kolonialminister,

Herr Léon Perrier, erbat Erklärung. 1922 sagte Monseigneur de Guébriant, apostolischer Vikar von Yünnan: „Wenn es uns nicht gelingt, in fünf Jahren eine anamitisch-französische Mischkultur zu schaffen, wird Französisch-Indochina wieder rettungslos chinesisch werden . . .“ 1926 verspricht ein sozial denkender Mann als Generalgouverneur seinen Bewohnern die Unabhängigkeit, wenn Frankreich seine Sendung erfüllt habe. Ist wohl der fehlende Glaube an die Zukunft des französischen Kolonialreichs das verbindende Mittel?

Warum aber dann Mandate fordern, warum Andern das Ihre nehmen?

Da scheint uns Lord Readings Lebewohl an Indien ein würdigerer Abschluß. Gewiß: „Die Periode eines Vizekönigtums (fünf Jahre) ist eine sehr schmale Spanne Zeit im Leben Indiens . . . dennoch wird diese Spanne als die Begründung verantwortlicher Selbstregierung in Indien, wohl und treulich gelegt, von dem Geschichtsschreiber verzeichnet werden!“

Durch schweren Wellengang, von den Nachwehen des III. Afghanenkrieges, der Höhepunkte der Gandhi-Bewegung, des Amritsar-Prozesses, schwerer Kämpfe an der Nordwest-Grenze, in Wasiristan, der friedlichen Durchdringung Tibets bis zur jüngsten Abschwächung der Swaraj-Bewegung durch die Nationalpartei hat die kluge Hand Lord Readings das Fahrzeug der anglo-indischen Reichspolitik geleitet, bis er sein Steuer an Lord Irwin weitergeben konnte.

Die Abschiedsrede ist ein stolzer Rückblick auf eine über Erwarten ge- glückte Kompromißreihe: „Es war kein Unterschied im Ziel: wir waren alle bemüht, dasselbe am Ende zu erreichen: Wohlfahrt und glückliches Gedeihen von Indien! Die Punkte der Übereinstimmung sind weit zahlreicher gewesen, als die Punkte des Widerspruchs; so hat uns die Linie zu Ergebnissen von größerer Bedeutung geführt, als im Wirbel politischen Widerstreits und der Agitation anerkannt werden können.“ Sicher haben die von Lord Reading so wirkungsvoll verfochtenen Reformen Indien auf den Weg der Verwirklichung einer vollkommeneren Einheit und zu einer größeren Fähigkeit geführt, „sein nationales Selbst auszudrücken“. Sind die großen Richtlinien der britischen Reichspolitik dabei wirklich immer dieselben geblieben? Das Ziel — fortschreitende Verwirklichung verantwortlicher Regierung in Indien als untrennbarer Teil des britischen Reiches, mit voller Selbstregierung — wird es nicht verhängnisvoll überschritten, wenn einmal an entscheidender Stelle nur ein Mann von der gewiß an sich berechtigten soziologischen Weltanschauung von Mr. Varenne steht? Lord Readings Abschiedsrede ist jedenfalls eine Staatsrede von hoher Bedeutung und weiten geopolitischen Durchblicken gewesen, würdig des Amtes, das heute vielleicht noch am meisten von Repräsentanten der weißen Rasse im indopazifischen Raum cäsarischen Schnitt von seinem Träger fordert.

O. MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Es mag zunächst das augenblickliche Wirtschaftsbild der Vereinigten Staaten, mit dessen Skizzierung im letzten Heft begonnen wurde, hier weiter

gezeichnet werden. Es ist dabei unmöglich, alle Wirtschaftsdaten geopolitisch auszuwerten, und selbst wenn man nur den Versuch dazu wagen wollte, müßte er zu Fehlschlüssen führen. Nur der so vielfältig in sich verschlungene Wirtschaftsorganismus als solcher ist das Ernährungsorgan des staatlichen Raumorganismus, und die geopolitische Wertung eines Staates kann darum in wirtschaftlicher Hinsicht nur auf diesen bezogen werden. Nichts erleichtert ein solches Verfahren mehr als eine Übersicht über die Entwicklung des Außenhandels, in dem sich ein gut Teil der wirtschaftlichen Weltgeltung eines Staates konzentriert. Die Steigerung des vereinsstaatlichen Außenhandels im Jahre 1925 gegenüber den Daten von 1924 redet eine überzeugende Zahlensprache. Nach den Hauptwarengruppen geordnet, wies der Außenhandel der Union im Jahre 1925 im Vergleich zu 1924 folgende Werte auf:

	In Millionen \$					
	Einfuhr			Ausfuhr		
	1925	1924	+ - 1924	1925	1924	+ - 1924
Rohstoffe	1721	1236	+ 485	1414	1326	+ 88
Lebensmittel	929	947	- 18	892	966	- 74
Halbfabrikate	755	656	+ 99	662	611	+ 51
Fertigwaren	796	749	+ 47	1843	1588	+ 255
	4201	3588	+ 613	4811	4491	+ 320

Die Handelsbilanz ist zwar noch stark aktiv; allein sie hat gegenüber 1924 in ihrer Aktivität nachgelassen, und der Überschuß der Ausfuhr ist von 903 Mill. Dollar auf 610 Mill. Dollar zurückgegangen. Besonders die starke Steigerung der Rohstoffeinfuhr um ungefähr 40% hat diese Wandlung bedingt. Mehr als die Hälfte der Mehreinfuhr an Rohmaterialien fallen dabei auf Kautschuk. Auch Wolle, Rohseide, Jute und Zinn haben wesentlichen Anteil daran. Zugleich sind die Ausfuhrwerte nicht in dem gleichen Maße angewachsen wie die der Einfuhr. Der Gesamtausfuhrwert des Getreides ist von 434 Mill. Dollar auf 352 Mill. Dollar infolge der unergiebigeren Ernte zurückgegangen. In dem ganz erheblichen Rückgang der Ausfuhr tierischer Produkte zeigt sich dagegen die Konkurrenz der sich wieder entwickelnden oder immer weiter entwickelnden übrigen Weltweidländer, der sich wieder erholenden ost- und südosteuropäischen Viehwirtschaft ebenso wie der Südamerikas, besonders Argentiniens und Süd- und Mittelbrasilien, die eine stets größere Bedeutung und zugleich Markt gewinnen. Lediglich die Konservenausfuhr hat diesen Rückgang nicht mitgemacht. Die bedeutendste Steigerung in der Ausfuhr kommt den Fertigwaren zu, unter ihnen besonders den Maschinen und den Erzeugnissen der Automobilindustrie, weniger denen der Eisen- und Stahlindustrie.

Im Laufe eines Jahres sind Verschiebungen in der Bedeutung der einzelnen Absatzgebiete im allgemeinen nicht sonderlich auffällig. Um so mehr will es besagen, daß Südamerika seine sich stets steigernde Wertung als Konsumtionsraum für amerikanische Waren auch in dieser kurzen Spanne erkennen läßt

und damit die immer wachsende allgemeinamerikanische Wirtschaftsverknüpfung zeigt. Während 1910—1914 nur 5,6% der vereinsstaatlichen Gesamtausfuhr dorthin gingen, stieg ihr Anteil in den Jahren von 1921—1925 auf 6,8%. Von 1924 auf 1925 wuchs die Ausfuhr nach Südamerika von 6,8% auf 8,2% des Gesamtexports. Die Ausfuhr nach dem übrigen Nordamerika hielt sich dagegen in dem längeren und in dem kürzeren Zeitraum die Wage, die nach Afrika und Ozeanien zeigte eine schwache Zunahme, während die nach Asien gegenüber dem Vorjahr nicht unwesentlich zurückgegangen ist. Nur in der längeren Zeitspanne läßt sich das gleiche, nur in sehr viel erheblicherem Ausmaße, auch für Europa erkennen. Von 1910/14 bis 1921/25 sank der prozentuelle Anteil des europäischen Konsums an vereinsstaatlichen Gütern von 62,3% auf 52,7% der nordamerikanischen Gesamtausfuhr. Allein dieser Rückgang der Marktbedeutung Europas für die Union hat seinen Abschluß noch nicht gefunden. 1924 belief sich der nach Europa gehende Anteil des vereinsstaatlichen Exports auf 53,3%, 1925 auf 53,1%.

So wuchtig auch einzelne Wirtschaftsdaten der Union dastehen mögen, so geschickt auch die Vereinsstaaten die verminderte Kaufkraft der alten durch die Erschließung neuer Absatzgebiete wettzumachen vermögen, so steht doch die Union nicht so unantastbar und nicht so weltbeherrschend da, wie es noch vor ganz kurzer Zeit schien. Die Wirtschaftsübersicht vom Jahre 1925 zeigt schärfer, als das bisher auffiel, auch Schwächelinien der amerikanischen Wirtschaftsstruktur. Besonders die bedeutende Zunahme der Rohstoffzufuhr lehrt die stets abnehmende Autarkie am besten, mit der sich ein Nachlassen der Aktivität der Handelsbilanz in immerhin schon empfindlicher Weise paart. Mehr als ein Einblick in die Struktur dieses Wirtschaftsorganismus ist das freilich nicht. Etwa daraus auf die nächste oder gar auf die spätere Entwicklung des über so gewaltige Kräfte verfügenden Wirtschaftswesens schließen zu wollen, wäre gewagt, wäre sogar grundfalsch. Denn das für den Handel arbeitende Amerika samt seinem Außenhandel selbst ist nur ein Teil des wirtschaftenden Amerika. Seine geopolitische Wirtschaftsgeltung ruht heute zu seinem nicht geringen anderen Teil, wie an dieser Stelle schon mehrfach dargelegt worden ist, auf seiner Kapitalkraft und Kapitalinvestierung draußen in der Welt.

Weil diese Stellung jung und mitten in den Wirren des Weltkriegs erworben ist, beschäftigt die Regelung der Schuldenfragen immer intensiver die amerikanische, besonders die amerikanisch-europäische Politik. Die Verhandlungen mit Frankreich dürften beim Erscheinen dieses Berichts einen für Frankreich günstigen Abschluß gefunden haben, da die voraussichtliche Mehrbelastung Frankreichs eine für diesen Staat leicht tragbare sein dürfte. Die Ratifizierung der italienischen Schuldenregelung schien dagegen infolge Mussolinis, vom italienischen Standpunkt wohl verständliche und gesunde, aber den europäischen Frieden bedrohende, Mittelmeerpolitik eine Zeitlang in Frage gestellt zu sein. Im Innern ist ein ernstliches Mühen um eine Wiedergutmachungspolitik, um die schließliche Regelung der Rückgabe des von den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Privateigentums ebenso erkennbar, wie die Union an einer endlichen Befriedung Europas, freilich nicht zuletzt aus wirtschaftsgeorgistischen Gründen volles Interesse hat. Aus dem letzten Grunde wird die Hypernervosität Amerikas ge-

genüber den immer wieder neu auftauchenden Spannungen unter den europäischen Staaten wohl verständlich. So ist der Houghtonbericht zu werten und politisch-psychologisch zu erklären. Er bricht den Stab über Europa, sieht die Lage für hoffnungslos an, weil dieses von Krise zu Krise taumelnde und politisch gärende Europa, dessen Wirtschaft sich längst noch nicht von dem Krieg und den Wirren der Nachkriegszeit erholt hat, nicht dem amerikanischen Ideal eines Absatzgebiets und Anleihemarktes entspricht. Er übersieht dabei Kräfte, die sich allenthalben, freilich vielfach im Widerstreit miteinander, regen und sich darum zunächst zu keiner gedeihlichen Entwicklung kommen lassen.

Europa scheint für den Vereinsstaatler in jeder Phase seiner gegenwärtigen Entwicklung etwas zu Problematisches, um nicht zu sagen, Unheimliches an sich zu haben; denn immer wieder wird von der Union der Weg der Abkehr und der Zurückhaltung, wenn auch nur in Einzelfragen und abschnittsweise, beschritten.

Das hoffnungslose Verflattern des „Geistes von Locarno“, das der Referent für Europa im letzten Heft so trefflich skizziert hat und im vollen Einklang mit seiner früheren Prognosenstellung fand, hat in Amerika nicht nur „befremdet“, wie es gewöhnlich heißt, sondern scheint zu äußerster Vorsicht gegenüber Europa wieder einmal gemahnt zu haben. Die ablehnende Stellung gegenüber dem Völkerbund ist dadurch nur wieder verschärft worden; hat sich ja doch in Genf gezeigt, daß der Völkerbund nichts anderes als das Spiegelbild der europäischen politischen Wirrnisse ist, in die sich zu allem Ueberfluß und unkluger Weise auch ein nichteuropäischer Staat, Brasilien, recht aktiv hat hineinziehen lassen. Die Union wünscht gerade im Gegensatz zu diesem Schritt Brasiliens nichts sehnlicher, als eine egoistische Neutralität gegenüber solcher fruchtlosen Uneinigkeit in Europa zu wahren. Das geht besonders klar hervor aus ihrer Stellungnahme zu den geplanten Vorverhandlungen über die Teilnahme der Vereinigten Staaten an dem Weltgerichtshof. Die Einladung des Generalsekretariats des Völkerbunds an die Regierung der Vereinigten Staaten zu einer Teilnahme an einer Konferenz von je einem Vertreter der dem Haager Schiedsgericht angehörigen Staaten zwecks Beratung über die Vorbehalte, die der amerikanische Senat für den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Weltgerichtshof gemacht hat, hätte von vornherein mit einer sehr kühlen Antwort rechnen müssen. Sie ist abgelehnt worden. Coolidge hat sich dahin geäußert, daß die Vorbehalte für sich sprächen und als völlig undiskutierbar betrachtet werden müßten. Ihre Erörterung in Genf übersteige die Kompetenz der Regierung, die an die Senatsbeschlüsse gebunden sei. Bleibt der Völkerbund seinem bisherigen Vorgehen treu, so ist zu erwarten, daß Amerika auf eine Mitwirkung am Weltgerichtshof verzichtet. Das Grundmotiv für ein solches Beiseitestehen ist die Furcht der Union, mit einer Aufnahme von Verhandlungen auch mit den übrigen Problemen des Völkerbundes verwickelt zu werden.

Die Weiterentwicklung dieses ganzen Fragenkomplexes auch nur andeuten zu wollen, wäre im höchsten Grade verfrüht. Denn nichts zeigt klarer als die Vorgänge in Genf und ihr noch schwer durchschaubares Nachspiel, daß der Völkerbund sich einer Reform, einem Umbau, vielleicht in kontinentalem Sinne nähert. Die erdgebundenen Kräfte scheinen auch hier nach dem rela-

tiv kurzfristigen Versuch einer universalistischen Durchführung die Herrschaft an sich reißen zu wollen. Der Völkerbund will sich erdteilhaft, natürlich im Sinne der großen Kultur- und politischen Erdräume, sagen wir ruhig, nach geopolitischen Räumen gliedern. Das geopolitische Schwerkgewicht zerrt in beachtenswertester Weise an dem Bau einer an sich universalen Idee; und dieser ganze Prozeß ist ein gar vortreffliches Beispiel, wie eine universal gedachte Organisation sich anschiekt, sich in einzelne erdgebundene Organismen aufzulösen, denen dann vielleicht ein wirkliches Leben zukommt. Es ist ein Vorgang, wie er im Ablaufe der Weltgeschichte unzählige Male beim Zerfall oder bei der Aufgliederung unter der Führung einer universalistischen Idee zusammengeraffter Erobererreiche beobachtet werden konnte. Es ist ein Vorgang, dessen weitere Verfolgung mit beitragen kann zur Klärstellung des Unterschiedes zwischen politischer Organisation und politischem Organismus, oder, wenn ich dafür im letzteren Falle die schärfere und vor allem die Sache treffendere Terminologie anwende, politischem Raumorganismus. Bis jetzt deutet sich allerdings dieser gewaltige Prozeß, der aber schon längst vor Bestehen des Völkerbundes die Staaten zu großraumgebundenen Komplexen zusammengefaßt hat, nur durch ein paar einzelne Symptome an. Das eine ist die so oft betonte Isolierungstendenz der Vereinigten Staaten von Amerika, die in der Monroedoktrin ihren frühen, aber noch lange nicht wirkungslosen Vorläufer hat. Das zweite ist das französische Regionalsystem, das in Briand seinen Wortführer gefunden hat. Es ist vielleicht selbst wieder dazu verdammt, in eine organisatorische Sackgasse zu geraten, wenn dabei angestrebt wird, für jeden Kontinent einen besonderen Rat zu schaffen, der sich mit der Frage der Sicherheit, der Entwaffnung und des Schiedsgerichts befassen soll. Sicher würde dadurch die Vollversammlung in Genf, der nur noch der Sinn einer höchsten Schiedsgerichtsinstanz bei Konflikten zwischen den einzelnen kontinentalen Räten zugebilligt wird, eines guten Teils ihrer Macht entkleidet werden. Der Weg nach der regionalen Gliederung hin ist wohl dabei am klarsten angedeutet; es wird nur dabei übersehen, daß sich die Welt, selbst auf kurze Zeit, nicht organisatorisch in positiv befruchtender Weise aufgliedern läßt, sondern raumorganisch entwickelt. Viel mehr Bedeutung kommt daher genau wie dem ersten auch dem dritten Symptom zu, der Anspruchsanmeldung eines südamerikanischen Staates auf einen ständigen Ratssitz.

Mit einer gewissen Geringschätzung und einer noch viel größeren offenbaren Verkenning der Bedeutung des Vorgangs ist mehrfach davon geredet worden, daß das Veto Brasiliens, „eines einzelnen südamerikanischen Staates“, den „Willen Europas“ zu durchkreuzen vermochte. Wer so Kritik übt, vermag nur richtig die heutige Schwäche im organisatorischen Bau des Völkerbundes aufzudecken. Er denkt aber sonst nur europazentrisch und vermag das Spiel der Weltkräfte nicht im geringsten zu werten. Er übersieht, daß kein größerer Erdraum heute so rapide aufsteigt wie gerade Südamerika, richtiger noch Lateinamerika. Mögen europäische Intrigen die Haltung Brasiliens mitbedingt haben oder nicht, das ist hier relativ gleichgültig. Das Grundmotiv ist doch die Anmeldung der Großmachtsansprüche Brasiliens bei der Welt, mag sie heute und vor allem auch in der Form begründet sein oder nicht. Auch gerade an der Art des Anspruches kann man mit der Kritik ansetzen und mit gutem Recht

an dem schließlichen Erfolge zweifeln. Brasilien, wenn auch die größte und in mancher Hinsicht die stärkste Macht Lateinamerikas, ist doch nicht dessen Vormacht und Wortführer, mindestens heute noch nicht zu einem solchen bestellt. Das hat sehr klar der Appell an den brasilianischen Botschafter und, nach der Entscheidung, die relativ scharf gehaltene Erklärung gezeigt, zu der sich die übrigen dem Völkerbund angehörigen lateinamerikanischen Staaten, Chile, Kolumbien, Kuba, Guatemala, Nicaragua, Panama, Paraguay, die Dominikanische Republik, Venezuela, Uruguay und San Salvador, zusammengefunden haben. Brasiliens Anspruch wird damit zunächst zu einer aus dem eigensten Interesse gestellten Forderung; und doch erhebt sich Brasilien, wenn auch eigenmächtig und darum nicht unangefochten von den übrigen lateinamerikanischen Staaten, zum Wortführer Lateinamerikas. Denn in seiner Schlußerklärung hat Mello Franco eine zahlreichere und gerechtere Vertretung Südamerikas im Völkerbund ganz eindeutig verlangt. Noch viel durchsichtiger hat aber der brasilianische Konsul in Bremen, Henrique Schüler, das eigentliche Leitmotiv des brasilianischen Vorgehens aufgedeckt: „Brasilien ist die jüngste Großmacht, ist es auch ohne Völkerbund. Trotzdem muß es um die politische Anerkennung dieser Stellung kämpfen.“ Und noch ein Wort seiner Erklärung wirkt perspektivenhaft und bestätigt damit die oben erkannten Leitlinien der Entwicklung: „Das Veto des Vertreters Brasiliens in Genf war ein Warnungsruf der amerikanischen Volksseele gegen den Europäismus, der glaubt, daß ihm die Weltherrschaft gehöre.“ Brasilien wird auch damit wieder zum Wortführer Südamerikas. Allein, es wird um diese Stellung genau so wie um seine beanspruchte Großmachtstellung nicht lediglich gegen den Europäismus, sondern auch in Lateinamerika und in der ibero-amerikanischen Welt überhaupt selbst kämpfen müssen.

Denn der brasilianische Anspruch ist nur ein Teil des Ganzen, repräsentiert nur, ohne offensichtlichen Willen des Ganzen, den Anspruch des gesamten Lateinamerikas. Abseits von dem Versuch Brasiliens, einen ständigen Ratsitz zu erlangen, hat der Völkerbund in einzelnen lateinamerikanischen Staaten wieder neue Sympathien gewonnen, so z. B. in Argentinien. Das bedeutet anderweitig wieder eine Annäherung an Europa, die zur Zeit aber auch besonders stark in der Richtung der ibero-amerikanischen, vor allem spanisch-amerikanischen Verkettungen gepflegt wird. Schon im vorletzten Heft wurde auf die Bedeutung der Überfliegung des Atlantik durch den Major Franco aufmerksam gemacht; E. Obst hat dann noch einmal die Kulturtat im Sinne des hispano-amerikanischen Zusammenschlusses im letzten Heft gewürdigt. Diese Politik der lateinamerikanischen Verwandtschaftsidee zieht weitere Kreise. Immer mehr fühlt sich die ibero-amerikanische Staatenwelt samt ihren Mutterländern als eine höhere Einheit, und sie sieht in Spanien ihre moralische Vormacht. Das wurde jüngst deutlich in Worte gefaßt bei der feierlichen Übergabe des Geländes für eine ibero-amerikanische Ausstellung in Sevilla an Portugal und Argentinien. Außer dem König von Spanien waren bei diesem Akt die gesamten diplomatischen Korps der spanisch-amerikanischen Staaten und der Gesandte Portugals anwesend. Spanien seinerseits hat allen Grund, mit dieser Erneuerung der Bindungen zufrieden zu sein. Gewinnt es doch so moralisch einen guten Teil von dem zurück, was es einst territorialpolitisch eingebüßt hat. Der brasilianisch-spanische Handelsvertrag

auf der Basis der Meistbegünstigung, dem als solchen keine höhere praktische Bedeutung zur Zeit zukommt, da besondere Vergünstigungen im Verkehr mit Brasilien nur Argentinien und die Vereinigten Staaten für frisches Obst genießen, ist auch nichts anderes als ein Akt der Freundlichkeit von ähnlicher Art.

Trotz aller Verbrüderungstendenzen gibt es in Amerika nach wie vor noch zwei politische Bebenzonen, die das politische Interesse nun schon seit Jahren wach halten. Die eine ist die von Tacna—Arica. Dieser Grenzlandkonflikt stellt heute ein schwer durchschaubares Wirrsal dar. Anfang März ist ein Angebot der Vereinigten Staaten, die Vermittlung zwischen den streitenden Parteien übernehmen zu wollen, wenn beide von dem Volksentscheid absehen wollten, zunächst von Chile günstig beurteilt, aber von Peru schroff abgelehnt worden. Ende März kam dann aus Washington die offizielle Mitteilung, daß beide Staaten die Vermittlung annehmen wollten, wenn die Vorbereitungen für das Plebiszit davon nicht berührt würden. Zwischendurch war aber in Chile viel Neigung, die Frage vor den Völkerbund zu bringen, was selbstverständlich einer groben Brückierung des amerikanischen Schiedsrichters gleichkäme. Unmittelbare Vergleichsverhandlungen haben unter dem Vorsitz von Kellog begonnen. Der lösende Modus scheint noch nicht gefunden zu sein.

Die zweite Bebenzone ist das nördliche Grenzland der lateinamerikanischen Welt, Mexiko, in seinem ständigen Gegensatz zur Union. Das neue Landgesetz, das eine Reinigung von dem Ausländertum bezweckt, ist der Konfliktstoff. Es besagt, daß Ausländer keinen Grundbesitz innerhalb eines Gürtels von 100 km von den Landgrenzen und 50 km von der Küste besitzen oder erwerben, noch in dort ansässigen mexikanischen Gesellschaften Teilhaber sein dürfen. Von diesen Bestimmungen werden vornehmlich die vereinsstaatlichen Interessen an den mexikanischen Petroleumländereien hart betroffen, und der Kampf um die Auslegung und Milderung des Gesetzes geht zwischen den beiden Staaten hin und her. Geopolitisch ist von besonderem Interesse, daß Mexiko sich mit einer Grenzzone zu umgeben sucht, die von ausländischem Besitz frei bleiben soll.

Letzte Nachrichten, die im nächsten Heft zur Besprechung kommen: Die japanische Unterwanderung in Lateinamerika wird neuerdings wieder von Mexiko und Brasilien begünstigt. — In Kolumbien wurde Miguel Abadia Mendez zum Präsidenten gewählt. — Kanada sucht sich wie die Union gegenüber Europa zu isolieren.

GEORG HASENKAMP: ALPENBAHNPROBLEME UND FASCHISMUS

Der Anspruch Italiens auf die periadriatische Wasserscheide als die „natürliche Grenze“ seines Gebietes und die Art, wie das faschistische Italien diesen Anspruch zu verwirklichen strebt, hat ein altes Verkehrsproblem in verschärfter politischer Beleuchtung wieder akut werden lassen: das der schweizerischen Ostalpenbahn.

Aus Tageszeitungen und Fachblättern¹⁾ ist bekannt, daß Italien an den Bau einer Stifserjochbahn, die mit einem 14 km langen Tunnel unter diesem Paß hindurch das Veltlin mit dem Vintschgau verbinden soll, ernsthaft herangehen will. Mailand auf der einen Seite, auf der anderen München würden einander, bei Fortsetzung der Linie über das Reschenscheideck ins Inntal, durch dieses bis Imst und dann über den Fernpaß, allerdings um etwa 140 km näher gerückt, als das über den Brenner der Fall ist, aber die wirkliche Bedeutung der Bahn, die an sich auf Rentabilität wohl nicht zu rechnen haben würde, liegt offensichtlich auf rein strategischem und politischem Gebiet. Wie es einst beim Bau der Stifserjochstraße (1820—1825) Österreich auf eine bessere Verbindung mit seinen lombardischen Besitzungen ankam, so will sich jetzt Italien seine tiroler Erwerbungen fester angliedern. Als Nebenwirkung verspricht es sich dabei bemerkenswerter Weise von der zum Bahn- und Tunnelbau sowie zum Ausbau der Wasserkräfte heranzuziehenden großen Menge italienischer Arbeiter auch Fortschritte in seinen Verwelschungsbestrebungen des deutschen Landes.

Aber auch die Schweiz empfindet die strategische „Stelvio“-Bahn als gegen sich gerichtet und fühlt sich bedroht. Mit Recht, denn das faschistische Italien bezeichnet die italienisch sprechenden Teile der Schweiz und deren über die periadriatische Wasserscheide hinübereckenden Gebietsteile noch weit ungehemmter, als das früher geschah, als „unerlöst“ und als natürliches italienisches Gebiet und läßt auch jenseits der Grenze seine Propaganda betreiben. Mit zwei, nach Bedarf auswechselbaren oder auch sich gegenseitig verstärkenden Prinzipien vornehmlich versucht Italien seinem machtpolitischen Begehren ein Mäntelchen scheinbarer Berechtigung umzuhängen. Da ist das schon erwähnte Wasserscheidenprinzip, das selbst von tüchtigen italienischen Geographen geradezu fanatisch als wissenschaftlich begründet verfochten wird. Daß es längst, und zwar von den wuchtigeren Gründen der Tatsachen widerlegt ist, sichts diese Herren nicht an.²⁾ In einem so breiten und immerhin ziemlich durchgängigen Grenzgürtel, wie es die Alpen sind, bilden sich nämlich — und

haben es tatsächlich getan — eigene Paßländer und Paßstaaten aus.³⁾ So wurde Tirol das Paßland des Brenners, die Schweiz das Paßland des Gotthard und neben, später in ihr war wiederum Graubünden das Land der Bündner Alpenpässe. So kräftig ist das Streben, über die Pässe überzugreifen, die eben nicht Scheiden, sondern Verbindungen bedeuten, daß die Staatenbildung auch über Sprach- und Volkstumsgrenzen hinwegschreitet. In Tirol freilich ist hüben und drüben gleich deutsches Land und die Wasserscheidengrenze ein vollständiger Widersinn, am Gotthard aber erwies sich die zusammenfassende Kraft des Paßlandes über die Sprachscheide hinweg, die hier der Paß tatsächlich ist, als das Wirksamere, und Graubünden vereinigt Deutsche, Romanen und Italiener in seinen verschiedenen Tälern dank der verbindenden Kraft seiner Pässe.

Zwar greift Italien (außer in den Seealpen gegen Frankreich) auch gegen die Schweiz gelegentlich über die Wasserscheide hinüber, so im Valle di Lei und im Spöltal bei Livigno. Allerdings hört man davon weniger von italienischer Seite, aber ohne Zweifel würde hier das zweite Prinzip seine Dienste tun: Die Täler werden von italienisch sprechenden Menschen bewohnt, also von Italienern und gehören daher zu Italien. Es soll zwar keineswegs verschwiegen werden, daß Ettore Tolomei in Bozen, der wildesten Irredentisten einer, vorschlug, diese nicht sehr bedeutenden übergreifenden Stücke an die Schweiz abzutreten, wofür er allerdings so bescheiden war, das Bergell, das Puschlav und das Münstertal zu verlangen. Dafür schenkte er dann großzügig der Schweiz das Vorarlberg! — Neben dem weit gegen das Veltlin vorspringenden Puschlav ist das der Etsch zugewandte Münstertal den Italienern allerdings, besonders auch bei ihrem Bahnprojekt, ein Dorn im Auge, und so meint Tolomei von letzterem: „Die wenigen Einwohner (ungefähr 1500) sind alle ladinischer Sprache, also auch Italiener.“⁴⁾

Selbst in seinen gewaltigsten Erhebungen wirkte der Alpenkamm nicht völkerscheidend, diesseits wie jenseits des Montblanc wird französisch gesprochen, in Courmayeur so gut wie in Chamonix, und diesseits wie jenseits des Monterosa deutsch, in Macugnaga und manch anderen Orten seiner Süd- und Ostseite so gut wie in Zermatt. Gegen solch unbequeme Tatsachen hilft aber das Wasserscheidenprinzip, mit dem man ganz Deutsch-Südtirol vergewaltigt. Das Tessin jedoch liegt nicht nur auf der italienischen Seite der Wasserscheide, sondern wird auch von italienisch sprechenden Menschen bewohnt! — Italien ist bereit, es zu „erlösen“. Mag auch bei unliebsamen Faschistenzwischenfällen im Tessin⁵⁾ der Ministerpräsident und Außenminister offiziell die völlige Harmlosigkeit Italiens der Schweiz gegenüber erklären — die Schweizer vergessen nicht, daß der Abgeordnete Mussolini den Gotthard für die natürliche Grenze Italiens erklärt hat. Und sie tun gut daran. Denn von den „drei

unerlösten T^a ist nach der „Erlösung“ von Triest und Trient nur noch das Tessin übrig geblieben.

Aber weiter: auch die Italiener vermögen sich nicht dem Gesetz zu entziehen, daß der Besitz der einen Seite eines Passes auch die der anderen wünschenswert macht; in diesem Falle aus rein machtpolitischen Erwägungen heraus und aus der inneren Notwendigkeit des Imperialismus auf dem begonnenen Wege fortzuschreiten. Wie wurde am Rhein von Frankreich die Flußgrenze gepriesen — und Brückenköpfe und Ruhrgebiet besetzt, zumindest jenseitige Streifen entfestet und neutralisiert. Wie wurde von Polen ein Korridor als Lebensnotwendigkeit gefordert — um dann zu dem Verlangen überzugehen, das ganze durch ihn abgetrennte Gebiet, Ostpreußen und Danzig, müsse nun auch polnisch werden. Wie wird die Wasserscheide gelobt — bis man oben steht und dann findet, daß ein vorgelagertes Glacis zu ihrem Schutze notwendig ist. Es haben sich bereits bei den Faschisten entsprechende Anzeichen bemerkbar gemacht.⁶⁾ Sogar schon der Schweiz gegenüber. Hier fand man, daß das Rhätoromanische — angeblich — nur ein italienischer Dialekt, die Leute, die ihn sprechen, also Italiener seien und infolgedessen samt ihrem Land zu Italien gehörten. Die Faschisten glauben der — übrigens maßlos übertrieben dargestellten „Verdeutschung“ des Tessins sowohl wie Graubündens entgegenwirken zu müssen und mischen sich mit ihrer Propaganda tatsächlich in diese innerschweizerischen Angelegenheiten.⁷⁾

Denkt man wohl auch den Gedanken zu Ende? Wenn wirklich Italiens Wünsche sich erfüllen würden, was sollte Frankreich hindern, mit denselben Ansprüchen auf die französische Schweiz hervorzutreten? Und was würde aus der deutschen? — Der Faschismus hat ja noch viel zu „erlösen“. Nizza, Savoyen und Korsika, Tunis und Malta. Aber Frankreich und England erscheinen wohl doch noch zu stark, — man „erlöst“ lieber erst einmal bei den Kleinen und Schwachen. Ein Glied in dieser Kette also soll die Stifserjochbahn werden. Man hofft mit ihr — wie man ebenso freimütig wie irrig erklärt — gleichzeitig die schweizerische Gotthardbahn und den deutschen Hafen von Hamburg zu ruinieren. Hamburg kann das wohl gelassen abwarten, die, wenn auch kaum wirtschaftlich, strategisch und politisch aber tatsächlich bedrohte Schweiz setzt zum Gegenzuge an.

Seit dem Bau der Gotthardbahn hat die Ostschweiz ein Anrecht auf eine in ihrem Bereich die Alpen überquerende Bahnlinie, über deren Linienführung jedoch heftiger Streit entbrannte. Es kommen drei Übergänge in Frage: der Splügen, der Bernhardin und die Greina, während der „schräge Durchgang“ der schweizerischen Adriabahn⁸⁾, ein Plan, der eine zeitlang vor dem Kriege betrieben wurde, heute als überholt außer Betracht bleiben kann.

Am heftigsten wogte der Kampf um Splügen und Greina; das Bernhardin-

Projekt nimmt eine mehr vermittelnde Stellung ein. Es ist nicht zu leugnen, daß die Splügenroute trotz gewisser technischer Schwierigkeiten und dadurch bedingter höherer Anlagekosten an sich die von der Natur vorgezeichnete idealste Nord-Südroute durch die Ostschweiz darstellt. Durch ihre Verwirklichung würden auch die lokalen bündnerischen Bedürfnisse bestens gefördert, die gesamtschweizerischen allerdings noch weit schlimmer gefährdet. Vor allem die Landesverteidigung, die durch einen auf italienischem Boden mündenden Splügentunnel buchstäblich durchlöchert würde. Beim Simplon ist dieser Fehler zum Leidwesen der schweizerischen militärischen Stellen schon gemacht worden, und die Kanonen von Iselle sprechen eine eindringlich warnende Sprache. Dabei wäre nach den örtlichen Verhältnissen der Splügentunnel noch weit gefährlicher. Überzeugend ist die Sachlage von schweizerischer militärischer Seite schon vor dem Kriege dargestellt worden und mit Gründen, die heute mehr denn je Gültigkeit haben, das Splügenprojekt zugunsten der Greinaroute bekämpft worden.⁹⁾

Der mit italienischem Gebiet so unglücklich verzahnte Verlauf der schweizer Südgrenze läßt jeden der schweizer Zipfel, vor allem das Tessin, wie von italienischen Zangen umfaßt erscheinen und gefährdet auch die starke Gotthardstellung durch die Möglichkeit einer Umgehung, die sie wertlos machen würde. Die Splügenbahn vollends ohne Chiavenna, das seinen Namen als Schlüsselort so zutreffend trägt, in schweizer Händen wäre vom schweizer Standpunkt eine strategische Unmöglichkeit. Es muß daran erinnert werden, daß dieser, für die Schweiz so ungünstige Grenzverlauf sich erst durch dauernde Verluste im Lauf der Geschichte herausgebildet hat. Die Täler Val d' Ossola und Val d' Antigorio gingen nach vielem Hin und Her freilich schon 1515 nach der Schlacht von Marignano endgültig verloren, die Gebiete von Chiavenna und Bormio sowie das Veltin jedoch erst 1797 und 1815 durch unglückliche Politik Graubündens.¹⁰⁾

Dem Splügen gegenüber bietet der Greinaweg den großen Vorteil, daß er weit mehr im Innern des schweizer Gebietes und entfernter von den gefährlichen italienischen Flankierungen verläuft. Er vereinigt sich bei Biasca mit der Gotthardroute und knüpft das Tessin mit einem weiteren Band fester an Nord- und Ostschweiz, so dessen gefährdete Lage wesentlich mildernd. Daß der Bau dieser Linie etwa fünf Millionen Franken weniger verschlingen würde als die Splügenbahn, wozu weitere Ersparnisse hinsichtlich der Befestigungsanlagen kämen, wäre ein weiterer Vorteil. Beide Linien aber wären in Normalspur zu bauen.

Anders verhält es sich mit dem Bernhardin. Für diesen käme Anschluß an das Rhätische Bahnnetz, also Schmalspur, in Frage. Der Bernhardinweg steht in jeder Beziehung vermittelnd zwischen den beiden anderen. Er hat

mit der Greina den Vorteil gemein, auf die Gotthardlinie — etwas oberhalb Bellinzonas — auszumünden und so der besseren Sicherung des Tessins zu dienen, anderseits ist er mehr geeignet als die Greina, besonderen Wünschen Graubündens zu entsprechen, auf dessen Gebiet die Linie bis nahe an die Gotthardstrecke verläuft, allerdings schon erheblich peripherischer als die Greinalinie, aber doch ungleich gesicherter als das schon im Tunnel die Grenze querende Splügenprojekt.

Diesen Mittelweg des Bernhardins, als Schmalspurbahn zugleich den billigsten, dessen Zufahrtstrecken schon bis Thusis einerseits, bis Misox anderseits reichen, nur noch einen Gebirgsweg von 60 km zwischen sich lassend, will nun die Eidgenossenschaft zunächst ausbauen, um der italienischen Stifserjochbahn wenigstens mit dieser Linie zuvorzukommen. Für die große Ostalpenbahnfrage bedeutet die schmalspurige Bernhardinbahn allerdings nur einen vorläufigen, wenn auch wertvollen, Ersatz. Graubünden wird seine lokalen Bedürfnisse durch sie soweit befriedigt finden, daß es seiner Vorliebe für die allzu gefährliche Splügenbahn entsagen kann und damit einem späteren Ausbau der Greinalinie die Bahn freimacht, der allein im wohlwollenden gesamt-schweizerischen Interesse liegt.

Die neue Bahnlinie, für die natürlich elektrischer Betrieb vorgesehen ist, würde Chur als Ausgangspunkt haben, wohin als Zufahrt nicht nur die bisherigen internationalen Schnellzüge aus dem Westen über Zürich durchgeführt, sondern auch ohne Berührung dieses direkte Züge aus Deutschland über die badische Schwarzwaldbahn von Mannheim, über die württembergische Bodenseelinie, sowie über die bayrische, von München—Lindau her, geleitet werden sollen. Schnellzüge der neuen Bahn sollen dann die Reisenden nach Bellinzona führen, das die aus dem Osten kommenden wesentlich schneller als bisher erreichen würden. Über Bellinzona hinaus aber soll die Bahn mit eigener Linie nach Locarno und von dort über die Centovalliroute nach Domodossola an der Simplonbahn laufen und so eine äußerst bedeutsame Querverbindung zwischen dem rhätischen Netz, der Gotthard- und Simplonbahn herstellen. Daß sie dabei zuletzt auf italienisches Gebiet übertreten muß, wird der Schweiz besonders schmerzlich sein. Die neue Bahn würde also die zunächst kürzeste Verbindung München—Mailand—Genua ergeben, und die beiden letztgenannten Städte sollen aus ihrem eigenen Interesse heraus das Projekt begrüßen. (München—Chur 325 km, Chur—Mailand über Bernhardin 209 km, zusammen 534 km; München—Mailand über Brenner—Verona 605 km.)

Beim Bau der Gotthardbahn (1872—82) hatten sich s. Z. die drei interessierten Staaten, Deutschland, Schweiz, Italien, friedlich zu diesem Kulturwerk vereint; beim Bau der Simplonbahn (1898—1906) war es der Schweiz möglich, im Interesse der besterscheinenden Linienführung einzuwilligen, den Süd-

ausgang des Tunnels auf italienisches Staatsgebiet zu legen; heute, im Zeichen des Völkerbundes, sieht die Schweiz ihre Neutralität und ihr Staatsgebiet so schwer bedroht, daß sie die traditionelle Rücksicht auf den internationalen Durchgangsverkehr zugunsten einer nationalen Eisenbahnpolitik, die in erster Linie den Interessen ihrer Landesverteidigung strategisch zu dienen hat, zurückzustellen sich gezwungen sieht. Einer Durchlöcherung dieser Verteidigung durch einen auf italienisches Gebiet ausmündenden Alpentunnel kann sie heute nicht mehr zustimmen. Das faschistische Italien mit seinen offenen Annexionsgelüsten und seinem gegen die Schweiz gerichteten strategischen Stülferjochbahnprojekt hat diesen Zustand verschuldet. Nüchterne Erwägung aber sollte zu der Frage führen, ob das wirtschaftlich so darniederliegende Europa es sich leisten kann, Unsummen in unwirtschaftlichen strategischen Konkurrenzunternehmungen zu verschwenden, statt in einheitlichem Zusammenwirken wirtschaftlich produktive Werte zu schaffen. Wo die Schuld liegt, daß das nicht möglich ist, ist jedem objektiv Denkenden klar. Wie ein Witz der Geschichte aber mutet es an, daß die Schweiz zur Abwehr gegen Italien den Bernhardin mit einer Bahnlinie versehen muß, denselben Bernhardin, über den 1818—23 hauptsächlich mit dem Gelde des Königs von Sardinien die Fahrstraße erbaut wurde, da dieser Monarch sich einen Alpenpaß sichern wollte, der nicht im habsburgischen Machtbereich lag.

An dem heutigen Kampf um die Ostalpenbahn aber erkennt man mit besonderer Eindringlichkeit — und z. T. deshalb wurde die Frage in einiger Ausführlichkeit behandelt — wie sehr beim Bau von Verkehrswegen politisch-geographische Interessen die rein verkehrsgeographischen zurückzudrängen vermögen, denen zu dienen sie doch in erster Linie berufen wären.

Literatur

- 1) Z. B. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 323 vom 22. 11. 1925, „Der Kampf um die Alpenbahnen“. — Geogr. Zeitschrift, 31. Jahrg., Leipzig 1925, Heft 1, Geogr. Neuigkeiten, S. 42, wo die Bernhardinbahn allerdings versehentlich ins Inntal geleitet, aber auch das Problem nicht klar herausgestellt wird.
- 2) Vergl. auch die objektiven Untersuchungen der Frage von J. Sölch: Die Auffassung der „natürlichen Grenzen“ in der wissenschaftlichen Geographie. Innsbruck 1924. — Die Brennergrenze — eine natürliche Grenze? Tiroler Heimat, Nr. 5/6, Jänner 1924. — Geograph. Kräfte im Schicksal Tirols. Mitt. d. geograph. Gesellsch. Wien, 1923, S. 13 bis 45.
- 3) Fr. Ratzel, Politische Geographie, 2. Aufl., München 1903, S. 809 ff., 808. — A. Penck, Die Österr. Alpengrenze, Stuttgart 1916. Besonders Abschnitt I u. II. — R. Sieger, Die neuen Grenzen in den Alpen. Ztschr. d. D.-Ö.-A.-V., Band 54, München 1923, S. 89 ff., bes. S. 95 ff., 99. — A. Haushofer, Paß-Staaten in den Alpen. Masch. Diss. München 1924.
- 4) H. A., Der Faschismus und die Schweiz. Schweiz. Monatshefte für Politik und Kultur, 2. Jahrg., Zürich 1922, Heft 9, S. 419 ff., bes. S. 427 ff., sowie andere einschlägige Aufsätze und Mitt. in dieser Zeitschrift.
- 5) H. Lautensach in Zeitschrift für Geopolitik, 1. Jahrg. 1924, Heft 7, S. 444.
- 6) A. Dresler, Italien und die Herrschaft im Mittelmeer. Ztschr. f. Geopolitik, 2. Jahrg. 1925, Heft 4, S. 241 ff., bes. S. 244. — Mussolinis Drohhede v. 6. 2. 1926.
- 7) So Mussolini 1921. Vergl. Dresler, a. a. O., S. 244. — Vergl. auch H. Ammann, Die Bevölkerungsentwicklung der italienischen Schweiz. Schw. Monatshefte f. Politik und Kultur, 4. Jahrgang 1924—25, Heft 5/6, S. 287 ff.
- 8) F. Heiderich, Die Schweizer Adriabahn. Peterm. Mitt., 57. Jahrg., 2. Hbd., Gotha 1911, S. 198 f. im Anschluß an R. Gelpke, Eine schweizerische Adriabahn, Basel 1910.
- 9) Schweizerische Alpenbahnen. Ihre Bedeutung für unsere Unabhängigkeit, Landesverteidigung und Volkswirtschaft. Von einem schweiz. Offizier. Bern 1912. — Eine eingehende Besprechung findet sich in Schweiz. Monatsheft. für Politik und Kultur, 4. Jahrg. 1925, Heft 11, S. 710 ff.
- 10) Für das Historische vgl. W. A. B. Coolidge, The Alps in Nature and History. London 1908.

GOTHEIN:
DIE WIRTSCHAFTLICHE VERSORGUNG ITALIENS IM
KRIEGSFALL

Der italienische Faschismus erscheint heut Vielen als eine ernstliche Bedrohung des Friedens. Verhöhnt er doch alle pazifistischen Bestrebungen, selbst den Völkerbund, in dessen Rat die italienische Regierung sitzt; den Vertrag von Locarno, unter den Mussolini seine Unterschrift gesetzt hat. Er verspottet die nach Genf einberufene Abrüstungskonferenz nicht nur mit Worten, sondern noch stärker mit der Tat durch eine starke Vermehrung seiner Streitkräfte. Die italienische Regierung und ihre Presse — eine unabhängige Presse gibt es in Italien nicht mehr — werden nicht müde, die Befreiung der noch „unerlösten Gebiete“ in Frankreich, der Schweiz, Jugoslawien, selbst in dem englischen Malta zu fordern. Das allerdings vorwiegend italienisch besiedelte Tunis in französischer Hand ist ihnen eine brennende Wunde. Für seinen Geburtenüberschuß verlangt Italien weitere Kolonien. Die amtliche Sprache, die Italien gegen schwächere Staaten führt, ist brutal und verletzend. Das, ebenso wie die unwürdige Behandlung seiner deutschen und slawischen Minderheiten, schafft Konfliktsstoffe, allermindestens eine starke Spannung der Geister. Das Auftreten gegen Fiume wie gegen Griechenland, als in Korfu ein italienischer Offizier einer Räuberbande zum Opfer fiel, stellten ebenso wie ihr Verhalten im Dodekanes ausgesprochene Friedensverletzungen dar. Das Säbelrasseln Wilhelms II. erscheint als harmloses Theatergeschwätz im Verhältnis zu den aufreizenden kriegerischen Reden, die Mussolini an die faschistischen Organisationen hält.

All das läßt die Erörterung der Frage angezeigt erscheinen: Ist Italien in der Lage, seine gefährlichen Expansionsbestrebungen ohne starke Verbündete, also aus eigener Kraft, durch Krieg durchzusetzen? Es genügt dazu nicht der Hinweis darauf, daß Italien das bisher nie gekonnt hat. Die Mächte, mit denen es in Krieg geraten war, blieben — von der Türkei abgesehen — ihm gegenüber stets Sieger. Die Niederlagen, die ihm Österreich noch 1866, ja selbst im letzten Weltkrieg beibrachte, wurden nur durch die Siege seiner Verbündeten wett gemacht. Heute hat sich die Lage aber völlig verschoben: Österreich und Deutschland sind heute wehrlos, Jugoslawien und Griechenland wesentlich schwächer als Italien; ersteres zählt noch nicht ein Drittel, letzteres etwa ein Fünftel der italienischen Bevölkerung.

Freilich weder Frankreich noch erst recht nicht England dürften künftig geneigt sein, Italien einen Freibrief auszustellen, die Schwächeren zu überfallen, wie sie das s. Zt. beim Tripolisunternehmen getan haben, und Rußland vermöchte ihm bei der Schwäche seiner Flotte und der Sperrung der Dardanellen keine wesentliche Hilfe zu leisten. Mußte doch auch Mussolini das Korfuabenteuer schleunigst abbrechen, als ihm England zu verstehen gab, daß es andernfalls seine Flotte dorthin entsenden würde.

Brauchten diese Mächte doch auch nicht einen langen und verlustreichen Krieg zu fürchten: eine bloße Blockade würde im wesentlichen genügen, um Italien zum Frieden zu zwingen.

Eine ausgedehnte Seegrenze, die im allgemeinen als leicht zu verteidigender Grenzschutz gilt, hat für ein Land nur dann einen erheblichen Verteidigungswert, wenn es über eine so starke Flotte verfügt, daß es sich die Seezufuhr freihalten kann. Ist das nicht der Fall, so erweist sich die Seegrenze als ein um so größerer Nachteil, je mehr die Landzufuhr durch natürliche oder politische Hemmnisse erschwert ist. Italien hat nun eine Landgrenze, die ihm einen sehr starken natürlichen, durch Befestigungswerke noch erheblich vermehrten Schutz gegen feindliche Invasionen gewährt; aber die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, die es bei einem längeren Krieg nicht entbehren kann, wird ihm durch ihre bergige Beschaffenheit erschwert. Dazu kommt, daß es mit diesen Ländern entweder im Kampf stehen wird, und daß es — soweit das nicht der Fall ist — sich durch seine Politik ihre Sympathien aufs gründlichste verscherzt hat.

Welche Lebensmittel und Rohstoffe benötigt nun Italien vom Ausland?

Zunächst deckt es nicht entfernt seinen Getreidebedarf. 1923 erfreute es sich einer besonders günstigen Ernte, deren Ertrag auf 6,119 Millionen t Weizen berechnet wurde; 1924 erbrachte sie nur 4,631 Millionen t. Durchschnittlich müssen 2,5 Millionen t Weizen, also etwa ein Drittel des Bedarfs, jährlich eingeführt werden, Roggen- und Gerstenernte sind unbedeutend; auch an Hafer werden durchschnittlich nur 535 000 t geerntet; an Mais dagegen 2,4 Millionen t. Doch wird der Bedarf daran nicht gedeckt. 400 000 t müssen im Jahresdurchschnitt noch eingeführt werden. An Reis werden etwas über 0,5 Millionen t geerntet, wovon etwa ein Drittel ausgeführt wird. Jedenfalls ist Italien nicht in der Lage, auch nur drei Viertel Jahre ohne Getreidezufuhr auszukommen. Und die Länder, in die es einfallen könnte, haben keine oder nur geringe Getreideüberschüsse.

Nun vermöchte Italien wohl die Intensität seines Getreidebaues wesentlich zu steigern, auch noch erhebliche Flächen dafür in Angriff zu nehmen. Aber erfahrungsgemäß geht im Kriege die Intensität der Landwirtschaft stets stark

zurück. Sodann vermehrt der Geburtenüberschuß von 480 000 Köpfen den Konsumbedarf. Freilich steht ihm eine Auswanderung von fast drei Viertel desselben gegenüber.

Die Fleischreserven der Viehbestände sind verhältnismäßig gering. Die Seefischerei bringt im Krieg nur geringe Fangergebnisse. Allerdings braucht der Italiener verhältnismäßig wenig Fleischnahrung.

Ungleich schwieriger noch ist im Krieg Italiens Versorgung mit Brennstoffen. Es ist das kohlenärmste Land Europas. 1923 betrug seine Gesamtförderung von Steinkohlen 1,13 Millionen t. 1924 nur 1,07 Millionen t, die Braunkohlenförderung gleichzeitig 0,95 bzw. 1,05 Millionen t. Bei dem geringfügigen Vorkommen ist eine nennenswerte Steigerung der Förderung ausgeschlossen. Größere Lagerstätten für hüttentechnische Zwecke brauchbarer Steinkohlen finden sich erst im Ruhr- und Saarrevier bzw. im ober-schlesischen Steinkohlenbecken. Die Alpenbahnen würden aber im Krieg neben den Militärtransporten nicht auch noch größere Kohlentransporte bewältigen können.

Italiens metallverarbeitende Industrie benutzt als Kraftquelle allerdings ganz überwiegend die „weiße Kohle“, d. h. die elektrisch übertragenen Wasserkräfte, in deren Ausbau es während des Krieges und hinterher ganz außerordentliche Fortschritte gemacht hat. Nicht mindere in der Entwicklung seiner Industrie, ganz besonders der Maschinenindustrie. Es ist natürlich auch in der Lage, seine Eisenbahnen mit Wasserkraft-Elektrizität weitgehend zu elektrifizieren. Daß ihm das voll gelingen wird, ist zu bezweifeln. Auch ist die elektrisch betriebene Bahn im Kriegsfall ein recht unsicherer Faktor. Die Zerstörung der Primärmaschinen durch Fliegerbomben, ja schon ein größerer Maschinendefekt kann eine langandauernde Betriebsstörung hervorrufen. Bahnen von militärischer Bedeutung werden daher zweckmäßig mit Lokomotiven betrieben, die aber wieder Kohle verbrauchen, die Italien selbst nicht besitzt.

Völlig unentbehrlich ist aber Steinkohle, ebenso wie der aus ihren dafür geeigneten Sorten gewonnene Koks für die metallurgischen Prozesse, ganz besonders für die Eisenindustrie. Wenn es natürlich auch nicht ausgeschlossen ist, Eisen und Stahl im elektrischen Ofen zu gewinnen — für besondere Qualitätssorten besitzt der elektrische Stahl bereits heute Bedeutung — so lassen sich damit doch nicht die ungeheuren Massen Eisen und Stahl herstellen, die ein moderner Krieg verlangt. Dazu kommt, daß Italien überaus arm an Eisenerzen ist. Deren Gesamtförderung schwankte in den letzten Jahren zwischen 360 000 und 193 000 t. Und diese Erze stammen vorwiegend — wenn nicht ausschließlich von der Insel Elba, von wo die Zufuhr durch feindliche Kriegsschiffe gesperrt werden kann. Selbst, wenn das nicht ge-

schähe, würden diese Erze doch nur 80—120 000 t Eisen liefern, also ein minimales Quantum. Italiens geringfügige gegenwärtige Roheisenerzeugung (1924: 267 000 t) und seine Rohstahlgewinnung (1924: 1,18 Millionen t) baut sich vorwiegend auf ausländischen Erzen und ausländischem Schrott auf. Wenn nun auch durch Verschrotten von Schienen der Straßen- und unwichtigen Nebenbahnen usw. eine kurze Zeit Ersatz für den eingeführten Schrott geschafft werden könnte, so langt doch das für eine moderne Kriegführung nicht hin und nicht her. Deutschland vermochte auch während des Krieges seine Rohstahlerzeugung auf mehr wie dem 15fachen der gegenwärtigen italienischen zu halten.

Recht schwach ist es auch mit den Bleierzen und Kupfererzen bestellt; von ersteren wurden im Durchschnitt der letzten Jahre 38 000, von letzteren gar nur 8 100 t gefördert; Zinkerze können schon aus Kohlenmangel in Italien nicht verhüttet werden. Aber auch die anderen Erze lohnen keine Verhüttung im Land selbst. Italien ist in allen Schwermetallen völlig auf die Einfuhr angewiesen.

Wesentlich besser ist es mit der Aluminiumversorgung bestellt: Die Jahresförderung von Bauxit betrug 1924 in Italien 145 500 t und ist noch erheblich steigerungsfähig; die großen und verhältnismäßig leicht auszubauenden Wasserkräfte machen die Deckung des Friedens- wie des Kriegsbedarfs an Aluminium durchaus möglich. Aber trotz der wachsenden technischen Bedeutung dieses Leichtmetalls, insbesondere für den Flugzeug- und Automobilbau und den sonstigen Wagenbau sowie für Geräte vermag es doch keinen Ersatz für Eisen und andere Schwermetalle bei der Waffen- und Munitionsherstellung zu gewähren.

Aber selbst da, wo es in der Kriegsrüstung beträchtliche Verwendung findet — Flugzeugen und Automobilen — würden diese nicht ausgenutzt werden können, wenn es an Benzin, Benzol und anderen Treibölen fehlt. Deren ganze Gewinnung erreichte 1924 aber nur 5000 t, würde den Bedarf im Krieg also nur für wenige Tage decken. Dabei gewinnt der Dieselmotor auch für Kriegsschiffe eine wachsende Bedeutung, ganz besonders in kohlenarmen Ländern. Der italienischen Kriegs- wie der Handelsmarine würde es daher in kürzester Zeit am notwendigen Betriebsstoff fehlen.

Der Bedarf an Baumwolle (Jahresverbrauch 942 000 t, d. i. nicht viel weniger als in Deutschland), an Jute und Kautschuck muß völlig aus dem Ausland eingeführt werden. Die Eigenversorgung mit Wolle stellt sich dagegen mit rund 56 000 t — etwas mehr als Deutschland — verhältnismäßig günstig, wenn sie freilich auch nur 60 % des Friedensbedarfs deckt. Erfahrungsgemäß kann ein Volk sich aber im Krieg sehr lange in seiner Kleidung einschränken.

Der Krieg steigert dagegen den Holzbedarf ungemein und Italien ist ein ungewöhnlich holzarmes Land.

Gewiß lassen sich Vorräte für den Kriegsfall aufspeichern. In sehr beschränktem Maß ist das mit Getreide und Mehl der Fall, die selbst bei sorgfältigster Lagerung in eigens dazu gebauten Speichern und sachlicher Überwachung und Bearbeitung im italienischen Klima kaum über Jahresfrist gesund erhalten werden können. Mineralöl läßt sich in Tankanlagen allerdings jahrelang aufbewahren; unbegrenzt alle Metalle und die meisten Spinnstoffe, ebenso Gummi. Sehr begrenzt ist die Lagerfähigkeit von Steinkohlen, noch weit mehr die von Roh-Braunkohlen.

Den Jahresbedarf der für Italien im Kriegsfall erforderlichen ausländischen Waren ist auf mindestens $2\frac{1}{2}$ Milliarden Rm. zu veranschlagen. Für diese Waren müßten zum größten Teil erst die Lagerräume und Plätze, sowie die Zufahrtswege geschaffen werden, was wohl eine weitere Milliarde erfordern und sich entsprechend steigern würde, wenn die Bedarfssicherung für mehrere Jahre erfolgen sollte. Zu all dem kämen noch die beträchtlichen Kosten für Bewachung, Verwaltung, Versicherung usw. der eingelagerten Vorräte, die allein zuzüglich Verzinsung und Abschreibung eine Jahreslast von 350 bis 400 Millionen Mark ergeben würden. Italien bedarf nun ohnehin des ausländischen Kapitals; das würde sich ihm aber versagen, wollte es die ihm gewährten Anleihen für Kriegsvorbereitungszwecke verwenden.

Jede Politik, die sich nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen des eigenen Landes anpaßt, ist zum Scheitern verurteilt. So verhältnismäßig günstig sich diejenigen Italiens in den letzten Jahren auch entwickelt haben, würde doch ein starker Rückschlag nicht ausbleiben, sobald die italienische Politik ernstlich auf kriegerische Abenteuer ausgehen wollte. Italien ist wirtschaftlich zu sehr vom Ausland abhängig und die Gefahr der See- und Landblockade zu groß, als daß es ohne mächtige Verbündete reich zu sein vermöchte.

RUDOLF CEFARIN:
KÄRNTEN UND SEINE GEOPOLITISCHE BEDEUTUNG
FÜR DAS DEUSCHTUM

Die kürzlich in Rom stattgefundene Aussprache des südslawischen Außenministers Dr. Nintschitsch mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini befaßte sich auch mit dem österreichischen Problem und es scheint, als ob die zum Abschluß gekommene südslawisch-italienische Verständigung eine ihrer stärksten Triebkräfte in der, heute schon ziemlich allgemein gewordenen Erkenntnis besitzt, daß der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich auf die Dauer nicht verhindert werden könne.

Wenn man bedenkt, daß durch einen solchen Anschluß Südslawien und Italien auf einmal zu Grenznachbarn eines noch um Österreich vergrößerten Deutschen Reiches gemacht würden, und wenn man sich vor Augen hält, was unter Umständen eine solche Grenzveränderung politisch für die beteiligten Staaten bedeutet, so wird man auch die Gründe verstehen, welche aus diesen beiden, durch zahlreiche Reibungsflächen geschiedenen Völkern so plötzlich politische Freunde werden ließen.

Im Zusammenhange damit verdienen daher — trotz aller offiziellen Dementis — die von der gesamten Presse kürzlich gebrachten sensationellen Enthüllungen eines großen englischen Blattes unsere besondere Aufmerksamkeit. Sie veröffentlichen nämlich einen Plan Mussolinis: Gewisse Gebiete der österreichischen Republik im Falle eines Anschlusses unter den Nachbarstaaten aufzuteilen. Diese Enthüllungen erfordern um so mehr unsere Beachtung, als auch die vom Duce anlässlich der Südtiroler-Frage gegen Deutschland gehaltene Rede von demselben aggressiven Geiste erfüllt war, und die südslawische Presse überdies schon seit Jahr und Tag ganz offen und deutlich die gewaltsame Besetzung österreichischen Bodens im Augenblicke eines Anschlusses verkündet.

Eine besonders wichtige Stellung nimmt nun in dem soeben erwähnten Aufteilungsplane das österreichische Bundesland Kärnten ein. Nicht seiner bescheidenen Größe, sondern der großen geopolitischen Bedeutung wegen, die diesem kleinen Berglande für die angrenzenden Staaten Italien und Südslawien einerseits und für das gesamte Deuschtum anderseits zukommt.

Wohl mit Rücksicht auf diese Bedeutung soll dem Wortlaut des Aufteilungsplanes entsprechend Kärnten, trotzdem es eine geographische Einheit par excellence darstellt und ein selten einheitliches Fluß- und Talnetz besitzt, in zwei Teile zerrissen werden, von denen der östliche mit der Landeshauptstadt

Klagenfurt an Südslawien und der westliche mit Villach, der zweitgrößten Stadt des Landes, an Italien fallen soll.

Kärnten ist, wie schon gesagt, eine von Natur aus klar gegebene geographische Einheit. Es ist ringsum von einem Wall hoher Gebirge umgeben, im Norden von den Hohen Tauern, im Süden von den Karawanken und den Karnischen Alpen, im Osten vom Koralpenzug und im Westen von den Ausläufern der Hohen Tauern. Diese Randgebirge erheben sich 1600—3200 m über das Innere des Landes und bilden im Norden und Süden die Grenzen des Flußgebietes der Drau, welche das Land von Osten nach Westen durchfließt und alle Flüsse Kärntens in sich aufnimmt.

Besonders scharf ist die Grenze Kärntens gegen Südslawien. Sie wird durch die Karawanken gebildet. Es ist dies ein mächtiges, aus zwei Zügen bestehendes Kalkgebirge, das in einer Länge von hundert Kilometer fast geradlinig von Westen nach Osten verläuft. Während der nördliche Zug durch mehrere Täler durchbrochen wird, ist der südliche mauerartig geschlossen und weist nur zwei hohe Pässe auf, den Loiblpaß (1368 m) und den Seebergpaß (1216 m).

Die ungeheure strategische Bedeutung einer so vorteilhaften Südgrenze für das kommende Großdeutschland liegt auf der Hand.

Im Gegensatz zum Süden bieten die westlichen und nördlichen Randgebirge Kärntens keinerlei Verkehrsschwierigkeiten. Eine ganze Reihe von bequemen Pässen führen über sie hinweg nach Westen und Norden und dienen dem seit jeher sehr lebhaften Durchgangsverkehr von Wien, Linz, Salzburg und München nach Oberitalien und zur Adria.

Die geographisch bedeutsamste Lage Kärntens besitzt Villach. Ein Blick auf die Landkarte bestätigt diese Behauptung: Hier laufen die wichtigen Verkehrsstraßen aus Tirol, Italien, Slovenien, Obersteiermark und Unterkärnten zusammen. Von hier aus gehen nach sieben Richtungen große Bahnlinsen und machen die handelstüchtige Stadt mit ihren weitläufigen Bahnhofsanlagen im Falle kriegerischer Verwicklungen zu einem der wichtigsten Aufmarschgebiete gegen Südslawien, Italien oder — Deutschland.

Wiederum zeigt sich somit auch hier die große strategische und wirtschaftliche Bedeutung, die der ungeschmälerte Besitz des Kärntner Landes für ein künftiges Großdeutschland bedeutet.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß Kärnten verkehrsgeographisch ganz und gar nach Westen und Norden gerichtet ist, während es zufolge der Geschlossenheit und Unwegsamkeit der Karawanken nie mit dem slawischen Süden innige Beziehungen unterhalten konnte.

Diese von Natur gegebenen Verhältnisse beherrschen auch das wirtschaftliche Leben Kärntens. Neben seiner großen Bedeutung als Verbindungs- und

Durchzugsland für Nord und Süd führt Kärnten als reines Agrar- und bedeutendes Waldland sein Holz zumeist nach Italien aus, bezieht jedoch seinen Bedarf an Industrierzeugnissen von den großen Industriebezirken im Norden.

Aber auch die geschichtliche und kulturelle Entwicklung Kärntens wurde durch diese geographischen Verhältnisse entscheidend beeinflusst. Die zahlreichen Verkehrswege, die von Kärnten nach Norden und Westen führen, hatten zur Folge, daß das Land schon zur Zeit Karls des Großen politisch und kulturell vom deutschen Norden abhängig wurde, denn sie begünstigten die deutsche Einwanderung und die Verbreitung der deutschen Kultur. Die letztere ging naturgemäß auch auf die Slowenen über, die seit Ende des VI. Jahrhunderts das Land spärlich besiedelten. Eine weitere Folge davon war, daß die Slowenen deutsche Gebräuche und Sitten annahmen und unter dem Einflusse der höheren deutschen Kultur im Laufe der Jahrhunderte zumeist die slowenische Sprache mit der deutschen vertauschten. Die Volkszählung im Jahre 1923 ergab für ganz Kärnten eine Einwohnerzahl von 369 134 Köpfen. Hiervon bekannten sich zur slowenischen Umgangssprache nur 37 224 Personen. Aber auch diese rund 37 000 Personen umfassende Bevölkerungsschichte Kärntens ist in bezug auf Abstammung und Kulturleben nicht rein slowenisch, sondern ein Mischtypus, dem übrigens beide Völker des Landes, trotz der sprachlichen Verschiedenheit, angehören.

Der größte Teil der Kärntner Slowenen betrachtet auch heute noch, wie es die Volksabstimmung im Jahre 1920 bewiesen hat, den südslawischen Krainer-Slowenen, mit dem er weder kulturell noch wirtschaftlich jemals in engeren Beziehungen stand, als Fremdling. Ja, seine Sprache ist gegenüber der neu-slowenischen Schriftsprache so verschieden, daß er sie gar nicht versteht.

Kärnten ist demnach das südlichste Bollwerk deutscher Kultur und zufolge seiner geopolitischen Bedeutung von größtem Wert für das Gesamtdeutschtum. Wehe dem deutschen Volke der Ostmark, wenn es den südslawischen und italienischen Expansionsbestrebungen jemals gelingen sollte, dieses Bollwerk auf die eine oder andere Weise zu zerstören.

Die Kärntner haben ihre Aufgabe als südlichste Vorposten des Deutschtums immer treu erfüllt; zuletzt in den ruhmreichen Freiheitskämpfen des Jahres 1918/19, als die slawischen Truppen das südliche Kärnten besetzten. Sie haben also ein Recht, wenn sie heute hoffen und vertrauen, daß ihre mit Blut besiegelte Treue zum deutschen Volke in der Stunde der Not mit der Treue ihrer Brüder im Reiche zum Kärntnerlande vergolten wird.

ALBERT VON HOFMANN:
DIE WEGE DER GESCHICHTE ITALIENS UND DEUTSCHLANDS
 Kurz dargestellt an der geographischen Struktur beider Länder.

Man hat die Geschichte Italiens und Deutschlands in organische Verbindung zu setzen gesucht und die Tatsache, daß die deutsche Geschichte von der Zeit Pipins bis zur Mitte des XIII. Jahrhunderts von italischer Politik beherrscht wurde, scheint solche Auffassung zu bestätigen. Wir haben uns daran gewöhnt, Italien als einen integrierenden Teil unseres historischen Bodens aufzufassen. Eine Betrachtung der Geschichte beider Länder auf geographischer Grundlage kann indes nur zu dem Ergebnis kommen, daß solche Auffassung irrig ist. Die deutsche geschichtliche Entwicklung hat sich noch immer auf dem falschen Wege befunden, wenn sie nach Italien übergriff. Wir versuchen im folgenden die Geschichte Italiens und Deutschlands aus ihren natürlichen Bedingungen darzustellen.

I. ITALIEN

Italien heißt mit Recht die Appeninhalbinsel. Der Appenin bildet das Rückgrat des Landes bis er in Calabrien vor dem dort im Silawald sich noch erhebenden Urgebirge abbricht und sein Ende findet. Der Appenin selbst ist ein jüngeres Gebirge.

Die Geschichte dieser Appeninhalbinsel aus ihren natürlichen Bedingungen zu entwickeln ist nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Daß Italien als das Land der Mitte zur Herrschaft über den antiken Kulturkreis berufen war, den die Küsten des Mittelmeeres um dasselbe herumspannen, hat man oft genug gehört. Aber schon hier erheben sich Widersprüche. Danach wurde Italien die Beherrscherin der Mittelmeerküsten gerade zu einer Zeit, in welcher es in Italien kein Seevolk mehr gab. Sowie aber die antike Welt zusammenbrach, die Küsten eben dieses Mittelmeers herrenlos wurden, und zugleich in Italien wieder eine Seemacht nach der anderen emporkam, ist von solcher Herrschaft nicht mehr die Rede gewesen.

Wir wollen davon ausgehen, daß wir in Italien ein Land vor uns haben mit äußerst bestimmten Grenzen nach allen Seiten. Im Norden wird diese Grenze gebildet von den Alpen, die von italischer Seite unzugänglicher sind als von Deutschland her; überall sonst bildet die Meeresküste eine Grenze, die für nicht seefahrende Völker noch unüberschreitbarer ist als der Alpenwall. Das war denn auch die altrömische Auffassung vom Meer. Die Römer

haben in der Küste lange nur die unüberschreitbare Grenze Italiens gesehen. Langobarden und Franken verhielten sich gerade so. Erst als die Römer schon die Welt beherrschten, kamen sie dazu, die heimischen Grenzen zu befrieden. Sie traten den Seeräubern entgegen und unterwarfen das Alpengebiet. Die Römer waren schon in Britannien, ehe sie über die Alpen gegangen sind.

In dieser Abgeschlossenheit gleicht Italien mehr einer Insel als einem Teil des Kontinents. Man hat die Beobachtung gemacht, daß Invasionen besonders Inseln gefährlich sind, weil es von diesen keine Rettung gibt. Das trifft auch für Italien zu. Aus seiner Inselnatur leitet es sich her, daß Italien das Land der häufigsten und erfolgreichsten Invasionen war. Und mutatis mutandis ist es noch so. Wer heute Italien mit einer überlegenen Flotte angreift, dem liegt es zu Füßen, ehe das erste italienische Geschütz gesprochen hat.

In Italien kommen vier Punkte in Betracht, an denen die Insel gewissermaßen landfest erscheint. Es sind dies erstlich die Punkte, von denen aus man die Alpen im Westen und Osten umgeht. Hier heben sich für die Geschichte Italiens bedeutsam Massilia und Aquileja heraus. Im Süden sind es die Punkte, welche die besten Übergänge über das Meer beherrschen. Sie liegen an der apulischen Küste und an dem Riß, der das Festland Italiens von der Insel Sizilien trennt. Alle vier Punkte haben verschiedene Bedeutung. Die Gewinnung der Rhonebasis wie die Gewinnung der sizilianischen Basis sind die ersten Fundamente der kommenden Weltherrschaft Roms. Von der Rhone her geht der Weg durch den Paß von Dijon in das Seinebecken, durch die Burgundische Pforte an den Rhein; die Niederlage des Ariovist macht den Weg nach beiden Seiten frei. Das Erscheinen der Römer an der Rhone hängt zusammen mit der Struktur Italiens.

Das Gebiet von Aquileja andererseits ist das Gebiet, in welchem die natürlichen Grenzen Italiens ihre schwächste Stelle zeigen. Die Karstpässe sowohl als auch die Pässe, welche über die Julischen und Karnischen Alpen von der oberen Drau her in die Flußgebiete des Tagliamento und Isonzo hinüberführen, zeigen uns die Stelle an, wo Italien am meisten vom Lande her gefährdet ist, aber umgekehrt am leichtesten selbst über die Alpen hinübergreifen kann. Es war jenseits dieser Pässe, daß im Jahre 113 vor Christus der römische Konsul Gnaeus Papirius Carbo die Niederlage bei Noreja erlitt. Wir sehen in diesem Gebiet ein natürliches Streitgebiet zwischen Italien und jeder ihm hier benachbarten Macht. Es ist die Stelle, an welcher sich die geeinte Macht Italiens einmal automatisch konzentrieren muß. Ein Bündnis der hier engagierten Mächte konnte immer nur Selbsttäuschung sein. Die alte Republik Venedig hatte an dieser Stelle eine europäische Funktion.

Ebenso sind auch die beiden Punkte verschieden, welche die Brückenköpfe darstellen für die großen Übergänge über das Meer. Die Meerenge von

Messina ist gangbar auch für ein Volk, welches kein Seevolk ist; der Übergang über die Enge von Otranto erfordert ein seefahrendes Volk. Auf der einen Seite öffnete sich daher den nicht seefahrenden Römern der Weg nach Sizilien; von der anderen Seite betraten die seefahrenden Griechen das italische Land.

Die vier genannten Punkte sind von größter Bedeutung für die Geschichte Italiens geworden; sie liegen indes alle so exzentrisch, daß die erste Entwicklung der Geschichte des italischen Festlandes von innen heraus notwendig der Berührung mit diesen Punkten noch entbehrt. Man könnte sich den historischen Boden Italiens wie ein Rechteck vorstellen, von dem nur die Ecken mit der Umwelt verbunden sind. Hieraus folgt schon, daß Italien zuerst zu einer intensiven inneren Geschichtsbildung bestimmt war, und daß es von dem Gange dieser abhängen wird, welche der Ecken zuerst berührt wird. Das italische Element konnte sich zu einer großen Kraft entwickeln, bis es mit der Außenwelt in Kontakt gekommen ist. Mit dieser inneren Entwicklung werden wir daher unsere Betrachtung zu beginnen haben.

Suchen wir nach dem Element des italischen Festlandes, welches vornehmlich historisch wirksam wurde, so gehen wir am besten aus vom Appenin. Der Appenin ist der Vater des Landes; viele Voraussetzungen der italischen Geschichte verknüpfen sich notwendig mit ihm.

Wir sehen zwei riesige Kalkstöcke sich weit nach Süden vorschieben in das Mittelländische Meer. Es sind die Appeninhalbinsel und ihre Schwester, die Balkanhalbinsel. Beide wenden die geschlossenen Seiten einander zu, die geöffneten Seiten von einander ab. An der Westseite des Appenin sank das italische Urgebirge einst in die Fluten des Meeres. Den gewaltigen Katastrophen, die sich hier zutrug, wird die plastische Schönheit der tyrrhenischen Gestade gedankt. Ähnlich ist es auch auf der Ostseite der Balkanhalbinsel gewesen. Der Verlust, den das Meer verursachte, wurde auf beiden Seiten durch vulkanische Tätigkeit auszugleichen versucht; die verschiedene Form, in welcher dies in Griechenland und Italien gelang, ist historisch entscheidend zur Auswirkung gelangt. Während wir in Griechenland eine ungemein zerklüftete Küste in Verbindung mit Inselmeeren finden, eine Verbindung, die Handel und Seefahrt ausbildet und zugleich eine unerreichte Kulturhöhe schafft, sehen wir vor die Westküste Italiens eine Eruptionsspalte gelegt und Vulkane an der Arbeit, die Zerklüftung der Uferbildung auszugleichen, zwei große Ebenen aufzuschütten und damit die fruchtbaren Landschaften Latium und Campanien aufzubauen, eben die Landschaften, von denen die Geschichte des Landes ihren Ausgang nimmt. Anstatt eines See- und Handelsvolks wird auf der Appeninhalbinsel die Geschichte von einem Bauernvolk gemacht.

Es sind aber nicht nur die Vulkane, die Land gebaut haben; an diesem Bau beteiligte sich stets und beteiligt sich noch heute sehr wesentlich der

Appenin. Der Appenin ist als junges Kalkgebirge der Abtragung sehr unterworfen; die italischen Flüsse haben daher die Eigenschaft, viele Senkstoffe mitzuführen und vor ihre Mündungen Land zu bauen. Dasselbe gilt auch von den Voralpen östlich des Langensees.

Durch die Senkstoffe, welche die italischen Flüsse führen, ist die Grundlage gegeben für die lagunaren Bildungen der italischen Küsten; aus ihnen erwächst aber auch die stetige Gefahr der Verstopfung der Wasserabflüsse, durch welche nach dem Zusammenbruch der antiken Kultur große Strecken Landes der Verwilderung, Versumpfung und dem Fieber überliefert worden sind.

In der äußeren Erscheinung des Appenin unterscheiden wir drei Zonen: In der nördlichsten verläuft der Appenin als einheitliches Kettengebirge; in der zweiten mittleren Zone verdoppelt sich die Kette; in der dritten Zone geht das Gebirge in eine Hochebene über. Auch diese drei Zonen wirken sich in der Geschichte aus. Solange der Appenin eine Kette bildet, liegen der versante tirreno und der versante adriatico unmittelbar Rücken an Rücken; mit einem Schritt tritt man von der einen Seite Italiens nach der anderen hinüber. Sowie sich aber die Ketten doppeln, tritt zwischen die adriatische und tyrrhenische Seite eine Reihe von Bergkantonen; um über das Gebirge zu kommen, bedarf es eines zweifachen Gebirgsübergangs, der einst nur im Einverständnis mit den Bergvölkern ausführbar war. Hier ist ein Moment, welches von Bedeutung für die römische Geschichte wird. Die Entwicklung einer bestimmten Straßenpolitik, Herstellung und Offenhalten wichtiger Verbindungen, das wurde den Römern durch die Natur Mittelitaliens gleichsam in die Wiege gelegt.

Die letzte Zone, wo das Gebirge in eine Hochebene übergeht, wirkt sich darin aus, daß hier das einzige mächtige Bergvolk entstehen konnte, welches kraftvoll und trotzig den Römern widerstand. Hier erwuchs das Samnitenvolk. Die Römer haben dies Volk mit ihrem Haß verfolgt und dasselbe schließlich vernichtet. Die Samniten finden wir bei jeder Gelegenheit bereit, sich mit den Feinden Roms zu verbinden. Mit den Etruskern, mit den Tarentinern, mit Hannibal und mit der römischen Revolution. Die gefangenen Samniten wurden einst in ihren Rüstungen, wie sie in die Hände der Römer fielen, zum Kampf gegeneinander gehetzt. Der schwerbewaffnete Gladiator hat in der Kaiserzeit den Namen des Samniten geführt. —

Von dem auf dem Grunde des Meeres liegenden italischen Urgebirge ragen noch einige Reste an der Küste auf. Während das Kalkgebirge des Appenins weder Metalle noch Kohlen birgt, findet sich in dem älteren Gebirge, auf dem Boden des heutigen Toscana, Eisen und Kupfer vor. Das Gebiet, in welchem sich diese Metalle finden, war zu vornehmlicher politischer Bedeutung praedestiniert. In ihm finden wir die Etrusker, gerade das Volk, dem

auch die besten Gaben zuteil geworden waren, die Herrschaft über die Halbinsel zu erlangen, da es ein Seevolk war. Dies Volk aber verlor seinen politischen Zusammenhalt, seine Tatkraft und verkam.

DIE ETRUSKER, SABINER UND RÖMER

Zur Herrschaft über Italien gehört ein Seevolk, welches fähig ist, die natürlichen Grenzen, welche das Meer um die Halbinsel legt, zu durchbrechen und zugleich aus dem trennenden Element der See ein bindendes, überall Straßen und Zugänge öffnendes Element zu machen. Wir finden in Italien drei Seevölker, von denen indes wichtig nur die Etrusker sind.

Die Volsker kamen vom Hochland des Fuciner Sees den Liris hinab. Sie wurden Seefahrer; ihre Häfen wurden Anxur und Antium. Von Antium brachten die Römer die Rostren nach Rom. Tüchtige Seefahrer waren ferner die Ligurer. Da das Meer an ihrer Küste dem Fischfang nicht günstig ist, fuhren sie weit in dasselbe hinein. Die Elymer auf Sizilien hat man als Ligurer erkannt. Diese Ligurer waren zwar tüchtige Krieger, jedoch zu Wohlstand und kultureller Blüte gelangten sie in ihrer Heimat nicht. Sie kamen von der Schleuder, die eine der primitivsten Waffen ist, nicht los. So waren die Etrusker das einzige Seevolk, welches zahlenmäßig und kulturell zur Herrschaft über Italien bestimmt schien.

Die Etrusker bildeten drei Zwölfstädte in Norditalien, in Mittelitalien und Campanien und sie zersplitterten sich. Kulturell veränderten sie sich; besonders in Mittelitalien wurden sie ein typisches Stadtvolk und vergaßen das Meer; die Trennung in See- und Landetrusker geht gleichwohl vielleicht schon ihrem Siedeln in Italien voraus. Die etruskischen Plätze in Italien scheiden sich in Land- und Seeplätze wohl von altersher. Wenn die Römer von den Vetuloniern die Purpurtoga bekamen, so deutet der Purpur unzweifelhaft auf ein Seevolk; wenn in Tarquinii im Jahre 358 die römischen Gefangenen, 307 an Zahl, den Göttern geopfert, wenn in Caere gefangene Griechen auf dem Markt gesteinigt werden, so kommen diese Sitten über See.

Die Etrusker, getrennt und in Stadtbünde aufgelockert, wurden überall die Beute ihrer Feinde, in Oberitalien der Gallier, in Campanien die der Osker und Samniten zu Lande, die der Griechen zur See. In Toscana, wo die eigentümliche Zerklüftung des lockeren Tuffbodens durch tiefe Erosionen uneinnehmbare Stadtplätze schuf, wurden sie defensiv. Schließlich gingen sie in den Römern auf.

Neben den Etruskern erscheint im Innern Italiens das Sabinervolk. Es sitzt in einem geschützten Gebiet, von dem man wie von einer gewaltigen natürlichen Festung sprechen mag. Diese natürliche Festung wird gebildet durch das sabellische Gebirgsviereck, welches das Kernland Italiens umschließt. Die

natürlichen Mauern, welche dies Land umgeben, zeigen im Osten die höchsten Erhebungen des italischen Festlandes, wie den Gran Sasso d' Italia und den Monte Majella; die Eckpfeiler im Norden bilden der Monte Vettore und der Monte Terminillo, auch beide über 2000 Meter hoch. Von Rom aus sieht man diese natürliche Burg im Osten aufsteigen; der Monte Terminillo und der südlich von ihm sich erhebende schöne Monte Velino gehören zum Gesichtsfeld Roms.

Die Zugänge in diese Burg sind Festungstoren vergleichbar. Das Nordwesttor ist Rieti Reale; an dieser Stelle entströmt dem Festungsgebiet der Velino der Nera zu, die wieder in den Tiber fließt. Einen weiteren wichtigen Eingang bildet im Osten der Durchbruch des Aterno Pescara durch die Gebirgsmauer nach dem adriatischen Meer. Südwärts öffnet der breite 1300 Meter hohe passo die cinque miglia ein weites Tor nach der Hochebene, welche den Samniten gehörte.

Durchzogen wird die Naturfestung der Sabiner von der Wasserscheide zwischen beiden Meeren; von ihr konnten die Sabiner hinabsteigen an das tyrrhenische oder an das adriatische Meer; die arme Natur ihres Gebirgslandes zwang sie sowieso zur Ausdehnung über dasselbe hinaus. Die Form indes, in der sie sich ausbreiteten, war gewiß die unpolitischste von allen. Anstatt ihre Kraft zusammenzunehmen und langsam und stetig Boden zu gewinnen, weihten sie ganze Jahrgänge ihrer Volkskraft und ihres Wohlstandes den Göttern und gaben sie als heilige Lenze einem höheren Willen, dem Zufall, preis. So zerstörten sie ihre Kraft, anstatt sie aufzubauen. Nur ein größeres Volk entstand auf diesem Wege, das sind die Samniten, deren Namen aus Sabiniten gebildet ist, und welches auch die Hirpiner, Campaner, Lucaner und Brettier umschloß. Die Wege der Sabiner und die der Samniten blieben fast immer getrennt. Die Sabiner haben den Römern keinen Widerstand geleistet; die Samniten haben sich auf das äußerste gegen die Römer gewehrt.

Kriegerisch müssen aber alle diese Völker von Haus aus gewesen sein, denn unter dem Zeichen des Mars zogen sie aus. Nach dem Mars führen die Marser und die Marruciner ihren Namen. Der Specht und der Wolf, die den Picernern und Hirpinern den Namen gaben, sind Tiere des Mars. Die Sabiner kamen so an das adriatische, aber nicht an das tyrrhenische Meer. Dies verriegelte ihnen Rom. Cures oberhalb Roms bleibt der westlichste sabinische Platz. Die Sabiner haben sich den Römern früh unterworfen.

Die Römer traten zwischen die Etrusker und die Sabiner; in Kult und Sitte wurden sie von den Sabinern, in äußeren Dingen mehr von den Etruskern beeinflusst. Ihrem eigensten Wesen nach sind die Römer aber latinisch. Von den Latinern haben sie die politische Begabung geerbt, die den Sabinern wie den Etruskern fehlte.

Die Hauptgefahr drohte den Römern von den Etruskern; von den Etruskern wurden die Römer zeitweise überrannt. Sie wurden sogar von ihnen entwaffnet und durften das Eisen, welches sie von den Etruskern erhielten, nicht zu Waffen gebrauchen.

Rom ist wichtig als Flußübergang in das latinische Gebiet. Altrom liegt hoch über einer versumpften Tiberstelle, in deren Flanke eine Insel den Flußübergang gewährt. Eine Holzbrücke, die im Kriege abgetragen wird, führt hinüber nach dem Brückenkopf auf der etruskischen Seite. Dies ist das Janiculum, der Name sagt schon, daß es nicht groß gewesen ist. Das Etruskerland beginnt unmittelbar vor den Mauern der Stadt; das Ufer gegenüber war etruskisch. Die Römer schoben hier ihre Grenze notwendig immer weiter vor; sie findet ihren nächsten natürlichen Halt im Ciminischen Wald nördlich des heutigen lago di Vico. Dieser Waldrücken bot einst solche Schwierigkeiten, daß der Senat ihn zu überschreiten verbot; die Späteren haben ihm sogar den Charakter des germanischen Urwalds angehängt. Der Ciminische Wald hat die Römer in ihrem Vordringen nach Norden natürlich nach Osten gedrückt. Da hier die Etruskergrenze nochmals weit nach Süden vorspringt, wird Veji die heiß umstrittene Etruskerstadt; 396 wird Veji erobert.

Den Ciminischen Wald überschritt zuerst der Konsul Q. Fabius Rullianus gegen den Senatsbefehl. Er kommt den Etruskern in die Flanke und schlägt sie im Jahre 310 am Vadimonischen See. —

In ihrem weiteren Vordringen nach Norden kamen die Römer an ein drittes Hindernis, welches auch schon die Grenze des mittelitalischen etruskischen Zwölfstädtebundes nach Norden gebildet hatte. Dies Hindernis wird von der tief versumpften Arnolinie gebildet. Auch von dieser Linie hielten die Römer sich sorglich fern und daher hat sie für die Geschichte Italiens die allergrößte Bedeutung erlangt. Sie zwang die Römer ihre Flanken zu umgehen. Der Arnosumpf hat sich so doppelt ausgewirkt, einmal im Osten und dann auch im Westen. Im Osten werden die Römer jetzt auf die adriatische Seite des Appenin gedrückt und der Appeninpaß, der hier Bedeutung erlangt, ist gerade jener Paß von Scheggia, wo die einfache Appeninkette zum letzten Mal zu überschreiten ist. Diese Lehre wurde den Römern schon im Jahre 295 durch die nicht zufällig an diesem Paß geschlagene Schlacht bei Sentinum sehr eindringlich klar gemacht. Die Römer gingen über den Paß von Scheggia und legten über denselben, nachdem sie schon im Jahre 268 Ariminum angelegt hatten, im Jahre 220 die via Flaminia. Diese Straße wurde von Augustus glänzend erneuert und ist in ihrer historischen Auswirkung die wichtigste aller Römerstraßen geworden. Auf der adriatischen Seite bildete der Aesis (Esino) zuerst die Grenze der Republik; bis zum Aesis reichen die gallischen Senonen, deren Namen in Sinigaglia weiterlebt.

Die adriatische Küste nördlich des Aesis bis zum Po ist aber ein merkwürdiges Zwischenland. Man kann sie als ein römisches Glacis vor dem Paß von Scheggia bezeichnen, aber auch als ein gallisches Glacis vor dem Po. Ganz selbstverständlich erscheint hier die römische Tendenz, die Grenze an den Nordrand desselben vorzuschieben bis zu jener Stelle, wo die Ravennatische Lagune und der Appenin, unmittelbar sich berührend, die natürliche Sperre bilden zwischen der späteren Aemilia und der älteren senonischen Mark. Der Paß von Caesena scheidet das adriatische Küstenland scharf vom Po-gebiet.

Der Paß von Caesena nun ist es, welcher in Italien die größte historische Bedeutung erhielt. Durch ihn bekamen die Römer die sichere Basis gegen das Poland. Zuerst gegen die Gallier; später gegen die Langobarden. Auf diesem Paß allein erhebt sich Ariminum und die Grenze des Rubicon; auf Ariminum erst wieder erhebt sich das Ravenna der Kaiserzeit. Es war die gallische Invasion, welche schon im dritten Jahrhundert vor Christus das militärische Schwergewicht Italiens an diese Stelle zu schieben begann: zur Zeit der Völkerwanderung, in welcher Ravenna noch die Verbindung mit dem Osten hat, versinkt ganz Italien vor diesem Platz. In dem Gebiet von Ravenna vereinigen sich die Funktionen einer Sperre mit den besonderen Funktionen der italischen Schutzplätze, auf welche wir gleich zu sprechen kommen werden. Wir finden in Ravenna einen natürlichen Ansatzplatz fremder und einen natürlichen Sicherheitsplatz italischer Kultur. —

Wir bleiben hier stehen und gehen über zu der Betrachtung der Küsten Italiens und der vier Punkte, auf denen die Berührung Italiens mit der Außenwelt in alter Zeit vornehmlich beruht.

DIE KÜSTEN ITALIENS

An der Schwelle der Geschichte Italiens tritt uns entgegen die griechische Kolonisation. Sie setzt an den Küsten an und tritt daher auch von selbst an die Spitze dieser Betrachtung.

Wir sahen schon, wie es die westliche Außenseite Italiens ist, welche der östlichen Außenseite Griechenlands entspricht. Die Griechen haben in der Szenerie des Westmeers ihre Heimat wiedererkannt und diese mit ihren Sagen erfüllt. Manches Vorgebirge der Westküste, aus einer landfest gewordenen Insel aufgebaut, sieht vom Meer aus heute noch einer Insel gleich. Wenn es auch die Ostküste Italiens war, welche die ersten Landungen der Griechen sah, so kommt doch die Ostküste für die Siedlungen der Griechen kaum in Betracht.

Die Ostküste Italiens ist für die Schifffahrt nicht günstig, da sie in ihrer ganzen Ausdehnung, von den nordadriatischen Lagunen bis nach Apulien hin-

ab so gut wie keinen Hafen besitzt. Die natürliche Schutzwand gegen den Nordwind, der auf der Adria besonders gefährlich ist, bildet der Monte Gargano; hier sind jedoch die Ufer sumpfig und nicht gesund.

Unter diesen Verhältnissen mußte der ausgezeichnete apulische Naturhafen von Brundisium (Brindisi) von um so größerer Bedeutung werden. Diese Bedeutung gleitet aber in ältester Zeit ab auf den Hafen von Tarent.

Beide Häfen sind nur durch einen nicht schwer zu überschreitenden Zwischenraum von 50 km Breite getrennt; wie sie Rücken an Rücken liegen — mutatis mutandis, mag man an Hamburg und Lübeck erinnert sein — sind Beziehungen untereinander unvermeidlich gewesen. Die Sage läßt Taras (Tarentum) den Spartanern vom Orakel bestimmt sein und im Gegensatz zu Brundisium entstehen. Die Griechen könnten aber auch zuerst nach Brundisium gekommen sein. —

Wir sehen also die Griechen über die Meerenge fahren und Besitz ergreifen von den Küsten des Jonischen Meeres: die Küstenfahrt führte sie dann weiter nach Cumae und Syracus. Sie gründen ein neues Griechenland, ein jüngerer Griechenland. Der Name Graeci (Graii), das heißt die Alten, ist von Italien aus gegeben worden.

Für die Kolonisation bot besonders günstige Bedingungen der Golf von Tarent, denn er ist sowohl gegen den Nordwind der adriatischen Seite als auch gegen den Südweststurm der tyrrhenischen Seite geschützt. Die hohen Berge Calabriens gewähren Deckung nach Südwest. Am Golf finden wir daher überall griechische Kolonien, während sie sich an der tyrrhenischen und adriatischen Küste auf die wenigen Plätze beschränken, die dort sturmfrei sind. Dennoch scheiden sich am Golf von Tarent die Westseite und Ostseite scharf. Tarent hat kein Gebirge hinter sich; auf der Westseite dagegen erhebt sich bis zur Höhe von 2000 Metern der wilde Silawald, der zu den Urgebirgen Italiens gehört. Tarent ist am Golf der älteste Platz, weil es der beste ist. Es ist die einzige dorische Gründung; die anderen sind in achaischer oder jonischer Hand.

Es war aber nicht nur die Qualität des Hafens, sondern auch die Natur des Hinterlandes, welche für Tarent in die Wage fiel. Die Tarentiner haben hinter sich eine einfache Kalkterrasse, welche kaum den vierten Teil der Höhe erreicht, welche die calabrische Seite zeigt. Dem italischen Volk, welches hier sitzt, gewährt die Natur keinen Rückhalt und die Tarentiner werden seiner Herr. Anders auf der Seite des Silawaldes. Hier organisierten sich die Bergvölker mit der Zeit und brachten die Griechenstädte in ihrer Sphäre immer mehr in Gefahr; auf der Höhe des Silawalds gründeten sie ihre Bundesstadt Consentia (Consenza). Die Lage Tarents bessert sich; die Lage der anderen Kolonien verschlechtert sich demnach. Eine Kolonie wie Sybaris war noch

sicher vor dem Hinterland; das jonische Thourioi, die Nachfolgerin des zerstörten Sybaris, mußte erleben, daß der Platz, an dem es lag, die für die Kolonie notwendige Sicherheit nicht mehr besaß. Und nun kam noch etwas. Es ist die Zeit, in welcher der jonisch-dorische Gegensatz auch nach Italien übergreift; das über seine Feinde siegreiche Tarent tritt dem jonischen Thourioi entgegen, welches sich seiner Feinde nicht erwehren kann. Das ist die Krise, die dazu führt, daß Thourioi die Hilfe der Römer erbittet, daß es zum tarentiner Krieg kommt und endlich die griechische Kultur auf der Halbinsel vor der italischen weichen muß.

Eigenartig entwickelt sich das Geschick des calabrischen Landes. Den Brettiern, die hier saßen, wurde die Aufnahme in die italische Eidgenossenschaft verweigert. Das zwang sie, sich später an Hannibal anzuschließen; dessen Niederlage bedeutet ihren Untergang. Calabrien blieb ein entvölkertes Land. Es war seine besondere Natur, die es dann zur allgemeinen Zuflucht für Verfolgte gestempelt hat. Denn Verfolgte sind die Banditen (Verbannte), deren Heimat Calabrien wird. Die Wildnis des Gebirges, vor allem aber die jederzeit offene Möglichkeit, zu entweichen auf ein anderes Meer, gaben den Verfolgten hier eine größere Sicherheit als anderswo.

Der griechischen Kultur im Süden Italiens war nur eine ganz bestimmte Frist bestimmt. Solange diese Kultur in Griechenland noch lebendig und der Süden Italiens politisch unselbständig war, solange war die Zeit der Griechen hier. Sie liegt vor dem tarentiner Krieg und erhebt sich nochmals, als die Herrschaft der Ostgoten in Italien zusammenbricht. Für dies Land bedeutet daher das VI. Jahrhundert n. Cr. nochmals eine aufsteigende Zeit. Mit dem Beginn des II. Jahrhunderts v. Cr. hört die erste Griechenzeit wieder auf. Bezeichnend dafür, wie dies Land unter dem Einfluß des Ostens steht, ist, daß Apulien sogar die Gotik von Osten her erhielt. Es war natürlich Gotik aus zweiter Hand. —

Brundisium kommt erst zur Bedeutung nach dem Niedergang Tarents. —

Die Seefahrt der Griechen hat an der jonischen Küste nicht Halt gemacht, und so ist hier die Gelegenheit, noch ein Wort über die Kolonisation an den italischen Küsten anzufügen, ganz allgemein. Hier finden wir noch ein besonderes Moment, welches für die Geschichte der Halbinsel instruktiver und bedeutsamer ist, als das Entstehen und Vergehen Großgriechenlands.

Die für die Kolonisation von außen geeigneten Plätze der italischen Küsten heben sich von vornherein aus diesen heraus. Eine ihrer Bedingungen kennen wir schon, den Schutz vor dem Wind; eine zweite Bedingung streiften wir schon; es ist die Sicherheit des Platzes gegen das Land.

Trennen wir beide Bedingungen, so können wir die Anlegeplätze an fremden Küsten im Altertum sofort in zwei große Gruppen teilen; solche, welche reine

Seestationen sind und folglich mit dem Lande zur Not außer jedem Kontakt bleiben können; ferner solche, die berufen sind, ein eigenes politisches Leben zu entwickeln und daher auch auf Kontakt mit dem Lande angewiesen sind. Die ersteren sind die typisch phönikischen Plätze; die zweiten sind die typisch griechischen Plätze. Die ersteren liegen auf schmalen Halbinseln (Cadix, Malta), auf kleinen Inseln (Motye) zwischen Lagunen (Karthago, Caralis); die letzteren bevorzugen kleine Küstenebenen, die durch Bergriegel gegen unmittlere Angriffe von der Landseite her Schutz erhalten. Der phönikische Typ, an sich unzerstörbar, hat aktive historische Bedeutung weniger erlangt; dafür ist bei den Semiten alles zu defensiv gedacht. Anders wird es, sobald die Griechen im Spiele sind. Die Anlegeplätze der Griechen haben in der Geschichte Italiens die allergrößte Rolle gespielt. Die Qualitäten: Schutz vor dem Sturm und Schutz vor dem Hinterland treten nämlich auch noch bei einer anderen Gelegenheit in Aktion. Sie können auch wertvolle Dienste leisten bei einer Invasion von Land her, wenn durch eine solche später die italische Kultur in Cefahr gerät. So finden wir an der Grenze von Land und See Sicherheitsplätze doppelten Gesichts, sie sehen nach der Landseite wie nach der See. Eine doppelte Funktion haben sie von Natur. Man kann bei jedem dieser Plätze, der in einer derselben auftritt, auch die Hypothese aufstellen, daß er in der anderen tätig war. Und so verstehen wir die große Bedeutung dieser Plätze für die Geschichte Italiens. Zu Beginn der antiken Geschichte sind sie die Ansatzplätze fremder Kulturen. Von Cumae aus erhielt Italien z. B. die Schrift. Die andere Geschichte dieser Plätze liegt naturgemäß am Ende der antiken Geschichte. Im Zeitalter der Völkerwanderung, als nicht seefahrende Barbaren Italien überschwemmten und seine Bevölkerung von innen heraus gegen die Küste drückten, rettete sich die antike Kultur an die Plätze, die gegen das Land geschützt waren und Ausgang hatten zum Meer. Das kann sich auch wiederholen. Wir sehen die Ravennatische Lagune zweimal zum Schutzplatz der Italiker werden, einmal gegen die Gallier, das andere Mal gegen die Langobarden. Bestimmt einmal kommt hierher östliche Kultur. Wir können aber aus der Lage Ravennas schließen, daß dieser Lido früher schon einmal Griechen sah. Indem wir an der Doppelfunktion solcher Plätze festhalten, öffnen sich uns historische Perspektiven unerwarteter Art. —

Am wichtigsten wurden für die italische Geschichte die Schutzplätze, welche entstanden, als die Langobarden nach Italien kamen. Die Langobarden eroberten Italien von innen heraus und drängten das Römertum automatisch überall nach der See. Das alte politische Italien wurde jetzt zusammengedrückt auf die ravennatische Lagune und das schmale adriatische Vorland des Appenin, welches unter dem Schutz des schon genannten Passes von Caesena lag; die aemilische

Straße vor diesem Paß wird das große Schlachtfeld der Zeit. Neben dem Kern Ravenna entsteht aber damals auf gleiche Art in Italien auch ganz neues, dem die Zukunft gehört. Von den zahlreichen Herzogtümern der Langobarden heben sich mehrere heraus durch besondere Kraft. Es ist klar, daß von ihnen aus besonders der Druck auf dem benachbarten Römertum liegt. Der Druck, der von hier nach der Küste geht, hat die alten Sicherheitsplätze an derselben zu neuem Leben geweckt.

Die mächtigsten Herzogtümer der Langobarden wurden Friaul, Trient, Turin, Spoleto und Benevent. Trient und Spoleto haben ihre besondere Bedeutung, auf die wir noch zurückkommen werden. Von Trient gehen direkte Wege nach der Lombardei; von Spoleto drückt man auf Rom. Uns interessieren hier Turin, Friaul und Benevent. Der Druck, der von Turin gegen den Appenin sich legt, schafft ein neues Genua, der Druck, der von Friaul ausgeht, läßt die Lagunensiedlungen entstehen, aus denen einmal Venedig hervorgehen wird. Von Benevent aus werden die Römer in die natürliche Festung Neapel gedrückt. So entstehen die Keime zu den frühmittelalterlichen Seerepubliken Italiens, die also zuerst reine Schutzplätze von Land aus sind. Später aber kommt wieder die zweite Funktion dieser Plätze hinzu; aus den Schutzplätzen werden wieder Ansatzplätze neuer Kultur. In Neapel, Venedig und Genua hat sich zuerst in Italien wieder neues überlegenes Kulturleben gezüchtet. Alle diese drei Plätze haben ähnliche Rollen schon im Altertum gespielt. Die adriatischen Lagunen sind schon im Altertum Stätten des Griechentums gewesen; im antiken Genua finden wir die merkwürdige Abwandlung, daß hier an der Küste ein Ansatzpunkt latinischer Kultur in dem Lande der wilden Ligurer entsteht. Ganz eigen aber ist die Entwicklung Neapels im Altertum gewesen. Über den Golf von Neapel seien noch einige besondere Bemerkungen erlaubt.

Der Golf von Neapel ist das einzige weitgeöffnete Tor des italischen Festlands am tyrrhenischen Meer. Dem fremden Schiffer lächt er lockend; die Alten haben hier gewiß nicht mit Unrecht den Kult der Sirenen lokalisiert. Wenn wir fragen, warum diesem reichsten und schönsten Teile Italiens versagt geblieben ist, fruchtbar Teil zu haben an der Geschichte des Landes, so liegt dies vor allem daran, daß dieser Golf wie kein zweites Gebiet gemacht war, Fremdherrschaft anzulocken und festzuhalten. Das kommt von der Sicherheit, die er bietet gegen das Land. — Der Golf wurde vor allem die natürliche Beute jeder Macht, die sich gegenüber an der spanischen Küste bildete. Die Lage Neapels ist in dieser Beziehung ein Seitenstück zur Ostküste Sardiniens. Neapel fiel den Aragonesen, dann wie von selbst der spanischen Monarchie; endlich, obgleich 1714 in den Besitz des Kaisers gekommen, wurde es dennoch nach kurzer Zeit die Beute der Bourbonen aus

spanischem Recht. Normannen, Staufer, Angevinen waren hier nur Episode; der natürliche Machthaber an diesem Golf kam immer über See. Die spanische Monarchie faßte hier festen Fuß. — Ein weiteres Moment der Isoliertheit Neapels in Italien lag in der päpstlichen Politik. Der römische Kirchenstaat riegelte Neapel ein halbes Jahrtausend zielbewußt von Oberitalien ab.

Unter solchen Verhältnissen ist es eine überaus glückliche Fügung gewesen, daß sich die Sarazenen nie in Neapel festgesetzt haben. Sardinien geriet sogar von den kleinen Balearen aus für die erste Hälfte des XI. Jahrhunderts unter die Herrschaft der Araber. Sardinien öffnet sich nur nach Westen; Sardinien gehört gewiß mit mehr Recht zu Spanien als Korsika zu Frankreich. Bei jener spanischen Färbung, welche das Sardische heute noch aufweist, ist es zweifelhaft, ob sie seit dem XIII. Jahrhundert durch die Hispanisierung der Insel entstand oder ob die Sarden nicht von Haus aus Spanier sind. Seneca, der Spanier war, hat sie für Iberer erklärt. —

Der Golf von Neapel ist außerdem an sich von besonderer Art. Jeder einheitlichen politischen Machtbildung widerstrebt er aus seiner Natur. Neapel und das Land südlich am Golf sind verschieden; die eine Hälfte des Golfs genießt des natürlichen Schutzes gegen das Land, die andere nicht. Das wies der Geschichte beider Teile verschiedene Wege. Indem die Nordküste des Golfs von der dahinterliegenden campanischen Flußebene durch die sogenannten phlegräischen Felder geschieden war, werden auch hier zwei verschiedenen historische Gebiete abgeteilt. Für die Geschichte des Golfs ist also grundlegend, daß die Häfen innerhalb der natürlichen Festung, welche die Nordküste bildet, nicht die Häfen sind, welche die Verbindung mit dem Hinterland haben. Die Griechen fanden nur in den ersteren Lebensmöglichkeit.

Neben die gegen das Land gesicherten Häfen der Griechen treten die kleineren Häfen der Osker, welche Verbindung mit dem Lande hatten und deren wichtigster Pompeji war. Daß die letzteren Häfen bei dem Vesuvausbruch des Jahres 79 n. Chr. untergingen, darin besteht das politisch Umgestaltende dieser Eruption.

Die Abgeschlossenheit der Nordseite des Golfs nach dem Lande war im Altertum die Voraussetzung, daß sich hier griechische Kolonien halten konnten gegen die Völker des Hinterlandes. Sie ist aber ebenso auch die Voraussetzung der frühmittelalterlichen Blüte Neapels, denn nur so schützte sich die Stadt gegen das Andrängen der Langobardenmacht.

Die natürliche Festung an der Nordseite besteht aus zwei Teilen; beide scheidet die Mauer des Posilip. Der Übergang aus der einen Hälfte in die andere ist von Haus aus nur möglich zu Schiff. Künstliche Landverbindungen sind die sogenannten Grotten des Posilip; zwei von diesen geben auf das Altertum zurück. Beide Festungen, Rücken an Rücken sich gegenseitig

sichernd, sind nur an ihren Eingängen gefährdet; diese werden bezeichnet durch Cumae im Westen, Neapel im Osten. Der Name Neapel aber sagt uns schon, daß Neapel nicht die erste Stadt in dieser Funktion gewesen ist.

Zuerst waren die Griechen nach Cumae gekommen. Cumae liegt sicher gegen das Land am offenen Meer. Ohne Raum, ja ohne Hafen ist es fast weniger zu einer Handelsstation als zu einer Räuberstation — typisch phönizisch — in der Flanke der Ausfahrt aus dem Golf prädestiniert. Cumae wurde im Altertum wie zur Zeit der Völkerwanderung zerstört. Neapel auf der anderen Seite ist daher jedesmal der Platz, der Zukunft hat.

Sehen wir das natürliche Festungstor der östlichen Posilipburg in der Stelle, wo der Posilip eine Schwingung zum Ufer macht und durch Felsenbildungen außerdem noch natürliche Burgstellen entstehen — drei Sperrburgen entstanden hier, die einen einheitlichen Querriegel schufen, das Castel St. Elmo, der Pizzofalcone und das Castel dell' ovo im Meer —, so ist klar, daß das älteste Neapel innerhalb dieses Riegels zu suchen ist. Das heutige Neapel ist eine Neustadt vor diesem Riegel, die Frieden voraussetzt. Aber auch als Neapel später eine Befestigung brauchte, reichte es mit einer Mauerlinie aus, die sich vom Absturz des Posilip (Capodimonte) in gerader Linie hinzog bis zum Castel del Carmine am Meer. —

Die Abgeschlossenheit dieses Festungssystems vom Hinterland verhindert, daß Neapel selbst als geschichtsbildend aufgetreten ist. Der Punkt, von dem die Geschichte hier ausgeht, ist daher nach dem Vesuvausbruch nicht am Golf von Neapel zu suchen. Der Punkt ist Salerno. Von Benevent, wo die Langobarden saßen, geht der Weg nach Salerno; von Apulien, wo die Normannen saßen, geht der Weg nach Salerno. Der große Kampf der Sarazenen, die sich an diesen Gestaden festsetzen wollten, hat sich um Salerno gedreht.

Salerno bekam seine Individualität durch die besonderen Verhältnisse des langobardischen Herzogtums Benevent. In Unteritalien ist eine Herrschaft undenkbar ohne Macht zur See; der Herzog von Benevent empfand von allen Langobarden am bittersten, daß die Langobarden kein Seevolk waren. Es wurde nun die merkwürdigste aller Kombinationen, welche die Langobarden nach Salerno zwang. Als die Franken — Landratten wie die Langobarden — nach Süditalien kamen, drückten sie die langobardischen Landratten in das Meer.

Auf diesen Verhältnissen beruht nun das politische Emporkommen Amalfis. Die Langobarden brauchten Seeleute und haben die Amalfitaner nach Salerno zu verpflanzen gesucht.

Der Erfolg wurde, daß die Amalfitaner beherrschenden Einfluß auf einen Teil des Herzogtums bekamen; die Langobarden trennten sich in ein Land- und in ein Seebenevent.

Auf dem Gegensatz von See- und Landbenevent beruht es, wenn jetzt die Sarazengefahr droht. Beide werben Sarazenen gegeneinander und so kamen diese an den Golf von Salerno. Der Retter wurde Kaiser Ludwig II. und mit ihm im Bunde haben sich die Amalfitaner bewährt. Vom Kaiser erhalten sie die Insel Capri zum Lohn; ihre große Zeit bricht nun an.

Amalfi ist an sich so gut wie vom Lande abgeschlossen gewesen. Ganz auf die See gewiesen, nimmt es unter den Schutzplätzen Italiens eine Sonderstellung ein. Es ähnelt in manchem Venedig, nur daß es kaiserlich ist.

Die Betrachtung der Schutzplätze an der tyrrhenischen Küste geschah am besten im Anschluß an die von Osten kommende griechische Kolonisation.

Im Zusammenhang mit der Betrachtung der Südwestspitze des italischen Festlands werfen wir nun einen Blick auf die Insel Sizilien, die in der Geschichte Italiens eine sehr wichtige Rolle gespielt hat.

SIZILIEN

Der Übergang über die Meerenge von Messina hat die Römer in eine ganz neue Sphäre geführt.

Abgesehen davon, daß die Griechen, die über den Joniosund kamen, den Tarentiner Golf ausfahrend, auch notwendig schließlich zu den Küsten Siziliens kommen mußten, wo dann zuerst Jonier, dann Dorer ihre Kolonien ansetzen, lag Sizilien noch in einer anderen Linie des antiken Verkehrs.

Die Phönikier machten ihre Fahrten von Tyros nach Westen in der Form, daß sie an den Südküsten zweier langgestreckter Inseln entlang fuhren; die Südküste Kretas und die Südküste Siziliens wiesen den Phönikiern den Weg nach Spanien. Auf dieser Fahrt kamen die Phönikier in ein eigenartiges Meer, in welches sich von drei Seiten Landspitzen erstrecken, die Südspitze Sardiniens, die Westspitze Siziliens und die Nordspitze Afrikas. Dies Meer wurde für die Phönikier von größter Bedeutung, denn hier gabelte sich ihr Weg. Sie konnten an der Nordküste Afrikas weiterfahren. So kamen sie um die Südspitze Spanien herum nach Gades (Cadix); die Meerenge von Gibraltar ist das fretum Gaditanum. Oder aber sie fuhren an der Südspitze Sardiniens vorbei und kamen über Balearen und Pityusen an die Westküste Spaniens. Es ist nichts verständlicher, als daß sich das Schwergewicht der Phönikier nach der Zerstörung von Tyros an die große Weggabel westlich Siziliens legt. Karthago wird die Nachfolgerin von Tyros. Das ganze Westmeer wird ausschließlich Eigentum der Phönikier und hier haben sie Andere nicht geduldet. Von Karthago aus wird das Westmeer verriegelt. Für die Griechen hört die Welt mit den aegatischen Inseln auf. Sie sind die Ziegeninseln des Homer.

Bei den Fahrten der alten Phönikier müssen Hin- und Rückfahrt unterschieden werden; für beide Fahrten kommen oft verschiedene Anlegestellen in

Betracht. Haben für die Fahrt nach Osten die Südspitze Sardinien und die Westspitze Siziliens parallele Bedeutung, so haben für die Fahrt nach Westen die Südostspitze Sardinien und die Südostspitze Siziliens eine gleichwertige Lage. Ohne Zweifel saßen die Phönikier auch einmal in Syracus. Die Bedeutung der Südspitze Sardinien ist also doppelwertig, was in der Durchfahrt des Golfs von Palmas, an welcher das phönikische Sulci lag, klar zum Ausdruck kommt. Der Fall von Tyros hat hier indes notwendig Veränderungen gebracht. Die Südküste von Sizilien verlor ihre alte Bedeutung für die Karthager und ebenso die Südostspitze dieser Insel. Ihre Nachfolger werden die Griechen an diesen Küsten; gewiß nicht zufällig fanden kretische Dorer diesen Weg.

Die Griechenstädte, die an der Südküste entstanden, forderten die Karthager heraus. Die Not vor ständigen Angriffen von See aus züchtete auf der Südküste der Insel die Tyrannis, die für die sizilianischen Griechen charakteristisch wird; von der Südküste kommt die Tyrannis nach Syracus. Syracus kommt zu großer Blüte, bis dann hier nach dem Tode des zweiten Dionys alles zusammenbricht. Der letzte Tyrann von Syracus war Agathokles.

Unter den Söldnern des Agathokles finden wir Campaner. Die in die Ebene hinabgestiegenen, dort oskisierten Samniten wurden Campaner genannt. Eben solchen Campanern — diese standen in einer römischen Legion — war drüben jenseits der Meerenge Rhegion anvertraut. Die römische Legion in Rhegion meuterte während des Tarentiner Kriegs und bemächtigte sich der Stadt. Die Campaner des Agathokles setzten sich gegenüber auf der sizilianischen Seite in Messana fest.

Die Legion in Rhegion verfiel dem Henker, wie sie verdiente; dem hätten auch die sogenannten Mamertiner in Messana gehört. Aber hier kam es anders. Als die Mamertiner, von Syracus auf das äußerste bedrängt, den Römern Messana anboten, widerstanden die Römer dieser Versuchung nicht. Sie mußten rechnen, wenn sie nicht selbst zugriffen, die wichtige Stadt in den Händen der Phönikier landen zu sehen. Im Jahre 265 wurde daher in Rom beschlossen, den Mamertinern zu Hilfe zu kommen und sie, obgleich sie Räuber und Mörder waren, aufzunehmen in den italischen Bund. Hierdurch aber wurde das Verhältnis der Römer zu den Karthagern wieder auf einen Boden zurückgeführt, auf dem vor kurzem beinahe schon einmal der Krieg zwischen Rom und Karthago ausgebrochen war.

Im Jahre 272 nämlich, als die Römer Tarent belagerten, lief plötzlich eine karthagische Flotte in den Hafen von Tarent. Milo, der Befehlshaber der Burg, sah die Bürgerschaft geneigt, die Stadt den Karthagern zu überliefern. Da übergab er schnell dem römischen Konsul die Burg. Nun erlebten die Karthager in Messana das gleiche Spiel.

Die Römer schienen den Karthagern zuvorgekommen zu sein, wie in Tarent, und Karthago wich zuerst wieder aus. Als dann aber die Römer vor Messana erschienen, fanden sie dort eine karthagische Flotte im Hafen und eine karthagische Besatzung in der Burg. Mit dieser Antwort auf Tarent begann der erste punische Krieg.

Betrachten wir die Insel näher, welche zum Kampfplatz zwischen Europa und Afrika ausersehen war.

Sizilien war schon durch seine Lage und seine Gestalt — beides verknüpft sich — eine zu historischer Bedeutung bestimmte Insel. Die Insel ist ausgesprochen dreieckig und sie liegt zentral im Mittelländischen Meer.

Die Seiten und Spitzen dieser Insel bewerten sich nach verschiedenen Gesichtspunkten. Zuerst nach dem Schutz, den sie gegen den aus Südwesten drohenden Sturm bieten, sodann nach den jeder Küste gegenüberliegenden Kulturzonen des Mittelmeers. Außerdem scheiden sich die Seiten von den Ecken; die letzteren sind die natürlichen Ansatzpunkte von Invasionen. Dies gilt besonders von der schmalen Westspitze, weil sie sichere Flanken gewährt.

Nach diesen Gesichtspunkten fällt die Südküste, dem Südwest preisgegeben und ohne Häfen, so gut wie aus. Die Westspitze dagegen, aufgelöst in Inseln, mit einem stark zerklüfteten Küstensaum, bot im Altertum einige ausgezeichnete Häfen dar.

Unter ganz anderen Bedingungen stehen Ost- und Nordküste. Hier reiht sich ein Hafen an den anderen; jeder kleine Vorsprung gewährt Windsicherheit. Die Ostküste besitzt zwei vorzügliche Häfen, Messana und Syracus. Dazu kommt der Hafen von Megara Augusta, dem nur der Ausbau fehlt, um an der Spitze aller zu stehen.

So sehen wir eine durch Häfen stark bevorzugte Ostküste, eine der Schifffahrt im Ganzen günstige Nordküste, während die ausfallende Südküste sich eigenartig in der Westspitze konzentriert.

Jede dieser Küsten öffnet sich einer anderen Kultur. Die bevorzugte Ostküste liegt frei gegenüber der Westküste Griechenlands; der Westspitze gegenüber liegt das Ausfalltor von Nordafrika. Bei hellem Wetter schimmert bei Lilybaeon das Hermäische Vorgebirge über den nur 120 km breiten Sund. Die Nordseite der Insel liegt gegen das binnenitalische Meer und sieht hinüber nach dem Golf von Neapel, der die große Seeforte Unteritaliens ist.

Die Südküste hatte dennoch die Bedeutung, die große Handelsstraße der Phönikier zu flankieren. Wir bemerken, daß es Inseldorer, Kreter, waren, die hier den Phönikiern folgen. Kreter gründen Gela und deren Tochterstadt wird Akragas (Agrigent). In merkwürdiger Form wiederholen sich hier Gegensätze des östlichen Mittelmeers. So wie indes die alten großen Wege

der Schifffahrt verlassen werden, verödet die Südküste Siziliens. Das ist nach dem zweiten punischen Krieg.

Unter den Spitzen der dreieckigen Insel nimmt eine Sonderstellung die Nordspitze ein. Nur ein Riß, an seiner engsten Stelle wenig mehr als drei Kilometer breit, trennt hier die Insel vom italischen Festland. Dieser Riß nun tritt in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Sund, der Afrika von Lilybaeon trennt. Es führt also eine Brücke nach Sizilien von Afrika und eine Brücke von Sizilien nach Europa. Die eine war nur für ein Seevolk gangbar, die andere auch für ein Landvolk. So konnte Sizilien das Schlachtfeld werden für zwei Gegner, die eigentlich nicht für einander geschaffen waren. In Sizilien marschierte Afrika zweimal gegen Italien auf; zweimal wies die über See kommenden Afrikaner das europäische Festland hier zurück. Die Kämpfe der Griechen und Karthager sind hier nur ein Vorspiel; die Entscheidung bringen die Römer, die eine wirkliche Militärmacht sind; die Römer werden beider Herr. Dann kämpften hier später die Byzantiner einen Heldenkampf gegen die Araber. Sie unterlagen. Die endgültige Entscheidung aber brachten die Normannen, wieder eine reine Militärmacht, zugunsten des Abendlandes. Jedesmal aber bleibt der Herr, welcher über die Meerenge von Messina kommt.

Die Griechen haben beide Male Kultur gebracht; die Afrikaner haben die griechische Kultur beide Male zerstört; die siegenden Militärmächte waren kulturell neutral. Auf jede Niederwerfung des Afrikanertums ist eine Romanisierung der Insel gefolgt.

Die römische Besitznahme der Insel hat sich gleichwohl ganz anders als die Besitznahme der Normannen ausgewirkt. Einmal kommt jetzt das italische Element auf der Insel empor, welches bisher von Griechen und Karthagern niedergehalten war. Dann aber herrscht jetzt auf der Insel überhaupt kein Seevolk mehr. Die Küsten treten zurück, die Insel verliert etwas von ihrer insularen Eigenheit. Die Südküste hat gar keine Rolle mehr gespielt. Jener große phönikische Verkehr über See, der das Meer beherrschte, aber auf demselben auch Ordnung hielt, hört auf. Es folgt jetzt eine Anarchie auf dem Meer, gegen welche die Römer Jahrhunderte wehrlos waren. Dem Seeräuberunwesen um Italien herum hat erst Augustus ein Ende gemacht.

Die Bedeutung der Insel in der Kaiserzeit ist nur eine Kornkammer Roms zu sein. Zu politischer Bedeutung kommt die Insel erst wieder in der Zeit der Völkerwanderung. Aber alles kehrt sich nun wieder um. Vor allem gewinnt die Insel ihren alten insularen Charakter zurück.

Am Ausgang der antiken Geschichte sehen wir die Insel zentral in einem Meer liegen, über dessen Küsten die römische Kaiserzeit dahingegangen war; die nationalen und kulturellen Gegensätze, welche einst die Insel umgaben,

sind verschwunden und abgestreift. Sizilien war jetzt nicht mehr der konzentrisch von allen Seiten gefährdete Punkt, sondern umgekehrt konnte von Sizilien aus der Gedanke gefaßt werden, die durch die Völkerwanderung gefährdeten oder verlorenen Küsten der alten politischen Mittelmeereinheit und Kultur zurückzuerobern. Syracus wird die letzte antike Großstadt und war bestimmt, die Weltstadt des frühen Mittelalters zu werden, bestimmt zu einer ganz neuen eigenartigen Bedeutung. Das wurde durchkreuzt durch die arabische Eroberung.

Die Verschiebung in der Bedeutung Siziliens kommt schon zum Ausdruck, als Sizilien für die Byzantiner die Kriegsbasis gegen die Vandalen und gegen die Ostgoten wird. Zugleich haben sich auf der Insel die Ereignisse des VIII. Jahrhunderts v. Chr. im VI. n. Chr. wiederholt. Wie einst die Griechen im Jahre 755 v. Chr. in Tauromenion landeten, so betrat Belisar im Jahre 536 in Catania den sizilianischen Strand. Und wie einst die Karthager, ursprünglich Asiaten, zur Besitzergreifung der Insel schritten, so war es nun dasselbe mit den Arabern von Kairwan. Die Westspitze Siziliens hat für jede afrikanische Macht eine unwiderstehliche Anziehungskraft, aber nie ist es wirkliches Afrikanertum. Auch die Vandalen haben die Hand nach ihr ausgestreckt. Sie wurde die Hochzeitsgabe des Gotenkönigs, als Amalafreda zu den Vandalen ging. —

Die arabische Eroberung füllt fast ein Jahrhundert aus. Es wird hier von Bedeutung, daß Palermo über ein Menschenalter vor Syracus in die Hände der Sarazenen fällt. So wurde Palermo ihre Stadt. Da die spätere Verbindung der Insel mit Italien über Neapel geht, ist Syracus als Hauptstadt der Insel nicht mehr in Frage gekommen.

Die Araber konnten von Sizilien aus zu einer großen Gefahr für Europa werden. Da wurde aber Palermo im X. Jahrhundert ein eignes Emirat und damit war die Gefahr vorüber. Jetzt war Sizilien nicht mehr die Brücke des Islam, das Bindeglied zwischen Afrika und dem Festland Italien; jetzt legt es sich als Zwischenglied sperrend und trennend zwischen Italien und Afrika. Sizilien allein hat nicht die Kraft, Italien gefährlich zu sein.

Die Westspitze hat ihre Bedeutung behalten; im XII. Jahrhundert betraten hier die Aragonesen die Insel; Garibaldi landete hier im Jahre 1860. Dennoch ist heute, wo das klassische Ausfalltor Afrikas in der Hand der Franzosen, wieder eines Fremdvols, ist, die Lage verändert. Es kommt nicht mehr darauf an, wer der Herr des alten Karthago ist, sondern jetzt ist der, welcher den Sund zwischen Kap Bon und Marsala beherrscht, der Herr der Situation.

Es wurde die automatische Folge einer Expedition der Franzosen nach Ägypten, daß zwischen Franzosen und Engländern der Kampf um Malta entbrannte. Und so sind es heute nicht die Franzosen und nicht die Italiener,

sondern die Engländer, welche die Durchfahrt beherrschen, die das Mittelmeer in zwei Teile teilt.

An dieser Durchfahrt mißt man erst die große Bedeutung der Maltagruppe, die nur um die Länge Siziliens nach Osten vorgeschoben, mit einem vorzüglichen der Sturmseite abgekehrten Hafen sich wie eine Festung vor den wichtigen Mittelmeerpaß legt. Die Phönikier und die Engländer haben sie ganz verwandt benutzt. Den Phönikiern hat sie schon geholfen, das Westmeer abzuschließen gegen das Griechenmeer. Ein Riegel ist sie auch in englischer Hand.

Es ist bemerkenswert, wie solche Sperren den ersten Ausgangspunkt bildeten für die Entwicklung der englischen Seeherrschaft. Zuerst erkannte man die günstige Lage Englands selbst, welches an sich so liegt, daß es den amerikanischen Handel von der Nord- und Ostsee abschließen kann. Dieselbe Möglichkeit für das Mittelmeer gewährt Gibraltar. Die Besitznahme der Maltagruppe ist dann der nächste Schritt. Daß die Dardanellen nicht in russische, der Sund nicht in russische oder deutsche Hände komme, das durchzusetzen, wurde englisches Prinzip. Greifen die Franzosen nach der Westspitze Siziliens, so ist der Krieg zwischen England und Frankreich da. —

DER NORDWEST- UND DER NORDOSTAUSGANG ITALIENS IM ALTERTUM

Wir hatten gesehen, wie eine ausschlaggebende Grenze für die Römer im Norden die große Sumpfzone des Arno wurde. Die Römer wurden hier östlich über den Appenin geführt; westlich kamen sie an das Tyrrhenische Meer. Die Seeflanke ist der alte Hafen Pisae, welches heute Landstadt ist. Der Arno und der Serchio, einst sein Nebenfluß, bauten Land und drängten die Stadt vom Meer.

Es war durch den Arnosumpf, daß Ligurien früh für die Römer zu großer Bedeutung kam. Sie unterwarfen die Ligurer und gründeten auf ihrem Gebiet Luna und Genua, beides Häfen und Landplätze zugleich, denn von ihnen ausgehen zwei wichtige Pässe über den Appenin. Endlich gründeten sie Cemele-num Cimiez an der Bucht von Villafranca vor dem Paß, der zwischen Meer und Seealpen der einzige Ausgang Liguriens nach Westen ist. In diesem Vorland aber befinden sich die Römer in einem Gebiet, welches für sie ähnliche Bedeutung wie Sizilien gewinnt. Auf der Reede von Villafranca werden die römischen Legionen eingeschifft nach Spanien; vor allem ist es aber die alte Beziehung Roms zu Massilia (Marseille), auf welchen der römische Einfluß, dann die römische Herrschaft zwischen Alpen und Pyrenäen erwächst. Massilia war seit alter Zeit mit den Römern befreundet; es schließt sich nach dem zweiten punischen Krieg eng an die Römer an. Es wurde dann der entscheidende Sieg, den im Jahre 121 v. Chr. Qu. Fabius Maximus über die

Arverner erfocht, der die Römer im Rhonegebiet zur Macht kommen ließ und sie damit auf eine Straße setzte, deren Endpunkt, wenn man so will, auf der einen Seite in Paris liegt, auf der anderen Seite in Mainz. Der Weg führt an die Burgunder Pforte und an den Paß von Dijon. Daß die Römer die Stellung vor dem Paß von Dijon gewannen, ist auch ein Ergebnis der Niederlage des Ariovist. Das Vordringen der Römer auf diesen Straßen wurde einstweilen noch aufgehalten durch die gegen die Gracchen in Rom sich erhebende Reaktion.

Die Römer haben den Rhein früh als die Linie erkannt, von welcher aus Gallien am einfachsten zu beherrschen war. Gallien ist vom Rhein her den Römern unterworfen worden, nicht etwa daß die Römer Germanien von Gallien aus betreten hätten. Der Rhein wendet sich in der Hand der Römer offensiv gegen Gallien, defensiv gegen Germanien. Die Römer haben bewunderungswürdig früh eingesehen, daß die Abriegelung der Germanen von der Burgunder Pforte nicht reichte, und daß, wenn sie Gallien beherrschen wollten, vor allem auch der Niederrhein gegen die germanische Invasion abzuriegeln war. Daß Caesar unmittelbar nach dem Sieg über den Ariovist schon diesen Schluß gezogen hat, zeigt, wie überlegen er war. Erst die Verhältnisse am Niederrhein sind es dann gewesen, welche die Römer in das Innere Germaniens führten; auf diese besonderen Verhältnisse kommen wir bei der Darstellung der deutschen Geschichte zurück.

In der Nordostecke Italiens finden wir Massilia entsprechend Aquileja, welches eine latinische Kolonie vom Jahre 181 v. Chr. ist. An keiner Stelle dringt das Mittelmeer tiefer nach Norden ein; an keiner Stelle finden sich bequemere Übergänge über die Gebirgsmauer, welche Italien im Norden umgibt.

Der Platz Aquileja ist nicht auf unsere Zeit gekommen, aber die Kombination, die ihn charakterisiert, ist unzerstörbar. Sie beruht auf der Verbindung von mehreren Gesichtspunkten. Zuerst ist hier das natürliche Tor, welches Italien den großen kontinentalen Invasionen geöffnet hat; im Frieden der natürliche Umschlagplatz der Güter des Mittelmeergebiets, die nach den Donauländern geben. Dann ist hier aber auch zugleich die Nahtstelle zwischen dem Osten und Westen des europäischen Mittelmeergebiets. Diese Nahtstelle sowohl wie die Handelsstadt zeigen sich in dreifacher Form. Venedig wurde die Nachfolgerin Aquilejas; auf Venedig folgte Triest. Aquileja zwischen Ostrom und Westrom schien so wichtig zu sein, daß Theodosius daran denken konnte, hierhin die Hauptstadt des Reiches zu verlegen. Im Mittelalter erhebt sich Venedig an der Berührungsecke des Abendlandes und Morgenlandes zu einer selbständigen Weltmacht zwischen beiden. Die Erbin von Aquileja und Venedig wurde Triest. Das österreichische Fundament dieses Platzes ist jetzt zertrümmert; seine Zukunft ist international.

Zwischen den beiden wichtigen Grenzen und Eingängen im Nordwesten und Nordosten Italiens liegt im Altertum die Poebene wie ein großes neutrales Gebiet, dessen Bedeutung in seinem natürlichen Reichtum und der sich hier immer wieder aufzuchtenden großen Bevölkerung liegt. So drückt dies Gebiet auf das südlich davon liegende Italien von selbst. Als ein natürliches Glacis vor dem Apennin wird dies Gebiet zum natürlichen Schlachtfeld Italiens; es ist aber zugleich auch ein natürliches Glacis des Ostens gegen den Westen, des Westens gegen den Osten, wodurch das Poland das große Schlachtfeld Europas wird.

Wenn die Römer hier auch zuerst hart mit der gallischen Bevölkerung umgesprungen sind, ausgerottet haben sie dieselbe nicht. Jenseits des Po blieb mehr erhalten als diesseits (in römischem Sinn); im Osten weniger als im Westen, wenn auch dort zu Augustus Zeiten noch das ganze Volk der Salasser auf dem Sklavenmarkt verschwand. Im Osten allein wurde das gallische Element ganz verdrängt. Der venezianische Dialekt enthält nicht die unitalienische Färbung, die den Dialekten rechts des Oglio eigen ist.

Für das Mittelalter gewann die Poebene dadurch Bedeutung, daß hier allein die altitalische Städtekultur, die im Süden vordorste, zum zweitenmal Blüten trieb. Unter ganz besonderen Bedingungen! Denn eben dies Pogegebiet wird das Gebiet der intensivsten Reibung und Durchdringung romanischer und germanischer Kultur. Hier entsteht die romanische Baukunst. Hier wird ferner das Mittelalter geboren, und hier erreicht es kulturell wohl seinen Höhepunkt. Hier, die günstige Zeit des Kampfes zwischen Kaiser und Papst wahrnehmend, erhebt sich zuerst der dritte Stand.

DAS NACHANTIKE ITALIEN

Nachdem wir die Wege der italischen Geschichte im Altertum darzustellen versucht haben, bleibt uns ein kurzer Blick auf die Entwicklung in nachantiker Zeit. In dieser Zeit sehen wir mit Erstaunen, wie sich das Schwergewicht auf politische Landschaften legt, die im Altertum gar nicht bestanden. Es erscheinen neu der Kirchenstaat, Toscana, Venedig, die Lombardei, Savoyen und Genua. Sie beginnen die Geschichte Italiens zu beherrschen, aber man könnte nicht sagen, daß — einzelne Momente ausgenommen — von einem dieser Gebilde im Mittelalter positive italische Geschichte ausgegangen sei.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, der Entwicklung dieser neuen politischen Landschaften zu folgen; es soll nur zur Sprache gebracht werden, was sich unmittelbar aus der geographischen Struktur ableiten läßt.

Der Kirchenstaat ist noch am meisten der Nachfolger einer antiken Idee. Er baut sich auf jener Überquerung des Apennin im Zuge des Passes von

Scheggia auf, die wir schon kennen. Am Kopf der einen Seite dieses Überganges liegt Ravenna; am Kopf der anderen Seite liegt Rom.

Die Straße Rom—Ravenna hat auf jeder Seite des Appenin eine Sperre; auf der tyrrhenischen Seite ist dies Spoleto; auf der adriatischen Seite war die flaminische Straße durch die Furloschlucht zu sperren, die wenig abwärts des Passes von Scheggia liegt. Beide Sperren haben sich politisch und historisch ausgewirkt.

Die Sperre von Spoleto wurde der Sitz eines mächtigen langobardischen Herzogtums, dessen natürlicher Beruf war, den Druck, der von hier gegen Rom möglich war, auszuspielen gegen das langobardische Königtum. Als dies Königtum unterging, rettete sich der Herzog von Spelota durch Übergang zum Papst. Will man einen Ausdruck anticipieren, der erst dem späteren Mittelalter gehört, so war Spoleto der gegebene Platz für das Emporkommen von Vögten des Papsttums in älterer Zeit. Die Spolotiner wurden, als die Karolinger niedergingen, ganz folgerichtig Prätendenten für das Kaisertum.

Es war das Schicksal Spoletos, vom Papst aufgesogen zu werden. Als päpstliches Gegenspoletto kommt das frühmittelalterliche Perugia empor,

Auf der adriatischen Seite ist grundlegend, wie man die Furloschlucht umgeht. Die Via Flaminia kommt an den Metaurus hinab und erreicht die Küstenstraße in Fanum Fortunae (Fano). Dieser Ort ist der eigentliche Kopf der Straße am adriatischen Meer. Man kann vor der Sperre das nördliche Nachbartal des Pisaurus gewinnen; dann kommt man in Pisaurum (Pesaro) an die Küste. Man kann aber auch südlich den Misa abwärts gehen und erreicht dann in Sena Gallica (Sinigaglia) die See. So kommen wir schon auf drei natürliche Köpfe der Via Flaminia. Rechnet man zu diesen noch im Norden und Süden Ariminum und Ancona, die Riegel dieses adriatischen Küstenlands, dann kommt man auf 5 militärische wichtige Straßenköpfe in diesem Küstengebiet. Diese Plätze haben politisch keine Gegensätze gebildet, sondern sie einigten sich in der griechischen Pentapolis, welche zur Zeit der Griechenherrschaft als eignes Ducat neben das Exarchat von Ravenna trat.

Zur Römerzeit ist es die Metauruslinie, welche obenansteht, und alles orientiert sich nach Rom; im Mittelalter wird es die Pisauruslinie, welche in den Vordergrund tritt. Zur Zeit der Republik wurde also die Schlacht am Metaurus an einer sehr bedeutsamen Stelle geschlagen; im Mittelalter kommt der Platz empor, der den Pisaurusweg beherrscht. Dies ist Urbino. Die Wurzeln der Republik San Marino gehen in diese Verhältnisse hinab.

Ravenna hatte für das deutsche Kaisertum eine ganz ähnliche Bedeutung wie für Byzanz. Die Griechen waren politisch, die Deutschen waren es nicht. Die Griechen taten alles, um den Erzbischof von Ravenna zu halten gegen den Papst. Sie vereinigten Ravenna und die Pentapolis militärisch gleichsam

zu einer Festung; später im 7. Jahrhundert machten sie den Erzbischof kirchlich unabhängig von Rom. Der griechischen Politik tritt gegenüber das Versagen Karls des Großen und Ottos III. Karl lieferte Ravenna dem Papst aus; Otto übergibt dem Papst 8 Grafschaften in diesem Gebiet, nämlich Ancona, Sinigaglia, Pesaro und Fano; dazu kamen Cagli und Fossombrone an der Furloschlucht und endlich die Grafschaften Jesi und Osimo, von denen Osimo eine Ergänzung von Ancona ist und Jesi (Aesis) eben am Aesis liegt, dem aufwärts folgend man von Ancona zum Paß von Scheggia gelangt. Diese 8 Grafschaften sind die frühmittelalterliche Form der Pentapolis. Das ganze Gebiet ist nach seiner politischen Entwicklung in byzantinischer Zeit gegen Rom orientiert; Ravenna ist der natürliche Ausgangspunkt der Römerzüge, von denen die ersten, wenn man so will, Züge von Exarchen gewesen sind. Ravenna ist die natürliche Basis für den Romzug des deutschen Königs, der in Placentia, wo er italischen Boden betritt, auf der Straße nach Ravenna steht, und in Ravenna auf der Straße nach Rom. Ravenna ist seinem ganzen Wesen nach antik, kaiserlich und konservativ; das päpstliche Rom ist antikaiserlich und revolutionär. Erst mit der Kapitulation Ravennas vor dem Papst ist daher der Sieg des Papsttums ganz entschieden gewesen. Eigentlich ist der Erzbischof von Ravenna der Nachfolger des Exarchen, der Exarch der Nachfolger des Theodorich, Theodorich der Nachfolger des Odovakar, der wieder der Nachfolger des letzten weströmischen Kaisers ist. In der Hand des römischen Papstes wurde Ravenna sich selbst zum Widerspruch und damit hört sein politisch-historisches Leben auf.

Auf der Basis ganz neuer geographischer Bedingungen erhebt sich das mittelalterliche Toscana.

Die eigentliche Teilungslinie des alten Etruriens, dasselbe von Westen nach Osten querend, liegt in der Linie des Monte Amiata, des großen, aber erloschenen Vulkans, mit dem die vulkanische Zone Italiens im Norden ihren Abschluß erreicht. Nördlich dieser Linie finden wir in der Kaiserzeit annanarisches, im Süden suburbicarisches Land, das heißt der Süden steht unter Senatsverwaltung, der Norden steht unter kaiserlicher Verwaltung. Diese Teilung hat über das Mittelalter hin Bestand gehabt; auch hier unterscheiden wir ein suburbicarisches und ein kaiserliches Land. Indes suburbicarisches bedeutet nun zugehörig zum patrimonium Petri, während der Norden zu Reichsitalien gehört. Diese Teilung ist nun nicht die, welche uns hier interessiert. Uns interessiert eine unerwartete Teilung, die sich senkrecht auf die andere stellt.

Die Römer hatten in der zweiten Hälfte des 2. Jahrhunderts v. Chr. die Via Cassia nach Norden gebaut. Ihr Kopf jenseits des Arno wurde Florentia. Die Arnobrücke gehört daher untrennbar zu Florenz.

Die Etrusker hatten über dem Arno einen wichtigen Außenplatz, Fäsulae. Das römische Florentia wurde das an den Fluß herabgelegte Faesulae.

Die Via Cassia ging über die Wasserscheide zwischen Tiber und Arno in dem Zuge Clusium (Chiusi), Cortona, Aretium (Arezzo). Als in diesem Straßengebiet das Wasser seinen ohnehin nicht guten natürlichen Abfluß mit dem Ende der antiken Kultur ganz einbüßte, versumpfte die Straße, wurde ungangbar und ihr Verkehr wurde nach beiden Seiten auf Nebenstraßen gedrückt. Von diesen war die östliche die alte Via Amerina, die links des Tibers von Rom aus nordwärts nach Perugia lief, die nun auch deswegen zur Bedeutung kam, weil sie das langobardische Spoleto umging. Die westliche Seitenstraße aber ist der Weg, der durch das Elsatal über die Wasserscheide nördlich des Monte Amiata führt. An diesen beiden Straßen erblühen nun zwei mittelalterliche Städte; heute wieder abseits liegend, sind sie als die altertümlichsten mittelitalischen Städte bekannt. Auf der Wasserscheide zwischen Elsa und Ombrone thront Siena; an der Via Amerina liegt Todi.

Die Straße über Siena indes kam in eine ganz besondere Konjunktur. Die Franken hatten an die italischen Küsten gerade wie an ihre Landgrenzen Markgrafen gesetzt. Der Mark Fermo und der Mark Ancona an der Adria entspricht ihre Mark Tusciens am Tyrrhenischen Meer. Der Markgraf sitzt auf dieser Seite in Lucca; sein Hafen ist Pisa. In Pisa kommen die unzähligen fränkischen Rompilger an Land, welche zur Vermeidung des öden östlichen Rivierabogens die Strecke Genua—Pisa zu Schiff gefahren sind. Pisa und Lucca wurden Todfeinde; schon in der fränkischen Zeit liegen die Keime hierzu.

Wir sehen nun, wie die Straße durch das Elsatal zuerst als Frankenstraße aufkommt; auf ihr ziehen alle fränkischen Pilger nach Rom. Später zieht der deutsche König diese Straße nach Rom. Es entsteht später wie von Natur eine Kombination Pisa—Siena, der eine Kombination Lucca—Florenz gegenübertritt. Auf der einen Seite verbindet sich das kaiserliche Siena mit einem kaiserlichen Pisa. Auf der anderen Seite das antikaiserliche Florenz mit dem antipisanischen Lucca. Florenz kommt eben zu Macht, weil es abseits der Kaiserstraße über Siena liegt. Es steht gegen den Kaiser und hält zum Papst. Seit dem Gegenkönigtum Ottos IV. spricht man von dieser Gegenpartei auch als von der Partei des Welfen — der welfischen Partei.

Die Herzoge von Toscana einigten das Land. Siena machten ihnen die Spanier zum Geschenk. Von Papstes Gnaden wurde der Herzog von Toscana im Jahre 1569 Großherzog, als er die ihm vertrauenden Protestanten der Inquisition übergab. Die Großherzoge hatten ein natürliches Interesse daran, die alte Via Cassia wieder zu Ehren zu bringen, das war bei ihnen schon dynastische Politik. Sie trockneten das Chianatal aus und verlegten die Wasserscheide zwischen Arno und Tiber bis in die Gegend von Chiusi hinauf. Nun

ging der große Verkehr wieder im Zuge der alten Via Cassia nach Rom und sein Ausgangspunkt ist Florenz.

Das, was uns das mittelalterliche Italien in vielen Fällen verständlich macht, ist die Betrachtung von Norden her, anstatt von Rom. Die politische Konjunktur Toscanas liegt in der Beherrschung der Wege nach Rom, ist also mittelalterlich. Ein Kaiser Friedrich II. konnte hierauf den Gedanken aufbauen, von Toscana aus Oberitalien und Florenz abzuriegeln vom Kirchenstaat. Er versuchte die Verbindung zwischen dem Reichsland am Tyrrhenischen Meer und dem Reichsland an der Adria herzustellen. Nach dem Verlust Viterbos hat er mehrere Jahre in Grosseto residiert, wo er Seeverbindung mit dem Königreich Sizilien besaß. Der Zug des Kaisers nach Città di castello im oberen Tibertal hatte den Zweck, das Zwischenland zwischen Osten und Westen unter seine Herrschaft zu zwingen. —

Wichtig für die Lage von Florenz ist, daß es im Brennpunkt eines größeren Appeninbogens liegt; es vereinigt sich daher eine ganze Reihe von Wegen über den Appenin in Florenz. Auf diese Weise konnte es nicht ausbleiben, daß der Florentiner Einfluß sich auch jenseits des Appenin geltend machte. Wir kommen hierauf bei der Betrachtung Oberitaliens zurück.

Für die Lombardei ist von großer politischer Bedeutung geworden, daß der Po durch den Tessin an den Appenin gedrängt wird, und so abwärts Pavia ein Paß zwischen Gebirge und Fluß entsteht, der das ganze Land rechts des Po in zwei getrennte Teile zerlegt. Der Paß von Stradella ist das Gegenstück zum alten Paß von Caesena. Die feste Stadt Ticinum (Pavia) oberhalb des einen ist zugleich das Gegenstück zu dem sicheren Ravenna oberhalb des anderen. In Ticinum (Pavia) finden wir die zweite Germanenresidenz, nachdem Ravenna die erste war. Ticinum (Pavia) ist die natürliche sichere Basis gegen die Aemilia von Westen her, wie Ravenna (Ariminum) eine solche von Osten her war. Die eine kommt in der Hand der Römer empor, die andere notwendig in der Hand der Germanen. Der Platz Ravenna war widersinnig für die Germanen, weil er nach der verkehrten Seite sah. Es ist sehr fraglich, ob die Ostgoten in Ticinum oder in Verona die Katastrophe erlebt hätten, die Ravenna für sie fast im Schoße trug.

In diesen wenigen Sätzen finden wir schon einen wichtigen Schlüssel für das Verständnis der mittelalterlichen Geschichte der Lombardei.

Die Bedeutung Ticinums (Pavias) beruht nun nicht nur auf seiner Lage vor dem Engpaß, sondern auch darauf, daß dieser von hier aus zu umgehen ist. Zur Umgehung des Passes haben die Römer die Wege von Placentia und Cremona her zur Verfügung gehabt. Die Straße von Cremona führt über Lodi. Das ist aber von Süden her gesehen. Von Norden her beherrscht Mailand die Situation. Mailand tritt daher im Mittelalter an die erste Stelle.

Man pflegt von Mailand immer zu sagen, es sei der Platz, der im Brennpunkt der zentralen Alpenübergänge liege. Das kann aber nicht seine erste Bedeutung gewesen sein. Es sind zuerst weniger die Alpenstraßen als die oberitalischen Straßen, die hier ihre Verknüpfung finden. Hier sieht man sofort, daß eigentlich zwei Städte Konkurrentinnen waren, nämlich Lodi und Mailand.

In Konstanz erschienen die Boten von Lodi vor dem Rotbart. Sie klagten, die Mailänder hätten ihre Stadt zerstört und sie selbst gezwungen, sich an vier offenen Orten anzusiedeln; auch an diesen würden die Lodesen von den Mailändern verfolgt. Mailand und Lodi schlossen sich also auch im 12. Jahrhundert noch aus. — Aber der Wechsel der Zeiten steht unmittelbar bevor!

Betrachten wir die älteste Römerstraße in diesem Poland; es ist die Via Aemilia. Sie läuft von Ariminum nach Placentia; aber es ist klar, daß es nicht lange die Idee dieser Straße gewesen sein kann, sich in Placentia blind zu laufen, wahrscheinlich sogar dies nie gewesen ist. Als die Straße gebaut wurde, bestehen schon lange zwei Römerplätze am Po. Placentia und Cremona sind die beiden Römerfestungen, deren Gründung vor die Erbauung der Straße fällt.

Die Via Aemilia gabelt sich in Regium Lepidum (Reggio) nach beiden Festungen hin, die Straßenäste treffen dann aber jenseits derselben wieder zusammen in Lodi. Von Lodi zieht die vereinigte Straße dann weiter nach Mailand in der alten Straßenrichtung, als ob diese durch die Gabelung niemals eine Ablenkung erfahren hätte.

Es ist verständlich, daß ein Lodi, welches die Straßen nach Cremona und Placentia mit zwei Poübergängen beherrscht, für die Mailänder von größter Bedeutung wurde, sobald ein deutscher König wirklich italienische Politik zu treiben begann. Wir sehen den Rotbart Mailand zerstören und Lodi wieder aufbauen, gewiß an sich ein bemerkenswerter Gegensatz. Aber der Kaiser baut das neue Lodi an der Adda auf und damit wird das neue Lodi etwas ganz anderes als es vor der Zerstörung durch die Mailänder gewesen war. Das alte Lodi war die Basis gegen Cremona und Placentia von Norden her geworden; das neue Lodi ist nur ein Addaübergang und hat Bedeutung für den deutschen König von Osten her. Hat nun Friedrich I. die Lage Lodis verkannt?

Der große Kampf um Lodi erhält eine instruktive Ergänzung durch den zweiten großen analogen Kampf, den derselbe Kaiser um Tortona ausgefochten hat.

Von Tortona gabelt sich die Straße von altersher vor den beiden wichtigsten Pässen über den ligurischen Appenin. Von hier aus geht der Weg über den Col del Altare nach Savona, vor allem aber über den Col dei Giovi nach Genua. Tortona, der gemeinsame Riegel für beide Paßstraßen, wird durch

Friedrich I. im Jahre 1155 zerstört. In der Folge entsteht dann Alessandria, welches von den Appeninpässen nur den westlichen über den Col del Altare sperrt. Wohl aber sperrt die neue Festung außerdem noch den Durchgang zwischen dem Appenin und den Bergen des Montferrat. Das hat nun aber in staufischer Zeit nicht so sehr viel heißen wollen. Die Montferrater — ihre Urgroßmutter war angeblich eine Tochter Ottos I. — waren gut kaiserlich. Vielleicht aber ist der Gedanke Alessandrias weniger, den Weg hier zu schließen als ihn zu öffnen — für Frankreich. Das ist päpstlich gegen den Kaiser gedacht. Halten wir nun die beiden Neugründungen des 12. Jahrhunderts nebeneinander, so erscheint in ihnen verbunden äußerst plastisch die Umwertung, die das Mittelalter bringt.

Auch die Plätze der Via Aemilia erfahren jetzt eine Umstellung dadurch, daß sie von Norden zu sehen sind, denn jeder dieser Plätze ist die Pforte zu einem Appeninübergang.

Man kann diese Appeninübergänge in zwei Gruppen teilen. Die östliche wird, von den Übergängen gebildet in das Mugello und nach Florenz; die westliche führt an den unteren Arno in das Gebiet der Zugänge zum Elsatat und an das Tyrrhenische Meer. Die östliche Gruppe hat die Tendenz, unter die Herrschaft der Florentiner zu kommen; die westliche bildet einen Teil der großen Kaiserstraße nach Rom. Beide Gruppen berühren sich in Bologna. Bologna hat zwei Pässe. Von Bologna führt der Futapaß nach Florenz, während man Reno aufwärts steigend jenseits der Wasserscheide nach dem kaiserlichen Pistoia gelangt. Für die Stellung Bolognas, von Haus aus kaiserlich, wird es daher entscheidend, als Pistoia in die Hände der Florentiner gerät (1223). Nun geht auch Bologna dem Kaiser verloren und über zum Papst. Für den Kaiser wird aber nun Parma der letzte Straßenschlüssel über den Appenin. Von Parma aus kommt man über den Paß von Pontremoli an das Tyrrhenische Meer; den jenseitigen Kopf Luna haben wir schon erwähnt. Die Niederlage des Kaisers vor Parma im Jahre 1248 wird daher für den Kaiser fast verhängnisvoll.

Auch um Faenza ist einmal schwer gekämpft worden. Von hier aus führt der Paß von Casa Alpe über den Appenin. Faenza hat seine besondere Bedeutung dadurch gehabt, daß es in Reichweite der Venezianer lag. Der Besitz Faenzas trennte Venedig von Florenz. Friedrich II. hat acht Monate vor Faenza gelegen und die Stadt erobert (1240).

Als die zentralen Alpenpässe in die Hände der Schweizer kamen, wurde die Bedeutung Mailands in mittelalterlichem Sinne mehr zurückgedrängt. Aber es wird in anderem Sinne begehrenswert als das reichste Herzogtum der Welt. Hier entsteht der lockende Kampfpreis, der zwischen den oberitalischen Flanken liegt.

Valentine, die Schwester des letzten Herzogs aus dem Hause Visconti, heiratete Ludwig von Orleans. Als die direkten Nachkommen Valentines den französischen Thron bestiegen, haben sie mit Valentine ihre Ansprüche auf das deutsche Reichslehen Mailand begründet.

Aber vier Jahre, bevor Ludwig XII. König von Frankreich wurde, heiratete Bianca Maria Sforza den deutschen König Maximilian. Seitdem ist das Herzogtum das Kampfobjekt zwischen den Habsburgern und den Valois. Die Habsburger bleiben siegreich, aber indem Mailand ihrer spanischen Linie zufällt, wird es zugleich tatsächlich neutralisiert. Sowie indes die spanischen Habsburger aussterben, bricht der Krieg wieder aus, um so unabwendbarer, als in die alte spanische Machtstellung mittlerweile Frankreich eingetreten ist. —

Die Zeiten ändern sich. Als im Jahre 1814 Österreich nochmals nach Oberitalien griff, ist es ein Mißgriff gewesen. Das Schwergewicht des modernen Italien liegt in Mailand, nicht in Rom. Die künftige Hauptstadt Italiens wird einmal Mailand sein. Das würde aber bedeuten die sofortige Aufrollung der Frage des Tessin. —

Zu einer ganz besonderen Rolle war während des Mittelalters das untere Pogegebiet bestimmt. Es war der Druck des langobardischen Friaul gewesen, welcher die Römerstädte Venetiens nach und nach in die Lagunen drückte und sie zwang, auf dem Wasser zu leben, wo sie allein sicher vor den Langobarden waren. So erwächst im Wasser eine oströmische Provinz. Ihre Städte entstehen zunächst wahllos da, wo jedesmal nach der Zerstörung einer Stadt auf dem Lande der nächste Schutzplatz im Wasser liegt. So erheben sich Grado, Caorle, Torcello, Malamocco, Heracliana als Nachfolgerinnen von Aquileja, Concordia, Altinum, Patavium und Opitergium. Aber von diesen Städten wird keine die Lagunen je beherrschen, denn keine hat einen politisch hierfür ausgesuchten Platz. Malamocco ist vielleicht ausgenommen, weil es allein schon in ein bestimmtes Verhältnis zu den wichtigen Einfahrten in die Lagune tritt. Im Anschluß an die wichtigste dieser Einfahrten, den Porto di lido, kommt endlich der Platz in Aufnahme, der bestimmt ist, diese ganze merkwürdige Wasserprovinz aufzusaugen und später zu personifizieren. Das ist die Stadt Rialto, die später auch den Namen des Ganzen, Venezia, trägt. Erst im XII. Jahrhundert ist der Prozeß vollendet.

Es war die Eigenheit dieser SeeProvinz, ein Vorposten des Ostreichs geblieben zu sein, als das italische Festland die Beute der Franken wurde. So konnte Venezien, als die Fränken mit Ostrom brachen, den Handel mit dem Osten monopolartig entwickeln. Denn dieser Handel fiel ihm nun allein in die Hand. Alle anderen italischen Hafenplätze, die als Konkurrenten der Venezianer in Betracht kamen, schaltete der Krieg aus. Schließlich blieb

Venezien, trotzdem es der Kaiser in der Hand gehabt hätte, doch bei Byzanz. Karl der Große hat, als er das Abendland neu ordnete, Venedig vergessen.

Die Stellung dieser Venezianer ist nun zwischen Abend und Morgen. Das Morgenland ist in Ostrom bis zu einem gewissen Grade stehen geblieben; das Abendland wird von den Franken neu konstituiert. Daher beginnt eine venezianische Geschichte auch erst zur Zeit Karls. In Venedig entsteht eins der charakteristischsten Gebilde, welche das Mittelalter gezeitigt hat. Es ist notwendig antikaiserlich und gegen Osten wie gegen Westen gekehrt; ein Gebiet eigner Kultur. Darin besteht sein Reiz. Bedingung ihrer Zwischenexistenz ist die Kraftlosigkeit der Anderen. Sowie in Italien eine wirkliche Reichsmacht sich gründen will, haben die Venezianer alles getan, um sie zu schwächen. Sie haben den großen lombardischen Bund gegen Friedrich I. geschürt. Sie waren die Feinde seines Sohnes und seines Enkels. Als sich Byzanz gegen die Venezianer erhob, wurde es auf deren Rechnung zerstört. Sie machten hieraus einen Kreuzzug — wie Handelsvölker es zu machen pflegen. Aber sie gruben sich doch so das eigene Grab. Den Osten schwächten sie so, daß er eine Beute der Türken wurde; den Westen machten sie für nationale Staaten frei. Bei England wiederholt sich alles genau.

Merkwürdig nun war, daß Venedig auch Macht auf dem Festland gewann. Das ist eigentlich gegen jede natürliche Lagunenpolitik. Der Lagunenbewohner, der auf das Festland geht, gibt dort das auf, was die Lagune gewährt, nämlich die Sicherheit. Indes, das Entstehen der terra ferma von Venedig hat einen besonderen Grund. Wir beobachten hier nochmals die Natur Italiens, verflochten mit dem Bau der Geschichte dieses Landes.

Die italischen Lagunen entstehen im Gegensatz zu unseren nordischen Lagunen, den Haffen, von Land aus. Der Fluß wirft mit seinen Senkstoffen vor seiner Mündung in seichtem Meer Wälle auf. Schließen diese sich, so ist die Lagune fertig. Die fertige Lagune wird aber notwendig nach und nach wieder zerstört, denn die Senkstoffe des Flusses dienen jetzt nur noch dazu, die Lagune aufzufüllen. Die Lagune verlandet und das Spiel beginnt von neuem. So sehen wir an der adriatischen Küste die Lagunen gehen und kommen. Aber die Venezianer gebieten diesem Wechsel Halt. Um dem Schicksal der Verlandung zu entgehen, um sich ihre Lagune zu erhalten, treiben sie bewußte Wasserpolitik. Und eben die Politik, die den Venezianern aufgezungen wird zur Konservierung ihrer Lagune, diese Politik führte sie aufs Land.

Sollte die Lagune vor Verlandung geschützt werden, so ist es klar, daß die Flüsse, die sie verlanden ließen, aus derselben entfernt werden mußten. Diese Flüsse leiteten die Venezianer in die Nachbarlagunen und Nachbarflüsse; sie verstopften so ihren Nachbarn die Zugänge zum Meer und hielten sich

selbst diese Zugänge frei. Natürlich ging das etwa nicht in Frieden ab. So kam die Republik zu ihren Festlandkriegen. Die notwendige Verfügung über die Flüsse des Hinterlands ist der Kern der venezianischen Terrafermapolitik.

Haben wir gesagt, daß es ein Fehlgriff Österreichs war, sich der Lombardei zu bemächtigen, so kann man dies von einem österreichischen Venedig nicht sagen. Der Besitz der Nordküste der Adria hat für die Donauländer mehr Bedeutung fast als für Italien. Dasselbe natürliche Recht, welches Österreich auf Triest hat, kommt ihm ohne Zweifel auch auf Venedig zu, welches noch dazu sich selbst früher nicht zum eigentlichen Italien gerechnet hat.

Venedig ging den Habsburgern im Jahre 1866 verloren, aber politisch militärische Bedeutung hat es für Italien nicht gewonnen, so lange es flankiert war von einem österreichischen Südtirol. Es war wie eine natürliche Pforte Italiens, zu welcher aber Österreich noch einen zweiten Schlüssel besaß. Der Verlust Südtirols an Italien wirkt sich am meisten auf Venedig aus. Der Nordostausgang Italiens war während des ganzen Mittelalters verriegelt; jetzt steht ihm noch Geschichte bevor.

Es ist immerhin ein merkwürdiges Schauspiel, die Nordostecke Italiens, seinen eigentlichen Ein- und Ausgang in politischer Bedeutung, zurücktreten zu sehen vor der Nordwestecke, wo die Alpen am höchsten und steilsten sind und das Land vor Gegnern am sichersten erscheint. Auf den ersten Blick war der Nordosten praedestiniert, die Wiege des italienischen Königtums zu werden, und Verona die italienische Königstadt. Wo man sich wehren muß, da wächst die Kraft. Es ist hier die Republik Venedig, welche die natürlichen Verhältnisse verschiebt.

Betrachten wir noch zum Schluß kurz das obere Pogegebiet. Zwei Paare von Pässen verbinden das obere Pogegebiet mit dem Flußgebiet der Rhone. Die Pässe über die Bernhardsberge verbinden die Dora Baltea mit dem Wallis und der Isère; die Pässe über den Mont Cenis und den Mont Genève verbinden die Dora Riparia mit der Isère und Durance. An jeder Dora finden wir eine italienische Königstadt. Über die Pässe kommt das Königtum, ohne Zweifel ein Königtum ganz anderer Art, als wenn es an der Etsch entstand, wo übrigens das Haus Savoyen die Einheit Italiens erstritt. Das Königreich im Westen kommt aus Hochburgund, es kommt aus Niederburgund, endlich noch weiter her, aus Paris. Jedoch die Kraft Piemonts ist anders gewachsen. Seit sich im XVI. Jahrhundert Franzosen und Habsburger zuerst in Oberitalien begegneten, ist es klar, welche Bedeutung Piemont für die Franzosen erhalten muß. Piemont wird von den Habsburgern gegen Frankreich, von den Franzosen gegen die Habsburger ausgespielt. Es hat den Habsburgern seine Größe zu danken, hat dann aber im XIV. Jahrhundert im Kampf gegen

Reaktion und Fremdherrschaft mit Hilfe der Franzosen und Preußen die österreichische Fremdherrschaft zur Strecke gebracht.

Wir haben gesehen, wie die politischen Landschaften des antiken Italiens zur Zeit der Völkerwanderung immer mehr an die Küste gedrückt wurden, wir haben ferner gesehen, wie die politischen Bilder, welche das römische Straßensystem schuf, sich umdrehten, sowie die politische Kraft von Norden kam anstatt von Rom. Rom selbst war lange am Erlöschen. Aber Rom ist wieder aufgelebt. Es war das römische Straßensystem, welches Rom unsterblich gemacht hat. Die römische Kirche hat sich dann des römischen Gedankens bemächtigt und mit ihm Propaganda gemacht. Da der römische Priester der Nachfolger der Cäsaren sein will, ist ihm gegenüber das universale Kaisertum vom ersten Augenblick an ein Widerspruch. Fast noch mehr aber ein König von Italien. Stets, wenn ein solches drohte, rief der Papst die Fremdherrschaft in das Land. Hierauf beruht das immer zweideutige Verhältnis, in welchem er zuerst zu den deutschen Königen, dann zu den französischen Königen, endlich zum Hause Habsburg stand.

Sehen wir nun heute das weltgebietende Papsttum und das italienische Königtum in einer gemeinsamen Residenz hausend, so ist das ein merkwürdiges Geschick. Rom zur Hauptstadt zu machen gegen bessere Erkenntnis, dazu zwang die Italiener die Geschichte und vor allem der Papst. Ließ man den Papst in Rom, so mußte man auch selbst dorthin. Rom als Hauptstadt Italiens wurde mithin eine notwendige Beigabe des Garantiesetzes. Der Papst hat sich gut vorbereitet, den König zu empfangen. Er empfing ihn als unfehlbarer Papst mit den Ansprüchen eines Innocens III. und Bonifacius VIII. Das vatikanische Konzil hat dies gerade noch vor Torschluß unter Dach gebracht. Rom wird nicht immer die Hauptstadt Italiens sein. Aber mit der Verlegung der Hauptstadt nach Mailand beginnt eine neue Phase der Geschichte Europas. Dann schlägt auch die Schicksalsstunde der Schweiz.

H. LAUTENSACH:
LITERATURBERICHT ÜBER WERKE ERDUMSPANNENDEN
UND SYSTEMATISCHEN INHALTS

- Haußleiter, O.** Wirtschaft und Staat als Forschungsgegenstand der Anthropogeographie und der Sozialwissenschaften. Weltwirtschaftl. Archiv 1924. S. 408—442.
- Haußleiter, O.** Zur Erforschung der geographischen Einflüsse im sozialen Geschehen. Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 1924. S. 96—102.
- Haußleiter, O.** Rudolf Kjelléns empirische Staatslehre und ihre Wurzeln in politischer Geographie und Staatenkunde. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1925. S. 157—198.

Im ersten seiner ungemein klar und flüssig geschriebenen Aufsätze stellt Haußleiter zunächst vier verschiedene jüngst geäußerte Anschauungen von der Aufgabe der Wirtschaftsgeographie zusammen. Nach der einen dieser Auffassungen hat die Wirtschaftsgeographie die örtliche Verteilung sämtlicher wirtschaftlichen Erscheinungen zu beschreiben und zu erklären, nach der zweiten ist sie lediglich eine Beziehungswissenschaft, die die räumliche Bedingtheit der wirtschaftlichen Erscheinungen, des Standorts wie der Organisation, zu untersuchen hat, nach der dritten erforscht sie unter dem Gesichtspunkt der Wechselwirkungen, inwiefern die Natur der betreffenden Erdstelle das Wirtschaftsleben bedingt oder beeinflußt, und wie andererseits dieses dem geographischen Bild der Landschaft ein bestimmtes Gepräge gibt. Haußleiter lehnt die beiden ersten Auffassungen ab, da sie nach ihrem Objekt einen Teil der allgemeinen oder speziellen Wirtschaftswissenschaft bilden, und weil es nicht angängig ist, diese stofflich auseinanderzureißen oder aus dem Ge-

flecht der Ursachen wirtschaftlicher Erscheinungen die herauszugreifen, die unmittelbare räumliche Beziehungen aufweisen. Er betont dabei, daß die geographischen Naturgegebenheiten, welche die Gestaltung der Wirtschaft beeinflussen, soweit sie durch das Medium des menschlichen Bewußtseins gehen und zu Triebfedern zweckmäßigen Wirtschaftshandelns werden, nur der rational-soziologischen, nach verstehbaren Motiven forschenden Methode voll erfassbar seien. Die dritte der obigen Auffassungen ist eine Zusammenfügung eines bestimmten Ausschnitts aus der beschreibenden und erklärenden Wirtschaftswissenschaft mit einem bestimmten Ausschnitt aus der beschreibenden und erklärenden Landschaftswissenschaft, die ebenfalls abzulehnen ist. Für Haußleiter hat die Wirtschaftsgeographie nur Berechtigung als ein integrierender Teil derjenigen Gesamtgeographie, die die Landschaft in den Mittelpunkt ihrer Forschung und Darstellung setzt. Wirtschaftsgeographie ist demnach der Teil der Geographie, der die durch die Wirtschaft erzeugten Teile der Landschaft beschreibt und erklärt, wobei die Erklärung nicht nur nach naturwissenschaftlicher, sondern in den eben umrissenen Fällen vielmehr nach sozialwissenschaftlicher Methode zu erfolgen und alle, die unmittelbar erdgebundenen wie die nichtunmittelbarerdgebundenen genetischen Faktoren zu berücksichtigen hat. Ich glaube, Haußleiter in dieser Auffassung im wesentlichen beistimmen zu müssen. Er läßt allerdings als wirtschaftliche Teile der Landschaft nur die sichtbaren Erscheinungsformen, sozusagen die faustdicken Tatsachen gelten, während ich auch geistige Erscheinungen, sofern sie nur zum

Wesen der Landschaft gehören, nicht von vornherein ausschalten möchte.

Aus diesem Grunde kann ich ihm auch nicht folgen, wenn er eine Politische Geographie, weil sie einen nicht sichtbaren Gegenstand handle, als integrierenden Bestandteil der Gesamtgeographie überhaupt nicht gelten läßt und dieselbe ausschließlich der empirischen Staatslehre vorbehält, die an die staatlichen Erscheinungen vor allem mit der soziologischen Fragestellung herantrete: „Wie ist die Unterordnung von Menschen unter andere Menschen, die politische Herrschaftsgewalt ausüben, und wie ist das Handeln jener Herrschenden zu erklären?“, und nur in einem ergänzenden Teil sich der naturwissenschaftlichen Untersuchung unmittelbarer physiologischer und psychologischer Natureinwirkung auf die Gestaltung des politischen Handelns der Menschen bedienen könne. Es ist durchaus möglich, die Politische Geographie als Teil einer auf den Landschaftsbegriff aufgebauten Geographie zu begründen. Aus der eben skizzierten Grundauffassung heraus bekämpft Hausleiter die Theorie Kjelléns, der im Staat einen biologischen Organismus und zugleich ein vernünftiges Kulturwesen sah. Er bekämpft auch die Ziele der Zeitschrift für Geopolitik, soweit sie in der Geopolitik nicht nur eine Kunstlehre sieht, die den Staatsbürgern, nachdem die Richtlinien der Außenpolitik zunächst erst einmal nach rein subjektivem, von der Wissenschaft nicht beeinflußbarem Ermessen festgelegt sind, Material im Interesse der möglichst leichten Erreichbarkeit dieser Ziele und der zweckentsprechenden Wahl der Mittel an die Hand geben will. Hausleiter hat durchaus recht, wenn er sagt: „Die Organismustheorie ist somit für den sozialwissenschaftlichen, ‚verstehenden‘ Teil der Staatslehre unbrauchbar, denn nachempfindend ‚verstehen‘ können wir nur einzelmenschliches Verhalten, aber nicht das Wirken von Naturkräften.“ Aber der Staat ist eben allein nach der rational-soziologischen Methode überhaupt nicht vollständig zu fassen.

Die arithmetische Summe aller auf bestimmte politische Motivationstypen eingestellten Franzosen ergibt nicht restlos den Staat Frankreich. Das geht schon daraus hervor, daß das außenpolitische Handeln Frankreichs nicht mit dem Wechsel der Regierungsparteien, die ja nach bestimmten, aber ganz verschiedenen Motiven zu arbeiten bestrebt sind, gleichzeitig einen grundlegenden Wandel erfährt. Zur Bekräftigung sei hier sogleich ein Abschnitt aus dem unten besprochenen Buch von Alverdes zitiert: „In der Massenpsychologie gilt bekanntlich der Satz: Das Ganze ist nicht die Summe der Teile. Dies will besagen, daß man durch Addition der Leistungen der isolierten Teile niemals das Ergebnis des Zusammenwirkens der vereinigten Teile erschließen kann. Die Massen- oder Kollektivhandlung M entsteht also nicht durch eine Summation der Einzelhandlungen der Personen A, B, C , sondern aus dem gemeinsamen Wirken ergibt sich ein Resultat besonderer Art. Nicht also ist $M = f(A) + f(B) + f(C)$, sondern $M = f(A, B, C)$.“ Der kollektivistische Begriff von Staat, wie ihn die Gesichtswissenschaft seit alters verwendet, deckt sich nicht mit dem Summationsbegriff vom Staat, wie ihn die rationalistische Soziologie zu pflegen sucht. Geopolitik ist meiner Auffassung nach weder ein Teil der Geographie — sie deckt sich also nicht mit dem Begriff Politische Geographie, und die von anderer Seite versuchte Unterstellung, daß das Wort in Deutschland nur eine auf äußere Wirkung berechnete Namensänderung bedeute, ist scharf zurückzuweisen —, noch eine ausschließliche Domäne der rationalen Soziologie. Sie ist ein Grenzgebiet, in dem die Gebiete der Geographie, der Geschichte und der empirischen Staatslehre zusammenstoßen, das sowohl nach rational-soziologischen als auch nach biologischen wie ebenso auch historischen Methoden bearbeitet werden muß. Es ist möglich, daß die Geopolitik später einmal, wenn es eine wohlausgebaute Staatslehre geben wird, sachlich allein zu dieser ge-

rechnet werden muß. So lange eine solche fehlt, füllt die Geopolitik, indem sie die — biologische oder motivische — Erdgebundenheit im Leben der Staaten verfolgt, eine empfindliche Lücke.

Schmidt, P. H. *Wirtschaftsforschung und Geographie*. Jena 1925. Gustav Fischer. IX und 239 S.

Der Wert dieser ausführlichen methodischen Arbeit, die, obwohl von einem Nichtgeographen geschrieben, doch an vielen Stellen überaus anerkennende Worte bezüglich der Riesenaufgabe enthält, die die Geographie im Chor der Wissenschaften erfüllt, scheint mir in der gründlichen historischen Übersicht über die wirtschaftstheoretischen Anschauungen seit dem Zeitalter der Merkantilisten zu liegen. Eine solche Übersicht mußte sich der Geograph und Geopolitiker bisher von ihm fern liegenden Stellen mühsam zusammensuchen. Sie nimmt zwei Drittel des ganzen Buches ein. Gerade dieses Umfangs wegen wäre aber einerseits eine klare Zuschneidung auf das Thema: Die methodische Untersuchung der Beziehungen zwischen der Wirtschaftswissenschaft und der Geographie nötig gewesen. Eine solche fehlt. Manche Abschnitte lesen sich, als ob sie einem Abriß der Geschichte der Völkerkunde, andere als ob sie einem solchen der Geschichte der philosophierenden Staatslehre angehörten. Andererseits hätte eine gründliche Würdigung neuerer Auffassungen vom Wesen der Wirtschaftsgeographie, wie sie z. B. von Schlüter, Hassert, Scheu, Preißler, Dove, Rühl und Lütgens geäußert worden sind, und wie sie in mustergültiger knapper Form in dem ersten der vorbesprochenen Aufsätze von Haußleiter dargestellt sind, nicht fehlen dürfen. Der eigentliche aktuell-methodische Kern des Buches ist voller innerer Widersprüche. Als Aufgabe der Wirtschaftsgeographie wird in ihm meist die Untersuchung der räumlichen Verbreitung der wirtschaftlichen Erscheinungen auf der Erde betrachtet. Wie recht wir oben daran taten,

zusammen mit Haußleiter diese Auffassung von der Wirtschaftsgeographie abzulehnen, bemerken wir, wenn wir Verfasser hier vom Standpunkt seiner Auffassung darüber klagen hören, daß die Geographen bisher die räumliche Verbreitung und Differenzierung des Geldes und Kapitals, der Banken und Börsen außer Acht gelassen haben, und wenn wir ihn daraus die Folgerung ziehen sehen (S. 166): „So klappt zwischen der Aufgabe, die die heutige Wirtschaftsgeographie sich stellt und der Art, wie sie der Aufgabe gerecht wird, eine weite Kluft!“ An anderen Stellen wieder wird der Wirtschaftsgeographie lediglich ein beziehungsweise wirtschaftlicher Charakter zugewiesen, d. h. behauptet, daß ihr ein eigenes Stoffgebiet mangle (S. 175). Von diesem Standpunkt aus wird gesagt, der Geographie im ganzen eigne eine besondere Methode der Tatsachenverknüpfung, eben die der räumlichen Kausalbeziehungen (d. h. die chorologische). Gleich darauf aber wird — sehr mit Recht, aber im Widerspruch mit dem Vorgehenden und Folgenden — bemerkt, daß auch andere Wissenschaften die chorologische Methode anwenden können (besser: müssen): „Die räumliche Betrachtung ist ihre (d. h. der Geographie) eigene, ihr allein eigentümliche Methode. Diese Methode ist es, die ihr als Wissenschaft ihre Wesensart aufdrückt. . . Ja, für jeden hat sie eine Gabe, denn der geographischen Methode kann sich jede Wissenschaft bedienen, der an der Erkenntnis der räumlichen Verbreitung ihrer Gegenstände auf der Erde etwas gelegen ist. So steht die Geographie als eigene selbständige Wissenschaft da und entfaltet zugleich eine eigene selbständige Methode.“ (S. 176.) Schließlich schleicht sich an einer Stelle noch eine dritte im übrigen aber gänzlich undiskutiert gelassene Auffassung vom Wesen der Wirtschaftsgeographie ein, die, welche wir oben mit Haußleiter bevorzugten, die an der Landschaft orientierte (S. 168): „Weniger noch als etwa die Tiergeographie kann der Geograph die Wirtschaftsgeographie

als Zweck seines Wissens preisgeben, denn die wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen greift viel tiefer ein in das Bild der Landschaft, als es die Tiere je vermochten.“

Sapper, K. Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrsgeographie. Leipzig und Berlin 1925. B. G. Teubner. VI und 300 S. M. 12,—.

Unter Wirtschaft versteht Verfasser unter Berufung auf R. Lütgens „Die Lehre von den Wechselwirkungen zwischen dem Erdraum mit seiner Erfüllung und dem wirtschaftenden Menschen“. Es handelt sich somit um die oben (s. Hausleiter) an dritter Stelle genannte Auffassung vom Wesen der Wirtschaftsgeographie, die wir ablehnen zu müssen glauben. Aus ihr heraus ist es wohl zu erklären, daß gewisse landschaftlich überaus wesentliche Erscheinungen, wie Gewerbe und Industrie, die Landbauzonen, die Fruchtfolgen und Anbaumethoden unseres Klimareiches, nur überaus knappe Behandlung finden. Aber diese Ausstellungen vermögen den hervorragenden sachlichen Wert dieses überaus inhaltreichen Werkes, das aufs eindrucksvollste von einer nunmehr bald 40-jährigen Gelehrtenarbeit in den Tropen und in der Heimat zeugt, nur wenig zu schmälern. Im ersten Kapitel werden die Tatsachen der Allgemeinen Physischen Geographie knapp mit klarer Beziehung auf den wirtschaftenden Menschen abgehandelt. In ihm verdient die ausführliche Besprechung der außertropischen und tropischen Nutzpflanzen wegen ihrer vielseitigen, großenteils auf eigene Erfahrung gegründeten neuen Bemerkungen besondere Hervorhebung. Aus dem zweiten Kapitel: „Der Mensch als wirtschaftendes Wesen“ sei auf die Abschnitte „Akklimationsfähigkeit des Menschen“, „Arbeitergewinnung“, „Behandlung farbiger Arbeiter in den Tropen“ hingewiesen, die reiche praktische Hinweise und Ratschläge enthalten. In ihm wird die Lehre Ed. Hahns vom Hackbau durch Ausscheidung zweier weiterer Stufen des niederen Feldbaus, des Grabstockbaus und des Pflanzstockbaus bereichert. Dieselben werden

auf der beigegebenen „Wirtschaftlichen Ausnützungskarte der Erde“ (S. 124) in ihrer räumlichen Verbreitung dargestellt. In ihr und im Text hätte sich vielleicht eine Unterteilung des Pflugbaus in Hakenpflugbau und Räder-(Karren-)Pflugbau empfohlen. Es folgen die relativ kurzen Kapitel: Übersicht der Gütererzeugung, der Handel, der Verkehr. Unter den beigegebenen 70 kartographischen Darstellungen, die zum Teil der im gleichen Verlag erschienenen Länderkunde von A. Hettner entnommen sind, verdienen die völlig neuen wirtschaftsgeographischen Karten der Erdteile, die G. Heise entworfen hat, besondere Hervorhebung. Allerdings leiden sie wegen der Fülle des Dargestellten an einer gewissen Unübersichtlichkeit, enthalten sie doch bis 48 verschiedene Signaturen. Aber eine bessere Ausführung solcher Wirtschaftskarten, noch dazu in Schwarzdruck, dürfte eine Aufgabe sein, die der Quadratur des Kreises gleicht. Schade, daß der Verlag beim Druck zwei Arten von Typen verschiedener Größe gewählt hat, so daß äußerlich der Eindruck größerer und geringerer Wichtigkeit der in Wirklichkeit überall gleich bedeutungsvollen Ausführungen Sappers erweckt wird!

Levy, H. Die Grundlagen der Weltwirtschaft.

Eine Einführung in das internationale Wirtschaftsleben. X und 185 S. Leipzig und Berlin 1924. B. G. Teubner M. 5,—.

Der unsern Lesern durch mehrfache Beiträge bekannte Verfasser (Z. f. G. 1924, S. 289, 533, 1925, S. 576) gibt hier auf Grund eines gewaltigen Wissens in das vielverschlungene und in seinen Zusammenhängen rasch wechselnde Getriebe der Weltwirtschaft eine kurze Einführung, deren Grundgedanke eingedenk eines als Motto vorangesehenen Wortes von Friedrich List die Idee der internationalen Arbeitsteilung, ihrer Ergründung und Begründung ist, wobei unter diesem Gesichtspunkt nicht nur der Güteraustausch, sondern auch der Menschen- und Arbeitsaustausch erfaßt wird. Mit dem Prinzip

der Weltwirtschaft steht in Widerstreit das gerade in der Nachkriegszeit wieder überall auf der Erde in den Vordergrund getretene Prinzip der Nationalen Wirtschaft, das den eigenen Staat möglichst völlig zum Alleinträger der sich ergänzenden wirtschaftlichen Einzelprozesse machen möchte. Levy erhofft als Frucht seiner umfassenden Arbeit „die wachsende Erkenntnis von der Notwendigkeit weltwirtschaftlicher Gegenseitigkeit und der Respektierung der internationalen Handelsbeziehungen“. Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft aus dem Chaos der Jetztzeit muß von der Erkenntnis ausgehen, daß durch machtpolitische Bestrebungen, welche die Voraussetzungen weltwirtschaftlicher Gemeinschaftlichkeit übersehen zu können glauben, eine Gesundung der internationalen Wirtschaft nicht zu erreichen ist. Als erstes Mittel zu einer solchen empfiehlt Levy die Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit der besiegten oder sonst wirtschaftlich desorganisierten Länder und damit den finanziellen Wiederaufbau der verarmten Gebiete sowie die Paralisierung der unheilvollen wirtschaftlichen Folgen der neuen Grenzziehungen, die Produktionsgebiete von ihren Rohstofflagern und Absatzräumen geschieden haben, durch entsprechende internationale Vereinbarungen.

Osborn, W., Handkarte zur Wirtschafts- und Verkehrsgeographie der Welt. Mittelpunktmaßstab ca. 1 : 96 000 000. Karl Chun, Berlin W. 35. 3. Aufl. M. 0,80.

Die handliche und recht übersichtliche farbige Karte stellt in Flächenkolorit 6 Landbauzonen („Kulturzonen“), je 2 Gemäßig-warme, Subtropische und Tropische dar. Wegen dieser Flächendarstellung ist es zu bedauern, daß der Merkatorwurf gewählt wurde. Mit farbigen Strich-, Punkt- und Buchstabensignaturen sind die Gewinnungsräume von Nahrungs- und Genußmitteln, industriellen Rohstoffen u. a. eingetragen.

Otto Hübners Geographisch-statistische Tabellen aller Länder der Erde. 68. Ausgabe,

1925, neu bearbeitet von E. Würzburger und W. Grävell. XI u. 158 S. Wien 1925. L. W. Seidel & Sohn. M. 6,00.

Gegenüber der in der Z. f. G. 1924 S. 737 f. besprochenen 67. Ausgabe ist je eine kurze „Übersicht über die Weinernten und die Hopfen-, Kakao-, Kaffee- und Teeproduktion wichtiger Länder“ sowie über die „Weltproduktion von Wolle, Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute, Seide und Tabak 1913—1923“ hinzugekommen. Von befreundeter Seite werde ich darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Berechnung der Erdbevölkerung für 1910/11 (S. 35/36) immer noch die Bevölkerung Kongreßpolens und Finnlands vergessen ist, so daß sich die Gesamtbevölkerung Europas für diesen Zeitraum nur zu rund 417 statt zu etwa 450 Millionen ergibt.

Egelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1924, fortgeführt von H. Haug. 17. Jahrg. Stuttgart 1925. Carl Krabbes Verlag. 360 S. M. 10,00.

Eine chronistische Darstellung der wichtigsten inner- und außenpolitischen Ereignisse, eine ungemein fleißige Leistung eines Einzelnen. Die Ausführungen über das Deutsche Reich und seine Gliedstaaten füllen 271 Seiten und halten sich in bemerkenswerter Weise von parteipolitischer Einstellung frei. Die Fortführung dieser Jahresübersichten könnte eine ansehnliche Materialsammlung, auch für geopolitische Zwecke, werden. Vorläufig sind sie, was auch im Interesse der politischen Blickweite der Leser zu bedauern ist, zu europazentrisch eingestellt. Entfallen doch auf die außereuropäischen Erdteile nur 18 inhaltlich dürftige Seiten, wobei noch zu bedenken ist, daß kolonialgeschichtliche Tatsachen nicht etwa im Zusammenhang mit den europäischen Herrenländern registriert sind.

Alverdes, Fr., Tiersoziologie. Forsch. zur Völkerpsychologie u. Soziologie, herausgeg. von R. Thurnwald. Bd. 1. Leipzig 1925. C. L. Hirschfeld. VIII u. 152 S. M. 4,80. (Vgl. Z. f. G. 1925, S. 527.)

Auf Grund von mühevollen Spezialstudien am

der Hand der neuesten Literatur, selbst Reise-
werken, wird in knapper, allgemein verständlicher
Form das Wichtigste zusammengetragen, was
über die Gesellung der Tiere bekannt ist. Der
Stoff ist in eine Spezielle und eine Allgemeine
Tiersoziologie gegliedert, welche letztere hier über-
haupt erstmalig versucht wird. Hohe Bedeutung
erhält diese Arbeit vor allem dadurch, daß sie
konsequent unter den Gesichtspunkt einer All-
gemeinen Vergleichenden Soziologie gestellt ist.
Die hier zu Wort kommende Richtung der So-
ziologie ist der Antipode der von Haußleiter
(s. o.) vertretenen rationalistisch gerichteten So-
ziologie. Wir können sie die biologische nennen.
Es seien aus dem Schlußkapitel „Zur Sozial-
biologie des Menschen“ einige Stellen zitiert,
die schlaglichtartig Haußleiters Stellung zur
biologischen Staatsauffassung Kjelléns und zur
Geopolitik beleuchten, wenn sie auch nicht auf
sie gemünzt sind, und daher in ihren Vorder-
sätzen zum Teil in andere Richtung weisen:
„So wäre es denn ein großer Irrtum, wenn man
glauben wollte, die menschlichen Institutionen
wie Staat, Religion, Ehe usw. seien rein die
Produkte der ‚Willkür‘, irgendwann und irgend-
wo zufällig ersonnen von einem Herrscher oder
einer herrschenden Gruppe zu eigener Bequem-
lichkeit oder zu eigenem Vorteil. Wäre dem so,
wären diese Institutionen nicht basierend
auf der ganzen inneren Organisation
des Menschen, seiner gesamten In-
stinkt- und Triebwelt, dann wären sie
längst wie eine beliebige Modetorheit verschwun-
den und der Vergessenheit anheimgefallen. Daß
sie, wenn auch in wechselnder äußerer Ein-
kleidung, sich stets forterhalten haben, ist der
beste Beweis für ihre Naturgebundenheit“
(S. 133). „Soziale Geschöpfe müssen immer
einen Verband bilden, der beim Menschen und
bei vielen Tieren in der Weise organisiert ist,
daß eine abgestufte Rangordnung ausgebildet
wird, und daß ein Individuum oder deren
mehrere eine Führerrolle übernehmen; mit dem
Herrscheininstinkt des Überlegenen korrespondiert

ein Subordinationsinstinkt des Untergeordneten“
(S. 135). „Bekanntlich hat der Mensch die
Tendenz, die Impulse zu Handlungen, welche
ja alle letzten Endes aus dem Unbekannten,
Unerforschbaren entspringen, ex post rational
zu ‚erklären‘. Und dieses Kunststück gelingt
ohne weiteres infolge unserer weitgehenden An-
gepaßtheit an das Milieu (die wir mit allen
Organismen teilen!), ohne daß wir uns im all-
gemeinen bewußt werden, wie viele Deutungen
unsere Handlungen meist zulassen, und daß es
ein Leichtes wäre, für eine jede derselben ein
ganzes Motivbündel aufzuzeigen“ (S. 8).

Lautensach.

Clemens Schneider, Bodenkultur u. Binnen-
wirtschaft. Statische Untersuchungen über
die Beziehungen von Industrie, Handel u.
Landwirtschaft des In- u. Auslandes und
die Wiederherstellung des wirtschaftlichen
Gleichgewichts im Wege des Bodenkultur-
projektes. Helwingsche Verlagsbuchhand-
lung, Hannover 1925.

Das Thema des Buches ist jetzt zeitgemäß und
dürfte gerade bei den Lesern unserer Zeitschrift
besonderes Interesse finden: Wurde doch gerade
an dieser Stelle durch verschiedene Aufsätze
nachgewiesen, wie nach dem Kriege die wirt-
schaftlichen Strebungen großer Erdräume (Ost-
asien, Amerika-Rußland) zur Abrundung ihres
inneren wirtschaftlichen Kreislaufs drängen. Die
alten Industrieländer werden zur Umstellung
gezwungen, da sich die bisherigen Rohstoff-
länder ihre eigene Industrie schaffen, Land-
wirtschaft und Industrie dürfen sich als Grund-
pfeiler jeder volkswirtschaftlichen Produktion
nicht mehr bekämpfen, sie sind gerade bei den
jetzt sich durchsetzenden wirtschaftspolitischen
Tendenzen mehr als je aufeinander angewiesen
und überall ist eines der dringendsten Probleme,
zu untersuchen, wie durch die Industrialisierung
der Landwirtschaft und durch gesteigerte Boden-
kultur die Bedürfnisse der Binnenwirtschaft be-
friedigt werden können.

Auch Schneider fördert in seinem Buche die

Ergänzung von Industrie und Landwirtschaft. Auch er stellt als höchstes Ziel für die deutsche Landwirtschaft die Ernährung des deutschen Volkes durch die eigene Scholle auf. Schneider fordert eine mit allen wissenschaftlichen Hilfsmitteln durchgeführte Bodenkultur und die Selbständigmachung der deutschen Wirtschaft. Im Zusammenhang damit lehnt er die nach dem Dollar orientierte Währung ab und verlangt eine „Lebensmittelwährung“, die uns vom Weltmarkt unabhängig machen wird. Endlich bringt er Ausführungen über die Beziehung der Bodenreform zur Bodenkultur, über das Verhältnis von Ethik, Pädagogik und Kunst zur Bodenkultur sowie über Arbeitserheft und Bodenkultur — und dies alles auf insgesamt 63 Seiten. Wenn wir auch nicht bestreiten wollen, daß Kürze meist und auch in diesem Falle ein großer Vorteil ist, so müssen wir doch betonen, daß die Probleme von Schneider nur angedeutet und nicht behandelt worden sind. Mit der wissenschaftlichen Begründung der Behauptungen und Forderungen, mit denen wir zum großen Teil an sich einverstanden sind, können wir uns jedoch nicht zufrieden geben. Die Behandlung der schwierigen Währungsfrage kann nicht auf 6 Seiten unter Berufung auf Artikel, welche in der Lehrerzeitung erschienen sind, abgetan werden. Ebenso wenig überzeugend sind in diesem Zusammenhang die Behauptungen über unser Verhältnis zu den Kolonien und zur Türkei, um so weniger, als die Ausführungen zum eigentlichen Thema nicht gehören.

Wir sind der Überzeugung, daß eine wissenschaftliche Literatur über die vom Verfasser angedeuteten Fragen fehlt oder sich zum mindesten in Deutschland nicht die allgemeine Bedeutung zu verschaffen gewußt hat, welche sie verdient. In Amerika ist die Erkenntnis, daß die Landwirtschaft die Grundindustrie des Landes ist, Gemeingut des ganzen Volkes. Dort wird von der Regierung durch obligatorischen landwirtschaftlichen Unterricht in allen Schulen und durch planmäßige Aufklärung in den Zeitungen das Verständnis für landwirtschaftliche Fragen auch in den städtischen Kreisen gefördert. Bei unseren Gebildeten fehlt diese Aufklärung und auch die Wissenschaft nimmt sich im Verhältnis zu ihren allgemeinen theoretischen Leistungen dieser für die Volkswirtschaft so wichtigen Fragen zu wenig an. Gerade im Unterschiede zu den Ausführungen von Schneider ist leider festzustellen, daß durch unsere Wirtschaftspolitik die Landwirte zur extensiven Wirtschaft gezwungen werden, daß gerade diejenigen, welche eine intensivere Bewirtschaftung wagten, in geldliche Schwierigkeiten kommen mußten, und wir hiermit im Gegensatz stehen zu der wirtschaftlichen Entwicklung in allen anderen Wirtschaftsgebieten der Erde. Die Behandlung dieser Fragen auf Grund der neuesten statistischen zuverlässigen Unterlagen ist ein Bedürfnis und eine gerade für den Geopolitiker lohnende Aufgabe, die bei zweckmäßiger Lösung die Teilnahme aller wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kreise finden wird.

Dr. Max Spandau.

Infolge Nichteingangs einer Korrektursendung blieben im Aufsatz Emil Trinkler, Die indische Nordwestgrenze, Heft 4, folgende Druckfehler unkorrigiert:

Seite 285,	Zeile 5	von unten	Tachit-i-Suleiman	statt	Tacht-i-Suleiman
„ 285,	„ 3	„ „	Eruptionsgesteinen	statt	Eruptivgesteinen
„ 286,	„ 13	„ oben	Muksan-Paß	statt	Nuksan-Paß
„ 289,	„ 17	„ „	Schaibar-Tal	statt	Khaiber-Thal
„ 292,	„ 16	„ „	Bajaur Strat	statt	Bajaur Swat

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Ardisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststr. 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinkel Verlag, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114.

Soeben erscheint in neuer, vollständig

umgearbeiteter und stark erweiterter Auflage:

Der Vertrag von Versailles

und seine Wirkungen für
unser deutsches Vaterland

Von Dr. Albert Ströhle

Mit zahlreichen Karten u. graphischen Darstellungen
260. — 280. Tausend

*Aus einer Rede des Staatspräsidenten
Dr. Hieber, im Württembergischen Landtag:*

Ich werde mir erlauben, durch Vermittlung der Landtagskanzlei jedem Abgeordneten ein Stück dieser Schrift zuzustellen. Darin sind die Bestimmungen des Vertrags von Versailles in übersichtlicher, gemeinverständlicher und durchaus zuverlässiger Weise zusammengefaßt. Die Schrift ist auf meine Anweisung hin von Vertretern der Oberschulbehörde eingehend geprüft worden und wird in den Schulen, soweit Alter und Reife der Schüler dies zulassen, verbreitet werden, soll auch dem Unterricht in den Schulen zugrunde gelegt werden. Sonst kann die Regierung zur Verbreitung nicht viel tun, aber die Herren Abgeordneten können dazu sehr viel tun, daß auch in den Organisationen der verschiedensten Berufe, in der Landwirtschaft, im Handwerk, bei den Arbeitern, auch bei den höheren Berufen, den Gelehrtenberufen, alles für die Verbreitung einer solchen Aufklärung geschieht, was irgend geschehen kann.

PREIS MARK 1,50

**Zentralverlag G. m. b. H.
Berlin W 35**

PAUL GRAF TELEKI:
DIE WELTPOLITISCHE UND WELTWIRTSCHAFTLICHE
LAGE UNGARNS IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART
(Vortrag gehalten 20. 1. 1926 im Ung. Institut der Universität Berlin.)

Wir geben im folgenden gern einem hervorragenden ungarischen Gelehrten und Patrioten das Wort. Wenn wir uns auch nicht mit allen Einzelheiten der Ausführungen des Grafen Teleki identifizieren können, so sind wir doch überzeugt, daß unsere Leser aus diesem Aufsatz vielerlei Belehrung und Anregung schöpfen werden.
Erich Obst.

Ungarn ist ein geographischer, ein historischer und ein politischer Begriff. Der geographische Begriff Ungarn fällt mit dem mittleren Donau-Becken zusammen. Der historische Begriff Ungarn umfaßt die Eroberung und Ausfüllung dieses Raumes durch eine Europas übrigen Nationen stammfremde Volkheit, die innige Verbindung beider — Volk und Land. Der politische Begriff Ungarn ist jener Machtfaktor, der aus der Besitzergreifung des stammfremden Volkes in diesem mit starken geographischen Energien reich gesegneten Becken Europas entstand.

Die Kraft des politischen, des Machtfaktors, hängt davon ab, ob und wie der Mensch als historischer Faktor, als Gemeinwesen sich in die Harmonie der geographischen Landschaftsfaktoren einfügt, einzufügen versteht.

* *

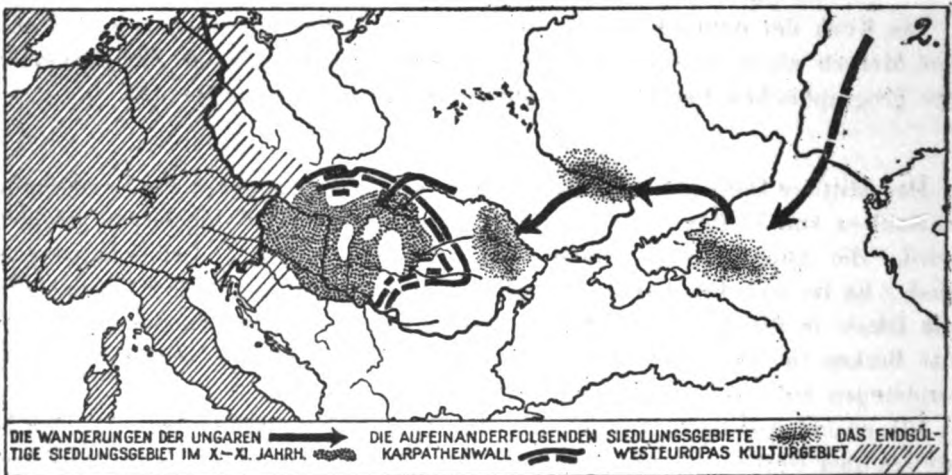
Das mittlere Donau-Becken ist in seiner Gänze eine einheitliche Landschaft, obwohl es von Tiefländern, von Hügellandschaften und Waldgebirgen gebildet wird, die auch einzeln wieder Landschaften für sich, Landschaftstypen sind. Es ist eine historische Tatsache, daß sich kein politisches Gebilde für die Dauer in diesem Becken halten konnte, bis nicht eines entstand, welches das Becken in seiner Gänze ausfüllte, aber sich zugleich in seinen Machtbestrebungen auf das Becken beschränkte.

Die nächst wichtigste geographische Tatsache ist, daß Ungarn von Nordwesten über Norden und Osten bis nach Süd-Südosten von einer der am stärksten trennenden Landgrenzen umgeben wird, die es in Europa überhaupt gibt. Welchen Faktor auch immer der Geograph auf der Karte zur Darstellung bringen mag, sei es der geologische, sei es der morphologische oder der hydrographische, sei es der klimatologische oder der pflanzengeographische, ja selbst wenn der Ornithologe eine phänologische Karte zeichnet, diese Grenze tritt überall und

oft sehr scharf hervor. Die Karpaten sind ein Waldgebirge und als solches viel stärker trennend als ihre Oberflächenformen und ihre teilweise niedrigen Pässe es uns voraussetzen lassen würden. Unwillkürlich drängt sich einem als Parallele die Rolle auf, welche die Appalachen in der Geschichte des nordamerikanischen Volkes gespielt haben, unter deren Schutz die Nation sich gebildet und die viel langsamer überschritten worden sind als das viel imposantere zackige Felsengebirge im Westen.

Nach Westen und Süden ist das Land offen, und im Südwesten liegen die Ausläufer der Alpen und die Dinariden zwar hindernd, aber nicht wirklich trennend. Die geographische Tatsache ist also: schärfere landschaftliche Trennung vom Norden, Nordosten, Osten und Südosten als vom Westen, Südwesten und Süden. Es bedarf keiner Betonung, daß das auch eine antropogeographische Tatsache von größter Wichtigkeit war und ist. (Abb. 1.)

Die historisch wichtigen Tatsachen des IX. Jahrhunderts sind die folgenden: durch Bulgaren und Petschenegen überfallen, suchen die Ungarn eine neue Heimat — sie suchen sie soweit als möglich nach Westen, weit ab von den drängenden Feinden. Sie gehen nach Westen soweit, als das damalige Stadium der Konsolidation der europäischen Staaten es erlaubt. Hart an die deutschen



Gaue lehnt sich die neue Heimat an, während sie der breite Gebirgs- und der noch breitere Waldgürtel vom Osten trennt. (Abb. 2.)

Die zweite Tatsache ist, daß das Ungarvolk kein Nomadenvolk mehr ist im Sinne der Hunnen oder ähnlicher asiatischer Scharen der Völkerwanderung.

Ethnologie und Archäologie sowie historische Forschung zeigen uns die Ungarn klar als ein im Ackerbau, ja auch im Weinbau bewandertes Volk. Dieses Volk legt denn auch den Schwerpunkt der Besiedelung nicht in die wald- und sumpfgeschützten Niederungen der Theiß, wie die Hunnen, sondern in die fruchtbaren Lösslandschaften und Hügelländer Transdanubiens und des südwestlichen Donauknies.

Das sind die historischen Tatsachen, und wenn wir diese mit der geographischen zusammen betrachten, so ergibt sich daraus, daß der Schwerpunkt des Landes an den offenen westlichen und südlichen Seiten lag, dem Deutschen Kaiserreiche und Byzanz zugewendet.

Die großen politischen Tatsachen sind die richtige Erkenntnis dieser historisch-geographischen Lage und die Umwandlung dieser Erkenntnis in die Tat. Nach kurzen Kämpfen im Westen die Erkenntnis, daß man zwischen dem Zusammenbruch, den die großen Nomadenvölker erlitten und der Eingliederung in die westliche Kultur zu wählen hatte; die Entscheidung für's letztere, die Annahme des Christentums und die Erstarkung der Macht des Großfürsten, nunmehr als nach christlicher Sitte gekrönten Königs.

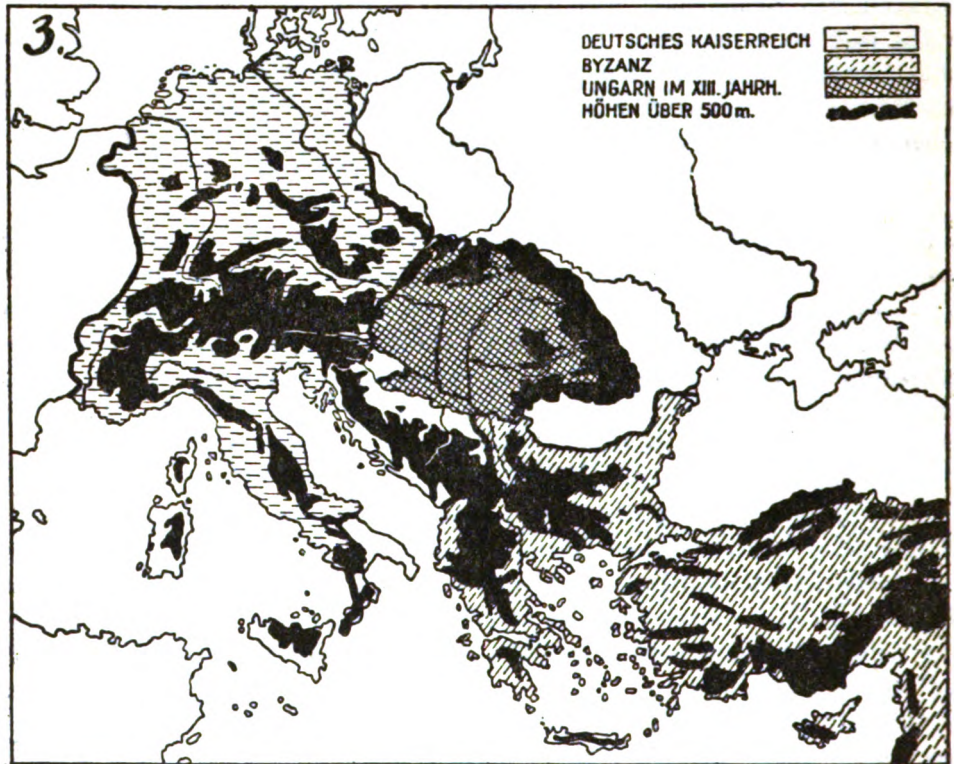
Aber ebenso wichtig war es politisch, daß diese Umwälzung national blieb. Es ist kein jäher Sprung von der Stammesorganisation des halbnomadischen Volkes zum mittelalterlichen Staat. Das mittelalterliche ungarische Königtum ist nicht wirklich feudal; es ist seinem innersten Wesen nach patriarchalisch. Der Adel bleibt trotz mannigfacher feudaler Anklänge seinem Wesen nach Kaste der Krieger, der Landadel erstarkt in den Komitaten und bildet die Nation auf breiter Grundlage.

Die richtige politische Erkenntnis der historisch-geographischen Lage gleich nach der Landnahme ist der Grund unseres nun schon tausendjährigen staatlichen Bestandes an der mittleren Donau. Die Tatsache, daß diese Erkenntnis mit starkem nationalen Gefühl in die Tat umgesetzt wurde, sicherte die Selbständigkeit des Landes.

Nach Osten geschützt, wandte der Staat sein Gesicht nach der anderen Seite. Drei große Faktoren galt es hier zu berücksichtigen und zu werten. Im Süden Byzanz und das östliche Christentum, im Südwesten das Meer, im Westen das Kaiserreich und die westliche Kirche. (Abb. 3.)

Die Macht der beiden großen politischen Faktoren hat es bewirkt, daß sich die Aufmerksamkeit ganz auf sie konzentrierte. Nur hie und da, ganz rhapsodisch wendet sich der Blick der Führer dem Meere zu. Dieses Meer ist ja durch die verkarsteten Ketten und Hochflächen der Dinariden für den Be-

wohner des mittleren Donaubeckens tatsächlich schwer zugänglich. Aber es ist falsch — wie es oft geschieht — die Meerabgewandtheit allein dem geographischen Faktor zuzuschreiben. Einem starken Staate mit voller Bewegungsfreiheit ist auch der Karst kein unüberwindliches Hindernis.



Indessen, man mußte alle Aufmerksamkeit in erster Linie den beiden Kaiserreichen zuwenden; ihrer mußte man sich oft auch mit aller Kraft und List erwehren. Barbarossa und Manuel Comnenos haben es beide versucht, Ungarn zu erobern.

Es ist von weittragender Wichtigkeit gewesen, daß Ungarns erster König, Stephan der Heilige, seine Krone aus den Händen des Papstes und nicht aus jenen von Byzanz nahm, daß er auch in seinen Institutionen mehr dem Vorbild des Westens folgte und damit seine Nation, seinen Staat in die westliche, statt in die östliche Kultursphäre eingliederte. Ungarn ist dann unter den, glücklicherweise zahlreichen, starken und zielbewußten Königen, die das Haus Árpád in den

nächsten drei Jahrhunderten hervorbrachte und den beiden großen Königen aus den Häusern Anjou und Hunyadi zu einem starken Bollwerk dieser Zivilisation geworden, hat sich in den Türkenkriegen als solches bewährt und ist es, trotz des Zusammenbruches, auf Grund dieser Traditionen auch noch heute geblieben.

Die weltpolitische Stellung des mittelalterlichen Ungarn entspringt aus diesen Momenten: Das Streichen und der Charakter der großen europäischen Gebirge trennt Nordwesten und Südosten Europas, Westreich und Ostreich des Mittelalters. Dazwischen liegt in den Bögen der trennenden Faltengebirge rittlings auf der großen Wasserstraße, die die beiden verknüpft, auf der Donau, das nunmehr ungarische Becken. Es gehört zu dem einen wie zu dem anderen; die historischen Machtfaktoren der beiden Flanken können das entscheiden. Aber wenn sie gleich sind, entscheidet politische Voraussicht des Beckenstaates selbst und politisches Geschick. Es entscheidet freilich nur, wenn auch politische Macht damit verbunden ist, denn das Becken kann der Lage nach selbstverständlich auch ein Pufferstaat werden. Aber im weiten Raume innerhalb seiner vorzüglichen Grenzen ist eben doch die Möglichkeit geboten, ein zahlreiches Volk zu bergen, welches, wenn es die reichen Schätze des Landes zu nützen weiß und politisch richtig geführt wird, auch zu einem starken Machtfaktor werden kann, der in allem, was sich im Westen und Osten abspielt, mitzureden hat.

Wir wissen auch heute noch nicht genau, wie die Urlandschaft des mittleren Donaubeckens beschaffen war. Ja sogar weit hinein in die historische Zeit mangeln uns die Quellen. Es wurde lange Zeit angenommen, daß das ganze ungarische Tiefland seit jeher eine Steppe war; indessen hat sich nunmehr erwiesen, daß dem nicht so ist.

Ja, im 18. Jahrhundert, als die Türken hinausgetrieben wurden, da wurden sie aus einer Steppe hinausgetrieben. Aber aus einer Steppe, der ihre Hand, ihre Administration die letzten Charakterstriche gegeben hatte, die aber wohl schon vor ihrer Zeit durch Menschenhand aus einer, teilweise stark bewaldeten Savanne zu einem immer baumloseren Weideland verwüstet worden ist. Besonders für den nordöstlichen Teil der Tiefebene, aber auch für den nördlichen Teil der zentralen Donau-Theißebene ist eine ursprüngliche vorherrschende Waldbedeckung erwiesen.

Für den südlichen Teil gehen die Ansichten mehr auseinander. Aber jedenfalls gibt es auf der Donau-Theißebene 60 Baum- und Straucharten, die für gewöhnlich Waldbestände bilden. Es scheint, daß von den vier originalen Pflanzenformationen: Sumpfwald, Wiese, Steppe (Puszta) und Trockenwald, die im Alföld heimisch, im Laufe des historischen Geschehens immer jene

Formationen die Oberhand gewonnen haben, der die jeweilige Wirtschaftsart der Bewohner am günstigsten war.¹⁾

Ich habe schon erwähnt, daß die Hauptmasse der Ungarn die für den Bau der Körnerfrüchte besten Gebiete am dichtesten besiedelt hat. Doch war auch Fischfang neben Jagd und extensiver Viehzucht eine nach dem Zeugnisse der Archäologie weit verbreitete Beschäftigung, wie das bei einem Volke zum größten Teile finnisch-ugrischen Stammes natürlich ist. Der zu Zeiten der Römer blühende Weinbau auf den den Plattensee im Norden begrenzenden Basaltkuppen blühte in ihrer Hand gleich von Anfang an wieder auf.

Die ersten Jahrhunderte des Königtums waren keine Zeit regen Handelsaustausches mit den Nachbarländern. Im Gegenteil. Die allgemeine Auffassung, auch die der leitenden Kreise war dagegen. Die Politik der Könige war — neben dem konsequenten Bestreben zum starken Ausbau der eigenen, der königlichen Macht — eher auf den inneren Aufbau des wirtschaftlichen Wohlstandes und des kulturellen Fortschrittes gerichtet. Beide Richtungen der königlichen Zielsetzung führten zur Städtegründung, zum Bau von Burgen, zur Privilegierung von Märkten unter ihrem Schutze und zur Werbung fremder, im Anfang hauptsächlich italienischer, später aber immer mehr deutscher Gewerbetreibender. Die Annahme des Christentums, das Niederringen der rebellierenden großen heidnischen Adelsgeschlechter, die Stärkung königstreuer Geschlechter durch Donationen, die Gründung und wirtschaftliche Stärkung von Bischofssitzen und Klöstern, führten, wie überall, zum Hineinragen der Landesmacht tief in die Wälder und Berglandschaften.

Nach deutscher Sitte Vögten unterstehende Gruppen von Fremden, hauptsächlich von Slowaken und auch Deutschen, wurden zur Rodung der nördlichen Wälder im 12. und 13. Jahrhundert angeworben. Im Osten siedelte man schon im 11. Jahrhundert stammverwandte und fremde Grenzler, die Székler und später die Sachsen, in den Becken zwischen den Wäldern des sogenannten Grenzödlandes (gyepüelve) an.²⁾ Die nationale Kraft war groß und hat die zur Zeit der Landnahme vorgefundene, zum großen Teil in politisch sehr lockeren Gemeinwesen lebende, in der Hauptsache slawische Bevölkerung, wie auch die von den Königen später hereingerufenen Fremden leicht aufgesogen — umsomehr, als aus dem Osten auch stammverwandter Zuzug (Kumanier, Jazygier) erfolgte.

Diese politische und wirtschaftliche Erstarkung, die ich hier in lückenhaften Zügen dargestellt habe, geht durch das ganze späte Mittelalter. Sie wird nur einmal jäh gestört durch den Mongolensturm 1244. Ein Zufall — der Tod

des Groß-Kahns Ogodai — hat ihn ebenso plötzlich von Ungarn und Europa abgewandt als er kam. Schwache Könige und besonders das Aussterben des nationalen Königshauses (1301) sowie die nachfolgenden Zwickigkeiten um die Thronfolge haben die Entwicklung wohl mitunter verzögert, doch das Vorwärtskommen der innerlich gesunden und starken Nation nie aufgehalten.

Weltwirtschaftlich hat Ungarn im Mittelalter allerdings zunächst keine hervorragende Rolle gespielt. Der Levantehandel ging andere Wege. Und der Handel mit Regensburg, Holland, Polen und Mähren war nicht sehr bedeutend. Nur der Viehtransithandel von Ost- nach Westeuropa, besonders auch zur Adria scheint bedeutender gewesen zu sein, als man es bisher ahnte.

Als weltpolitischer Machtfaktor hat Ungarn während der ganzen Árpádenzeit in Europa eine wichtige Rolle gespielt. Seine Könige hatten freundschaftliche und durch Heiraten verstärkte Verbindungen mit den Königshäusern Europas — mit West und Ost. Sie haben ihr Land und ihre Dynastie, wie schon gesagt, gegen beide Kaiserreiche zu schützen gewußt, und sie haben oft in die Politik ihrer Nachbarn entscheidend eingegriffen. So verdankte beispielsweise Rudolf von Habsburg seinen Sieg über Ottokar dem Eingreifen Ladislaus IV.

Mit dem Aussterben der Árpáden kam Ungarn noch viel mehr in das Getriebe der Politik der westlichen Staaten. Ja, mit dem Hause Anjou, besonders unter dem zweiten und größeren der beiden Könige aus diesem Hause wird Ungarn zu einer europäischen Großmacht. König Ludwig gebot über Länder, die zusammen dreimal so groß waren als das vor-trianonische Ungarn. Er vereinigte auf seinem Haupte mit der ungarischen die polnische Königskrone und führte sein ungarisches Heer zweimal siegreich gegen Neapel. Sein Schwiegersohn, Siegismond der Luxemburger, ist dann der erste, der die deutsche Kaiserkrone mit der ungarischen auf dem Haupte vereinigt.

In dieser Vereinigung, die später unter den Habsburgischen Fürsten so oft und endlich ständig wiederkehrt, wird Ungarn in der Hand der Kaiser-Könige zu einem Machtfaktor ihrer im Regieren so verschiedener Länder verwickelten dynastischen Politik. Jeder solche Versuch entfachte wieder nationale Reaktionen. Man wählte andere Könige.

In einem dieser, dem einzigen nationalen König nach dem Aussterben der Árpáden, in Mathias Corvinus, haben wir einen der größten Fürsten der Renaissance besessen. An seinem Hofe trafen sich die größten Scholastiker seiner Zeit: italienische Poeten, Künstler und Gelehrte vom Rufe eines Regiomontanus. Die päpstlichen Gesandten versichern, daß sein Hof und sein Schloß alles überbot, was die Medicis in Florenz geschaffen haben. Ungarn war unter ihm ein Faktor der europäischen Kultur geworden. Eine große Perspektive öffnete sich, auch eine weltpolitische.

Der Türkensturm hat dann Ungarn eine andere, vielleicht heroischere, aber jedenfalls traurigere Rolle gebracht.

Es ist ein Unglück für Ungarn gewesen, daß sich nach dem Aussterben der Árpáden über zwei Jahrhunderte lang keine Dynastie festigen konnte. Der Fehler lag nicht am Lande, nicht am System der freien Königswahl allein; unglückliche Zufälle haben mitgespielt.

Es ist aber auch das Unglück Ungarns gewesen, daß zur Zeit der Türkengefahr in Europa kein Mann erstand, weder auf dem päpstlichen, noch auf dem Kaiserthron, der es verstanden hätte, die Kräfte zu vereinigen. Sigismund, der beide Kronen trug, hat seine ganze Aufmerksamkeit auf die Interessen seiner Dynastie im Westen konzentriert. Die ungarischen Könige, die ihm folgten, hatten zwar einen glänzenden Heerführer in Johann Hunyadi, waren aber selbst zu schwach. Hunyadis Sohn, der König Mathias Corvinus, konnte in ganz Europa keine Hilfe finden und konnte mit dem von ihm geschaffenen ersten ständigen Heere nicht mehr erreichen, als die Gefahr von seinem Lande während seiner Regierungszeit zu bannen. So fiel — 36 Jahre nach seinem Tode — Land und König (Ludwig II.) in der Schlacht bei Mohács (1526).

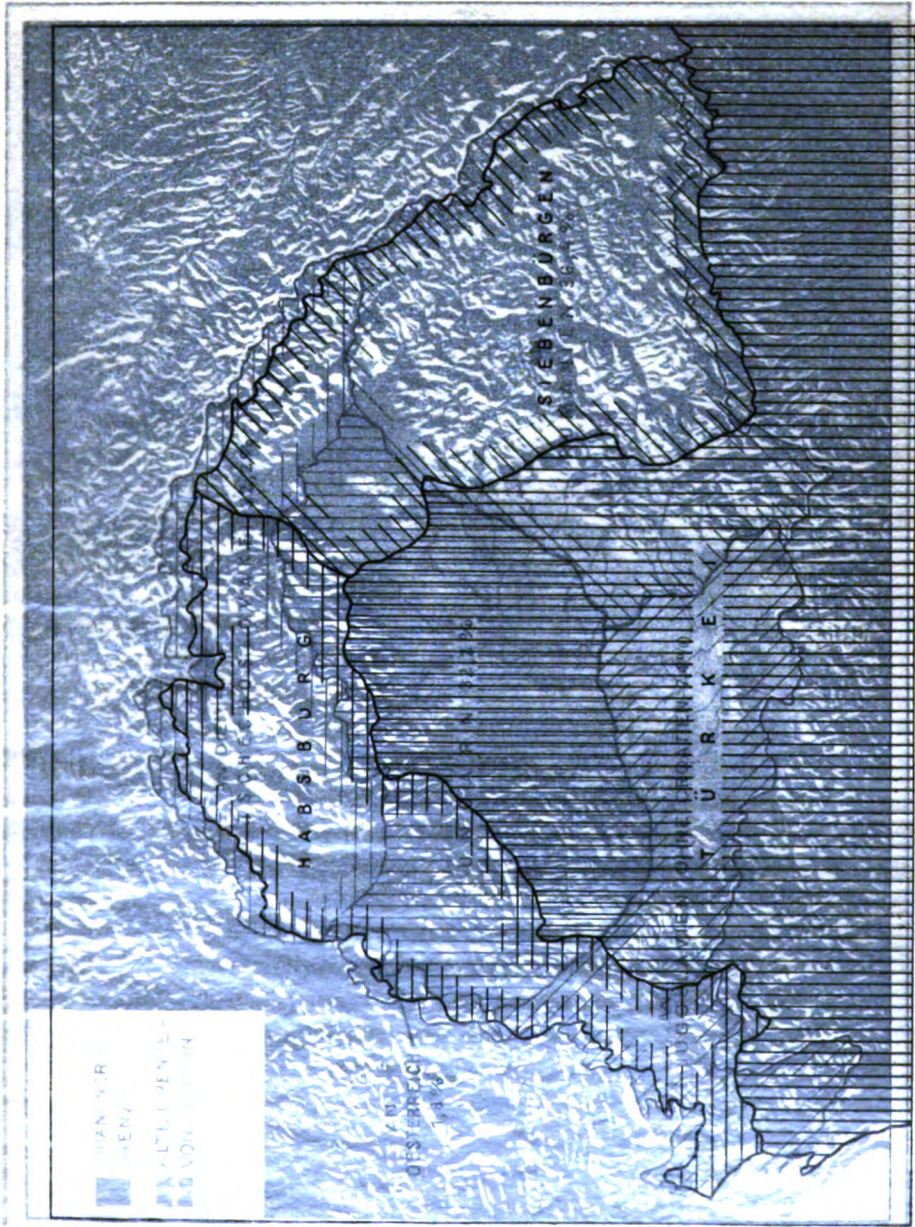
Ungarn zerfällt in drei Stücke. Es zerfällt unter der Wucht einer historischen Kraft, der Schwungkraft des jungen Türkenstaates. Aber die Grenzen des Stoßes sind geographisch — und dann auch wieder historisch bedingt.

Vom Balkan stößt der Türke leicht ins offene Tiefland vor. Die westlichen Hügel- und Bergländer — Vorwerke der Alpen — werden habsburgisch. Das festungsartig umwallte östliche Hochland bleibt als Fürstentum Siebenbürgen frei und selbständig. In den meist westöstlich streichenden Höhenzügen und Tälern des Nordens schwankt die Grenze habsburgischer und siebenbürgischer Lande hin und her.

Das sind geographisch bedingte und im weiteren Lauf historischen Geschehens auch wieder wirkende geopolitische Tatsachen.

Historisch aber ist, daß der Türke von Westeuropa am Grenzsäum seiner Kultursphäre aufgehalten wird; nur im ungarischen, vom Balkan durch Flußgrenzen getrennten Tiefland gelingt es ihm, einen Keil in westeuropäisches Kulturgebiet zu schlagen. Ungarn schützt Europa gegen die Türken — zu seinem Unglück nicht auf der äußeren, sondern auf der inneren Verteidigungslinie des Landes.

Der Anfang der Türkenherrschaft fällt mit der Reformation zusammen. Und die westeuropäisch gebliebenen Bergländer nehmen an der Bewegung, die



Europa durch und durch schüttelt, einen nicht weniger regen Anteil als irgend ein Land Europas. Im Gegenteil. Die auseinandergerissenen geschwächten Landesteile sehen ihre Freiheit, die Stände ihre Rechte durch den habsburgischen Absolutismus gefährdet. Der wieder und wieder aufgezwungene Freiheitskampf schafft dem Reformationsgedanken günstigen Boden.

Luthers Bekenntnis verbreitete sich rasch im Norden Ungarns, während Siebenbürgen zum großen Teil calvinisch wurde. Dieses kleine Siebenbürgen hat nun, während es zwischen Kaiserreich und Sultan 200 Jahre lang die gefährvolle und schwere Rolle eines Pufferstaates spielte und seine Führer eine Hochschule politischer Kunst durchmachten, in den Kriegen der Reformation, besonders auch als Verbündeter Gustav Adolfs eine bedeutende Rolle gespielt. Nordungarn war der Schauplatz mancher Reformationskämpfe, wo das Kriegsglück zwischen kaiserlich-katholischen und siebenbürgisch-protestantischen Heerscharen hin- und herwogte.

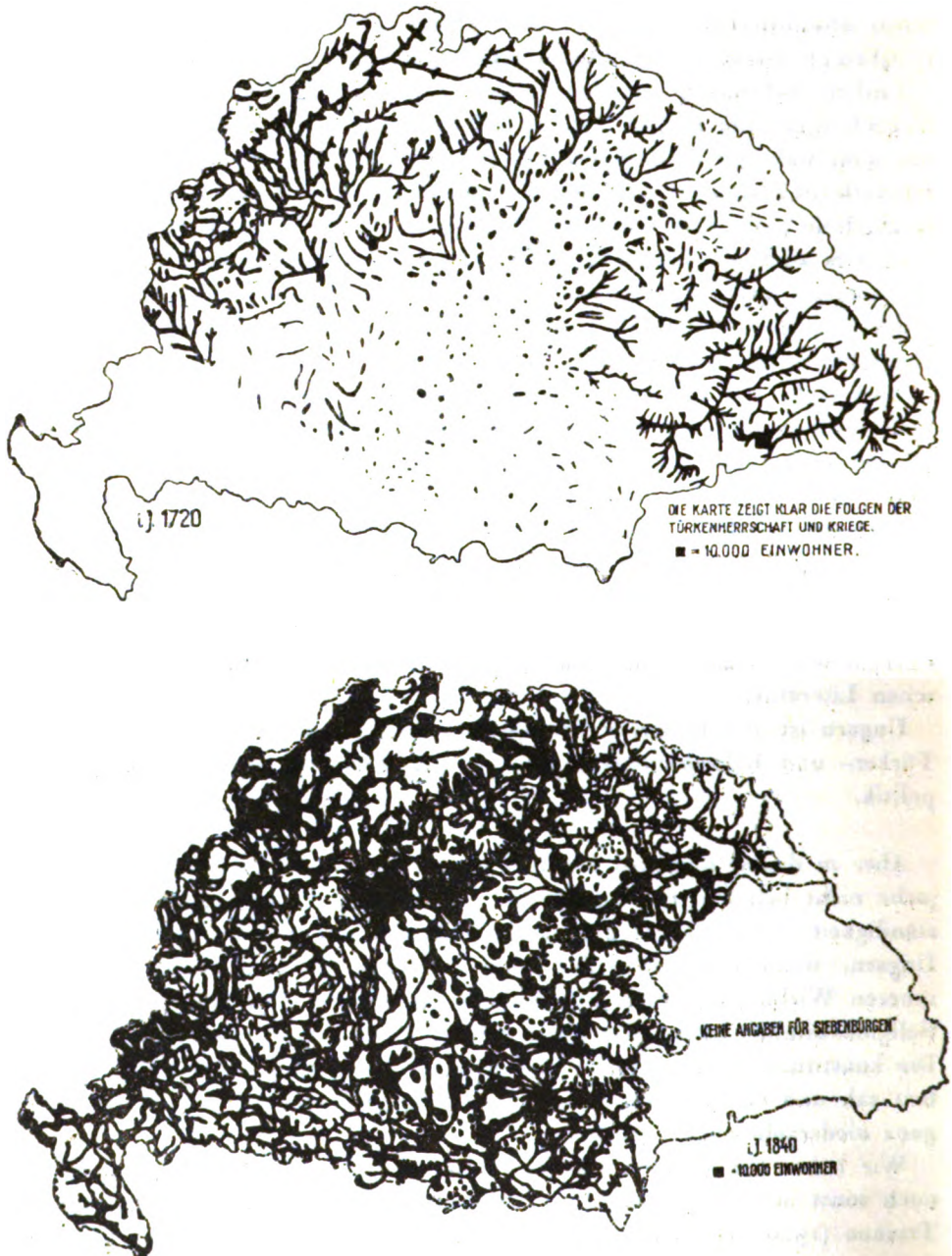
Aber nicht nur auf den Schlachtfeldern des Schwertes, auch mit Kopf und Feder nahmen Ungarn und Siebenbürgen an den Reformationskämpfen teil. Die religiöse Fehdeliteratur wird von beiden Seiten von genialen Köpfen geführt. Das kleine Siebenbürgen vergißt auch in seiner schweren Lage nicht, daß es das äußerste östliche Vorwerk westlicher Kultur ist. Es trachtet diese Kultur in günstigen Momenten über die Karpathen nach der Moldau zu tragen. Es gibt im Freiheitssinn des neuen Glaubensbekenntnisses den Rumänen ihre ersten nationalen, rumänisch-sprachigen Glaubensbücher. Siebenbürgische Fürsten werden zu Begründern, ungarische Herren zu Mäcenen der rumänischen Literatur.

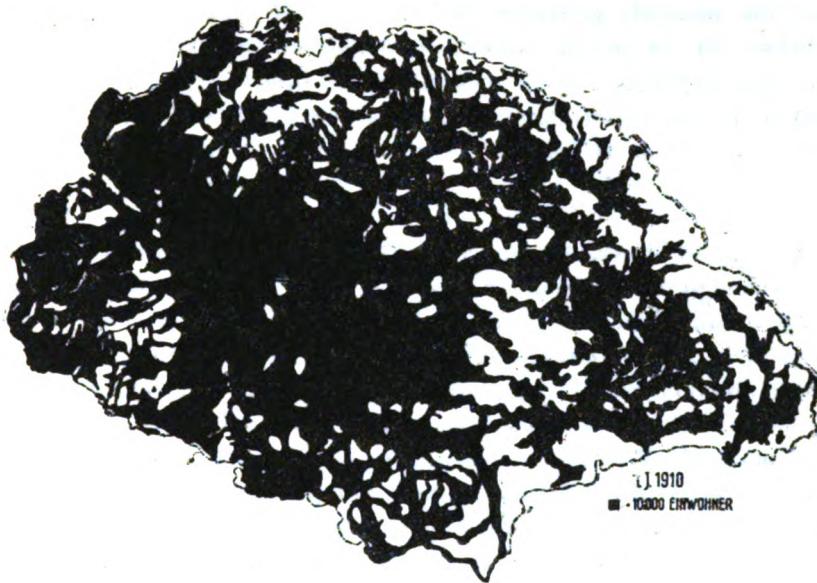
Ungarn ist also in dieser Periode in zwei historischen Geschehniskreisen — Türken- und Reformationskämpfen — ein Element westeuropäischer Weltpolitik.

Aber in diesen Kämpfen ermüdet ganz Ungarn. Es kann sich vom Türkenjoch nicht befreien, es wird befreit. Es wird ganz habsburgisch. Die Selbständigkeit Siebenbürgens nimmt ein Ende und mit dem 18. Jahrhundert wird Ungarn, wenn auch nicht der Form und dem Ausdruck nach, so doch der inneren Wirklichkeit nach eine Kolonie Österreichs. Die langen Türken- und Religionskämpfe haben das Land in der Entwicklung weit zurückgeworfen. Die konstitutionellen und administrativen Formen sind — als Hüter der Freiheit zäh und unverändert gewahrt — langsam erstarrt. Die Wirtschaft ist ganz niedergebrochen. (Abb. 5.)

Wir haben die weltpolitisch ehrenvolle Aufgabe der Verteidigung Europas auch sonst noch teuer bezahlt. Die Zerstückelung Ungarns im Frieden von Trianon (1920) ist eine Folge der Türkenherrschaft bzw. der fast gänzlichen

Abb. 5. Volksdichte von Ungarn nach den Volkszählungen von 1720, 1840 u. 1910. Die Originale im Maßstab von 1 : 1 000 000 — wo 1 mm (dunkel) 100 Einwohnern gleichkommt.





Verwüstung und Entvölkerung des ungarischen Tieflandes, das bis tief in den Süden von einer rein ungarischen Bevölkerung bewohnt war — war ja doch Syrmien, das spätere Slavonien, eines der ungarischsten, dichtest bevölkerten, schon bei der Landnahme besiedelten Gebiete des Landes. Nach dem Rückzug der Türken war das Bánát ein mit Sandwüste abwechselnder Sumpf, wo auf einen Quadratkilometer kaum ein Bewohner entfiel. Im ganzen Ungarn, das zu Mathias Zeiten über fünf Millionen Einwohner hatte, wurden 1720 2,5 Millionen gezählt. Mit der Befreiung des Tieflandes fing der Zuzug der Bevölkerung an. Aus den Bergländern zogen Ungarn herunter, doch kamen auch andere Nationalitäten und die neuen Herren der großen Donationen des 18. Jahrhunderts brachten — in das Bánát — Siedler aus den verschiedensten Ländern — sogar aus Lothringen.

Rumänen zogen ihren aus Siebenbürgen die Maros hinunterdrängenden Stammbürdern nach. Aus den noch immer türkischen Ländern südlich der Donau flüchtende Serben wurden mit offenen Armen empfangen und von der Wiener Regierung systematisch mit anti-ungarischer politischer Tendenz im Süden angesiedelt. Und das Land, das zu Mathias Zeiten zu über 80 % ungarisch war, hatte in 1787 61 % anderssprachige Bevölkerung. Zuzug fremden Blutes ist vom Rassestandpunkt im allgemeinen nicht verwerflich und auch politisch nicht gefährlich, so lange die Amalgamierungskraft der Stärke des Zuzuges gewachsen ist. In unserem Falle ist sie zur größten Gefahr ge-

worden, die dadurch gesteigert worden ist, daß dem 18. Jahrhundert das 19. Jahrhundert mit seinem starken Nationalismus gefolgt ist. Und bei uns sind das Nationalgefühl und die separatistischen Bestrebungen der verschiedenen Nationalitäten vom österreichisch-zentralistischen Absolutismus — auf Grund seiner Devise „Divide et Impera“ — noch angefacht worden.

Das Verhältnis Österreichs und Ungarns weist in diesen beiden Jahrhunderten der Abhängigkeit — dem 18. und 19. — von dem einen zum anderen einen eigentümlich charakteristischen Wechsel auf. Im 18. Jahrhundert will das Österreich der Aufklärungsperiode Reformen, aber das in den alten Formen des Städtetums erstarrte Ungarn widersetzt sich. Im 19. Jahrhundert strebt die aus dem Literatur- und Spracherwachen der Jahrhundertwende hervorgegangene nationale Wiedergeburtbewegung in Ungarn Reformen auf administrativem, wirtschaftlichem und endlich auf politischem Gebiete an, aber das österreichische Kaiserreich der auf Napoleon folgenden absolutistischen Reaktion verschließt sich denselben Reformen, die es ein Jahrhundert früher inaugrieren wollte.

Damit habe ich auch eigentlich unsere ganze weltpolitische und weltwirtschaftliche Rolle in diesen zwei Jahrhunderten „in nuce“ gezeichnet. Es ist keine selbständige Rolle. Wir haben eine Rolle nur gespielt, insofern wir auf die Geschicke des österreichischen Kaisertums einen Einfluß ausgeübt haben. Aus diesem Gesichtspunkt noch einen Gegensatz als allgemeinen Zug. Wir waren den Trägern der Krone loyal, wir waren Maria Theresias treueste Kämpfer im schwersten Momente ihres Kampfes gegen Preußen. Aber wir haben uns mit aller Kraft gegen die meist gesamtmonarchischen Einverleibungszielen dienenden Bestrebungen ihrer Ratgeber entgegengestellt.

Die Wirtschaft hat sich nur sehr langsam regeneriert. Die intensiven wirtschaftlichen Reformbestrebungen, die politischen Kämpfe, die mit ihnen parallel laufen und die politischen Erschütterungen, die sie hemmen, haben fast nur innerpolitisches Interesse. Weltwirtschaftlich tritt die ungarische Wirtschaft erst hervor, als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das ungarische Tiefland der wichtigste Weizenproduzent geworden ist. Ungarn war durch einige Jahrzehnte der Weizenversorger Europas. Nach dem Gesetz der Thünenschen Kreise — mit ihrer selbstverständlichen Anpassung an die natürliche Lage der Festländer und der Klimazonen — ist dann diese Rolle langsam über das rumänische Tiefland auf das russische Gebiet, dann nach Amerika und dort über Ohio, Kansas und Dakota auf Manitoba und Saskatchewan, andererseits auf Argentinien übergegangen.

Die Reibungen mit der österreichischen Zentralregierung waren in der ersten

Hälfte des Jahrhunderts sehr intensiv. Sie führten zum Freiheitskrieg im Jahre 1848, der mit russischer Hilfe niedergeschlagen wurde. Es folgten achtzehn Jahre absolutistischer Regierung. Wirtschaftspolitisch sind diese Jahre durch die Tendenz der österreichischen Reichsregierung, Ungarn ganz als eine landwirtschaftliche Produktionskolonie auszunützen, charakterisiert. Die aufblühende österreichische Industrie gewann einen gewaltigen Vorsprung vor der erst nach Ablauf dieser Periode keimenden ungarischen, und sie gewann ein sicheres Absatzgebiet innerhalb der eigenen Zollschranken und in allernächster geographischer Nähe, was zur Entwicklung ihrer weltwirtschaftlichen Stellung und Kraft beträchtlich beigetragen hat. Wir aber leiden noch heute an den Folgen.

Ein Beispiel dessen, wie Ungarns Wirtschaftspolitik gehandhabt wurde, ist die Tracierung unserer ersten Bahnlinsen, deren eine die Endpunkte der Save- und Drauschiffahrt mit Wien verbinden sollte. Es ist nur der Konfiguration des Landes zu verdanken, dessen natürliche Wege von der ganzen Peripherie mit unwandelbarer Konsequenz nach der Nordwestecke des Tieflandes, nach Budapest, konvergieren, daß die Verbindungen Wiens mit den östlichen Länderteilen nicht anders als über Budapest gehen konnten.

. . .

Ich will hier die Gelegenheit ergreifen und kurz die Gründe zusammenfassen, die Budapest zu dem gemacht haben, was es ist, nicht nur zur Haupt- und Residenzstadt, aber auch zum alles (sogar über das richtige Maß) an sich reißenen wirtschaftlichen Zentrum, zum weltwirtschaftlich wichtigen Donauhafen und zum wichtigen Welthandelspunkt zwischen West und Ost.

Die warmen Heilquellen im Raume von Budapest haben die menschliche Ansiedlung sicher schon in ferner Urzeit angezogen. Die beste Furt zwischen dem engen Donautal im Norden und den teilweise versumpften Gestaden im Süden diente wohl schon dem primitiven Handel (Salz, Bernstein?). Hier mündete bei der römischen Endfeste Aquincum die Salzstraße aus dem Osten. Die herrliche Kalkstein-Mesa am rechten Donauufer war der idealste Platz für eine mittelalterliche Burg und schützte die Furt. Die kleine, vor Überschwemmung sichere inselartige Erhöhung am linken Ufer, auf der sich heute die innere Stadt erhebt, war ein sicherer Markt und Endpunkt der Straßen aus dem Osten. Die natürlichen Wege des ganzen Landes führen — wie schon gesagt — hierher. Die Bahnlinsen des ganzen vortrianonischen Ungarns decken sich fast ausnahmslos mit den Wegen des 13. und 14. Jahrhunderts. Budapest ist auch Endpunkt der Schifffahrt für 600-Tonnen-Boote. Budapest liegt an dem Westeuropa nächsten Punkte des großen ungarischen Weizenproduktionsgebietes. Hier vereinigen sich dessen Straßen zu der einen großen

Weststraße, die auf dem Wasser die Donau hinauf, oder auf dem Land über die, bis in die moderne Zeit einzige praktikable Raaber-Furt nach dem Westen führt. Budapest wird auch am Ende des 19. Jahrhunderts nach Minneapolis die zweitgrößte Mühlenstadt der Welt.

Der Verlust der Lombardei und Venetiens und der zwangsweise Austritt aus dem deutschen Bund ändern in den 50 er und 60 er Jahren von Grund auf Österreichs weltpolitische Stellung — aber auch die Ungarns. Österreich bzw. die Dynastie müssen, auf engeren Raum und vom Westen abgedrängt, die Kraft zu neuer Großmachtstellung in innerer Festigung suchen.

So kommen die Versöhnung Ungarns mit der Dynastie, der politische Ausgleich mit Österreich zu Stande. Ungarns Freiheit und Verfassung erstehen von neuem.

Dem Worte des Ausgleichs nach sind Österreich und Ungarn ebenbürtige Schwesterstaaten. Die Verluste Österreichs haben zwischen ihnen auch ein Equilibrium der geographischen Größe und Volkszahl geschaffen.

Aber die relative geographische Lage hat sich nicht verändert. Neben dynastischer Tradition, neben allen sine-qua-nons, die zu hoher Kulturentfaltung nötig, nicht zuletzt auch der Weltsprache, neben Handel und Reichtum, die dort festen Fuß gefaßt, erhalten die günstige Lage zum Zusammenhalt Böhmens, Tirols und des Küstenlandes und das Streben nach Europnähe Wien seine alles überragende Stellung auch bei verschobenen Machtverhältnissen.

Durch den politischen Ausgleich und das Wiederaufleben der Verfassung setzt mit den 60 er bis 70 er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein großer wirtschaftlicher Aufschwung Ungarns ein. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft bringen die 70 er Jahre die Gründung der Landwirtevereine in den meisten Komitaten, den allgemeinen Übergang von der noch bis dahin stark herrschenden Dreifelderwirtschaft zur rationellen Wechselwirtschaft und die allgemeine Einführung des Winterackers. In den 80 er Jahren betreibt schon die überwiegende Mehrzahl der großen und Mittulgüter rationelle Bodenkultur. Die großen Herrschaften fangen an, Gips-, Kalk- und Mergeldüngung zu benutzen. Viele Güter werden in Pacht gegeben und kommen in sachkundigere Hände. Es werden die ersten modernen Branntweinbrennereien gebaut. Die Samenveredelung beginnt. Die 90 er Jahre bringen die allgemeine Verbreitung der landwirtschaftlichen Maschinen und auch des Kunstdüngers; in den meisten Großbetrieben die systematische Fütterung; die Einführung des schweren, kalten Pferdeschlages im Westen und auf viel breiterer Basis jene des schweizer, besonders Simmenthaler Viehs an Stelle des milcharmeren Steppenrindes.

In den 70er Jahren haben wir als Agrarstaat wirtschaftspolitisch hart gegen das protektionistische System des Industriestaates Österreich gekämpft. Die durch den amerikanischen Weizen verursachte Krise der 80er Jahre ändert die Auffassung. Das agrarische Ungarn will plötzlich auch den Zollschutz, — und erreicht dann auch durch ihn nach der Jahrhundertwende eine Hochkonjunktur.

Unter dem Schutze der in diesem Sinne geschaffenen Gesetze entsteht unsere moderne Industrie. In 15 Jahren sind 464 neue Fabriken mit einer Staatshilfe von 43 Millionen Kronen geschaffen worden. Der Weg, den man so beschritt, war nicht natürlich und kann nicht gesund genannt werden. Aber die Zolleinheit mit Österreich und der schon erwähnte Vorsprung der österreichischen Industrie hat da eine Zwangslage geschaffen.

Immerhin kräftigte sich die ungarische Wirtschaft auf beiden Gebieten, auf dem der Landwirtschaft, wie auf dem der Industrie mit raschen Schritten, wie das schon aus unseren statistischen Jahrbüchern zu ersehen ist.

Weltwirtschaftlich kommt Ungarns Rolle in dieser Zeit dem von außen Betrachtenden kaum zur Kenntnis. Der Außenhandel Österreich-Ungarns bildet statistisch eine Einheit. In Wirklichkeit sind wir trotz des großen wirtschaftlichen Aufschwunges in starker Abhängigkeit von Österreich geblieben. Im Durchschnitt ging etwa 80% unseres Exportes nach den Ländern der österreichischen Krone und Bosnien. Und das weltpolitisch wichtige Ergebnis unserer wirtschaftlichen Lage war eine Rückendeckung und Stärkung Österreichs. (Abb. 6.)

Das ist zugleich unsere weltpolitische Rolle in dieser Zeit. Wir haben auch eine solche nur als Hintergrund Österreichs, und ich möchte fast sagen, unbewußt gespielt. Nach außen wurden wir von Wien aus vertreten. Unser eigenes Parlament und unser ganzes politisches Leben beschäftigten sich ausschließlich mit inneren Angelegenheiten und um die Frage des Verhältnisses zu Österreich — und letzteres eigentlich mit viel mehr Interesse. Die Parteien sind von 1867 bis 1918 nach ihrer Auffassung zu diesem Verhältnis differenziert. Wir gaben der Monarchie einige bedeutende Staatsmänner und Diplomaten, aber die Richtung der Politik der Monarchie war nie ungarisch. In manchen der wichtigsten Fragen wurde gegen die ungarische Meinung entschieden. So auch in der Frage der Annexion Bosniens.

Es ist vielleicht nicht uninteressant, zur Charakterisierung des historischen Faktors die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß während unserer ganzen Geschichte die ungarische politische Nation nie eroberungssüchtig war und sich nie für das, was außerhalb ihrer Grenzen geschah, interessiert hat. Lud-

wig von Anjou hat die Krone Polens gegen den Willen des ungarischen Adels angenommen, der auch für die neapolitanischen Feldzüge keinen Enthusiasmus aufzubringen verstand. Auch Stephan Bathorys polnisches Königtum war den Ungarn nicht lieb. Und wenn sie fremde Herrscher für den ungarischen Königsthron wählten, war das bald im Legitimitätsprinzip, das man mit Aussterben des männlichen Zweiges auf die weiblichen Zweige des Hauses Árpád erstreckte, bald in der Suche nach Hilfe gegen die Türken begründet. Aber so oft ein ungarischer Herrscher Gebiete außerhalb des scharf gezogenen Rahmens des mittleren Donaubeckens eroberte, war das immer nur seine ureigenste Sache und nie von Bestand. Vielleicht ist auch hier einer der Gründe zu suchen, die neben dem Schicksal, dem Gang der Ereignisse, uns vom Meere ferngehalten haben.

Und der Grundton dieser Auffassung ist unserem Volke geblieben. Auch die letzten Generationen haben sich nie für äußere Politik, für politisches Weltgeschehen interessiert. Diese vielleicht natürliche Anlage wurde durch unsere Kontinentalität, durch die geographische Umlagerung durch die österreichischen Lande, durch die Beschränkung unserer Ausfuhr und größtenteils auch der Einfuhr auf Österreich und dem starken Überwiegen der österreichischen Ausgleichsfrage in der Politik gewaltig verstärkt.

. . .

Die 50 Jahre nach dem Ausgleich sind eine der ruhigsten Perioden, die Ungarn je erlebt hat. Wir pflegen sie auch als eine der konstruktivsten zu betrachten.

Die geographische Einheit war wiederhergestellt. Tatsächlich schon in 1718, administrativ mit Effektivierung der Wiedervereinigung mit Siebenbürgen und Rückgabe der südlichen Militärgrenzlande in 1872. Sie war unverändert im nahezu tausendjährigen Rahmen wiederhergestellt. Die geographischen Energien wirkten mit machtvoller Beständigkeit, sie meisterten alles historische Geschehen.

Diese Kraft und ihre Wirkungen — unter diesen nicht zu allerletzt die Erkenntnis der geographischen, wirtschaftlichen und folgerichtig auch der politischen Einheit durch die Majorität der nichtungarischen Nationalitäten selbst — haben uns aber in der Wertung jenes historischen Geschehens irregeführt. Kaum einer hat die Gefahr, welche die angewachsenen Nationalitäten und die Entstehung ihnen stammverwandter Staaten an unseren Grenzen bargen, in seiner ganzen Größe erkannt. Wien hat die Nationalitäten als Waffe gegen uns immer bereit gehalten. Unsere Nationalitätenpolitik aber war incidental und nie zielbewußt. Selbst die elementare Vorbedingung einer solchen, die gründliche Aufarbeitung des statistischen Materials wurde nicht durchgeführt.

chen Adels
busiasmus
n war der
ngarischen
mit die
uses Ämpel
det. die
enen Hal-
ureigen
Gründe u
om Me

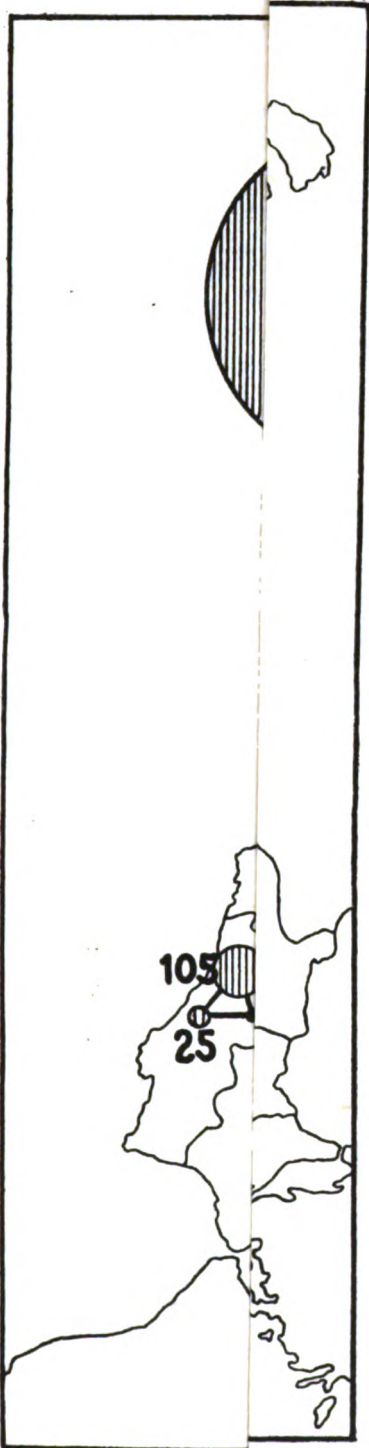
en. das
politische
de durch
die sie
völkische
terreuch

en, die
rasen in

in 1913
abenge
erassen
sachsen
sachsen

die die
er per
die die
gründe
mit i

gen
1913
die die
gründe
mit i



6.

Import bzw. Importüberschuß der westeuropäischen Länder aus Ungarn verglichen mit ihrem Import bzw. Importüberschuß — in denselben Waren — aus anderen Ländern im Jahre 1913



Gesamtexportüberschuß Ungarns in den Hauptgütern seines Exporthandels: Rohmaterialien und Halbfabrikate der Landwirtschaft.

(im Raume Ungarns)

Importüberschuß der einzelnen westeuropäischen Länder — in denselben Artikeln —



aus Ungarn.



aus allen Ländern der Erde.



aus Ländern, die demselben Lande näher liegen als Ungarn liegt.



Exportüberschuß in denselben Waren nach Ländern, die dem betreffenden Lande näher liegen als Ungarn liegt.

(Die Zahlen bedeuten Millionen Kronen)

Man begnügte sich mit den rohen Zahlenreihen der Angaben über Muttersprache und den Hundertsatzzahlen zur Volkszahl. Beruhigend wirkte, daß das ungarische Element im Laufe des 19. Jahrhunderts die zahlenmäßige Überlegenheit wieder gewonnen hatte. 1910 war sein Verhältnis zur Gesamtbevölkerung 54,5 %.

Dieser Fortschritt hat uns bald von da, bald von dort den Vorwurf der zwangsweisen Magyarisierung eingetragen. Wir sind ihm nie ernstlich entgegengetreten; aus dem Stolzgefühl unseres guten Rechtes, aus Indolenz und aus eigener Unkenntnis der Faktoren der Entwicklung. Und doch wäre die Erkenntnis letzterer sozialwissenschaftlich ebenso interessant gewesen, als ihre Exposition vor der öffentlichen Meinung Europas politisch wichtig. Denn — wie wir es, leider zu spät, in den Arbeiten der ungarischen Friedensdelegation zahlenmäßig erwiesen haben — waren es nicht die sporadischen Regierungsmaßnahmen, nicht die Schule, sondern war es das Wirtschaftsleben, das magyarisierte. Kein organisatorischer, sondern ein organischer, wirtschaftssozialer Prozeß also. Besonders der stete Zuzug der Bevölkerung nach dem im Verhältnis zur bebauten Fläche noch immer weniger dicht bewohnten Tiefland, — das, fast rein ungarisch, die anderen Elemente leicht aufzog. Und dann wurde im ganzen Lande die Stadtbevölkerung durch den national gerichteten Aufschwung von Industrie und Handel magyarisiert.

Neben den wirtschaftlichen wirkten mächtige kulturelle Kräfte. Der Hochblüte der Literatur im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts folgte ein Aufblühen der Wissenschaft auf allen Gebieten, aber besonders jenen der Sprachwissenschaft, Geschichte, Jurisprudenz, Medizin und Technik. In Forschungs- und Darstellungsart folgte unsere Wissenschaft der deutschen. Doch hat ihr der nationale Charakter nie gefehlt; er trat besonders in den drei erstgenannten Disziplinen hervor.

Im Schutze der geographischen Energien hätten diese natürlich wirkenden Kräfte im Laufe der Entwicklung die politische Kurzsichtigkeit langsam wettgemacht.

Dann kam der Krieg. Jeder, der damals in Ungarn war, weiß, daß man mit Schwung und Enthusiasmus in den Krieg gezogen ist. Vom Standpunkt des kühlen Beobachters aber muß ich feststellen, daß dieser Enthusiasmus logisch nicht begründet war. Der Bestand Ungarns war bei der weiteren friedlichen Entwicklung nicht gefährdet. Er konnte nur in einem Kriege gefährdet werden, wenn die Konjunkturen, die Fragen und die Machtfaktoren in ein anderes Verhältnis rückten. Meine persönliche Überzeugung ist es, daß unser Volk, das in Europa außer den fernen Finnen und Türken keinen Stammverwandten hat, in einem Kriege damals unter allen Umständen nur

verlieren konnte. Wir konnten schon infolge unserer geographischen Lage als politischer und wirtschaftlicher Machtfaktor immer darauf zählen, berücksichtigt zu werden. Aber wir waren infolge der fast drei Jahrhunderte langen schlechten Lage als Bollwerk des Westens in der Entfaltung dieses Machtfaktors zurückgeblieben und waren eben erst auf dem Wege, unsere Wirtschaft auf westeuropäisches Niveau zu bringen und weltpolitisch und weltwirtschaftlich den Vorsprung der Staaten Mittel- und Westeuropas einzu bringen. Bei jeder Verschiebung des europäischen Gleichgewichtes mußten mächtigere und — wenn aus einem Kriege hervorgegangen — chauvinistischer gerichtete Machtfaktoren erstehen, gegen die ein stammfremdes Volk wenig schützende Sympathien findet.

Im Kriege haben wir uns wacker geschlagen. Wohl niemand hat es anders erwartet. Politisch interessanter ist, daß die ungarländischen Nationalitäten — entgegen manchen der österreichischen Reichslande — bis zuletzt unseren Fahnen treu geblieben sind.

Ungarische Heerführer hatten wir kaum. Die Wiener Politik und der Kampf gegen sie haben uns Ungarn dem aktiven Militärdienst entfremdet. Schade! Denn im Moment des Zusammenbruchs hätte ein großer und geliebter ungarischer Heerführer das Land retten können.

Der Krieg ging zu Ende. Wir sind stärker zusammengebrochen und dann tiefer gesunken, als es die äußeren Umstände bedingten und als man es wirtschaftlich oder politisch erklären könnte. Die Gründe liegen auf sozialem Gebiet. Ein durch den sonst segensreichen wirtschaftlichen Aufschwung in den Seelen verstärkter Materialismus, die kritiklose Übernahme und feixartige Anbetung fremder Ideologien, der wirtschaftliche Verfall des Hauptträgers der nationalen Gedankenwelt, des Mittelstandes, die Durchdringung unserer kulturtragenden Schicht mit nationslosen und entnationalisierten Elementen und eine falsche, internationalisierende Auffassung des Liberalismus haben die Seelen teils für den Radikalismus vorbereitet, teils in ihrer Auffassung schwankend gemacht, teils abgestumpft.

Da hinein platzte einesteils die zum Humbug entwürdigte idealistische Utopie der Wilsonschen Punkte, anderenteils das Versagen des staatlichen Machtfaktors, und die so entfesselte zügellose Propaganda des wildesten Radikalismus ließ daraus entstehen, was gekommen ist: anarchisch-chaotische Zustände unter dem Regime Károlyi, dann den Bolschewismus und, als diesen der ungarische Bauer aushungern ließ, das Hereinrücken der beutelustigen Nachbarn weit über die Grenzen ihrer kühnsten Träume bis in die kompakt magyarischen Tiefländer hinein. Nie wäre das Trianoner Diktat so ausgefallen, wenn der

Radikalismus nicht der Nation die Waffen aus den Händen gerissen hätte. Nie wären die Nachbarn so weit hereingedrungen, wenn es irgendeine bewaffnete ungarische Macht gegeben hätte. Und nie hätten sich die Großmächte aus Furcht, daß die kleinen Verbündeten auf eine mehr rückwärts gesteckte Grenze auf ihren Befehl nicht zurückgehen werden, diesem status quo fügen müssen.

Kein Staat hat so viel Land (67,8%), so viel Bevölkerung (59%) und kein Volk so viel seines eigenen Stammes (30%) verloren wie wir. Unsere Verlustliste ist in mehreren Werken publiziert worden. Wenn man diese durchblättert und die verschiedenen Zahlen vergleicht, wird man sogleich sehen, daß wir nicht nur zahlenmäßig viel verloren haben, sondern daß sich die verschiedenen Verhältnisse, die Wirtschaftszweige so verschoben haben, daß wir unsere Wirtschaft auf eine ganz andere Basis umstellen müssen. (Abb. 7.)

Das mittlere Donaubecken ist eine geographische Einheit, weil es einen größtenteils scharf ausgeprägten Grenzgürtel und ein scharf ausgeprägtes Zentrum hat. Es ist eine vollkommene geographische Einheit, weil innerhalb ihrer Grenzen die Teillandschaften und ihre wirtschaftliche Ausstattung sich harmonisch ergänzen.

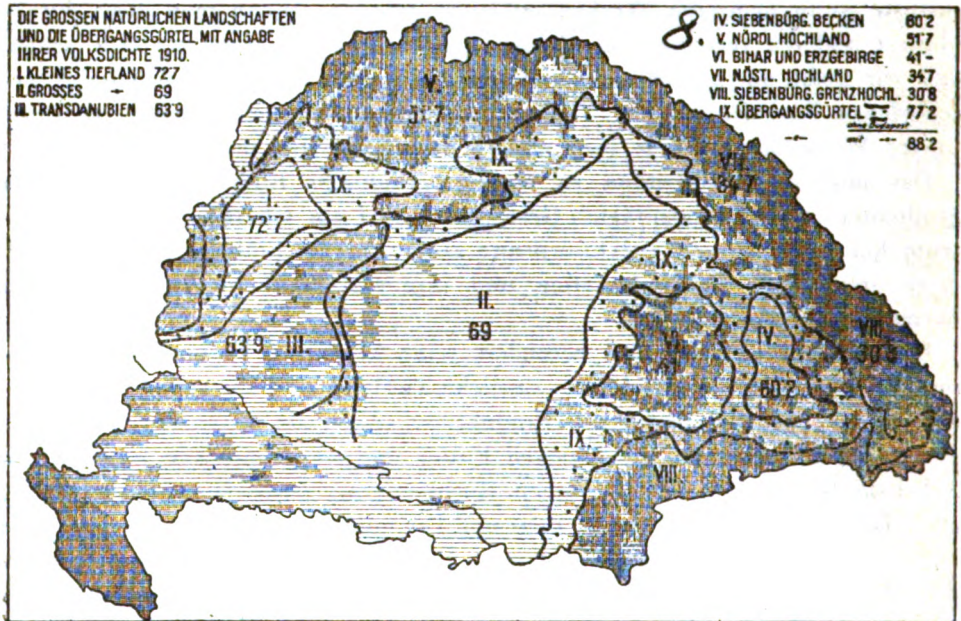
Das zentrale Tiefland und besonders seine klimatisch beständigere, feuchtere Peripherie, sowie das kleine westliche Tiefland sind die exportfähigen Erzeuger der landwirtschaftlichen Produktion. Aber sie regenerieren und ergänzen ihren Viehstand, sie beziehen Futter und sie gebrauchen sommerliche Arbeitskräfte aus den peripherischen Hochländern. Diese Hochländer liefern auch fast alles Holz, das ganze Bau- und Brennholz, sie liefern überhaupt die meisten Rohmaterialien der Industrien. Diejenigen Industrien, die sich nach den allgemeinen Gesetzen der Industriesiedlung der Fundstätte des Rohmaterials anpassen, befinden sich denn ebenfalls in den peripherischen Hochländern. Während jene Industrien, die die Marktlage suchen, sich dem Zentrum nähern. Der Handel hat sich dann den konvergierenden Handelsstraßen gemäß ganz zentral in der Hauptstadt entwickelt.

Aber besser als eine allgemeine Beschreibung, die ich hier nicht genügend entwickeln kann, werden einige zahlenmäßige Beispiele die Sache klar machen.

Unser Staat hat fast 68% seiner Fläche, dem gegenüber aber nur 59% seiner Bevölkerung verloren. Die Volksdichte hob sich dadurch von 64·6 auf 82·1 und wurde dichter als jene Frankreichs oder Dänemarks. Das Verhältnis der Bevölkerung der Hauptstadt zum ganzen übrigen Lande verschob sich von 1:17 auf 1:6. Die Versorgungsfrage wird daher schwieriger — wie schwierig, das wird man erst erkennen, wenn ich hervorhebe, daß aus klima-

tischen Gründen eben jene Teile des Tieflandes die fruchtbarsten sind, die an der Peripherie, besonders an der südöstlichen Peripherie gelegen, Serbien und Rumänien zugesprochen worden sind.

Ein anderes Beispiel: wir haben 83% unseres Roheisens verloren, fast genau 50% unserer Eisenwerke, aber nur kaum 18% unserer Maschinenfabriken. Das hängt mit dem oben angeführten Gesetz der Industriesiedlung zusammen. Die Zahlen sprechen für sich.



Noch eines: wir haben über 50% unserer Schweine behalten, aber nur 35% unserer Maisanbaufläche. In dem einen oder anderen mußte also eine Verschiebung eintreten, und solche Verschiebungen ziehen weite Kreise.

Wir haben auch über 84% unserer Wälder und über 97% unserer Tannenzwälder verloren. Man bedenke die Verschiebungen, die das in der Beschaffung der Bau- und Brennmaterialien verursacht. Noch eine Zahl wird das veranschaulichen. Unsere per capita Brennholzproduktion war vor dem Krieg 2·26 q und ist heute 0·16 q.

Es gibt Hunderte von solchen Beispielen, denn es gibt kein Teilfeld unserer Wirtschaft, in dem sich die Verhältnisse nicht verschoben hätten.

Das Trianoner Friedensdiktat wurde unterschrieben und ratifiziert, weil wir keine kleinasiatische Wüste hatten, wie die Türkei, die hinter dieser das Sèvresdiktat zurückweisen und dann als erster einen nach Recht und Moral Frieden nennbaren Vertragsabschluß erreichen konnte. Es klingt paradox — aber ich glaube behaupten zu können — daß die krasse Unwissenheit und die Maßlosigkeit der Bedingungen die Unterzeichnung und Ratifizierung erleichtert haben, denn der gesunde Menschenverstand verbat, ihnen auch nur eine übergangsweise Stabilität zuzusprechen.

* * *

Für die ersten Jahre der Nachkriegszeit ist es schwer, und wird es für den Historiker auch immer bleiben, die Folgen der Materialverwüstungen des Krieges, der subversiven Propaganda, der Kriegsmüdigkeit und ihrer Reaktionen, der Revolutionen und aller seelischen und sozialen Erschütterungen, der territorialen, der wirtschaftlichen und der sozialen Verschiebungen, der finanziellen Gleichgewichtsstörungen und der Zwangswirtschaft auseinanderzuhalten. Das gilt für alle Staaten. Und die Regierungsmaßnahmen sind anfangs planlos incidental; nur langsam tasten sie sich zu einem einheitlichen Programm vor. Wir erreichten dieses Stadium erst unter dem Kabinett Bethlen.

* * *

Ungarn hat einen besonders schweren Stand. Durch die Verbindung mit dem österreichischen Kaiserreich war es weltabgeschnitten und weltfremd geworden. Obwohl ein tausendjähriger Staat Europas, hat es seine weltpolitischen und Welthandelsbeziehungen ebenso von vorne an anzuknüpfen wie etwa die ganz neue Tschechoslowakei, nur als Besiegter unter weit schwierigeren Umständen.

Unsere beiden größten Unglücke, Verstümmelung und Bolschewismus, haben eine starke christlich-nationale Reaktion gezeitigt. Der Nationalismus, der bei uns immer stark war, bedarf keiner Erklärung. Er wurde noch angefacht dadurch, daß gerade seine Hauptträgerin, die Mittelklasse, am meisten litt diesseits und jenseits der neuen Grenzen, und aus den neuen Nachbarstaaten viele Hunderttausende gequält und ausgeraubt nach Rumpfungarn gejagt wurden.

Christlich war die Reaktion, weil die Führer des Kommunismus wie des vorbereitenden Radikalismus weit überwiegend Juden waren. — Die Judenfrage ist auch eine Assimilationsfrage. Wir hatten seit Jahrhunderten ein sich assimilierendes, national denkendes, wertvoll arbeitendes Judentum. In den letzten Dezennien ist aber der Zuzug aus Rußland, Rumänien und Galizien ein ums Vielfache zu groß geworden. Das unassimilierte, un-, ja sogar anti-

nationale Judentum nahm überhand. Erst zahlenmäßig, dann auch in den wichtigen Berufen, Journalistik, Literatur usw. Sein geschmeidig-militanter Kosmopolitismus unterwühlte die Denkgangsart der Intellektuellen, untergrub die Stützen des Staates. Und in der unmittelbaren Nachkriegswirrenzeit hat sich die Kohäsionskraft des jüdischen Gedankens dem nationalen überlegen gezeigt.

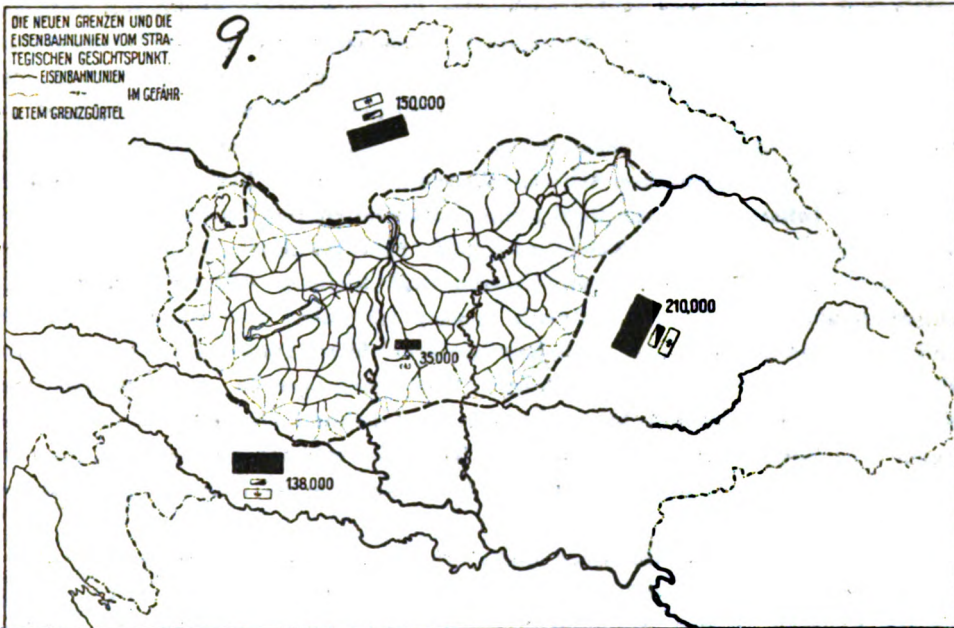
Nationale und zugleich christliche Zielsetzung der Regeneration war ein großes Wagnis — sofern ein organischer Prozeß Wagnis genannt werden kann.

Das hieß die Kampffronten verdoppeln und uns ganz auf die eigenste Kraft verlassen. Das war schwerer, aber heute können wir schon sagen, daß es sich als auch logisch richtig erwiesen hat. Wir haben uns im Anfang die Sache nur unnötig erschwert, indem überlaut schärfere Programme angekündigt wurden und weniger Energie und Aufmerksamkeit für den ruhigen konstruktiven Ausbau übrig blieb. Denselben Fehler haben wir, leicht aufbrausend, aber ebenso leicht vergessend und offenherzig, wie wir sind, im Laufe unserer Geschichte oft begangen. Das hat das Spiel der gegen uns arbeitenden Propaganda sehr erleichtert — besonders in den Kreisen aus- wie inländischen Judentums. Auf der anderen Seite wurde auch die Kleine Entente und deren Rückhalt an ihren großen Verbündeten dadurch gefestigt.

Die Kleine Entente ist überhaupt wegen Ungarn entstanden. Sie ist sozusagen ein weltpolitisches Ergebnis Ungarns — der historischen Tatsache nämlich, daß sich das Ungartum trotz aller Unbill des Schicksals im Herzen des mittleren Donaubeckens, in der geographischen Kernlandschaft behauptet hat. Sie ist — da aus tschechischer Initiative entstanden — ein Beispiel des politisch-geographischen Prinzips des übergreifenden Bündnisses. Ein Prinzip, das in der Weltgeschichte manche Beispiele gezeitigt hat, Bündnisse, die meist ungetrübt bestanden, sich aber selten vertieften — denn sie waren „ad hoc“.

Alles, was in Ungarn national, alles, was die innige Verbindung von Land Volk stärkt, und besonders alles, was sie im uralten, naturgegebenen Rahmen gestärkt hat, alles, was geographisch, oder historisch-traditional — ist der Kleinen Entente wesenswidrig.

So ist es vor allem der Royalismus, denn sie sieht in ihm ein Stabilitäts- und auch ein Expansionselement des nationalen Gedankens, — noch mehr aber der Legitimus, denn sie sieht in ihm die Tradition, die Gemeinsamkeit der Tradition des naturgegebenen, uralten Rahmens, — oder auch über diesen hinaus das Gespenst der Doppelmonarchie. Und es ist charakteristisch, daß



nichts die Kleine Entente so gefestigt hat, als die von verantwortungslosen Ratgebern vorbereiteten Rückkehrversuche Sr. M. König Karls. In genauer Kenntnis dessen, daß Seiner Majestät Popularität in Ungarn im Steigen war, wurde die vorzeitige Auslösung gerne gesehen, — um nachträglich nach außen und innen propagandistisch und wirtschaftspolitisch ausgenutzt zu werden.

Ungarn hat sich durch die Krise der Nachkriegsjahre durchgerungen. Innere Ordnung und politische Stabilität sind wieder hergestellt, wenn auch noch vereinzelt Schreckensgespenster der verzweifelten ersten Nachkriegsjahre erscheinen. Die Verhältniszahl des Exports zum Import, die von 91,8% (in 1913) auf 39,2% gesunken war, hat die 90% schon wieder überschritten. Die Krone ist stabilisiert worden, und eine neue Währung wird eben ins Leben gerufen. Der Großhandelsindex ist von 23 500 (Dez. 1924) unter 19 000 zurückgegangen, die Zahl der Arbeitslosen (Gewerkschaftsmitglieder) von 38 500 (Ende Januar 1925) auf 27 500. Die Getreideanbaufläche hat sich dem Vorkriegsausmaß wieder — etwa um die Hälfte des Rückganges — genähert. Die Kohlenförderung aus den uns verbliebenen Bergwerken, die von 63 000 000 q auf 48 600 000 q zurückgegangen war, schwankt zwischen 71 000 000 und 77 000 000 q.

Die Fülle der für und wider wirkenden Einflüsse macht es überall unmöglich, die Entwicklung in der Nachkriegsperiode zahlenmäßig klar darzustellen. Bei uns ist auch noch jeder Vergleich mit Vorkriegszahlenreihen infolge der riesigen Veränderung in Größe und landschaftlicher Zusammensetzung und so des Charakters des ungarischen Wirtschaftsgebietes erschwert.

Die allgemeineuropäischen Schwierigkeiten und die der Besiegten — Zwangswirtschaft, Inflation, Überkapitalisierung, Schwinden des Betriebskapitals, Verminderung des Konsums, Kreditknappheit, Konjunkturschwankungen — wir kennen sie alle. Nur haben wir Ungarn, auf kleinem Wirtschaftsraum und künstlich abgesperrt, manches noch stärker verspürt. Die Handelsfremdheit und Unselbständigkeit der Mehrheit unserer Mittelklasse aber hat unsere Widerstandskraft besonders gelähmt. War doch gerade der urwüchsigste Mittelstand besonders seit Mitte des vorigen Jahrhunderts, seit der fast erlösfreien Überlassung der Felder an die freiwillig erlösten Leibeigenen, immer mehr im Staatsdienst aufgegangen und hatte den Handel dem Judentum überlassen.

Die Bodenreform hat die Lage nicht erleichtert. Ungarn fällt in den Bodenreformgürtel der Osthälfte Mitteleuropas. Unsere Reform ist zwar — in diesem Rahmen — von spezieller Art. Sie dient nicht national- und territorialpolitischen Zwecken. Sie gibt nicht, um wegzunehmen, sie nimmt nur weg, um geben zu können. Dennoch konnte Demagogie nicht ausgeschaltet, Härten und Ungerechtigkeiten nicht vermieden werden. Es folgte Unsicherheit und Stillstand aller Investition in den größeren Wirtschaften, Rückfall des Ertrages in diesen wie auf den verteilten Feldern. Die Beliehenen leiden Mangel an Betriebseinrichtung — im Werte von über 200 Millionen Goldkronen für rund eine Million Katastraljoch.

Eine Kritik der Entwicklung und ihrer Elemente wird nicht nur durch das unentwirrbare Ineinandergreifen all dieser Momente wie auch sozialer Zustände und politischer Strömungen erschwert.

Der zur wirtschaftlichen Gesundung von unserer Regierung vorgezeichnete Weg führt über die Wiederherstellung des Staatshaushalts zu jener der Privatwirtschaft. Sie hat dazu auf dem Wege des Völkerbundes eine Auslandsanleihe in Anspruch genommen. Mit einem finanziellen Bruchteil — und der moralischen Hilfskraft — dieser Anleihe hat sie die erste Etappe, die Wiederherstellung des Staatshaushaltes, in erstaunlich kurzer Zeit bewältigt. Nun erst soll der Privatwirtschaft aufgeholfen werden. Inzwischen hat aber diese — zur Aufrichtung des Staates sehr stark herbeigezogen — viel gelitten. Es sah fast aus, als wolle man die Milchkuh sterben lassen.

Wir stehen also nicht nur inmitten einer organischen, sondern auch im Übergangsstadium einer programmäßigen organisatorischen Entwicklung.

Aber der Augenschein, das sichtbare Bild des wirtschaftlichen Alltagslebens, erbringt jedem Kenner des Landes einwandfrei den Beweis des Wiederaufstiegs. Sie haben ihn auch dem, die Entwicklung analytisch wie synthetisch beobachtenden Kontrolleur des Völkerbundes erbracht. Seine Berichte, das Ansehen, das sich Ungarn im Finanzausschuß des Völkerbundes verschafft hat, und die günstige Notierung unserer Anleihe sind Beweise.

Ein nicht zu unterschätzender Beweis der Gesundung ist auch, daß unsere Regierung nun schon seit fast fünf Jahren im Amte ist. Sie ist derzeit die älteste Regierung in Europa. — Das ist auch ein Beweis dessen, daß unter den oft hochgehenden Wellen politischen Kampfes, den Übertreibungen und Fehlern, im Volke der Grundton nüchternen politischen Instinkts obwaltet.

Dieser Instinkt und das Selbstbewußtsein politischer Tradition haben uns auch — so schwach wir sind — vor internationaler Konjunkturpolitik geschützt.

Gleich nach Kriegsende sprach man — besonders Franzosen — viel von einer Donauföderation, so einer Aufwärmung Österreich-Ungarns auf neuer Basis, mit dem Schwerpunkt in Prag, also eben im schwächstgefügten, nationalbuntesten Staat. Doch auch ohne diesen Mangel läßt sich so ein Bau nicht willkürlich schaffen.

Die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie — wenn auch aus heterogenen Gebilden bestehend — hatte doch Geschichte. Sie wurde durch den monarchischen Gedanken zusammengehalten. Oder sollte es in letzter Zeit wirklich nur seine Verkörperung in der Person S. M. Franz Josephs gewesen sein — des letzten, die Geschicke seiner Länder wirklich selbst leitenden großen europäischen Monarchen? Seine Staatskunst zeigte keinen Schwung, aber sie hatte umso mehr Takt, und darin lag auch ein gut Stück Weisheit.

Ob sich bei anderem Laufe der Dinge sein Bau auch nach seinem Tode gehalten hätte, ist heute eine müßige Frage. Einmal zerfallen, kann die Doppelmonarchie jedenfalls nicht wieder zusammengefügt werden. Auch in anderer Form nicht. Besonders aber nicht in einer politischen Einheit der fünf Donaustaaten. Staatsrechtlicher Aufbau, politische Denkungsart und politische Moral, soziale Struktur und Kulturniveau sind zu verschieden.

Durch unsere Gebietsverluste, durch das Bersten des umschließenden österreichischen Ringes, den Verlust eines großen zollfreien Absatzgebietes unserer landwirtschaftlichen Produkte, durch Aufrichtung eigener Zollschranken und durch die Internationalisierung des Donauweges hat sich unsere Lage im Rahmen der Weltwirtschaft stark geändert.

Die Verhältniszahlen des Anteils der verschiedenen Staaten an unserem Außenhandel weisen naturgemäß auf eine größere Freiheit der Bewegung.

	Anteil an Ungarns Außenhandel in Prozent	
	1909/13	1924/25
Österreich (Bosnien)	74,5	—
Deutschösterreich	—	22,5
Tschechoslowakei	—	25
Rumänien	2,2	8
Serbien-Jugoslawien	1	3,5
Deutschland	9	14
Italien	1,1	4,5
Schweiz	0,5	4
England	1,8	3
Frankreich	1,2	1,5
Holland	0,3	1
Polen	—	5
Rußland	0,7	—
Vereinigte Staaten von Amerika	2	2,5

Die Stabilität und Realität dieser Freiheit hat sich jetzt erst zu erweisen. Österreich und die Tschechoslowakei zusammen umgürten Ungarn ebenso, wie früher das österreichische Kaiserreich es tat. Nur sind die Verhältnisse von Größe, Volkszahl und geographischer Energieverteilung noch ungünstiger. Unsere beiden Nachbarn haben ihren Vorteil längst erkannt und arbeiten sich bei den Handelsvertragsverhandlungen in die Hände.

Die freie Donau öffnet zwar eine schmale Pforte, dafür aber eröffnet sie unserem Weizen eine schwere östliche Konkurrenz. Und der Verlust zollfreier Absatzgebiete — der eigenen und österreichischen Berglandschaften — bedroht arg unsere größte Industrie, die Mühlen, da bekanntermaßen schon kleine Differenzen in den Zollsatzrelationen zwischen Korn und Mehl vernichtend wirken können.

Unser autonomer Zolltarif ist am 1. 1. 1925 ins Leben getreten. Seine Gesamtwirkung ist infolge des schweren Krisenzustandes unserer Privatwirtschaft nicht zu beurteilen.

Jetzt stehen wir mitten in der Periode der Handelsvertragsabschlüsse. Mitte September 1925 trat der erste — der mit Polen in Kraft. Es folgten die mit Griechenland, Italien, Spanien und Frankreich. Mit den meisten europäischen Staaten haben wir Meistbegünstigungsverträge.

Schwieriger als die anderen gestalten sich die Abschlüsse mit den Nachbarn, besonders mit den Staaten der Kleinen Entente, weil sich in diesem Falle sowohl in die Materie selbst als in die Taktik der Verhandlungen politische Momente mischen.

Die Gründe dafür liegen nicht nur in heutigen Willensakten, sondern hauptsächlich in der Lage, die die Friedensdiktate geschaffen haben. Politischer und wirtschaftlicher Unsinn ist da ineinander verwoben und kann zufriedenstellend nur zusammen — durch die Revision der Friedensverträge — abgeschafft werden.

Handelsverträge können und müssen aber auch bis dahin abgeschlossen werden. Und trotz Widerstrebens der Gefühle haben wir zuerst eine Verständigung mit der Tschechoslowakei gesucht und dann — noch auf der Konferenz von Genua — Handelsverträge zwischen den sogenannten Successionsstaaten vorgeschlagen.

Der Güteraustausch zwischen den Landschaften des mittleren Donaubeckens ist vielfach zum Außenhandel geworden. Ungarn braucht das Holz, das Eisen, die Erze und das chemische Rohmaterial der Bergländer, auch wenn es seine Industrie im Sinne der Bodenständigkeit spezialisiert. Österreichs und der Tschechoslowakei vielseitig differenzierte, aber auf dem Geschmack und die Bedürfnisse der Völker des mittleren Donaubeckens zugeschnittene Industrien können den ungarischen Markt nicht entbehren. Sie brauchen auch das ungarische Getreide. Der Kampf kann nur um die Form gehen: Mehl oder Getreide. — Auch die ungarische Industrie und ihre alten Absatzgebiete sind aufeinander angewiesen. Das im Verhältnis fünfzehnfache Anwachsen des Handels mit Rumänien trotz der Maßregeln absperrender Tendenz ist ein Beweis.

Handelsverträge mit all diesen Staaten werden nichtsdestoweniger immer Surrogate bleiben. Die kürzlich erfolgte Überschwemmungskatastrophe — Folge der Waldraubwirtschaft und der Verwahrlosung des hydrographischen Dienstes an den heute rumänischen Oberläufen der Flüsse — ist nur ein Beispiel. Aber ist ein unleugbarer Beweis, daß die von den Friedensdiktaten geschaffenen Mißstände nicht vorübergehender Natur sind und durch gewöhnliche Maßregeln — auf dem „status quo“ — nicht zu beseitigen sind.

Auch unser Beitritt zum Völkerbund ist hauptsächlich aus wirtschaftlichen Rücksichten erfolgt. Und in dieser Hinsicht hat er uns auch genützt. Nicht so sehr die Anleihe; haben wir sie doch zur Sanierung der Staatsfinanzen kaum in Anspruch genommen. Aber die Reparationsfrage wurde auf Zeiten verschoben, in denen normale Denkungsart in Europa wiedergekehrt sein wird. Und die ganze Aktion brachte uns nach innen die Finanzkontrolle, einen wirksamen Verbündeten der Regierung in der Durchführung ihrer notgedrungen grausamen Sanierungsaufgabe — nach außen erhöhtes Gehör am Forum, gesteigertes Interesse des Auslandes — und dadurch, nach Gelingen der Sanierung, Steigen der Kreditfähigkeit von Staat und Privatwirtschaft. Für all dies mußte vieles andere, Schwerwiegenderes mit in Kauf genommen werden.

Der Völkerbund ist der Bund der Sieger. Seine Konstruktion garantiert das, ob ihm Besiegte und Neutrale beitreten oder nicht. Der Beitritt bedeutet eine zweite Ratifikation der Friedensverträge, — eine den Siegern willkommene, ja

notwendige und erstrebte, weil anscheinend freiwillige Ratifikation. Die Hoffnung der Revision ändert daran nicht viel. Die Mitwirkung wird zur moralischen Last, weil dem Todesurteil von Stammesgenossen stillschweigend assistiert werden muß. Wird ja doch von den führenden Staatsmännern offen erklärt, daß die Minoritätenschutzverträge ein Werkzeug zur langsamen Vernichtung der Minoritäten sind.

Der Schutz der unterdrückten Stammesbrüder mag ja nun keine Staatsaufgabe sein, — er ist aber eine hehre Pflicht der Nation, eine Selbstverständlichkeit, ihre Selbstbejahung. Im Völkerbund sitzen aber keine Völker, sondern nur Staaten, Regierungen. — Von Deutschlands Beitritt verspricht man sich in Ungarn viel, besonders da Deutschland Mitglied der mächtigeren und lebendigeren Körperschaft, des Rates, wird.

Locarno kann, wenn dort gesprochene Worte zu aufrichtiger innerer Überzeugung werden können, wirklich den Anbruch einer neuen Zeit bedeuten. Ob dies erfolgt oder ob Locarno nur eine veränderte Form der Friedensdiktate bleibt, — es führt auch zur Frage der Donauländer. Das ist unsere Frage. Wenn der Moment kommt, wird Frankreich genug Objektivität, wird England Interesse an einer dauerhaften Lösung, wird Deutschland schon genug Einfluß haben?

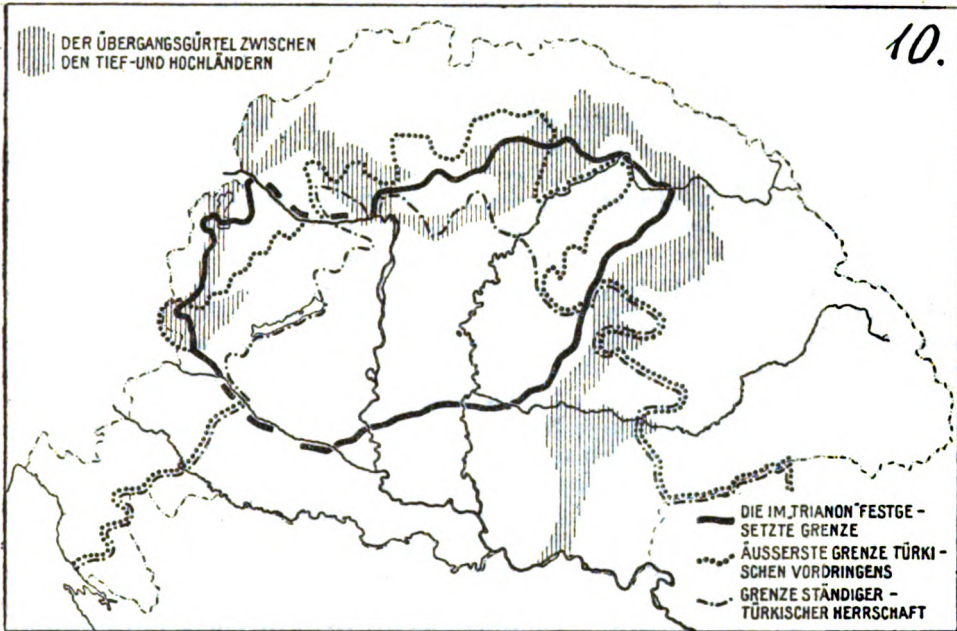
Für jeden der im ungleichen Kampfe besiegten Staaten ist es schwer zu entscheiden, wie seine weltpolitische Lage stärker ist — durch den Beitritt oder außerhalb des Völkerbundes.

Die Zukunft Europas und der weltpolitischen Lage aller seiner Staaten hängt von zwei, nicht einmal ganz voneinander zu trennenden Fragen ab: der Bolschewisierung und der Alternative Siegerbund oder Völkerbund.

Ungarn ist heute kein Machtfaktor. Es kann die Hand an Europas Steuer nicht mit anlegen. Aber als moralischer Faktor kann es — so die Zeit es erlaubt — an einer besseren Zukunft mitarbeiten. Es kennt beide Gefahren. Es hat den Bolschewismus gekostet, und Millionen seines Volkes kennen auch die Knechtschaft. Seine innere Kraft bezeugt die schnelle Wiedererhebung aus so großer Tiefe des Zusammenbruchs, die Energie, mit der es die gefährlichsten Gifte seiner Krankheit, den Eiter seiner Wunden, aus sich ausmerzt.

Ich kehre zu meinem Ausgangspunkt zurück.

Ungarn ist — als Trianon-Ungarn — geographisch, historisch und politisch ein willkürlicher, von fremder Willkür und fernem Zufall geschaffener Begriff. Die geographische Tatsache kann ich nicht besser beleuchten als mit Henry Lavisse's Worten über Brandenburg: „on ne fait pas une patrie d'un morceau de plaine“.



Eine historisch-geographische Parallele drängt sich auf. Ungarn besitzt heute mit einer einzigen nennenswerten Erweiterung im WNW jenes Gebiet, das es einst an die Türken verloren hatte. Der historische Begriff ist aber, wie ich ihn zu Anfang faßte, „die innige Verbindung von Land und Volk“. Die Parallele wird zum Gegensatz. Zur Türkenzeit ein Keil, ist das Tiefland heute Kernland. Es ist aber auch das Stammland, — das Savannenland, in dem die Verbindung von ungarischem Volk und Land wirklich innig ist. Das sind die historischen Tatsachen, — eine neue und eine alte. Wir sind auf den Kern des Stammlandes gedrängt, wie es Assyrien auf die fruchtbare Ebene an Tigris und beiden Zab's zweimal war im Laufe seiner ruhmreichen Geschichte.

Die politische Grundtatsache ist diese Auffassung der historisch-geographischen Lage. Kein starres Haften an der Form, in die der ungarische Staatsgedanke vor dem Kriege gekleidet war. Das wäre Utopie. Aber ein Sich-Widersetzen gegen künstliche Stärkung ephemerer Gleichgewichtszustände.

Denn auch eine Realpolitik muß weitschauend sein.

Anmerkungen

- 1) Priv.-Doz. Dr. F. Fodor: Wirtschaftsgeographie Ungarns. Budapest 1924. (Ung.) 2) Tagányi: Alte Grenzschutzvorrichtungen und Grenzöderland. Ungarische Jahrbücher, Berlin. 1922. I. S. 105.

ERICH OBST: BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Die geopolitische Sonderstellung des Deutschen Reiches beruht im wesentlichen auf der allseitigen Offenheit der Grenzen und dem Umrahmtsein von mächtigen, durchweg zur Expansion geneigten Staatswesen. Im Osten fühlt sich die russische Volkheit genau wie früher als Träger einer Weltmission; hielt man sich einst für berufen, der ganzen Welt wahrhaftes Christentum, reine Menschlichkeit zu bringen (Dostojewski, Tolstoi), so meint man jetzt, der Welt notfalls mit Feuer und Schwert eine wahrhaftig soziale Gerechtigkeit bescheren zu müssen. Im Süden erwacht innerhalb der jungen italienischen Nation das heißblütige Streben, die Erbschaft des alten Rom anzutreten und über den eigentlichen italienischen Lebensraum hinaus nicht nur nach Nordafrika, Vorderasien und dem Balkan, sondern auch nach Norden über die tiefgescharteten, leichtgangbaren Alpen auszugreifen. Jenseits des Rheins bewahrt sich die französische Nation bis in unsere Tage die alte gallisch-romanische Ruhm- und Eroberungssucht, die sich an immer neuen Erfolgen berauschen muß, um sich den élan frisch zu erhalten. Die Briten endlich, „the Lord's people“ (Cromwell), müssen Deutschland so lange stark in ihre politische Rechnung stellen, als sie sich ihren Anteil am mittel- und osteuropäischen Markt sichern und gleichzeitig jede ihnen bedenklich scheinende Machtkonzentration auf dem Festland verhindern wollen. Nur von Norden her droht Deutschland heute keine nennenswerte Gefahr mehr, nachdem im 18. und 19. Jahrhundert die Expansionsgelüste von Dänemark und Schweden endgültig überwunden worden sind.

Für ein derartiges, im Schnittpunkt starker geopolitischer Kraftlinien gelegenes und von der Natur nicht irgendwie geschütztes Staatswesen wie Deutschland ergeben sich mithin nur zwei Möglichkeiten einer erfolgreichen politischen Zielsetzung;

1. machtpolitische Beherrschung des gesamten Kontinents vom deutschen Zentralraum aus;
2. aufrichtig friedfertige Bündnispolitik nach allen Seiten mit dem Ziele, sich als ehrlicher Makler Europas eine geachtete und ausschlaggebende Stellung zu schaffen und Deutschland im Falle eines Konfliktes seiner zahlreichen Nachbarn die Neutralität zu sichern, soweit das durch Verträge irgend zu erreichen ist.

Eine dritte Möglichkeit kommt in der Tat nicht in Frage, wenn Deutschland nicht Gefahr laufen will, von neuem das Schlachtfeld Europas zu werden.

Es ist vielleicht der stärkste Ausdruck für die politische Genialität Bismarcks, daß er, als Deutschland unter seiner Führung den Höhepunkt der machtpolitischen Entfaltung erreicht hatte, niemals an die Beherrschung Europas dachte, auch das verführerische „Der Starke ist am mächtigsten allein“ stets von sich wies und statt dessen auf die Sicherung des Friedens durch eine wohlüberlegte, allseitige Bündnispolitik hinarbeitete.

Nachdem wir durch das Friedensdiktat von Versailles unserer Wehrmacht so gut wie ganz beraubt worden sind, versteht es sich für jeden nüchtern urteilenden Deutschen von selbst, daß uns gar kein anderer Weg als friedfertige Bündnispolitik übrig bleibt. Sowohl passiv (Abwehr weiterer fremdstaatlicher Eingriffe) wie aktiv (Ersatz des Versailler Diktats durch einen wirklichen Frieden, Vereinigung aller räumlich zusammenhängend gesiedelten Deutschen in dem großdeutschen Nationalstaat) ist mit Säbelrasseln und Machtandrohung nichts getan; lediglich gütliche Vereinbarungen können uns Schritt für Schritt dem Ziel unseres festen Wollens näherbringen.

Im Geiste dieser Auffassung haben wir uns an dieser Stelle freimütig gegen die Locarno-Politik ausgesprochen, weil uns erstens die einseitige Orientierung nach Westen bedenklich schien und zweitens die Locarno-Bündnisse unseres Erachtens nicht geeignet sind, der deutschen Nation unbedingte Sicherheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten. Unter allen Umständen aber begrüßen wir es aufrichtig, daß die Reichsregierung nunmehr auch den Weg nach Osten gefunden hat. Der am 24. April in Berlin unterzeichnete Deutsch-russische Vertrag ist im Wortlaut in allen größeren Tageszeitungen veröffentlicht worden und kann füglich als bekannt vorausgesetzt werden. Nur einige besonders wichtige Bestimmungen des Vertragstextes und der Begleitnoten seien hier wiederholt:

„Sollte eine der vertragschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von einer dritten Macht oder von mehreren Mächten angegriffen werden, so wird der andere vertragschließende Teil während der ganzen Dauer des Konfliktes Neutralität beobachten.

Sollte aus Anlaß eines Konfliktes der in Artikel 2 erwähnten Art oder auch zu einer Zeit, in der sich keiner der vertragschließenden Teile in kriegerischen Verwicklungen befindet, zwischen dritten Mächten eine Koalition zu dem Zwecke geschlossen werden, gegen einen der vertragschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen.

Sollten, was die deutsche Regierung nicht annimmt, im Rahmen des Völkerbundes irgendwann etwa Bestrebungen hervortreten, die im Widerspruch mit jener grundlegenden Friedensidee einseitig gegen die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken gerichtet wären, so würde Deutschland derartigen Bestrebungen mit allem Nachdruck entgegenwirken.

Die deutsche Regierung geht davon aus, daß diese grundsätzliche Einstellung der deutschen Politik gegenüber der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken auch nicht durch die loyale Beobachtung der Verpflichtungen beeinträchtigt werden kann, die sich für Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund aus den Artikeln 16 und 17 der Völkerbundssatzung über das Sanktionsverfahren ergeben würden. Nach diesen Artikeln käme ein Sanktionsverfahren gegen die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, abgesehen von weiteren Voraussetzungen, nur dann in Betracht, wenn die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken einen Angriffskrieg gegen einen dritten Staat eröffnete. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Frage, ob die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken bei einem bewaffneten Konflikt mit einem dritten Staat der Angreifer ist, mit bindender Wirkung für Deutschland nur mit dessen eigener Zustimmung entschieden werden könnte und daß somit eine

in dieser Hinsicht etwa von anderen Mächten gegen die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken erhobene, nach deutscher Ansicht nicht berechnete Beschuldigung Deutschland nicht zwingen würde, an irgendwelchen auf Grund des Artikels 16 eingeleiteten Maßnahmen teilzunehmen.“

Warum dieser Berliner Vertrag in den Kreisen der Locarno-Mächte und namentlich in Frankreich anfangs so große Entrüstung hervorgerufen hat, ist schlechthin unverständlich. Hatten die Russen etwa doch recht, wenn sie den beabsichtigten Locarno-Bund als eine Verschwörung gegen das neue Rußland, den Beginn einer abermaligen Einkreisungs-Ära ansahen?

Jeder unvoreingenommen Urteilende muß anerkennen, daß der Berliner Vertrag durchaus vom Geiste der Friedfertigkeit und Völkerversöhnung getragen ist und den berechtigten Interessen beider Parteien entspricht. Rußland darf nun sicher sein, daß sich Deutschland niemals dazu hergeben wird, als Aufmarschgebiet der Entente gegen Rußland zu dienen, sofern nicht Rußland selbst den Angriffskrieg eröffnet. Umgekehrt erhält Deutschland die Gewißheit, im Falle eines Konfliktes mit dem Westen nicht wieder in eine Zange genommen zu werden. Deutschland, das sowohl politisch wie wirtschaftlich als auch kulturell vom Westen wenig erhoffen darf, hat sich den ihm gemäßen Weg nach dem Osten gebahnt. Glückt es, den Vertrag nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach restlos zu verwirklichen, so wird die deutsch-russische Zusammenarbeit für die Zukunft unseres Vaterlandes zweifellos von größter Wichtigkeit werden. Wir denken nicht so sehr an eine machtpolitische Kooperation zwischen dem Herzland Europas und dem Riesenstaat im Osten; wir denken auch nicht bloß an die Möglichkeit, die darniederliegende deutsche Wirtschaft durch Aufträge aus Rußland wieder in Gang zu bringen; was wir vor allem von dem Berliner Vertrage erhoffen, ist die Bildung eines deutsch-russischen Blockes, der im Geiste aufrichtiger Völkerversöhnung die ihm seelisch nahestehenden Volkheiten Mitteleuropas anziehen und zu einem größeren politischen Raumorganismus formen kann. Zukünftige Geschlechter werden Deutschland einmal Dank dafür wissen, daß es Rußland vor der einseitigen Orientierung nach Asien hin bewahrte und für die Gemeinschaft des noch nicht ganz mechanisierten, noch nicht ganz seelenlos gewordenen Mitteleuropa erhielt. Zu irgendwelchen Besorgnissen bietet der Berliner Vertrag und der in Aussicht genommene allgemeine deutsch-russische Schiedsgerichtsvertrag wirklich keine Veranlassung. Ganz richtig urteilt der „Manchester Guardian“ (19. April):

„In no event can Germany be prevented from coming to a political understanding with Russia. And the only way to turn the edge of any possible danger in such an understanding is to make her at the earliest possible moment a member of the League with the full status which she was unconditionally promised at Locarno.“

Daß sich Rußland ernstlich bemüht, in den Kreis der europäischen Großstaaten stärker als bisher einbezogen zu werden, erhellt u. a. aus dem Abkommen der Sowjetbehörde mit der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft. Vom 16. Mai 1926 ab wird der direkte Personenverkehr von Paris über Ostende, Brüssel, Düsseldorf, Dortmund, Berlin, Posen, Warschau, Riga, Smolensk, Moskau, Samara, Omsk, Irkutsk und Tschita nach Wladiwostok wieder eröffnet werden. Der Eurasien dunkquerende Expresß,

nur ein einmaliges Umsteigen in Riga vorgesehen ist, wird die Fahrt von bei dem Paris nach Wladiwostok in 13 Tagen zurücklegen. Der Zug wird mit Spiel- und Baderäumen versehen sein, ein weiterer Wagen ist für sportliche Betätigung bereitgestellt; überdies führt jeder Zug eine umfangreiche Bibliothek in sechs Sprachen mit sich. Jeden Mittwoch wird von Paris und jeden Donnerstag ein solcher von Wladiwostok abgehen. Von Charbin wird je eine Verbindung über Mukden, Peking nach Hankow und über Korea mit Fährbetrieb nach Nagasaki eingerichtet werden.



Auf der anderen Seite ist das Mißtrauen Rußlands gegenüber den Entente-staaten Westeuropas noch immer keineswegs überwunden. Wie fest in Ruß-land die Vorstellung von der geplanten Einkreisung des Sowjetstaates durch die Entente wurzelt, zeigte sich bei den Beratungen des Exekutivkomitees

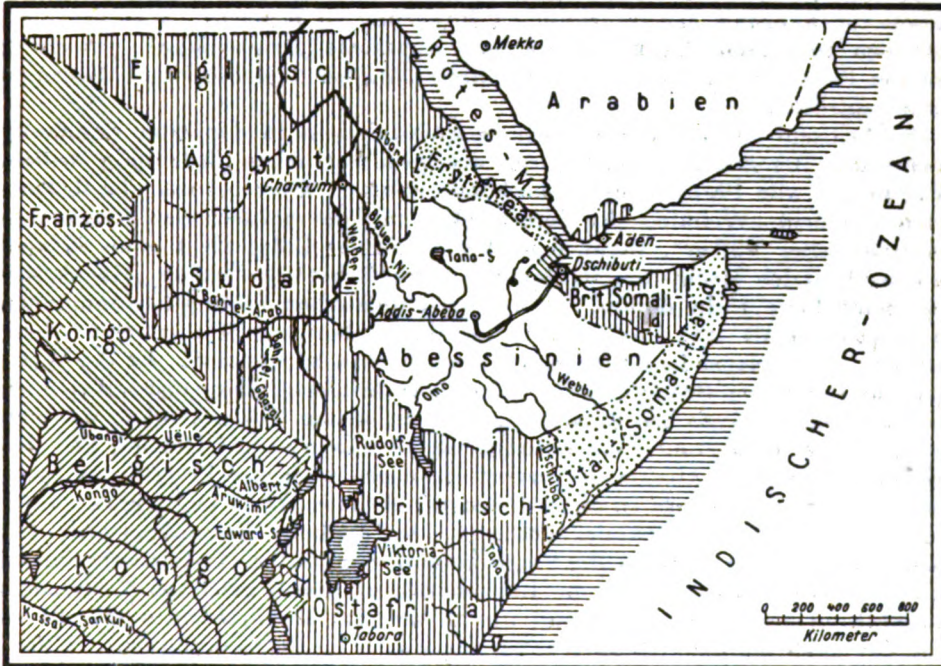
in der Mitte des Monats April. Man verkündete ein Gesetz, wonach die Sowjetunion das ganze Gebiet nördlich der russischen Küste bis zum Nordpol, soweit es noch nicht als anderen Mächten gehörend von der Sowjetunion anerkannt worden ist, als russisches Gebiet ansieht. In der Begründung dieses Gesetzes heißt es kennzeichnenderweise, man sei zu diesem Schritt gezwungen, weil „die imperialistischen Mächte Polargebiete annektieren wollen, die ihnen einen militärischen Zugang nach Sowjet-Rußland ermöglichen“. Das Beispiel der Engländer in der Antarktis hat also schnell Schule gemacht. Die Polargebiete hören im Zeitalter des Flugzeuges rasch auf, glückseliges Niemandsland zu sein. Es steht zu erwarten, daß die Nordamerikaner nun auch in Bälde zu einem ähnlichen Mittel greifen, nachdem Oberstleutnant Byrd den Nordpol noch vor Amundsens „Norge“ überflogen hat.

Während wir durchaus das Gefühl haben, daß der Berliner Vertrag auch von Seiten Rußlands unbedingt ehrlich gemeint ist, können wir die gleiche Überzeugung hinsichtlich der Westmächte und des unglückseligen Locarno-Paktes auch jetzt noch immer nicht aufbringen. Für uns ist und bleibt der letzte Prüfstein für unbedingte Aufrichtigkeit die Revision des Versailler Diktats und die Zustimmung der Entente zum Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen. Ohne Erfüllung dieser Forderungen gibt es keinen Frieden in Europa, ohne Eingehen auf diese deutschen Wünsche kann die Entente niemals das Vertrauen Deutschlands erringen. Aber können es die Westmächte ernst meinen mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch uns gegenüber, wenn sie dieses Recht in der ganzen Welt mit Füßen treten, falls ihre selbstsüchtigen Absichten dies erfordern?

In Nordafrika hat der „Geist von Locarno“ die Feuerprobe absolut nicht bestanden. Die Friedensverhandlungen zwischen der französisch-spanischen Kommission und den Beauftragten Abd el Krim sind abgebrochen worden, das mörderische Ringen in den Bergen des Rifs nimmt seinen Fortgang. Was in aller Welt haben Franzosen und Spanier hier zu suchen? Mit welchem sittlichen Recht erstreben sie die Unterwerfung der Rif-Kabylen? Aus welchem Grunde verwehren sie dem kleinen, tapferen Bergvolk das, was sie bei anderer Gelegenheit fortwährend als das angebliche Leitmotiv ihrer Politik verkünden: Selbstbestimmungsrecht? — Gewalt geht vor Recht! Niemand kann es den Unterhändlern des Rifs verdenken, daß sie die unerhörten Bedingungen der Franzosen und Spaniern ablehnten. Hier und da werden jetzt überdies Stimmen laut, die die Verhandlungen von Uchda als bloße theatralische Geste der Alliierten hinstellen. Die französischen und spanischen Offiziere, so heißt es, haben die Friedensbesprechungen absichtlich scheitern lassen, weil sie sich die Gelegenheit zur Ausführung der sorgsamst vorbereiteten Offensive nicht entgehen lassen wollten. Der Drang nach gloire ist eben stärker als der Wille zur Gerechtigkeit und das Streben nach einer neuen Weltordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts.

Wer den Paradereden von Genf und Locarno bislang mehr Wert beigelegt hat als wir und an eine grundsätzliche Umstellung der Entente-Politik glaubte, muß über die letzten Vorgänge in Abessinien geradezu entsetzt sein. Dieser letzte unabhängige Staat auf dem Boden des Kolonialkontinents — Liberia muß faktisch als Anhängsel der nordamerikanischen Union gewertet werden — wird bekanntlich von drei europäischen Staaten heiß „umworben“: Groß-

britannien, Frankreich und Italien. Durch den Vertrag von 1906 verpflichteten sich diese Mächte, die Integrität Abessiniens unbedingt zu respektieren. Der Wortlaut des Vertrages war absichtlich dunkel gehalten und konnte nur notdürftig die Rivalität der drei auf Interessensphären in Abessinien hinzielenden Kolonialstaaten verhüllen. Frankreich hat sich seit Jahrzehnten einen starken wirtschaftlichen und politischen Einfluß im Lande des Negus gesichert und hofft, von Dschibuti aus allmählich den gesamten Handel Abessiniens zu beherrschen. Italien hat trotz der furchtbaren Niederlage von Adua (26. Oktober 1896) den Plan einer Festsetzung in Abessinien, einer „Abrundung und Ergänzung“ seiner Kolonien Eritrea und Somaliland niemals aufgegeben. Für England endlich spielt Abessinien eine große Rolle, weil hier das Quellgebiet



des Blauen Nils gelegen ist und somit alle wasserwirtschaftlichen Unternehmungen im englisch-ägyptischen Sudan letzten Endes von der Fügsamkeit Abessiniens abhängen. In klarer Erkenntnis des seinem Lande drohenden Schicksals beantragte der abessinische Prinzregent Ras Tafari im Jahre 1923 die Aufnahme seines Staates in den Völkerbund. Großbritannien sprach sich aus naheliegenden Gründen energisch dagegen aus, Frankreich ebenso zielbewußt dafür. Trotz aller englischen Schikanen drang Abessinien mit seinem Antrag durch und wurde in aller Form als Glied des Völkerbundes aufgenommen. Indessen auch dieser Schachzug des abessinischen Herrschers wird sein Land vor der Aufteilung in Interessensphären kaum retten. Abessinien liegt ja ganz weit ab, und fast alle Staaten der Welt sind vollauf mit sich selbst beschäftigt. Unter diesen Umständen, so hofften augenscheinlich

die britisch-italienischen Imperialisten, wird es nicht weiter auffallen, wenn im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Großen von Genf dem kleinen afrikanischen Bruder im Völkerbund das Fell über die Ohren ziehen. Natürlich — im Geiste von Locarno! Im April 1926 haben Großbritannien und Italien einen Vertrag geschlossen, nach dem Italien das ausschließliche Recht Großbritanniens auf das Quellgebiet des Blauen Nils und die wasserwirtschaftliche Nutzung des Tana Sees anerkennt, England dafür das östliche Abessinien als italienische Interessensphäre erklärt und seine Zustimmung zu einer „territorialen Verbindung der italienischen Kolonien in Ostafrika“ erteilt. Frankreichs Belange in Abessinien werden von diesem britisch-italienischen Vertrag schwerlich respektiert; man hat Frankreich zu den Verhandlungen überhaupt nicht zugezogen, sondern sich darauf beschränkt, nach Abschluß des Vertrages diesen zur Kenntnis der französischen Regierung zu bringen! Was für Konzessionen wird man Frankreich auf dem Kontinent (Deutschland!) gewähren, um die Pariser Machthaber über den beabsichtigten Ausschluß aus Abessinien hinwegzutrusten?

Das britisch-italienische Vorgehen in Abessinien ist in doppelter Beziehung höchst beachtenswert. Zunächst um der grundsätzlichen Bedeutung willen. Was nutzen alle Phrasen im Völkerbund, welchen Wert besitzen die Redensarten von dem „Weltalter der Gerechtigkeit und des brüderlichen Zusammenarbeitens aller Völker“, wenn man bei passender Gelegenheit ohne Skrupel zu einer brutalen Macht- und Raubpolitik zurückkehrt? Selbst der „Manchester Guardian“ kann nicht umhin, die britisch-italienischen Vertragsbestimmungen zu bezeichnen als „the first steps in the dismemberment of a country whose integrity and independent sovereignty they profess to uphold“. Ist die Weltliga ein Bund von Brüdern, so scheint diese Brüderlichkeit einstweilen noch auf jener Stufe „herzlichen Einvernehmens“ zu stehen, das uns schon aus dem Zeitalter von Jakob und Esau bekannt ist. — Der zweite Umstand, der den britisch-italienischen Abessinien-Vertrag zu einem wichtigen Ereignis stempelt, besteht darin, daß er uns in nicht mißzuverstehender Weise einen Blick hinter die Kulissen des Völkerbundes gestattet. Im Maiheft dieser Zeitschrift hat Reichsminister a. D. Gothein die Frage aufgeworfen, ob das faschistische Italien seine aggressive Politik ohne die Rückendeckung durch mächtige Verbündete durchführen kann. Damit scheint uns in der Tat ein Problem aufgerollt zu sein, das auch bei dem Abessinien-Vertrag wieder in Erscheinung tritt. Offenbar unterstützt England zur Zeit die imperialistische Politik Italiens und will mit Hilfe Italiens Frankreich irgendwie in Schach halten. Nur so können wir uns die aufsehenerregende Tripolisreise des Duce (Mitte April) erklären, nur so erhält der nicht minder bedeutungsvolle Flugzeugbesuch eines der italienischen Minister in Tunis seinen realpolitischen Hintergrund. Die Reden Mussolinis in Tripolis, sein Hinweis darauf, daß das Mittelmeer Roms Meer war und wieder Roms Meer werden wird, mögen natürlich auch in England nicht gerade mit Behagen aufgenommen worden sein. Aber es scheint doch so, als ob wenigstens im Augenblick die englische Politik durchaus mit Mussolini Hand in Hand arbeitet und die italienischen Vorstöße in Nordostafrika ebenso begünstigt wie die Expansion in Albanien (Verlegung der Direktion der albanischen Notenbank nach Rom!) und Vorderasien (Kolonisationsplan in der Gegend von Adalia).

Daß Frankreich durch das Vorgehen der Italiener in Abessinien, Tripolis-Tunis und dem nahen Orient aufs höchste beunruhigt wird, versteht sich von selbst. Aber auch England hat der Sorgen übergenug. Der englische Generalstreik ist zwar dank der energischen Haltung der Regierung Baldwin erstaunlich schnell zusammengebrochen, indessen die ihm zugrundeliegenden Schwierigkeiten sind damit keineswegs aus der Welt geschafft. Jetzt gilt es, die Reorganisation des englischen Kohlenbergbaus zielbewußt durchzuführen, der gesamten britischen Industriewirtschaft eine neue Grundlage zu geben usw. Neben all den vielen innerbritischen Fragen aber erhebt sich gespenstergleich

Abessinisches



Die beiden Verbündeten: „Aber beruhige dich doch, wir wollen dich ja nur vor anderen Bestien schützen!“
 Ras Tafari: „Ja, ja, ich kenne euch schon, ihr Beschützer!“

Aus „Kladderadatsch“ Nr. 19/79. Jahrg., Anfang Mai 1926.

das gigantische Empire-Problem, das in allen Teilen des riesigen Reiches mit wachsender Leidenschaftlichkeit erörtert wird und so dringend eine irgendwie geartete Lösung erheischt.

In den letzten Wochen sind in dem Parlament der Südafrikanischen Union Debatten entstanden, die die Gemüter dort unten gar nicht zur Ruhe kommen lassen und auch im Mutterland starke Beachtung finden. Die „African World“ behandelt auf vielen Seiten die durch eine Rede Dr. Brookes entstandenen Meinungsverschiedenheiten. Brookes hat erklärt, daß die Reichsbindung für Südafrika Uneinigkeit und Bürgerkrieg bedeute und infolgedessen lieber

heute als morgen gelöst werden sollte. Er hat es offen ausgesprochen, daß „the Imperial connection has militated against our national unity and retarded the formation of the South African nation. If the Empire has protected us from other Powers, it has involved us in wars with which we, as a people, had nothing to do. Lastly, the Empire, by its frequents acts of injustice towards the Dutch-speaking White colonists, coupled with its systematic and unwavering justice towards the native races has been responsible for creating in the minds of many South Africans that bitter feeling and hostility to, and prejudice against, the natives which has so enormously complicated our problems“. Zu dieser Rede Brookes haben sich dann u. a. General Hertzog, der augenblickliche Premierminister, und General Smuts ausführlich geäußert. Es scheint uns wichtig genug, aus diesen beiden Reden je einen Satz anzuführen. General Smuts: „I regard the British Empire as an organic combination of equal States. There is no super-State, no super-authority. It is a meeting of equals under one Sovereign.“ — General Hertzog: „I say, we are absolutely free and untrammelled, absolutely independent, just as free as Great Britain herself.“ Es ist offenbar eben doch nicht ganz einfach, ein ungeheures Weltreich auf die Dauer ohne jede Verfassung zusammenzuhalten! Die Empirefrage wird für das britische Weltreich von Tag zu Tag brennender; man versteht es nur zu gut, daß England sich nach Ruhe sehnt, über den Zusammenbruch des furchtbaren Generalstreiks frohlockt und die Befriedung Europas im Geiste von Locarno herzlich herbeiwünscht.

Die Weltlage hat sich für England in den letzten Monaten entschieden nicht verbessert, und die Zukunft wird es noch vor manche schwierige Fragen stellen. Als solche heben wir u. a. das Kalifatproblem hervor. Für den 13. Mai ist der Kalifatskongreß nach Kairo einberufen worden. Wie man hört, beabsichtigen die Mohammedaner die Errichtung eines nach modernen Gedanken radikal reformierten Kalifats. Man will das Kalifat zu einer Vertretung ordnungsmäßig akkreditierter Delegierten der ganzen mohammedanischen Welt umgestalten. Hinter dieser Organisation soll als reale Macht ein Bund der mohammedanischen Staaten stehen. Es bedarf kaum der Betonung, daß die Durchführung derartiger Pläne für alle am Orient interessierten Großmächte und namentlich für Großbritannien von schlechthin entscheidender Bedeutung sein würde.

Ibn Saud, der Führer der Wahhabiten und König von Hedschas, hat nun außerdem noch zu einem panislamischen Kongreß eingeladen, der in Mekka am 2. Juni zusammentreten soll. Selbstverständlich handelt es sich bei der panislamischen Konferenz nicht um einen Gegenschachzug zu dem Kongreß von Kairo, sondern um die Fortsetzung der Debatten und die weitere Ausgestaltung der islamischen Weltorganisation. Formell stellt Ibn Saud die Frage des Schutzes der heiligen Orte in den Vordergrund. Daneben aber wird auch auf dieser Tagung wieder nicht nur die religiöse Seite des Problems, sondern auch die politische vielfach erörtert werden. Ibn Saud hat die ihm von allen Seiten angetragene Kalifatskandidatur abgelehnt; sein Einfluß wird deswegen nicht minder groß sein, denn auch zu seinem Kongreß werden nicht nur Vertreter sämtlicher regierenden Islamfürsten, sondern auch solche der gesamten Geistlichkeit von Ägypten, Syrien, Palästina, Irak, Arabien, Indien, Afghanistan, Turkestan, Tripolis, Tunis, Algier, Marokko, Zentralafrika usw.

erscheinen. Man kann über den Islam denken, wie man will, daß er in Zukunft in viel höherem Maße ein Faktor der Weltpolitik wird als bisher, kann keinem Zweifel unterliegen.

K. HAUSHOFER:

BERICHT AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Als Leitwort kann dem indo-pazifischen Mai-Bericht füglich die jüngste Äußerung des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg vorangestellt werden: „Die chinesischen Wirren müßten aus der historischen Perspektive betrachtet und gewertet werden. Die dortigen Verhältnisse sind vergleichsweise unwichtig, wenn man sie im Rahmen der jahrtausendelangen Entwicklung der chinesischen Kultur betrachtet.“

Diese lehrhafte Erkenntnis ist vielleicht der Niederschlag der sich in den Vereinigten Staaten verbreitenden Einsicht, daß amerikanische Erschließungsmethoden nicht immer ganz die richtigen Allheilmittel für die langrythmische ostasiatische Kultur in ihren politischen Geburtswehen neuer, verjüngter Staatsform gewesen sind, und sie zunächst nur mit einem 16 jährigen Bürgerkrieg beglückt haben — den man ja immerhin auch historisch betrachten und als vergänglich langmütig abwerten kann, auch wenn seine Gegenwart — wie jetzt in Peking — peinlich empfunden wird.

Übrigens haben sich in Peking die beiden nach der zeitweisen Ausschaltung Feng Yu Hsiangs noch übrig gebliebenen Triumvirn: Chang Tso Lin, der Machthaber der drei mandschurischen Länder, und Wu Pei Fu, der Aktienheerführer der Yangtseprovinzen, an das durch die Vorsicht Japans vermittelte Abkommen gehalten, in Peking bei der Regierungsbesetzung gleichen Schrittes vorzugehen, und Wu die unmittelbare militärische Behandlung des herabgleitenden Regierungssitzes zu überlassen, so schwer es manchen jüngeren Parteigängern, wie z. B. Chang Tsue Liang geworden sein mag. Die Fiktion einer wirksamen Zentralgewalt wird dabei wohl den entscheidenden Stoß erleiden.

Die langmütige Betrachtungsweise ostasiatischer Angelegenheiten durch den amerikanischen Außenminister ist leider weder Gemeingut der amerikanischen Missionen, noch vieler anderer hervorragender Amerikaner, wofür eine Aussprache von Herrn Henry Morgenthau in Shanghai sehr bezeichnend ist, den wir einst als amerikanischen Botschafter in Konstantinopel als scharfen und klugen Beobachter, aber auch — trotz seinem deutsch klingenden Namen — als Deutschenfeind und einen der Auflöser des alten Osmanenreiches kennen gelernt haben.

Die Äußerungen des früheren Botschafters sind alsbald von der Presse der Philippinen (Philippines Herald, El Debate) zum Ziel scharfer Erörterungen gemacht worden, aber doch mehr, wie man die Handlung eines Mannes angreift, der eine Katze aus dem Sacke läßt, als die eines solchen, der an einem Sack herumstelt, in dem nie eine Katze war.

Die „Geburt Polens aus dem Bauch des Krieges“ und manche andere Vergleiche des alten Diplomaten in der Türkei und in Mexiko sind namentlich

in El Debate in einer Weise behandelt worden, die der Aufmerksamkeit der Ostasiaten auf westliche wunde Stellen und ihrer Anlage zu vergleichender Geopolitik Ehre macht.

Morgenthau begann mit einer Anerkennung Lord Readings, der gleichfalls israelitischer Abkunft ist, und erklärte: „Lord Readings Werk in Indien ist eine heilsame Kraft für die Abwiegelung der Daseinsbedingungen dort gewesen.“ Unsere Leser erkennen darin eine Bestätigung dessen, was wir ihnen vor vier Wochen gesagt hatten. Herr Morgenthau fuhr dann fort, die Stellung des britischen Reiches und der Vereinigten Staaten in Südostasien vergleichend:

„Die Lage in den Philippinen und in Indien ist nicht vergleichbar. Obwohl es ein kleines, hochkultiviertes, modernes Element in Indien gibt, ist doch die überwältigende Volksmasse träg, gestaltungsunfähig, unwissend und roh. Sie lebt unter den primitivsten Wirtschaftsverhältnissen, unerzogen und im Widerstand gegen Erziehung und Fortschritt, im Bann ihres Aberglaubens. Das Problem der britischen Herrschaft, seit sie die Macht in Indien antrat, war, diese Masse zu einem Bedürfnis nach Erziehung und höherer Lebenshaltung anzutreiben . . . Dieses Problem ist aber ungeheuer und höchst verwickelt, wegen der Masse der indischen Bevölkerung (320 Millionen z. Zt.), der Rassenunterschiede und -gegensätze und des Obskurantismus der Priestermacht, die das ganze Volk beherrscht und seine Geistesverfassung in Banden hält.“ — Das ist sehr hart und fast unchristlich unduldsam!

Herr Morgenthau kommt dann zu sehr materialistischen Erwägungen über die Bildungsmöglichkeit einer so wenig steuerfähigen Bevölkerung, vergleicht die Ausgaben für Schulwesen von New-York mit denen Indiens, und findet dabei natürlich, daß New-York ebenso viel für das einzelne Schulkind ausgibt, wie der Inder durchschnittlich Jahreseinkommen hat, und sucht damit zu begründen, warum deshalb der Brite als Wächter der Zivilisation stehe.

Es klingt ein wenig imperialistisch, was Herr Morgenthau gegen die Selbstbestimmung der Inder und Chinesen vorbringt, nachdem er früher so eifrig um die aller Völkerschaften in der asiatischen Türkei bemüht war, die doch nach wirklich einwandfreien Zeugen nicht allerwärts zivilisierter sind als die indische und chinesische Intelligenz.

Wir greifen deshalb noch einige Urteile von Herrn Morgenthau heraus, weil sie zeigen, wie maßgebende Staatsmänner in den Vereinigten Staaten wirklich über die Freiheit und Selbstbestimmung bei Andern denken, und wessen man sich unter Umständen von ihnen zu versehen hat! Er sagt:

„Politisch hat sich Großbritannien entschlossen, seinen Griff auf Indien festzuhalten, und die wichtigen Männer in Indien verstehen und billigen das!“ (?) (Wir müssen dahinter doch ein dickes Fragezeichen setzen!) „Die Gandhi-Bewegung ist eines natürlichen Todes gestorben. Sobald Gandhi das politische Kampffeld betrat, schwand sein Einfluß dahin. Die Masse des Volkes hat weder politische Ideen noch Regierungstalent.“ Das ist sehr hart und lieblos von einem Mann, der einst den Armeniern, Drusen, Libanonleuten alle diese Gaben zuerkannte! Weiter sagt er: „Tagore hat großen Einfluß auf die Intellektuellen, geht aber nicht über dieses Feld hinaus. Er ist wie ein moralischer Führer in irgend einem westlichen Lande, rührt aber nicht an

das politische, wirtschaftliche oder soziale Leben des Volks.“ — Das eben ist es freilich, was ihm Jung-Indien vorwirft! — Echte Führer, gerade wenn sie es moralisch sein wollen, können doch mindestens das soziale Leben ihres Volkes nicht übersehen!

Gegenüber der hilflosen Masse des indischen Volkes sieht Morgenthau das britische Reich in der erhabenen Rolle des Hüters der Zivilisation gegen eine Rückkehr des finstern Mittelalters, „das, wie ich ernstlich fürchte, einige der europäischen Nationen befällt“. „Ein Einverständnis zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien zur Aufrechterhaltung unsrer Zivilisation ist eine Notwendigkeit, wenn nicht die Zustände, die wir jetzt so deutlich in Rußland, der Türkei, Rumänien und Griechenland sich entwickeln sehen, weltüber die Vorherrschaft gewinnen sollen.“ „Mit den Philippinen sei es freilich ein ganz anderer Fall als mit Indien. Und nun kommt im Wortlaut ein Stück von der Art, die vor einigen Jahren ein anderer Amerikaner, Russell, *nauseous hypocrisy* nannte. „Heuchelei zum Übelwerden“ — heißt das wörtlich!

„Die Vereinigten Staaten werden die Philippinen kaum loslassen, und es ist auch gar keine Wohltat für die Philippinos, wenn sie freigelassen werden. Die Vereinigten Staaten sind ein effektiver Faktor im Pazifik, weil sie die Philippinen besitzen, und es ist eine Wohltat für China, das Britenreich und Japan, daß die Vereinigten Staaten im Pazifik festsitzen! Für den Frieden der Welt ist es ebenfalls nötig, daß die Frage des Besitzes der Philippinen kein internationales Problem, oder ein Ziel werden kann, wofür die Völker Krieg führen . . .“

Hier spricht nun Amerika einmal wie es denkt!

So ist es im Grunde eine Wohltat für alle, wenn die Amerikaner überall die erste Geige spielen, und den andern sagen, was für sie wohltätig ist, und was nicht — ganz, wie sie das für Deutschland mit dem Dawes-Abkommen getan haben!

Von China sagte dieser sehr charakteristische amerikanische Staatsmann nur: „Daß ein Land so unordentlich ist, daß seine Regierung nicht einmal Gewalt über die Zugänge zur Hauptstadt hat, macht dem Besucher einen sehr schlechten Eindruck“ und „Im Übrigen habe ich das meiste Interesse für das Opiumproblem . . . und möchte glauben, daß, wenn nicht so viel moralische Kraft unter den Chinesen ist, diesem Übel ein Ende zu machen, das Land, niedergezehrt vom Opium, noch mehr Unheil und Erniedrigung als jetzt erleiden wird.“

Morgenthau vergaß dabei nur die Kleinigkeit, daß dieses Übel von 1842 an den Chinesen mit angelsächsischen Kanonen aufgezwungen worden war. Sein Vorwurf klingt fast so, wie wenn er sich über die Enge und den Mangel an Wohnungen in Mitteleuropa infolge des amerikanischen Eingreifens in den Krieg beschweren wollte! Ein Lobeshymnus auf die Prohibition in den Vereinigten Staaten, gegen die zur Zeit eine Abstimmung nach der andern mit vernichtenden Gegenerfolgen in den Staaten im Gange sind, beschloß die Auskünfte von Morgenthau, die für amerikanisches politisches Denken gegenüber weniger vom Glück begünstigten Völkern sehr lehrreich sind.

Inzwischen haben freilich gemeinsame Absagen an den Völkerbund die Vereinigten Staaten und die Sowjetbünde in eine seltsame gemeinsame Abwehr-

front gebracht, da beide die Ehrlichkeit des Abrüstungswillens der Abrüstungskonferenz in scharfen Worten bezweifelt haben — die jedenfalls ein Probestück ersten Ranges für die weitere Lebensfähigkeit der Genfer Einrichtungen sein wird, und als solches im Auge behalten werden muß, sicher in Japan, China und Indien behalten wird.

Ein dunkles Kapitel ist allerdings auch der Gegensatz zwischen Staatsleitung und Intelligenz, der in China wie Japan im letzten Jahre aufgerissen ist. Wenn z. B. E. v. Salzman vom 29. April aus Peking drahtet: „Eine allgemeine Flucht der Professoren und Studenten, die in Verbindung mit der Sowjetbotschaft standen, hat eingesetzt. Es erfolgt gleichzeitig die Vernichtung alles radikalen Propagandamaterials in der Reichsuniversität. Viele Schulen schließen. 28 Namen der Hauptpropagandisten stehen auf der schwarzen Liste. (Wessen?) In der Hauptstadt herrscht erneut Unruhe“ — so glaubt er sicher selbst nicht, daß damit der geistige Einfluß, die Macht des Kuo Ming Tang-Gedankens — trotz der erfahrungsmäßig sehr vorübergehenden Einigkeit zwischen Chang Tso Lin und Wu Pei Fu — gebrochen ist. Der Einfluß eines Mannes, wie Tsai Yüan Pei auf China, wie der des toten Sun Yat Sen, wird durch Verbrennen von Proklamationen so wenig ausgelöscht, wie das natürliche Gewicht der Sowjetbünde durch eine vorübergehende Abreise Karachans aufgehoben wird. Wenn sich beide den Gewalttaten während einer etwaigen Plünderung Pekings durch die Tutschun-Truppen entziehen, handeln sie nur klug.

In Peking und Tokio vergißt man augenblicklich, daß eben doch die Mehrheit der Studenten von heute die Mehrheit der Staatsmänner, Parlamentarier und Pressemänner des nächsten Geschlechts sein werden, und der Grundsatz: „Posterius timeo“ (ich fürchte, was nach mir kommt), hat sich noch nie als sehr schöpferisch erwiesen. Ein solcher unglücklicher Gegensatz zum heraufkommenden Geschlecht scheint leider auch in Tokio im Verhältnis zur Arbeiter- und Landarbeiterpartei und den Studentenbewegungen im Zusammenhang mit ihrer Gründung vorzuherrschen. Die 51. Sitzung des Reichstags schloß mit einem argen Skandal (wegen Mißbrauchs der Geheimfonds durch Baron Tanaka), der durch Vorweisung eines in sichtlich japanischem Russisch abgefaßten Beweisstückes gegen die angeblichen Bolschewistenfreunde im Parlament (Nakano) nicht reinlicher wurde, und sich verwickelte mit einer amtlichen Feststellung der großen, vielleicht begründeten Furcht vor unterwühlenden Einflüssen (die durch die Verhaftung von einigen dreißig Studenten in Kioto und Kobe, Knebelung der Presse dabei und sehr zweifelhafte Methoden des Geheimdienstes grelle Streiflichter erhielt).

Bei der großen Bedeutung, die Japans Staatskraft, ihre Erhaltung oder Schwächung für die indopazifische Entwicklung hat, fällt eine solche Strukturänderung des Inselkaiserreichs schwer ins Gewicht, wie sie vor der Verbreiterung des Wahlrechts von $3\frac{1}{2}$ auf $12\frac{1}{2}$ Millionen die Neugründung der Arbeiter- und Bauernpartei in Osaka, mit künftigem Sitz in Tokio bedeutet.

Sie strebt, unter voller Berücksichtigung der augenblicklichen Zustände des Landes, gänzliche Emanzipation des Proletariats (z. Zt. $4\frac{1}{2}$ Mill. Wähler!) politisch, wirtschaftlich und sozial an, Reformation ungerechter Systeme in Landeigentum, Erzeugung und Güterverteilung auf gesetzlichem Wege, völligen

Neuaufbau des Reichstags durch Zerstörung und Ausmerzung der gegenwärtig bestehenden Parteien, denen man nachsagt, daß sie nur die Interessen der bevorzugten Klassen vertreten.

Unter den einzelnen Programmpunkten wären etwa noch hervorzuheben: Ausdehnung des Wahlrechts auf Männer und Frauen über 20 Jahre; Revision der Gesetze, durch welche die Parteitätigkeit beschränkt wird; Rüstungsbeschränkung; Besserstellung der Soldaten und ihrer Familien; Abschaffung der Verbrauchsabgaben und Zölle auf den notwendigsten Bedarf; gleichzeitig fortschreitende Besitzsteuern; völlige Freiheit gewerkschaftlicher Organisation, Streikrecht und Sammlungsrecht; Herabsetzung der Frauen- und Kindernachtarbeit auf ein Mindestmaß; völlige Ausschaltung von Frauen und Kindern aus Bergwerks- und gefährlicher Arbeit; Annahme des Achtstundentags; Revision des Fabrik- und Seemannsgesetzes zugunsten der Arbeiter; Hebung des gesetzlichen Zustands der Frauen; Ausschaltung des „weißen“ Sklavenhandels; Altersversorgung; Staatsentschädigung für unschuldig Angeklagte und bei gesetzwidriger Verhaftung; Erziehungspflicht auf Staatskosten.

Viele dieser Forderungen sind durch den staatssozialistischen Zug des japanischen Reiches schon angebahnt, und gerade ihre maßvolle Betonung wird in Japan in der nächsten Entwicklung ihren Trägern starken Einfluß auf die Staatsführung verschaffen. Die innere Verwandtschaft zwischen Staatsdenken und Sozialstruktur, wie auch des entwicklungsgeschichtlichen Rhythmus in Japan und Mitteleuropa ist größer, als allgemein bekannt sein mag, wenn auch bei Vergleichen der Inseleigenschaft und dem südlicheren Volkstemperament Rechnung getragen werden muß.

Schon bei seinem Abgang ist in der Z. f. G. der außerordentlichen Leistung von Lord Reading für die indische Entwicklung gedacht worden, die er in gefährlichster Nachkriegsspannung, mit Grenzkriegen in Afghanistan und Wasiristan übernommen hatte, in der er Khalifat-Krise und Gandhi-Bewegung, Mopla-Aufstand, den Brüder Ali-Prozeß, Lloyd Georges Türkenpolitik und Montagues Rücktritt auszusitzen verstand. Wir kommen aus Anlaß einer ganz ausgezeichneten Zusammenfassung des indischen Problems im Economist (17. 4. 1926), auf die wir unsere Leser hinweisen wollen, noch einmal auf sie zurück. Anderthalb Jahrhunderte westlicher Herrschaft haben nach ihr Indien mit einer der Zahl nach verschwindenden, aber sozial und politisch allmächtigen Klasse von Indern ausgestattet, die ihr Herz daran setzt, für ihr Land den gleichen Zustand wie den der großen, sich selbst regierenden Weltmächte herbeizuführen, und dies durch völlige Aufrichtung verantwortlicher parlamentarischer Herrschaft in Indien auf westlichen Linien zu erreichen hofft. Aber die Hauptschwierigkeit ist, diesen weitgehenden politischen Umschwung in einem Reich mit 320 Millionen Einwohnern durchzuführen, denen westliche Einrichtungen wesensfremd sind, die durch Religion und Kaste in eine Menge von Gemeinschaften gegliedert werden, die zwar territorial vermengt sind, sonst aber sich so fremd wie die Nationen Europas gegenüberstehen. So hat in Indien wie im Nahen Osten der Fortschritt der westlichen Idee parlamentarischer Selbstregierung auf nationaler Linie eine Erhöhung der Spannung zwischen den untereinander gemischten Gemeinschaften herbeigeführt, mit einem Crescendo auch von Gewalttat und Blutvergießen. Das ist unvermeidlich, denn die untereinander gemischten Gemeinschaften stehen eben für ein

Gesellschaftssystem, das auf ganz anderm Grunde als im Westen erbaut ist (dessen Struktur uns R. Mukerjee in seinem Werk: „Democracies of the East“ klar zu machen sucht). Nicht sicher ist bis jetzt die Möglichkeit des Übergangs; sicher, daß die Spannung zu vulkanischen Ausbrüchen und Erdstößen führen wird, selbst wenn der Ausgleich schließlich möglich sein sollte. Wir anerkennen diesen ernsten Ausblick!

Ein zum Nachdenken mahnendes, geopolitisch erzieherisches Bild der Veränderung der Kulturlandschaft durch die Friedhöfe des Weltkriegs gibt der 6. Jahresbericht der Reichs-Gräber-Kommission des britischen Reichs 1926.

Für den indo-pazifischen Bereich lehrhaft ist die Verteilung der 1019832 Opfer. Sie erklärt vielleicht, warum A s i e n die Besitzveränderungen auf seinem Boden nicht ebenso willig ratifiziert hat wie Europa.

Von den 1000 britischen Kriegsfriedhöfen Frankreichs und Belgiens mit mehr als 1500 anderen gleichfalls von Briten belegten zeigt der britische Gürtel, sich rasch verdünnend, über die 93 Briten-Krieger-Friedhöfe Italiens nach Mazedonien, dem Balkan und den griechischen Inseln mit 25 Friedhöfen, nach der Halbinsel Galipoli mit allein 31, nach Smyrna; die Linie führt weiter durch Syrien (2), Palästina (10, darunter der Ölberg selbst), Ägypten (9), Ostafrika (40), dem Irak (7), Nordindien, China (1 in Tsingtau und 23 andere), Australien, Neu-Seeland, Kanada zurück zum Vereinigten Königreich, wo im ganzen 67000 Gräber in 7500 verschiedenen Friedhöfen von dem Einsatz des Weltkriegs zeugen.

Unberücksichtigt geblieben sind dabei die wohl auch noch als Auswirkungen des Weltkriegs anzusehenden irischen Ruhestätten hüben und drüben, und die des dritten Afghanenkrieges.

Die Friedhofkarte ist lehrreich für alle, ganz gleich, wie ihre nationale oder internationale Einstellung sei; es wäre gut, wenn eine gleiche oder ähnliche — im ganzen Volk verbreitet — auch für den großen mitteleuropäischen Gegner des Inselreiches und die Sowjetbünde bestände, aus der Mitwelt und Nachwelt ersähe, welchen ungeheuren Umfang die Auswirkung der Entschlüsse der Staatsmänner vom Juli und August 1914 angenommen haben, um wie vieles zu eng und zu klein die Mehrzahl unter ihnen das Problem gefaßt hatten, das ihren unzulänglichen Händen anvertraut war.

Es liegt sogar in der Auswahl gleicher Denksteine von gleicher Form für alle durch den Riesenraum des britischen Reichs etwas Suggestives, das andeutet, daß immerhin einige großräumig denkende Menschen dieses Herrenvolks die allerdings auch ihre Kraft übersteigende Aufgabe dauernder Neuverteilung des Lebensraums auf der Erde bedeutender faßten, und in welchem Lichte sie die dafür gebrachten Opfer sahen.

O. MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Es kommt gar nicht so selten vor, daß Nachrichten allgemeine Lehren bestätigen, die, lange bevor der Einzelfall bekannt werden konnte, ausgesprochen wurden. Dann huscht ein zwar selbstverständliches, aber doch auch sieghaft

selbstzufriedenes Lächeln über die Züge des Geopolitikers. Er triumphiert ein klein wenig darüber, daß wieder einmal ein Beweis für die Zuverlässigkeit der politischgeographischen — geopolitischen Methode und vor allem auch für ihre praktische Anwendbarkeit erbracht ist. Wie oft haben wir über die aus der Weltinsularität geborenen Isolierungsbestreben und Rückzugstendenzen, die den beiden Amerika so eigen, seit den ersten Versuchen ihrer Ablösung von Europa gleichsam zu einem Grundzug ihres Wesens geworden sind, geschrieben! Das Beispiel der Union gab zwar Gelegenheit genug, um diese Regungen immer wieder neu zu belegen, und auch die künftige Entwicklung der Vereinststaaten wird es nicht an solcher fehlen lassen. Allein wir haben uns im vollen Bewußtsein von der Gültigkeit unserer allgemeinen politischgeographischen — geopolitischen Lehre nie gescheut, von Amerika schlechthin und nicht etwa aus induktiver Erkenntnis heraus lediglich von den Vereinststaaten zu sprechen. Daß diese Annahme richtig war, zeigt das Verhalten Kanadas gegenüber Europa. Kanada lehnt die Verpflichtungen aus dem Locarnopakt ab. Es ist ziemlich gleichgültig, daß eine Spitze dieser Maßnahme gegen das britische Mutterland gerichtet ist mit dem unverhohlenen Bestreben, das Selbstbestimmungsrecht des Dominions zu stärken. Es ist auch nebensächlich für unsere Betrachtung, daß es im Gebälk des britischen Weltreichgebäudes überall verdächtig zu krachen beginnt. Der Schritt selbst ist freilich durch diese Bebenwelle ausgelöst, die sich anscheinend von Dominion zu Dominion fortpflanzt. Aber man darf nicht vergessen, daß Kanada nicht gut täte eine Sprache zu führen, wie sie die Südafrikanische Union geführt hat. Kanada wird sich hüten, neben einem so übermächtigen Nachbarn wie den Vereinigten Staaten darauf zu pochen, daß es nur von ihm selbst abhängt, ob es im britischen Reichsverbande bleibe oder nicht. So weit kann seine Isolierungstendenz nicht gehen, wenn es sich nicht unkluger Weise dem alleinigen Einfluß der Union ausliefern will. Kanadas Einspruch ist darum so echt amerikanisch. Es ist der Rückzug vor Europa und den europäischen Wirrnissen. Und so wird er auch begründet. Kanada sieht in dem Pakt von Locarno eine innereuropäische Angelegenheit und lehnt es darum ab, irgendwelche daraus erwachsenden Verpflichtungen, vornehmlich territoriale Garantien, zu übernehmen.

Auf derselben Linie weiterschreitend, erkennen wir die Schlappe, die sich neuerdings wieder der Völkerbund bei den Vereinigten Staaten geholt hat. Die Union lehnt es in einem Schreiben vom 18. April mit aller Bestimmtheit ab, an der für den September 1926 angesetzten internationalen Juristenkonferenz teilzunehmen. Ihre Teilnahme sei gebunden an die vom amerikanischen Senat gemachten Vorbehalte, deren Annahme durch einen Notenaustausch zwischen der Union und den einzelnen Mitgliedstaaten des Völkerbundes zu erfolgen habe. Eine Diskussion über diese Vorbehalte oder diese abzuändern, sei unzulässig. Die Nichtannahme der Bedingungen hat die glatte Ablehnung ausgelöst, die wir schon in der letzten Berichterstattung erwartet hatten. Scheint auch damit in der Erledigung dieser Frage noch nicht jeder Ausweg versperrt zu sein, so mag dem Völkerbund die Antithese Amerika—Europa doch lehrhaft klar geworden sein. Ein ganz anderes Interesse nimmt Amerika an der Frage der Abrüstung. Offensichtlich will sich hier Amerika einen vollen Einfluß sichern, um wohl für sich die von

ihm selbst gewählte Methode der Abrüstung zu verteidigen. Hat es ja doch sein Millionenheer der Kriegszeit auf 110 000 Mann gebracht, während es sicher erst nach ersten Erwägungen zu einschneidenderen Abrüstungen zur See schreiten würde. Ganz offensichtlich ist Amerika bei seiner Abrüstung der Landstreitkräfte durch seine bewußt befolgte Neutralität gegenüber allen inneren europäischen Verhältnissen bestimmt worden. Für die Entwicklung seiner Seemacht gilt dagegen die Orientierung am pazifischen Kraftfeld. Vor allem Japans jüngste Stellungnahme zur Abrüstungsfrage und -konferenz wird in der Hinsicht nicht ohne starken Eindruck in Amerika bleiben und die weiteren Entschlüsse mitbestimmen. Verlangt doch Japan allen Abrüstungsbestrebungen gegenüber nachdrücklich Rücksichtnahme auf die besonderen Verhältnisse seiner regionalen Lage, besonders auch darauf, daß Amerika gleich Rußland nicht Mitglied des Völkerbundes sei.

Die letzten Angaben des vereinsstaatlichen Statistischen Büros erlauben einen Einblick in die erstaunliche Bevölkerungsbewegung der jüngeren Zeit. Die Zahl der augenblicklichen Bevölkerung beträgt 117 135 817. Die Zunahme der Bevölkerung gegenüber dem Vorjahr beläuft sich auf 1 757 723, die gegenüber 1920 auf 11 425 197. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten hat sich also seit dem letzten Jahr um 1,6% vermehrt; in den letzten sechs Jahren hat sie mehr denn 10% zugenommen. Im Jahresdurchschnitt ergeben sich ebenfalls 1,66%.

Auf kulturpolitischem Gebiet verdienen besondere Beachtung die sich immer inniger anbahnenden Beziehungen zwischen Mexiko und Deutschland, die in jüngster Zeit durch die Studienreisen mexikanischer Kaufleute und Wissenschaftler und in dem Plan der Schaffung eines Mexikoinstituts in Berlin ihren Ausdruck finden. Dieses Mexikoinstitut wird das erste Institut in Deutschland sein, das sich lediglich mit einem einzigen iberooamerikanischen Lande beschäftigen wird. Es soll den geistigen Austausch zwischen Mexiko und Deutschland pflegen und dazu die mexikanischen und deutschen Gelehrten in gemeinsamer Arbeit verbinden. In Deutschland hat es die Aufgabe, die Kunde von Mexiko, einem der wichtigsten Länder der iberooamerikanischen Welt, zu verbreiten. Professoren- und Studentenaustausch ist ein weiterer Programmpunkt. Vermag es sein Programm zu erfüllen, so kann es zu einer wichtigen Kulturposition Deutschlands in der iberooamerikanischen Welt werden. Der iberooamerikanische Boden ist für eine solche Kultursaat günstig; viel mehr ist er auch vorbereitet, sie aufzunehmen, als im allgemeinen angenommen wird. Denn wie in Mexiko gibt es auch anderwärts in Ibero-Amerika ehrliche Bewunderer deutscher Kultur in nicht geringer Zahl. Möge dieses Institut dazu beitragen, daß lange Versäumtes, ernsthaft deutsche Kulturpropaganda zu treiben, nachgeholt werde!

Eine gar nicht hoch genug einzuschätzende Propaganda für das Deutschtum war, wie der laute Widerhall von dort lehrt, der Besuch des Kreuzers „Berlin“ in den einzelnen iberooamerikanischen Staaten, des ersten deutschen Kriegsschiffs, das sich seit 1914 wieder dort einstellte.

Ein ruhiger Verlauf von Präsidentenwahlen, wie er jüngst in Kolumbien der Wahl Miguel Abadjas Mendez für die Regierungsperiode 1926—1930 eigen war, deutet immer auf eine wirtschaftliche und politische Gesundung eines Staates hin. Mendez ist ein guter Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Mit ihm ist die konservative Partei ans Ruder gekommen; doch auch von Seiten der Liberalen empfängt er Sympathien. Von solch innerer wirtschaftlicher Gesundheit kann längst nicht von allen lateinamerikanischen Staaten gesprochen werden.

In Honduras scheint z. B. der Staatshaushalt, nach neueren Nachrichten zu urteilen, der erwünschten Ausgeglichenheit noch sehr zu entbehren. Auch die allgemeine Wirtschaftslage ist wenig durchsichtig. Nicaragua hat wieder einmal eine Revolution. Es ist ein Gegenstoß der Liberalen unter Führung von Gaoza gegen die regierende Partei und den Präsidenten Chamorros. Das atlantische Küstengebiet soll im Besitz der Revolutionäre sein.

Darunter sind selbstverständlich nicht die Schwierigkeiten zu verstehen, die sich bei schlechten Ernten einstellen, wie z. B. in Argentinien, wo das voraussichtlich geringe Ergebnis der Weizenernte und der ebenfalls nur mäßige Stand der Maissaat zu solchen Befürchtungen Anlaß gibt. Die innenpolitische Entwicklung steht schon im Zeichen der allerdings erst 1928 stattfindenden Präsidentenwahl. Die Wahlen zur Erneuerung eines Teiles der Volksvertretung, der Kammer, sind mit größter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Die Partei Irogoyens, des Führers der oppositionellen Gruppe der Radikalen, der sog. Personalisten, und Präsidenten während der Kriegszeit, hat dabei einen bedeutenden Erfolg errungen. Auch die Regierung der Provinz Buenos Aires ist in die Hand der Personalisten übergegangen. Man hält darum schon heute die Wiederwahl Irogoyens für gesichert und verspricht sich schon jetzt von dem Einfluß seiner Partei in der Kammer einen günstigen innen- und außenpolitischen Erfolg. Galt doch die Politik Irogoyens als eine Politik der starken Hand, die den Staat in geschickter Weise durch die Klippen des Weltkriegs hindurchsteuerte. Dagegen hat sich das argentinische Parlament seit mehr als einem Jahr einer völligen Untätigkeit befleißigt und seine ganze Arbeitskraft für parteipolitische Aufgaben verschwendet. Argentiniens bevorstehende Rückkehr nach Genf, die freilich noch der Ratifikation durch den argentinischen Kongreß bedarf, Teilnahme an der Abrüstungskonferenz und an der Reformkommission ist ganz Werk der von dem jetzigen Präsidenten Alvear geführten antipersonalistischen Partei des Radikalen. So wird auch Argentiniens künftige Haltung zum Völkerbund und zu den europäischen Fragen sehr stark von den Parteigegegensätzen beeinflußt werden.

Chile leidet zwar eben unter einer Wirtschaftskrise, deren Ursachen nicht gerade klar vor Augen liegen. Doch hat es wenigstens, seitdem das Landesparlament im März wieder zusammengetreten ist, seine innerpolitische Ruhe wiedergefunden, wenn es auch gilt, erst eine kontinuierliche Wirkung für die Maßnahmen der Interimszeit zu finden, die damals erlassenen Gesetze und Verordnungen anzuerkennen und ähnliche schwebende Fragen zu lösen. Die durch die Kemmerermission geschaffene Banco Central de Chile, deren Aufgaben etwa der deutschen Reichsbank entsprechen, hat Anfang des Jahres ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie dürfte zur Sanierung des Staatshaushaltes viel beitragen, hat sie doch das alleinige Recht der Notenausgabe und für die Erhaltung der chilenischen Währung zu sorgen. Außenpolitisch ist die Tacnarafrage immer noch in voller Schwebe.

Eine Frage von zweifellos einschneidender Bedeutung für Gesamt-Amerika ist die der japanischen Unterwanderung, die an mehreren Stellen

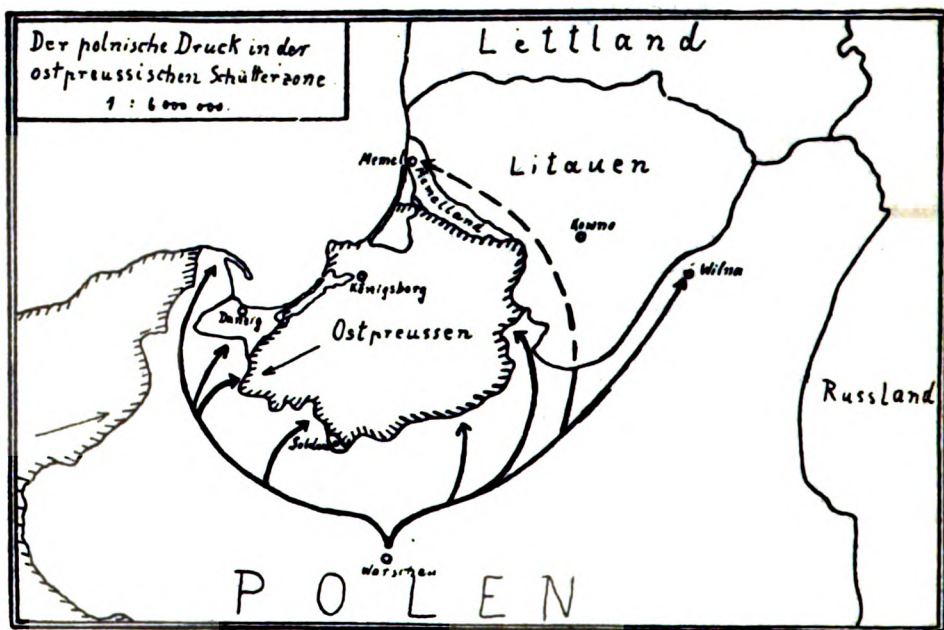
mit einem kräftigen Auftakt eingesetzt hat. Es ist ja schon längst bekannt, daß vornehmlich fast in allen pazifischen Staaten Lateinamerikas die japanische Einwanderung einen immerhin beachtenswerten Faktor für die Entwicklung der Bevölkerung darstellt. Besonders Peru und Mexiko haben sich dieser Einwanderung gegenüber meist recht freundlich verhalten. Auch in Brasilien hat die japanische Unterwanderung Boden gefaßt, Dort existieren in einzelnen Orten japanische Kolonien, die gut gedeihen. Bei meinen Reisen bin ich auf Japaner weit im Innern São Paulos gestoßen. Neuerdings macht ein Landangebot der brasilianischen Regierung von sich reden. Brasilien stellte dabei rund $12\frac{1}{2}$ Millionen Acres in Oberamazonien der japanischen Einwanderung zur Verfügung. Bestätigt sich diese Nachricht und machen die japanischen Wanderströme von dem Angebot Gebrauch, so war es ein geschickter Gegenzug, das subtropische Volk, dessen starker tropischer Einschlag eine Akklimatisation hier zuläßt, gegen die starke Amerikanisierung, die sich freilich in der Hauptsache nur auf den Handel und die Kapitalinvestierung beziehen kann, auszuspielen. Es heißt, daß privater Unternehmungsgeist die Frage prüfen und die Kolonisierung in Angriff nehmen solle. Die Kanegafuchi-Spinnerei-Gesellschaft habe eine Summe von 80000 Yen für diesen Zweck ausgeworfen, um eine Studienkommission nach Brasilien zu entsenden. Im ganzen erklärt sich das brasilianische Angebot, von dem nicht bekannt ist, ob es von der Bundesregierung oder von einem Einzelstaat ausgegangen ist, aus den immer regeren Bestrebungen, das auf riesige Strecken hin noch völlig unentwickelte Amazonien nun endlich aufzuschließen. Dafür fehlen dem Lande geeignete Menschen. Aus sich heraus vermag zwar die Mischrasse nur ganz allmählich in diese Räume einzudringen, die weißen Brasilianer sind dagegen ebenso wie die normalen Wanderströme aus Europa zur Siedlung in diesen Breiten völlig untauglich. Aus diesem Dilemma heraus denkt Brasilien an die größere Akklimatisationfähigkeit des japanischen Volkes. Auch in Mexiko scheint die japanische Einwanderung in der letzten Zeit einen größeren Umfang angenommen zu haben und von der Regierung begünstigt zu werden. Auch hier darf man darin einen nicht gerade ungeschickten Schachzug gegenüber den Vereinigten Staaten sehen. Eine merkwürdige Wandlung hat die Japanerfrage in den Staaten selbst erfahren. Hatten sich bisher die pazifischen Staaten, Kalifornien und Oregon, gegen eine japanische Unterwanderung höchst energisch gewehrt, so ist neuerdings eine Unterbrechung des bisher geltenden strengen Prinzips eingetreten. Von nun an sollen die amerikanischen Staatsbürger japanischer Abstammung, die Hawaii bevölkern, Zutritt zu den Staaten haben.

LEO WITTSCHELL:
TATSACHEN UND BETRACHTUNGEN ZUR GEOPOLITIK
OSTPREUSSENS

Die Veränderung der politisch-geographischen Lage Ostpreußens nach dem Kriege wird durch drei Haupttatsachen bestimmt: durch die Abtrennung der Provinz vom Mutterlande infolge des polnischen Korridors, durch die Abtretung des Memellandes, der Soldauer Ecke und der schmalen Zone auf dem rechten Weichselufer, und endlich durch die Trennung der ostpreußischen Grenze von der russischen durch polnisches und litauisches Gebiet. Alle drei Tatsachen haben dazu beigetragen, daß die politische Lage Ostpreußens sich sehr erheblich verschlechtert hat; während die beiden ersten in den Bestimmungen des Versailler Vertrages ihren Ursprung haben, ist die dritte nicht so unmittelbar dynamischer Natur, sondern mehr eine Folge des Zusammenbruchs des alten Rußlands, der den westlichen Randvölkern die Freiheit gab.

Wie überall, so ist auch bei denjenigen Bestimmungen des Versailler Diktats, die Ostpreußen betreffen, der Grundsatz, das Deutsche Reich territorial nach Möglichkeit zu schwächen, hauptauschlaggebend gewesen. Wo sich irgendwie Handhaben dazu boten, da wurden sie, soweit eine allgemeine Einigung darüber möglich war, auch ergriffen. Als solche haben bei den Verhandlungen in Paris englischerseits sogenannte Sachverständigenberichte der Historischen Sektion des Londoner Auswärtigen Amtes eine gewisse Rolle gespielt; vor allem aber ist eine Denkschrift des polnischen Politikers Roman Dmowski damals amtlich verwandt worden, die bereits im Oktober 1918 von ihm dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika übergeben worden war. Aus dem Inhalt der Denkschrift geht indessen klar hervor, daß die Wünsche der Polen in Versailles bei weitem nicht in Erfüllung gegangen sind. Nicht genug, daß man Ostpreußen durch einen Streifen polnischen Gebietes vom Reiche trennte und so ein Unikum auf der neuen Landkarte von Europa schuf, nicht genug, daß man auf polnisches Betreiben die Soldauer Ecke und das Memelgebiet von der alten Heimat loslöste, daß für den ganzen Süden eine große Volksabstimmung angeordnet wurde, die Forderungen Dmowskis gingen dahin, daß „der Teil Ostpreußens, dessen Bevölkerung deutsch spreche, mit dem polnischen Staate auf Grundlage der Autonomie verbunden werden oder eine kleine unabhängige Republik bilden müsse, die mit Polen durch eine Zoll-

union verknüpft sei. Ohne diese gründliche Lösung der „ostpreussischen Frage“, d. h. wenn Ostpreußen in deutschem, insbesondere in preußischem Besitz bleibe, abgetrennt vom Hauptlande durch querdurchziehende polnische Gebiete, würde dies eine unaufhörliche Quelle eines niemals endigenden Konfliktes zwischen Polen und Deutschland sein, welches sich unablässig bemühen werde, sich ein Verbindungsglied auf Kosten Polens zu schaffen. Die Existenz dieses deutschen Vorpostens zwischen den Mündungen der Weichsel



und der Memel, der beiden großen polnischen Flüsse, wäre eine der Hauptursachen des Untergangs Polens und sei jetzt das Haupthindernis zum Wiederaufbau eines wirklich unabhängigen polnischen Staates“.

So sehr auch diese Denkschrift Dmowskis ihrem ganzen Inhalt nach mit ihren falschen und schiefen Darstellungen der historischen und gegenwärtigen ostpreussischen Verhältnisse ein Meisterwerk der Verdrehung genannt werden kann, so zutreffend ist hingegen der Hinweis auf die „Labilität“ der politischen Verhältnisse, die nach einer Abtrennung Ostpreußens vom Reiche, wie sie jetzt besteht, eintreten müßte. Durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages ist hier eine latente politische Spannung geschaffen worden, die sehr wohl zu geeigneter Zeit einmal zur Auflösung in dem einen oder anderen Sinne kommen dürfte. Nur äußere Umstände stehen zur Zeit einer

Entwicklung in dieser Richtung entgegen, auf deutscher Seite die politische und militärische Ohnmacht und auf polnischer Seite die dort vorhandenen Nationalitätenkämpfe. Mehr als einmal, namentlich in den Jahren 1922 und 1923, wurde in Warschau mit dem Gedanken gespielt, Ostpreußen, diesen Pfahl im polnischen Fleisch, zu beseitigen, und nur die Furcht vor einem allgemeinen bewaffneten Aufstand in den ukrainischen und weißruthenischen Gebieten und einem Einfall der Litauer ins Wilnaer Gebiet schreckte vor diesem Unternehmen zurück. Es ist unbedingt notwendig, diese bedrohliche politische Lage, in die Ostpreußen durch die Errichtung des polnischen Korridors geraten ist, sich deutlich vor Augen zu halten. Zwar hat wider Erwarten der Männer von Versailles der so überaus glänzende Verlauf der Abstimmung im Süden der Provinz die Stellung des Deutschtums in Ostpreußen gestärkt, doch kann diese Tatsache über die außenpolitische Gefahr, der Ostpreußen nach wie vor ausgesetzt ist und bleiben wird, in keiner Weise hinwegtäuschen. So ließ sich z. B. auch der polnische Staatspräsident Wojciechowski bei der Rede gelegentlich der Eröffnung der Posener Messe im Frühjahr 1924 folgendermaßen vernehmen: „Man muß sagen, daß wir noch nicht alles erreicht haben, daß noch nicht alle polnischen Länder, nicht alle für die Vollkommenheit unseres Lebens unerläßlichen Gebiete mit dem Mutterlande vereinigt sind . . .“. Es kann, insbesondere nach Dmowskis Denkschrift, kein Zweifel bestehen, daß hiermit in erster Linie Ostpreußen gemeint ist.

Zu diesen politischen Schwierigkeiten, die der Korridor für Ostpreußen bedeutet, treten andere, die auf wirtschaftlichem Gebiete liegen, vor allem solche hinsichtlich der so wichtigen Verbindung mit dem Mutterlande. Als Agrarprovinz handelt es sich für Ostpreußen in erster Reihe um die Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ins Reich und andererseits wieder um den Bezug von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und Kohlen. Auf unbehinderte, ungestörte Bahnverbindung kommt hier alles an und so erscheint die Korridorfrage von diesem Gesichtspunkt aus als ein Verkehrsproblem. Trotz der besonderen Abmachungen, wie sie im Artikel 98 des Versailler Vertrages gefordert wurden, hängt hier letzten Endes doch alles vom guten Willen Polens ab. Transportbeschränkungen, -verzögerungen und -beraubungen mit all ihren unangenehmen Folgen müssen mit in Kauf genommen werden; bei Eisenbahnerstreiks auf den polnischen Strecken, wie sie mehrfach vorgekommen sind, muß das ostpreußische Wirtschaftsleben und der Personenverkehr mitleiden. Lediglich ein Teil des Personenverkehrs und der Nachrichtenverkehr mit dem Reich ist durch Einrichtung des Seedienstes Pillau-Swinemünde und durch das 1919 gelegte Kabel Tenkitten-Leba von den Korridorschwierigkeiten unabhängig gemacht worden.

Fragt man nach den inneren Gründen, denen der Korridor sein Entstehen verdankt, so ist es nicht allein der Zugang zu einem schmalen, hafennarmen Küstenstreifen der Ostsee, der Polen auf Grund willkürlicher, ohne Abstimmung vorgenommener Auslegung der dort bestehenden Nationalitätenverhältnisse verschafft werden sollte, sondern zugleich auch die politische und wirtschaftliche Abdrosselung Ostpreußens vom Mutterlande. Ostpreußen, auf sich selbst gestellt, so hoffte man bestimmt auf Grund der falschen Informationen, werde auf diese Weise dem Deutschtum bald entfremdet werden und dann zu geeigneter Zeit den Nachbarn eine leichte Beute werden können. Dem gleichen Ziel sollten auch die übrigen Bestimmungen des Versailler Vertrages über Ostpreußen dienen, so die Anordnung der Volksabstimmung, die Abtretung des Memellandes und der Soldauer Ecke, sowie der vertragwidrige Raub der fünf Weichseldörfer. Während das Ergebnis der Volksabstimmung (97,7 % der Stimmen für Ostpreußen) den schweren Irrtum der Männer von Versailles offenbarte, hat die Abtretung der genannten Gebiete Tatsache werden müssen.

Das Memelland.

Das wichtigste und umfangreichste von Ostpreußen abgetrennte Stück ist das auf dem nördlichen Ufer der Memel gelegene ostpreußische Gebiet, das sogenannte „Memelland“. Es umfaßt 2656 qkm und hatte im Jahre 1910 141238 Einwohner mit fast ausschließlich evangelischer Konfession. Auf Grund der Artikel 28 und 99 des Versailler Vertrages mußte es ohne Volksabstimmung an die alliierten und assoziierten Hauptmächte abgetreten werden; Deutschland mußte sich verpflichten, die Bestimmungen anzuerkennen, welche die Mächte über dies Gebiet, insbesondere über die Staatszugehörigkeit der Bewohner, treffen würden. Für die Memelländer ergab sich danach der eigentümliche Zustand, daß sie nach der Abtretung über ihre staatspolitische Zukunft vollkommen im Unklaren waren. Mitte Februar erschien der französische General Odry mit 1800 Mann und nahm das Land im Auftrage der alliierten und assoziierten Mächte in Besitz. In den vier seither verflossenen Jahren hat das Memelland bereits eine sehr bewegte Geschichte gehabt.

Der Grund zur Abtretung dieses Gebietes lag in den besonderen völkischen Verhältnissen seiner Bewohnerschaft, in der Tatsache, daß neben deutschsprechenden Bevölkerungsteilen auch solche mit litauischer Muttersprache wohnten. War dieser Umstand auch ein erwünschter Grund, es von Deutschland zu trennen, so beweist doch die besondere Fassung des Artikels 99, der die politische Zukunft des Memellandes noch offen läßt, daß man in Paris in dieser Frage entweder nicht einig war oder eine Ent-

scheidung aus anderen bestimmten Gründen erst später vornehmen wollte. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist diese besondere Formulierung des Artikels 99, auf Veranlassung Polens entstanden, das bei der Regelung der Ostfragen hauptsächlich beteiligt gewesen ist und einen weit größeren Einfluß ausüben konnte als etwa das kleine Litauen, das auf den ersten Blick als Hauptinteressent erscheinen könnte. Die Polen ließen sich von dem Gesichtspunkt leiten, daß Litauen es zu einem selbständigen und unabhängigen Staatswesen schwerlich bringen würde, daß alsdann Polen die Souveränität über Litauen erlangen und so auch das von Deutschland abgetrennte Memelgebiet nebst Hafen werde annektieren können. Ostpreußen wäre damit ganz von polnischem Gebiet umschlossen gewesen, um bei Gelegenheit um so leichter von Polen erdrückt zu werden. Indessen: die polnischen Absichten auf das Memelland sind seit dem überraschenden Einmarsch litauischer Freischaren im Januar 1923 und den Folgen dieses Ereignisses bis auf weiteres als gescheitert zu betrachten. Damit ist für Ostpreußen zwar eine Gefahr gebannt, doch wichtiger für das Memelland selbst wurde seine nunmehr erfolgende Einfügung in den Rahmen des litauischen Staates.

Litauen begründet seine Ansprüche auf das Memelland materiell mit Wirtschaftsnotwendigkeiten (Memelstrom und Hafen von Memel) und ideell mit der Behauptung, daß dies Gebiet von jeher litauisch gewesen sei und noch heute von einer litauisch sprechenden Mehrheit bevölkert werde; es ist sogar in der Lage, sich in geschichtlicher Beziehung auf Arbeiten namhafter deutscher Gelehrter, wie Bezenberger und Zweck, zu berufen. Bezenberger, der auf Grund von Ortsnamensforschung z. B. die ursprüngliche Grenze zwischen Litauern und Altpreußen auf einer ungefähren Linie Labiau-Goldap festgestellt zu haben glaubte, ist indessen in neuerer Zeit durch eingehende historische Untersuchungen widerlegt. So sind wir heute berechtigt, die Bewohner des Memelgebiets zur Zeit der Eroberung des Landes durch den deutschen Ritterorden im 13. Jahrhundert, die Schalauer, als Altpreußen anzusehen. Außer Altpreußen bestand die damals äußerst dünne Bevölkerung noch aus Letten und zu einem kleinen Teile auch aus Litauern. Im Jahre 1422 wird die Grenze Ostpreußens im Frieden am Melnosee in der Weise festgelegt, wie sie 500 Jahre lang bis 1919 bestanden hat. Seit 1450 beginnt dann die langsame Einwanderung bameitischer Litauer nach Preußen, die erst an jener Linie Halt machte, die von Bezenberger als ursprüngliche Grenze zwischen Preußen und Litauern angesehen wurde. Kriege und Seuchen, insbesondere Pestepidemien, haben die Kolonisation stark gehemmt. Seit der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts beginnt auch der Zustrom deutscher Kolonisten etwas zuzunehmen, vor allem ist es ein Verdienst von Friedrich Wilhelm I., daß seine Maßnahmen der

Überfremdung Ostpreußens, insbesondere auch des Memellandes, Einhalt gebieten konnten.

Während noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts die litauische Sprache im Memellande vorherrschte, wurde allmählich in den folgenden 100—120 Jahren die Mehrzahl der Bewohner kulturell und sprachlich dem Deutschtum gewonnen. Dieser Vorgang vollzog sich freiwillig lediglich unter dem Einfluß der überragenden deutschen Kultur, ohne jemals von der Regierung durch Gewaltmaßnahmen gefördert zu werden. Von allen fremdsprachlichen Elementen in Preußen waren es in erster Reihe gerade die Litauer, die am raschesten im Deutschtum aufgingen. Wahrscheinlich hängt das in gewissem Sinne auch mit ihrer verhältnismäßig günstigen materiellen Lage zusammen. So ergab die Volkszählung am 1. Dezember 1910 im Memellande bei einer Bewohnerschaft von 141 238 Personen 71 781 mit deutscher und 67 124 mit litauischer Muttersprache; der deutschsprachige Teil der Bevölkerung umfaßte danach 50,8 %. Dieser Prozentsatz hat sich in neuerer Zeit noch wesentlich erhöht; kirchliche Zählungen und vor allem das Ergebnis der Elternbefragung vom Jahre 1921 lassen darauf schließen, daß der Anteil der Bevölkerung mit deutscher Familiensprache heute ungefähr 60—70 % beträgt. Eine scharfe Sprachgrenze gibt es im Memelland nicht, da es ein Gebiet stärkster Sprachmischung ist, derart jedoch, daß die Städte ganz überwiegend deutschsprachig sind, während das Litauische mehr auf dem flachen Lande vertreten ist. Hier aber läuft die Sprachgrenze nicht eigentlich nur etwa zwischen Ortschaften mit litauischsprechender und solchen mit deutschsprechender Mehrheit, sondern in Wirklichkeit mehr in generationsweiser Abstufung durch die einzelnen Familien hindurch. Der Prozentsatz Litauischsprechender in einer Ortschaft ist im allgemeinen lediglich eine Frage der Verkehrslage und des Prozentsatzes älterer Leute des Ortes. Immer aber muß bei einer Beurteilung der Sprachverhältnisse vor allem berücksichtigt werden, daß auch die überwiegende Mehrheit der Litauischsprechenden der deutschen Sprache völlig mächtig ist und sich ihrer auch untereinander häufig bedient.

Angesichts dieser großen, unaufhaltsamen Entwicklung konnte eine kleine, abseits stehende Gruppe — vor dem Kriege waren es 500 Köpfe in 16 Vereinen —, die sich das Bewußtsein ihrer besonderen Nationalität zu erhalten suchte, nie recht gedeihen. Was ihre Mitglieder erreichen wollten, war lediglich vermehrte Berücksichtigung ihrer Muttersprache im Schulunterricht und im öffentlichen Leben, Hebung der Bildung und Wirtschaft des Volkes. Territorial-politische Ziele lagen ihnen fern; sie wollten weder innerhalb des preußischen Staates eine besondere Stellung einnehmen, noch etwa mit den russischen Litauern ein gemeinsames Staatswesen aufrichten. Politische Be-

ziehungen zwischen den preußischen und russischen Litauern bestanden überhaupt nicht. Dr. Gaigalat, einer der tatkräftigsten Führer der preußischen Litauer, dessen Karte des ethnographischen Litauen in Versailles wahrscheinlich als Unterlage zur Abtrennung des Memellandes benutzt worden ist, erklärte im Jahre 1915 die Befürchtung, daß die preußischen Litauer sich einem aus den ehemals russischen Gouvernements Kowno und Wilna zu errichtenden Staate Litauen würden anschließen wünschen, für völlig unbegründet. Er schrieb damals klar und deutlich: „Die preußischen Litauer haben — das ist jedem Kenner dieses Volksstammes klar — nicht die mindeste Lust, einem anderen Staate, einer anderen Verwaltung als gerade der preußisch-deutschen anzugehören. Sie leben in gutem Wohlstande, sind dankbar für die nutzbringende Fürsorge des deutschen Staates und würden ihre gegenwärtige hochentwickelte wirtschaftliche Lage niemals gegen eine zweifelhafte Zukunft eintauschen wollen. Auch ist die preußisch-litauische Bevölkerung in dem von ihr bewohnten Gebiet so stark von Deutschen durchsetzt, daß sie nur in den nördlichsten Kreisen Memel und Heydekrug etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen dürfte. Es ist auch für alle Zukunft, wenn ein litauisches Staatswesen an der preußisch-litauischen Grenze gebildet würde, nicht anzunehmen, daß irgendwelche Bestrebungen, die im deutschen Interesse unerwünscht wären, sich geltend machen würden. Die Litauer wissen, was sie an Preußen haben und mit welcher Fürsorge sie behandelt werden, wenn sie auch zum Teil bezüglich der Erhaltung ihrer Sprache etwas weitergehende Wünsche haben als ihnen bisher zugebilligt worden sind. Ihr Nationalgefühl ist bei weitem nicht in dem Maße geweckt wie bei vielen anderen Völkerschaften in ähnlicher Lage. Der russische Litauer ist bei seinen preußischen Standesgenossen wenig geachtet und seine Wirtschaftsführung in den Grenzgegenden wird nicht geschätzt. Außerdem, und das fällt besonders ins Gewicht, bekennen die preußischen Litauer den evangelischen Glauben, während die russischen in ihrer großen Mehrheit römisch-katholisch sind. Kultur und Sitte weichen stark voneinander ab. Es besteht bisher überhaupt kein Verkehr, weder nationaler noch wirtschaftlicher Art zwischen den beiden litauischen Grenznachbarn; sie sind einander fast fremd. Aus diesen Gründen sind etwaige Bestrebungen, eine Annäherung oder besondere gegenseitige Sympathien zwischen den Litauern beider Länder zu wecken, für die Zukunft nicht zu erwarten oder als völlig aussichtslos anzusehen.“

Dies Urteil Dr. Gaigalats über die völkischen Verhältnisse des Memellandes ist durchaus zutreffend; daß jedoch die politische Entwicklung heute so ganz anders geworden ist im Widerspruch zum Willen der Bevölkerungsmehrheit im Memellande, ist bedingt durch den plötzlichen Zusammenbruch des Deutschen Reiches, wodurch die politische Situation von Grund auf verändert wurde.

Die Führer der nationallitauischen Gruppe im Memelland haben aus dieser Tatsache lediglich Nutzen gezogen. Was selbst sie nie erstrebt hatten, die Lostrennung vom Deutschen Reich, schien auf einmal Wirklichkeit zu werden. Vergebens wies die deutsche Regierung in ihren Gegenvorschlägen zu den Friedensbedingungen darauf hin, daß das Memelland nie zu Litauen oder gar Polen, sondern seit Jahrhunderten zu Ostpreußen gehört hat und daß insbesondere die Stadt Memel eine rein deutsche Gründung ist, daß ferner die ethnographischen Verhältnisse ein Überwiegen des deutschsprechenden Teiles der Bevölkerung ergeben; niemals hätten die Bewohner des Gebiets die Lostrennung von Deutschland gewünscht, sondern sich jederzeit als ein treuer Bestandteil der deutschen Volksgemeinschaft bewährt. Aber eine Änderung der Bestimmungen war nicht zu erreichen, nicht einmal eine Volksabstimmung durfte stattfinden, und so zerrissen jäh die halbttausend-jährigen Bande.

In der Folgezeit bis zum Januar 1923 stand das Land unter französischer Verwaltung und erfreute sich während dieser Zeit noch verhältnismäßig günstiger politischer und wirtschaftlicher Lebensbedingungen. Die neuen Machthaber konnten sich dem deutschen Charakter dieses Gebiets nicht verschließen und so behielten Verwaltung und Kultur durchaus ihr deutsches Gepräge. Das deutsche Geistesleben blieb ungestört, der rein deutsche Unterricht auf den Schulen wurde nicht gehindert, auch der deutsche Charakter der Kirche blieb erhalten; demgemäß nahm auch die Zahl der Litauischsprechenden zugunsten der Deutschsprachigen weiterhin ab. — Im Lande selbst standen sich, da die Frage der politischen Zukunft des Memellandes noch immer offen war, zwei politische Richtungen gegenüber: die Großlitauer, die für den Anschluß an Litauen eintraten, und die Anhänger der Errichtung eines selbständigen Freistaates unter dem Schutz Frankreichs oder des Völkerbundes. Während die Anhänger des Freistaatgedankens die weitaus überwiegende Mehrheit für sich hatten, ließen die Großlitauer trotz ihrer Minderheit nichts unversucht, um ihrer Kultur Boden zu gewinnen. Einen Haupttrumpf glaubten sie im Jahre 1921 mit der „Elternbefragung“ ausspielen zu können. Das Ergebnis dieser amtlichen Umfrage in Schulangelegenheiten war jedoch, daß für 28,4% der Schüler mit litauischer Familiensprache — das sind nur 11,2% sämtlicher ländlicher Volksschüler — litauischer Religionsunterricht, und für nur 5,5% der Schüler mit litauischer Familiensprache — das sind 2,2% sämtlicher ländlicher Volksschüler — litauischer Schreib- und Leseunterricht von den Eltern gewünscht wurde. Ein glänzenderes Zeugnis des deutschen Charakters und der deutschen Kultur des Memelgebiets hättees kaum geben können.

Im Herbst 1922, hieß es, sollte durch den Botschafterrat in Paris das endgültige Schicksal des Memelgebiets bestimmt werden. Allein die Entscheidung

zögerte sich hinaus und Litauen, das eine für sich ungünstige Entscheidung befürchtete, benutzte eifrigst die Zeit, um sich eigenmächtig in den Besitz des Memellandes setzen zu können. Am 10. Januar 1923, dem Tag des französischen Ruhreinfalls, besetzten bewaffnete Freischaren, die aus Litauen kamen, plötzlich das ganze Memelgebiet; die französische Besatzung leistete keine ernstliche Gegenwehr, die Gesamtheit der memelländischen Einwohner war waffenlos und so war der Streich gelungen. Äußerlich war er zwar als eine lokale memelländische Revolution aufgezo-gen, aber, trotz amtlicher Ablehnung in Kowno, die Vorbereitungen waren in aller Stille in Litauen getroffen worden und überrascht und wehrlos mußten die Memelländer diesen großlitauischen Putsch über sich ergehen lassen. Ein urplötzlich entstandener Zentralausschuß erließ ein Manifest, in dem der Beschluß zur Kenntnis gebracht wurde, sich unter Beibehaltung der Rechte als autonomer Teil der litauischen Republik anzuschließen.

Von diesem Tage an wurde es anders im Memelgebiet. Die Grenze gegen Litauen fiel, die alte deutsche Hafenstadt Memel wurde zum litauischen Klaipeda und die litauische Grenze an den Memelstrom vorgeschoben. Die Botschafterkonferenz glaubte sich am besten aus dieser Angelegenheit herauszuziehen, wenn sie im allgemeinen den neuen Zustand anerkannte und begnügte sich damit, ein Abkommen auszuarbeiten, das die künftigen Beziehungen des Memellandes als autonomen Teil des litauischen Staates regelt. Dieses Abkommen, enthaltend das „Memellandstatut“, sollte nach Niederlegung der Ratifikationsurkunden in Kraft treten, doch litauischerseits suchte man diesen Zeitpunkt nach Möglichkeit hinauszuschieben. In der Zwischenzeit bis zur Annahme des Statuts am 31. Juli 1924 durch das litauische Parlament und darüber hinaus bis zu Beginn seiner tatsächlichen Durchführung seit September 1925 nahm die seit dem großlitauischen Putsch einsetzende gewaltsame Litauisierung des Memellandes ihren Fortgang. Die Gleichberechtigung beider Sprachen stand auf dem Papier, überall drängte sich die litauische Sprache in den Vordergrund, die Bahnhöfe trugen nur litauische Schilder, litauische Kurse zwangen Lehrer und Schüler zur Erlernung der litauischen Sprache, wobei es allerdings an geeigneten Lehrbüchern mangelte. Die deutsche evangelische Kirche wurde von Berlin, ihrer alten Heimat und Zentralbehörde, diktatorisch abgetrennt. Der „Kirchenstreit“, der darüber entstand, führte vielerorts zu entrüsteten und erbitterten Kundgebungen der deutschen Memellandbewohner. Die sogenannte Pressefreiheit mußte natürlich jedem Druck der litauischen Behörde nachgeben. Die Landwirtschaftskammer wurde aufgelöst. Nachteilig für die hochstehende memelländische Landwirtschaft wurde es ferner auch, daß die kultur- und anspruchslosen Szameiten jenseits der ehemaligen altrussischen Grenze die Preise unterboten.

Das Zeichen, unter dem das Memelland in dieser Zeit stand, war das des allmählichen Kulturrückgangs, geistig und wirtschaftlich. Der litauische Staat erinnert in vielen Erscheinungen wie Korruption, Schmuggel usw. an das alte Rußland, seine Einwohner stehen auf einer ungleich tieferen Kulturstufe als die Memellandbewohner, die seit Jahrhunderten an der preußisch-deutschen Staatsentwicklung teilgenommen haben.

Am 19. Oktober 1925 haben endlich die allgemeinen Wahlen zum Memelländischen Landtag, dem Seimelis, stattgefunden. Das Gesamtergebnis verzeichnet für die drei Parteien der deutschen Einheitsfront folgende Stimmenzahl:

Memelländische Volkspartei . .	24 286
Landwirte	23 887
Sozialdemokraten	<u>9 894</u>
zusammen	58 067

während die Splitterparteien großlitauischer Färbung zusammen nur 2998 Stimmen aufbringen konnten. Danach erhält von den 29 Sitzen des memelländischen Landtags 27 die deutsche Einheitsfront und nur zwei entfallen auf die durch Listenverbindung vereinigten Splitterparteien. Dies den deutschen Charakter des Landes und der Bewohner wieder aufs neue beweisende Wahlergebnis kommt einer Volksabstimmung gleich, die im Versailler Vertrag leider nicht vorgesehen war. Das Resultat ist noch umso bemerkenswerter, als die Wahl nicht unter neutraler, sondern unter litauischer Aufsicht stattfand. Es ist damit gleichzeitig ein erneutes Beispiel gegeben, wie unzulässig es ist, lediglich auf Grund von Sprachstatistiken die völkischen Verhältnisse eines Gebietes beurteilen zu wollen.

Zusammenfassend kann gesagt werden:

Die alte nordöstliche Grenze des Memellandes wird immer eine starke, geistige Grenzscheide bilden, die neue Memelgrenze hingegen wird dies trotz ihrer natürlich-physischen Eignung niemals sein. Das Deutsche Reich und Litauen haben vielfach gemeinsame außenpolitische Interessen; nichtsdestoweniger wird es Tatsache bleiben, daß Ostpreußens älteste Stadt nördlich der Memel gelegen ist, daß 150 000 seiner Landsleute wider ihren Willen von der Heimat getrennt worden sind.

Das Soldauer Gebiet.

Das Gebiet von Soldau, bis zum Jahre 1919 zum Kreise Neidenburg (Regbz. Allenstein) gehörig, 487 qm groß mit 24 073 Einwohnern (1910), davon rund 18 000 evangelischer und 6 000 katholischer Konfession, mußte nach Artikel 28 des Versailler Vertrages ohne Volksabstimmung an Polen abgetreten werden. Der Grund zur Abtretung dieses Gebietes war der, daß Polen die

wichtige Bahnlinie, die von Warschau über Mlawa und Soldau nach dem östlichen Teil des jetzt polnisch gewordenen Westpreußens führt, in die Hand bekommen wollte.

Dies abgetretene Soldauer Gebiet hat seit der Eroberung des Landes durch den Deutschen Ritterorden stets zu Ostpreußen gehört und niemals unter unmittelbarer polnischer Herrschaft gestanden. Zur Zeit der Ordensregierung hatte es ursprünglich einen Teil der „Wildnis“, jener natürlichen, unwegsamem Schutzzone gegen die Litauer, gebildet, wurde dann aber etwa in den Jahren 1320—70 planmäßig besiedelt.

Neben einigen einheimischen Preußen, die hier angesiedelt wurden, und einer Anzahl Masowier, eines den Polen verwandten westslawischen Volkstammes, waren ein sehr beträchtlicher Teil der Ansiedler Deutsche, die, wenn auch nicht gerade zahlenmäßig, so doch in kultureller Beziehung durchaus das Übergewicht über die beiden anderen Nationalitäten hatten; mit Recht darf das Land daher als altes deutsches Kolonialland bezeichnet werden. Noch heute ist dies, abgesehen von der deutschen Stadtgründung Soldau, an der breiten Bauweise der Dörfer mit ihrer Angeranlage deutlich erkennbar (so z. B. Skurpien, Kyschienen, Usdau), die sich durchaus abhebt von den weiter östlich befindlichen engen Straßendörfern, die auf slawischen Ursprung deuten.

Im Laufe der folgenden Jahrhunderte vermischten sich im südlichen Ostpreußen Deutsche, Preußen und Masowier und es entstand der Sondervolkstamm der Masuren, der auch noch neben den Deutschen diesen Teil der Provinz bewohnt und ihm sogar den Namen „Masuren“ gegeben hat. Polen gibt es heute in Masuren nur ganz vereinzelt; die Masuren selbst sind keine Polen und wollen es auch nicht sein. Dreierlei ist es vor allem, was die Masuren in ihrem Bewußtsein fest mit Preußen verbindet: die evangelische Konfession, die Gemeinsamkeit der politischen Schicksale und die kulturellen Einflüsse des Deutschtums, die, zusammen mit der Durchdringung des Landes durch den Verkehr, eine allgemeine wirtschaftliche Hebung und eine immer rascher fortschreitende Germanisierung bewirken. Diese Entwicklung vollzieht sich ohne jeden Zwang durchaus mit dem Willen der masurischen Bevölkerung. Daher hat es in Masuren auch niemals eine Polenfrage in dem Sinne gegeben, wie sie früher z. B. in Posen und Westpreußen eine Rolle gespielt hat. Den besten Beweis für diese Tatsachen bot die Abstimmung vom 11. Juli 1920, bei der das Masurentum geschlossen mit über 99⁰/₁₀₀ für Ostpreußen gestimmt hat. Daher darf man mit Recht behaupten, daß die Masuren als ein besonderer Volkstamm innerhalb des deutschen Staatsverbandes sich dem Deutschtum auch innerlich als ganz zugehörig betrachten. Lediglich ihre Sprache ist ein mit deutschen Elementen

sehr stark durchsetztes mittelalterliches Polnisch, jedoch nur Umgangssprache. Schriftsprache ist durchweg das Deutsche. Fast alle Masuren können heute deutsch sprechen und verstehen.

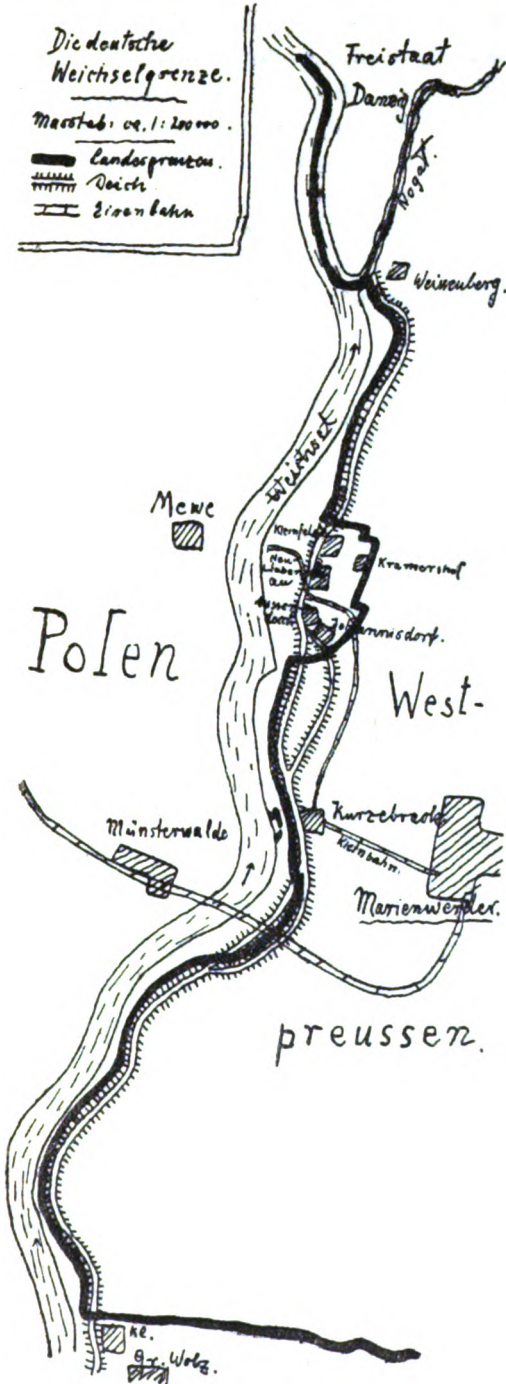
Die Bevölkerung des Soldauer Gebiets unterscheidet sich in nichts von der des übrigen Masurens. Obwohl nach der Zählung von 1910 die Bewohner mit masurischer Muttersprache in der Mehrheit waren, so können sie doch nicht als anderssprachig im vollsten Sinne des Wortes gelten, sondern müssen vielmehr als zweisprachig bezeichnet werden. Von den 4700 Einwohnern der Stadt Soldau sprachen 3750 das Deutsche als Muttersprache. Das eigentliche Hochpolnisch wurde nur in einigen kleinen Dörfern an der ehemaligen Grenze gesprochen, so in Bialutten, Dzwiersnia, Gr. u. Kl. Lensk, Przellenk, Kl. Tauersee und Murawken, deren Bewohnerschaft vorwiegend katholisch ist. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung ergaben in der Soldauer Ecke 93% deutsche Stimmen und es kann kein Zweifel bestehen, daß eine Volksabstimmung in diesem Gebiet ein ebensolch einmütiges Ergebnis zugunsten des Deutschtums gehabt hätte wie im übrigen Masuren. Mit der Abtretung des Soldauer Gebiets bildet die masurische Erde und die masurische Bevölkerung jetzt zum ersten Mal seit der Besiedelung der Landschaft vor etwa 600 Jahren politisch keine Einheit mehr.

Zwischen Masuren und Polen besteht von alters her bis heute ein starker, an Feindseligkeit grenzender Gegensatz. Dieser entlud sich z. B. im Soldauer Gebiet während des russischen Bolschewisteneinfalls im Sommer 1920 in voller Offenheit und zog bittere Leiden der masurischen Bevölkerung nach sich.

Verschiedentlich hat ein Austausch von Besitzungen stattgefunden zwischen Bewohnern des Soldauer Gebiets und polenfreundlich gesonnenen Leuten aus dem übrigen Masuren. Im allgemeinen jedoch befindet sich die Bevölkerung dieses Gebiets in großer Gefahr, von ihrer Scholle verdrängt zu werden. Der polnische Arbeiter ist anspruchsloser als der masurische und läuft ihm den Weg ab. Die masurische Lehrerschaft hat das Gebiet verlassen. Der Bauer steht isoliert da, und die polnischen Behörden beweisen meist ein auffallend geringes Verständnis für die Lage der Masuren.

Wenn auch leider bei der relativen Kleinheit des Gebiets auf die Dauer mit einer gewissen teilweisen Polonisierung zu rechnen sein dürfte, so muß es dennoch bei der sprichwörtlich konservativen Art der Masuren als ausgeschlossen erscheinen, daß die alten Gegensätze der beiden Stämme jemals schwinden werden. —

In nächster Nachbarschaft des Soldauer Gebiets befinden sich drei ehemals zum Kreis Osterode gehörige Grenz-Dörfer, Kl. Nappern, Kl. Lobenstein und Groschken, die nach der Abstimmung in Masuren wegen ihrer polnischen Stimmenmehrheit an Polen abgetreten werden mußten.



Die Abschnürung Ostpreußens von der Weichsel.

Die vom Deutschen Reich abgeschnittene Provinz Ostpreußen grenzt heute mit dem nach der Abstimmung vom 11. Juli 1920 bei Deutschland verbliebenen „westpreußischen Abstimmungsgebiet“ in einer Länge von 40 km fast unmittelbar an die Weichsel. Das Abstimmungsgebiet umfaßte die Kreise Rosenberg und Stuhm sowie Teile der Kreise Marienburg und Marienwerder; verwaltungstechnisch gehört es jetzt zu Ostpreußen. Trotz der überwältigenden Mehrheit von fast 93% deutscher Stimmen, die sich bei der Abstimmung ergab, sollte die Hoffnung der Bewohner, daß das Abstimmungsgebiet in vollem Umfange dem Deutschen Reiche erhalten bliebe, getäuscht werden. Ein der Fläche nach zwar kleiner, in seiner Bedeutung jedoch äußerst wichtiger Streifen Landes auf dem rechten Weichselufer ist Polen zugesprochen worden.

In offenem Widerspruch zu den grundlegenden Bestimmungen des Versailler Vertrages (Art. 97 Abs. 4 u. 5, sowie Art 28 u. 30) und trotz aller Proteste von deutscher Seite verläuft heute die deutsch-polnische Weichselgrenze nicht etwa in der Mitte des Stromes, sondern auf dem deutschen Ostufer. Dies gehört dem Marienwerderer Niederungsgebiet an und ist gegen Überschwemmung durch umfangreiche Deichanlagen geschützt. Hier verläuft die Grenze im allge-

meinen zwar auf einer Linie zwischen Fluß und Deich, ungefähr 20 m westlich des Deiches, an vier Stellen jedoch durchschneidet sie in ganz widersinniger Weise den Deich, sodaß zwei Streifen des angrenzenden Niederungsgebietes auf polnisches Gebiet zu liegen kommen. Zum nördlichen Teilstreifen gehören die fünf Ortschaften Johannisdorf, Außendeich, Neuliebenau, Kramershof und Kleinfelde, von denen nur zwei bei der Abstimmung eine polnische Mehrheit hatten; im südlichen Streifen liegt der Ostbrückenkopf der Münsterwalder Eisenbahnbrücke und der Hafen von Kurzebrack, der für die Verkehrsinteressen des ostpreußischen Hinterlandes von Bedeutung ist.

Diese Grenzziehung spricht in jeder Beziehung besonders dem Art. 97 des Versailler Vertrages Hohn, nach dessen Abs. 4 u. 5 der durch die Abstimmung kundgegebene Wille der Bevölkerung, sowie die ganze geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften bei der Grenzfestsetzung ausdrücklich berücksichtigt werden sollten. Zwei Ortschaften mit deutscher Mehrheit und eine mit Stimmgleichheit sind Polen zugeteilt worden; im übrigen haben die Bewohner s. Zt. nur deswegen zum Teil für Polen gestimmt, weil sie dazu beitragen wollten, daß das ganze westpreußische Abstimmungsgebiet polnisch werde. Nachdem die übrigen Teile deutsch geblieben sind und sie zwei Jahre bittere Erfahrungen gemacht hatten, haben sie selbst gebeten, wieder mit Deutschland vereinigt zu werden.

Alle fünf Ortschaften sind wirtschaftlich auf Marienwerder angewiesen und bilden mit der übrigen Marienwerderer Niederung eine geographische Einheit. Unter polnischer Staatshoheit sind sie jedoch wirtschaftlich dem sicheren Untergang ausgeliefert. Von ihrem natürlichen Hinterland und Absatzgebiet sind sie abgeschnitten und von ihrem Staat durch die Weichsel getrennt, die oft tage- und wochenlang nicht überschreitbar ist.

Zur Ausübung des Deichschutzes sind die Ortschaften zu schwach und auch finanziell nicht leistungsfähig genug, um die hohen Unterhaltungskosten zu bestreiten. Die übrige Niederung aber lebt nunmehr in der ständigen Gefahr eines Deichbruchs mit seinen verheerenden Folgen, da es mehr als fraglich ist, ob Polen für den notwendigen Deichschutz sorgen wird, da das gefährdete Hinterland ja nicht polnisches, sondern deutsches Gebiet ist.

Aber abgesehen von diesen örtlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die diese ganz eigenartige Grenze mit sich gebracht hat, besitzt in Wirklichkeit die Abtretung dieses schmalen Uferstreifens mit den fünf Dörfern eine viel weitergehende Bedeutung. Der Deutschland vertragsmäßig zustehende freie Zugang zur Weichsel ist auf diese Weise unmöglich geworden; Ostpreußen ist damit vollkommen von der Weichsel abgeschnitten und nun völlig zur Insel geworden. Dies wirkt nicht nur wirtschaftlich nachteilig, sondern ist auch in

politischer Hinsicht außerordentlich gefährlich; denn Polen hat sich auf diese Weise eine strategische Ausfallsbasis längs der Weichsel geschaffen. Lediglich um die strategischen Ansprüche Polens zu befriedigen, ist Ostpreußen in vertragswidriger Weise von der Weichsel abgeschnitten worden.

Als geopolitische Bilanz vorstehender Ausführungen steht an erster Stelle die Tatsache, daß sämtliche Ostpreußen betreffenden Bestimmungen des Versailler Vertrags auf Bestrebungen des seit 1918 auch in staatlichem Gewande wieder erscheinenden polnischen Kraftzentrums zurückgehen. Demgegenüber erscheint das Verhältnis Ostpreußens zu Litauen nur von mehr untergeordneter, lokaler Bedeutung, dem nur infolge der so wechselvollen Schicksale des Memellandes etwas eingehender Beachtung geschenkt werden mußte. Die geopolitischen Richtungslinien des polnischen Kraftzentrums jedoch umfassen ganz Ostpreußen von Osten, Süden und Westen wie mit einer Zange. Die äußeren Festpunkte sitzen an der Ostseeküste und bei Suwalki, dazwischen richtet sich der Druck auf Danzig, die deutsche Weichselgrenze, auf Masuren und Ermland und in besonderer Art auch auf Memel. Das Endziel ist die Beseitigung Ostpreußens als Teil des Deutschen Reiches. Natürlicherweise läßt sich diese geopolitische, immanent im heutigen status bestehende Richtungslinie immer wieder auch aus der polnischen Presse erkennen. So schrieb z. B. noch unlängst der in Thorn erscheinende „*Slowo Pomorskie*“ (in Nr. 288), . . . „daß wir ohne Danzig, Königsberg und ganz Ostpreußen nicht bestehen können. Die ostpreußische Frage müssen wir, selbst auf die Gefahr hin, einen Selbstmord zu begehen, aufrollen“. Die von Polen ausgehenden Kraftlinien im geopolitischen Felde werden nun in der Zone des Korridors überschritten von denen, die im deutschen Staatsorganismus in mehr oder weniger ausgeprägter Form vorhanden sind und auf die räumliche Verbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich hinzielen. Und so entsteht hier, und zwar insbesondere an der ostpreußischen Westgrenze, aus geopolitischer Notwendigkeit eine Schütterzone ersten Ranges. Als Ganzes gesehen erscheint unter den heutigen Umständen die Lage Ostpreußens in dauernder schwerer Gefahr. Es soll nicht im Rahmen dieser Darstellung liegen, zu untersuchen, durch welche einzelnen Maßnahmen ihr entgegengewirkt werden könnte, aber andauernde bewußte Stärkung und planmäßige Bevorzugung dieses gefährdeten Landesteils in jeder Beziehung müßten die obersten Richtlinien sein.

Literatur

- Der Friedensvertrag von Versailles. 1919.
Die Gegenvorschläge der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen. Berlin 1919.
- F. Mager, Ostpreußen. — Die natürlichen Grundlagen seiner Wirtschaft, eine Quelle deutscher Kraft. Hamburg 1922.
- E. F. Müller, Die Zertrümmerung Ostpreußens und der deutschen Ostmark. Königsberg 1919.
- E. Hollack, Haben die Polen und Litauer ein historisches Recht auf Altpreußen. Königsberg 1919.
- Handbooks prepared under the direction of the Historical Section of the Foreign Office. London 1920. Nr. 39. East and West Prussia.
- St. Kozicki, Sprawa granic Polski na konferencji pokojowej w Paryżu 1919 r. Warszawa 1921. (Die Frage der polnischen Grenzen auf der Friedenskonferenz in Paris 1919.)
- W. Deuticke, Ostpreußen und der polnische Korridor. Jena 1921.
- Die von Preußen abgetretenen Gebiete. Bearbeitet vom Preuß. Statist. Landesamt. Berlin 1922.
- A. Eichler, Polen und Ostpreußen. Archiv für Politik und Geschichte. Berlin 1925.
- W. Gaigalat, Litauen, das besetzte Gebiet, sein Volk und seine geistigen Strömungen. Frankfurt a. M. 1917.
- W. Wendenburg und H. F. Lange, Die Memelfrage. Berlin 1921.
- Memell Denkschrift der wirtschaftlichen Körperschaften und Verbände zur Selbständigkeit des Memelgebiets.
- P. Langhans, Deutsche und Litauer im Memelgebiet. Petermanns Geogr. Mitteilungen. Gotha 1921.
- H. Mortensen, Die Nationalitätengrenze zwischen Altpreußen und Litauen. Ztschr. d. Ges. f. Erdk. z. Berlin. 1922.
- K. Katschinski, Das Schicksal des Memellandes. Tilsit 1923.
- P. Karge, Die Litauerfrage in Altpreußen in geschichtlicher Beleuchtung. Königsberg 1925.
- J. Ganss, Die völkischen Verhältnisse des Memellandes. Berlin-Nowawes 1925.
- R. Schierenberg, Die Memelfrage als Randstaatenproblem. Berlin-Grünwald 1925.
- M. Worgitzki, Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen. Leipzig 1921.
- L. Wittschell, Die völkischen Verhältnisse in Masuren und dem südlichen Ermland. Hamburg 1925.
- Die Volksabstimmung in Westpreußen. Marienwerder 1920.
- Ostpreußens Abschnürung von der Weichsel. Abgefaßt auf Grund amtlicher Quellen. Berlin 1922.
- F. Jäger, Die deutsch-polnische Grenze. Erörterungen über Probleme der Grenzziehung. Ztschr. d. Ges. f. Erdk. z. Berlin. 1924.

ADRIATICUS: DAS FENSTER ZUR ADRIA

Das Deutsche Reich war von seiner Geburtsstunde im Jahre 843 etwa tausend Jahre lang bis 1806 bzw. 1866 ein Isthmusstaat zwischen Südmeer und Nordsee. Erst der Bruderkrieg, der mit Königgrätz und dem Prager Frieden endete, drängte Rumpfdeutschland von der Adria ab. Seitdem wurde im norddeutschen Binnenlande das Bewußtsein völlig ausgelöscht, daß der natürliche deutsche Raum nicht von zwei, sondern von drei Meeren begrenzt wird. Das Deutsche Reich von heute füllt den deutschen Raum nicht mehr aus; an die Stelle des Isthmusstaates ist ein Abdachungsstaat getreten, statt des alten „Von Meer zu Meer“ die kleindeutsche Losung „Vom Fels zum Meer“, und auch nach dem Selbstbestimmungsrecht kann Deutschland nur hoffen, sich wieder zu einem über beide Hänge der Alpen legenden Schwellenstaat zurückzuentwickeln. Das Südmeer erscheint verloren. Das sollte indessen die geopolitische Wissenschaft nicht hindern, die natürlichen Grundlagen des tausendjährigen Ringens um das „Fenster zur Adria“ zu untersuchen.

Seit dem Verluste Friauls und „Welsch“-Tirols hat sich der Sprachgebrauch dahin verdichtet, als „Fenster zur Adria“ das alte Österreich südlich der Drau zu bezeichnen, also vor allem das untersteirische Dreieck, Krain und das Küstenland mit Istrien. Dieses Gebiet ist nicht einheitlich, sondern bildet ganz mannigfaltige Landschaftstypen.

Vor allem fehlt es an einer natürlichen Wasserstraße, die das ganze Gebiet zusammenfaßt und mit dem Südmeer verbinde, vielmehr wenden sich „die drei Ströme des deutschen Südens“ — Mur, Drau, Sau (Save) — anstatt nach dem Süden ostwärts; der Weg vom Wiener Becken zur Adria führt daher über nicht weniger als vier Wasserscheiden! Wie anders ist dem gegenüber Frankreich mit der schiffbaren Rhone begünstigt, Rußland mit dem Dnjepr und Don! Auch die adriatische Küste selbst ist sehr nachteilig. Bei Triest und bei Fiume fällt sie steil in das Meer; nur gewaltige Molenbauten sichern ruhiges Wasser für die Schifffahrt. Der Meeressaum wird hier wie dort durch Gebirge begrenzt, die sich sofort in mehreren hundert Metern Höhe dem Verkehr von der See zum deutschen Binnenlande entgegenzustemmen scheinen.

Die einzige Stelle, welche als eine gewisse natürliche Eingangspforte angesprochen werden kann — die Isonzomündung — leidet unter Versandung und Versumpfung. Immerhin bildet dieser Fluß ein Einfalls- und Ausfalltor zwischen Süd und Nord. Gewiß ist sein Tal stellenweise nur schwer zugänglich; aber auch die Etsch bietet an der Berner (Veroneser) Klause gewisse

Hindernisse, und gar die Täler, welche heute von der Gotthard- und Simplonbahn benutzt werden, sind fast noch unwegsamer als das Isonzotal. Von ihm gelangt man unter Überwindung nur einer Wasserscheide, des Predilpasses, nach Kärnten; nur 70 km Luftlinie liegt dieses vom Südmeer entfernt. Hier bietet die Natur wirklich ein „Fenster zur Adria“, dessen Abschnitte durch die Orte Flitsch, Tolmein und Görz bezeichnet werden.

Der neuzeitliche Massenverkehr mußte freilich andere Wege gehen, seitdem 1866 das österreichische Gebiet in doppelter Weise betroffen worden war. Venetien kam damals an den werdenden italienischen Nationalstaat, das spätere Kleindeutschland, also auch Bayern, wurde Ausland. Österreich hatte dadurch doppelten Anlaß, die Verbindung Predil-Görz zu vernachlässigen. Denn noch mehr als bisher kam es nun darauf an, nicht Salzburg, sondern Wien in erster Linie mit dem Südmeer zu verbinden, und zwar auf eine Weise, welche von der dicht am Isonzo entlang laufenden Grenze möglichst entfernt lag. Der erste Schienenstrang zwischen Triest und dem deutschen Hinterlande ging nicht nach Norden, sondern zunächst — etwa bis St. Peter in Krain — nach Osten und dann erst nördlich nach dem damals noch deutschen Laibach.

Der Weg, der hier eingeschlagen wurde, war von der Natur sicher nicht zu einer Hauptverkehrsader vorherbestimmt. Wie schon erwähnt, steigen bei Triest die Berge unmittelbar vom Wasser aus auf. Die Stadt selbst mußte terrassenförmig angelegt werden; der unmittelbar sich dem Häusermeer anlehrende Vorort Optschina liegt teilweise schon 400 m über dem Meeresspiegel. Um diesen Höhenunterschied zu überwinden, mußte die Bahn eine gewaltige Schleife bis nach Nabresina (Aurisina), d. h. fast die halbe Luftlinie nach Görz beschreiben. In etwas größerem Abstand zur Küste laufen weitere, unregelmäßige Hügel- und Bergketten, in deren Gebiet wilder Karst und gesegnete Täler und Taleinstürze (Dolinen) abwechseln. Jeder Schritt des Bahnkörpers mußte hier der Natur abgetrotzt werden. Auch heute noch bedrohen Bora, Schneestürme, Gewitterregen und Höhleneinstürze den Weg des Dampfrosses. Die Welt des Karstes und der Dolinen wird in 20—30 km Küstenabstand von der Kette der Julischen Alpen überragt; in ihrem nördlichen Teil treten sie bis auf etwa 50 km vom Meere zurück, nähern sich dafür dem Isonzo und erreichen im Dreikopf (Triglav) eine Höhe von etwa 2800 m. Die Julischen Alpen sind von Italien als Grenze ihrer küstenländischen Annexionen gewählt worden, und zwar mit der Begründung, daß hier die Natur selbst eine Scheidemauer aufgerichtet habe. Einige Wahrheit ist hierin enthalten. Denn nördlich und nordöstlich von ihnen hat die Landschaft vollständig deutsches Gepräge, während in das Gebiet zwischen ihnen und dem Meer sich zungenförmig einzelne italienisch anmutende Landschaftstreifen einschoben; allerdings sind sie nur sporadisch und schon aus diesem Grunde nicht

zu überschätzen. Der Anblick der majestätischen Kette der Julischen Alpen erinnert die gegenwärtigen Herren Triests daran, daß ihr schmaler Küstenbesitz ein Großvolk von 78 Millionen geschlossen siedelnder Menschen von seinem dritten Meere trennt.

Die Bahn von Triest nach Laibach umgeht die Julischen Alpen im Süden, und zwar nicht unter Benutzung der Adriatischen Pforte ¹⁾, welche im Mittelalter eine so große Rolle gespielt hat ²⁾, sondern noch weiter südlicher, östlich von Diwatscha. Hier zweigt sich von ihr die Bahn ab, welche das ganze Halbinseldreieck Istrien bis zu dem Kriegshafen Pola durchzieht. Auch Istrien ist ein rauhes unwirtliches Gebirgsland, im Monte Maggiore bei Abbazia steigt es bis über 1300 m an. Die West- wie die Ostküste fällt steil ins Meer, wo stellenweise ein Pflanzenwuchs von paradiesischer Üppigkeit gedeiht. Von den Julischen und Dinarischen Alpen ist das istrische Gebirge durch die Senke des Tschitschenbodens getrennt; durch sie läuft die Eisenbahn zwischen St. Peter und dem Quarnerohafen Fiume.

Das Gebiet zwischen den Julischen Alpen einerseits, den Karawanken und dem untersteirischen Dreieck andererseits wird durch das krainische Hügelland ausgefüllt. Auch in ihm finden sich noch karstartige und andere sonderbare verkehrsfeindliche Bildungen; zu ihnen gehört z. B. der periodische Zirknitzer See, der gerade 1925 wieder einmal ausgetrocknet ist. Auch hier wurde die Bahn zu unwirtschaftlichen Umwegen gezwungen. Im allgemeinen ist aber Krain dem Verkehr zugänglicher. Das Land entwässert zur Save, dessen Haupt- und Nebentäler größtenteils gut gangbar sind. Im Knotenpunkt geschickt gewählter Verkehrslinien liegt Laibach. Von hier aus führen insbesondere gute Bahnen nach Kärnten und Steiermark (Steinbrück, Cilli, Graz). Das untersteirische Dreieck endlich, der nordöstliche Teil des Fensters zur Adria, ist ein Hügelland, welches verkehrspolitisch von allen Seiten leicht zugänglich ist und daher im großen Durchgangsverkehr eine bedeutende Rolle spielt.

Der willensstarke Franz Ferdinand schuf eine zweite Bahnlinie vom deutschen Hinterlande zum Südmeer, nämlich von Salzburg nach Triest. Auch diese Linienführung leidet unter der Auflockerung der Ostalpen. Am Gotthard, Splügen und Brenner lassen sich die Alpen noch durch Überwindung einer einzigen Wasserscheide durchqueren. Der Bahn Salzburg-Triest stellen sich aber 3 Wasserscheiden in den Weg, nämlich die Ketten der Tauern, der Karawanken und der Julischen Alpen. Letztere hätten am Predilpaß nördlich umgangen werden können, aber Franz Ferdinand mied diesen Weg wegen der Nähe der italienischen Grenze; so mußte das bis dahin menschenleere Trogtal der Wochein erschlossen und der gewaltige Wocheiner Tunnel geschlagen werden an jener Stelle, die bisher am schroffsten deutsche und welsche oder verwelschte Landschaft trennte.

Die alte Südbahn Graz-Laibach-Triest und die Karawanken-Wocheiner Bahn von Kärnten nach Görz und Triest sind die beiden Schlagadern des wirtschaftlichen Lebens am Fenster zur Adria.

Ebenso unübersichtlich wie die Landschaft ist die Bevölkerung. Abgesehen von den Deutschen, finden wir in einem schmalen Streifen der westlichen Küste Italiener, im nördlichen Hinterlande Slowenen, im südlichen und in dem größten Teile von Istrien Kroaten. Im Isonzoteil gibt es ferner Friauler (Furlaner), die den Rhätoromanen Graubündens und den tiroler Ladinern verwandt sind, außerdem die verschiedensten Volkssplitter, die im Laufe von 2000 Jahren hierher verschlagen wurden, z. B. in Triest Armenier und levantinische Juden, auf Istrien sogar u. a. neun rumänische Dörfer.

Unter den Deutschen lassen sich vier Gruppen unterscheiden. Die erste besteht aus Bauern. Sie haben gegen Ende des vorigen Jahrhunderts stark gelitten und finden sich heute fast nur noch im Gottscheer Lande, im nördlichen Teil des untersteirischen Dreiecks und in Kärnten. Die zweite Gruppe, die Kleinstädter und Großgrundbesitzer, bildeten seit vielen Jahrhunderten die deutsche Oberschicht bis dicht zum Südmeer. Unter ihnen forderte die Verslawung des Fensters zur Adria die meisten Opfer. 1880 hatte Krain noch eine deutsche Landtagsmehrheit, Laibach war noch eine deutsche Stadt, ebenso Krainburg, Bischoflack, Radmannsdorf, Stein und die meisten anderen Städte und Städtchen. Der deutsche Großgrundbesitz reichte noch um 1900 fast geschlossen bis zum Meere. Heute finden sich von dieser Gruppe des Deutschtums nur noch Trümmer. Die dritte Gruppe ist durch den Fremdenverkehr nach dem Südmeer gekommen. Sie hat die Kurorte Abbazia (d. i. Abtei), Parenzo, Rovigno, Lussin usw. gegründet, sie und der deutsche Reiseverkehr ziehen auch heute noch das meiste Geld in das Land. Obgleich sich auch hier der deutsche Besitz häufig von den Eltern auf die Kinder vererbt, ist die volksmäßige Bedeutung dieses Deutschtums gering. Die letzte Gruppe besteht aus Geschäftsleuten, welche durch die geopolitische Lage, also durch natürliche Triebkräfte, an das Südmeer gebracht wurden. Ihre Zahl und ihr Einfluß wuchsen vor dem Kriege sichtlich und berechtigten zu weitgehenden Zukunftshoffnungen. Diese wurden erst durch die Pariser Friedensschlüsse zunichte gemacht. Immerhin ist auch heute noch die deutsche Wirtschaft in den Hafen- und Verkehrsorten nicht bedeutungslos.

Das Italienerium ging vor dem Kriege rasch zurück. Sein völliges Verschwinden erschien nur noch eine Frage weniger Jahre. Gerade deshalb beeilte sich der italienische Irredentismus zu seinem Teile mit der Entfesselung des Weltkrieges. Die Gewinner waren die Slawen, vornehmlich die Slowenen.

Triest war im Begriff, eine slowenische Stadt zu werden. Erst der Ausgang des Krieges und die Zertrümmerung des alten Österreich unterbrachen diese Entwicklung. Heute wetteifern italienische Behörden und Faschisten in dem Bestreben, das Rad der Geschichte nach der anderen Seite zu drehen.

Politisch hat das Fenster zur Adria ursprünglich zum keltischen Machtbereich gehört, später zum römischen, dann zum germanischen. Auf diese Zeit wird besonders die Besiedelung des Gottscheer Landes zurückgeführt.³⁾ Im 6. Jahrhundert unserer Zeitrechnung wanderten Slawen zu, ohne die andere Bevölkerung völlig verdrängen zu können. Von jeder Völkerwelle, die sich über das Land ergoß, blieben in unzugänglicheren Gegenden Teile zurück. Von der Geburtsstunde des politischen Deutschland ab erstreckte sich dieses — wie eingangs erwähnt — bis zum Südmeer. Das blieb so über 1000 Jahre lang, bis zum Bruderkrieg von 1866. Die durch das Bündnis der beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche (1879) vorbereitete Wiederherstellung dieser deutschen Isthmuslage („Isthmuslinie Triest-Swinemünde“) wurde im Weltkrieg militärisch Wirklichkeit und in dieser Beziehung von größter, für die Beseitigung des russischen Zarismus und die Dardanellenverteidigung vielleicht entscheidender Bedeutung. Sie konnte aber politisch nicht mehr verankert werden. Die Friedensdiktate von Versailles und St. Germain brachten Mitteleuropas Balkanisierung und Atomisierung.

Italien erhielt die ganze Küste des Fensters zur Adria von der Isonzomündung über Pola bis nach Abbazia und Fiume, das „St. Veit“ des Mittelalters, welches jahrhundertlang von Graz aus als Teil Innerösterreichs verwaltet worden war. Italienisch wurden auch die Bahnknotenpunkte St. Peter, Diwatscha und Görz.

Der Widersinn dieser Grenzziehung ist bisher wohl nicht genügend beachtet worden. Mit dem Selbstbestimmungsrecht kann sie nicht begründet werden, denn die Italiener bildeten in dem annektierten Gebiet nur eine Minderheit der Bevölkerung. Geschichtlich haben die Italiener ebensowenig ein Anrecht; sie versuchen zwar, zur „Begründung“ die Ausdehnung des alten römischen Reiches heranzuziehen, allein die Italiener sind weder Bluts- noch Rechtsnachfolger der Römer. Mit einem solchen Taschenspielerkunststück könnten sie — wie ich in meinem Buche „Deutschlands gerechte Grenzen“ ausgeführt habe⁴⁾ — ebenso gut die Industriegebiete von Manchester und Liverpool für Italien fordern!

Bleibt noch die Begründung, daß „die Natur selbst die Grenze Italiens auf der Wasserscheide der Julischen Alpen festgelegt“ habe. Wissenschaft-

licher Prüfung hält auch diese These nicht Stand. Von der „Beweisführung“, die Adria trage überwiegend italienisches Kulturgepräge, es sei also ein „mare nostrum“, mithin müßten auch die dasselbe speisenden Gewässer und das von ihnen durchflossene Land bis zu den Wasserscheiden italienisch sein, ist jedes der drei Glieder falsch. Das adriatische Meer hat als solches überhaupt kein Kulturgepräge, sondern ist Anökumene. Die Meeresufer haben teilweise rein italienisches Gepräge, teilweise aber auch ein solches, das von dem italienischen ganz verschieden und zum Teil sogar betont entgegengesetzt ist. Das gilt besonders für die südslawischen und albanischen Küstengebiete, in gewissem Sinne aber auch für das „Fenster zur Adria“. Neben dem kroatischen ist hier vor allem der deutsche Kultureinschlag nicht zu unterschätzen. Er äußert sich besonders in Wiener Prägung und ist in ihr in Bauten, Kleidung und Lebensgewohnheiten (Beispiel: Kaffeehaus!) unverkennbar zu finden.

Als Haupttrumpf wird von italienischer Seite der Pflanzenwuchs zu ihren Gunsten ausgespielt. Allein zu Unrecht. Gerade die Italiener hätten Anlaß, diese Frage nicht aufzuwerfen. Denn sie haben es verschuldet, daß die herrlichen Wälder am Fenster zur Adria abgeholzt wurden, um zu Schiffen für die Kriegsflotte der Venetianer und zu Pfahlrosten ihrer Paläste verwendet zu werden, während das abgeholzte Gebiet zum Karst, d. h. zur Wüste wurde. Deutsche haben im 19. und 20. Jahrhundert wieder Aufforstungen vorgenommen. Deutschen und ihrem deutschen Wald ist es zu verdanken, wenn das Land wieder sich zu heben begann. Auch die Palmen- Feigen- und Orangenbäume sind nicht von der Natur nach dem Fenster zur Adria gebracht worden, sondern vornehmlich durch den 1000 jährigen deutschen Besitz, da gerade der Deutsche es liebte und liebt, sein Heim und seine Umgebung mit ausgesprochen südlichem Pflanzenwuchs zu umgeben. In den deutschen Gärten der Donaustadt Preßburg gedeiht das ganze Jahr der Feigenbaum, in den Sommergärten von Berlin und Hamburg die Palme. Soll das etwa auch einmal zur „Begründung“ italienischer annexionistischer Forderungen dienen?

Ist so die Behauptung, die Küste des Fensters zur Adria trage italienisches Kulturgepräge, schief und nicht stichhaltig, so erledigt sich der weitere Anspruch, aus diesem Grunde müßten auch die das adriatische Meer speisenden Gewässer und das von ihnen durchströmte Land zu Italien gehören. Abgesehen von einzelnen, früher erwähnten Zungen italienischer Landschaft in bestimmten Tälern⁵⁾ und einem Teil der Küste trägt die Landschaft die Merkmale deutschen Kulturbodens. Restlos gilt das für alle höher gelegenen Gebiete; großenteils aber auch für die Täler, z. B. schon 4 Kilometer vom Meere entfernt bei Triest! Wenn endlich die Italiener von der Naturgegebenheit der Wasserscheidengrenzen überzeugt wären, so müßten sie jene Gebiete freigeben, die an der schweizerischen, deutschösterreichischen und neuen südslawischen

Grenze über die Wasserscheiden „hinüberlappen“. Aber daran denken sie nicht.

In Wahrheit entbehrt die neue, parallel zur Küste laufende Grenze Italiens am Fenster zur Adria nicht nur einer inneren Berechtigung, sondern ist geopolitisch geradezu ein Unding. Triest und Fiume einerseits, das Hinterland des „Fensters“ andererseits sind Kraftfelder erster Ordnung, sie durch Grenzen zu trennen, ist unhaltbar und hat zu den schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen geführt und führen müssen. Wien kann kaum ohne Triest, Triest nicht ohne Wien gedeihen. Das Isonzotal kann nicht dauernd seinem Beruf vorenthalten werden, Kärnten und das Südmeer zu verbinden. In den beiden „Schlagadern“, Triest-Wien und Triest-Salzburg, stockt der Blutumlauf. In Triest sinken die Löhne bis unter den Lebensmindestbedarf; trotz der anzuerkennenden italienischen Erneuerungsversuche nehmen die Laster daselbst überhand. Der Natur läßt sich nicht ewig Gewalt antun.

52 Kilometer beträgt die Entfernung zwischen dem Wocheiner Tunnel in den Julischen Alpen und zum Südmeer, d. h. soviel wie die Entfernung zwischen Nürnberg und Bamberg oder vom Berliner Müggelsee nach Nauen. 78 Millionen geschlossen siedelnder Deutsche glaubt Italien vom Südmeer dahinter verschließen zu können. Und in welchem Zeitpunkte wurde dieses Fenster verschlossen! Die vorwiegend mit deutschem Gelde erbauten Bahnen und Hafenanlagen Triests wurden dem Deutschtum in demselben Augenblick genommen, wo das Recht jedes Staates auf einen Zugang zu seinem vorgelagerten Meer verkündet und demgemäß dem neuen Polenstaat ein Zugang durch fremdes, nämlich deutsches Gebiet zur Ostsee zugeschanzt wurde!

Dieses Heldenstück genügte den Vätern der Pariser Friedensdiktate noch nicht. Zwischen Deutschösterreich und das Südmeer legten sie noch eine zweite Schranke, „das Zwischenland Slowenien“. Dem Selbstbestimmungsrecht entspricht diese „Lösung“ nicht. Abgesehen davon, daß die Mehrheit der Slowenen noch im Sommer 1918 eine Trennung vom deutschen Hinterlande nicht wünschte (freilich im Oktober 1918 jäh umschwenkte und bis heute notdürftig „Haltung“ bewahrte), sind die Slowenen mit der heutigen Grenzführung durchaus unzufrieden und bekunden dies häufig in ihrer temperamentvollen Weise, die dem führenden Staatsvolk Südslawiens, den Serben, schon oft Schwierigkeiten machte und den Italienern erwünschten Anlaß zu neuen Demütigungen der Slawen bot. Hier sei vor allem die geopolitische Seite der Grenzziehung beleuchtet. Die Bedeutung Krains, das ja den Kern des gegenwärtigen Slowenien bildet, liegt in seiner Mittlerstellung zwischen dem lebenspendenden Meer und dem werktätigen deutschen Gebiet; unmöglich kann es

aber als äußerster, doppelt umschlossener Vorposten eines ganz anders gearteten Balkanstaats gedeihen. Die Save (Sau), die nach Osten zu weisen scheint, ist in ihrem Oberlauf für die Schifffahrt ohne Belang, nicht bloß wegen des unregelmäßigen Flußbettes, sondern auch weil es keine Güter gibt, die zwischen dem agrarischen Slowenien und dem agrarischen Serbien auszutauschen wären. Die Slowenen waren auf Gedeih und Verderb mit ihren deutschen Lehrmeistern und uneigennütigen Helfern verbunden; da sie diese Verbindung gelöst haben oder wenigstens lösen ließen, so verderben sie, langsam, aber sicher.

Die gegenwärtigen doppelten Grenzschränken zwischen dem Deutschtum und dem Südmeer sind geopolitisch widersinnig. Die Natur ruft danach, das „Fenster zur Adria“ wieder zu öffnen. Und doch darf uns diese wissenschaftliche Erkenntnis nicht dazu verleiten, aus diesem Grunde Triest für einen künftigen gesamtdeutschen Staat in Anspruch zu nehmen. Deutschlands Grundlage für seinen Wunsch nach Grenzänderungen ist das Selbstbestimmungsrecht. Diesen Boden darf unsere Volkspolitik nicht verlassen, will sie nicht jede Hoffnung auf eine baldige Überprüfung der Grenzen Tirols, der sudetendeutschen Gebiete, Ostoberschlesiens usw. selbst zerstören. Auch im Süden können wir für uns nur ein vernünftig angewandtes Selbstbestimmungsrecht fordern. An anderer Stelle habe ich eingehend zu zeigen versucht⁴⁾, daß wir hiernach zu einer „gerechten“ deutschen Südgrenze am Wocheiner Tunnel und an der Save kommen (vgl. auch das geflügelte Wort „Rann an der Save — ran an die Save!“). Von anderer Seite wird nicht einmal diese Forderung geltend gemacht.⁵⁾ Jedenfalls wäre eine deutsche Forderung nach einer Annexion etwa von Krain und dem früheren Küstenland nicht vertretbar. Begnügen wir uns damit, unsere geopolitischen Erkenntnisse den Betroffenen selbst zugänglich zu machen, dem slowenischen Steuerzahler, dem auftragslosen Kaufmann und brotlosen Arbeiter in den verödeten Häfen am Südmeer! Ob und welche Folgerungen sie daraus ziehen wollen, das zu beeinflussen, steht nicht in unserer Macht.

Anmerkungen

- 1) Penck, Albrecht, Die österreichische Alpen-grenze, in der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde. Berlin 1915. Ernst Siegfried Mittler & Sohn.
- 2) Vgl. z. B. Klein, Anton Adalbert, Zwischen Drau und Adria. Wien 1925. A. Pichlers Witwe & Sohn.
- 3) Schiber, Adolf, Das Deutschtum im Süden der Alpen, in der Zeitschrift des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins. Innsbruck 1903. Selbstverlag.
- 4) Adriaticus, Deutschlands gerechte Grenzen. Berlin 1925. Dietrich Reimer (Ernst Vohsen).
- 5) Penck, Albrecht, Deutscher Volks- und Kulturboden in „Volk unter Völkern“. Breslau 1925. Ferdinand Hirt.
- 6) Sieger, Robert, Die Südgrenze der deutschen Steiermark. Graz 1919. Leuschener & Lubensky. — Er fordert eine neue Teilung der Untersteiermark.

ALBERT VON HOFMANN:
DIE WEGE DER GESCHICHTE ITALIENS UND DEUTSCHLANDS
Kurz dargestellt an der geographischen Struktur beider Länder

II. DEUTSCHLAND

Betrachten wir die natürlichen Grenzen Deutschlands, so finden wir den Kern Mitteleuropas im Norden und Süden äußerst scharf begrenzt; im Norden durch die beiden deutschen Meere, im Süden durch die Alpen. Während so im Norden und Süden die Grenzen Mitteleuropas klar gezeichnet sind, zeigen sich dieselben im Westen und Osten weniger eindrucksvoll. Immerhin fehlen sie auch hier nicht. Im Westen bilden eine deutliche Grenzlinie auf der linken Rheinseite der Schweizer Jura, die Vogesen, das Pfälzische Bergland und die Barriere der Ardennen. Die natürlichen Grenzen im Südosten sind die Sudeten und Beskiden, für das engere Süddeutschland der Böhmer und der Bayerische Wald. Nur nördlich der Lausitzer Gebirge öffnet sich von den Quellen der Spree bis zur Mündung der Havel verlaufend, das heißt begrenzt im Norden von der mecklenburgischen Seenplatte, eine weite Strecke, welche nach Osten keinen natürlichen Abschluß besitzt. Dieses Stück ohne natürliche Grenze ist von Anfang an bestimmt gewesen, der Boden unserer historisch wirksamsten Kraftentwicklung zu werden. Die Norddeutsche Tiefebene schiebt sich nach Süden vor bis in die Gegend von Halle und Merseburg. Von hier aus Saale- und Elbabwärts muß die Linie gezogen werden, auf welcher sich vor allem unsere positive Geschichte aufgebaut hat. Vorwärts dieser Linie zwischen Elbe und Oder liegt nicht zufällig Berlin.

Die kleine offene Strecke an der Mitteloder hat sich doppelt ausgewirkt. Einmal sehen wir so einen Unterschied entstehen zwischen einem Oberland, welches geschlossene Grenzen hat, und einem Niederland, dem die Grenzen im Osten fehlen. Damit sind der Entwicklung dieser beiden großen Gebiete verschiedene Bedingungen gestellt. Gehen wir ferner aus von dem einfachen Satz, daß, je klarer und fester eine natürliche Grenze, desto unnatürlicher die Expansion über eine solche ist — daß aber je unbestimmter eine Grenze ist, sie um so mehr zu einem Überschreiten lockt, so sehen wir aus der Grenz- bildung Deutschlands, daß unsere äußere Geschichte von Natur in die Richtung gezogen werden mußte, in welcher sich die offene Grenze im Osten findet. Das heißt, daß ihre natürliche Richtung von Westen nach Osten geht. Wir sehen ferner, daß unsere innere Geschichte in der Nord-südlagerung zu suchen sein wird, in welcher erstens keine schwachen Grenzen zu verteidigen

sind, in welcher wir zweitens schon ein trennendes Moment zwischen dem Oberland und dem Niederland festgelegt haben. Wir erkennen hier sofort, wie das oberdeutsche Gebiet praedestiniert war, früher fertig zu sein als das niederdeutsche, wie aber das niederdeutsche das größere Gebiet der Zukunft war, auf dem die großen Entscheidungen der deutschen Geschichte fallen mußten.

Wie konnte es nun aber kommen, daß die deutsche Geschichte tatsächlich jahrhundertlang nach Süden abgelenkt erscheint? Der Gegensatz zwischen Nord und Süd, der schon in unserer mittelalterlichen Geschichte in hellen Flammen ausbricht, ist nicht allein imstande gewesen, den Dualismus zu begründen, der durch unsere Geschichte geht. Gleichwohl hat sich auch dieser Gegensatz durchaus charakteristisch historisch ausgewirkt.

Die verschiedene Kultur im Süden und Norden kam z. B. darin zum Ausdruck, daß in Schwaben die Zertrümmerung der Bauernfreiheit im 12. Jahrhundert schon sehr viel weiter vorgeschritten war als in Sachsen. Als der junge deutsche König Heinrich IV. nach Sachsen kam, umgeben von einem völlig schwäbischen Hof, wagten die schwäbischen Herren die Sachsen zu behandeln wie ihre unfreien Bauern daheim. Darüber brachen die Sachsenkriege des 12. Jahrhunderts aus.

Wenn das Schwergewicht unserer Geschichte vom Norden zeitweise nach Süden abgelenkt wurde, so hat dies besondere Gründe gehabt. Hier spielt Italien verhängnisvoll in unsere Geschichte hinein.

DIE GEOGRAPHISCHE GRUNDLAGE DES DEUTSCHEN DUALISMUS

Trotzdem der Alpenkamm eine scharfe natürliche Grenze darstellt, wurden die Oberdeutschen fast automatisch über die natürliche Alpengrenze nach Italien gelockt. Sind hierbei gewiß die Lockung des Südens und seines Reichtums wie seiner alten Kultur und die Politik der römischen Kirche nicht hoch genug anzuschlagende Faktoren gewesen, so hat doch auch hier die Natur des Landes ihre Rolle mitgespielt.

Die Alpenländer zeigen verschiedene Fähigkeit zu politischen Bildungen auf der Nordseite und auf der Südseite des Kammes. Im Norden verlaufen die Täler schief gegen den Kamm; sie sind daher hier weniger steil und länger als im Süden, wo sie rechtwinklig gegen den Kamm liegen. Im Norden dehnen sich größere Talschaften aus; im Süden sind die Täler kürzer und steil. Im Norden bauen sich die politischen Landschaften am Fuß der Alpen auf der Zugänglichkeit des Gebirges auf; im Süden bauen sie sich vornehmlich auf der Sperrfähigkeit desselben auf. So ist z. B. Tirol ein politisches Gebilde, welches südlich der Alpen an den Etsch- und Eisacksperrern und deren Umgehungen emporgekommen ist. Bei Brixen umgeht man die Eisacksperrre von Klausen; bei Trient umgeht man die Etschengen, die oberhalb und

unterhalb von Rovereto liegen. Von Meran aus umgeht man beide. Der Graf von Meran hat schließlich die Bischöfe von Brixen und Trient beiseite gedrückt; so wurde er der Herr von Tirol. Tirol ist ein politisches Gebilde, welches nur von Süden her zu verstehen ist. Dasselbe gilt vom Kanton Tessin, der von Haus aus eine Sperrzone des Herzogtum Mailand war.

Es sind die Beziehungen zu den Alpenpässen, welche den Maßstab für die Bedeutung der oberdeutschen Länder in unserer älteren Geschichte ergeben. Die beiden zentralen Paßgruppen, die rätische mit Splügen, Julier und Septimer, die Tiroler mit dem Brenner und dem Reschenscheideckpaß kann man für das 10. und 11. Jahrhundert auch mit dem Namen der schwäbischen und bayrischen Pässe bezeichnen. Die Zugänge zu diesen Pässen waren indes nicht gleich verteilt. An den schwäbischen Pässen haben die Bayern keinen Anteil, wohl aber haben die Schwaben an den bayrischen Pässen teil. Wie die Schwaben östlich bis an den Lech reichten, öffneten sich ihnen im Fernpaß und im Paß von Seefeld auch wichtige Zugänge in das Inntal. Hier liegen die Keime zu den Verhältnissen, welche im 12. Jahrhundert das politische Übergewicht Schwabens begründeten, wobei man nicht vergessen darf, daß der schwäbische Stamm an sich einer der talentvollsten und tüchtigsten deutschen Stämme ist. Sowie aber Schwaben übermächtig wird, tritt es mit der Elbe in den Kampf.

Es hat in unserer älteren Geschichte kaum größere Krisen gegeben, als wenn die Möglichkeit bestand, daß Schwaben mit Italien in eine tiefere Verbindung kam. —

Im 10. Jahrhundert sehen wir für die italische Krone in dem Markgrafen von Ivrea einen ernsten Prätendenten erstehen. Sein Recht erhebt sich vornehmlich auf dem Besitz der beiden großen Riegel der Westeingänge Italiens, auf Ivrea und Turin. Adelheid dagegen, die Tochter Rudolfs von Hochburgund und die Stieftochter Hugos von Niederburgund, welche beide gekrönte Könige von Italien geworden waren, verkörperte in sich wie keine andere Frau persönliche Rechte auf den italischen Königthron. Der Markgraf von Ivrea mußte daher zu verhindern suchen, daß Adelheid, nachdem sie Witwe geworden, zu einer zweiten Ehe schritt.

Adelheid mußte vor Berengar von Ivrea fliehen. Floh sie über die Alpen, so konnte sie bei den Schwaben Zuflucht finden, denen sie verwandt war, oder bei den Bayern. Sie fand dann wahrscheinlich ihren zweiten Mann im schwäbischen oder im bayrischen Herzoghaus. Indem dann aber eines der oberdeutschen Herzogtümer Fuß faßte in Italien, kam das gerade an der Elbe emporgekommene neue deutsche Königtum in eine unerträgliche Situation. Die Folge mußte werden, daß das neue sächsische Königtum der Ottonen zusammenbrach. Otto der Große mußte die Ehe Adelheids gerade so zu ver-

hindern suchen wie Berengar. Schließlich hat er selbst die junge Königin von Italien heimgeführt. Keine Romantik, nüchternste Politik. Die Heirat wurde ein schwerer Schlag gegen das schwäbische Herzoghaus. Dieses antwortete mit dem ludolfingischen Aufstand, der auch so das Reich an den Rand des Abgrunds gebracht hat.

Dies erste Mal wurde die gefährvolle Kombination verhindert. Das zweite Mal aber wurde sie nicht verhindert, und darüber zerbrach das Reich wirklich.

Schon als man zur Zeit des Rotbart systematisch Reichspolitik in Italien zu treiben begann, wurde automatisch die Reaktion in Sachsen geweckt. Indes Sachsen war gelähmt. Der Herzog von Sachsen war umgeben von natürlichen Feinden. Sowie das Königtum in Schwaben mit dem Herzog von Sachsen in Konflikt gerät, fallen der Erzbischof von Bremen und der askanische Markgraf von Brandenburg ganz von selbst dem König als Bundesgenossen zu. So lagen die politischen Verhältnisse für die Elbe im 12. Jahrhundert denkbar ungünstig. Heinrich der Löwe wurde im Jahre 1181 zur Strecke gebracht. Fünf Jahre später wurde der Sohn des Rotbart, der künftige Kaiser Heinrich VI., mit Konstanze, der Erbin Siziliens und Neapels, vermählt.

Die Folgen dieser Ehe waren schlimmster Art. Indem die Hohenstaufen jetzt im Zeitalter der Kreuzzüge in den Mittelpunkt des Seeverkehrs zwischen Abendland und Morgenland traten, hatten sie sofort ganz Westeuropa zum Feind. England, Frankreich und Spanien haben alsbald nach Sizilien gesehen. Indem die Hohenstaufen ferner gerade in das Gebiet kamen, welches der Papst sich vorsichtig reserviert hatte, um immer gegen den deutschen König den Rücken frei zu haben, brachten sie den Papst in die äußerste Verlegenheit. Der Papst wird der natürliche Verbündete der Westmächte gegen den deutschen König, aber er ist auch der natürliche Verbündete jeder anderen anti-schwäbischen Tendenz. Auch Papsttum und Welfentum stehen zusammen gegen das Hohenstaufentum. Die Hohenstaufen aber selbst wurden entnationalisiert.

Der politische Erfolg für Deutschland wurde seine völlige Zerreißung in Nord und Süd, denn nun kam das, was auch im 10. Jahrhundert zu erwarten gewesen wäre, der Versuch, Oberdeutschland so eng wie möglich an Italien anzugliedern. Auf die Politik Friedrichs II. im Elsaß, in der Schweiz, in Österreich und in Bayern deuten wir nur hin. In den drei ersten Gebieten starben zur Zeit Friedrichs II. die herrschenden Familien aus; die bayrische Herzogsfamilie kam durch die Ehe Konrads IV. in die engste Beziehung zum Königshaus.

Das Papsttum hatte eine allgemeine Kriegspsychose gegen das schwäbische Kaisertum geweckt; der Kaiser kämpft einen Riesenkampf, der durch seinen Tod im Jahre 1250 zugunsten seiner Feinde entschieden wird.

Es sind zwei Momente, welche in die fernere Entwicklung der deutschen Geschichte einschneidend eingreifen mußten. Das wichtigste ist vorläufig der

Verlust Italiens. Dann aber verändert sich sehr bald auch die Stellung der oberdeutschen Länder zu den Alpenpässen; die Schwaben verlieren dieselben zugunsten der Eidgenossen; die Bayern verlieren dieselben zugunsten der neu emporkommenden habsburgischen Macht. Habsburger und Eidgenossen, die als Konkurrenten systematisch nach den Pässen greifen, kommen darüber selbst in Kampf. Die Elbe bildet nach dem Niederbruch von 1181 vorläufig noch nicht wieder politische Kraft.

Kommt die Elbe wieder zur Kraft, so wird sich der Dualismus nun zwischen Elbe und Österreich ausbilden. Das Neuerwachen der elbischen Kraft wird dadurch verzögert, daß die askanischen Markgrafen von Brandenburg im Jahre 1320 ausstarben und dadurch, daß sich später hier zwei Häuser scharf gegenübertraten, die brandenburgischen Hohenzollern und das Haus Wettin. Man kann aber gleichwohl sagen, daß das habsburgische Kaisertum in Wien vom ersten Augenblick an eine Anomalie gewesen ist. Neben ihm steht der Norden, der berufen ist und nur darauf wartet, sich zurückzunehmen, was ihm gehört.

Die erste Macht, welche im Norden neu entsteht, ist die rein geistige Macht der Reformation. Instinktiv nimmt Wien den Kampf mit ihr auf. Die neue politische Macht, die an der Elbe emporkommt, ist Brandenburg-Preußen. Der Kampf dieser Macht mit dem Kaiser ist ebenso Naturgesetz. Jedes Paktieren mit dem habsburgischen Kaiser wirft Preußen aus seiner vorgeschriebenen politischen Bahn. Preußen neutralisiert sich so, wenn die Folgen nicht schlimmer sind. Durch Österreich wird Preußen nach Vossems, Utrecht, Tilsit, Olmütz und Versailles geführt. Jede Niederlage Preußens wird an der Donau im stillen als Sieg gebucht. Preußens Vergrößerung durch die Rheinprovinz im Jahre 1814 bedeutet seine Ablenkung nach Westen und bewußt anti-preußische Wiener Politik.

Sehr interessant ist die Stellung Bayerns, aber sie ist durchaus folgerichtig. Bayern kommt im Mittelalter nicht neben Schwaben, später nicht neben Österreich auf. Sein Höhepunkt im 14. Jahrhundert liegt deutlich zwischen den Epochen. Es ist frappierend, wie Bayern im 14. Jahrhundert selbst an der Elbe und Oder erscheint. Sonst aber ist Bayern der natürliche Verbündete der Macht, die an der Elbe lebt.

Zur Zeit Ottos des Großen steht Bayern an der Seite Sachsens. Nachdem Sachsen und Bayern gegen Heinrich IV. zusammengestanden hatten, gebietet zur Zeit der Hohenstaufen über Sachsen und Bayern dasselbe Herzoghaus. Später wird Bayern der natürliche Verbündete Brandenburg-Preußens gegen Wien. Klar heben sich so die Anomalien in der bayrischen Geschichte heraus. Zuerst wirft die Erhebung Ottos von Wittelsbach Bayern für kurze Zeit in die staufische Bahn; diese Erhebung wurde durch große Konzessionen an

Schwaben erkaufte. Die Neuorientierung des Herzogtums Bayerns in dieser Zeit drückt sich in der Neugründung der Stadt Landshut aus.

Nur zweimal versagt Bayern an der Seite des Nordens. Im Zeitalter der Gegenreformation ist es der katholische Fanatismus der Wittelsbacher, der die natürliche Geschichte des Landes kreuzt und es im dreißigjährigen Krieg an der Seite der Habsburger fast verbluten läßt. In der Zeit zwischen 1815 und 1866 ist es die Angst vor der Gefährdung der neuen wittelsbachischen Souveränität durch deutsche Einheitsbestrebungen, welche Bayern an die Seite Österreichs drückt. Ein Bismarck, der historisch sah, hat schon früh versucht, Bayern in seine natürliche politische Bahn zurückzulenken; er hat in Bayern letzten Endes immer einen natürlichen Bundesgenossen gegen Österreich gesehen.

Auch in dem politischen Chaos unserer Tage bleibt diese Schichtung stehen. Der Traum Großbayerns übersieht, daß Bayern und Österreich alte Gegensätze sind. Die heutige Bedeutung Bayerns liegt mehr auf der Seite des Partikularismus als je. Dieser bayrische Partikularismus verliert sein Recht in einer Republik, unterstreicht sein Recht unter einer Dynastie. Von hier aus droht den deutschen Republikanern die erste Enttäuschung. —

Östlich des Wiener Beckens sitzen die Ungarn, welche Nord- und Südslawen trennen. Die Ungarn sind die natürlichen Gegner Wiens, die natürlichen Bundesgenossen Preußens. Die Slawen sind die natürlichen Bundesgenossen Wiens gegen die Ungarn. Das Mißverstehen dieses Problems hat Österreich im Jahre 1914 in den Krieg geführt.

MITTELDEUTSCHLAND

Die Länder der Mitte konnten durch ihre Lage zwischen Nord und Süd nicht anders als hineingezogen werden in den deutschen Dualismus. Die Zwischengebiete, welche hier in Betracht kommen, sind Thüringen und Böhmen.

Die thüringische Landgrafschaft ist zuerst auf dem deutschen Dualismus, als dieser unter Lothar von Sachsen wieder auflebte, entstanden. Aber die Rolle Thüringens in diesem Dualismus ist schon im 13. Jahrhundert ausgespielt. Lothar kam es darauf an, sich den Durchgang zwischen Norden und Süden westlich des Thüringer Waldes zu sichern gegen die in Franken stark entwickelte staufische Macht. Aber der genannte Durchgang, der sich nach dem Main öffnet und nach Norden schließt, kann gerade so gut auch in umgekehrter Richtung wirksam sein. Der zweite Landgraf, Ludwig der Eiserne, heiratete Judit von Schwaben und wurde der Schwager des Rotbart. —

Die politische Auswirkung des Durchganges westlich des Thüringer Waldes wird schließlich dadurch gekreuzt, daß die eigentliche politische Orientierung der Landgrafschaft, deren Sitz Eisenach ist, nach Westen geht.

Unweit Eisenach bricht der Thüringer Wald, ein nach Nordwesten gerichtetes Kammgebirge, ab; damit wird an dieser Stelle der einzige Durchgang vom Mittelrhein nach der mittleren Elbe frei. Dieser Durchgang in Verbindung mit dem Abbruch des Waldgebirges gibt dem Landgrafentum eine offensive Stellung nach Westen, eine defensive Stellung nach Osten. Dadurch, daß sich an diesem Punkt die Herrschaft über Thüringen konzentriert, wird verständlich, daß Thüringen an der Seite der Sachsen gegen den salischen König stand, wird weiter verständlich, daß es sich mit Hessen eng gegen den Erzbischof von Mainz verbinden konnte. Dadurch aber, daß die Wartburg — wir werden dies noch sehen — eine den Wegen der deutschen Geschichte entgegengesetzte Richtung verkörpert, ist das negative Schicksal Thüringens in unserer Geschichte praedestiniert gewesen.

Mit dem Aussterben der Landgrafen im Jahre 1248 hat Thüringen keine Zukunft mehr. Die Landgrafen starben zu früh aus. Die Henneberger in dem Durchgang nach Franken hätten ihre Nachfolger werden können, haben aber versagt. —

Nach dem Tode Friedrichs II. mußte sich das Schwergewicht des Reiches ganz allgemein weiter nach Norden ziehen. Die ersten, welche den nach 1250 schleifenden Zügel des Reiches aufzugreifen suchen, sind die Städte des Mittelrheins. Im Jahr 1254 entsteht von Mainz aus der große rheinische Städtebund. Eine merkwürdige Parallele zur Frankfurter Nationalversammlung des Jahres 1848. Beide mußten scheitern, weil sie die Bedeutung des deutschen Fürstentums nicht richtig einzuschätzen vermochten. Der rheinische Städtebund bleibt eine kurze Episode. Zur Zeit des Interregnums aber erhebt sich in Böhmen noch eine andere Macht.

Wir sind im 13. Jahrhundert noch im Zeitalter der großen deutschen Kolonisation, in welcher der deutsche Norden und der deutsche Süden sich zum ersten Mal organisch einigen konnten. Das Schwergewicht Deutschlands legt sich an seine Ostfront; Böhmen bildet hier eine natürliche Klammer zwischen Nord und Süd. Böhmen war ein reiches Land. Hätte sich das deutsche Königtum hier im 13. Jahrhundert domiziliert, so hätte es hier vielleicht auch die Kraft gefunden, sich zu lösen vom Papst. —

Wir betrachten das böhmische Land, welches sich wie eine natürliche Festung aus seinen Nachbargebieten heraushebt. Wie bei einer Festung tritt hier die innere Struktur zurück gegen die Umwallung und das Vorgebiet. Von den Sudeten im Südosten beginnend zieht mauergleich Gebirge an Gebirge um das ganze Land, welches nur offen nach der March ist. Der Weinbergwald fällt ab gegenüber dem Wiener Wald; die Sudeten besitzen in den kleinen und den weißen Karpathen einen Fuß, der sich direkt auf Preßburg setzt. Die Ringmauern der böhmischen Festung erhalten dadurch eine besondere politische Bedeutung, daß ihnen Glacisländer vorgelagert sind, die

leicht in Abhängigkeit von Böhmen zu bringen waren, weil jedes von ihnen von Böhmen leicht zu flankieren ist. Böhmen war durch diese Glacisländer zu einer politischen Landschaft praedestiniert, die fähig war, politischen Einfluß auf Ober- und Niederdeutschland zugleich zu gewinnen; es deckt mit seinen Glacisländern einen Raum, der von den Toren Wiens reicht bis vor die Tore Berlins. Seine Nord- und Südflanke reicht zugleich in die Gebiete hinein, die, wie wir schon sahen, im zweiten deutschen Dualismus einander gegenübertraten. In dem Gegensatz zwischen Österreich und Preußen ist Böhmen eine entscheidende Rolle bestimmt. Der Kampf aber, der um Böhmen auszufechten sein wird, erhält durch die Glacisländer Böhmens seine besondere Signatur.

Die Glacisländer Böhmens reflektieren in doppelter Form auf dieses Land. Indem sie unter der böhmischen Festungsmauer liegen, geben sie Böhmen die natürliche Richtung auf Expansion. Andererseits aber führen dieses Glacisgebirge, fremden Flußgebieten gehörig, von allen Seiten Straßen an die Festung heran und setzen sie konzentrischen Angriffen aus. Diese konzentrischen Angriffe auf Böhmen werden sogar zur militärischen Notwendigkeit, da ein einzelnes Heer, welches sich der böhmischen Festung nähert, in den Glacisländern sofort in Gefahr gerät, umgangen und überflügelt zu werden. Diese Doppelnatur kommt klar in der böhmischen Geschichte zum Ausdruck.

Zuerst wurde Böhmen natürlich auch eine Gefahr für Wien. Die Auseinandersetzung zwischen Wien und Prag nimmt im 14. Jahrhundert äußerst interessante Formen an.

Die große Herausforderung Wiens erfolgte von Prag aus durch das Reichsgesetz der goldenen Bulle, welches geradezu als Handhabe zur Erniedrigung des Herzogtum Österreich gedacht gewesen ist. Das Gesetz erklärt den König von Böhmen als den ersten Reichsfürsten. Sodann wird ein geschlossener deutscher Großfürstenstand geschaffen, in dem sechs Reichsfürsten als Kurfürsten neben den König von Böhmen treten. Alle anderen Fürsten werden herabgedrückt; das trifft an erster Stelle den Herzog von Österreich.

Die Bedeutung des Wiener Beckens beruht darauf, daß sich hier ein Straßenkreuz bildet. Der große Weg ostwärts und westwärts, den die Donau selbst bildet, wird gequert durch einen natürlichen Weg, der von Böhmen nach Venetien führt. Die Gebiete, welche im Wiener Becken ihren Mittelpunkt finden, sind Schwaben und Bayern, Ungarn, Böhmen und Mähren, endlich Steiermark, Kärnten und Krain. So erscheint vor uns in Umrissen schon die ganze spätere habsburgische Monarchie und klar scheidet sich auch aus, was eigentlich nicht dazu gehört. Mit Galizien und der Bukowina griff sie über ihren natürlichen Kreis hinaus.

Zur Zeit des Reichsgesetzes der goldenen Bulle hatte das Herzogtum Österreich schon begonnen, sich auszudehnen. Seine militärische Kraft beruht auf

den Alpenländern Kärnten und Steiermark; beide waren damals schon in österreichischer Hand. Durch den habsburgischen Besitz in Alemannien kam Wien nach Schwaben und an den Oberrhein. In dieser immerhin schon starken Stellung hat sich Wien mit Böhmen nach 1357 auseinanderzusetzen gehabt.

Im Jahre 1359 fielen uralte Urkunden vom Himmel, Fälschungen aus der Kanzlei des Herzogs von Österreich. Nach ihnen nun stand plötzlich der Herzog von Österreich als der erste Herzog der Christenheit da; er ist von nun an der Erzherzog. Man möchte sagen, daß in diesem Titel allein schon eine Art ausschließlichen Anspruchs auf das deutsche Königtum liegt. Auch dem Reich wird heimgezahlt, daß der Herzog in demselben rechtlos sein soll; Österreich wird aus dem Lehnsnexus des Reichs gelöst.

Die Folge der gegenseitigen Ansprüche wurde der Bruch zwischen Habsburgern und Luxemburgern. Dies war die Situation, in welcher im Jahre 1361 der Erbvertrag zwischen Rudolf IV. von Österreich und Ludwig von Ungarn zustande kam. Durch diesen Erbvertrag wurde Ungarn zuerst in die rechtliche Interessensphäre Österreichs gerückt. Wieder zwei Jahre später erwarb Rudolf, schnell vor den Wittelsbachern zugreifend, beim Aussterben des Meraner Grafenhauses die Grafschaft Tirol. Zu gleicher Zeit sucht der Herzog auch Boden zu gewinnen in Krain. Es handelt sich darum, die Hand auf alle Straßen nach Italien zu legen vom Karst bis zum Ortler hinauf. Und so hatte sich in den wenigen Jahren bis 1364, in welchem Rudolf und der Kaiser wieder Frieden machten, die Stellung Österreichs beträchtlich verschoben.

Die Stellung Böhmens an sich zur deutschen Geschichte ist verschiedener Art; dennoch aber immer durch das Vorhandensein der Glacisländer bedingt. In Verbindung mit diesen Ländern war Böhmen entweder die praedestinierte Grenzburg der Germanen gegen Osten, oder es war selbst auf Grund seiner Glacis zu einem großen selbständigen Reiche bestimmt. Endlich war es aber auch das natürliche große Schlachtfeld zwischen der Donau und der Elbe. Alle diese Möglichkeiten liegen nahe beieinander, sind sich sogar verwandt.

Die Grenzburg war dreimal möglich; verwirklicht wurde sie nie. Zuerst waren es die Römer, deren beinahe fertige Elbgrenze schließlich vor den Mauern Böhmens zusammenbrach. Wie für die Römer, so bildet auch für Karl den Großen, nachdem er an der Elbe und Donau steht, Böhmen das für die Elbgrenze notwendige Mittelstück. Aber Karl trieb in seinen letzten Jahren keine gesunde Reichspolitik mehr, weil er in kirchlichem Utopismus befangen war. Die wichtigsten Schlußsteine seines Reichs hat er in der Hand gehabt und weggeworfen, Venedig im Süden, Böhmen im Norden. Die dritte Gelegenheit für Böhmen, eine Grenzburg des Reichs nach Osten zu werden, kam unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Hohenstaufen und des alten Reichs.

Die zweite Aussicht fanden wir für Böhmen darin, daß von Böhmen selbst

aus mittels der Glacisländer ein großes Reich zwischen Osten und Westen zu gründen war. Marbod hat schon eine solche Herrschaft aufgerichtet; die Przemysliden haben sich nach Süden bis in die Alpen, die Luxemburger bis nach Brandenburg ausgedehnt. Die Ehe Karls IV. mit einer pommerschen Herzogin ist böhmische Ostseepolitik.

Die dritte Phase der Geschichte Böhmens wurde es, daß dies Land der natürliche Kampfplatz zwischen den Vertretern des deutschen Dualismus war. Die Glacisländer, welche hier besonders in Frage kommen, sind Kursachsen, Schlesien und die Lausitzen. Kursachsen ist das Elbglacis, Schlesien ist das Oderglacis; die Lausitzen gehören beiden Flußgebieten an. Von diesen Glacis nimmt Sachsen eine Sonderstellung ein; der Gegensatz der Wettiner zur Mark Brandenburg verhinderte, daß ihr Gebiet für Böhmen exzentrische Bedeutung bekam. Nur so ist zu verstehen, daß sich der Kaiser dazu verstand, die Lausitzen nach der Schlacht am Weißen Berge Sachsen zu opfern. Die Stellung Sachsens war bedingt durch den Gegensatz Wien und Berlin. Eigentümlich wurden die natürlichen politischen Linien gekreuzt, als einmals zwei Zwillingsschwestern auf den Thronen in Berlin und Dresden saßen, deren dritte Schwester die Kaiserin-Mutter von Österreich war. —

Eine ganz andere Stellung als Sachsen nimmt das Oderglacis ein. Als Schlesien verloren ging, kam es nicht an einen Freund des Kaisers wie die Lausitzen, sondern an einen Feind der Habsburger. Und nun zeigte sich jene Doppelnatur der Glacis. So schmerzlich der Herausbruch Schlesiens aus dem Glaciskranz der böhmischen Festung war, ebenso schmerzlos war seine Einfügung in dem im 18. Jahrhundert sich bildenden preußischen Oderstaat. Gegen Friedrich II. rief Österreich die ganze Welt um Hilfe an.

Das letzte Glacis, welches Österreich festzuhalten hatte, war das sächsische Elbglacis. Im Januar 1815 konnte sich Österreich mit Frankreich gegen Preußen verbünden, als dieses Miene machte, sich Sachsen einzuverleiben. Um Sachsen aus dem Banne Böhmens zu lösen, hat es der Schlacht bei Königgrätz bedurft.

Im Jahre 1648 entscheidet sich in Böhmen das Schicksal des Deutschen Reichs; im 18. Jahrhundert wird in den Kämpfen um Böhmen eine neue deutsche Großmacht geweckt; im Jahre 1866 wird im Kampf um Böhmen die preußische Vorherrschaft in Norddeutschland besiegt, wodurch erst die Vorbedingung der deutschen Einheit geschaffen ist.

DIE TEILUNG VON ALEMANNIEN

Das Herzogtum Alemannien hatte das Schicksal, zerschlagen zu werden. Das Elsaß und der Kern der heutigen Schweiz, die einst zu diesem Herzogtum gehörten, sind dem Reich verloren gegangen, obgleich das ganze Gebiet Alemanniens innerhalb der natürlichen deutschen Grenzen liegt. Folgen wir

den Ereignissen, welche zur Trennung Alemanniens geführt haben, so werden wir dieselben wieder abhängig finden von der Verbindung politischer und geographischer Struktur.

Der Bodensee klafft im Westen auseinander im Überlinger und im Untersee; in Konstanz und auf der Reichenau liegen zwischen beiden Seen die ältesten Stätten schwäbischer Kultur. Vor den beiden Westenden des Sees erhebt sich sperrend die Herzogsburg, der Hohetwiel. Der Twiel hat dieselbe zentrale Lage für Alemannien wie Konstanz, welches der Sitz des Bischofs ist, und doch ist die Lage beider Plätze nicht gleich. Konstanz liegt in der Achse des Sees, der Alemannien in eine nördliche und südliche Hälfte zerlegt und später auch eine natürliche Landesgrenze wurde. Der Hohetwiel aber, in derselben Längsachse des Sees liegend, ist zugleich auch noch der Mittelpunkt einer natürlichen Sperrlinie, welche die Seeachse westlich des Sees querend, vom Rheinübergang Stein bis nach Engen verläuft und welche ihren starken Rückhalt in den Burgen findet, welche die vulkanischen Erhebungen des Hegaus tragen.

Die Straßen umgehen den Bodensee nördlich an der Donau, südlich an der Aare; bei Konstanz läuft sich die Straße zwischen den Seezipfeln blind. So gehören denn zur Zentralstellung vor dem Untersee noch Ergänzungsstellungen; die Linie Stein—Engen erhält noch zwei Außenflanken, so daß der Hohetwiel nun zentral auf einer Linie liegt, die in ihren Verlängerungen von der Aare bis zur Donau reicht. Im Norden finden wir die Flankenstellung des Herzogs bei Riedlingen und Obermarchtal an der Donau; der sagenumwobene Bussen trug eine Herzogsburg. Der Mittelpunkt der Südstellung ist der Limmatdurchbruch durch das Lägergebirge bei Baden in der Schweiz. Hier wird die Straße geschlossen, welche von Basel über Zürich nach Italien führt.

Sowie sich nun der Schwerpunkt des Herzogtum Alemanniens einmal verschob, standen die beiden Flanken an der Donau und Aare in der Luft. Zur Zeit Kaiser Heinrichs III. kamen im Breisgau die Zähringer empor. Sie wurden Prätendenten für den Herzogstuhl. Als dieser ihnen vorenthalten wurde, erhoben sie sich gegen das salische Königshaus. Es war gewiß militärisch und politisch richtig gedacht, als Heinrich IV. in das Vacuum, welches in der alten Donauflanke entstand, ein neues schwäbisches Herzogtum errichtete, dessen Grundidee eine Keilbildung zwischen den Zähringern und den ebenfalls antiköniglichen Welfen in Oberschwaben war; das neue schwäbische Herzogtum der Hohenstaufen blieb indes ein Rumpfhertzogtum, wenn es seinen Trägern nicht gelang, das alte Herzogtum von neuem zu vereinen. Hierin liegt der natürliche Anstoß zu der elsässischen Politik der Hohenstaufen. Die Hohenstaufen haben im Elsaß alsbald zur Macht zu kommen versucht. Vom Elsaß aus war die Umklammerung der Zähringer möglich. Die Zähringer aber kamen nun auch in Bewegung und haben versucht, ihre Stellung gegen die

Staufer auszubauen. Zuerst kam es ihnen auf die Verbindung mit dem Hegau an. Sie gründeten ihre Stadt Villingen an der Stelle, wo die Hauptverknüpfung liegt zwischen dem Breisgau und dem Land am Bodensee. Unmittelbar darauf folgten ihre Gründungen Freiburg im Breisgau und Offenburg in der Ortenau gegenüber den beiden wichtigsten Übergängen über den Rhein.

Die Hohenstaufen verstärkten dann ihre Stellung in der Flanke der Zähringer unter dem Rotbart sowohl im Elsaß als auch in Burgund und wieder wehrten sich die Zähringer gegen die Umklammerung. Das Erscheinen Friedrichs I. in Burgund im Jahre 1157 führt unmittelbar darauf zur systematischen Verriegelung der schweizer Hochebene durch feste zähringische Plätze gegen das Wallis und gegen den Genfer See. Auf die Gründung von Freiburg i. B. folgte die Gründung von Burgdorf, Murten und Bern.

Entscheidend für die Hohenstaufen werden die Jahre 1212 und 1218. Im Jahre 1212 stirbt im Elsaß die Familie der mächtigen Grafen von Egisheim-Dagsburg aus und nun entwickeln die Hohenstaufen auf dem Erbe dieses Geschlechts ein ausgedehntes Festungssystem, aus dem später die sogenannte elsässische Dekapolis hervorging, zehn elsässische Reichsstädte minderen Rechts unter dem Vogt in Hagenau. Indem die Franzosen im Jahre 1648 die Vogteirechte über diese Städte erwarben, drängten sie sich in das Elsaß ein. Diese Vogteirechte wirkten sich auf das französische Staatsrecht ganz anders aus als auf das Staatsrecht des alten deutschen Reichs. Auf Straßburg, welches nicht zu den zehn Städten gehörte, haben die Franzosen nie ein Recht gehabt.

Der Abbruch der Südflanke an der Aare nach dem Aussterben der Zähringer im Jahre 1218 vollzog sich in anderer Form. Wir werfen zuerst einmal einen Blick auf das Gebiet der alemannischen Schweiz.

Jene Straße südlich des Bodensees, welche den Furchen des Zürich- und Walensees nach Rätien und Italien folgt, bildet die Grundlinie, von welcher im wesentlichen eine schweizer Geschichte ausgegangen ist. Diese Linie verbindet Italien mit der oberrheinischen Tiefebene. Im Altertum liegt der Schwerpunkt der Straße in Italien, im Mittelalter am Rhein.

Die rätischen Pässe konvergieren nach Chur. Die Straße geht zur Römerzeit von Chur aus rheinabwärts, springt dann aber bei Maienfeld über an den Walensee; am Bodensee läuft sie sich blind. Die Straße folgte der Seenspalte nach Zürich, lief dann limmataabwärts zur Aare, überschritt bei Frick den Jura und kam bei Säckingen an den Rhein. Das große Straßenkreuz ist Windisch an der Aare; Aare und Reuß öffnen hier nach drei Seiten das Land. In Windisch lag die römische Legion; in Windisch sitzt auch der Bischof in alter Zeit. Zu Windisch gehört militärisch das Bad Aquae Helveticae (Baden). Die Straße zwischen Chur und Basel läßt sich nirgends so sperren wie bei Baden, wo die Limmat — wir sagten es schon — das Lägergebirge durchbricht.

In fränkischer Zeit bleibt dieselbe Linie von Bedeutung, nur betritt man sie nun in umgekehrter Richtung vom Rhein her. Alles verschiebt sich nun. Ein wichtiger Platz wird jetzt besonders die Stelle, wo die Straße den Rhein verläßt. Dort entsteht in unbestimmter Zeit das Kloster Säkingen, welches reichen Besitz erwirbt am Zürichsee und auf der Wasserscheide zwischen Walensee und Rhein. Die Äbtissin von Säkingen gebot im Glarner Tal. Die Maienfelder Abzweigung verschiebt sich auf die genannte Wasserscheide nach Sargans. Windisch gehört in fränkischer Zeit der Vergangenheit an; an seine Stelle tritt weltlich die Herzogstadt Zürich, geistlich die Bischofsstadt Konstanz. Zürich und Konstanz sind Schwesterstädte und haben im Mittelalter auch so gefühlt. — Nur die Lage von Baden ist unzerstörbar und bleibt.

Von größter Bedeutung für dies ganze Gebiet wurde das Jahr 1218, in welchem die Zähringer ausstarben. Auf ihrem Erbe, in welches sich das Geschlecht der Habsburger und das Reich teilten, kamen entsprechend zwei neue Machtbildungen empor. Die Plätze der Zähringer, die auf Reichsboden standen, fielen an das Reich zurück. Die einheitliche habsburgische Machtbildung zwang bald auch die verschiedenen Reichsgebiete zu einer Einigung. Diese Einigung ist die Eidgenossenschaft.

Auf der habsburgischen Seite vereinigte sich das zähringische Allod und die Kyburger Erbschaft. Die letzte Kyburgerin war die Tochter der letzten Zähringerin; Rudolf von Habsburg war Hedwigs von Kyburg Sohn.

Nach 1218 entwickelte sich aber auch neuer Reichsbesitz. In Zürich war das alte Stift Fraumünster, eine Gründung Ludwigs des Deutschen, nun auch in königlichen Besitz gekommen. Der reichste Besitz des Züricher Fraumünster in Uri wurde eine der Voraussetzungen, daß Uri im Jahre 1231 Reichsland ward. Es kommt allerdings noch hinzu, daß im 12. Jahrhundert der Gotthardpaß geöffnet war. Der hohenstaufische König behielt nun in einem reichsfreien Uri die nächste Verbindung vom Elsaß nach Italien in seiner Hand. Die Reichsfreiheit der Urner zog im Jahre 1240 die der Schwyzer hinter sich her; später folgte Unterwalden nach dem Vorbild von Uri und Schwyz.

Die reichsunmittelbaren Gebiete kamen in eine eigentümliche Lage, als die Königswahl des Jahres 1273 den Grafen Rudolf von Habsburg traf. Dem mächtigsten Territorialherrn des Gebiets fielen nun als dem deutschen König auch die Reichsgebiete zu. Für die Städte Bern, Solothurn und Zürich, besonders aber für die Bauernländer Uri, Schwyz und Unterwalden konnte so eine gefährliche Lage entstehen. Aber man konnte das Vertrauen zu Rudolf haben, daß er beide Formen seines Besitzes auseinander hielt. Und so ging zu Lebzeiten Rudolfs alles gut. Da man aber zu seinem Sohn, dem Herzog Albrecht, dieses Vertrauen nicht haben konnte, so wurde das Jahr 1291, das Todesjahr des Königs, zu einem kritischen Jahr.

Albrecht wurde nicht zum deutschen König gewählt; gleichwohl trat er dem rechtmäßigen König Adolf gegenüber als Prätendent. Es war nicht zu erwarten, daß dieser Albrecht die ostburgundischen Länder dem König auslieferte, gegen den er sich erhob; es stand nach dem Tode Rudolfs eine habsburgische Vergewaltigung dieser Reichsländer so gut wie sicher bevor. So erfolgte denn unmittelbar nach dem Tode des alten Königs die Schutzvereinigung der drei Waldstätten; aus dieser ging wieder die Eidgenossenschaft hervor. Diese Eidgenossenschaft trat vom ersten Augenblick an in ein abschüssiges Verhältnis zum deutschen Königtum, obgleich sie von Haus zu dessen Gunsten gerade geschlossen war. Zuerst war sie gewiß die natürliche Verbündete eines jeden deutschen Königs, der nicht Habsburger war. Wie dann aber ein Habsburger auf den anderen folgte und Könige aus anderen Häusern ganz ausblieben, da konnte aus solchen gegenseitigen Verhältnissen nichts anderes hervorgehen als eine traditionelle, stets zunehmende Aufsässigkeit gegen das Reich.

Adolf hatte die Reichsfreiheit der Waldstätten bestätigt; als Albrecht sein Nachfolger wurde, bestätigte dieser sie nicht. Als Ludwig der Bayer und der Habsburger Friedrich der Schöne sich gegenübertraten, bestätigte der Bayer die Reichsfreiheit, der Habsburger bestätigte sie nicht. Eines Tages vergriffen sich die Schwyzer an dem ihnen verhaßten Kloster Einsiedeln auf ihrem Gebiet. Da das Kloster unter habsburgischer Vogtei stand, ächtete der habsburgische König die Schwyzer, der wittelsbachische König aber widerrief die Acht. Die Habsburger betrachteten es als Ehrensache vor dem Bayern, die Acht dennoch zu vollstrecken; sie holten sich die Niederlage am Morgarten gerade am Eingang des Schwyzer Gebiets.

Das war eine böse Scharte. Die Habsburger waren zuerst nicht in der Lage, sie auszuwetzen, denn noch kämpften sie mit dem Bayern um das Königtum. Dann aber bedeutet jede Besserung ihrer politischen Lage eine Krise in der Lage der jungen Eidgenossenschaft. In diesen Krisen hat sie sich entwickelt. Mit dem Gotthard hat die Entwicklung der Eidgenossenschaft nichts mehr zu tun.

Als im Jahre 1323 der Waffenstillstand zwischen Habsburgern und Eidgenossen ablief, näherten sich die Eidgenossen zuerst der Stadt Bern. Als die Habsburger und Wittelsbacher Frieden machten, trat das habsburgische Luzern in die Eidgenossenschaft. Als nach dem Tode Ludwigs des Bayern Karl IV. sich mit den Habsburgern verständigte und alle ihre Ansprüche bestätigte, kam der gefährvolle Moment; dieser sollte aber auch zugleich der bedeutendste sein. Denn als es in dieser Zeit zum Bruch zwischen den Habsburgern und der Reichsstadt Zürich kam, schloß sich die mächtige Reichsstadt Zürich sofort an die Eidgenossenschaft an. Die Eidgenossen aber legten sofort, von Schwyz her wie von Luzern, die Hand auf die Verbindungen der Waldstätten

mit dem Zürichsee. Indem sie mit klarem Blick sofort Glarus und Zug besetzten, war auf einmal die Struktur der acht alten schweizer Orte aufgebaut.

Das wesentliche in dieser Struktur scheint nun zu sein, daß die Eidgenossenschaft jetzt auf die alte historische Linie des Landes stößt, und aus dieser die Habsburger zu verdrängen, das große Ziel der Eidgenossenschaft wird. Die Habsburger saßen in Säkingen und in Glarus; an der Aarekreuzung steht ihre Stammburg, die Habsburg; in Baden hatten sie die Zwingburg des Landes, den Stein zu Baden, erbaut. So bedeutet das Erscheinen der Eidgenossen auf der alten historischen Linie zuerst eine Stärkung Zürichs gegen Habsburg; sowie aber die Habsburger beseitigt sind, bricht auf dieser beherrschenden Linie notwendig der Gegensatz zwischen Zürich und den Waldstätten aus.

Die Eidgenossenschaft als solche setzte sich fest auf dem Punkt, der das natürliche Erbe Zürichs war. Baden wird als Sitz der Tagsatzung der politische Mittelpunkt der Eidgenossenschaft. Der Gegensatz zwischen Zürich und den Waldstätten vertieft sich ständig; er ist nicht nur politisch, er ist vor allem auch sozial. Er führt zur Glaubensspaltung, zu inneren Kriegen. Er hat auf anderthalb hundert Jahre die Eidgenossenschaft auseinander gerissen und gesprengt.

DIE DEUTSCHEN KÜSTENGEBIETE

Die deutschen Küsten haben eine eigentümlich negative Rolle in der deutschen Geschichte gespielt. Die natürlichen Grenzen sind hier scharf gezogen, und dennoch finden sich hier die politischen Grenzen Deutschlands in vollem Verfall. Aus unserer Ostseeküste ist das Weichselgebiet herausgerissen; aus der Nordseeküste das Mündungsgebiet des Rheins. Die zimbrinische Halbinsel, die natürliche Klammer der deutschen Meere, ist in fremder Hand. Wir wollen sehen, wie weit die Eigenart unserer Küsten Aufschluß gibt für solche Anomalien.

Wir sehen zuerst, daß unsere Nord- und Ostseeküste zwei ganz getrennte Gebiete bilden. Sie sind seewärts durch die zimbrinische Halbinsel geschieden; sie sind auf dem Lande dadurch isoliert, daß Mecklenburg nur einen einzigen schmalen Durchgang nach Osten besitzt. Dieser Durchgang läuft sich noch dazu an der nach Osten sehenden vorpommerschen Küste blind. Stralsund an dieser Küste ist das umstrittene Bollwerk vor dem Tor des im Jahre 1628 wallensteinischen Mecklenburg. Nur darauf beruht die Bedeutung Stralsunds in der Geschichte des 30jährigen Krieges.

An unserer Nordseeküste haben in alter Zeit die Sachsen gesessen. Sie hatten zwei Gegner; die Wenden haben sie verdrängt, der Friesen wurden sie nicht Herr. In dem höchst eigenartigen Verhältnis der Sachsen zu den Friesen an unserer Nordseeküste liegt der Schlüssel dafür, daß uns die Rheinmündungen verloren sind.

Die deutsche Nordseeküste wird fast in ihrer ganzen Ausdehnung von einem Schwemmlandgürtel eingerahmt, der eine Breite von ungefähr 20 km erreicht. Als nun der deutsche Bauer im 12. Jahrhundert ostwärts zog, um Neuland zu erwerben nach freierem Recht, da haben die Friesen dies Ziel durch Marschkultur zu erreichen gesucht. Wenn sie an der Nordseeküste selbst neues Land schufen, stand dies, so wähten sie, auch in den alten Stammesgebieten unter neuem Recht. Die friesische Marschkolonisation ergriff im 12. Jahrhundert unsere ganze Nordseeküste und eine friesische Landzone legte sich von der Ems bis nach Tondern zwischen die Sachsen und das Meer. Aber was hier geschah, konnte nicht in Freundschaft abgehen mit dem Herzog von Sachsen, ganz abgesehen davon, daß der Erzbischof von Bremen, der natürliche Feind des Herzogs, als Patron der Friesen hier mit im Spiele war. Heinrich der Löwe suchte den Bremer zur Strecke zu bringen; in seiner Flanke erbaute er wahrscheinlich die sächsische Oldenburg. Aber schnell entschied sich hier alles zugunsten des Erzbistums, als das Herzogtum Sachsen im Jahre 1181 zusammenbrach. Dennoch wurden die Friesen in ihren Hoffnungen getäuscht. Die benachbarten Herrn, der Erzbischof obenan, versagten ihnen das neue Recht. Aber die Folgen blieben nicht aus. Der Friese haßte nun den Sachsen. Der Sachse verkörperte ihm das Reich; der Friese haßte das Reich.

In dem prächtigen Kranz der Hansestädte, der die Küsten der deutschen Meere säumte, findet sich keine friesische Stadt. Auch die holländischen Marschstädte, die eine zeitlang zur Hanse gehörten, wandten sich ab von ihr. Als die Grafen von Holland ausstarben, sahen die Holländer nach Burgund und nicht nach dem Reich. Zwischen den Niederländern und den Hansestädten entbrannte alsbald der offene Kampf. So sehen wir den Anlaß zur Trennung von Friesen und Sachsen in der eigentümlichen Bildung der Nordseeküste.

Ganz anders sind die Bedingungen für die Ostseeküste gewesen. Hier war durch drei große Haffbildungen eine lagunare Küste entstanden. Das pommersche Haff auf der einen Seite, das Frische und Kurische Haff auf der anderen Seite der Weichselmündung sind die Grundlagen für die politischen Bildungen an dieser Küste, welche südlich des pommerschen Haffs in einem großen Bruchgebiet, südlich des Frischen Haffs in dem preußischen Rücken ihre natürlichen Grenzen findet gegen das polnische Land. Preußen und Pommern sind Bildungen, welche von der See beziehungsweise von den Haffen und deren Einfahrten aus entstanden sind. Bei Preußen ist dies um so augenfälliger, als die Eroberung dieses Landes durch den deutschen Orden zuerst in einer Richtung angesetzt wurde, welche das Haff nicht in Rechnung zog. Die ursprüngliche Idee der Eroberung durch den Orden geht vom Kulmerland ostwärts Drewenzaufwärts nach Osterode und auf die beherrschende Wasserscheide, welche zugleich das natürliche Schlachtfeld gegen Polen wird.

Die Herrschaft, die dort wuchs, hätte sich anders territorial abgegrenzt als eine Herrschaft, die von den Haffen kommt. Wir werden noch sehen, daß vom Kulmerland wichtigere Wege nach Westen als nach Osten gehen.

In Pommern ist es Stettin, welches uns klar den Weg weist. Stettin, sicher in der Mündung der Oder gelegen, ist die natürliche Hauptstadt der pommerschen Küste schon in vorchristlicher Zeit. Von Stettin aus kann man alle Haffefahrten erreichen, besonders aber die Divenow und die Peene durch direkte Küstenfahrt. Zu den drei Haffefahrten gleich gelegen hat Stettin zusammenfassend gewirkt und in jeder Phase der pommerschen Geschichte — es gibt ein Zeitalter der Divenow, eins der Peene und eins der Swine — sich gleichmäßig bewährt. Wesentlich für den Gang der pommerschen Geschichte ist die Christianisierung des Landes von Osten her. Daher kam auch das pommersche Bistum an die Osteinfahrt, nach Kammin.

Wie nun bei Pommern die Haffefahrten es sind, welche die Lage des Zentrums bestimmen, genau so war es auch in Preußen. In Preußen scheint aber eine gleiche Lösung des Problems, da es sich hier um getrennte Haffe handelt, unmöglich zu sein. Da schuf der Orden die Verbindung durch einen Kanal aus dem Pregel in das Kurische Haff. Durch diesen Kanal, den Deimekanal von 1405, entstand erst der konkurrenzlose Platz für eine Hauptstadt des Preußenlandes. Das ist Königsberg seitdem.

Das pommersche und preußische Haffgebiet, fast prädestiniert zu einer politischen Einheit, wurden dadurch getrennt, daß die Weichsel, der mächtige Strom Polens, den baltischen Höhenrücken, in welchem der genannte preußische Rücken nur den markantesten Teil bildet, durchbricht. Das Weichseltal ermöglicht den Polen einen Druck nach Norden, der sich keilförmig zwischen Preußen und Pommern schiebt. Die Weichsel selbst ermöglicht aber auch den Gegendruck. In dem fruchtbaren deutschen Marschgebiet, welches sie an ihrer Mündung aufbaute, erwuchs die Kraft, den Polen zu widerstehen. Hierin liegt die Bedeutung des deutschen Danzig, welches sich damit weit über die Durchschnittsbedeutung einer Einzelstadt erhebt. —

Wir schließen die Betrachtung unserer Küsten mit Holstein. Auch hier verbinden sich Natur und Geschichte sehr bemerkenswert.

In Holstein sehen wir zwei Meerbuchten Rücken an Rücken gelegt. In der Lübecker Bucht, welche durch die Trave das Land weit nach Westen aufschließt, fängt sich von Osten her der Ostseeverkehr. In der Helgoländer Bucht, in deren Scheitel die Niederelbe das Land nach Südosten aufschließt, ist es dasselbe mit dem Nordseeverkehr. Durch die Lage beider Buchten zueinander entsteht hier ein natürliches Umschlaggebiet zwischen Osten und Westen und eine außerordentlich starke wirtschaftliche Kombination.

Die Einzelstadt, welche zuerst bestimmt schien, diese Kombination abzufangen,

war Lüneburg. Die Lüneburger hatten seit 1395 durch den Stecknitzkanal Verbindung mit Lübeck und mit der Ostsee. Als sie aber mit Lübeck in Schwierigkeiten kamen, planten sie, durch die Schaale und durch den Schaalsee einen Wasserweg nach Wismar zu bauen. Damals aber hatten sich schon zwei andere Städte erhoben auf der Nordostseekombination. Dies waren Lübeck und Hamburg.

In jener älteren Zeit, in welcher in Hamburg noch der Erzbischof saß, konnte von einer gegenseitigen Auswirkung der Lage beider Städte noch nicht die Rede sein. Rechts der Elbe tobte damals noch lange der Wendenkampf. Als indes Lübeck im Jahre 1226 Reichsstadt wurde und sein Handel erblühte, hatte es das größte Interesse daran, daß dieser Handel auf der Nordseeseite gerade so sicher war wie daheim. Und die Hamburger, deren Stadt wieder eine holsteinische Landstadt zu werden drohte, hatten keinen höheren Wunsch, als dieselben Rechte zu erlangen wie die Nachbarstadt an der Trave. Beide Städte, seit 1241 eng verbündet, konnten auch nicht dulden, daß sich ein fremdes Territorium zwischen sie schob. Deswegen brachen sie gemeinsam die sächsische Burg Bergedorf.

So entsteht in Holstein aus der Natur des Landes heraus eine Verbindung von zwei Städten, die man wohl als die eigentlichen Erben des Herzogs von Sachsen in diesem Lande auffassen mag. Deswegen wurde ihre Verbindung verhängnisvoll für den Grafen von Holstein. Er verlor in Lübeck sein Recht und ging nach Kiel. Der Graf von Holstein wurde abgeschnürt vom Reich.

Die Lage Kiels ist sehr bemerkenswert. Zur Zeit, als die Wenden noch in Wagrien saßen — vor 1147 — wurde die holsteinische Grenze von der Sumpflinie der Eider, die bei Kiel ihren Abschluß findet, und die holsteinische Seenlinie gebildet, welche sich von der Lübecker Bucht hinüber nach der Schwentine zieht. Diese Seenlinie findet daher bei Kiel ihren (westlichen) Anschluß an die Eiderlinie. Später, als Wagrien von den Deutschen erobert war, sehen wir die holsteinische Grenze um die Seenlinie gekürzt; die Eiderlinie mit Kiel in der Flanke blieb unberührt. Kiel hat daher außer seinem Hafen immer auch militärische Bedeutung gehabt. Es ist ein natürlicher Sitz des Grafen, der nur zeitweise, als Kiel von den Wenden verbrannt war, durch Plön, mitten in der Seenlinie, ersetzt worden ist.

Die große Gefahr für das deutsche Holstein entstand später dadurch, daß die Könige von Dänemark gewissermaßen die Erben der Grafen von Holstein wurden. Der Sohn der letzten Holsteinerin Hedwig wurde sowohl zum Herzog von Schleswig als auch zum König von Dänemark gewählt. Von diesem Christian I. leitet es sich her, daß Schleswig und Holstein zusammenbleiben sollen ungeteilt. So gab es nach 1460 keine Grenze mehr zwischen dem Deutschen Reich und dem Besitz des dänischen Königs. Denn jeder Herr in

Schleswig war notwendig auch der Herr in Holstein; jeder Herr in Holstein mußte auch der Herr in Schleswig sein. Zuerst traf dieser Schlag die Hanse, dann traf er das Reich. Auf Hamburg, welches nicht Reichsstadt war, wenn es auch gleich einer solchen galt, haben die Könige von Dänemark bald ihr Auge geworfen. Für sie war Hamburg eine holsteinische Landstadt geblieben, die ihnen aus der Realunion der Herzogtümer heraus verfallen war.

Die Vereinigung Schlewigs und Holsteins scheint willkürlich zu sein; auch hier ist indes die Natur im Spiel.

Wir haben eine natürliche Nordgrenze Holsteins schon kennen gelernt; wir sehen, daß eine ganz ähnliche Linie, aus Treene und Schlei zusammengefügt, wenig nördlich der Eider nochmals die Halbinsel quert. Diese Linie ist die Südgrenze Schlewigs; ihre Nahtstelle schützt das Danewerk. Das Mittelgebiet zwischen Eider und Schlei ist die schon im Jahre 934 deutsch gewordene Mark Schleswig. Diese Mark, gewissermaßen das gemeinsame Glacis beider Herzogtümer, hat Schleswig und Holstein ineinander gezwungen und verknüpft.

DIE WEGE DER ÄUSSEREN DEUTSCHEN GESCHICHTE

Die äußere Geschichte der Deutschen beschränkt sich hauptsächlich auf ihre natürliche Bewegung von Westen nach Osten. Die äußere deutsche Geschichte ist daher im Westen von Natur defensiv, im Osten von Natur offensiv. Dieser an sich richtige Satz wird dadurch modifiziert, daß das Deutschtum seit langer Zeit seinen offensiven Charakter eingebüßt hat. Die Vorwärtsbewegung im Osten steht seit Jahrhunderten still; die Defensive im Westen hat dagegen zu offensiv scheinenden Gegenstößen geführt. Die wenigen Einbrüche der Deutschen, über welche die Franzosen schreien, wurden von ihnen selbst herausgefordert. Bismarck konnte den Phrasen des französischen Unterhändlers bei Sedan entgegen, daß die Franzosen uns in den letzten beiden Jahrhunderten dreißig Mal den Krieg erklärt hätten. Auf jedes Jahr deutscher Invasion sahen wir zehn Jahre die Franzosen bei uns.

Soweit eine wirklich offensive Bewegung der deutschen Geschichte nach Westen innewohnt, gehört sie der Zeit der Völkerwanderung an, jener Zeit, in welcher die Römer den Westen sich selbst überließen und die jungen germanischen Völker dort eindringen wie in einen leergewordenen Raum. Der Scheidepunkt beider großer Bewegungen in unserer Geschichte liegt in der ersten fränkischen Reichsteilung. Das Zurückfluten der germanischen Bewegung gibt sich äußerlich in der Ostwärtsschiebung der austrasischen Residenzen kund. Diese Ostbewegung zerfällt naturgemäß wieder in zwei Teile. Zuerst muß die Bewegung wieder an die Elbe zurückgelangt sein; so lange mag man noch von fränkischer Geschichte sprechen, wenn man nicht vergißt, daß diese nur ein Teil der alten deutschen Geschichte ist. In dem Augenblick aber, in dem

die Franken an der Elbe stehen, beginnt die mittelalterliche deutsche Geschichte. Sie gleitet aus der Hand der Franken notwendig gleich in die des sächsischen Stamms. Ein sächsisches Königtum steht aus innerem Zwang an der Spitze unserer mittelalterlichen Geschichte.

Betrachten wir die Bedingungen einer Bewegung zwischen Osten und Westen in Mitteleuropa, so werden wir sehen, daß die Möglichkeit einer solchen ganz allgemein auf unserer offenen Grenze im Nordosten steht.

Sowohl einer westwärts wie einer ostwärts gerichteten Bewegung stellen sich natürliche Hindernisse in den Weg. Die böhmische Festung im Osten haben wir schon kennen gelernt; entsprechend finden wir im Westen das von natürlichen Mauern umgebene Seinegebiet. Wir können von diesem Gebiet als von der nordfranzösischen Festung sprechen. Eine Bewegung nach Westen ist gezwungen, um diese nordfranzösische Festung herumzufluten, während eine Bewegung nach Osten sich vor der böhmischen Festung teilt. Beide Bewegungen werden dennoch vornehmlich nach einer Seite abgelenkt.

Man unterscheidet bei den deutschen Gebirgen die erzgebirgische und eine herzynische Richtung. Die rheinische Richtung ist vertreten im rheinischen Schiefergebirge, im Jura und im Sächsischen Erzgebirge; die herzynische Richtung findet ihren Ausdruck in den Sudeten und im Thüringer Wald.

Von den Gebirgen der herzynischen Richtung bildet der Thüringer Wald mit seinen Verlängerungen einen Wall, der sich diagonal durch ganz Deutschland legt, im Süden bis zur Donau, im Norden bis in die oldenburgischen Moore reicht. Dieser Wall wirkte auf die deutschen Bewegungen wie ein Wehr, welches man schräg durch einen Fluß legt, um die Strömung nach einer Seite zu ziehen. Zur Zeit der Völkerwanderung hat der Thüringer Wald den westlich gerichteten Schub nach Norden abgelenkt und damit die Hauptmasse der Germanen an den Niederrhein gedrückt. Umgekehrt hat die herzynische Richtung die östlich gerichtete Rückströmung zuerst an die Donau abgleiten lassen. Während also die Westbewegung nördlich des nordfranzösischen Beckens mündete — wir werden sehen, daß sie hier gerade vor das geöffnete Haupttor der nordfranzösischen Festung kam — lief die Rückströmung Gefahr, gerade dort zu münden, wo nicht die große Lücke in unserer Ostgrenze war. Dies kommt zum Ausdruck in der besonderen Stellung Regensburgs in alter Zeit.

DIE FRÄNKISCHE ZEIT

Der Ausgangspunkt des großen Rückflutens der germanischen Bewegung wird das Flußgebiet der Seine, ein Gebiet, welches gegen Osten und Norden von natürlichen Sperrgebieten und Wällen umgeben ist.

Betrachten wir zuerst die Sperrlandschaften. Diese reichen von der Küste des Ärmelmeers bis zum Schweizer Jura; sie setzen sich zusammen aus der

Schwelle des Artors, dem Ardennengebiet, dem Pfälzer Bergland, welches sich an die lothringische Hochebene lehnt, und endlich dem Vogesengebirge. In dieser Linie treten die Flanken an Bedeutung hinter den Durchgängen zurück. Um sie herum kommt man nicht in das Pariser Becken, sondern nach Burgund und in die Normandie. Dafür werden aber die Nahtstellen zwischen den einzelnen Sperrländern um so wichtiger für die Wege nach Paris.

Zwischen dem Elsaß und der lothringischen Hochebene öffnet sich die Zaberner Senke und hinter ihr der Weg nach Metz. Zwischen dem pfälz-lothringischen Sperrgebiet und den Ardennen ist die Nahtstelle Luxemburg, welches von alters her zu den wichtigsten Schlüsseln Frankreichs gehört. Zwischen dem Artois und den Ardennen finden wir endlich die wichtige Stelle, wo die Schelde entspringt. Hier schürzen die Schelde, die Sambre, die Oise und die Somme einen Straßenknoten, der von großer Wichtigkeit in der Geschichte ist. Als Tore sind alle diese Nahtstellen Frankreich und Deutschland gemeinsam; sie haben aber für Deutschland größere Bedeutung, insofern Frankreich auch noch jenseits dieser Sperrgebiete natürlichen Schutz genießt.

Von den Sperrgebieten heben sich zwei als besonders fest und unüberschreitbar heraus.

Die eine von diesen sind die Vogesen, hinter denen das deutsche Elsaß seine natürliche Deckung fand; die alte Stammesgrenze der Alemannen läuft auf dem Vogesenkamm. Gefährdet war von den elsässischen Städten besonders die südliche Flankenstadt von Seiten Burgunds. Deswegen ging Mülhausen in den Schweizer Bund. Die zweite Zone ist der im Mittelalter als sehr unwegsam verschriene Ardennenwald. — Als die Franken sich in das westliche Flußgebiet des Niederrheins und das Gebiet der Schelde ergossen, drückten sie romanisierte und keltisierte Germanen, welche sich auf ihrem Wege fanden, in die Gebirge Hochbelgiens zurück. Auf diese Weise kamen die Wallonen in das Ardennengebiet, wo Franzosen und Germanen daher selbst nicht in Berührung gekommen sind. Eine Berührung fand um so intensiver statt im benachbarten Artois, wo sich die Sprachgrenze einst über die Somme schob und jetzt bis nach Westflandern zurückgedrängt erscheint.

Sehen wir uns den natürlichen Mauerring des Pariser Beckens an. Ein Jura- und ein Kreidewall umgeben das Flußgebiet der Seine, Marne und Oise. Die natürliche Umwallung beginnt im Flußgebiet des Cher; durch die Westflanke derselben ist die Lage der uralten Stadt Bourges bestimmt.

Man macht sich das beste Bild von diesen Umwallungen, wenn man sich zwei große Schalen vorstellt, eine größere Juraschale, in welcher eine kleinere Kreideschale gebettet ist. In den nach Osten aufgebogenen hintereinander anstehenden Rändern dieser Schalen wird man dann leicht die hintereinander sich hinziehenden Wälle des Pariser Beckens erkennen. Die Kreideschale

bildet hinter ihrem Rande eine offene Mulde. Das sind die unfruchtbaren Ebenen der Champagne.

Der äußere Jurawall, aus welchem sich juramäßig einige große Bastionen herausheben, hat mehr strategische Bedeutung und ähnelt hierin in manchem den Sperrlandschaften. An der Oise versinkt der Jura; er kommt erst wieder zum Vorschein an der See.

Der Kreidewall, welcher auch an der Oise versinkt, um erst wieder an der normannischen Küste zu erscheinen, hat dagegen mehr taktische Bedeutung. Die Flüsse des Pariser Beckens entspringen innerhalb des Jurarings, aber außerhalb des Kreiderings. Sie müssen den Kreidewall durchbrechen und diese Durchbrüche sind die gegebenen Stellen zum Aufhalten eines eingedrungenen Feindes. Arcis sur Aube, Bar sur Aube sind als solche Punkte bekannt. Ebenso St. Dizier an der Marne.

Hinter dem Kreidewall dehnt sich die Kreideebene; sie wird oft als das große Schlachtfeld Frankreichs genannt. Das ist aber nicht richtig. Ein in guten Stellungen abgekämpftes Heer stellt sich nicht in der Ebene, sondern es sucht feste Positionen auf. Diese werden im Inneren des Pariser Beckens nochmals gewährt durch Tertiärerhebungen. Die kleinen Gebirge von Epernay und Reims, die Höhen bei Paris erfüllen diesen Zweck. Will man das größte Schlachtfeld Frankreichs nennen, so liegt es im Hennegau und in Brabant, dem Glacis vor der Nahtstelle zwischen Artois und Ardennen, wo durch das Absinken der Wälle das große Tor nach Frankreich offen steht. — Ein ähnliches französisches Schlachtfeld ist der Paß, welcher von Süden her den Weg in das Pariser Becken öffnet, das Poitou. In diesem Paß wurde von den Franken das Westgotenreich zerstört; in diesem Paß wurden die Araber von Karl Martel zurückgewiesen; hier endlich erlitten die Franzosen eine ihrer verhängnisvollsten Niederlagen im Jahre 1356 bei Maupertuis. Entsprechend wurden für Frankreich auch bedeutungsvoll die Gebiete, von denen aus man die nach Paris führenden Flußtäler des Seinebeckens, besonders das Seine- und Marne-tal zuerst betritt. Wichtig ist hier vor allem der Paß von Dijon. Über die Bedeutung der Ariovistschlacht hatten wir schon gesprochen. Einen guten Tagesmarsch westlich Dijon finden wir am Mont Auxois die alte Festung Alesia, wo sich einst das Schicksal Galliens entschied.

Am Zusammenfluß von Seine, Marne und Oise liegt Paris im Zentrum des Pariser Beckens. Es ist klar, daß die Macht, welche hier emporkommt, die Tendenz hat, die Köpfe aller Straßen zu beherrschen, welche hier zusammenkommen. Sie dehnt sich daher aus in das Quellgebiet der Seine und Marne sowie bis zu dem Punkt an der Oise, wo die Übergänge nach der Sambre und Schelde liegen. Sie dehnt sich aus bis an die Grenze der Jurazone. Die Staatsraison, welche die Franzosen nach Metz, Toul, Verdun und nach Cambrai

geführt hat, ist unwiderleglich; die Rechtsgründe, welche sie aber ins Feld führen, sind eitel Phantasie und Konstruktion. Es handelt sich hier um Machtfragen. Dem Stärkeren folgt das Recht.

Nachdem wir so einen Blick auf den Schauplatz der fränkischen Geschichte geworfen haben, betrachten wir kurz die Entwicklung dieser Geschichte, soweit die Bahnen der deutschen Geschichte durch dieselbe bedingt sind.

Von den fränkischen Gaukönigen, welche wir in der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts im Stromgebiet des Niederrhein finden, ist es nicht zufällig der an der Schelde in Tournay oberhalb Cambray sitzende, der den Marsch nach Gallien unternimmt. Da Chlodwig nicht nach Paris, sondern nach Reims will, so verläßt er die Oisestraße an der Weggabel, an welcher das Mittelalter das mächtige Schloß Coucy entstehen ließ. Um nach Reims zu kommen, muß Chlodwig über die Aisne; der erste Aisneübergang, der hierfür freisteht, liegt oberhalb des Waldes von Compiègne, da dieser Wald den Unterlauf des Flusses deckt. Und so ist die Stelle auf der Karte abzulesen, an welcher sich das Schicksal des Syagrius entscheiden muß. Es ist Soissons. Zugleich wird aber überhaupt die Bedeutung von Soissons in der älteren merovingischen Geschichte auf diese Weise klar. — Alle Kriege Chlodwigs sind geradeso verständlich und unkompliziert. Die Entscheidungen fallen, wo sie fallen müssen. Die Westgoten werden geschlagen im Poitou; das Burgunderreich erleidet seine Niederlage im Paß von Dijon. —

Chlodwig stirbt im Jahre 511; sein Reich wird unter seine Söhne geteilt.

Aus den Teilreichen, welche im Jahre 511 entstehen, hebt sich Austrasien heraus, denn es enthält die jüngsten kräftigsten Völker und wächst nach Osten in die Germanen hinein. Es ist das Land der fränkischen Zukunft. Je weiter man nach Osten kommt in Austrasien, desto größer wird das germanische Schwergewicht. Diesem folgt das politische von selbst. Rein automatisch schiebt sich das Frankreich aus dem Kreis, in welchem es fast anormal entstanden war, nach Osten wieder hinaus. Von Paris aus rückt das Schwergewicht nach Reims, dann weiter nach Metz, von Metz an den Rhein, vom Rhein an die Donau nach Regensburg.

Betrachten wir die einzelnen Punkte. Schon Reims ist ein Platz, der durchaus nach Osten sieht. Das Reimser Tertiärgebirge liegt am Westrand der Kreidezone; wie ein Vorwerk schiebt es sich zwischen Aisne und Marne in die Kreide hinein. — Von hier aus ist die nächste Etappe Metz und hier tritt der Schwerpunkt des Reichs schon in ein Zwischenland. Das obere Moselland ist ein Gebiet, welches von Frankreich aus leichter zu betreten war als von Deutschland her. Es war daher praedestiniert, romanisiert zu werden, obgleich es ein deutsches Flußland ist. Derartige Fälle sind nicht selten; sie haben fast immer zu politischen Konflikten geführt. So sind zum Beispiel die

Flußgebiete südlich der Alpen ohne Zweifel italienische Flußgebiete. Indes das obere Etschgebiet wie das Eisackgebiet sind von Norden zugänglicher als von Süden her und das Land wurde germanisiert. Von den größten Folgen wurde, daß das Flußgebiet der oberen Elbe von der Mittelelbe abgeschnitten und vornehmlich von Südosten her zugänglich ist.

Die Etappe, welche das austrasische Reich in Metz macht, ist daher besonders bemerkenswert. In Metz steht das Reich zuerst wieder auf deutschem Boden. Von Metz verlegt sich das Schwergewicht Austrasiens dann weiter ostwärts an den Rhein. Die nächste Etappe ist Köln. Geistliche Interessen haben hierbei mitgespielt. In Köln wäre die weitere Entwicklung auf die richtige Bahn gekommen, aber sie wurde abgelenkt durch Mainz. Am Niederrhein tritt der Ostwärtsbewegung ein Hindernis entgegen, während von Mainz her neben dem herzynischen Zug der Gebirge auch das Gewicht der Alemannen ostwärts zieht. Die Kirche folgt. Gegen den Willen des Bonifazius kommt das Erzbistum nach Mainz und nicht nach Köln. Köln wird erst zur Zeit Karls des Großen Metropolitansitz; Karl der Große erst hat das Hindernis im Osten des Niederrheins aus dem Wege geräumt.

Auch in Deutschland finden wir eine natürliche Festung. Sie wird gebildet durch die natürlichen Mauern gleichenden Linien der Wesergebirge und des Teutoburger Walds. Diese Weserfestung, auf welche wir hier nicht näher eingehen können, war die natürliche Volksburg der Sachsen; deren Volksüberschüsse gefährdeten beständig den Rhein.

Die Wege, welche vom Niederrhein nach der Weserfestung führen, gehören zu den wichtigsten unserer Geschichte. Die beiden Flüsse, denen diese Wege folgen, Lippe und Ruhr, fließen so, daß man bequem von einer Straße nach der anderen hinüberwechseln kann, nur Unterlauf und Oberlauf sind getrennt. Unten schiebt sich zwischen beide Flüsse wie ein Keil das sumpfige Emschergebiet, oben schiebt sich zwischen sie der Arnberger Wald. So entstehen notwendig zwei Straßengabeln. Die eine wendet sich gegen die Weser, die andere wendet sich gegen den Rhein. Die erstere liegt vor dem Arnberger Wald, die letztere liegt im Quellgebiet der Emscher. Diese beiden Gabeln müssen von Bedeutung geworden sein, sowie auf dieser Linie historische Bewegung begann; sie heben sich also hier zugleich als die ältesten historisch greifbaren Plätze heraus. Auf der Gabel nach Westen finden wir später die einzige Reichsstadt Westfalens, nämlich Dortmund; der Platz wächst hervor aus der Bewegung von Osten her. Der zweite Platz erhebt sich auf der entgegengesetzten Bewegung. Der Reaktion entsprungen, muß er der jüngere sein. Auf der zweiten Gabelung finden wir Werl, den Grafensitz von Westfalen. Er stammt als solcher aus fränkischer Zeit, der Platz muß aber auch für die Römer schon von Bedeutung gewesen sein. Werl wird im Jahre 1077

an eine dieser Zeit entsprechende Burgstelle etwas oberhalb der Möhнемündung an der Ruhr verlegt. Dies ist Arnsberg, dessen Namen wahrscheinlich bezug auf den Reichsadler nimmt.

Dortmund und Werl fußen also auf Bewegung und Gegenbewegung zwischen Weser und Rhein.

Werls Bedeutung können wir aber erst ganz würdigen, wenn wir noch einen dritten Punkt ins Auge fassen, nämlich den östlichen Endpunkt der Lippestraße, Paderborn. Um die Lage Paderborns zu verstehen, werfen wir zuvor einen Blick auf die Lage der Weserfestung. Diese hat ihre Front nach Westen, ihren Rücken nach Osten, denn nach Osten setzt sich das Sachsenland bis gegen die Elbe fort. Die Nordflanke der Festung lehnt an den Sumpf, die Südseite ist geöffnet nach der Diemel, die hierdurch ihre militärische Bedeutung erlangt. Die Bedeutung der Weggabel von Werl ist, daß von hier aus ein Weg Ruhraufwärts in das Quellgebiet der Diemel führt. Und ebenso ist es mit Paderborn. Von Paderborn kommt man Almeaufwärts über das Sindfeld an die Diemel. Auf ganz gleichen Gesichtspunkten erheben sich der Grafensitz von Westfalen und der Bischofsitz von Paderborn.

Die Südflanke der Weserfestung ist auf geradem Wege erreichbar durch Hessen vom Mittelrhein. In Werl und Paderborn haben daher die Römer wie die Franken eine Verbindung herstellen können zwischen ihren beiden rheinischen Basen Mainz und Köln. Ohne weiteres erhellt die Bedeutung des Sindfelds, welches Verbindung nach beiden römischen Legionslagern hatte. Lag hier das Sommerlager des Varus, so hat man den Schlüssel zur Varusschlacht. —

Während der Kampf der Römer gegen die Weser im Sande verlief, kamen die Franken hier zum Ziel. Das Ergebnis war die politische Zerreißung durch fränkische Bistümer und Abteien. Die fränkischen Bistümer dienen nicht nur kirchlichen, sondern auch militärpolitischem Zweck. Das gilt sogar auch von der Gründung des Erzbistums Köln. —

Das wichtigste westfälische Bistum kam damals nach Paderborn, um so wichtiger, als ein in der Südflanke der Weserfestung geplantes Bistum Herstelle, am Einfluß der Diemel in die Weser, nicht zur Verwirklichung kam. In die Nordflanke wird das Bistum Osnabrück gelegt; das Bistum Minden hat die Aufgabe, die Weserfestung abzuriegeln vom sächsischen Hinterland.

Für die karolingische Zerstörung der Weserfestung wird ferner bedeutsam, daß diese bis zur Leine reicht, das Flußgebiet der Leine aber dadurch in zwei Teile auseinandergerissen war, daß der Durchbruch der Leine durch das Gebirge in alter Zeit nicht passierbar war. Die Straßen, welche die Weserfestung queren, treffen auf die Leine an zwei Stellen, von denen die eine nördlich, die andere südlich des Leinedurchbruchs liegt. Der Platz, der sich so an der Leine unterhalb heraushebt, ist Elze an der Mündung der Saale in

die Leine. In Elze laufen die Straßen zusammen, die durch den Paß von Bielefeld über Minden, sodann von Paderborn über Hameln nach Osten gehen. Es ist durchaus karolingisch konsequent, wenn Karl in Elze ein Bistum gründet, denn es ist vorerst ohne Zweifel als zum Weserkreise gehörig anzusehen.

An der oberen Leine, wo die Straße von Paderborn her in der Gegend des späteren Einbeck auf die Leine traf, fehlt das karolingische Bistum. Es wird aber ersetzt durch das kurz nach dem Tode Karls gegründete Kloster Korvey, welches an der Nordostecke des Sollings liegt. An dieser Stelle müssen alle Straßen die Weser passieren, die von Westen herkommend an der Ilme münden. Dies ist der Nebenfluß, der bei Einbeck in die Leine fällt. Das Kloster Korvey fängt alle diese Straßen ab. Außerdem aber ersetzte Korvey bis zu einem gewissen Grade das ausgefallene Bistum Herstelle, welches auch am Solling gelegen hätte.

Das Bistum Elze wurde im Jahre 822 schon nach Hildesheim verlegt. Der Gedanke des karolingischen Wesersystems verblaßt schnell; als Elze Eigenbedeutung braucht, versagt der Platz, weil er keine Verbindung mit der oberen Leine hat. Das Bistum wird an die Innerste vorverlegt, weil von hier aus durch das Nethetal (den Ambergau) die Verbindung nach Süden an der Westseite des Harzes offen ist. Der Kopf des Weges durch den Ambergau wird das im Jahre 856 gegründete Kloster Gandersheim. Mit dieser Verschiebung leitet sich die Ablösung der fränkischen durch die sächsische Geschichte ein.

Wir fügen schon hier hinzu, daß die äußersten Plätze des Karolingerreichs, seine Grenzstationen gegen die Slawen, Magdeburg an der Elbe und Halle an der Saale sind. Diese Plätze sind zugleich die Endpunkte aller genannter Straßen, welche die Weserfestung durchziehen. Man kommt nördlich des Harzes nach Magdeburg und nach Halle, südlich des Harzes nur nach Halle. Wir bemerken ein Übergewicht der Nordstraße, welches auch zur Zeit Karls in der Gründung von Elze zum Ausdruck kam.

DER RHEIN INNERHALB DER BEWEGUNG DER DEUTSCHEN GESCHICHTE

Das Rheinland ist immer ein Straßenland gewesen. Straßenländer sind aber nicht geeignet, die Wiege historischer Bildungen zu sein. Sie sind Gebiete, die besonderen Schutzes bedürfen; an ihnen bildet sich mehr der politische Ausgleich und das älteste Völkerrecht. Die Höhepunkte solcher befriedeter Straßengebiete liegen in kulturellen Zeitaltern, nicht in kriegerischen. Dem Rhein blüht eine solche Zeit wieder nach den großen militärischen Erfolgen Karls des Großen im Sachsenland. Eine antike Blüte hier hat den intakten Limes vorausgesetzt.

Die Bedeutung des Rheins in karolingischer Zeit kommt am besten zum Ausdruck in der Entwicklung der fränkischen Königspfalzen in diesem Gebiet.

Eine erste wichtige Gruppe von Pfalzen finden wir an der Mosel; diese Pfalzen vermitteln den Verkehr zwischen dem Pariser Becken und dem Rhein.

In ihnen wird auch wieder die Mittelstellung der oberen Mosel, von der wir schon sprachen, klar.

Von drei Punkten gehen die Wege ostwärts; von Soissons, von Reims und von Paris. Von Soissons geht der Weg Aisne aufwärts; er berührt Attigny und überschreitet jenseits an der Chiersmündung die Maas. Von der Pfalz Mosomagus (Mouzon), die dort liegt, kommt man an die Mosel nach Diedenhofen und Trier. — Von Reims aus betritt man unmittelbar die Champagne pouilleuse; man gelangt hier über Verdun nach Metz. — Von Paris endlich geht der Weg Marne aufwärts nach Osten; dieser Weg erreicht die Mosel bei Toul und Metz.

Um Mainz herum legt sich die Gruppe der Mittelrheinischen Pfalzen und in ihnen spiegelt sich die Bedeutung des Mittelrheins. Die Wege von der Mosel und Saar werden abgefangen in Ingelheim und Worms; den Ausgangspunkt für die fränkischen Unternehmungen jenseits des Rheins bildet die Pfalz Frankfurt am Main. Frankfurt wird das Sprungbrett nach Regensburg; Karl hat bekanntlich Altmühl und Regnitz, das heißt Donau und Main durch einen Kanal miteinander zu verbinden gesucht. Von Regensburg aus werden dann die fränkischen Kriege gegen die Böhmen und die Avaren geführt. Regensburg war nahe daran, die Residenz Karls zu werden. Wien und Prag stehen zuerst auf Regensburg.

Regensburg wird Residenz zu Ludwigs des Deutschen Zeit; als die Normannenkatastrophe die Gegenwart des Königs im Westen erfordert, schnellt das Schwergewicht des Reichs zeitweise nach Frankfurt zurück. —

Eine dritte Pfalzengruppe bilden die Maaspfalzen Mersen, Maastricht und Heristal; diese liegen in der engeren Heimat des karolingischen Geschlechts. An die warmen Quellen von Aachen, die in ihrer Nähe sind, zieht sich der alternde Karl zurück. Es ist auch nicht ohne Bedeutung, daß dicht bei Aachen in Mersen der Kaiser das Schiff findet, welches ihn nach Nimwegen trägt, wo sich der Wasserweg des Rhein mit dem der Maas verknüpft. So wächst aus der späteren Zeit Karls eine Pfalz Nimwegen ganz von selbst zu größerer Bedeutung heran.

Es ist klar, wie Aachen selbst zwischen diesen Pfalzen nur Episode blieb. Was hier entstand, trägt die ganz persönliche Farbe Karls. Das Münster als monumentale Taufkapelle gedacht, ist etwas ganz persönlich Karolingisches. Die pomphafte Taufe eines heidnischen Feindes ist das eigentliche Siegesfest des alten immer mehr der Kirche verfallenden Karl.

Unter den Normannen-Einfällen bricht das karolingische Zeitalter zusammen am Rhein. —

Der Rhein hat im Mittelalter nochmals ein großes Kulturzeitalter gesehen. Dieses fällt in die erste Hälfte des XIII. Jahrhunderts und hängt zusammen

mit der ersten Blüte der deutschen Rheinstädte in der Zeit nach dem Tode des Rotbart. Es ist die Zeit, welche sich durch die reizvollen Bauten des rheinischen Übergangstils noch heute überall am Rhein in Erinnerung bringt. Köln und Aachen kamen durch den Dreikönigs- und durch den Karlskult zur Zeit Friedrichs I. recht eigentlich empor. Die Städte bekamen ein solches Kraftgefühl, daß sie glauben mochten, nach dem Untergang des alten Königtums die fehlende Kraft desselben selbst ersetzen zu können. So entstand der große rheinische Städtebund des Jahres 1254. Diesem zweiten großen rheinischen Kulturzeitalter entstammt der Plan des Kölner Doms.

Die Verhältnisse des Interregnums und die entgegenstehenden Interessen der deutschen Fürsten haben dem Städtebund sehr bald ein Ende gemacht. Der Rhein wird jetzt passiv; die werdende Landesherrlichkeit bringt ihn fast ganz in geistliche Hand. Er erlangt erst wieder politische Bedeutung, als er seit der Mitte des XVI. Jahrhunderts von den Spaniern, dann von den Franzosen, zuerst aus deren Gegensatz zu den Spaniern heraus gefährdet wird. Besonders aber seit die Franzosen den Rhein — es wird dies ein Schlagwort der französischen Revolution — als die natürliche Ostgrenze ihres Landes zu beanspruchen beginnen.

Von deutscher Seite ist der Rhein immer nur verteidigt worden. Der Rhein ist deutsch.

DAS LAND ÖSTLICH DER ELBE UND ODER.

Von den Ausgangspunkten der Wege, auf denen unsere Geschichte sich weiter ostwärts bewegt, haben wir oben schon Halle und Magdeburg genannt. Um die Wege unserer Geschichte hier kennen zu lernen, richten wir zuerst auf deren natürliche Ziele den Blick. Von den Zielpunkten her, die an der Oder zu suchen sind, wird uns auch klar werden, wie die Wege unserer Geschichte sich entwickelten auf der Zwischenstrecke zwischen Weser und Elbe nördlich des Harz. Wir werden nur so einen Einblick bekommen in die ältesten Verhältnisse des Landes zwischen Hildesheim und der Slavengrenze, wo sich noch ein weiteres karolingisches Bistum findet, nämlich das Bistum Halberstadt.

Das Gebiet jenseits der mittleren Oder wird durch drei große von Osten nach Westen verlaufende Sumpf- und Bruchlinien in vier Teile geteilt. Die Flankenpunkte dieser Linien bilden an der Oder von oben nach unten gerechnet Glogau, Krossen und Küstrin.

Die nördliche dieser Linien wird von einem Bruch gebildet, welches vom Weichselknie von Fordon sich westwärts bis zur Oder zieht. Wir haben hier ein altes Urstromtal der Weichsel vor uns; heute wird es von den Unterläufen der Brahe, Netze und Warthe benutzt.

Wir sehen, wie sich hier zwischen das Weichselknie und den Platz von Küstrin (die Warthemündung) eine Sumpfstrecke einspannt, die in alter Zeit schwer zu überschreiten war. Es ist daher selbstverständlich, daß in den Flanken dieser Strecke wichtige Straßengabeln gelegen haben. Als ein Scheidepunkt solcher Art tritt uns vor allem Küstrin entgegen. Wer südlich Küstrin, bei Frankfurt, über die Oder ging, kam nicht nach Pomerellen oder Westpreußen; wer nördlich Küstrin bei Oderberg den Fluß überschritt, kam nicht nach Polen. Dazwischen lag trennend das große Bruch. Die Gabelung, die hier natürlich links der Oder war, kommt zuerst in einem Wendenort zum Ausdruck, der gegenüber Küstrin auf dem linken Hochufer der Oder lag. Dieser Ort ist Lebus und hier finden wir den Bischof des östlichen Teils der Mark.

Die Stadt Lebus hat aber bald ihre Bedeutung verloren. Die Gabel legt sich fest in Berlin. Das war im XIV. Jahrhundert. Die Bischöfe haben damals vergeblich ihren Sitz in Frankfurt an der Oder aufzuschlagen versucht. Schließlich hat sich dann der Bischof in Fürstenwalde am Spreeknie festgesetzt, weil dort die Straße von Berlin nach Frankfurt zu sperren war.

In Berlin teilten sich also die Straßen nach Oderberg (Pommern) und Frankfurt (Großpolen). Die heutige Königstraße in Berlin ist die alte Oderberger Straße. Die Frankfurter Straße bleibt bis zum Spreeknie bei Fürstenwalde am rechten Ufer der Spree. Indem unsere Geschichte sich von Berlin ostwärts richtet, kommen die Ostseeküsten und Großpolen in ihr Bereich. —

Der Endpunkt der zweiten Sumpflinie, welche sich von der Weichsel westwärts gegen die Oder zieht, ist Krossen. Auch diese Linie besteht wieder aus einem Wartbestück, an welches sich westwärts das Obrabruch anschließt, ein 40 km langes Sumpfgelände, welches erst seit 1850 ausgetrocknet ist. Diese große Linie setzt sich ostwärts ohne Wasserscheide bis vor die Tore Warschaus fort. Zwischen den beiden Bruchlinien, die wir jetzt kennen, liegt die älteste Stadt der Polen. Gnesen erhebt sich 107 m über dem Meer an einer Stelle, die gegen Osten durch die Netzeseeen gedeckt ist, gegen Westen Norden und Süden aber das ganze untere Wartheland beherrscht. Posen ist ein an die Warthe selbst herabgelegtes Gnesen. In dem eben gezeichneten Land entsteht ein eigentümlich abgeschlossenes Zwischengebiet zwischen Preußen und der Mark, auf welches zumal das Bestehen eines deutschen Ordenslandes rechts der Weichsel von nachhaltiger Rückwirkung werden mußte. Diese Zwischenlage praedestiniert Posen zur Germanisation. Dies ist das Moment, auf dem die Feindschaft der Polen gegen die Provinz Preußen beruht.

Wir sehen endlich noch eine dritte Sumpflinie auf die Oder stoßen; es ist die Linie der Barsch, die bei Glogau ihre Westflanke hat. Diese Linie geht nicht durch bis zur Weichsel, sondern sie erreicht ihr Ende schon an der Proсна, welche ein linker Nebenfluß der Warthe ist. Der Ort, welcher die

Ostflanke der Bartschlinie bezeichnet, ist Kalisch. Entgegengesetzt der Gabel von Glogau hebt sich also nach Westen gerichtet die Gabel von Kalisch heraus, die aber als solche wenig hervortritt, weil sie von Warschau abgefangen werden kann. Immerhin sind es diese Verhältnisse, welche im Jahre 1814 für die Grenzziehung zwischen Preußen und Rußland im russischen Sinne maßgebend geworden sind.

Die Bartschlinie hat von der Oder her ähnlich gewirkt wie das Warthe- und Netzebruch. Südlich Glogau führt der Weg über Breslau auf die polnische Platte und nach Krakau; nördlich kommt man über Fraustadt und Lissa, zwischen Warthe und Obra hindurch, nach Posen. —

Wir versuchen nun, von Krossen und Glogau nach Westen zu sehen. Die Straßengabel nach diesen Punkten ist das uralte Kottbus. Von Kottbus geht der Weg über Guben nach Krossen, über Forst und Sagan nach Glogau. Ein deutsches Heer, welches sich im Mittelalter am Nordrande der Lausitzer Platte, dem natürlichen Wege von der Elbe nach Polen, vorbewegte, mußte sich in Kottbus entscheiden, ob es nach Glogau oder nach Krossen weiterging.

Von Kottbus aber, beziehungsweise von dem etwas westlich gelegenen Kalau, trennen sich die Wege wieder nach Westen zu und nehmen nun die Richtung rechts nach Magdeburg und links nach Halle an. So schließen sich die Grenzplätze des großen Frankenreichs an das Straßensystem des Slavenlandes an, in welchem Kottbus als ein uralter Straßenknoten erscheint.

Folgen wir den genannten Straßenästen nach Westen, so führt uns der Nordast über den Fläming durch das Quellgebiet der märkischen Flüsse über Luckau, Dahme, Jüterbog an das feste Elbufer gegenüber Magdeburg. In Leitzkau sammelt sich das deutsche Heer, welches ostwärts diesen Weg nach Polen nimmt. Diejenigen Polenzüge aber, welche von Halle beziehungsweise Merseburg ihren Ausgang nehmen, folgen dem Zuge des südlichen Asts. Dieser wendet sich von Kalau aus über Grabyn (Finsterwalde) gegen die Elster, überschreitet die Elbe bei Belgern oberhalb Torgau, die Mulde bei der Muldeinsel Mildenau (Eilenburg) und kommt so an die Saale.

Am Nordrand der Lausitzer Platte reiht sich ein Wendenort an den anderen. Der westlichste derselben war das große von Heinrich I. zerstörte Lebusa. Die Lage dieser volkreichen Wendenstadt ist sehr beachtenswert. Sie liegt in dem Winkel der von Kalau her gegen die Elbe gerichteten Straßengabel, so daß Lebusa beide Straßen beherrscht, ohne der Gabelpunkt selbst zu sein. Der Platz erscheint also in Beziehung auf eine Straße zur Elbe und eine Straße zur Saale hierhingelegt. Und damit rücken auch die beiden karolingischen Grenzplätze Magdeburg und Halle aus jeder Zufälligkeit heraus, und wir dürfen aus der Lage dieser beiden Grenzplätze Rückschlüsse ziehen, die von Bedeutung für die Wege unserer Geschichte in dem Grenzgebiet zwischen Weser und Elbe sind.

DIE WEGE DER DEUTSCHEN GESCHICHTE ZWISCHEN WESER UND ELBE.

Sind die Punkte Halle und Magdeburg festgelegt, so muß die nächste Frage sein, wo von Westen her gesehen ein gemeinsamer Ausgangspunkt der Wege nach diesen beiden Punkten liegt. Wir können diesen Ausgangspunkt nicht westlich des Harzes suchen, weil, wie wir sahen, zwischen der oberen und unteren Leine keine Verbindung war. Folglich muß dieser Ausgangspunkt zu finden sein nördlich des Harz.

Die Flüsse im Osten des Harz sind Flüsse der Niederung und damit als Sumpflinien historisch bedeutsam geworden. Die Bode legt sich doppelt, einmal in nördlicher Richtung, dann wieder zurückfließend in südöstlicher Richtung zwischen die Saale und den Harz. Ihr Lauf bildet somit einen nach Süden geöffneten spitzen Winkel, dessen Scheitelpunkt Oschersleben dadurch besondere Bedeutung erhält, daß bis hierhin von Westen her sich eine größere Sumpflinie erstreckt. Die erste urkundliche Erwähnung von Oschersleben im Jahre 994 geschieht in Verbindung mit diesem Sumpf, „palus quae ex Oscherslevo tenditur usque ad Hornaburg“. Es handelt sich hier um den großen Bruchgraben, der von der Mündung der Ilse in die Oker — dort liegt eben die Hornburg — ostwärts bis zum Bodeknie von Oschersleben reicht. In der Gegend der Hornburg müssen wir auch die Straßengabel suchen, welche die Wege nach Halle und Magdeburg weist. Hiermit legen wir den Punkt fest, der recht eigentlich die östlichen Wege unserer Geschichte verknüpft. Er hebt sich aus der heutigen Karte leicht heraus durch die Nachbarschaft des Eisenbahnknotens Börssum, an dem sich jetzt noch die Bahngabeln um den alten Bruchgraben herum.

Betrachten wir die Bedeutung dieses Platzes zur Zeit Karls des Großen, so möchten wir gleich den Finger auf ihn legen als auf den Sitz eines karolinischen Bistums. Karl hat das Bistum Halberstadt gegründet, von dem man aber weder Ort noch Zeit der Gründung genau anzugeben vermag. An die Holtemme ist das Bistum erst im Jahre 820, nach dem Tode Karls gekommen. Man pflegt das älteste Bistum Halberstadt nach Osterwiek zu verlegen, welches etwas oberhalb der Hornburg an der Ilse liegt. Setzen wir das Bistum kurz in die Flanke des Sumpfes selbst, so ergibt sich für dasselbe ein Platz, der es an die Spitze aller karolinischen Bistumgründungen stellt. Das Bistum sieht dann nördlich des Bruchs nach der Elbe und Magdeburg, südlich des Bruchs nach der Saale und nach Halle. Ohne Zweifel ist es ein Bistum allergrößter Bedeutung gewesen.

Aber die Zukunft des Bistums Halberstadt wurde zuerst gekreuzt durch seine Verlegung an die Holtemme. Damit wurde es abgeschnitten von Magdeburg und seine Aussichten wurden um die Hälfte gekürzt. Ein geradezu vernichtender Schlag traf dann Halberstadt, als in Merseburg an der Saale ein

zweites Bistum entstand. Der Kampf Halberstadts gegen das Bistum Merseburg wird so erst klar.

Die Hornburg blieb von Bedeutung auch für das jüngere Bistum Halberstadt. Hier wird der Haupteingang in das Bistum geschützt. Das Bistum ist von Norden und Osten her durch Sümpfe gedeckt; von Süden her ist es nur erreichbar um den Harz herum.

Es ist selbstverständlich, daß die Westflanke des Bruchgrabens auch für den sächsischen König von größter Bedeutung war. Gegenüber der Hornburg finden wir die königliche Pfalz Werla. Heinrich I. hat in dieser Pfalz während des Ungarneinfalls des Jahres 924 gewohnt. Die Ungarn kamen damals von Nordwesten her.

Auch im Mittelalter verlor diese Stelle ihre Bedeutung nicht; in dem Gegensatz zwischen den Saliern und den Sachsen, später den Staufern und Sachsen erhebt sie sich von neuem. So erklärt sich erstens die Bedeutung, zu welcher das benachbarte Goslar politisch emporwuchs und zweitens, daß Goslar, Residenz geworden, mit der Harzburg wieder die Okerlinie gewann.

Nehmen wir alles zusammen, so bietet sich uns ein sehr merkwürdiges Bild. Wir sehen die einzige große deutsche Königsresidenz, welche im Mittelalter im Werden war, ein direktes Gegenstück bieten zu dem Platz, auf welchem Berlin erwuchs. Berlin und Goslar liegen an den Gabeln vor den wegbestimmten Bruchlinien des Ostens in jenem Gebiet, welches wir gleich zu Anfang als den Hauptträger unserer Geschichte hingestellt hatten. Die historische Bedeutung Berlins klärt sich an Goslar, die Goslars an Berlin. Die Wege von Goslar aus hätten am Nordrand der Lausitzer Platte nach Osten geführt; wäre hier die Basis unserer Geschichte geblieben, so wäre ihr natürliches Ziel die Herrschaft über Polen geworden, während die Ostküste sich selbst überlassen blieb. Nun aber führte dieser Weg im späteren Mittelalter durch das natürliche Kampfgebiet zwischen den Böhmen, dann den Wettinern und der Mark. —

Es wurde nun die Aufgabe der Wettiner wie der Brandenburger, den Weg nach Osten allein zu gehen, und so bekommt der große Wettkampf zwischen den Wettinern und den askanischen wie den hohenzollernschen Herren der Mark eine ganz besondere Bedeutung für unsere Geschichte. Die Wettiner haben ihr natürliches Ziel erreicht. Aber ihnen fehlten die Brücken von Krossen und Glogau; nicht zuletzt deswegen gingen sie mit in den 7jährigen Krieg. Das krampfhaftes Festhalten Sachsens an Napoleon beruht auf Polenpolitik.

Auch die Brandenburger erreichten ihre natürlichen Ziele und kamen nach Preußen und Pommern. Daß hierzu auch Großpolen gehörte, haben wir schon gesehen. Im Jahre 1905 wurde den Deutschen durch die Russen der Weg nach Osten verriegelt; vielleicht wird er gerade durch die Folgen des Weltkrieges den Deutschen einmal wieder frei. Im Osten liegen mehr als je die großen Zukunftsgebiete für deutsche Kraftentfaltung und deutsche Kultur.

H. LAUTENSACH: LITERATURBERICHT ÜBER WERKE ERDUMSPANNENDEN UND SYSTEMATISCHEN INHALTS

Graf, O., Vom Begriff der Geographie im Verhältnis zu Geschichte und Naturwissenschaft.
München und Berlin. 1925 R. Oldenbourg.
X und 150 S. M. 5,50.

Nachdem der bislang jüngste Versuch, der von Leutenegger, „Begriff, Stellung und Einteilung der Geographie“ zu umreißen, trotz gründlicher wissenschaftshistorischer Ausführungen fast auf der ganzen Linie mit einem resignierten Verzicht geendet hatte, wagt sich hier ein universal begabter Kopf mit ungleich größerem Erfolg an das gleiche Problem. Obwohl Fachgeograph, tritt Gr. von außen, vom Standpunkt der Philosophie, insbesondere der Logik und der Allgemeinen Wissenschaftstheorie, an seine Aufgabe heran. Damit vermeidet er langatmige Erörterungen über die verschiedenen Auffassungen, die der Gegenstand im Laufe der wissenschaftlichen Entwicklung der Geographie gefunden hat, sowie über deren Stellung zu den Hilfswissenschaften, und gleichzeitig bedeutet seine Schrift einen wirkungsvollen Beweis für die Daseinsberechtigung der Geographie vor dem Forum der Gesamtwissenschaft. Er betont, daß man bei der Frage nach dem Wesen einer beliebigen Wissenschaft von vornherein von einem bestimmten erkenntnistheoretischen Standpunkt auszugehen habe, dessen Wahl von der Stellung abhängt, die man in bezug auf das Verhältnis des Erkennens zur absoluten Wirklichkeit einnimmt. Gr. wählt den Standpunkt des Idealismus, der die Ansicht vertritt, daß man von der absoluten Wirklichkeit nur das weiß, was die alltägliche oder wissenschaftliche Erfahrung an die Hand gibt, der somit die absolute Wirklichkeit als die Summe aller möglichen Erfahrung und demgemäß die Erkenntnis als eine Um-

formung dieser Wirklichkeit betrachtet. Von diesem Standpunkt aus wird die Wahrheit zu einer in bestimmte Form gebrachten Erkenntnis, und demgemäß liegt das Wesen einer Erfahrungswissenschaft, wie sie die Geographie ist, nicht im sachlichen Inhalt, sondern in der Darstellungsmethode, deren Ziel die Auswahl des Wesentlichen aus dem unbegrenzten und stetigen Strom der Wirklichkeit in Gestalt der Begriffsbildung ist. Auf die Darstellungsmethode legt Gr. daher das Hauptgewicht.

Im ersten Teil seiner Untersuchung beleuchtet er die Darstellungsmethode der Naturwissenschaften (nomothetischen Erfahrungswissenschaften) und darauf die der Geschichte, die er als den Prototyp aller Kulturwissenschaften (idiographischen Wissenschaften) betrachtet. Denn die bisher immer wieder hervorgetretene Unbestimmtheit des Gegenstandes und der Methode der Geographie erklärt sich nach ihm aus dem Schwanken zwischen den Polen: Geschichte und Naturwissenschaft. Soweit die empirische Wirklichkeit nach allgemeinen Gesetzen bestimmt ist, wird sie als Natur bezeichnet und erfährt durch die Naturwissenschaft eine begriffliche Vereinfachung. Die Begriffe der Naturwissenschaft stehen im Verhältnis gegenseitiger Unterordnung, derart, daß die allgemeinen Begriffe größeren Umfang und kleineren Inhalt haben als die ihnen untergeordneten spezielleren Begriffe. Soweit die Wirklichkeit jedoch individuell gestaltet ist, liegt sie außerhalb der Grenzen naturwissenschaftlicher Begriffsbildung. Die Darstellung solcher Individualität ist nach Gr. Aufgabe der Geschichte. Diese zieht von der Gesamtheit des Individuellen jedoch nur dasjenige in den Bereich ihrer Betrachtung, was im Hinblick

auf die Kultur, auf ewig gültige Werte, von Bedeutung ist. Der wertfreien Naturbetrachtung stellt sich die Geschichte als „wertbeziehende Betrachtung“ gegenüber. Die historischen Einzelbegriffe sind nicht Exemplare einer Gattung, sondern Teile eines Ganzen, und deshalb ist der umfassendere von zwei historischen Begriffen zugleich auch der inhaltsreichere.

Die Geographie verfährt, wie im zweiten Teil ausgeführt wird, in ihrer länderkundlichen Aufgabe individualisierend, und damit steht sie der Geschichte nahe. Wenn individuelle Begriffe wissenschaftliche Begriffe sein sollen, muß ihre Bildung zugleich im Hinblick auf einen Wert erfolgen. Ein solcher kommt aber nur in Betracht, soweit man die Erde als das Wohnhaus des Menschen ansieht, als den Boden, auf dem sich der Bau der menschlichen Kultur erhebt. In der Kulturgeographie kann und muß somit eine der historischen entsprechende Methode Platz greifen.

Innerhalb der weltfreien Betrachtung — so hebt der dritte Teil hervor — wird die Geographie erst in dem Augenblick zur Wissenschaft, wo sie versucht, das verstreute Material im Interesse einer Klassifikation auf genetischer Grundlage zu vereinheitlichen und zu ordnen. Dieser Arbeit unterzieht sich, auch auf dem Gebiet der menschlichen Kultur, die Allgemeine Geographie, und zwar nach naturwissenschaftlicher vereinfachender, zusammenfassender Methode, die mit einer künstlichen, äußerlichen Systematisierung beginnt, zu gruppenbildender Beschreibung fortschreitet und mit einer Klassifikation auf genetischer Grundlage als der dritten dieser logischen Etappen endet. In einer solchen gleichwertigen Verwendung historischer wie naturwissenschaftlicher Methoden liegt eine Sonderheit geographischer Betrachtungsweise. Doch ist eine solche naturgemäß der Behandlung der Erdoberfläche vorbehalten, auf die somit die geographische Darstellung zu beschränken ist, während der Erdkörper nur rein naturwissenschaftlich faßbar ist und damit aus dem Reich der Geographie ausscheiden muß.

Der vierte Teil schließlich zeigt, wie die Geographie eine eigene wissenschaftliche Methode, die sowohl von der der Naturwissenschaft wie von der der Geschichte abweicht, in der speziellen Länderkunde entwickelt, die die Objekte der verschiedensten Wissensgebiete, die sonst zusammenhanglos nebeneinander stehen, „totalisiert“, d. h. im Begriffe verbindet und vereinheitlicht. Der Zentral- und Sammelbegriff, mit dessen Hilfe diese Totalisierung erfolgt, ist der der Landschaft. Durch die logische Unterscheidung von natürlicher und Kultur-Landschaft, die in der Wirklichkeit eng verschmolzen sind, schlägt die Geographie die Brücke zwischen Geschichte und Naturwissenschaft. Darin liegt ihre spezifische Eigenart, die sie zu einer selbständigen Wissenschaft stempelt, ihr besonderer Erkenntnis- und Bildungswert.

Die bedeutungsvolle Eigenart dieses Büchleins, das allerdings viel mehr methodische Begabung und Belesenheit als geographische Fachpraxis verrät, machte eine so ausführliche Skizzierung seiner Gedankengänge notwendig. Einen Ausbau verdienen dieselben vor allem nach der von Gr. gänzlich unberücksichtigt gelassenen soziologischen Seite hin. Man kann heute in einer solchen methodischen Studie nicht an Max Weber vorübergehen. Die von ihm entwickelte national-soziologische Methode bemüht sich, die Erscheinungen menschlicher Gesellung, auf denen doch die Kulturlandschaft ruht, nach „Motivationstypen“ zu gliedern und betrachtet die in diesen Typen zusammengefaßten Menschengruppen nach den wertenden Vorstellungen, die sie selbst von ihrer Umwelt haben, und die zu Motiven ihres Handelns werden. Eine volle genetische Erfassung der Kulturlandschaft lediglich nach der historischen, ohne Berücksichtigung dieser soziologischen Methode ist heute unmöglich. Außerdem verdient hervorgehoben zu werden, daß sicher auch die allgemeine Geographie der Zukunft eine spezifisch geographische Disziplin sein wird. Denn sie wird voraussichtlich

nicht mehr in einer Systematik der sachlichen Teilgebiete gipfeln, welche letztere vielmehr Aufgabe der Hilfswissenschaften werden dürfte, sondern aus 2 korrelierten Teilen bestehen: einer Allgemeinen verzeichnenden Länderkunde, die die einzelnen landschaftlich wesentlichen Erscheinungsformen in ihrer Verbreitung über die Erdoberfläche hin beschreibt und erklärt und einer Landschaftssystematik, die die Landschaften des Erdballs in ein System genetischer Typen faßt.

Fairgrieve, J., *Geographie und Weltmacht*. Eine Einführung in die Geopolitik. Deutsche Übertragung von Marta Haushofer. Mit einem Geleitwort von Karl Haushofer. 67 Skizzen und Karten. Berlin-Grünwald 1925. Kurt Vowinkel Verlag. Leinen 12,— M.

Ein deutscher Gelehrter würde die Aufgabe, eine Einleitung in die Geopolitik, eine Propädeutik für geopolitisches Denken zu schreiben, vermutlich anders angefaßt haben. Er würde von sachlichen Kategorien geographischen oder politischen Inhalts ausgegangen sein und die Beziehungen zwischen Staat und Boden unter ständiger feinfühler Berücksichtigung auch der nichtgeographischen Zusammenhänge in elementarsten Grundzügen etwa in ähnlicher Weise behandelt haben, wie es Supan für die Politische Geographie in seinen „Leitlinien“ (Z. f. G. 1924 S. 267) getan hat. Der praktisch und zugleich unverkennbar materialistisch eingestellte Engländer verfährt anders. Er baut seine Einführung in die Geopolitik restlos auf geschichtliche Beispiele auf, deren historische Folge er in beinahe raffinierter Weise mit einer Folge geographischer Landschaftstypen parallelisiert. Ein Auszug aus den Kapitelüberschriften mag das belegen: II. Die Wüste: Die Anfänge der Geschichte: Ägypten III. Sumpf und Steppe: Babylonien und Assyrien. IV. Die Völkerwege: Palästina und Phönizien. V. Das Meer: 1. Griechenland. 2. Karthago. VI. Gegensatz zwischen Meer und Land: Hochland und Tiefland: Rom. VIII. Die Oasen: Der Islam. Schon aus dieser Parallelisierung in den Überschriften geht her-

vor, daß es sich hier um eine Freskomalerei von eindringlicher Wucht handelt, die ein hervorragendes pädagogisches Geschick verrät und ihren Eindruck auf den Leser unmöglich verfehlen kann. Aber dieser hervorragende Vorteil wird erkauft durch eine mitunter allzu grobe Generalisierung und allzu einseitige Betrachtung. Sehr häufig bemerkt man in diesen Fällen die bewußte Absicht des auch komplizierte Tatbestände mit energischem Zupacken meisternden Verfassers. Mitunter aber dürfte diese Generalisierung kaum anders als durch eine unvollständige Sachkenntnis erklärt werden können, und dann ist sie nicht unbedenklich. Aber dieser Mangel wiegt nicht schwer gegenüber der hohen Zahl klar gesehener und leicht verständlich dargestellter geopolitischer Beziehungen. Und so ist das Buch in hervorragendem Maße geeignet, weitere Kreise unseres Volkes in die elementaren Formen geopolitischer Denkweise einzuführen.

Es ist zugleich charakteristisch und interessant durch die spezifisch englische Art, die Welt zu sehen, und vermittelt damit indirekt, für den, der kritisch zu lesen versteht, tiefe Einblicke in der britische Mentalität. Die Stellung des Verfassers zu Deutschland ist von einer heute in England immer noch seltenen Objektivität: „Ohne klar vorbestimmten Mittelpunkt, von allen den Völkern rings umschlossen, auf die es in der Geschichte ankam, mit ausgesprochenen Verschiedenheiten und Eigentümlichkeiten, in vielen Teilen von Menschen mit abweichenden Lebensanschauungen bewohnt, den von allen Seiten einwirkenden äußerlichen Anreizen offenstehend, die verschieden auf eine jede Einheit einwirkten, ist dieses Kernland der europäischen Halbinsel nur dann eine Einheit gewesen, wenn die Regierung stark war“. „Es hat der vereinten Kraft fast der ganzen Welt bedurft, um die Tüchtigkeit des deutschen Volkes zu überwinden. Wenn das Ringen auch so geendet hat, wie es endete, so ändert das doch nichts an der geographischen Lage Deutschlands, noch an den Eigenschaften seines Volkes“.

Die sorgfältige Übersetzung paßt sich den feinen Nuancen der Ideenführung in geschickter und wohlwogener Wortwahl an

Robert Liefmann, Vom Reichtum der Nationen. G. Bauer Verlag, Karlsruhe 1925.

Die deutsche Wissenschaft zeigt sich im allgemeinen auch nach dem Kriege weltfremd, trotz ihres Anspruches auf Weltgeltung: Ist es nicht erstaunlich, daß sie gegen die Sinnlosigkeiten des allgemeinen politischen Dilettantismus, wie er sich im Dawesgutachten und seiner Annahme niederschlug, nicht rechtzeitig, sachlich und geschlossen auftrat? Ist es nicht mehr als beschämend, daß wir von Ausländern wie Cassel, Keynes, Maulton wissenschaftlich über die Undurchführbarkeit der von uns eingegangenen Verpflichtungen belehrt werden müssen? Gewiß, psychologisch verständlich ist eine solche Zurückhaltung unserer Gelehrten. Können sie doch ihre Arbeiten fern vom politischen Gezänk des Tages und der Parteien erledigen, bleiben sie doch verschont von den vielerlei Unbequemlichkeiten des politischen Tageskampfes. Hat man außerdem das Bedürfnis nach einer theoretischen Rechtfertigung seines Verhaltens, so schließt man sich einer wissenschaftlich begründeten und geistvoll durchgeführten „Werttheorie“ an, wie sie Max Weber vertrat, nach welcher Wissenschaft und Politik nichts miteinander zu tun haben, wissenschaftliche Forschungen von willensmäßigen Stellungnahmen stets zu trennen sind, und man ein recht objektiver Wissenschaftler ist, wenn man auf eine Bindung an alle „irrationale“ Strebungen verzichtet. Man sieht Politik als „auch“ ein Gebiet an, welches mit dem eigenen Spezialfach nichts zu tun hat.

Gegenüber dieser allgemeinen Stimmung ist es umso dankenswerter, wenn Liefmann auch einmal als deutscher Gelehrter von wissenschaftlich gefestigten Grundanschauungen aus Stellung nimmt zur heutigen Erfüllungspolitik und ihren weltwirtschaftlichen Folgen. Liefmann geht aus von den Grundtatsachen des Tauschverkehrs

überhaupt, er weist die im Tauschverkehr wirkende Tendenz zum Ausgleich der Grenzverträge nach, und behandelt in seinem Buch vornehmlich, wie die Wirkung der von ihm allgemein nachgewiesenen Gesetzmäßigkeiten auf den Wirtschaftsverkehr der Staaten untereinander ist. Für den Geopolitiker ist besonders wichtig die auch bei Liefmann zu beobachtende Betonung des Zusammenhanges zwischen Bodenbeschaffenheit, geographischer Lage und Wirtschaft, es ist sehr interessant, wie der Volkswirt die Unmöglichkeit nachweist, daß ein auf Kulturboden befindliches Kulturvolk große Leistungen an andere Völker abgibt. Liefmann entwickelt, welche Folgen große Leistungsübertragungen von Völkern für die Wirtschaft und Bodenausnutzung anderer Völker haben, wie sie sich auswirken auf die Produktionsmöglichkeiten der verschiedenen Länder, wie Störungen im weltwirtschaftlichen Tauschverkehr zur Umstellung gesunder Bewirtschaftungsweisen zwingen. Der Reichtum zwischen den Nationen ist nur gesund, wenn er gemäß der Leistungsfähigkeit der Völker verteilt ist, jede gewaltsame Durchbrechung dieses Grundsatzes führt zur Wirtschaftsschädigung, sowohl der gebenden, als auch der nehmenden Völker. Im einzelnen erfrischend ist die Polemik Liefmanns gegen unsere Geldpolitik, ist der Nachweis unseres so grundfalschen Optimismus bei der Behandlung von Lebensfragen durch die deutsche Außenpolitik. Das Buch ist systematisch vorbildlich aufgebaut und grundlegend. Sehr feine Bemerkungen finden sich zerstreut über das Verhältnis zwischen Krieg und Wirtschaft im allgemeinen, es werden wertvolle Anregungen für viele Einzeluntersuchungen gegeben, z. B. wie weit Tributleistungen als Schädigungen des Wirtschaftsverkehrs überhaupt möglich sind, wie sich die Wirkung von Tributeleistungen bei zurückgebliebenen, zurückgehaltenen und verarmten Ländern unterscheidet usw.

Knapp und verständlich hat Liefmann seine allgemeinen theoretischen Grundauffassungen in

seiner „Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“, Verlag Teubner 1924, dargelegt.

Dr. Arno Lamprecht, Das Prinzip der Kausalität des seelischen und sozialen Geschehens, insbesondere des Wirtschaftens. Halberstadt, 1925, H. Meyers Buchdruckerei.

Auch dieses Buch beweist, daß nichts praktischer ist als die Theorie. Die Abhandlung ist hervorgegangen aus einer Dissertation, und es ist besonders erfreulich, daß der scheinbar noch junge Verfasser sich des Wertes von systematischem Denken bewußt ist: sieht er doch mit Recht die Pflege und Meisterung des systematischen Denkens als Bedingung unserer Kulturbehauptung an. Wie Liefmann, so gibt auch Lamprecht einen stilvoll in sich gegliederten Gedankenbau als geistige Meisterung von Lebenserscheinungen. Wie Liefmann zuerst systematisch eine Betrachtungsweise durchgeführt hat, welche im Prinzip der Eigenart des wirtschaftlichen als auch seelischen Geschehens gerecht wurde, so wird auch bei Lamprecht der Mensch in den Mittelpunkt der ökonomischen Betrachtung gestellt. Lamprecht erkennt die ökonomische Erscheinung in ihrer Abhängigkeit und durch ihre Abhängigkeit vom menschlichen Handeln. Er setzt sich als Aufgabe, eine genetische Systematik aller ökonomischen Beziehungen gemäß ihrem psychischen Wesen zu geben. In dem psycho-genetischen Kausalprinzip sieht er die Grundtatsachen, auf welche die Erscheinungen des sozialen und ökonomischen Wesens zurückzuführen sind. Der allgemeine Begriff des Wirtschaftens wird aus der Dynamik des seelischen und sozialen Geschehens entwickelt: Innerhalb der Grenzen des Vergleichens von Müheaufwendung (Kosten) und Bedürfnisbefriedigung (Ersatz, Nutzen) bewegt sich die Kausalität des Wirtschaftens. Dieses Prinzip ist die Grundlage der gesamten ökonomischen Systematik bis in ihre überindividuellen Gesetzmäßigkeiten hinein. Die im letzten Kapitel gegebenen Begriffsableitungen sind nicht nur sachlich, sondern auch methodologisch sehr

bedeutsam und in der Art ihrer Entwicklung oft an Hegelmethode erinnernd. Einzelne Beweisführungen mögen den, welcher grundsätzlich dem Positivismus und Instrumentalismus nicht zustimmt, zum Widerspruch reizen — das Buch als Ganzes ist lehrreich für jeden, hat manche kulturphilosophisch feine Bemerkung und verrät überall einen sehr klar und systematisch denkenden Kopf. Die junge geopolitische Wissenschaft tut gut daran, die geistigen Bestrebungen auf ihren Nachbargebieten aufmerksam zu verfolgen, nicht nur, wenn sie, wie in den hier besprochenen Werken, sachlich unmittelbar Belehrung auch für ihr Wissensgebiet findet, sondern auch im allgemeinen: Auch sie wird sich nur behaupten, wenn sie systematisch ihr Wissensgebiet abgegrenzt hält und Klarheit über ihre Methoden hat, soll anders sie nicht in gelegentlichen Einzelansichten und Subjektivismen zerflattern. Dr. M. Spandau.

Georg von Below, Über historische Periodisierungen. Mit einer Beigabe: Wesen und Ausbreitung der Romantik. In „Einzelschriften zur Politik und Geschichte“, herausgeb. von Dr. Hans Roeseler. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925.

Die Studie stellt sich dar als eine Erweiterung des Vortrages, den der Freiburger Altmeister der mittelalterlichen Geschichte auf dem Frankfurter Historikertag gehalten hat. In einem allgemeinen Teile erweist der Verfasser zunächst die Berechtigung und Notwendigkeit der Periodisierung. Er bekämpft hier vor allem die Auffassung des Jenaer Kirchenhistorikers Heussi (Altertum, Mittelalter und Neuzeit in der Kirchengeschichte. Ein Beitrag zum Problem der historischen Periodisierung. Tübingen 1921), der die Möglichkeit einer universalhistorischen Betrachtung überhaupt leugnet, nicht nur hinsichtlich der allgemeinen Geschichte, sondern sogar bezüglich der verschiedenen Kulturgebiete des einzelnen Volkes. Heussi erklärt damit jede geschichtliche Periodenbildung für unmög-

lich und will lediglich Monographien über einzelne Seiten des kulturellen Lebens eines Volkes (Staat, Verfassung, Wirtschaft, Kunst usw.) zulassen. Wäre diese Auffassung richtig, so gäbe es in Wahrheit keine Geschichtswissenschaft. Below legt nun überzeugend dar, was für den Kenner der Geschichte wohl kaum noch eines Beweises bedarf, daß sowohl zwischen den einzelnen Kulturgebieten eines Volkes wie in der Entwicklung der Völker neben- und nacheinander sehr starke Parallelen und Zusammenhänge bestehen. Sie nachzuweisen ist ja gerade die Aufgabe der geschichtlichen Forschung. Andererseits bestreitet Below jedoch mit Recht das Vorhandensein einer „Stileinheit“, eines unbedingten und vollkommenen Parallelismus in den Lebenserscheinungen eines Volkes oder in der Entwicklung der Völker eines Kulturkreises, wie ihn Lamprecht bzw. Spengler behaupten: Die wirklichen geschichtlichen Vorgänge erweisen lediglich eine mehr oder weniger enge Verwandtschaft der Entwicklung. In der Volksgeschichte erklären sich solche Zusammenhänge aus der besonderen geistigen Wesensart des Volkes, die sich stärker oder schwächer auf allen Lebensgebieten ausprägt, innerhalb eines Kulturkreises im wesentlichen aus den gemeinsamen kulturellen Wurzeln der ihm angehörenden Völker und aus gegenseitigen Beeinflussungen.

Der leitende Gesichtspunkt für universalgeschichtliche Periodisierungen in der Volks- und Weltgeschichte muß die politische sein, weil der Staat das universalste Gebilde ist, alle anderen Lebensäußerungen und -kräfte einer menschlichen Gemeinschaft in sich vereinigt, sammelt und zur Auswirkung bringt. Die allgemeine Geschichte wird immer die politische sein, womit jedoch kein Gegensatz zwischen der politischen und der Kulturgeschichte ausgesprochen ist. Jede andere Grundlage der Einteilung birgt die Gefahr, daß sich die Darstellung in ein Chaos verliert.

Wenn Below anschließend eine Gliederung des geschichtlichen Verlaufs nach ihm innewohnen-

den gesetzmäßig wirkenden Kräften, auf die alle Erscheinungen zurückgeführt werden, ablehnt, so weitet sich damit die Betrachtung zu einer Untersuchung über die letzten Fragen der Geschichtswissenschaft, über das Wesen des geschichtlichen Geschehens gegenüber den Vorgängen der Natur. Alle Theorien, die einen irgendwie naturgesetzlichen Ablauf der Geschichte behaupten, scheitern daran, daß sie mit den geschichtlichen Hergängen nicht vereinbar sind, daß sie ihnen Zwang antun, indem sie die Freiheit der menschlichen Individualität nicht berücksichtigen. Nirgends besteht eine Notwendigkeit, sondern nur eine Möglichkeit der Entscheidung. Das mindert aber weder die Wissenschaftlichkeit noch den Wert historischer Forschung, vermehrt vielmehr ihren Reiz.

Im zweiten Teile seiner Schrift verwertet der Verfasser die gewonnenen Ergebnisse zur Lösung der Aufgabe, die beiden großen geschichtlichen Perioden des Mittelalters und der Neuzeit gegeneinander abzugrenzen. Er bejaht die Einheit des Mittelalters, als dessen wesentlichste Merkmale die kirchliche Einheit, die innige Verbindung von Kirche und Staat und die Selbständigkeit der lokalen Gewalten (Feudalismus) zu gelten haben, und zeigt, ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu erheben und sorgsam die Kontinuität alles Geschehens beachtend, wie im Anfang des 16. Jahrhunderts eine neue Entwicklung Platz greift, während gleichzeitig sich der Schauplatz der Geschichte zur Welt erweitert. Das beherrschende Merkmal, dem sich alles andere unterordnet, ist das Wachstum der staatlichen Gewalt, und gerade in dieser Hinsicht erweist sich auch die Reformation als sehr bedeutsam, weil sie die allgemeinen staatlichen Verhältnisse, innen- und außenpolitisch, sehr stark beeinflußt hat. So rechtfertigt der Verfasser, auch hier vom politischen Gesichtspunkte ausgehend, und sich stützend auf die Resultate der neuesten Forschung, insbesondere auf den Gebieten der Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschafts-

geschichte, die alte Ansetzung des Beginnes der Neuzeit mit dem 16. Jahrhundert für Deutschland sowohl wie für die allgemeine weltgeschichtliche Entwicklung gegen die Versuche einer anderweitigen Periodisierung, die neuerdings von verschiedenen Seiten unternommen sind.

Der Inhalt der Schrift greift trotz ihres nicht erheblichen Umfangs tief an die Grundprobleme der Geschichtswissenschaft, führt sicher in die Hauptfragen der mittelalterlichen und neueren Geschichte ein, ist reich an Gedanken und Anregungen und zeichnet sich durch ein hohes Maß von Objektivität und Besonnenheit im Urteil aus. In der Beilage wird die Romantik, auf deren Auffassung vom geschichtlichen Leben Below sich in der Hauptschrift berufen konnte, als eine umfassende Weltanschauungs- und Wissenschaftsbewegung gedeutet.

Dr. Eilen.

Herbert Kraus, Gedanken über Staatsethos im internationalen Verkehr. Schriften der Königsberger Gelehrten-Gesellschaft, geisteswissenschaftliche Klasse. 2. Jahr, Heft 3. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1925.

Diese gleichfalls aus einem Vortrag erwachsene Schrift des Königsberger Völkerrechtslehrers gilt dem alten, durch den Weltkrieg wieder hochaktuell gewordenen Problem „Politik und Moral“. Die Unversöhnlichkeit der Gegensätze über das Verhältnis beider zueinander gibt dem Verfasser Veranlassung, zur Vorbereitung der Endlösung dieser wichtigen Frage rein empirisch — induktiv die in unserer Zeit wirklich vorhandenen Vorstellungen über die Existenz und den Inhalt der dem Staate zukommenden sittlichen Pflichten und Rechte festzustellen und abzugrenzen. Vor allem kommt es ihm darauf an zu bestimmen, welche Vorstellungen solcher Art der moderne Staat selbst habe, d. h. nach Kraus die im Staatskörper wirksamen Kräfte (die sog. „Staatselemente“), die ihre Ordnung in der Verfassung finden. Den Inbegriff dieser dem Staate selbst eignenden Vorstellungen von seinen sittlichen

Pflichten und Rechten bezeichnet Kraus als „Staatsethos“. Er behandelt eingehend das Verhältnis der staatlichen Elemente zum Staatsethos und zu seiner Entstehung und legt dar, daß dieses Staatsethos infolge seiner Komponentennatur wandelbar sei und bei den verschiedenen Staaten einen durchaus verschiedenen Inhalt habe, einmal nach der Person des Beurteilten und des Beurteilers, zum andern nach Inhalt, Richtung und Intensität der jeweils in Frage kommenden Interessen. Der Inhalt des Staatsethos bewegt sich nach Kraus zwischen Staatsegoismus und -altruismus und bestimmt sich nach dem Einfluß der drei großen Denkrichtungen im Bereiche des Politischen: des Nationalismus, des Internationalismus und des Universalismus. Auf Grund des zunehmenden Einflusses internationaler und universalistischer Organisationen bildet der Verfasser über den Begriff des Staatsethos hinaus den des „Staatenethos“, d. i. der „Inbegriff der einer dauernden Internationalgemeinschaft eigenen Vorstellungen und Auffassungen von den sittlichen Pflichten oder Rechten ihrer Mitglieder gegeneinander, gegen die Gemeinschaft selbst und gegen Außenstehende“. Das Staatenethos wird dann noch einer höheren, höchsten Ordnung dieser Art eingegliedert: der „öffentlichen Meinung der Welt“, die als Weltgewissen wirke. Als Grundpfeiler des internationalen Verkehrs der Staaten werden die Prinzipien des „äquivalenten Interessenausgleichs“ und der Solidarität bezeichnet. Da diese beiden Prinzipien des Staatsethos auch im bürgerlichen Ethos unserer Zeit die zentrale Rolle spielen, so haben beide nach Kraus einen gemeinsamen Kern. Wo sie voneinander abweichen, handelt der Staat nach ethisierten staatsegoistischen Klugheitsregeln. Er hat demnach ein Doppelsethos, ein gemischtes Ethos, soweit Moral sein Verhalten überhaupt bestimmt; eine besondere, nur für den Staat geltende Moral wird abgelehnt.

Kraus glaubt nun, daß sich das Staatsethos dem bürgerlichen immer mehr nähere, daß sich

die Staaten im internationalen Verkehr in sittlicher Beziehung weitgehend schon genau so wie Privatpersonen, gelegentlich sogar anständiger verhalten, daß die Politik sittlicher sei als ebenedem (S. 124, 130).

Solchen Ansichten wird man doch (vor allem als Deutscher) mit großer Skepsis begegnen müssen. In der diplomatischen Phraseologie spielen sittliche Ideen zwar eine erheblich größere Rolle als früher, aber im wesentlichen doch nur als Mittel der Politik. Die Methoden derselben werden eben feiner und komplizierter. Der Verfasser selbst ist von solcher Skepsis keineswegs frei, wie zahlreiche Stellen seiner Schrift beweisen. So sagt er auf S. 36: „Auf keinem Gebiete ist Unehrlichkeit, ethischer Sippendienst, falsches Pathos, Schönrederei, Cant und dergleichen mehr zu Hause als im Bereiche des internationalen Verkehrs der Gegenwart.“ Zwar betont er (S. 37), daß solche Unehrlichkeiten nicht immer einen Mangel an ethischen Vorstellungen, sondern oft nur an Moralität bedeuteten, aber nur diejenigen sittlichen Vorstellungen der staatlichen Elemente sind für die Politik der Staaten und für ihr wahres Verhältnis zur Moral bedeutsam, die sich als Handlungen auswirken. Diese jedoch werden bestimmt durch die Interessen des Staates und müssen es werden, wenn der Staat sich nicht selbst aufgeben will. Ihre Wahrnehmung braucht nicht durch Krieg zu erfolgen, sie kann ebensogut auf dem Wege internationaler Kooperation und völkerrechtlicher Institutionen geschehen. Darin aber mit Kraus altruistische Neigungen der Staaten zu sehen, ist wohl nicht möglich, alle solchen internationalen Vereinbarungen

(wie Genfer Konvention, Haager Abkommen, Völkerbund usw.) werden im eigenen Interesse der beteiligten Staaten geschlossen und gelten nur so lange, als sie ihm dienen. Auch wenn der Verfasser im Hinblick auf die Fürsorge- und Wohlfahrtstätigkeit des Staates von der Betätigung einer Liebespflicht spricht (S. 124), kann ich ihm nicht folgen. Begriffe wie Staatenethos und öffentliche Meinung der Welt sind Abstraktionen und ohne praktische Bedeutung.

Ihren Wert, und zwar keinen geringen, besitzt die Schrift in der Herausarbeitung klarer Begriffe für den gesamten schwierigen Fragenkomplex und in der systematischen Ordnung aller dazu gehörenden Erscheinungen, in der Fülle des verarbeiteten Materials und der herangezogenen Literatur. Die sichere Bewältigung des komplizierten und weitschichtigen Stoffes und seine übersichtliche Darstellung verdient Bewunderung. Auch wird man dem Verfasser in vielen Punkten beistimmen müssen.

Dr. Eilen.

Hasenkamp, S., Die Wege als Erscheinungen im Landschaftsbild. Ein Beitrag zur Geographie der Kulturlandschaft. IX und 120 S. Freiburger Diss. 1925.

Ein erster Versuch des unsern Lesern nicht unbekanntem Verfassers (Z. f. G. 1925, S. 474 und 759), den landschaftlichen Gesichtspunkt als auslesendes Prinzip in die Allgemeine Anthropogeographie zu tragen. Dieser Versuch kann durchaus als geglückt betrachtet werden, wenn auch häufig nicht viel mehr geboten werden konnte, als ein Gerippe, das spätere Spezialuntersuchungen werden mit Fleisch und Blut umgeben müssen.

PERIODICAL

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE
STAMPED BELOW

RENEWED BOOKS ARE SUBJECT TO
IMMEDIATE RECALL

Library, University of California, Davis

Series 458A